KANTON AARGAU

Aufgaben- und Finanzplan 2011–2014 mit Budget 2011

AFP

Vom Grossen Rat beschlossen und genehmigt am 30. November 2010

INHALTSVERZEICHNIS

Änderungen zum Budget 2011 und zu den Planjahren 2012-2014 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rats vom 30. November 2010 5

I. Verwaltungsrechnung

Übersicht Verwaltungsrechnung nach Steuergrössen 21
Übersicht Verwaltungsrechnung nach Laufender Rechnung und Investitionsrechnung 22
Übersicht Aufgabenbereiche 23

II. Aufgabenbereichspläne

Büro des Grossen Rats
010 Grosser Rat 29

Justizbehörden
710 Rechtsprechung 31

Finanzkontrolle
810 Finanzaufsicht 35

Beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz 38

Regierungsrat
100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte 40

Staatskanzlei
120 Zentrale Stabsleistungen 47

Departement Volkswirtschaft und Inneres
210 Polizeiliche Sicherheit 53
215 Verkehrszulassung 58
225 Migration 63
230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration 68

235 Registerführung und Rechtsaufsicht 72
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich 79
245 Standortförderung 84
250 Strafverfolgung 89
255 Straf- und Massnahmenvollzug 95

Departement Bildung, Kultur und Sport
310 Volksschule 99
315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten 108
320 Berufsbildung und Mittelschule 114
325 Hochschulen 121
330 Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge 129
335 Sport, Jugend 133
340 Kultur 139

Departement Finanzen und Ressourcen
410 Finanzen, Controlling und Statistik 146
420 Personal 154
425 Steuern 159
430 Immobilien 166
435 Informatik 175
440 Landwirtschaft 180

Departement Gesundheit und Soziales
510 Soziale Sicherheit 187
515 Betreuung Asylsuchende 193
520 Gesundheitsschutz 197
533 Verbraucherschutz 204
535 Gesundheitsversorgung 209
540 Militär und Bevölkerungsschutz 217
545 Sozialversicherungen 221

Departement Bau, Verkehr und Umwelt
610 Raumentwicklung und Recht 223
615 Energie 230
620 Umweltschutz 235
625 Umweltentwicklung 240
630 Umweltsanierung 246
635 Verkehrsangebot 249
640 Verkehrsinfrastruktur 255
645 Wald, Jagd und Fischerei 264

III. Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite 269

IV. Personalbereich

Stellenplan 275
Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich 282

V. Artengliederung, Kennzahlen und Definitionen

Artengliederung 289
Funktionale Gliederung 295
Finanzielle Mehrjahreskennzahlen 304
Definition Finanzkennzahlen 305
Verzeichnis der Abkürzungen 306
Glossar 307

Änderungen zum Budget 2011 und zu den Planjahren 2012–2014 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rats vom 30. November 2010

1 Ausgangslage

Der Regierungsrat unterbreitete dem Grossen Rat am 11. August 2010 mit Botschaft Nr. 10.223 den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2011–2014 mit Budget 2011. An seiner Sitzung vom 30. November 2010 (GRB-Nr. 2010-0980 und 2010-0982) beschloss der Grosse Rat das Budget 2011 mit Änderungen bei verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten und Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil. Weiter genehmigte der Grosse Rat die Planjahre 2012–2014 und verlangte Änderungen für die Planjahre bei verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten und Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil.

Mit den Beschlüssen des Grossen Rats beträgt der budgetierte Überschuss für das Budgetjahr 2011 2.9 Mio. Franken. Der Regierungsrat beantragte einen Überschuss von 1.5 Mio. Franken. Als Folge der Beschlüsse des Grossen Rats betragen die Fehlbeträge im Planjahr 2012 -15.1 Mio. Franken (Antrag Regierungsrat: -16.0 Mio. Franken), im Planjahr 2013 -17.4 Mio. Franken (Antrag Regierungsrat: -17.7 Mio. Franken) und im Planjahr 2014 -13.9 Mio. Franken (Antrag Regierungsrat: -13.8 Mio. Franken).

2 Umsetzung der Beschlüsse und der verlangten Änderungen

Sämtliche Beschlüsse des Grossen Rats zum *Budget 2011* sind in den vorliegenden Aufgabenbereichsplänen umgesetzt. Die vom Grossen Rat für die *Planjahre 2012–2014* verlangten Änderungen im Sachteil sind in den vorliegenden Aufgabenbereichsplänen enthalten, unter der Voraussetzung, dass der Regierungsrat diesen bereits zugestimmt hat. Die verlangten Änderungen im Finanzteil in den Planjahren 2012 bis 2014 wurden vorgenommen (vgl. § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen).

Der durch den Grossen Rat steuerbare Aufgabenteil umfasst die Entwicklungsschwerpunkte mit den Massnahmen und die Ziele mit den Indikatoren. Insgesamt hat der Grosse Rat drei Entwicklungsschwerpunkte und neun Ziele geändert, ergänzt oder gestrichen. Im folgenden Abschnitt 3 sind diese Änderungen zusammen mit den geänderten Kommentaren zu den Finanzen aufgeführt. Die Änderungen zu den Finanzen sind im Abschnitt 4 als Übersicht dargestellt.

Darüber hinaus hat der Grosse Rat in den Aufgabenbereichen 820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz, 310 Volksschule, 325 Hochschulen sowie 533 Verbraucherschutz eigene Vorstellungen für den nächstfolgenden Aufgaben- und Finanzplan 2012–2015 formuliert.

3 Änderungen im Aufgabenteil und in den Kommentaren zu den Finanzen

Grosser Rat

AB 010 Grosser Rat

Die KAPF beantragt, das Globalbudget für 2011 um 30'000 Franken zu erhöhen. Das Büro des Grossen Rats stimmt zu.
Zustimmung

Beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz

AB 820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz

Die KAPF beantragt, das Globalbudget für 2011 um 100'000 Franken zu kürzen. Die Beauftragte für Öffentlichkeit und Datenschutz stimmt dem zu.
Zustimmung

Regierungsrat

AB 100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats, den Indikatorwert von Ziel 100ZI0002, Indikator 1, in den Jahren 2011–2014 auf 90 % festzulegen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
100ZI0002	Parlamentarische Vorstösse werden fristgerecht bearbeitet.	1	Anteil innerhalb von 3 Monaten bearbeiteter parlamentarischer Vorstösse	%	88.1	85	~~85~~ 90	~~85~~ 90	~~85~~ 90	~~85~~ 90

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats, folgende Änderungen zu Ziel 100ZI0004, Indikator 1: "Mit Finanzen verknüpfte Ziele pro Aufgabenbereich, die unmittelbar steuerbar sind (mit Ausnahme der Aufgabenbereiche 540 und 630). Indikatorwert 2011: 1, Indikatorwert ab 2012: 2."
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	Planjahre 2013	Planjahre 2014
100ZI0004	Die Führungsinstrumente werden derart weiterentwickelt, dass die Steuerbarkeit der Aufgabenbereiche verbessert wird.	1	Mit Finanzen verknüpfte Ziele pro Aufgabenbereich, die unmittelbar steuerbar sind (mit Ausnahme der Aufgabenbereiche 540 und 630).	Anzahl	0.95	1	~~0.95~~ 1	~~0.95~~ 2	~~0.95~~ 2	~~0.95~~ 2

Departement Volkswirtschaft und Inneres

AB 245 Standortförderung

Die Kommissionen VWA und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats, Indikator 3 von Ziel 245ZI0006 zu streichen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	Planjahre 2013	Planjahre 2014
245ZI0006	Die Zahl von Neuansiedlungen mit Unterstützung von Aargau Services ist hoch. (s. Fussnote)	1	Gesamtzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ansiedlungsprojekte	Anzahl	30	35	~~35~~ 30	~~40~~ 30	~~40~~ 30	~~40~~ 30
		2	Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen	Anzahl	17	25	~~25~~ 20	~~30~~ 20	~~30~~ 20	~~30~~ 20
		~~3~~	~~Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen aufgrund von GZA-Leads~~	~~Anzahl~~	~~0~~	~~5~~	~~5~~	~~10~~	~~10~~	~~10~~
		4	Durch Aargau Services erfolgreich abgeschlossene Ansiedlungsprojekte	%	9	10	~~9~~ 8	~~11~~ 8	~~11~~ 8	~~11~~ 8

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN
ZI0006: Infolge Streichung des Indikators 3 (Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen aufgrund von GZA-Leads) durch den Grossen Rat wurden die Werte der direkt betroffenen Indikatoren 1, 2 und 4 um die Werte von Indikator 3 angepasst.

Die Kommissionen VWA und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats, den Saldo des Grosskredits "Internationales Standortmarketing" im Jahr 2011 auf 0 festzusetzen bzw. die Jahrestranche 2011 zu streichen.
Zustimmung

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in %	Planjahre		
	2009	2010	2011	zu Vorjahr	2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Internationales Standortmarketing*			~~-900~~ 0		-900	-900	-900
Total Ertrag Grosskredite Internationales Standortmarketing*							
Saldo Grosskredite Internationales Standortmarketing*			~~-900~~ 0		-900	-900	-900

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Grosskredite** Der Vertrag mit der Greater Zurich Area (GZA) wurde per Ende Oktober 2010 aufgelöst. Dem Grossen Rat wird 2011 eine Botschaft zur künftigen Ausgestaltung des internationalen Standortmarketings unterbreitet.

Departement Bildung, Kultur und Sport

AB 310 Volksschule

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats folgende Änderung und Ergänzung des Entwicklungsschwerpunkts 310ES0016 (Massnahmen 4–7):
Mn 4: Festlegung neuer Einführungszeitpunkt: 31.07.2012
Mn 5: Neue Botschaft an den GR: 31.12.2012
Mn 6: Nachqualifikation der Lehrpersonen ab 2013
Mn 7: Flächendeckende Einführung von Französisch ab dem 5. Schuljahr: 2013/2014
Finanzen: 2011: Fr. 0.–; 2012–2014: Fr. 800.–
Zustimmung

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
310ES0016	Einführung von Französisch an der Primarschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-2157 vom 20.01.2009, neuer Global-kredit geplant)	2008	62	724	~~964~~ 0	~~1789~~ 800	~~0~~ 1'953	3'539
		2	Vernehmlassung	31.12.2007						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	16.12.2008						
		6	Festlegung neuer Einführungszeitpunkt	31.07.2012						
		7	Neue Botschaft an den GR	31.12.2012						
		4	Nachqualifikation der Lehrpersonen	~~2009-2012~~ ab 2013						
		5	Flächendeckende Einführung von Französisch ab dem 5. Schuljahr	2013-2014						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0016: Die Einführung des Französischunterrichts ab der 5. Primarklasse wird frühestens auf das Schuljahr 2013/2014 verschoben. Nach Möglichkeit wird die Einführung mit der Anpassung der Schulstruktur koordiniert. Der Aufwand für die Nachqualifikation der Lehrpersonen der Mittel- und Oberstufe und für die Lohnkosten bis zur flächendeckenden Einführung soll durch einen neuen Grosskredit abgedeckt werden.

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats, die Jahrestranchen des Grosskredits "Französisch Primarschule" wie folgt festzusetzen (in Tausend Franken): 2011: 0; 2012: 0; 2013: 1'924; 2014: 3'449
Zustimmung

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Französisch Primarschule	-62	-724	~~-964~~ 0	~~33.1~~ -100.0	~~-869~~ 0	~~-3'055~~ -2’745	~~-4'790~~ -5’090
Total Ertrag Grosskredite Französisch Primarschule						821	1'642
Saldo Grosskredite Französisch Primarschule	-62	-724	~~-964~~ 0	~~33.1~~ -100.0	~~-869~~ 0	~~-2'234~~ -1’924	~~-3'149~~ -3’449

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen in den Planjahren **Grosskredite** Ab Schuljahr 2012/13 wird der Englischunterricht flächendeckend ab dem 3. Schuljahr bis zum 9. Schuljahr angeboten. Damit kann die Einführung abgeschlossen werden und der Lohnaufwand wird ab 2014 im Globalbudget geführt. Die Einführung des Französischunterrichts ab der 5. Primarklasse erfolgt auf das Schuljahr 2013/2014. Dazu ist ab Schuljahr 2013/2014 der Lohnaufwand in der Primarschule eingestellt. Der Aufwand für die Nachqualifikation der Lehrpersonen ist ab 2013 geplant. Nach der Volksabstimmung zur geplanten Änderung des Schulgesetzes aufgrund des Entwicklungsschwerpunktes Stärkung der Volksschule (vgl. ES0023) im März 2012 soll der Einführungszeitpunkt von Französisch an der Primarschule neu beurteilt werden. Es wird eine zeitliche Koordination mit der Einführung des Strukturwechsels angestrebt.

AB 315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten

Die Kommission BKS beantragt, im Entwicklungsschwerpunkt 315ES0014 die Massnahmen 8 und 9 wieder aufzunehmen. Die KAPF lehnt dies ab. Der Regierungsrat lehnt den Antrag der Kommission BKS ab und stellt den folgenden Gegenantrag: "8. Botschaft an den Grossen Rat zum Konkordat über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (2015)." Die Wiederaufnahme der Massnahme 9 lehnt der Regierungsrat ab. Zustimmung zum Gegenantrag des Regierungsrats

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
315ES0014	Vorbereitung und Umsetzung NFA - Folgearbeiten NFA (Genehmigung des Behindertenkonzepts und des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2007-1423 vom 27.11.2007)	2007	644.7	175	175			994.7
		2	Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die kantonale Ausführungsgesetzgebung	2006						
		3	Anpassung der kantonalen Gesetzgebung gemäss NFA-Mantelerlasse	2007						
		4	Inkraftsetzung NFA	2008						
		5	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Regierungsrat	2010						
		6	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Bundesrat	2010						
		7	Genehmigung des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich	2012						
		8	Botschaft an den Grossen Rat zum Konkordat über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik	2015						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0014Mn8 und Mn9: Die Frage des Beitritts zum Konkordat über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Sonderpädagogik-Konkordat) steht im Zusammenhang mit einem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Der Kanton Aargau wird vorläufig nicht beitreten und sich bis zum Jahr 2015 wieder mit der Beitrittsfrage beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt müssen die Kantone, die HarmoS ratifiziert haben, das Konkordat umgesetzt haben, und die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren wird aufgrund der dannzumaligen Situation über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Massnahme 9 erscheint daher nicht mehr.

Der „Mutationsgewinn Löhne“ für die Bereiche der Sonderschulung, Heime und Werkstätten soll analog dem Mutationsgewinn Lehrpersonen auf 0.7 % statt 1.2 % festgelegt werden.
2011: Saldo Globalbudget neu Fr. -219'153’000
Zustimmung

Departement Finanzen und Ressourcen

AB 425 Steuern

Die Kommissionen VWA und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats, den Indikatorwert (Indikator 1) des Ziels 425ZI0013 in den Jahren 2011–2014 auf 1 % festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	Planjahre 2013	Planjahre 2014
425ZI0013	Die Glaubwürdigkeit der Vollzugsorgane wird erhalten und gestärkt. (s. Fussnote)	1	Anteil Veranlagungen, gegen welche Einsprache erhoben wird	%	0.97	1.2	~~1.2~~ 1	~~1.2~~ 1	~~1.2~~ 1	~~1.2~~ 1

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats, den Indikatorwert (Indikator 1) des Ziels 425ZI0014 in den Jahren 2011–2014 auf 80 % festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	Planjahre 2013	Planjahre 2014
425ZI0014	Der rechtsgleiche und gesetzeskonforme Vollzug ist sichergestellt. (s. Fussnote)	1	Anteil Gerichtsentscheide zugunsten der Steuerbehörden	%	76.1	74	~~74~~ 80	~~74~~ 80	~~74~~ 80	~~74~~ 80

Die KAPF beantragt, den Saldo LUAE kantonale Steuern im Jahr 2011 um 3 Millionen Franken zu erhöhen. Der Regierungsrat stimmt zu.
Zustimmung

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **LUAE** Kantonale Steuern: Im Zuge der aufgehellten Konjunkturperspektiven wird auch ein Wachstum der Steuereinnahmen erwartet. Im Vergleich zum Budget 2010 wird im Jahr 2011 mit etwa 3.9 % höheren kantonalen Steuern gerechnet. Mehreinnahmen dürften sich sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen ergeben. Der Steuerzuschlag Finanzausgleich juristische Personen wird im Jahr 2011 wiederum ausgesetzt.

AB 440 Landwirtschaft

Die Kommissionen VWA und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats, die Massnahme 7 des Entwicklungsschwerpunkts 440ES0021 wie folgt anzupassen: "Botschaft 2. Lesung; 1. Hälfte 2011".
Zustimmung

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
440ES0021	Erarbeitung von Grundlagen zur zukünftigen kantonalen Agrarpolitik	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		6	Botschaft 1. Lesung	2. Q. 2010						
		7	Botschaft 2. Lesung	~~4. Q. 2010~~ 1. Hälfte 2011						
		8	Verordnungsrecht revidieren	2011						
		9	Volksabstimmung	2011						
		10	Inkraftsetzung revidiertes Landwirtschaftsrecht	2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0021: 2011 wird der Grosse Rat die neue Verfassungs- und Gesetzesvorlage zur kantonalen Landwirtschaftspolitik verabschieden. Nach der Volksabstimmung und der Verabschiedung der Nachfolgeerlasse kann das neue Landwirtschaftsrecht 2012 in Kraft gesetzt werden. Die bis anhin geltenden 22 Verordnungen werden neu in einer allgemeinen Landwirtschaftsverordnung und ein paar spezifischen Verordnungen geregelt.

Departement Gesundheit und Soziales

AB 510 Soziale Sicherheit

Die Kommissionen GSW und KAPF beantragen, das Globalbudget 2011 um 220'000 Franken zu kürzen. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.
Zustimmung zum Antrag der Kommissionen

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Ursachen für die Aufsteigerung in Höhe von Fr. 2 Mio sind erwarteter Mehraufwand für Sozialhilfe aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftkrise (Fr. 2.3 Mio), Mehrausgaben für B-Flüchtlinge (Fr. 0.7 Mio), Zunahme von anspruchsberechtigten Institutionen für familienergänzende Kinderbetreuung (Fr. 0.3 Mio), Minderaufwände für Ausreisepflichtige (interne Verrechnung) wegen weniger Übernachtungen von Ausreisepflichtigen (Fr. 1 Mio) und Überführung der Familien und Gleichstellung in das GES (Fr. 0.3 Mio). Ursachen für die Ertragssteigerung in Höhe von Fr. 2.1 Mio sind höhere Einnahmen aus der Pauschale des Bundes für B-Flüchtlinge (Fr. 0.5 Mio), aus der Prämienverbilligung (Fr. 0.5 Mio), höhere Einnahmen aus der Bundespauschale für ausreisepflichtige Personen aufgrund höherer Fallzahlen (Fr. 1 Mio) und wegen Verrechnung aus Massnahmen gegen häusliche Gewalt (Fr. 0.1 Mio).

AB 520 Gesundheitsschutz

Die Kommissionen GSW und KAPF beantragen zu Ziel 520ZI0017, die Indikatorwerte von Indikator 1 in den Planjahr 2012–2014 auf 14 festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
520ZI0017	Die Ausbildung von Grundversorgern wird durch die Mitfinanzierung von Weiterbildungsstellen in Grundversorgerpraxen gefördert.	1	Mitfinanzierte Halbjahres-Weiterbildungsassistenzstellen	Anzahl	5	12	12	~~12~~ 14	~~12~~ 14	~~12~~ 14

AB 610 Raumentwicklung und Recht

Die Kommissionen UBV und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats zu Ziel 610ZI0002, den Indikatorwert von Indikator 1 ab 2011 auf 41 festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
610ZI0002	Die Raumentwicklung im Kanton Aargau ist vernetzt mit den Regionen, den Nachbarkantonen, dem Bund sowie dem benachbarten Ausland.	1	Grenzüberschreitende Projekte sowie Koordinationsvorlagen mit den Regionen, Nachbarkantonen, dem Bund und dem benachbarten Ausland	Anzahl	38	40	~~40~~ 41	~~40~~ 41	~~40~~ 41	~~40~~ 41

Die KAPF stellt mit Zustimmung des Regierungsrats zum Ziel 610ZI0005 folgende Anträge zu Indikator 2 und 3: "Anteil" ersetzen durch "Mindestanteil". Der Indikatorwert von Indikator 2 sei in den Jahren 2011–2014 auf 50 % festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
610ZI0005	Für Baugesuche werden die Rechtsvorgaben von Bund und Kanton korrekt und innerhalb des Ermessensspielraums umgesetzt. Die Verfahren werden schnell und effizient erledigt.	1	Maximaler Anteil geänderter Entscheide der Abteilung für Baubewilligungen durch die Gerichte	%	0.16	1	1	1	1	1
		2	~~Anteil~~ Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 30 Tagen (ohne Anhörungsverfahren, ohne Verfahren mit Beteiligung von Bundesanstalten und externe Fachstellen)	%	55	48	~~48~~ 50	~~48~~ 50	~~48~~ 50	~~48~~ 50
		3	~~Anteil~~ Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 60 Tagen	%	92	88	88	88	88	88

AB 635 Verkehrsangebot

Die Kommissionen UBV und KAPF beantragen mit Zustimmung des Regierungsrats zu Ziel 635ZI0017, den Indikatorwert von Indikator 8 in den Jahren 2011–2014 auf 48 % festzusetzen.
Zustimmung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
635ZI0017	Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird in allen Regionen nachfrageorientiert und nach wirtschaftlichen Aspekten weiter entwickelt und konsolidiert. Infrastruktur und Rollmaterial werden langfristig entwickelt und laufend optimiert und unterhalten.	1	Gewichtete Bahnabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	99'354	95'000	100'000	101'000	102'000	102'000
		2	Gewichtete Busabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	114'522	114'000	115'000	116'000	117'000	117'000
		3	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Bundes	Mio. Fr.	48.1	49.61	53.96	55.58	55.85	57.33
		4	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Kantons	Mio. Fr.	68.75	72.3	78.76	82.27	85.21	88.15
		5	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot der Gemeinden	Mio. Fr.	45.83	50.42	54.6	57.26	59.32	61.33
		6	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot insgesamt	Mio. Fr.	162.68	172.34	187.3	195.1	200.4	206.8
		7	Jährlich investierte Mittel für öV-Infrastruktur	Mio. Fr.	20.51	7.53	19.95	20.56	17.23	18
		8	Kostendeckung Bahnen (Normalspur)	%	49	49	~~47~~ 48	~~47~~ 48	~~47~~ 48	~~47~~ 48
		9	Kostendeckung Bahnen (Meterspur; exkl. Infrastrukturbetriebskosten)	%	41	41	40	40	40	41
		10	Kostendeckung Bus	%	38	38	38	39	39	39
		11	Kundenzufriedenheit Bahnangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	71	72	73	73	73	73
		12	Kundenzufriedenheit Busangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	74	74	75	75	75	75
		13	Anteil der mit Nachtangebot erschlossenen Kantonseinwohner	%		73	78	83	88	88

Die Kommission UBV stellt folgenden Antrag: "Wegfall NFA-Ausgleich in der Höhe von 6 Millionen Franken bzw. Saldoerhöhung Globalbudget AB 635 Verkehrsangebot

1. Verschiebung von Projekten (Investitionen) im öV-Bereich über 3 Mio. Franken.
2. Für die restlichen 3 Mio. Franken werden im Rahmen der Zusatzfinanzierungen 2011 dem Grossen Rat Globalbudgetanpassungen beantragt. Diese müssen durch Kompensationen innerhalb der ordentlichen Rechnung ausgeglichen werden.
3. Die Anpassungen der Verwaltungsrechnung für die Planjahre 2012–2014 werden mit der Erstellung des AFP 2012–2015 vorgenommen."

Die Kommission KAPF beantragt im Sinne eines Umsetzungsvorschlags zum Antrag der Kommission UBV:

- Erhöhung des Saldos Globalbudget 2011 um 6 Millionen Franken
- Kürzung der Jahrestranche Saldo Kleinkredite um 1,5 Millionen Franken
- Kürzung der Jahrestranche Saldo Grosskredite um 1,5 Millionen Franken

Zustimmung zum Antrag KAPF/Regierungsrat

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget
Globalbudget
Ertrag: Beiträge Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand der Abgeltungen öffentlicher Verkehr. Wegfall der bis zum 31.12.2010 befristeten NFA-Ausgleichszahlung aus dem Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur (9 Mio. Franken pro Jahr).

AB 640 Verkehrsinfrastruktur

Die KAPF beantragt mit Zustimmung des Regierungsrats, folgende saldoneutrale Anpassung infolge der Beschlüsse zu AB 635:

- Saldo Globalbudget: Entlastung um 6 Millionen Franken
- Saldo LUAE: Belastung um 6 Millionen Franken

Zustimmung

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget
Globalbudget
Aufwand: Innerhalb eines Jahres abgewickelte Projekte werden neu im Globalbudget verbucht, bisher im Steuerungsbereich der Kleinkredite. Nach dem Übergang der Nationalstrassen an den Bund werden die Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen als Verbundaufgabe mit dem bisherigen Kostenteiler weitergeführt. Im Rahmen der Netzbereinigung von Kantons-/Gemeindestrassen fallen einmalige Sanierungsabgeltungen an Gemeinden für abgetretene Kantonsstrassen an. Wegfall der bis zum 31.12.2010 befristeten NFA-Ausgleichszahlung aus der Strassenrechnung zu Gunsten des Aufgabenbereichs 635 Verkehrsangebot (9 Mio. Franken pro Jahr).

4. Finanzteil Budget 2011 und Planjahre 2012-2014

Der Finanzteil besteht aus dem in den Aufgabenbereichsplänen aufgeführten Abschnitt "Finanzen". Die vom Grossen Rat beschlossene Nettoentlastung von 1.4 Mio. Franken führt zu einem Überschuss im Budget 2011 von 2.9 Mio. Franken. Die Nettoentlastung ergibt sich hauptsächlich aus dem Verzicht der Weiterführung der GZA-Mitgliedschaft sowie der zeitlichen Verschiebung des Frühfranzösisch.
In den Planjahren 2012 und 2013 führen die Beschlüsse des Grossen Rats zu einer Reduktion der Defizite, im Planjahr 2014 hingegen zu einem geringen Anstieg des Defizits. Der Grund für die Veränderung des Saldos in den Planjahren liegt in der zeitlichen Verschiebung des Frühfranzösisch sowie der angepassten Abschreibungsrate des Defizits 2012 ab dem Jahr 2014.

in 1'000 Franken; (+) Entlastungen (-) Belastungen	**Steuerungsgrösse/Kommentar**		**Budget 2011**	**Plan 2012**	**Plan 2013**	**Plan 2014**
Antrag Regierungsrat vom 11. August 2010: Saldo Verwaltungsrechnung			**1'497**	**-16'006**	**-17'712**	**-13'776**
AB 010 Grosser Rat	GB	Erhöhung Sachaufwand für externe Dienstleistungen	-30	0	0	0
AB 820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz	GB	Kürzung Saldo Globalbudget	100	0	0	0
AB 245 Standortförderung	GK	Verzicht auf Weiterführung GZA-Mitgliedschaft	900	0	0	0
AB 310 Volksschule	GK	Zeitliche Verschiebung Frühfranzösisch	964	869	310	-300
AB 315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten	GB	Reduktion Mutationsgewinn	-800	0	0	0
AB 410 Finanzen, Controlling und Statistik	LUAE	Abschreibung neue Defizite 2012	0	0	0	174
AB 425 Steuern	LUAE	Ertragsteigerung kantonale Steuern	3'000	0	0	0
AB 510 Soziale Sicherheit	GB	Kürzung Aufwand für soziale Institutionen	220	0	0	0
AB 635 Verkehrsangebot	GB	Wegfall NFA-Ausgleich	-6'000	0	0	0
AB 635 Verkehrsangebot	GK/KK	Entlastung für Wegfall NFA-Ausgleich	3'000	0	0	0
AB 640 Verkehrsinfrastruktur	GB	Wegfall NFA-Ausgleich	6'000	0	0	0
AB 640 Verkehrsinfrastruktur	LUAE	Erhöhung Einlage in Spezialfinanzierung	-6'000	0	0	0
Beschlüsse Grosser Rat vom 30. November 2010: Saldo Verwaltungsrechnung			**2'851**	**-15'137**	**-17'402**	**-13'902**
Abweichung zum Antrag Regierungsrat			1'354	869	310	-126

Im Detail stellen sich die Abweichungen pro Aufgabenbereich wie folgt dar:

in 1'000 Franken; (+) Entlastungen (-) Belastungen		Steuerungsgrösse/Kommentar		Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
010 Grosser Rat	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-4'543	-4'504	-4'517	-4'532
	Abweichung	GB	Erhöhung Sachaufwand für externe Dienstleistungen	-30			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-4'573	-4'504	-4'517	-4'532
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-732	-862	-867	-873
	Abweichung	GB	Kürzung Saldo Globalbudget	100			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-632	-862	-867	-873
245 Standortförderung	Antrag RR 11.8.2010	GK	Total	-900	-900	-900	-900
	Abweichung	GK	Verzicht auf Weiterführung GZA-Mitgliedschaft	900			
	Beschluss GR 30.11.2010	GK	Total		-900	-900	-900
310 Volksschule	Antrag RR 11.8.2010	GK	Total	-15'380	-22'009	-22'623	-12'045
	Abweichung	GK	Zeitliche Verschiebung Frühfranzösisch	964	869	310	-300
	Beschluss GR 30.11.2010	GK	Total	-14'416	-21'140	-22'313	-12'345
315 Sonderschulung, Heime, Werkstätten	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-218'353	-222'845	-230'145	-233'545
	Abweichung	GB	Reduktion Mutationsgewinn	-800			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-219'153	-222'845	-230'145	-233'545
410 Finanzen, Controlling und Statistik	Antrag RR 11.8.2010	LUAE	Total	402'655	416'239	362'312	364'752
	Abweichung	LUAE	Aufwandminderung Abschreibungen Schuldenbremse (geringeres Defizit im Planjahr 2012)	-	-	-	174
	Beschluss GR 30.11.2010	LUAE	Total	402'655	416'239	362'312	364'926
425 Steuern	Antrag RR 11.8.2010	LUAE	Total	2'043'530	2'120'160	2'209'510	2'303'330
	Abweichung	LUAE	Ertragsteigerung kantonale Steuern	3'000	-	-	-
	Beschluss GR 30.11.2010	LUAE	Total	2'046'530	2'120'160	2'209'510	2'303'330
510 Soziale Sicherheit	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-35'986	-39'377	-41'345	-43'363
	Abweichung	GB	Kürzung Aufwand für soziale Institutionen	220			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-35'766	-39'377	-41'345	-43'363

in 1'000 Franken; (+) Entlastungen (-) Belastungen		Steuerungsgrösse/Kommentar		Budget 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
635 Verkehrsangebot	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-76'047	-79'283	-82'220	-85'217
	Abweichung	GB	Wegfall NFA-Ausgleich	-6'000			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-82'047	-79'283	-82'220	-85'217
	Antrag RR 11.8.2010	KK	Total	-10'850	-8'631	-7'471	-8'212
	Abweichung	KK	Entlastung für Wegfall NFA-Ausgleich	1'500	-	-	-
	Beschluss GR 30.11.2010	KK	Total	-9'350	-8'631	-7'471	-8'212
	Antrag RR 11.8.2010	GK	Total	-12'035	-11'530	-8'900	-10'500
	Abweichung	GK	Entlastung für Wegfall NFA-Ausgleich	1'500	-	-	-
	Beschluss GR 30.11.2010	GK	Total	-10'535	-11'530	-8'900	-10'500
640 Verkehrsinfrastruktur	Antrag RR 11.8.2010	GB	Total	-57'619	-54'458	-54'008	-54'658
	Abweichung	GB	Wegfall NFA-Ausgleich	6'000			
	Beschluss GR 30.11.2010	GB	Total	-51'619	-54'458	-54'008	-54'658
	Antrag RR 11.8.2010	LUAE	Total	146'439	159'365	173'668	192'641
	Abweichung	LUAE	Erhöhung Einlage in Spezialfinanzierung	-6'000			
	Beschluss GR 30.11.2010	LUAE	Total	140'439	159'365	173'668	192'641
Saldo Antrag RR 11.8.2010				0	-16'006	-17'712	-13'776
Saldo Beschluss GR 30.11.2010				2'851	-15'137	-17'402	-13'902
Saldoveränderung				1'354	869	310	-126

Anmerkung: Rundungsdifferenzen sind möglich

Legende:

GB	Globalbudget
KK	Kleinkredit
GK	Grosskredit
LUAE	Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge
RR	Regierungsrat
GR	Grosser Rat

I. VERWALTUNGSRECHNUNG

Übersicht Verwaltungsrechnung nach Steuergrössen

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
Globalbudget										
Aufwand	-2'966'300'182.08	-3'065'662'452	-3'164'482'762	3.2	-3'325'258'164	5.1	-3'388'088'034	1.9	-3'499'498'834	3.3
Ertrag	1'066'055'538.18	1'072'299'612	1'074'904'030	0.2	1'098'780'200	2.2	1'124'564'000	2.3	1'155'446'350	2.7
Saldo	**-1'900'244'643.90**	**-1'993'362'840**	**-2'089'578'732**	**4.8**	**-2'226'477'964**	**6.6**	**-2'263'524'034**	**1.7**	**-2'344'052'484**	**3.6**
Kleinkredite										
Aufwand	-130'641'922.45	-201'493'208	-193'509'420	-4.0	-194'583'070	0.6	-159'255'670	-18.2	-149'489'670	-6.1
Ertrag	40'580'698.44	62'753'100	55'761'000	-11.1	61'620'000	10.5	54'526'000	-11.5	52'484'000	-3.7
Saldo	**-90'061'224.01**	**-138'740'108**	**-137'748'420**	**-0.7**	**-132'963'070**	**-3.5**	**-104'729'670**	**-21.2**	**-97'005'670**	**-7.4**
Grosskredite										
Aufwand	-265'560'413.38	-229'178'800	-246'132'170	7.4	-271'450'143	10.3	-328'984'465	21.2	-373'728'417	13.6
Ertrag	90'809'021.80	62'902'300	62'658'620	-0.4	62'949'000	0.5	87'484'660	39.0	102'275'640	16.9
Saldo	**-174'751'391.58**	**-166'276'500**	**-183'473'550**	**10.3**	**-208'501'143**	**13.6**	**-241'499'805**	**15.8**	**-271'452'777**	**12.4**
LUAE										
Aufwand	-1'297'430'222.63	-1'030'748'209	-1'044'290'289	1.3	-1'079'212'076	3.3	-1'083'673'300	0.4	-1'128'700'419	4.2
Ertrag	3'474'177'326.33	3'334'627'657	3'457'942'284	3.7	3'632'017'121	5.0	3'676'024'661	1.2	3'827'309'541	4.1
Saldo	**2'176'747'103.70**	**2'303'879'448**	**2'413'651'995**	**4.8**	**2'552'805'045**	**5.8**	**2'592'351'361**	**1.5**	**2'698'609'122**	**4.1**
Verwaltungsrechnung										
Aufwand	-4'659'932'740.54	-4'527'082'669	-4'648'414'641	2.7	-4'870'503'453	4.8	-4'960'001'469	1.8	-5'151'417'340	3.9
Ertrag	4'671'622'584.75	4'532'582'669	4'651'265'934	2.6	4'855'366'321	4.4	4'942'599'321	1.8	5'137'515'531	3.9
Saldo	**11'689'844.21**	**5'500'000**	**2'851'293**	**-48.2**	**-15'137'132**	**<-300**	**-17'402'148**	**15.0**	**-13'901'809**	**-20.1**

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss; (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss

Übersicht Verwaltungsrechnung nach Laufender Rechnung und Investitionsrechnung

	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
Laufende Rechnung										
Aufwand	-4'269'375'520.75	-4'152'738'519	-4'280'520'946	3.1	-4'504'226'853	5.2	-4'567'461'369	1.4	-4'702'701'840	3.0
Ertrag	4'519'166'552.82	4'398'648'069	4'531'797'014	3.0	4'700'524'321	3.7	4'775'028'461	1.6	4'951'976'391	3.7
Saldo	**249'791'032.07**	**245'909'550**	**251'276'068**	**2.2**	**196'297'468**	**-21.9**	**207'567'092**	**5.7**	**249'274'551**	**20.1**
Investitionsrechnung										
Aufwand	-390'557'219.79	-374'344'150	-367'893'695	-1.7	-366'276'600	-0.4	-392'540'100	7.2	-448'715'500	14.3
Ertrag	152'456'031.93	133'934'600	119'468'920	-10.8	154'842'000	29.6	167'570'860	8.2	185'539'140	10.7
Saldo	**-238'101'187.86**	**-240'409'550**	**-248'424'775**	**3.3**	**-211'434'600**	**-14.9**	**-224'969'240**	**6.4**	**-263'176'360**	**17.0**
Verwaltungsrechnung										
Aufwand	-4'659'932'740.54	-4'527'082'669	-4'648'414'641	2.7	-4'870'503'453	4.8	-4'960'001'469	1.8	-5'151'417'340	3.9
Ertrag	4'671'622'584.75	4'532'582'669	4'651'265'934	2.6	4'855'366'321	4.4	4'942'599'321	1.8	5'137'515'531	3.9
Saldo	**11'689'844.21**	**5'500'000**	**2'851'293**	**-48.2**	**-15'137'132**	**<-300**	**-17'402'148**	**15.0**	**-13'901'809**	**-20.1**

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss; (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
10	**Grosser Rat**										
	Aufwand	-3'677'835	-4'257'000	-4'608'700	8.3	-4'539'800	-1.5	-4'553'100	0.3	-4'567'500	0.3
	Ertrag	35'792	36'000	36'000	0.0	36'000	0.0	36'000	0.0	36'000	0.0
	Saldo	**-3'642'043**	**-4'221'000**	**-4'572'700**	**8.3**	**-4'503'800**	**-1.5**	**-4'517'100**	**0.3**	**-4'531'500**	**0.3**
710	**Rechtsprechung**										
	Aufwand	-62'527'723	-68'941'600	-72'132'500	4.6	-72'645'400	0.7	-74'651'900	2.8	-75'277'700	0.8
	Ertrag	18'852'999	19'510'000	20'114'000	3.1	20'469'000	1.8	20'926'000	2.2	21'155'000	1.1
	Saldo	**-43'674'724**	**-49'431'600**	**-52'018'500**	**5.2**	**-52'176'400**	**0.3**	**-53'725'900**	**3.0**	**-54'122'700**	**0.7**
810	**Finanzaufsicht**										
	Aufwand	-1'794'552	-2'006'100	-2'291'700	14.2	-2'299'400	0.3	-2'291'800	-0.3	-2'302'300	0.5
	Ertrag	293'086	270'000	170'000	-37.0	170'000	0.0	170'000	0.0	170'000	0.0
	Saldo	**-1'501'466**	**-1'736'100**	**-2'121'700**	**22.2**	**-2'129'400**	**0.4**	**-2'121'800**	**-0.4**	**-2'132'300**	**0.5**
820	**Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz**										
	Aufwand	-443'999	-498'300	-632'080	26.8	-861'980	36.4	-866'680	0.5	-873'480	0.8
	Ertrag	840	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-443'159**	**-498'300**	**-632'080**	**26.8**	**-861'980**	**36.4**	**-866'680**	**0.5**	**-873'480**	**0.8**
100	**Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte**										
	Aufwand	-45'559'103	-41'157'830	-50'259'320	22.1	-63'576'380	26.5	-65'183'810	2.5	-64'015'210	-1.8
	Ertrag	9'469'083	3'090'500	4'983'000	61.2	4'978'000	-0.1	4'993'000	0.3	4'993'000	0.0
	Saldo	**-36'090'019**	**-38'067'330**	**-45'276'320**	**18.9**	**-58'598'380**	**29.4**	**-60'190'810**	**2.7**	**-59'022'210**	**-1.9**
120	**Zentrale Stabsleistungen**										
	Aufwand	-12'436'713	-12'748'700	-12'938'200	1.5	-12'237'400	-5.4	-12'868'500	5.2	-12'277'900	-4.6
	Ertrag	1'867'809	1'692'000	1'657'000	-2.1	1'055'000	-36.3	1'050'000	-0.5	1'045'000	-0.5
	Saldo	**-10'568'904**	**-11'056'700**	**-11'281'200**	**2.0**	**-11'182'400**	**-0.9**	**-11'818'500**	**5.7**	**-11'232'900**	**-5.0**
210	**Polizeiliche Sicherheit**										
	Aufwand	-99'817'624	-102'450'420	-107'238'548	4.7	-108'909'430	1.6	-108'041'330	-0.8	-112'170'730	3.8
	Ertrag	32'215'594	32'221'400	32'504'400	0.9	32'704'400	0.6	32'904'400	0.6	33'004'400	0.3
	Saldo	**-67'602'030**	**-70'229'020**	**-74'734'148**	**6.4**	**-76'205'030**	**2.0**	**-75'136'930**	**-1.4**	**-79'166'330**	**5.4**
215	**Verkehrszulassung**										
	Aufwand	-151'184'539	-152'157'948	-150'281'700	-1.2	-156'076'500	3.9	-156'337'500	0.2	-155'877'900	-0.3
	Ertrag	168'510'810	166'063'415	161'503'000	-2.7	168'631'000	4.4	169'204'000	0.3	168'857'000	-0.2
	Saldo	**17'326'271**	**13'905'467**	**11'221'300**	**-19.3**	**12'554'500**	**11.9**	**12'866'500**	**2.5**	**12'979'100**	**0.9**

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
220	**Strafverfolgung und Strafvollzug**										
	Aufwand	-85'277'314	-89'948'900	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
	Ertrag	52'127'749	50'295'402	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-33'149'565**	**-39'653'498**	**-**	**-100.0**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
225	**Migration**										
	Aufwand	-16'807'816	-22'166'000	-20'546'500	-7.3	-20'682'000	0.7	-20'655'200	-0.1	-20'639'800	-0.1
	Ertrag	11'084'221	13'053'900	9'998'900	-23.4	10'187'500	1.9	11'160'000	9.5	11'060'000	-0.9
	Saldo	**-5'723'595**	**-9'112'100**	**-10'547'600**	**15.8**	**-10'494'500**	**-0.5**	**-9'495'200**	**-9.5**	**-9'579'800**	**0.9**
230	**Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration**										
	Aufwand	-50'657'931	-63'331'430	-55'663'000	-12.1	-54'203'100	-2.6	-54'187'500	0.0	-54'600'500	0.8
	Ertrag	42'198'806	53'104'130	46'159'330	-13.1	44'297'950	-4.0	44'175'700	-0.3	44'380'200	0.5
	Saldo	**-8'459'125**	**-10'227'300**	**-9'503'670**	**-7.1**	**-9'905'150**	**4.2**	**-10'011'800**	**1.1**	**-10'220'300**	**2.1**
235	**Registerführung und Rechtsaufsicht**										
	Aufwand	-27'176'099	-33'683'560	-35'492'090	5.4	-33'497'553	-5.6	-30'464'115	-9.1	-34'403'667	12.9
	Ertrag	60'626'326	56'752'000	58'267'000	2.7	58'558'000	0.5	58'947'100	0.7	59'412'100	0.8
	Saldo	**33'450'227**	**23'068'440**	**22'774'910**	**-1.3**	**25'060'447**	**10.0**	**28'482'985**	**13.7**	**25'008'433**	**-12.2**
240	**Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich**										
	Aufwand	-81'089'020	-61'892'100	-59'219'400	-4.3	-76'632'100	29.4	-63'396'000	-17.3	-89'227'300	40.7
	Ertrag	78'051'524	57'145'000	55'043'500	-3.7	73'450'000	33.4	60'633'000	-17.4	86'675'000	43.0
	Saldo	**-3'037'497**	**-4'747'100**	**-4'175'900**	**-12.0**	**-3'182'100**	**-23.8**	**-2'763'000**	**-13.2**	**-2'552'300**	**-7.6**
245	**Standortförderung**										
	Aufwand	-2'258'596	-5'007'638	-5'026'750	0.4	-4'325'270	-14.0	-4'146'870	-4.1	-4'308'670	3.9
	Ertrag	244'913	355'000	432'500	21.8	280'000	-35.3	280'000	0.0	280'000	0.0
	Saldo	**-2'013'683**	**-4'652'638**	**-4'594'250**	**-1.3**	**-4'045'270**	**-11.9**	**-3'866'870**	**-4.4**	**-4'028'670**	**4.2**
250	**Strafverfolgung**										
	Aufwand	-	-	-39'242'600	-	-39'514'700	0.7	-36'846'600	-6.8	-37'028'600	0.5
	Ertrag	-	-	26'285'000	-	26'130'300	-0.6	26'357'000	0.9	26'357'000	0.0
	Saldo	**-**	**-**	**-12'957'600**	**-**	**-13'384'400**	**3.3**	**-10'489'600**	**-21.6**	**-10'671'600**	**1.7**
255	**Straf- und Massnahmenvollzug**										
	Aufwand	-	-	-66'847'400	-	-66'917'700	0.1	-66'140'900	-1.2	-67'840'500	2.6
	Ertrag	-	-	30'762'800	-	29'609'000	-3.8	27'734'000	-6.3	27'150'000	-2.1
	Saldo	**-**	**-**	**-36'084'600**	**-**	**-37'308'700**	**3.4**	**-38'406'900**	**2.9**	**-40'690'500**	**5.9**

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
310	**Volksschule**										
	Aufwand	-792'253'264	-768'629'400	-813'146'800	5.8	-837'131'900	2.9	-847'237'300	1.2	-866'548'100	2.3
	Ertrag	176'820'117	139'219'200	152'316'800	9.4	162'898'600	6.9	166'660'100	2.3	170'614'400	2.4
	Saldo	**-615'433'147**	**-629'410'200**	**-660'830'000**	**5.0**	**-674'233'300**	**2.0**	**-680'577'200**	**0.9**	**-695'933'700**	**2.3**
315	**Sonderschulung, Heime und Werkstätten**										
	Aufwand	-350'751'153	-412'917'600	-379'495'300	-8.1	-386'652'600	1.9	-399'911'100	3.4	-405'542'400	1.4
	Ertrag	145'050'296	193'443'800	160'167'700	-17.2	163'807'900	2.3	169'766'000	3.6	171'997'400	1.3
	Saldo	**-205'700'857**	**-219'473'800**	**-219'327'600**	**-0.1**	**-222'844'700**	**1.6**	**-230'145'100**	**3.3**	**-233'545'000**	**1.5**
320	**Berufsbildung und Mittelschule**										
	Aufwand	-307'070'426	-304'289'000	-311'237'800	2.3	-312'583'500	0.4	-315'844'700	1.0	-319'610'300	1.2
	Ertrag	78'916'143	78'917'000	86'316'800	9.4	86'226'200	-0.1	86'098'100	-0.1	86'415'000	0.4
	Saldo	**-228'154'283**	**-225'372'000**	**-224'921'000**	**-0.2**	**-226'357'300**	**0.6**	**-229'746'600**	**1.5**	**-233'195'300**	**1.5**
325	**Hochschulen**										
	Aufwand	-173'463'093	-172'872'800	-177'114'700	2.5	-186'442'200	5.3	-195'233'600	4.7	-200'011'900	2.4
	Ertrag	1'136'959	400'000	170'000	-57.5	1'170'000	>300	170'000	-85.5	170'000	0.0
	Saldo	**-172'326'133**	**-172'472'800**	**-176'944'700**	**2.6**	**-185'272'200**	**4.7**	**-195'063'600**	**5.3**	**-199'841'900**	**2.4**
330	**Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge**										
	Aufwand	-51'769'163	-41'348'492	-44'844'300	8.5	-41'464'300	-7.5	-36'345'100	-12.3	-47'855'000	31.7
	Ertrag	20'996'426	19'225'000	18'852'000	-1.9	19'052'000	1.1	19'252'000	1.0	19'452'000	1.0
	Saldo	**-30'772'737**	**-22'123'492**	**-25'992'300**	**17.5**	**-22'412'300**	**-13.8**	**-17'093'100**	**-23.7**	**-28'403'000**	**66.2**
335	**Sport, Jugend**										
	Aufwand	-10'347'472	-13'431'500	-22'587'600	68.2	-20'654'800	-8.6	-14'757'400	-28.6	-14'838'200	0.5
	Ertrag	7'639'691	10'065'800	18'787'600	86.6	16'693'600	-11.1	10'793'600	-35.3	10'793'600	0.0
	Saldo	**-2'707'781**	**-3'365'700**	**-3'800'000**	**12.9**	**-3'961'200**	**4.2**	**-3'963'800**	**0.1**	**-4'044'600**	**2.0**
340	**Kultur**										
	Aufwand	-38'093'063	-42'996'300	-44'193'700	2.8	-45'245'800	2.4	-44'433'000	-1.8	-46'513'200	4.7
	Ertrag	3'554'805	1'753'000	3'184'100	81.6	3'293'300	3.4	3'217'700	-2.3	3'215'800	-0.1
	Saldo	**-34'538'257**	**-41'243'300**	**-41'009'600**	**-0.6**	**-41'952'500**	**2.3**	**-41'215'300**	**-1.8**	**-43'297'400**	**5.1**
410	**Finanzen, Controlling und Statistik**										
	Aufwand	-374'295'011	-211'463'509	-208'808'379	-1.3	-213'699'166	2.3	-210'167'000	-1.7	-214'881'819	2.2
	Ertrag	552'917'316	582'680'857	605'524'884	3.9	624'557'521	3.1	567'092'871	-9.2	574'439'451	1.3
	Saldo	**178'622'305**	**371'217'348**	**396'716'505**	**6.9**	**410'858'355**	**3.6**	**356'925'871**	**-13.1**	**359'557'632**	**0.7**

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
420	**Personal**										
	Aufwand	-6'355'575	-7'459'500	-7'289'900	-2.3	-7'064'600	-3.1	-6'924'400	-2.0	-6'622'700	-4.4
	Ertrag	1'845'409	530'000	530'000	0.0	530'000	0.0	530'000	0.0	530'000	0.0
	Saldo	**-4'510'166**	**-6'929'500**	**-6'759'900**	**-2.4**	**-6'534'600**	**-3.3**	**-6'394'400**	**-2.1**	**-6'092'700**	**-4.7**
425	**Steuern**										
	Aufwand	-121'342'191	-85'777'700	-80'842'900	-5.8	-80'171'300	-0.8	-94'004'200	17.3	-97'861'000	4.1
	Ertrag	2'153'715'136	2'021'914'000	2'096'905'000	3.7	2'170'445'000	3.5	2'273'493'000	4.7	2'370'678'000	4.3
	Saldo	**2'032'372'945**	**1'936'136'300**	**2'016'062'100**	**4.1**	**2'090'273'700**	**3.7**	**2'179'488'800**	**4.3**	**2'272'817'000**	**4.3**
430	**Immobilien**										
	Aufwand	-118'001'655	-109'998'300	-122'299'600	11.2	-94'589'400	-22.7	-113'186'200	19.7	-122'389'300	8.1
	Ertrag	81'726'524	79'431'312	89'099'600	12.2	19'964'400	-77.6	37'211'600	86.4	42'868'800	15.2
	Saldo	**-36'275'132**	**-30'566'988**	**-33'200'000**	**8.6**	**-74'625'000**	**124.8**	**-75'974'600**	**1.8**	**-79'520'500**	**4.7**
435	**Informatik**										
	Aufwand	-28'173'027	-28'859'680	-35'447'800	22.8	-29'369'400	-17.1	-29'273'200	-0.3	-29'423'200	0.5
	Ertrag	7'221'736	7'395'100	9'954'600	34.6	4'351'600	-56.3	3'520'600	-19.1	3'520'600	0.0
	Saldo	**-20'951'292**	**-21'464'580**	**-25'493'200**	**18.8**	**-25'017'800**	**-1.9**	**-25'752'600**	**2.9**	**-25'902'600**	**0.6**
440	**Landwirtschaft**										
	Aufwand	-159'350'768	-152'839'500	-156'906'800	2.7	-156'242'100	-0.4	-156'280'300	0.0	-157'284'400	0.6
	Ertrag	147'269'177	140'668'000	144'822'500	3.0	144'828'000	0.0	144'878'000	0.0	144'788'000	-0.1
	Saldo	**-12'081'591**	**-12'171'500**	**-12'084'300**	**-0.7**	**-11'414'100**	**-5.5**	**-11'402'300**	**-0.1**	**-12'496'400**	**9.6**
510	**Soziale Sicherheit**										
	Aufwand	-46'965'668	-54'476'300	-56'664'700	4.0	-59'936'300	5.8	-61'604'300	2.8	-63'641'600	3.3
	Ertrag	18'793'727	10'605'500	12'729'000	20.0	12'729'000	0.0	12'729'000	0.0	12'729'000	0.0
	Saldo	**-28'171'941**	**-43'870'800**	**-43'935'700**	**0.1**	**-47'207'300**	**7.4**	**-48'875'300**	**3.5**	**-50'912'600**	**4.2**
515	**Betreuung Asylsuchende**										
	Aufwand	-35'890'211	-36'879'700	-40'056'300	8.6	-40'056'400	0.0	-39'921'600	-0.3	-39'862'000	-0.1
	Ertrag	40'059'545	32'653'000	37'883'200	16.0	37'883'200	0.0	37'883'200	0.0	37'883'200	0.0
	Saldo	**4'169'333**	**-4'226'700**	**-2'173'100**	**-48.6**	**-2'173'200**	**0.0**	**-2'038'400**	**-6.2**	**-1'978'800**	**-2.9**
520	**Gesundheitsschutz**										
	Aufwand	-51'995'984	-49'661'800	-57'583'700	16.0	-59'957'400	4.1	-61'436'800	2.5	-63'053'000	2.6
	Ertrag	7'520'808	7'135'000	10'098'200	41.5	10'174'200	0.8	10'210'000	0.4	10'210'000	0.0
	Saldo	**-44'475'176**	**-42'526'800**	**-47'485'500**	**11.7**	**-49'783'200**	**4.8**	**-51'226'800**	**2.9**	**-52'843'000**	**3.2**

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
533	**Verbraucherschutz**										
	Aufwand	-14'972'650	-15'234'600	-14'852'500	-2.5	-14'381'500	-3.2	-14'684'700	2.1	-14'744'300	0.4
	Ertrag	5'839'315	4'698'400	4'303'600	-8.4	3'937'700	-8.5	3'898'700	-1.0	3'898'700	0.0
	Saldo	**-9'133'335**	**-10'536'200**	**-10'548'900**	**0.1**	**-10'443'800**	**-1.0**	**-10'786'000**	**3.3**	**-10'845'600**	**0.6**
535	**Gesundheitsversorgung**										
	Aufwand	-578'485'018	-611'276'000	-635'996'400	4.0	-773'316'700	21.6	-802'739'400	3.8	-834'564'300	4.0
	Ertrag	212'228'148	232'003'000	245'633'800	5.9	361'572'700	47.2	373'576'700	3.3	385'812'300	3.3
	Saldo	**-366'256'870**	**-379'273'000**	**-390'362'600**	**2.9**	**-411'744'000**	**5.5**	**-429'162'700**	**4.2**	**-448'752'000**	**4.6**
540	**Militär und Bevölkerungsschutz**										
	Aufwand	-15'670'563	-13'933'600	-16'050'200	15.2	-15'201'600	-5.3	-15'101'200	-0.7	-14'762'000	-2.2
	Ertrag	14'077'342	9'408'300	10'718'500	13.9	10'022'500	-6.5	9'860'500	-1.6	9'610'500	-2.5
	Saldo	**-1'593'221**	**-4'525'300**	**-5'331'700**	**17.8**	**-5'179'100**	**-2.9**	**-5'240'700**	**1.2**	**-5'151'500**	**-1.7**
545	**Sozialversicherungen**										
	Aufwand	-178'126'786	-187'550'000	-194'099'000	3.5	-201'259'000	3.7	-206'500'000	2.6	-212'882'000	3.1
	Ertrag	51'808'318	59'010'000	61'810'000	4.7	64'810'000	4.9	67'710'000	4.5	70'010'000	3.4
	Saldo	**-126'318'469**	**-128'540'000**	**-132'289'000**	**2.9**	**-136'449'000**	**3.1**	**-138'790'000**	**1.7**	**-142'872'000**	**2.9**
610	**Raumentwicklung und Recht**										
	Aufwand	-11'067'279	-12'514'382	-11'958'582	-4.4	-11'663'582	-2.5	-11'669'782	0.1	-11'670'382	0.0
	Ertrag	5'051'932	3'471'000	3'117'300	-10.2	3'118'350	0.0	3'219'400	3.2	3'220'450	0.0
	Saldo	**-6'015'347**	**-9'043'382**	**-8'841'282**	**-2.2**	**-8'545'232**	**-3.3**	**-8'450'382**	**-1.1**	**-8'449'932**	**0.0**
615	**Energie**										
	Aufwand	-32'655'617	-11'094'300	-11'090'900	0.0	-14'342'000	29.3	-11'202'300	-21.9	-11'014'000	-1.7
	Ertrag	49'388'432	38'760'000	44'160'000	13.9	46'460'000	5.2	46'460'000	0.0	46'460'000	0.0
	Saldo	**16'732'815**	**27'665'700**	**33'069'100**	**19.5**	**32'118'000**	**-2.9**	**35'257'700**	**9.8**	**35'446'000**	**0.5**
620	**Umweltschutz**										
	Aufwand	-13'785'680	-15'435'700	-16'033'400	3.9	-14'630'500	-8.7	-15'042'100	2.8	-15'014'000	-0.2
	Ertrag	16'936'174	16'741'000	16'300'000	-2.6	16'310'000	0.1	16'306'000	0.0	16'303'000	0.0
	Saldo	**3'150'494**	**1'305'300**	**266'600**	**-79.6**	**1'679'500**	**>300**	**1'263'900**	**-24.7**	**1'289'000**	**2.0**
625	**Umweltentwicklung**										
	Aufwand	-34'715'295	-45'792'036	-37'729'400	-17.6	-44'828'400	18.8	-53'989'700	20.4	-64'769'800	20.0
	Ertrag	15'524'848	19'326'600	12'129'920	-37.2	16'429'000	35.4	25'995'860	58.2	30'752'140	18.3
	Saldo	**-19'190'447**	**-26'465'436**	**-25'599'480**	**-3.3**	**-28'399'400**	**10.9**	**-27'993'840**	**-1.4**	**-34'017'660**	**21.5**

Übersicht Aufgabenbereiche

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
630	**Umweltsanierung**										
	Aufwand	-31'755'267	-40'670'000	-45'450'000	11.8	-42'650'000	-6.2	-42'680'000	0.1	-42'220'000	-1.1
	Ertrag	31'746'889	40'670'000	45'450'000	11.8	42'650'000	-6.2	42'680'000	0.1	42'220'000	-1.1
	Saldo	**-8'378**	**0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**
635	**Verkehrsangebot**										
	Aufwand	-146'260'115	-142'461'252	-159'078'200	11.7	-165'020'100	3.7	-166'228'100	0.7	-173'581'900	4.4
	Ertrag	61'407'523	61'738'153	57'146'000	-7.4	65'576'000	14.8	67'637'000	3.1	69'653'000	3.0
	Saldo	**-84'852'592**	**-80'723'099**	**-101'932'200**	**26.3**	**-99'444'100**	**-2.4**	**-98'591'100**	**-0.9**	**-103'928'900**	**5.4**
640	**Verkehrsinfrastruktur**										
	Aufwand	-277'956'437	-257'933'000	-246'582'000	-4.4	-266'628'000	8.1	-274'072'790	2.8	-306'039'090	11.7
	Ertrag	277'956'437	257'933'000	246'582'000	-4.4	266'628'000	8.1	274'072'790	2.8	306'039'090	11.7
	Saldo	**0**	**0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**	**0**	**0.0**
645	**Wald, Jagd und Fischerei**										
	Aufwand	-17'655'445	-19'039'192	-18'553'292	-2.6	-18'402'192	-0.8	-18'899'392	2.7	-18'805'692	-0.5
	Ertrag	8'893'859	9'197'900	8'656'400	-5.9	8'691'400	0.4	9'106'400	4.8	8'656'400	-4.9
	Saldo	**-8'761'586**	**-9'841'292**	**-9'896'892**	**0.6**	**-9'710'792**	**-1.9**	**-9'792'992**	**0.8**	**-10'149'292**	**3.6**
Gesamttotal											
	Aufwand	-4'659'932'741	-4'527'082'669	-4'648'414'641	2.7	-4'870'503'453	4.8	-4'960'001'469	1.8	-5'151'417'340	3.9
	Ertrag	4'671'622'585	4'532'582'669	4'651'265'934	2.6	4'855'366'321	4.4	4'942'599'321	1.8	5'137'515'531	3.9
	Saldo	**11'689'844**	**5'500'000**	**2'851'293**	**-48.2**	**-15'137'132**	**<-300**	**-17'402'148**	**15.0**	**-13'901'809**	**-20.1**

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sicherstellen des Parlamentsbetriebs und seiner Administration; Betreiben der Protokolldienste für den Grossen Rat und seine Organe; Informieren der Öffentlichkeit über die Angelegenheiten und die Arbeit des Grossen Rats.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**010**	**Grosser Rat**
Produktegruppen	1010	Parlamentsdienste

UMFELDENTWICKLUNG

Der Parlamentsdienst stellt die Administration und die Protokollführung für einen gut funktionierenden Parlamentsbetrieb des Grossen Rats sicher. Im weiteren informiert der Parlamentsdienst die Öffentlichkeit über die Angelegenheiten und die Arbeit des Grossen Rats. Als Grundlage für die Tätigkeiten des Parlamentsdienst gelten die Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes und der Geschäftsordnung.

Die bestehenden neun ständigen Fachkommissionen werden durch nichtständige Kommissionen für die gezielte Beratungen von komplexen Vorlagen ergänzt. Die Sitzungskadenz (sowohl der Kommissionen wie des Grossen Rats) hängt weitgehend ab vom Output der Vorlagen des Regierungsrats. Insbesondere die inhaltlich umfassenden Vorlagen des Regierungsrats mit weitreichenden Konsequenzen stellen an den Einsatz der Kommissionen, ihrer Mitglieder und des Parlamentsdiensts hohe Anforderungen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
010KU0001	Grossratssitzungen	Anzahl	37	44	44	44	44	44
010KU0002	Kommissionssitzungen	Anzahl	110	130	130	130	130	130
010KU0003	Bürositzungen (Ratsleitung)	Anzahl	9	8	8	8	8	8
010KU0005	Kommissionspräsidentenkonferenz	Anzahl	3	4	4	4	4	4
	Leistungskennzahlen							
010KL0001	Hängige Geschäfte	Anzahl	87	85	85	85	85	85
010KL0002	Erledigte Traktanden gemäss GR-Protokoll	Anzahl	588	600	600	600	600	600
010KL0003	Erledigte parlamentarische Vorstösse	Anzahl	199	170	170	200	170	170
010KL0007	Erledigte Sachvorlagen	Anzahl	81	110	110	110	110	110
010KL0004	Kommissionssitzungen: Gesamtdauer in Stunden	Anzahl	295	360	360	360	360	360
010KL0006	Kommissionssitzungen: Total Seitenzahl der Protokolle	Anzahl	1'693	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0002: Die Benennung der Kennzahl wurde präzisiert, weil nicht nur die Anzahl erledigte Geschäfte gemessen wird, sondern die Kennzahl alle vom Grossen Rat behandelten Geschäfte beinhaltet.
KL0003: Die Erfahrung zeigt, dass vor Wahljahren die Anzahl der erledigten parlamentarischen Vorstösse zunimmt. Die nächsten Grossrats-Wahlen finden voraussichtlich im Oktober 2012 statt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
010ZI0001	Die Öffentlichkeitsarbeit des Grossen Rats und der Kommissionen wird durch den Parlamentsdienst (PD) gefördert.	1	Anteil der Sitzungen mit Medienmitteilungen	%	40	50	50	50	50	50
010ZI0002	Die Kundschaft des Parlamentsdienstes ist mit dessen Leistungen zufrieden.	1	Reklamationen	Anzahl	0	3	3	3	3	3
010ZI0003	Die Dauer bis zur Veröffentlichung des Protokolls der Grossratssitzungen ist kurz.	2	Arbeitstage bis zur Publikation im Internet	Anzahl	11	10	10	10	10	10
010ZI0004	Die Ausfertigung der Kommissionsprotokolle ist speditiv.	1	Durchschnittliche Arbeitstage bis zur Abgabe des Entwurfs an das Kommissionspräsidium	Anzahl	6	10	10	10	10	10

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Parlamentsdienst vollzieht praktisch nur die Aufgaben, welche im Geschäftsverkehrsgesetz (GVG) § 19-22 und in der Geschäftsordnung (GO) § 25, 26, 39 festgelegt sind. Die Entschädigungen für den Grossen Rat betragen rund 50 % des Budgets. Der Anteil der Personalkosten am Globalbudget entspricht 35 %. Das Budget setzt sich je zur Hälfte aus den Entschädigungen für den Grossen Rat und aus den Kosten des Parlamentsdiensts zusammen. Im Parlamentsdienst entfallen zwei Drittel auf den Personalaufwand. Der Aufgabenbereich lässt sich deshalb entweder über die Entschädigungen des Grossen Rats oder über die Personalressourcen des Parlamentsdiensts steuern.

Für das Ziel 0001 (Öffentlichkeitsarbeit) besteht mit der Staatskanzlei eine Leistungsvereinbarung von 10 Stellenprozent.
Für das Ziel 0003 (Anzahl Tage bis zur Veröffentlichung des Grossratsprotokolls) sind 100-Stellenprozent budgetiert. Eine Reduktion von bisher 10 Arbeitstage auf 5 Arbeitstage bedeutet eine Stellenerhöhung um ca. 50 % auf 150 % - resp. eine Erhöhung von 10 Arbeitstage auf 15 Arbeitstage hat eine Stellenreduktion um ca. 25 % zur Folge.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-3'678**	**-4'257**	**-4'609**	**8.3**	**-4'540**	**-4'553**	**-4'568**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**36**	**36**	**36**	**0.0**	**36**	**36**	**36**
Saldo Aufgabenbereich	**-3'642**	**-4'221**	**-4'573**	**8.3**	**-4'504**	**-4'517**	**-4'532**
Total Aufwand Globalbudget	-3'678	-4'257	-4'609	8.3	-4'540	-4'553	-4'568
Total Ertrag Globalbudget	36	36	36	0.0	36	36	36
Saldo Globalbudget	-3'642	-4'221	-4'573	8.3	-4'504	-4'517	-4'532

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Erhöhung des Globalbudgets hat zwei Gründe: Ab 2011 werden drei Grossratssitzungen mehr geplant als bisher budgetiert waren (+Fr. 160'000.-). Zudem genehmigte das Büro des Grossen Rats am 22. Juni 2010 eine personelle Erweiterung für eine verstärkte Unterstützung der grossrätlichen Kommissionen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gewährleisten sach- und rechtsrichtiger sowie zeitgerechter Beurteilung von Streitigkeiten durch die Gerichte sowie Beaufsichtigen der Geschäftsführung der Bezirksgerichte, der Friedensrichter sowie der zuständigen Stellen gemäss Schuldbetreibungs- und Konkursrecht; Disziplinaraufsicht über die Anwälte und Erteilen der Fähigkeitsausweise sowie Durchführung von Konkursverfahren.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**710**	**Rechtsprechung**
Produktegruppen	71010	Rechtsprechung des Obergerichts (JB)
	71020	Rechtsprechung der Spezialverwaltungsgerichte
	71030	Rechtsprechung der Bezirksgerichte (JB)
	71040	Rechtsprechung der Friedensrichter (JB)
	71050	Konkursverfahren des Konkursamtes (JB)
	71060	Aufsichtsverfahren/Fähigkeitsausweis Anwälte
	71070	Ausstands- und Ablehnungsverfahren der Aufsichtskommission

UMFELDENTWICKLUNG

Die Justizbehörden sind an die prozessualen Vorgaben gebunden. Die seit 1. Januar 2007 in Kraft stehende Rechtsweggarantie von Art. 29a BV, wonach jede Person bei Rechtsstreitigkeiten Anspruch auf Beurteilung durch eine richterliche Behörde hat, wirkt sich auf die laufenden Gesetzesrevisionen aus. Konkret feststellbar ist insbesondere eine kontinuierliche Ausdehnung im Zuständigkeitsbereich respektive Aufgabenkatalogs des Verwaltungsgerichts.

In verschiedenen Rechtsgebieten werden in den nächsten Jahren weitere Reformen umgesetzt. Die eidgenössische Strafprozessordnung (nStPO) und die eidgenössische Zivilprozessordnung (nZPO) treten beide per 1. Januar 2011 in Kraft. Mit den durch den Grossen Rat bewilligten Ressourcen werden die neuen Vorschriften umgesetzt.

Im Weiteren stehen im Bereich des Zivilrechts Änderungen durch die Revision des Vormundschaftsrechts (neu Kindes- und Erwachsenenschutzrecht) an, welches voraussichtlich im Jahre 2013 in Kraft treten wird. Die Projektarbeiten liegen beim Departement für Volkswirtschaft und Inneres.

Die wirtschaftliche Instabilität kann sich auf die Justizbehörden auswirken, wobei die Auswirkungen schwierig zu prognostizieren sind. Die Arbeiten an der Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) sind im Gange. Das an die notwendigen Bedürfnisse der neuen StPO und ZPO angepasste, revidierte Gesetz wird voraussichtlich am 1. Januar 2013 zusammen mit der neuen Gesetzgebung betreffend das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft treten. Mit der Einführung der neuen Organisation soll die Führungsstruktur der Gerichte verbessert werden. Die Totalrevision hat zudem zum Ziel, eine leistungsfähige Justiz zu sichern, die ihre Aufgaben, nämlich Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu garantieren, auch in Zukunft auf hohem Niveau erfüllen kann.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
710KU0001	Eingegangene Fälle Justizbehörden	Anzahl	30'772	32'000	32'500	33'000	33'500	34'000
710KU0011	Pendente Fälle per 31.12.	Anzahl	10'126		10'840	11'000	11'170	11'340
	Leistungskennzahlen							
710KL0001	Erledigte Fälle Justizbehörden	Anzahl	28'568		32'330	32'840	33'330	33'830
	Finanzkennzahlen							
710KF0001	Amtliche Honorare und unentgeltliche Rechtspflege	Franken	10'321'400	11'500'000	10'600'000	10'900'000	11'200'000	11'400'000
710KF0002	Nicht beeinflussbare Abschreibungen Debitoren (zu Lasten Staat, Vormerkungen aus unentgeltlicher Rechtspflege)	Franken	4'065'600	5'200'000	4'150'000	4'200'000	4'300'000	4'400'000
710KF0017	Rückforderung aus unentgeltlicher Rechtspflege und Verlustscheinen	Franken			1'900'000	1'910'000	1'920'000	1'930'000

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001: Es wird aufgrund der Zuweisung von neuen Aufgaben durch neue Gesetze bzw. Gesetzesanpassungen und zunehmender Bevölkerung (ca. 1 % Zunahme gemäss Statistik vom 26.03.2010, genehmigt durch den Regierungsrat) mit einer Erhöhung des Bearbeitungsaufwandes (neue Zuständigkeiten, gerichtlicher Rechtsschutz, Ausdehnung der Kognition, aufwendige Protokollierungsvorschriften und Beweisverfügungen) und mit steigenden Fallzahlen gegenüber dem Jahr 2009 gerechnet. Somit erhöht sich der Aufwand für die Rechtsprechung. Die Entwicklung ist jedoch schwer abschätzbar.

KU0011: Im Rahmen eines Drittels der Falleingänge.

KL0001: Ist abhängig von den Falleingängen.

KF0001: Es wird weiterhin mit hohen Aufwendungen bei den amtlichen Honoraren und der unentgeltlichen Rechtspflege gerechnet.

KF0002: Es wird weiterhin mit hohen, nicht beeinflussbaren Abschreibungen Debitoren gerechnet.

KF0017: Es wird mit weiterhin hohen Rückforderungen aus unentgeltlicher Rechtspflege gerechnet (neue Kennzahl ab 2011).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
710ES0002	Wahrung der hohen Qualität der Rechtsprechung mit möglichst kurzen Bearbeitungsfristen	1	Laufende Weiterbildung des Personals				32.71	99.09	33.59	165.39
710ES0003	Erfolgreiche Umsetzung der StPO/ZPO	1	Schulung des Personals und Bereitstellung der Infrastruktur				4.49	14.22	4.81	23.52

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

710ES0002: Optimal ausgebildetes und motiviertes Personal.

710ES0003: Bereitstellung einer optimalen Infrastruktur.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre		
								2012	2013	2014
710ZI0002	Fallpendenzen im Rahmen eines Drittels der Falleingänge	1	Fallpendenzen per Ende Jahr	Anzahl			10'840	11'000	11'170	11'340
710ZI0003	Rückforderung unentgeltliche Rechtspflege und Verlustscheine	1	Rückforderungsbetrag > 1 Mio.	Franken			1'900'000	1'910'000	1'920'000	1'930'000

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

710ZI0002: Mit den mit dem Budget bewilligten Ressourcen wird nur eine minimale Veränderung erwartet.

710ZI0003: Die Ergebnisse der Rückforderungen werden auf hohem Niveau gehalten.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Justizbehörden, als dritte Gewalt, verwenden die finanziellen Mittel zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen und damit von ihr nicht beeinflussbaren Aufgaben in der Rechtsprechung. Es sind dafür Personen hauptamtlich oder nebenamtlich tätig. Werden ihr durch den Gesetzgeber neue Aufgaben aufgrund neuer oder geänderter Erlasse zugewiesen oder erhöhen sich die Falleingänge aufgrund veränderter gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Verhältnisse, so werden zusätzliche finanzielle Mittel für die personellen Ressourcen, die Infrastruktur sowie allenfalls weitere LUA benötigt, da die Erfüllung der bestehenden Aufgaben nicht zurückgestellt werden kann (vgl. Kennzahlen 710KU0011 Pendente Fälle). Die Höhe der Einnahmen richten sich am Verhältnis- und Äquivalenzprinzip (Rechtsprechung des Bundesgerichts) aus.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-62'528**	**-68'942**	**-72'133**	**4.6**	**-72'645**	**-74'652**	**-75'278**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**18'853**	**19'510**	**20'114**	**3.1**	**20'469**	**20'926**	**21'155**
Saldo Aufgabenbereich	**-43'675**	**-49'432**	**-52'019**	**5.2**	**-52'176**	**-53'726**	**-54'123**
Total Aufwand Globalbudget	-46'182	-50'610	-55'295	9.3	-55'523	-57'302	-57'788
Total Ertrag Globalbudget	17'618	17'880	18'604	4.1	18'889	19'251	19'365
Saldo Globalbudget	-28'564	-32'730	-36'691	12.1	-36'634	-38'051	-38'423
Total Aufwand Kleinkredite	-593	-431	-687	59.4	-473	-250	-50
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-593	-431	-687	59.4	-473	-250	-50
Total Aufwand Grosskredite	-152						
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-152						
Total Aufwand LUAE	-15'601	-17'900	-16'150	-9.8	-16'650	-17'100	-17'440
Total Ertrag LUAE	1'235	1'630	1'510	-7.4	1'580	1'675	1'790
Saldo LUAE	-14'366	-16'270	-14'640	-10.0	-15'070	-15'425	-15'650

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Erneuer. Informatiksy. f. Ger. & BA	-152						
Total Ertrag Grosskredite Erneuer. Informatiksy. f. Ger. & BA							
Saldo Grosskredite Erneuer. Informatiksy. f. Ger. & BA	-152						

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung	-1'214	-1'200	-1'400	16.7	-1'550	-1'600	-1'640
Total Ertrag LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung							
Saldo LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung	-1'214	-1'200	-1'400	16.7	-1'550	-1'600	-1'640
Total Aufwand LUAE Amtliche Honorare	-3'087	-3'400	-3'200	-5.9	-3'300	-3'400	-3'600
Total Ertrag LUAE Amtliche Honorare							
Saldo LUAE Amtliche Honorare	-3'087	-3'400	-3'200	-5.9	-3'300	-3'400	-3'600
Total Aufwand LUAE Unentgeltliche Rechtspflege	-7'235	-8'100	-7'400	-8.6	-7'600	-7'800	-7'800
Total Ertrag LUAE Unentgeltliche Rechtspflege							
Saldo LUAE Unentgeltliche Rechtspflege	-7'235	-8'100	-7'400	-8.6	-7'600	-7'800	-7'800
Total Aufwand LUAE Abschreibungen Debitoren	-4'066	-5'200	-4'150	-20.2	-4'200	-4'300	-4'400
Total Ertrag LUAE Abschreibungen Debitoren							
Saldo LUAE Abschreibungen Debitoren	-4'066	-5'200	-4'150	-20.2	-4'200	-4'300	-4'400
Total Aufwand LUAE Richterliche Bussen							
Total Ertrag LUAE Richterliche Bussen	1'235	1'630	1'510	-7.4	1'580	1'675	1'790
Saldo LUAE Richterliche Bussen	1'235	1'630	1'510	-7.4	1'580	1'675	1'790

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Justizbehörden benötigen im Jahr 2011 zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben und infolge Änderungen beim Bundes- und Kantonsrecht 6.7 neue Stellen plus je 1 befristete Stelle beim Versicherungs- und Verwaltungsgericht für die Reduktion der Bearbeitungszeit (Verlängerung der bis Ende 2010 befristeten Stellen). Bei den Projektstellen wird 1 Stelle für die Anpassungsarbeiten der StPO/ZPO abgebaut. Im 2011 wirken sich die mit dem Budget 2010 bewilligten 23 Stellen (ab 1.12.2010) für die StPO/ZPO aus. Der Sachaufwand steigt um Fr. 0.5 Mio. Dies ist auf neue Fotokopierer (Multifunktionsprinter) sowie höherem Informatikunterhalt und Mehraufwand bei den externen Aufträgen Informatik (Juris-Anpassungen für elektronische Gerichtsurkunden, Verbalix Gericht, Lizenzen) zurückzuführen. Bei den Debitorenverlusten wird aufgrund der neuen StPO/ZPO mit einer leichten Erhöhung gerechnet. Bei den Aufwänden für Mobiliar wurden im 2010 die Investition für die neuen StPO/ZPO-Stellen sowie Sicherheitsmassnahmen budgetiert. Im 2011 wird bei einigen Gerichten weiterer Bedarf an Sicherheitsmassnahmen erwartet. E-Government wirkt sich bei den externen IT-Dienstleistungen aus.

Bei den Gerichtsgebühren wird mit einer Verbesserung von Fr. 0.5 Mio. gerechnet (neue StPO/ZPO). Aufgrund erwarteter steigender Fallzahlen bei Konkursfällen wird ein Anstieg der Gebühren erwartet. Die Rechnungszahlen 2009 zeigen auf, dass die übrigen Gebühren 2011 um Fr. 0.1 Mio. reduziert werden müssen. Dagegen wird bei der Rückforderung von unentgeltlicher Rechtspflege mit einem weiteren Anstieg gerechnet.

Kleinkredite

Für den Informatikbereich sind vier neue Kleinkredite vorgesehen. Beim Projekt "Sage 200 WinKoam" wird die vorhandene Informatiklösung aus dem Jahr 2000 bei den Konkursämtern abgelöst. Bei der "Internet Erneuerung (IEN)" wird die Webseite der Justizbehörden nach den Vorgaben des Projekts IEN angepasst. Mit dem Projekt "eIRV Zertifikate" werden Zertifikate für den elektronischen Rechtsverkehr bei den Friedensrichtern beschafft. Das Projekt "Medienraum" soll Verhandlungslisten und weiterführende Informationen akkreditierten Journalisten zur Verfügung stellen und damit die Öffentlichkeitsarbeit verbessern.

LUAE

Ein weiterhin hoher Aufwand wird bei den Partei- und Prozesskostenentschädigungen, den amtlichen Honoraren, der unentgeltlichen Rechtspflege sowie den Debitorenverlusten erwartet. Aufgrund der Rechnungszahlen 2009 können die Aufwendungen um Fr. 1.75 Mio. reduziert werden. Auch bei den richterlichen Bussen und richterlichen Geldstrafen wird aufgrund der Rechnungszahlen 2009 mit einem Rückgang gerechnet.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Im Finanzplan 2012 sind 12 Stellen für die Einführung der Mieterschlichtungsstelle bei den Gerichten eingestellt. Demgegenüber werden 3 befristete Projektstellen (StPO/ZPO (1 Stelle); Konkursamt (2 Stellen)) abgebaut. Im 2014 werden die 2.5 Projektstellen beim Versicherungs- und Verwaltungsgericht abgebaut (befristet bis 31.12.2013). Der Sachaufwand verändert sich in den Planjahren leicht nach oben. Dies ist vor allem auf einen Mehraufwand bei den Portoaufwendungen zurückzuführen. Bei den Debitorenverlusten wird ein leichter Anstieg erwartet. Im Jahr 2012 wird bei den externen IT-Dienstleistungen die Migration des neuen Office geplant. Bei den Einnahmen wird mit einem Mehrertrag gerechnet.

Kleinkredite

Im Jahr 2012 wird die "Ablösung AGVE (Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide)" als Ersatz der jetzt in Betrieb stehenden Lösung für die Veröffentlichung der Gerichtsentscheide und Aufbereitung der Druckvorstufe zum Buch Produktion vorgenommen. Zudem wird im Informatikbereich die Umsetzung der Mieterschlichtung und die GAF-Revision geplant.

LUAE

Bei den Partei- und Prozesskostenentschädigungen, den amtlichen Honoraren, der unentgeltlichen Rechtspflege und den Debitorenverlusten wird mit einem leichten Anstieg gerechnet. Eine Prognose ist schwierig, da die Auswirkungen der neuen StPO/ZPO nicht bekannt sind.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gewährleisten einer unabhängigen Überprüfung der Führung des Finanzhaushalts durch die Behörden auf Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Wirksamkeit.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**810**	**Finanzaufsicht**
Produktegruppen	81010	Finanzaufsicht

UMFELDENTWICKLUNG

Die Finanzkontrolle ist verantwortlich für die Prüfung des Jahresberichts mit Jahresrechnung und 30 separaten Revisionsstellenmandaten. Im Weiteren führt sie Sonderaufträge für den Grossen Rat, den Regierungsrat sowie die Departemente, die Staatskanzlei und die Justizbehörde aus.

Die Prüfungstätigkeit erfolgt nach den Schweizer Prüfungsstandards (Ordentliche Revisionen). Dabei werden diejenigen Standards verwendet, welche zur Aufgabenerfüllung der Finanzaufsicht im öffentlichen Bereich zweckmässig sind. Die Prüfungsabwicklung der Revisionsstellenmandate erfolgt i.d.R. nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision.

Mit der Einführung der neuen Führungsinstrumente ist die Aufgabenerfüllung des Aufgabenbereichs, d.h. die Beurteilung der Ordnungsmässigkeit und Rechtmässigkeit der finanziellen Buchführung und Rechnungslegung, zusätzlich um die Prüfung des Sachteils der Jahresberichte der Aufgabenbereiche erweitert worden. Im Vordergrund stehen dabei Plausibilität, Nachvollziehbarkeit und Dokumentation von Kennzahlen, Entwicklungsschwerpunkten und Zielen resp. Indikatoren. Im Finanzteil der Jahresberichte prüft die Finanzkontrolle die Korrektheit der ausgewiesenen Globalbudgets, der Klein- und Grosskredite sowie der LUAE.

Die revidierten Gesetzesbestimmungen im Obligationenrecht (in Kraft seit 1. Januar 2008) mit Einteilung in "ordentliche" und "eingeschränkte" Prüfungen sowie das am 1. September 2007 in Kraft getretene Revisionsaufsichtsgesetz (zugelassene Revisoren/Revisorinnen und Revisionsexperten/Revisionsexpertinnen) sind massgebend für die Prüftätigkeit der Finanzkontrolle (Durchführung, Berichterstattung, Qualitätskontrolle). Die konsequente Umsetzung des Revisionsaufsichtsgesetzes wird sowohl für das Budget 2011 als auch die darauf folgenden Planjahre Zeit und Ressourcen beanspruchen. Zusätzlich wird die Finanzkontrolle ein neues Risikoanalysemodell, welches die Mehrjahresplanung unterstützen soll, erarbeiten und im Budgetjahr 2011 einführen (ES0008). Zur Unterstützung der Revisionsprozesse wird in den Jahren 2010/2011 die Einführung einer neue Revisionsapplikation geprüft (ES0007).

Das Budget 2011 enthält eine zusätzliche Revisorenstelle. Ertragsseitig entfällt künftig das Honorar für Prüfungen im Auftrag des Bundes im Nationalstrassenbereich (NFA).

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
810KU0001	Zu prüfende Aufgabenbereiche	Anzahl	41	41	42	42	42	42
810KU0002	Zu prüfende Revisionsstellenmandate	Anzahl	26	30	30	30	30	30
	Leistungskennzahlen							
810KL0001	Prüfungen Finanzaufsicht (Verwaltungs- und Bestandesrechnung, IT-Prüfungen, Projektabrechnungen, Fonds/Stiftungen, Sonderprüfungen)	Anzahl	49	70	70	70	70	70
810KL0002	Aufwand Finanzaufsicht	Tage	772	1'100	1'200	1'200	1'200	1'200
810KL0003	Aufwand Revisionsstellenmandate	Tage	142	200	200	200	200	200
810KL0004	Aufwand übrige produktive Tätigkeit	Tage	364	300	300	300	300	300
810KL0005	Produktivitätsgrad (s. Fussnote)	%	63	70	70	70	70	70
810KL0006	Revisionsberichte Finanzaufsicht und Revisionsstellenmandate (s. Fussnote)	Anzahl	75	100	100	100	100	100
810KL0007	Produktive (produktbezogene) Arbeitstage	Tage	1'278	1'600	1'700	1'700	1'700	1'700
810KL0008	Akzeptanzgrad der abgegebenen Empfehlungen im Bereich Zweckmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit	%	79	80	80	80	80	80

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Finanzkennzahlen							
810KF0001	Honorareinnahmen	1'000 Fr.	286	270	170	170	170	170

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
Die Kennzahlen KL0001-KL0004 werden neu auf der AB-Ebene geführt; vormals nur PG-Ebene.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
810ES0007	Neue Revisionsapplikation (Unterstützung Revisionsprozesse)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2010						
		2	Evaluation der Software	2010						
		3	Einführung der Software	2011						
810ES0008	Neues Risikoanalysemodell (Unterstützung Mehrjahresplanung)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2010						
		2	Erarbeitung des Modells	2010						
		3	Einführung des Modells	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0007: Die Finanzkontrolle prüft ab 2010/2011 die Einführung einer Revisionsapplikation, welche im Wesentlichen bereits entwickelt und weit verbreitet ist. Besitzer der Applikation ist ein Verein, dem verschiedene kantonale Finanzkontrollen angehören. Ein Kleinkredit wird bei einem Vereinsbeitritt nicht erforderlich sein.
ES0008: Bei risikoorientierten Prüfungsansätzen wird davon ausgegangen, dass Prüfungsbereiche mit einem höheren Gefährdungspotenzial öfters geprüft werden müssen als solche mit einem geringeren Gefährdungspotenzial. Zur besseren Unterstützung der Mehrjahresplanung soll deshalb ein verfeinertes Risikoanalysemodell erarbeitet werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
810ZI0003	Die Anzahl durchgeführter Revisionen zu geplanten Revisionen wird erhöht.	1	Prozentsatz durchgeführte Revisionen zu geplanten Revisionen	%	85	95	95	95	95	95
810ZI0006	Das jährlich geprüfte Risikopotenzial (finanzielle Auswirkungen, Qualität des internen Kontrollsystems, Zeitpunkt letzte Prüfung, Komplexität usw.) in den Aufgabenbereichen, Organisationseinheiten und Rechnungsstellen wird auf erreichtem Stand gehalten.	1	Mit jährlichen Revisionen abgedeckte Risiken in Prozenten am Gesamtrisikowert	%	65	50	50	50	50	50

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0006: Die Finanzkontrolle legt ihr jährliches Kontrollprogramm selbständig und unabhängig fest. Prüfungsplanung und Revisionsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Ziel ist, jährlich rund 50 % des vorhandenen Risikopotenzials durch Revisionen abzudecken.

Auf Anregung der GR-Kommission wird die Formulierung des Ziels ab dem AFP 2011-2014 positiv gehalten. Der Ist-Wert 2009 (JB 2009) würde positiv formuliert 35% betragen.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Finanzkontrolle prüft risikoorientiert. Sie hat zum Ziel, jährlich rund 50 % des vorhandenen Risikos mit Prüfungen abzudecken. Dazu nimmt sie grundsätzlich Revisionen in allen Prüfbereichen vor. Eine wesentliche Veränderung des Zielwertes (geprüftes / ungeprüftes Risikopotenzial), welcher auf einer 4-Jahresplanung basiert, wirkt sich auch auf die Ressourcen aus. Die Finanzkontrolle führt ihre Revisionen gestützt auf das Gesetz über die Finanzkontrolle (GFK) vom 11. Januar 2005 durch. Das GFK umschreibt die zu prüfenden Kontrollbereiche, hält die ständigen Aufgaben fest und verweist auf Sonderprüfungen und Beratungsaufgaben.

Steuerbarkeit des Ziels 6: Eine Erhöhung oder Reduktion des Risikopotenzials um 10 % hätte eine Veränderung von 150 Stellenprozenten zur Folge. Eine Kürzung der vorhandenen Ressourcen würde jedoch die unabhängige Überprüfung der Führung des Finanzhaushalts gefährden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-1'795**	**-2'006**	**-2'292**	**14.2**	**-2'299**	**-2'292**	**-2'302**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**293**	**270**	**170**	**-37.0**	**170**	**170**	**170**
Saldo Aufgabenbereich	**-1'501**	**-1'736**	**-2'122**	**22.2**	**-2'129**	**-2'122**	**-2'132**
Total Aufwand Globalbudget	-1'795	-2'006	-2'292	14.2	-2'299	-2'292	-2'302
Total Ertrag Globalbudget	293	270	170	-37.0	170	170	170
Saldo Globalbudget	-1'501	-1'736	-2'122	22.2	-2'129	-2'122	-2'132

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Das Budget 2011 enthält eine zusätzliche Revisorenstelle. Auf der Ertragsseite entfällt künftig das Honorar für die Prüftätigkeit im Auftrag des Bundes im Nationalstrassenbereich (NFA).

FUSSNOTEN

KL0005	Die Kennzahl misst die erfasste produktive Istzeit im Verhältnis zur Präsenzzeit (Präsenzzeit = Sollarbeitszeit ./. bezahlte Abwesenheiten).
KL0006	Zum Zeitpunkt der AFP-Budgetierung liegt die detaillierte Revisionsjahresplanung (u.a. die Anzahl durchzuführender Revisionen) jeweils noch nicht vor; die Budgetzahl beruht daher auf einer Schätzung.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Überwachen der Anwendung der Vorschriften über das Öffentlichkeitsprinzip und den Datenschutz; Beraten von Behörden bei der Anwendung der Vorschriften über das Öffentlichkeitsprinzip und den Datenschutz; Erteilen von Auskünften an Private über ihre Rechte und Vermittlung zwischen Behörden und Privaten.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**820**	**Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz**
Produktegruppen	82010	Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz

UMFELDENTWICKLUNG

Mit dem Aufgabenbereich Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz wird sichergestellt, dass die Bestimmungen zum Datenschutz und zum Öffentlichkeitsprinzip eingehalten werden. Das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) regelt die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz. Das Gesetz trägt den internationalen Abkommen im Datenschutz gemäss Schengen/Dublin Rechnung und gilt für alle öffentlichen Organe.

Die Geschäftsfälle im Bereich des Datenschutzes haben im Vergleich zu den ursprünglichen Prognosen stark zugenommen. Zurzeit wird von einer Stabilisierung auf hohem Niveau ausgegangen. Im Rahmen der Zusatzfinanzierungen und Zielanpassungen 2010 I. Teil wurde deshalb vom Grossen Rat ein Zusatzglobalbudget für eine zusätzliche Stelle bewilligt. Eine weitere personelle Verstärkung ist unabdingbar.

2011 sind eine Reihe grosser Projekte zu prüfen oder zu begleiten. Die Beratungen und aktiven Kontrollen vor Ort müssen trotz gestiegener Fallzahlen beibehalten werden. Zusammen mit dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten muss eine koordinierte Schengen-Kontrolle vorgenommen werden. Die Kontrolltätigkeit ist von grosser Bedeutung, um keine negativen Auswirkungen auf den Anschluss am Schengener Fahndungssystem zu riskieren.

Im Bereich Öffentlichkeitsprinzip hingegen ist entgegen den Erwartungen eher eine kleinere Zahl von Anzeigen eingegangen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
820KU0001	Anzeigen im Bereich Datenschutz	Anzahl	298	160	370	370	370	370
820KU0002	Anzeigen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip	Anzahl	47	60	40	40	40	40
	Leistungskennzahlen							
820KL0001	Erledigungen im Bereich Datenschutz (s. Fussnote)	Anzahl	311	190	350	380	380	370
820KL0002	Erledigungen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip (s. Fussnote)	Anzahl	49	70	40	40	40	40
820KL0003	Begleitete Projekte (s. Fussnote)	Anzahl	122	15	150	150	150	150
820KL0004	Anzahl Kontrollen von Amtes wegen (ohne Anzeige)	Anzahl	6	6	10	10	10	10

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Aufgrund fehlender Erfahrungswerte wurden die Zahlen in der Vergangenheit falsch geschätzt. Die Sensibilisierung im Bereich des Datenschutzes sowie die Zunahme der Überwachung des öffentlichen Raums mit Videoinstallationen führen zu einer Zunahme der Fallzahlen im Bereich des Datenschutzes.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
820ZI0001	Der Anteil der informellen Erledigungen durch Beratung ist hoch	1	Prozentualer Anteil der informellen Erledigungen am Gesamttotal der Erledigungen im Bereich Datenschutz	%	100	80	80	80	80	80
		2	Prozentualer Anteil der informellen Erledigungen am Gesamttotal der Erledigungen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip	%	98	70	90	90	90	90

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Grundsätzlich wird versucht, den Anteil der informellen Erledigungen hochzuhalten. Eine Ausnahme bilden die Verfahren nach §§ 20 IDAG und 11 VIDAG, da Videoüberwachungsanlagen stets formell zu bewilligen sind. Aufgrund der Erfahrungswerte wird der Anteil der informellen Erledigungen im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips gegenüber dem AFP 2010-2013 erhöht.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Mit dem Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen sind die Aufgaben und Pflichten der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz detailliert festgelegt. Veränderungen der Ressourcen haben Auswirkungen auf die Menge und Qualität der Erledigungen und sowie auf die Anzahl Kontrollen von Amtes wegen. Bei einer Kürzung der Mittel entstehen Pendenzen und lange Wartefristen. Die Unabhängigkeit der beauftragten Person muss gewährleistet sein.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-444**	**-498**	**-632**	**26.9**	**-862**	**-867**	**-873**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**1**						
Saldo Aufgabenbereich	**-443**	**-498**	**-632**	**26.9**	**-862**	**-867**	**-873**
Total Aufwand Globalbudget	-444	-498	-632	26.9	-862	-867	-873
Total Ertrag Globalbudget	1						
Saldo Globalbudget	-443	-498	-632	26.9	-862	-867	-873

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Der Mehraufwand ist bedingt durch die notwendige neue Stelle zur zeitgerechten Bewältigung der hohen Anzahl von Eingängen. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für externe Abklärungen insbesondere im IT-Bereich.

FUSSNOTEN

KL0001-02	Erledigungen sind möglich durch Beratung oder durch ein formelles Verfahren (Schlichtung, Empfehlung, Beschwerde)
KL0003	Mitarbeit in Projekten der öffentlichen Organe zur Sicherstellung der Einhaltung der IDAG-Bestimmungen

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen der Generalsekretariate der Departemente für die Departementsvorsteher und die Organisation; Kontenführung für den Regierungsrat; Leiten kantonaler Projekte für politische Behörden, Verwaltung und Bevölkerung.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**100**	**Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte**
Produktegruppen	10010	Finanzen Regierungsrat
	10020	Kantonale Projekte
	20010	Zentrale Dienstleistungen DVI
	30010	Zentrale Dienstleistungen BKS
	40010	Zentrale Dienstleistungen DFR
	50010	Zentrale Dienstleistungen DGS
	60010	Zentrale Dienstleistungen BVU

UMFELDENTWICKLUNG

Die Generalsekretariate sind die Schnittstellen zwischen der Departementsleitung, den Abteilungen und der Gesamtverwaltung (insbesondere auch hinsichtlich der Koordinierung interdepartementaler Projekte). Sie unterstützen die Departementsvorsteher und die Departementsvorsteherin in strategischer, fachlicher und operativer Hinsicht und sind deshalb eine wichtige Drehscheibe. Sie erbringen zentrale Dienstleistungen für die Departementsleitung und für die Abteilungen. Dazu gehören das Personal-, Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling, die Informatik, die Kommunikation und der Rechtsdienst. Zudem bilden die Generalsekretariate die departementale Schnittstelle zur Legislative (Koordination Botschaften, Beantwortung von Vorstössen, etc.). Zusätzlich erledigen die Generalsekretariate in ausgewählten Bereichen Spezialaufgaben, koordinieren departementale Projekte und führen kantonale Projekte in diesem Aufgabenbereich (v. a. Departement Volkswirtschaft und Inneres sowie Staatskanzlei). Die Erarbeitung der jährlichen Aufgaben- und Finanzpläne und der Jahresberichte sind weitere wesentliche Bestandteile dieses Aufgabenbereichs.

In den nächsten Jahren stehen grössere Veränderungen insbesondere im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen, in der Raumentwicklung, im Energie- und im volkswirtschaftlichen Sektor an. Diese departementalen Reformvorhaben beeinflussen die Arbeiten der Generalsekretariate wesentlich. Die Projekte werden von den Generalsekretariaten unterstützt - sie werden jedoch in den spezifischen Aufgabenbereichen geführt.

Bei den Entwicklungsschwerpunkten handelt es sich vorwiegend um kantonale Projekte, die departementsübergreifend bearbeitet werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
100KU0001	Vom Grossen Rat eingereichte parlamentarische Vorstösse	Anzahl	200	165	195	210	190	190
100KU0003	Von den Departementen dem Regierungsrat eingereichte Vorträge/Geschäfte	Anzahl	1'218	1'120	1'140	1'150	1'140	1'140
100KU0002	Eingänge Beschwerden in Zuständigkeit der Departemente	Anzahl	679	710	730	730	730	730
	Leistungskennzahlen							
100KL0002	Bearbeitete und an den Grossen Rat verabschiedete parlamentarische Vorstösse insgesamt	Anzahl	193	160	195	210	190	190
100KL0007	Aufwand für die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse insgesamt	Franken	292'198	247'000	300'000	325'000	295'000	295'000
100KL0004	Vorlagen an den Grossen Rat (Botschaften)	Anzahl	54	68	68	63	61	61
100KL0005	Weitergezogene Beschwerdeentscheide	Anzahl	65	64	68	68	68	68
100KL0006	Teilweise und vollständige Gutheissungen von weitergezogenen, departementalen Beschwerdeentscheiden (in % der weitergezogenen Beschwerdeentscheide)	%	21.54	20	25	25	25	25

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Finanzkennzahlen							
100KF0002	Durchschnittliche Kosten für die Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses	Franken	1'514	1'600	1'550	1'550	1'550	1'550

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001, KU0003, KL0002, KL0004, KL0007: Die Erfahrung zeigt, dass vor Wahlen in die kantonale Legislative die eingereichten und verabschiedeten parlamentarische Vorstösse zunehmen. Die nächsten Grossrats-Wahlen finden gemäss Planung im Oktober 2012 statt.

KL0004: Die aktuelle Geschäftsplanung lässt einen temporären Anstieg der Vorlagen an den Grossen Rat im Jahr 2011 erwarten.

KL0006: Die Erfahrung zeigt, dass rund ein Viertel der Beschwerden gutgeheissen werden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
100ES0003	Weiterentwicklung der Gemeindestrukturen (Gemeindereform) (Zuständigkeit: DVI)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2007-1145, 19.06.2007)	2005 / 2007	1'538	287	301	188		2'314
		4	Verabschiedung der Rechtsgrundlagen durch den Grossen Rat und Durchführung der Volksabstimmungen	2008 - 2012						
		5	Umsetzung	ab 2010						
100ES0005	Verbesserung der Gerichtsorganisation und der Verwaltungsrechtspflege (Justizreform) (Zuständigkeit: DVI)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2006-0654, 27.06.2006)	2006	944	288				1'232
		4	Verabschiedung der Änderungen von Verfassung und Gerichtsorganisationsgesetz durch den Grossen Rat und Durchführung der Volksabstimmung	2011						
		5	Umsetzung der Reorganisation und Inkraftsetzung der Änderung von Verfassung und Gerichts-organisationsgesetz	ab 2012						
100ES0018	Umsetzung Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Zuständigkeit: DVI)	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2009	94	336	218	112		760
		2	Verabschiedung Normkonzept und Anhörungsvorlage	2010						
		3	Verabschiedung der Rechtsgrundlagen und des Globalkredits durch den Grossen Rat	2011						
		4	Umsetzung der neuen Rechtsgrundlagen	2012/2013						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
100ES0015	Verbesserung der Verwaltungsführung und Innovationsmanagement (Zuständigkeit: SK)	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2009	15	125	10			150
		2	Entwicklung Standardkostenmodell	2008-2011						
		3	Entwicklung Lebenszyklusmodell	2008-2011						
		4	Evaluation weiterer Methoden	ab 2010						
100ES0016	Aufbau einer verstärkten Zusammenarbeit der Nordschweizer Kantone (Zuständigkeit: SK)	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2009	0	75	25	25		125
		2	Erstellen eines Umsetzungskonzeptes	2008						
		3	Erarbeiten von Nordschweizer Kooperationsstrategien im Raum Basel und Zürich	2009-2010						
		4	Umsetzen von Nordschweizer Projekten in Regionalkonferenzen im Raum Basel und Zürich	2011-2013						
100ES0020	Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Neugestaltung der Rechnungslegung (WOV-FIREL) (Zuständigkeit: DFR/SK)	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant Kleinkredit Grosser Rat)	2010	170	480	330	1'720		2'700
		2	Gesetzgebung	2010-2012						
		3	Bewertung und Kontierung	2010-2011						
		4	Informatikprojekte	2012-2013						
		5	Datenübernahme und Schulung	2013						
100ES0021	Überprüfung Gebührenrecht (Zuständigkeit: DFR/SK)	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2010		90	180	270		540
		2	Bestandesaufnahme und Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen	2010						
		3	Überprüfung der einzelnen Gebühren (Bemessung, Weiterbestand)	2011-2012						
		4	Normkonzept Gesetz und Dekret	2010						
		5	Botschaft	2011						
		6	Erarbeitung Verordnungsebene	2013						
		7	Inkraftsetzung Gesetz/Dekret/Verordnung	ab 2013						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
100ES0022	Förderung des familiären und generationenübergreifenden Zusammenhalts (Zuständigkeit: DGS)	1	Nettoaufwand Globalkredit (diverse Kleinkredite)	2011			130	130		260
		2	Entwicklung von Konzepten, "Angebotslücken in der Elternbildung zu schliessen"	2012						
		3	Familienpolitische Stellen sind koordiniert	2012						
		4	Einführen einer "Familienergänzenden Kinderbetreuung" durch Gesetzesänderungen im Sozialhilfe- und Präventionsgesetz	01.01.2013						
100ES0023	Hightech-Strategie (interdepartementales Projekt SK/DVI/BKS)	1	Nettoaufwand Globalkredit (diverse Klein- und Grosskredite)	2011			2'500	25'000		27'500
		2	Machbarkeitsstudien	2010						
		3	Botschaft an den Grossen Rat	2011						
		4	Lancierung Einzelmassnahmen	ab 2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0005: Nach der Rückweisung der ersten Vorlage des Gerichtsorganisationsgesetzes durch den Grossen Rat am 11. November 2008 muss die Vorlage überarbeitet werden. Die entsprechenden Arbeiten wurden angegangen. Die 1. Beratung im Grossen Rat ist im 1. Quartal 2011 vorgesehen. Die Budgetveränderung für das Jahr 2010 ist durch eine Kreditübertragung bedingt (Fr. 238'000).

ES0018: Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes, welches das geltende Vormundschaftsrecht ablösen soll, enthält zahlreiche inhaltliche, formale und strukturelle Änderungen. Die grössten Auswirkungen hat die Forderung des Bundes, dass neu interdisziplinär zusammengesetzte Fachbehörden als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden die heutigen Gemeinderäte als Vormundschaftsbehörden ersetzen müssen. Das neue Bundesgesetz soll per 1. Januar 2013 in Kraft treten. Der Entwicklungsschwerpunkt wird im Generalsekretariat des DVI geführt.

ES0020: Im Gesamtprojekt WOV-FIREL (Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Neugestaltung der Rechnungslegung) werden die Erkenntnisse der WOV-Evaluation und die Anforderungen aus der harmonisierten Rechnungslegung (HRM2) zusammengefasst. Die Arbeiten sind in neun Teilprojekte von der Gesetzgebung bis zur Schulung aufgeteilt. Ein wichtiges Element der Umsetzung betrifft die Erneuerung der Informatik (RAPAG, PULS, MIS). Dem Grossen Rat wird mit der ersten Lesung der Revision des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) im ersten Halbjahr 2011 ein entsprechender Kredit beantragt.

ES0021: Das Gebührenrecht im Aargau ist historisch gewachsen und weist keinen einheitlichen Aufbau auf. Die Rechtsgrundlagen sind nicht kohärent aufgebaut und die Regelungen ähnlicher Gebühren unterschiedlich. Neu soll die Gebührenerhebung nach einer einheitlichen Methode und aufgrund von konzeptionell einheitlichen Rechtsgrundlagen erfolgen, wobei keine Erhöhung der Gebührenerträge angestrebt wird.

ES0022: Die Förderung des familiären und generationenübergreifenden Zusammenhalts ist eine wichtige Strategie im Entwicklungsleitbild 2009-2018. Der Entwicklungsschwerpunkt fasst drei laufende und geplante Projekte zusammen. Mit Massnahme 2 sollen Elternbildungskonzepte entwickelt werden, die auch bildungsferne Eltern in ihren Möglichkeiten und Kompetenzen fördern können. Ziel der Massnahme 3 ist es, dass sowohl kantonsintern als auch in den Regionen die verschiedenen familienpolitischen Stellen koordiniert werden, Synergien genutzt und Angebote angepasst sind. Mit der familienergänzenden Kinderbetreuung für Schulkinder (Massnahme 4) sollen eine schrittweise Weiterentwicklung der Volksschule einerseits und Massnahmen zur Stärkung der Familien anderseits erreicht werden. Der Kanton soll sich an den Kosten im Rahmen des Kostenteilers des SPG beteiligen. Ab 2012 werden zusätzliche Finanzen für die Umsetzung im Globalbudget des AB 510 eingestellt (2012: Fr. 3 Mio; 2013: Fr. 5 Mio; 2014: Fr. 7 Mio). Der Entwicklungsschwerpunkt wird im Generalsekretariat des DGS geführt.

ES0019/ES0023: Die Stärkung der Hightech-Industrie wurde mit dem AFP 2010-13 aufgrund des Entwicklungsleitbilds 2009-2018 (Kapitel 4.2) neu als Entwicklungsschwerpunkt aufgenommen. 2010 konnten die wesentlichen Vorarbeiten für die Hightech-Strategie angegangen werden. Der ES0019 wird im AFP 2011-14 durch den ES0023 ersetzt; dieser umfasst sämtliche gegenwärtige Vorhaben des interdepartementalen Vorprojekts. Das Vorprojekt wird federführend durch die Staatskanzlei geleitet. Der Mittelbedarf ab 2015 kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht quantifiziert werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
100ZI0002	Parlamentarische Vorstösse werden fristgerecht bearbeitet.	1	Anteil innerhalb von 3 Monaten bearbeiteter parlamentarischer Vorstösse	%	88.1	85	90	90	90	90
100ZI0003	Überwiesene Vorstösse werden fristgerecht umgesetzt.	1	Anteil fristgerecht umgesetzter Vorstösse (Regelfrist: 4 Jahre)	%	86.9	100	100	100	100	100
100ZI0004	Die Führungsinstrumente werden derart weiterentwickelt, dass die Steuerbarkeit der Aufgabenbereiche verbessert wird.	1	Mit Finanzen verknüpfte Ziele pro Aufgabenbereich, die unmittelbar steuerbar sind (mit Ausnahme der Aufgabenbereiche 540 und 630).	Anzahl	0.95	1	1	2	2	2

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die Umsetzung der zentralen Vorgaben (Aufgaben- und Finanzplanung, kantonale Informatikstrategie, Personalpolitik, etc.) erfolgt in den spezifischen Aufgabenbereichen. Die Zielvorgaben werden deshalb auch dort geführt und gemessen. Im AB 100 übernehmen die Generalsekretariate hauptsächlich die Koordination dieser Aufgaben.

ZI0004: Die Steuerung durch den Grossen Rat erfolgt mit Wirkungszielen und mit Leistungszielen (§ 8 Abs. 4 GAF). Die Leistungsziele sind unmittelbar steuerbar und in der Regel direkt mit den Finanzen verknüpft. Wirkungsziele ermöglichen eine längerfristige Steuerung, sie sind über Wirkungsketten indirekt mit den Finanzen verknüpft. Für eine kurz- und mittelfristige Steuerung der Aufgaben sind sowohl Leistungs- als auch Wirkungsziele notwendig. Der AFP 2011-14 enthält zwei Aufgabenbereiche ohne Ziele (AB 545 Sozialversicherung und 540 Militär) und einzelne Aufgabenbereiche ohne „unmittelbar steuerbare“ Ziele (z.B. AB 630 Umweltsanierung, der durch die Spezialfinanzierung Sonderlasten alimentiert wird).

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der AB 100 wird im Anhang 2 zum Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung [GO]) definiert. Die Organisation der Generalsekretariate basiert auf dem Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz). In diesem Aufgabenbereich werden vorwiegend verwaltungsinterne Dienstleistungen geführt. Die Generalsekretariate sind mit der gesamten Verwaltung eng verknüpft. Würden mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, hätte dies insbesondere auf die Qualität der Aufgabenerfüllung der ganzen Verwaltung Auswirkungen. Zum Beispiel könnten die Abteilungen beim Rechtssetzungsprozess oder der Geschäftskontrolle intensiver begleitet werden. Dies würde zu einer Entlastung bei den anderen Aufgabenbereichen führen, weil die Abteilungen ihre Hauptaufgaben effizienter erledigen könnten. Die politische Arbeit der Departementsvorsteher bzw. der Departementsvorsteherin könnte intensiver unterstützt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-45'559**	**-41'158**	**-50'259**	**22.1**	**-63'576**	**-65'184**	**-64'015**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**9'469**	**3'091**	**4'983**	**61.2**	**4'978**	**4'993**	**4'993**
Saldo Aufgabenbereich	**-36'090**	**-38'067**	**-45'276**	**18.9**	**-58'598**	**-60'191**	**-59'022**
Total Aufwand Globalbudget	-34'634	-37'366	-39'254	5.1	-50'260	-50'659	-50'908
Total Ertrag Globalbudget	2'469	2'279	2'512	10.3	2'507	2'522	2'522
Saldo Globalbudget	-32'166	-35'088	-36'742	4.7	-47'753	-48'137	-48'386
Total Aufwand Kleinkredite	-1'610	-1'648	-2'634	59.9	-1'818	-1'118	-200
Total Ertrag Kleinkredite	69						
Saldo Kleinkredite	-1'542	-1'648	-2'634	59.9	-1'818	-1'118	-200
Total Aufwand Grosskredite		-400	-5'447	1'261.8	-8'659	-10'583	-10'083
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite		-400	-5'447	1'261.8	-8'659	-10'583	-10'083
Total Aufwand LUAE	-9'314	-1'744	-2'925	67.7	-2'839	-2'824	-2'824
Total Ertrag LUAE	6'932	812	2'471	204.3	2'471	2'471	2'471
Saldo LUAE	-2'383	-932	-454	-51.3	-368	-353	-353

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite GK Hightech-Strategie*			-2'500	-	-5'000	-10'000	-10'000
Total Ertrag Grosskredite GK Hightech-Strategie*							
Saldo Grosskredite GK Hightech-Strategie*			-2'500	-	-5'000	-10'000	-10'000
Total Aufwand Grosskredite Informatik-Projekt RESAP*		-400	-2'947	636.8	-3'659	-583	-83
Total Ertrag Grosskredite Informatik-Projekt RESAP*							
Saldo Grosskredite Informatik-Projekt RESAP*		-400	-2'947	636.8	-3'659	-583	-83

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Regierungsrat	-9'077	-1'500	-2'687	79.1	-2'601	-2'586	-2'586
Total Ertrag LUAE Regierungsrat	6'192	180	1'793	896.1	1'793	1'793	1'793
Saldo LUAE Regierungsrat	-2'886	-1'320	-894	-32.3	-808	-793	-793
Total Aufwand LUAE Hundewesen	-186	-192	-192	0.0	-192	-192	-192
Total Ertrag LUAE Hundewesen	227	232	232	0.0	232	232	232
Saldo LUAE Hundewesen	40	40	40	0.0	40	40	40
Total Aufwand LUAE Schülerunfallversicherung	-31	-40	-31	-22.5	-31	-31	-31
Total Ertrag LUAE Schülerunfallversicherung	31	40	31	-22.5	31	31	31
Saldo LUAE Schülerunfallversicherung	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	-20	-12	-15	25.0	-15	-15	-15
Total Ertrag LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	156	150	150	0.0	150	150	150
Saldo LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	136	138	135	-2.2	135	135	135
Total Aufwand LUAE Lotteriegebühren							
Total Ertrag LUAE Lotteriegebühren	14	10	15	50.0	15	15	15
Saldo LUAE Lotteriegebühren	14	10	15	50.0	15	15	15
Total Aufwand LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen							
Total Ertrag LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen	312	200	250	25.0	250	250	250
Saldo LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen	312	200	250	25.0	250	250	250

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Das Gesetz über die Massnahmen gegen häusliche Gewalt führt zu Mehraufwand (Fr. 210'000.-) und Mehrertrag (Fr. 260'000.-). Diese werden 2011 für ein ganzes Jahr angerechnet. Zu Mehraufwendungen führt die neugeschaffene Stelle für die Koordination der Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention und -intervention (Fr. 130'000.-). Infolge einer Aufgabenkonzentration erfolgt eine Stellenverschiebung vom AB 320 (Berufsbildung und Mittelschule) in den AB 100, wodurch um Fr. 100'000.- höhere Personalkosten ausgewiesen werden. Zudem ergeben sich Mehraufwendungen für die Personalarbeit, die Kommunikation und das E-Government (Fr. 360'000.-). Für die Personalentwicklung des obersten Kaders aller Departemente sind mit dem Projekt "MOVE" zentral Fr. 200'000.- eingestellt. Mehraufwand bei den Löhnen infolge Neubesetzungen von Stellen im Generalsekretariat des DGS sowie die Verschiebung der Stelle für Familienpolitik und Gleichstellung vom AB 510 (Soziale Sicherheit) führen im AB 100 zu Mehraufwendungen von Fr. 526'000.-.

Kleinkredite

Neue Projekte wie WOV-FIREL, Gebührenrecht, PISA-Erhebung, E-Government, Zentrale Datenbank Zivilschutz und weitere führen zu Mehraufwendungen (1.7 Mio. Fr.). Gleichzeitig werden verschiedene Projekte abgeschlossen (Umsetzung Deregulierung, Intervention gegen häusliche Gewalt, elektronischer Datenaustausch, Monitoring Flugverkehr und Flughafen Zürich). Dies führt zu Minderaufwendungen in der Grössenordung von Fr. 700'000.-.

Grosskredite

Das Projekt Hightech-Strategie wird gestartet; und das Projekt RESAP tritt in die entscheidende Arbeitsphase. Aufgrund dessen nehmen die Aufwendungen zu.

LUAE

Die Abweichung ist durch zwei Punkte bedingt: Einerseits wurde das Budgetjahr 2010 nach dem Nettoprinzip dargestellt (der Aufwand für die Auszahlung der Ruhegehälter sowie die Neubildung der Rückstellung wurden mit der Auflösung der Rückstellung verrechnet); andererseits wurden im Budgetjahr 2010 die Veränderungen im Regierungsrat als Folge der Wahlen von 2009 nicht berücksichtigt (2009 traten drei bisherige Regierungsräte zurück und wurden durch drei jüngere Amtsträger ersetzt). Ab dem Budgetjahr 2011 erfolgt die Darstellung der Verbuchung nach dem Bruttoprinzip.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Kosten für die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (11 Mio. Fr.) werden im Aufgabenbereich 100 zentral budgetiert. Sobald das definitive Umsetzungsmodell feststeht, werden diese Aufwendungen auf die entsprechenden Aufgabenbereiche verteilt.

Kleinkredite

Das Projekt WOV-FIREL tritt in die entscheidende Projektphase, deshalb nehmen dafür die Aufwendungen im Jahre 2012 zu (Fr. 250'000.-). Verschiedene Projekte laufen in den Planjahren aus (z.B. Umsetzung Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Gemeindereform, E-Government, Gebührenrecht, WOV-FIREL). Der zukünftige Kredit "Flugverkehr" wird nicht mehr im AB 100 sondern im AB 610 Raumentwicklung und Recht geführt. Die Jahrestranchen der Kleinkredite reduzieren sich deshalb.

Grosskredite

Die Veränderungen in den Jahrestranchen sind durch den Projektverlauf von Hightech-Strategie und RESAP bedingt.

* Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gestalten der Abläufe für den Regierungsrat, zwischen Regierungsrat und Grossem Rat und bei Wahlen und Abstimmungen; Führen des Generalsekretariats der Staatskanzlei für den Staatsschreiber und die Organisation; Schlichten von personalrechtlichen Streitigkeiten; Informieren und Dokumentieren des Regierungsrats, des Grossen Rats und der Bevölkerung im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips; Rechtsberatung des Regierungsrats und des Grossen Rats sowie verwaltungsinterne Rechtspflege; Erarbeiten der Strategie für die Langfristplanung des Regierungsrats; Bearbeiten und Koordinieren von Aufgaben- und Finanzplan, Budget und Jahresbericht sowie Durchführen des Aufgabencontrollings, zusammen mit dem Departement Finanzen und Ressourcen; Strategische Beratung und Koordination der Aussenbeziehungen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**120**	**Zentrale Stabsleistungen**
Produktegruppen	12010	Kanzleidienste, Publikationen, Wahlen
	12020	Strategie, Aufgaben-CO, Aussenbeziehung
	12030	Kommunikationsdienst
	12040	Verwaltungsinterne Rechtspflege und -beratung

UMFELDENTWICKLUNG

Der Grundauftrag ist die optimale Unterstützung des Regierungsrats in allen operativen, strategischen, kommunikativen und rechtlichen Belangen seiner Tätigkeit. Im operativen Bereich zählen dazu insbesondere die Vorbereitung, Begleitung und Nachbearbeitung der Regierungsratssitzungen sowie die Geschäftsplanung und -koordination. Zusätzlich werden eidgenössische und kantonale Wahlen und Abstimmungen vorbereitet und durchgeführt sowie Schlichtungseingaben kantonaler Angestellter und von Lehrpersonen behandelt, die sich auf eine personalrechtliche Streitigkeit mit der Anstellungsbehörde beziehen.

Auf strategischer Ebene bereitet die Staatskanzlei im Rahmen der neuen Führungsmethodik die Planung vor, koordiniert die Rechenschaftsinstrumente, führt das Aufgabencontrolling durch, plant und koordiniert die Aussenbeziehungen sowie betreut die Geschäftsstelle des IT-Boards. Im kommunikativen Bereich informiert die Staatskanzlei über die Arbeit von Regierungsrat und Departementen, und sie bereitet Grossveranstaltungen vor und begleitet diese. Der Rechtsdienst des Regierungsrats erstellt Mitberichte und Gutachten zuhanden des Regierungsrats und des Grossen Rats und verfasst Entscheidentwürfe zu Beschwerden, bei denen ein Departement bereits verfahrensmässig einbezogen war.

Das Generalsekretariat setzt grössere Reformvorhaben um: Mit der Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung werden die Aufgaben der Bezirksämter ab 2011/2012 neu organisiert (ES0030), was auf die Organisation des Aufgabengebiets der Wahlen und Abstimmungen Einfluss hat. Die Gesetzessammlungen AGS und SAR sowie das Amtsblatt sollen ab 2012 im Internet veröffentlicht und es soll auf die Publikation in Papierform verzichtet werden. Dies bedingt eine Änderung des Publikationsgesetzes (ES0031).

Die Staatskanzlei betreut weitere Entwicklungsschwerpunkte, die im Aufgabenbereich 100 näher beschrieben sind und als kantonale Projekte geführt werden. Es handelt sich dabei um folgende Projekte: Verbesserung der Verwaltungsführung und Innovationsmanagement (ES0015), Aufbau einer verstärkten Zusammenarbeit der Nordschweizer Kantone (ES0016), Überprüfen des Gebührenrechts (ES0021) und die Hightech-Strategie (ES0023). Aufgrund der 2009 erfolgten WOV-Evaluation werden die Staatsleitungsinstrumente weiter entwickelt. Auch dieses Thema wird als kantonales Projekt im Aufgabenbereich 100 beschrieben (ES0020).

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
120KU0013	Blankoabstimmungstermine des Bundes und des Kantons Aargau	Anzahl	5	4	4	5	4	4
120KU0037	Stimmberechtigte im Kanton Aargau	Anzahl	388'000	391'000	391'000	394'000	397'000	399'000
120KU0038	Auslandschweizerstimmberechtigte im Kanton Aargau	Anzahl	5'850	6'000	6'050	6'100	6'150	6'150
120KU0024	Regierungsratssitzungen	Anzahl	37	38	38	38	38	38
120KU0025	Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	1'950	1'800	1'900	2'000	1'900	1'900
120KU0026	Regierungsratsgeschäfte im rechtlichen Aktenstudium	Anzahl	1'323	1'250	1'250	1'250	1'250	1'250
120KU0027	Neueingänge Mitberichte / Gutachten / Stellungnahmen Rechtsdienst Regierungsrat für GR / RR / DV / StS / Dep.	Anzahl	252	250	250	250	250	250
120KU0028	Neueingänge Beschwerden im Zuständigkeitsbereich des Rechtsdiensts des Regierungsrats	Anzahl	222	250	250	250	250	250
120KU0030	Neueingänge Gesuche bei der Schlichtungskommission	Anzahl	51	60	60	60	60	60
	Leistungskennzahlen							
120KL0046	Vom Aargau eingenommene Präsidiums- und Vorstandssitze in interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien	Anzahl	10	8	8	7	7	7
120KL0047	Stabilhalten der Pendenzen beim Rechtsdienst des Regierungsrats (s. Fussnote)	n.v.	1.16	1	1	1	1	1
120KL0048	Fallerledigung Schlichtungskommission	Anzahl	47	60	60	60	60	60
120KL0049	Mailanfragen per Internet "Eine Frage an die Verwaltung" (s. Fussnote)	Anzahl	889	950	950	950	950	950
120KL0058	Regierungsmedienkonferenzen	Anzahl	13	16	24	24	16	20

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0023, KU0037, KU0038: Die Kennzahl "durchschnittliche Stimm- und Wahlbeteiligung" wird auf die PG-Ebene verschoben. Neu werden die Anzahl Stimmberechtigte und Auslandschweizerstimmberechtigte im Kanton Aargau aufgenommen. Diese Kennzahlen sind im Zusammenhang mit den Entwicklungsschwerpunkten ES0020 (Einführung e-Voting) und ES0030 (Neuorganisation kant. Wahlbüro) relevant.

KU0025, KL0058: Die Erfahrung zeigt, dass vor Wahlen die Anzahl parlamentarische Vorstösse (siehe AB 100) zunimmt. Dies hat auch Auswirkungen auf die vorliegenden Kennzahlen Regierungsratsbeschlüsse und Regierungsmedienkonferenzen.

KL0046: Der Rückgang der Präsidiums- und Vorstandssitze ist Folge der Umsetzung der Überprüfung resp. Konzentration der Mitgliedschaften.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
120ES0020	Einführung / Umsetzung E-Voting im Kanton Aargau nach Vorgaben des Bundes	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit RR)	2009	45	239	230	160		674
		3	Entwicklung Konzept und Umsetzung	2010						
		4	erste Gesuchseingabe Bundesrat	2010						
		5	Pilot- und Testphase	2010-2012						
		6	erste Abstimmung mit e-Voting für Auslandschweizerstimmberechtigte	Nov. 2010						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
120ES0030	Neuorganisation kantonales Wahlbüro	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)	2011			170	720		890
		2	Entwicklung Konzept und Pilotbetrieb	ab 2010						
		6	Umsetzung und Übernahme der Aufgaben von allen Bezirksämtern	2011						
120ES0031	Änderung Publikationsgesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2009-2012						
		2	Normkonzept	2009						
		3	Vernehmlassung	2010						
		4	Aufbau Internetlösung	2011						
		5	Inkraftsetzung	1.1.2012						
120ES0026	Schaffung von Corporate Identity / Corporate Design	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit RR)	2008	106	344	150			600
		3	Konzeption Corporate Design	2009						
		4	Konsolidierung Corporate Design	2010						
		5	sukzessive Umsetzung	ab 2011						
120ES0033	Sicherstellung einer zukunftsfähigen Demografiepolitik	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2008-2011						
		2	Konsolidierung Arbeitsprogramm	2008						
		3	Analyse für neue Ansätze	2009						
		4	Öffentlichkeitsanlass	2011						
		5	Schrittweise Umsetzung von Massnahmen via AFP	ab 2010						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0020: In das Projekt sind mittelfristig auch das Departement Volkswirtschaft und Inneres und die Gemeinden involviert. Vorabklärungen haben ergeben, dass es sinnvoll ist, technisch mit anderen Kantonen zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit erfolgt auf der Basis der Zürcher Lösung zusammen mit 6 anderen Kantonen und einem externen Partner. Die Umsetzung erfordert eine Projektstelle (50%) sowie Mittel für externe Beratung im Bereich Einführung einer geeigneten Software. Das Projekt soll ab 2013 auf im Aargau wohnhafte Stimmberechtigte erweitert werden. Ab 2013 werden Folgeprojekte geplant. Die Veränderung des Budgetwerts 2010 ist durch eine Kreditübertragung bedingt (Fr. 79'000).

ES0030: Die durch die Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung bedingte Übernahme der bisherigen Aufgaben der Bezirksämter hat einen Einfluss auf die Aufgaben des kantonalen Wahlbüros (zum Beispiel die Vorbereitung und Durchführung von Bezirks- und Kreiswahlen, das Anmeldeverfahren bei Grossratswahlen, die Sammlung und Konsolidierung von Gemeinderesultaten auf allen Ebenen [Bund, Kanton, Bezirke]).

ES0033: In allen Politikbereichen sind die Institutionen auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung vorzubereiten. Aufgrund der Langfristigkeit und der Komplexität müssen diese Arbeiten zentral koordiniert werden. Die Umsetzung von Massnahmen erfolgt schrittweise über den Aufgaben- und Finanzplan.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
120ZI0052	Wahlen und Abstimmungen (W+A) sind zeitgerecht und formal richtig durchgeführt.	1	Gutgeheissene Beschwerden, die auf Verzögerungen oder materiell nicht richtiger Durchführung der W+A gründen	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Zeitpunkt der Resultatsveröffentlichung im Internet nach letzter Urnenschliessung bei Abstimmungen	Stunden	2.95	4	4	4	4	4
120ZI0069	Die operative Führungsunterstützung gewährleistet einen effizienten und qualitativ einwandfrei arbeitenden Betrieb.	1	Berechtigte Reklamationen bezüglich Qualität und Termin	Anzahl		25	24	23	22	22
		2	Anteil der nach 6 Arbeitstagen unterschriftsbereiten RRB	%		90	90	90	90	90
120ZI0058	Die kantonale Politik ist in interkantonalen, eidgenössischen und grenzüberschreitenden Gremien vertreten.	1	Betreute Organe im Bereich Aussenbeziehungen (interkantonale und grenzüberschreitende Konferenzen und Organisationen)	Anzahl	21	19	18	18	18	18
		2	Kantonale Initiativen, Projekte, Anträge etc. in interkantonalen und grenzüberschreitenden Konferenzen und Organisationen	Anzahl	5	5	5	5	5	5
120ZI0063	Planung (AFP) und Berichterstattung (JB) sind qualitativ hochstehend.	2	Vertieft geprüfte Aufgabenbereiche (AFP)	Anzahl	10	10	10	10	10	10
120ZI0039	Die Öffentlichkeit ist über die kommunikationsrelevanten Geschäfte des Regierungsrats informiert.	1	Abdruckquote / Berichterstattung der kommunikationsrelevanten Geschäfte in den Printmedien	%	80	90	90	90	90	90
120ZI0057	Der Rechtsfrieden wird durch rasche und definitive Streiterledigung wieder hergestellt.	1	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beschwerden	Tage	129	145	145	145	145	145
		2	Anteil der erledigten Beschwerden, welche nicht weitergezogen werden	%	93.4	90	90	90	90	90

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN
ZI0058I1: Der Rückgang der Organe ist Folge der Konzentration der Mitgliedschaften.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gesetzlich vorgegeben ist die Vorbereitung und Begleitung der eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen (Bundesgesetz über die politischen Rechte, Gesetz über die politischen Rechte), die Betreuung von Amtsblatt und Gesetzessammlungen (Publikationsgesetz) sowie die Durchführung der Regierungsratssitzungen (Organisationsgesetz). Die juristische Führungsunterstützung basiert auf der Verordnung über den Rechtsdienst des Regierungsrats. Das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen verankert die Verpflichtung des Kantons hinsichtlich einer laufenden Information über die behördliche Tätigkeit (Kommunikationsdienst RR). Aufgrund des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen erstellt die Staatskanzlei das Entwicklungsleitbild und zusammen mit dem Departement Finanzen und Ressourcen den AFP und den Jahresbericht. Sie erstattet gemäss Verordnung über das Rechnungswesen und die übrige Führungsunterstützung zudem Mitberichte zu strategierelevanten Geschäften der Departemente.

Nicht erlassmässig festgeschrieben, aber praxisgemäss in der Zusammenarbeit aller Kantone miteinander verankert, sind die Mitgliedschaften in verschiedenen interkantonalen und internationalen Gremien, die inhaltlich zu betreuen und zu koordinieren sind. Die Mitgliederbeiträge ergeben sich aus den vertraglichen Verpflichtungen. Strategische Projekte, wie beispielsweise e-Voting, brauchen finanzielle Mittel.

Der Personalaufwand beträgt rund 70 % des Saldos Globalbudget 2011, die übrigen 30% sind Sachaufwendungen wie zum Beispiel Büromaterial inkl. Publikationen; Porti und Versandspesen; Unterhalt und Betrieb Informatikmittel. Eine Veränderung des Globalbudgets wirkt sich direkt auf die personalbasierte Führungsunterstützung des Regierungsrats bei der Geschäftsabwicklung, der Kommunikation, der strategischen oder der rechtlichen Unterstützung aus. Bei den Sachaufwendungen sind die Ausgaben oft mit Leistungen an Dritte gekoppelt: Beispielsweise ist der Kanton Aargau in 18 Gremien vertreten (ZI0058I1), bei denen durchschnittliche Jahresbeiträge von 40'000 Franken zu leisten sind.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in %	Planjahre		
	2009	2010	2011	zu Vorjahr	2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-12'437**	**-12'749**	**-12'938**	**1.5**	**-12'237**	**-12'869**	**-12'278**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**1'868**	**1'692**	**1'657**	**-2.1**	**1'055**	**1'050**	**1'045**
Saldo Aufgabenbereich	**-10'569**	**-11'057**	**-11'281**	**2.0**	**-11'182**	**-11'819**	**-11'233**
Total Aufwand Globalbudget	-10'927	-10'808	-11'157	3.2	-10'588	-10'360	-10'520
Total Ertrag Globalbudget	1'647	1'487	1'447	-2.7	840	835	830
Saldo Globalbudget	-9'280	-9'321	-9'710	4.2	-9'748	-9'525	-9'690
Total Aufwand Kleinkredite	-1'424	-1'781	-1'619	-9.1	-1'484	-2'334	-1'579
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-1'424	-1'781	-1'619	-9.1	-1'484	-2'334	-1'579
Total Aufwand LUAE	-86	-160	-163	1.9	-166	-175	-179
Total Ertrag LUAE	221	205	210	2.4	215	215	215
Saldo LUAE	135	45	47	4.4	49	40	36

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in %	Planjahre		
	2009	2010	2011	zu Vorjahr	2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Rechtspflege und -beratung	-86	-160	-163	1.9	-166	-175	-179
Total Ertrag LUAE Rechtspflege und -beratung	221	205	210	2.4	215	215	215
Saldo LUAE Rechtspflege und -beratung	135	45	47	4.4	49	40	36

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Hauptursachen für die Aufwandsteigerung sind Mehraufwände bei den Abstimmungen und den Nationalratswahlen (+Fr. 115'000.-) sowie Mehraufwand bei den Löhnen infolge Umsetzung des Lohndekrets (+Fr. 80'000.-).

Kleinkredite

Das Projekt "Weiterentwicklung der Führungsinstrumente" wird ab 2011 im Aufgabenbereich 100 geführt. Die für 2011 im Aufgabenbereich 120 eingestellte Jahrestranche wird in den AB 100 übertragen (-Fr. 225'000.-). Das Projekt "Zusammenführung gekoAG zu iGEKO" ist beendet und führt zu einer Aufwandminderung (-Fr.110'000.-). Gleichzeitig startet das Projekt "Neuorganisation des kantonalen Wahlbüros" (+Fr. 170'000.-).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Dadurch, dass ab 2012 das Amtsblatt und die Aargauischen Gesetzessammlungen (AGS und SAR) ausschliesslich als Internetlösung angeboten werden, reduzieren sich Einnahmen und Aufwand um je rund 600'000 Franken. Im Jahr 2012 finden neben den eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen auch die Regierungsrats- und Grossratswahlen statt (+Fr. 162'000.-).

Kleinkredite

2013 starten zwei Projekte mit einem grösseren Initialaufwand: Einerseits das Projekt Ausbreitung e-voting (+Fr. 220'000.-) und andererseits die Einführung einer neuen Standardsoftware für Wahlen und Abstimmungen (+Fr. 810'000.-).

FUSSNOTEN

KL0047	Anzahl erledigter Fälle entspricht Anzahl eingegangener Fälle: 1.25 = Anzahl erledigter Fälle ist 25 % höher als Anzahl eingegangener Fälle.
KL0049	Es werden Mailanfragen erfasst, welche zentral über die Website www.ag.ch eingehen und nicht direkt bei den Departementen resp. Verwaltungseinheiten anfallen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Bekämpfen der Kriminalität; Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung; Schutz der Rechtsgüter der einzelnen Personen und Kontrolle des Verkehrs zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**210**	**Polizeiliche Sicherheit**
Produktegruppen	21010	Verkehrssicherheit
	21020	Sicherheit und Ordnung
	21030	Kriminalitätsbekämpfung
	21099	Organisationseinheit Polizeiliche Sicherheit

UMFELDENTWICKLUNG

Kernaufgaben der Kantonspolizei sind die Bekämpfung der Kriminalität, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei Grossereignissen sowie die Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf Autobahnen und Kantonsstrassen.

Für die Umsetzung der Vorgaben des Polizeigesetzes (Polizeidichte von 1:700) bis 2017 ist basierend auf dem Planbestand per Ende 2010 ein Aufbau von rund 110 bis 120 Polizistinnen und Polizisten sowohl der Kantonspolizei wie auch der Kommunalpolizeien notwendig. Aufgrund der Ausbildungskapazitäten, der Anzahl Bewerberinnen und Bewerber sowie der Aufnahmekapazität des bestehenden Polizeikorps muss der Aufbau schrittweise umgesetzt werden. Der Aufbau soll im Verhältnis 2/3 Kantonspolizei und 1/3 Polizeikräfte der Gemeinden erfolgen und berücksichtigt somit die relative Quote der Korpsbestände per 2010.

Seit dem 1. Januar 2007 ist die neue Sicherheitsarchitektur mit dem dualen System in Kraft. Verschiedene parlamentarische Vorstösse haben seither die neue Sicherheitsarchitektur thematisiert. Notwendige Verbesserungsmassnahmen wurden in die Wege geleitet. Eine Evaluation der dualen Sicherheitsarchitektur soll Aussagen zur Effektivität und Effizienz der aargauischen Lösung ermöglichen.

Grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität verlangen professionelle und zeitgemässe Einsatzmittel. Der gesellschaftliche Wertewandel führt zu erhöhter Gewaltbereitschaft und mehr Delikten gegen Leib und Leben, welche für die Polizei sehr arbeitsintensiv sind. Die Klärung vieler Vermögensdelikte sowie stark zunehmender Kriminalitätsformen wie Cyberdelikte kann nachhaltig nur unter Mithilfe von IT-Fachspezialisten sichergestellt werden. Organisierte und bandenmässige Einbruchskriminalität benötigen mehr personelle Ressourcen in der Kriminalitätsbekämpfung. Die Bekämpfung des international organisierten Betäubungsmittelhandels nimmt an Bedeutung zu und ist konsequent weiter zu führen.

Grossanlässe und Sondereinsätze beanspruchen die Personalressourcen stark. Gewalt spielt bei Konflikten aller Art eine grosse Rolle (häusliche Gewalt, Jugend, usw.). Die Tendenz zu mehr sozialen Spannungen verbunden mit zunehmender Polarisierung in Kombination mit einem veränderten Sozialverhalten (24-Stunden-Gesellschaft) bedingen eine hohe permanente polizeiliche Präsenz.

Schwere Delikte im Strassenverkehr beeinträchtigen das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sowie die objektive Sicherheitslage. Der politische und gesellschaftliche Stellenwert der Mobilität sowie die zunehmende Polarisierung und Sensibilisierung im Strassenverkehr stellen an die verkehrspolizeiliche Arbeit hohe Qualitätsansprüche.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
210KU0023	Bevölkerungszahl Kanton Aargau	Anzahl	598'920	605'000	611'000	617'000	623'000	629'000
	Leistungskennzahlen							
210KL0015	Rapportierte Verkehrsunfälle	Anzahl	2'848	2'800	2'800	2'800	2'800	2'800
210KL0016	Ordnungsbussen (s. Fussnote)	Anzahl	59'961	70'000	60'000	60'000	60'000	60'000
210KL0017	Interventionen bei häuslicher Gewalt (mit Delikt)	Anzahl	477	650	650	650	650	650
210KL0019	Interventionen bei häuslicher Gewalt (ohne Delikt) (s. Fussnote)	Anzahl	226	200	200	200	200	200
210KL0022	Durch die Kantonspolizei bearbeitete Gewaltstraftaten (s. Fussnote)	Anzahl			2'500	2'500	2'500	2'500
210KL0023	Durch die Kantonspolizei bearbeitete Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB)	Anzahl			25'000	25'000	25'000	25'000

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
KL0022: Ab AFP 2011 wird für die Kennzahl der Gewaltstraftaten die Definition des Bundes gemäss Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) übernommen, welche zusätzliche Strafartikel gegenüber der alten Definition umfasst. Dies führt zu einem Anstieg der Budget-Werte im Vergleich zur vormaligen KL0014.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
210ES0019	Erneuerung der Führungsinfrastruktur und Zusammenfassung der Notrufzentralen	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-0269 vom 20. Oktober 2009)	2009	447	1'220	950	11'850	10'161	24'628
		2	Erarbeitung Projekt	2007/2012						
		3	Bewilligung Grosskredit durch den Grossen Rat	2013						
		4	Abschluss der Realisierung	2016						
210ES0026	Verbesserung der polizeilichen Massnahmen in den Bereichen Jugend und öffentliche Gewalt	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Verbesserung der Koordination und Organisation innerhalb der Polizei und Verstärkung der Präsenz an Hot-Spots für Jugendgewalt	2009/2010						
		3	Vernetzung innerhalb der Verwaltung sowie mit Gemeinden, Schulen, Freizeitveranstaltern, Jugendorganisationen und Familien verbessern	2010/2011						
		4	Einführung Intensivtäterprogramm	2011						
210ES0028	Evaluation duales Sicherheitssystem	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Vorbereitung Evaluation	2011						
		3	Durchführung Evaluation durch externe Firma	2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0019: Aufgrund der Erfahrungen bei Grossereignissen (vor allem Hochwasser 2005) genügen die Führungsinfrastruktur des kantonalen Führungsstabs und die Einsatzzentrale des Polizeikommandos nicht mehr. Es sind räumliche Vergrösserungen und technische Anpassungen notwendig. Die bestehenden drei Notrufzentralen werden in einer Zentrale zusammengefasst. Der Globalkredit ist mit Ausnahme der bei der Kantonspolizei notwendigen Projektstellen für die polizeibezogenen Aspekte des Vorhabens im Aufgabenbereich 430 (Hochbauten) eingestellt.

ES0026: Jugendgewalt betrifft zu einem grossen Anteil auch junge Erwachsene über 18 Jahren, wobei die Straftaten fast ausschliesslich im öffentlichen Raum verübt werden.

ES0028: Seit Inkrafttreten des Polizeigesetzes wurden mehrere politische Vorstösse zur Frage der Effizienz und Effektivität der dualen Sicherheitsarchitektur eingereicht. Im Rahmen einer Evaluation sollen die Situation analysiert und ein allfälliger Handlungsbedarf abgeklärt werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
210ZI0011	Das Niveau des subjektiven Sicherheitsempfindens wird gehalten und wenn möglich verbessert.	3	Subjektives Sicherheitsempfinden: sicher (minimaler Anteil)	%		95		95		
		1	Subjektives Sicherheitsempfinden: sehr sicher (minimaler Anteil)	%		50		50		
		2	Subjektives Sicherheitsempfinden: eher oder ganz unsicher (max. Anteil)	%		5		5		
210ZI0012	Eine möglichst hohe objektive Verkehrssicherheit wird angestrebt. (s. Fussnote)	1	Leicht- und Schwerverletzte bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	1'779	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
		3	Schwerverletzte bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl		300	290	280	270	260
		2	Verkehrstote bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	20	21	20	19	18	17
210ZI0013	Die präventive Präsenz wird auf hohem Niveau gehalten.	1	Personalstunden uniformierte Präsenz	Stunden	145'793	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
210ZI0014	Die Interventionszeit der polizeilichen Einsatzkräfte wird kurz gehalten.	1	Max. 15 Min. zwischen Alarmierung und Eintreffen der Polizei (Minimalwert)	%	84	80	80	80	80	80
210ZI0021	Die Polizeidichte ist angemessen (1 Polizist/in pro 700 Einwohner/innen).	1	Einwohner/innen auf 1 Kantonspolizist/in im Kanton Aargau	Anzahl		1'071	1'062	1'050	1'040	1'031
		2	Einwohner/innen auf 1 Polizist/in (Kantonspolizei und Polizeikräfte der Gemeinden) im Kanton Aargau	Anzahl		738	731	724	717	711
		3	Grösse des Polizeikorps der Kantonspolizei (100 Stellenprozent)	Anzahl			576	588	599	610
210ZI0023	Das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat und die Kantonspolizei wird auf hohem Niveau gehalten. (s. Fussnote)	1	Aufklärungsquote der Straftaten gemäss Strafgesetzbuch (Minimalwert)	%			40	40	40	40
		2	Aufklärungsquote der Gewalt-Straftaten (Minimalwert)	%			90	90	90	90
		3	Aufklärungsquote Einbruchdiebstahl (Minimalwert)	%			10	10	10	10

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011: Die Erhebung erfolgt mittels Bevölkerungsumfrage im Jahr 2012. Sie soll thematisch mit dem Entwicklungsschwerpunkt 'Evaluation duales Sicherheitssystem' vernetzt werden.

ZI0021: Für die Umsetzung der Vorgaben zur Polizeidichte gemäss Polizeigesetz ist ein entsprechender Personalaufbau notwendig.

ZI0023: Die neue Zählweise der Straftaten der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes führt generell aus technischen Gründen zu einer Veränderung bei den Aufklärungsquoten.

ZI0023I1: Neu wird nur noch die Aufklärungsquote der Delikte ausgewiesen, die durch die Kantonspolizei rapportiert werden. Dies war zuvor aus technischen Gründen nicht möglich. Diverse Delikte (rund 3'000) mit sehr hohen Aufklärungsquoten (bspw. Ungehorsam gegenüber amtlichen Verfügungen, Gewalt und Drohung gegen Beamte) werden durch die Polizeikräfte der Gemeinden rapportiert und somit statistisch nicht mehr bei der Kantonspolizei aufgeführt. Dies führt zu einer Reduktion der Aufklärungsquote gegenüber den Vorjahren.

ZI0023I3: Neu werden nur noch Einbruchdiebstähle ausgewiesen, nicht mehr jedoch Einschleichediebstähle, welche bis anhin in diesem Wert enthalten waren.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die polizeiliche Sicherheit ist grundsätzlich eine kantonale Aufgabe (kantonale Polizeihoheit). Die Art der Leistungen ist aber weitgehend durch Bundesgesetze geregelt, namentlich in den Produktegruppen Verkehrssicherheit (Strassenverkehrsgesetz) und Kriminalitätsbekämpfung (Strafgesetzbuch, Betäubungsmittelgesetz etc.). Einzig die Produktegruppe Sicherheit und Ordnung (Präventive Präsenz und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung) ist durch das kantonale Polizeigesetz geregelt (ca. 15% des Leistungsvolumens).

Der Kanton verfügt zudem über einen Spielraum beim Umfang und bei der Qualität sowie der Effizienz der Leistungen, indem er über den Bestand und die Organisation der Polizei bestimmt und die Schnittstellen zu den übrigen Strafverfolgungsbehörden regelt. Allerdings setzen die rechtsstaatlichen Grundsätze wie das Legalitäts- und das Gleichbehandlungsprinzip Grenzen. Der Personalaufwand beträgt rund 85% des Gesamtaufwands der Kantonspolizei. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben über den Polizeibestand ist die finanzielle Steuerbarkeit im Rahmen des AFP stark eingeschränkt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-99'818**	**-102'450**	**-107'239**	**4.7**	**-108'909**	**-108'041**	**-112'171**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**32'216**	**32'221**	**32'504**	**0.9**	**32'704**	**32'904**	**33'004**
Saldo Aufgabenbereich	**-67'602**	**-70'229**	**-74'734**	**6.4**	**-76'205**	**-75'137**	**-79'166**
Total Aufwand Globalbudget	-97'594	-100'310	-105'164	4.8	-105'939	-105'541	-109'521
Total Ertrag Globalbudget	32'216	32'221	32'504	0.9	32'704	32'904	33'004
Saldo Globalbudget	-65'378	-68'089	-72'659	6.7	-73'235	-72'637	-76'516
Total Aufwand Kleinkredite	-1'589	-1'840	-1'775	-3.5	-2'670	-2'350	-2'500
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-1'589	-1'840	-1'775	-3.5	-2'670	-2'350	-2'500
Total Aufwand Grosskredite	-635	-300	-300	0.0	-300	-150	-150
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-635	-300	-300	0.0	-300	-150	-150

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Erneuerung Funksystem	-635						
Total Ertrag Grosskredite Erneuerung Funksystem							
Saldo Grosskredite Erneuerung Funksystem	-635						
Total Aufwand Grosskredite Kantonale Notrufzentrale		-300	-300	0.0	-300	-150	-150
Total Ertrag Grosskredite Kantonale Notrufzentrale							
Saldo Grosskredite Kantonale Notrufzentrale		-300	-300	0.0	-300	-150	-150

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Steigerung des Aufwands ist hauptsächlich auf die notwendigen Stellen zur Umsetzung der Vorgaben des Polizeigesetzes (Verhältnis 1:700) zurück zu führen (1,9 Mio. Fr.). Hinzu kommen Mehraufwendungen im Investitionsbereich für Ersatzbeschaffungen (Telefonie; Funk; Ausrüstung) sowie für notwendige Geräte in der Kriminaltechnik und der Mobilen Einsatzpolizei (1,4 Mio. Fr.).

Die Ertragssteigerung ist auf eine höhere Abgeltung aus der Strassenrechnung (1,5 Mio. Fr.) zurückzuführen. Ertragsminderungen entstehen durch geringere Einnahmen bei den Ordnungsbussen (Fr. 800'000) sowie durch eine auslaufende Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Strassen (Fr. 360'000).

Kleinkredite

Der Minderaufwand ist auf das abgeschlossene Projekt "Neubewaffnung Korps" zurückzuführen (Fr. 800'000). Zu Mehraufwand führten mehrere kleinere neue Projekte, insbesondere im Bereich der Logistik, sowie der Projektverlauf von bereits bestehenden Projekten (Fr. 730'000).

Grosskredite

Beim eingestellten Betrag für die kantonale Notrufzentrale handelt es sich um die Personalkosten für die Projektbegleitung bei der Kantonspolizei. Der restliche Betrag ist im Aufgabenbereich 430 (Immobilien Aargau) eingestellt.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Steigerung des Aufwands ist durch den weiteren notwendigen Personalaufbau zur Erreichung der Vorgaben des Polizeigesetzes bedingt.

Kleinkredite

Der Mehraufwand in den Planjahren ist insbesondere durch das neue Projekt zur Ablösung der bisherigen Rapportierungssoftware (RAPOL) verursacht.

Grosskredite

Für die Jahre 2013 und 2014 nimmt der Aufwand für die Begleitung des Projekts ab.

FUSSNOTEN

KL0016	Die Kantonspolizei führt die Geschwindigkeitskontrollen mit wenigen Ausnahmen ausserorts sowie auf Autobahnen durch.
KL0019	Interventionen bei häuslicher Gewalt ohne Delikt sind Aufgabe der Polizeikräfte der Gemeinden. Der in der Kennzahl ausgewiesene Wert weist die subsidiäre Unterstützung durch die Kantonspolizei aus.
KL0022	Definition der Gewaltdelikte analog Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS): Tötungsdelikt (Art. 111-116 StGB), Schwere Körperverletzung (Art. 122), Geiselnahme (Art. 185), Vergewaltigung (Art. 190), Raub (Art. 140), Einfache Körperverletzung (Art. 123), Tätlichkeiten (Art. 126), Raufhandel (Art. 133), Angriff (Art. 134), Nötigung (Art. 181), Freiheitsberaubung / Entführung (Art. 183+184), Sexuelle Nötigung (Art. 189), Drohung / Gewalt gegen Beamte (Art. 285), Erpressung (Art. 156), Drohung (Art. 180)
ZI0012	I3: Als schwerverletzt gilt, wer schwere, sichtbare Beeinträchtigungen, die normale Aktivitäten zu Hause für mindestens 24 Stunden verhindern, aufweist (z.B. Bewusstlosigkeit oder Knochenbruch [exkl. Fingerbruch] oder Spitalaufenthalt von mehr als einem Tag).
ZI0023	Es werden alle (unabhängig von Tatort und Tatzeit) in der Berichtsperiode durch die Kapo rapportierten und geklärten Straftaten zur Bildung der Aufklärungsquote verrechnet.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Periodische Prüfung von Fahrzeugen; Prüfung von Lenkerinnen und Lenkern; Entzug von Ausweisen und Inkasso der Motorfahrzeugabgaben, damit nur verkehrstaugliche und berechtigte Fahrzeuge sowie befähigte Personen am Strassenverkehr teilnehmen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**215**	**Verkehrszulassung**
Produktegruppen	21510	Verkehrszulassung
	21520	Motorfahrzeugabgaben
	21599	Organisationseinheit Verkehrszulassung

UMFELDENTWICKLUNG

Die Sicherheit im Verkehr ist abhängig davon, dass die Fahrzeuge verkehrstauglich sind und nur Personen am Strassenverkehr teilnehmen, die die Verkehrssicherheit nicht gefährden. Der Aufgabenbereich Verkehrszulassung stellt sicher, dass die Fahrzeuge periodisch geprüft und nur gut ausgebildete Neulenker/innen zum Verkehr zugelassen werden.

In den kommenden Jahren werden die Mobilität und der Fahrzeugbestand weiter zunehmen. Für den jährlichen Zuwachs des Fahrzeugsbestands wird ab 2012 in Übereinstimmung mit der Vorlage zur Anpassung der Motorfahrzeugabgabe (GR.10.58) mit einem Wachstum von 0.8% gerechnet. Aufgrund des Bevölkerungswachstums ist deshalb der Motorisierungsgrad leicht rückläufig.

Tendenziell nimmt das Durchschnittsalter der eingelösten Fahrzeuge zu. Dies führt zu einer Erhöhung der benötigten Anzahl Fahrzeugprüfungen, wenn der Bestand an ungeprüften Fahrzeugen nicht zunehmen soll. Da sich die gute Zusammenarbeit mit den Partnern AGVS (Autogewerbeverband der Schweiz, Sektion Aargau), TCS (Touring Club Schweiz, Sektion Aargau) und Nachbarkantonen (Basel-Landschaft, Zug) nicht weiter ausbauen lässt, sind mittelfristig ein weiterer Ausbau der Prüfbahnen in Wettingen und die Erstellung eines Filialbetriebs im Fricktal zu prüfen. Nur so können die vom Bund vorgeschriebenen Prüfungsintervalle eingehalten werden.

Bedingt durch die demografische Entwicklung steigt die Zahl der älteren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Damit verbunden steigt der Aufwand für die Überprüfung der Fahrfähigkeit weiterhin stark an. Die personellen Ressourcen müssen deshalb verstärkt werden.

Die Auslagerung von VIACAR erfolgt basierend auf dem Entscheid des Grossen Rats bis Ende 2010. Ab 2011 wird deshalb die Produktegruppe Informatikdienstleistungen VIACAR aufgelöst.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
215KU0005	Bestand Motorfahrzeuge, Anhänger, Mofas und Schiffe	Anzahl	484'522	489'000	496'500	504'000	508'000	512'000
215KU0006	Bestand Personenwagen	Anzahl	332'505	336'000	341'000	346'000	348'800	351'600
215KU0007	Motorisierungsgrad (Personenwagen pro 1000 Einwohner/innen)	Anzahl	555	555	558	561	560	559
215KU0010	Führerausweisinhaber (Kat. B) über 70 Jahre (Stichtag 30.09.)	Anzahl	35'010	35'400	37'100	38'800	39'800	41'100
215KU0011	Anteil der Führerausweisinhaber (Kat. B) über 70 Jahre am Total der Führerausweisinhaber (Kat. B) aller Altersstufen (Stichtag 30.09.)	%	8.33	8.5	8.8	9.1	9.26	9.45
215KU0012	Anteil der erfolgreich bestandenen theoretischen Führerprüfungen (Basistheorie)	%	67.2	65	65	65	65	65
215KU0013	Anteil der erfolgreich bestandenen praktischen Führerprüfungen	%	65.2	63	63	63	63	63

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
215KL0013	Theoretische und praktische Führerprüfungen	Anzahl	31'931	27'000	30'000	30'000	30'000	30'000
215KL0015	Total Jahresrechnungen für die Motorfahrzeug-, Mofa- und Dauerbewilligungsabgaben	Anzahl	436'064	442'600	446'800	453'600	457'200	460'800
215KL0016	Administrativmassnahmen (Ausweisentzüge, Verwarnungen u.a.)	Anzahl	10'872	13'200	11'600	11'800	12'000	12'200
215KL0018	Erstellte Aufgebote zur periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung für über 70 jährige	Anzahl	18'247	21'000	19'000	19'700	20'400	21'200
215KL0019	Anteil der weiterbelassenen Führerausweise (Kat. B) am Total der Aufgebote zur periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung für über 70 jährige.	%	90	88	88	88	88	88
215KL0020	Im Minimum durchgeführte Führerprüfungen pro Verkehrsexperte	Anzahl		2'730	2'650	2'650	2'650	2'650
215KL0021	Im Minimum durchgeführte Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte	Anzahl		3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
215KL0022	Fahrzeugprüfungen durch externe Partner	Anzahl			40'000	40'000	40'000	40'000
	Finanzkennzahlen							
215KF0013	Kostendeckung für das Inkasso bei Motorfahrzeugabgaben in % der Kosten (s. Fussnote)	%	100	100	100	100	100	100
215KF0022	Abgeltung für das Inkasso aus den Motorfahrzeugabgaben	1'000 Fr.	4'760	5'468	5'400	5'450	5'550	5'550
215KF0021	Anteil Inkassokosten am Total der Motorfahrzeugabgaben	%	4.15	4.65	4.69	4.43	4.48	4.55
215KF0014	Inkassokosten pro Rechnung für Motorfahrzeugabgaben	Franken	8.82	9.97	10.2	10	10.02	10.07

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0013: Aufgrund der Vergangenheitswerte werden die Zahlen für Budget und Planjahre nach oben angepasst.

KL0016: Der Budgetwert 2010 wurde zu hoch angesetzt.

KL0018: Die Kennzahl zeigt die Entwicklung der periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen. Der Budgetwert 2010 wurde zu hoch angesetzt.

KL0020, KL0021: Die beiden Kennzahlen zeigen die im Minimum benötigte Leistung pro Verkehrsexperte, um den voraussichtlichen Arbeitsanfall mit den geplanten Personalressourcen bewältigen zu können. Die Produktivität bei den Führerprüfungen ist gegenüber 2010 rückläufig, weil mehr Aufgaben (Chauffeurzulassungsverordnung, Verlängerung Prüfdauer, mehrstufige Prüfung) sowie vermehrt Expertentätigkeiten im Auftrag des Bundes (Prüfungsabnahmen an externen Prüfstellen) anfallen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
215ES0004	Sanierung Verwaltungsgebäude	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat; GRB geplant)	2009/2010	801	250	2'500	19'094		22'645
		2	Bewilligung Grosskredit durch den Grossen Rat	2010						
		3	Bauausführung	2011-2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0004: Für die Gesamtsanierung des Strassenverkehrsamts muss insgesamt mit einem Nettoaufwand von 22,645 Millionen Franken gerechnet werden. Die Abweichungen zur bisherigen Planung (AFP 2010-2013: 13,65 Mio. Franken) sind durch verschiedene Faktoren bedingt (Kostengenauigkeit bei +/- 20%, Perimetererweiterung, Photovoltaikanlage u.a.). Dem Grossen Rat ist die Botschaft zur Gesamtsanierung im Juli 2010 zugestellt worden. Mit der Botschaft wurde auch eine Anpassung des Entwicklungsschwerpunkts im AFP 2010-2013 beantragt, da der Budgetwert 2010 um 100'000 Franken auf 150'000 Franken reduziert werden kann. Die Mittel sind im Aufgabenbereich 430 (Immobilien Aargau) eingestellt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre		
								2012	2013	2014
215ZI0008	Es nehmen nur betriebssichere Fahrzeuge am Verkehr teil.	1	Anteil der eingehaltenen Prüfungsintervalle für Fahrzeuge	%	88.8	90	87	85	86	86
		2	Durch das Strassenverkehrsamt durchgeführte Fahrzeugprüfungen	Anzahl		105'000	105'000	105'000	108'000	108'000
215ZI0013	Die Fahrzeug-, Lernfahr- und Führerausweise werden effizient erstellt.	3	Lernfahr-, Führer- und Fahrzeugausweise	Anzahl		245'500	254'000	254'500	255'500	256'000
		1	Im Minimum erstellte Fahrzeugausweise pro Mitarbeiter/in der Fahrzeugzulassung	Anzahl		5'650	5'650	5'650	5'650	5'650
		2	Im Minimum erstellte Führer- und Lernfahrausweise pro Mitarbeiter/in der Führerzulassung	Anzahl		6'400	6'400	6'400	6'400	6'400

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0008I1: Der Rückgang des Indikators ist eine Folge des stetig wachsenden Fahrzeugbestandes und der gleichbleibenden Kapazität bei den Verkehrsexperten und der Infrastruktur. Im Jahr 2012 sollen zwei zusätzliche Verkehrsexperten eingestellt werden, welche im Jahr 2013 nach ihrer Ausbildung produktiv werden. Im Indikator sind die durch die externen Partner durchgeführten Prüfungen einberechnet (KL0022).

ZI0008I2: Im Jahr 2009 betrug die Anzahl 100'927. Die Ausbildung von sechs neuen Verkehrsexperten (Ersatz Pensionierungen) konnte 2009 abgeschlossen werden, weshalb wieder mit der üblichen Anzahl Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte geplant werden kann. Ab 2013 wird mit zwei neuen produktiven Verkehrsexperten gerechnet. Deshalb nimmt die Zahl im Jahr 2013 wieder zu.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN
Die Motorfahrzeugabgabe ist durch kantonales Recht geregelt. Ansonsten ist der Aufgabenbereich Verkehrszulassung in grossen Teilen durch das Bundesrecht (Strassenverkehrsgesetz und Ausführungserlasse) bestimmt. Die vorgegebenen Prüfungsintervalle können mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu 100% eingehalten werden. Die Zahl der theoretischen und praktischen Führerprüfungen ist abhängig von der Zahl der Personen, die diese Prüfungen absolvieren. Im Bereich Administrativmassnahmen ist das Volumen abhängig von der Kontrolldichte und der Anzahl Anzeigen durch die Polizei.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-151'185**	**-152'158**	**-150'282**	**-1.2**	**-156'077**	**-156'338**	**-155'878**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**168'511**	**166'063**	**161'503**	**-2.8**	**168'631**	**169'204**	**168'857**
Saldo Aufgabenbereich	**17'326**	**13'905**	**11'221**	**-19.3**	**12'555**	**12'867**	**12'979**
Total Aufwand Globalbudget	-29'906	-31'316	-27'192	-13.2	-26'582	-27'213	-27'588
Total Ertrag Globalbudget	49'209	45'856	39'163	-14.6	39'691	40'564	40'917
Saldo Globalbudget	19'303	14'540	11'971	-17.7	13'110	13'352	13'329
Total Aufwand Kleinkredite	-788	-875	-990	13.1	-795	-725	-590
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-788	-875	-990	13.1	-795	-725	-590
Total Aufwand Grosskredite	-1'430						
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-1'430						
Total Aufwand LUAE	-119'061	-119'967	-122'100	1.8	-128'700	-128'400	-127'700
Total Ertrag LUAE	119'302	120'207	122'340	1.8	128'940	128'640	127'940
Saldo LUAE	242	240	240	0.0	240	240	240

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Rechnersystem Schafisheim	-1'430						
Total Ertrag Grosskredite Rechnersystem Schafisheim							
Saldo Grosskredite Rechnersystem Schafisheim	-1'430						

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Motorfahrzeugabgaben	-119'061	-119'967	-122'100	1.8	-128'700	-128'400	-127'700
Total Ertrag LUAE Motorfahrzeugabgaben	119'061	119'967	122'100	1.8	128'700	128'400	127'700
Saldo LUAE Motorfahrzeugabgaben	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Schiffssteuern							
Total Ertrag LUAE Schiffssteuern	242	240	240	0.0	240	240	240
Saldo LUAE Schiffssteuern	242	240	240	0.0	240	240	240

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Sowohl Aufwand- wie auch Ertragsminderung sind im Wesentlichen auf die Auslagerung von VIACAR zurückzuführen. So entfällt die interne Verrechnung mit der ITAG (3,1 Mio. Fr.), es werden keine Rücklagen gebildet (1,6 Mio. Fr.) und verschiedener mit VIACAR verbundener Sachaufwand wie Versicherungen, Mehrwertsteuer u.a. fällt weg (1.6 Mio. Fr.). Im Gegenzug müssen der VIACAR AG neue Abgeltungen geleistet werden, was zu Mehraufwand führt (2,5 Mio. Fr.). Insgesamt entsteht so ein Minderaufwand von netto rund 3,8 Millionen Franken. Ertragsmässig führt die Auslagerung zu einem Minderertrag (7,9 Mio. Fr.).

Zudem werden aufgrund des Mengenwachstums und der Umsetzung der Massnahmen gemäss Bericht von Professor Dr. René Schaffhauser zu Fragen der Praxis des Strassenverkehrsamts im Bereich des Führerausweisentzugs und der periodischen Überprüfung der Fahreignung von über 70-jährigen Lenkern zusätzliche Stellen benötigt (Mehraufwand Fr. 200'000).

LUAE

Die Entwicklung der Motorfahrzeugabgaben entspricht der Botschaft des Regierungsrats vom 3. März 2010 zum Motorfahrzeugabgabengesetz (GR.10.58).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Zunahme des Aufwands ist bedingt durch weitere Stellen für die korrekte Umsetzung der geforderten Massnahmen.

LUAE

Die Entwicklung der Motorfahrzeugabgaben entspricht der Botschaft des Regierungsrats vom 3. März 2010 zum Motorfahrzeugabgabengesetz (GR.10.58).

FUSSNOTEN

KF0013	Für die Produktgruppe 2 wird das Inkasso aufgrund der Kostenrechnung berechnet, sodass eine Kostendeckung von 100% in der Betriebsbuchhaltung ausgewiesen wird.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Erteilen oder Verweigern von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen zur Steuerung des Ausländerbestandes und für die Anstellung von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften durch die Wirtschaft; Anordnung und Vollzug von Wegweisungen zur Verhinderung der Anwesenheit von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung; Bekämpfen der Schwarzarbeit.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**225**	**Migration**
Produktegruppen	22510	Einreise und Arbeit
	22520	Verlängerungen und Massnahmen
	22530	Asylverfahren
	22599	Organisationseinheit Migration

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Migration ist zum einen für den Vollzug des Bundesrechts im Ausländer- und Asylbereich zuständig. Darunter fallen die Prüfung und Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, die Haftanordnung für illegal anwesende Personen oder Personen des Asylbereichs sowie die Koordination der Integrationsförderung von aufenthaltsberechtigten Personen, anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen. Zum anderen setzt das Amt für Migration und Integration die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Abkommen und das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit um.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Fallzahlen sind schwer zu prognostizieren. Mehrheitlich wird mit stagnierenden Werten auf hohem Niveau gerechnet.

Bis zum 30. April 2011 wird die Zuwanderung aus den 8 neuen EU-Mitgliedstaaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen, Lettland) durch Kontingente und mittels Übergangsbestimmungen (Lohnkontrolle und Inländervorrang) gesteuert. Danach gilt auch für diese Staaten die volle Personenfreizügigkeit. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage wird vorerst keine weiter verstärkte Einwanderung erwartet. Durch den Wegfall der Kontingentsgebühren werden jedoch die Einnahmen abnehmen.

Die Verlängerungen der Niederlassungsbewilligungen fallen über die Jahre verteilt sehr unregelmässig an. Der Grund dafür ist die von 3 auf 5 Jahre ausgedehnte Gültigkeitsdauer, welche seit dem 1. Januar 2008 auch für Drittstaatsangehörige gilt. Dadurch kommt es in den Jahren 2011 und 2012 zu einem Tiefststand.

Ab 2011 müssen Ausländerausweise für Personen aus einem Nicht-Schengen-Land biometrische Daten enthalten. Die Erfassung der biometrischen Daten wird zentral im Erfassungszentrum in Aarau erfolgen, das zusammen mit der Justizabteilung betrieben wird (s. AB 235).

Im Asylbereich wird mit einer konstant bleibenden Zahl von Gesuchen gerechnet.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
225KU0001	Ausländerbestand im Kanton Aargau, total	Anzahl	128'500	126'500	131'900	133'700	135'400	137'200
225KU0002	Ausländerbestand im Kanton Aargau, Jahresaufenthalter/innen	Anzahl	32'494	31'500	33'360	33'800	34'250	34'700
225KU0003	Ausländerbestand im Kanton Aargau, Niedergelassene	Anzahl	95'189	94'000	97'700	99'000	100'300	101'600
225KU0004	Ausländeranteil im Kanton Aargau	%	21.5	20.9	21.6	21.7	21.7	21.8
225KU0005	Neue Asylgesuche in der Schweiz	Anzahl	16'005	16'000	16'000	16'000	16'000	16'000
225KU0006	Dem Kanton Aargau neu zugewiesene Asylsuchende	Anzahl	893	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
225KU0007	Bestand Asylsuchende	Anzahl	1'275	1'300	1'300	1'300	1'300	1'300
225KU0009	Rechtskräftige Entscheide im Asylbereich	Anzahl	457	550	550	550	550	550
225KU0010	Nichteintretensentscheide (NEE) im Asylbereich	Anzahl	246	200	200	200	200	200

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
225KL0025	Neueinreisen zum Stellenantritt, total	Anzahl	8'132	9'000	9'000	9'000	9'000	9'000
225KL0026	Davon Neueinreisen EU/EFTA zum Stellenantritt	Anzahl	7'479	8'300	8'300	8'300	8'300	8'300
225KL0027	Meldungen im Sinne des Entsendegesetzes	Anzahl	23'282	20'000	30'000	30'000	30'000	30'000
225KL0029	Sanktionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl	180	250	150	150	150	150
225KL0033	Fälle von aufgedeckter Schwarzarbeit im fremdenpolizeilichen Bereich	Anzahl	23	50	30	30	30	30
225KL0032	Erstmalige Erteilung der Niederlassung	Anzahl	4'666	5'500	6'000	6'000	6'500	6'500
225KL0036	Nicht vollziehbare Wegweisungsentscheide (kumulierte Pendenzen)	Anzahl	362	240	240	240	240	240
225KL0037	Ausreisen im Asylbereich	Anzahl	687	600	600	600	600	600
225KL0038	Ausschaffungen im Asylbereich	Anzahl	149	50	130	130	130	130
225KL0041	Neu abgeschlossene Integrationsvereinbarungen	Anzahl	1	40	50	50	50	50
225KL0043	Überprüfte Integrationsvereinbarungen	Anzahl	0	60	40	50	50	50
225KL0042	Bundesbeiträge an Integrationsmassnahmen für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene	1'000 Fr.	1'398	4'281	2'952	2'950	2'950	2'950
225KL0044	Kantonale Beiträge an Integrationsmassnahmen	1'000 Fr.	626	1'002	1'500	1'405	1'305	1'505

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001 bis KU0004: Die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung orientiert sich an der vom statistischen Amt veröffentlichten Bevölkerungsprognose 2009. In den Jahren 2008 und 2009 kam es zu einer überdurchschnittlichen starken Zunahme, wodurch der für Ende 2010 budgetierte Wert bereits im Jahr 2009 übertroffen wurde.

KU0005 bis KU0007, KU0009 und KU0010: Gesamtschweizerisch wird von einer konstant bleibenden Zahl von neuen Asylsuchenden gerechnet. Davon entfallen gemäss dem Verteilschlüssel des Bundes rund 7,7% auf den Kanton Aargau. In den letzten Jahren wurde diese Quote nicht erreicht, weil nicht alle Asylsuchenden auf die Kantone verteilt wurden.

KL0027: Die Meldungen nehmen weiterhin konstant zu. Per 30. April 2011 laufen die Übergangsfristen für die EU-8 Staaten aus. Dadurch sind alle Branchen dieser Länder zusätzlich meldeberechtigt, was zu einem weiteren Anstieg führen wird.

KL0029: Die Anzahl Sanktionen 2009 (180) verzeichnet gegenüber 2008 (255) einen Rückgang um 29%. Hierfür sind zweierlei Gründe massgebend: Einerseits waren am Jahresende 2009 noch ca. 25 Sanktionsfälle pendent und die entsprechenden Sanktionen noch nicht ausgesprochen. Anderseits wird seit 1. Oktober 2009 die Sanktionenempfehlung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) umgesetzt. Dies führt dazu, dass bei einer Meldung, welche die achttägige Vormeldepflicht missachtet, beim erstmaligen geringfügigen Verstoss nur noch eine informelle Mahnung und keine Verwaltungsbusse mehr ausgesprochen wird. Die Prognose 2010 ist zu hoch, weil sie noch auf der alten Sanktionspraxis beruhte.

KL0032: Die starke Zunahme in den letzten Jahren bei den Neueinreisen zum Stellenantritt wird verzögert auch zu einer Zunahme der erstmaligen Erteilung der Niederlassung führen.

KL0033: Diese Fallzahlen schwanken von Jahr zu Jahr.

KL0037 und KL0038: Es ist davon auszugehen, dass die höheren Gesuchszahlen auch bei den Ausreisen weiterhin zu hohen Zahlen führen werden. Der Anteil der unselbständigen kontrollierten Ausreisen und der Ausschaffungen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Der Budgetwert 2010 wurde bei den Ausschaffungen zu tief angesetzt.

KL0042: Entgegen der ursprünglichen Planung sollen die Übergangsbeiträge (Bundesbeiträge für jene Personen, welche vor 2008 vorläufig aufgenommen wurden) nicht bereits bis Ende 2012 abgebaut werden. Die Finanzen verteilen sich darum gleichmässiger über die Jahre.

KL0044: Die Kantone, Gemeinden und Dritte (inklusive Trägerschaften) haben sich angemessen an den Kosten der Integrationsmassnahmen zu beteiligen (Artikel 55 Absatz 1 des Ausländergesetzes). Ab 2011 sollen für Projekte innerhalb des Programmkonzepts des Bundes (Massnahmenpaket des Regierungsrats 2008 zur Umsetzung des Schwerpunkts 1, Sprache und Bildung) und für die Umsetzung der Leitsätze des Grossen Rats 2005 zusätzliche Mittel eingestellt werden. Die Projekte werden durch Dritte, wo möglich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, durchgeführt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
225ZI0015	Durch regelmässige Inspektionen werden die Einhaltung der Meldepflicht erreicht und das Lohndumping verhindert.	3	Inspektionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl		1'400	1'300	1'300	1'300	1'300
		1	Anteil der sanktionierten Meldeverstösse am Total der gemeldeten Personen	%	2.7	4	2	2	2	2
		2	Anteil der festgestellten Fälle von Lohndumping am Total der kontrollierten Löhne	%	9	8	8	8	8	8
225ZI0019	Durch regelmässige Kontrollen wird Schwarzarbeit in den Bereichen Ausländerrecht, Sozialversicherungsrecht und Quellensteuerrecht bekämpft und verhindert.	2	Kontrollen im Rahmen des Schwarzarbeitsgesetzes	Anzahl		300	500	500	500	500
		1	Anteil der festgestellten Schwarzarbeitsverdachtsfälle am Total der durchgeführten Kontrollen	%	11.9	10	10	10	10	10
225ZI0016	Die Gesuche für die Erteilung von arbeitsmarktlichen Bewilligungen werden effizient bearbeitet.	3	Anteil der Gesuche, die innert 10 Arbeitstagen bearbeitet werden	%		85	85	85	85	85
		1	Anteil der Gesuche, die innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	92.6	95	95	95	95	95
225ZI0017	Der Antrag auf Vollzugsunterstützung an das Bundesamt für Migration wird rasch eingereicht.	1	Anteil der unterbreiteten Anträge innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	%	95	95	95	95	95	95
225ZI0018	Der Vollzug von rechtskräftig weggewiesenen Asylsuchenden erfolgt konsequent direkt ab Untersuchungshaft / Strafvollzug.	1	Anteil der rechtlich zulässigen und technisch möglichen Vollzüge	%	100	100	100	100	100	100
225ZI0020	Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wird gefördert.	2	Anteil der erfüllten Integrationsvereinbarungen am Total der getroffenen Vereinbarungen	%		75	75	75	75	75

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
225ZI0022	Die Verlängerungen werden effizient bearbeitet.	1	Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen	Anzahl		21'000	2'000	7'000	32'000	32'000
		2	Verlängerungen Jahresaufenthalter und Aufenthalter EU/EFTA	Anzahl		12'000	12'000	12'000	12'000	12'000
		5	Anteil der Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen, welche innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%			90	90	90	90
		6	Anteil der Verlängerungen Jahresaufenthalter und Aufenthalter EU/EFTA, welche innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%			75	75	75	75

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0015I1: Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre sowie der neuen Sanktionsempfehlung des SECO ist der Zielwert leicht nach unten zu korrigieren.

ZI0015I3: Im Jahr 2009 erfolgten 1'482 Inspektionen. Ab 2011 sind die prognostizierten Fallzahlen rückläufig. Die Anzahl FlaM-Inspektionen (flankierende Massnahmen) werden künftig vermehrt so ausgerichtet sein, dass sowohl bei Schweizer als auch bei ausländischen Betrieben unnötige Mehrfachkontrollen und Kontrollen in nicht dumpinganfälligen Branchen vermieden werden.

ZI0016: Die bisherige Zielsetzung von "95% innert 15 Arbeitstagen" wird differenziert. Künftig sollen 85% der Gesuche innert 10 Arbeitstagen bearbeitet werden. Mit kurzen Bearbeitungszeiten und individueller Beratung kann der Wirtschaftsstandort Aargau nachhaltig gefördert werden.

ZI0019I2: 2009 wurden 511 Kontrollen durchgeführt. Aufgrund der Vergangenheitswerte wurden die Budget- und Planwerte angehoben.

ZI022I1: Die Verlängerungen der Kontrollfristen der Niederlassungsbewilligungen fallen sehr unregelmässig an. Der Grund dafür ist die von 3 auf 5 Jahre ausgedehnte Gültigkeitsdauer, welche seit dem 1. Januar 2008 auch für Drittstaatsangehörige gilt. Dadurch kommt es in den Jahren 2011 und 2012 zu einem Tiefststand. Bei den Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen handelt sich um jene Bewilligungskategorie mit dem geringsten Prüfaufwand. Darum wird die Arbeitsbelastung nicht in gleichem Masse sinken wie die Fallzahlen. Hinzu kommt der zusätzliche Aufwand durch die vertieften Prüfungen gemäss Artikel 50 des Ausländergesetztes und die Umsetzungsphase Biometrie. Im Jahr 2009 wurden 30'697 Niederlassungsbewilligungen bzw. 13'368 Jahresaufenthalter (inkl. Aufenthalter EU/EFTA) verlängert. Um zu verhindern, dass es 2013 zu einem nochmaligen Ansteigen der Pendenzen auf das Niveau von 2009 mit den entsprechenden Wartefristen kommt, muss rechtzeitig Personal rekrutiert und eingearbeitet werden. Der Stellenbestand soll darum ab 2012 um eine Person aufgestockt werden. Die Aufarbeitung der Pendenzen in den Jahren 2009 und 2010 waren nur mit Sondereinsätzen des Personals möglich.

ZI0022I5 und ZI0022I6: Der bisherige Indikator "85% der Verlängerungen werden innert 15 Arbeitstagen bearbeitet" wird differenziert. Die Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen können in der Regel ohne weitere Abklärungen verarbeitet werden. Bei den Verlängerungen Jahresaufenthalter/Aufenthalter EU/EFTA ist die Anzahl derjenigen Fälle höher, die zusätzliche, umfangreiche Abklärungen bedingen. Dies sind beispielsweise die Prüfung von Massnahmen oder die vertiefte Prüfung vor Erteilung der Niederlassung.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Handlungsspielraum besteht in der Qualität der Aufgabenerfüllung und in der Bearbeitungszeit für die Gesuche. Die beiden Anforderungen liegen in einem Spannungsfeld: Es liegt im Interesse des Kantons, dass Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligungen einer vertieften Prüfung vor Erteilung unterzogen werden. Eine lange Bearbeitungszeit bei Bewilligungen wirkt sich aber negativ auf den Wirtschaftsstandort Aargau aus. Ansonsten ist der Aufgabenbereich Migration zu einem grossen Teil durch Bundesgesetze (u.a. Ausländergesetz; Asylgesetz; Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit) und die entsprechenden Ausführungserlasse bestimmt. Hinzu kommt die Abhängigkeit von der Arbeit der Polizei im Bereich der Zwangsmassnahmen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-16'808**	**-22'166**	**-20'547**	**-7.3**	**-20'682**	**-20'655**	**-20'640**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**11'084**	**13'054**	**9'999**	**-23.4**	**10'188**	**11'160**	**11'060**
Saldo Aufgabenbereich	**-5'724**	**-9'112**	**-10'548**	**15.8**	**-10'495**	**-9'495**	**-9'580**
Total Aufwand Globalbudget	-13'125	-15'367	-16'024	4.3	-16'255	-16'552	-16'884
Total Ertrag Globalbudget	8'427	7'954	6'840	-14.0	7'030	8'210	8'110
Saldo Globalbudget	-4'697	-7'413	-9'184	23.9	-9'225	-8'342	-8'774
Total Aufwand Kleinkredite	-410	-1'050	-713	-32.1	-618	-504	-156
Total Ertrag Kleinkredite	2						
Saldo Kleinkredite	-408	-1'050	-713	-32.1	-618	-504	-156
Total Aufwand LUAE	-3'273	-5'749	-3'810	-33.7	-3'809	-3'600	-3'600
Total Ertrag LUAE	2'655	5'100	3'159	-38.1	3'158	2'950	2'950
Saldo LUAE	-618	-649	-651	0.3	-651	-650	-650

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Bundeskosten ZAR	-618	-650	-650	0.0	-650	-650	-650
Total Ertrag LUAE Bundeskosten ZAR							
Saldo LUAE Bundeskosten ZAR	-618	-650	-650	0.0	-650	-650	-650
Total Aufwand LUAE Integrationsbeiträge Bund	-2'655	-5'099	-3'160	-38.0	-3'159	-2'950	-2'950
Total Ertrag LUAE Integrationsbeiträge Bund	2'655	5'100	3'159	-38.1	3'158	2'950	2'950
Saldo LUAE Integrationsbeiträge Bund	0	1	-1	-210.0	-1	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Der Mehraufwand ist bedingt durch die zusätzlichen Stellen für die Einführung von biometrischen Ausländerausweisen (Fr. 530'000).

Minderertrag entsteht durch tiefere Fallzahlen bei den Verlängerungen (Fr. 860'000) und den Wegfall von Kontingentsgebühren im Rahmen der Personenfreizügigkeit (Fr. 270'000).

Kleinkredite

Der Minderaufwand ist durch den Abschluss des Projekts "E-Dokument" (Fr. 230'000) sowie durch geringere Aufwendungen im Projekt "ELAR" (Fr. 120'000) bedingt.

LUAE

Für die Integration von vorläufig Aufgenommen und anerkannten Flüchtlingen (Bundesfinanzierung) werden weniger Projekte angeboten, als Mittel zur Verfügung stehen würden. Dies führt zu einer Aufwandminderung (1,95 Mio. Fr.). Gleichzeit sinkt der Ertrag, da deshalb auch weniger Mittel aus der Spezialfinanzierung entnommen werden müssen. Die Budgetzahlen 2010 sind zu hoch eingesetzt.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Bis 2012 können 2 Stellen für die Integration von vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen mit Bundesmitteln (LUAE) finanziert werden (Übergangsregelung). Ab 2013 werden diese Stellen über das Globalbudget finanziert.

Kleinkredite

Die Entwicklung der Jahrestranchen entspricht im Wesentlichen dem Projektverlauf ELAR.

LUAE

Die Aufwand- und Ertragsentwicklung wird als konstant bleibend eingeschätzt. Die Veränderung ab 2013 ist auf die unter dem Titel Globalbudget erwähnte Ablösung der Übergangsregelung bedingt.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Beraten und vermitteln von Stellensuchenden; Sicherstellung des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Förderung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt; Gewährung von Arbeitslosenentschädigungen zur Verhinderung von finanziellen Notlagen der Stellensuchenden; Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften des Arbeitsmarkts.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**230**	**Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration**
Produktegruppen	23010	Industrie- und Gewerbeaufsicht
	23020	Arbeitsmarktliche Integration
	23030	Arbeitslosenkasse
	23099	Organisationseinheit Arbeitssicherheit und arbeitsm. Integr.

UMFELDENTWICKLUNG

Die effiziente und effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht im Vordergrund des Aufgabenbereichs Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration. Hinzu kommen die Aufgaben zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit.

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Jahr 2010 wider Erwarten schnell verbessert. Per Ende Juni 2010 liegt die Arbeitslosenquote im Kanton Aargau bei 3.4 Prozent. Gesamtschweizerisch beträgt diese 3.6 Prozent.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) rechnet man im Kanton Aargau für das Jahr 2011 zurzeit mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3.3 Prozent. Die Zahl der Personalberaterinnen und Personalberater sowie der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Arbeitslosenkasse wird auf die Entwicklung der effektiven Zahlen abgestimmt, so dass die angestrebte Dossierbelastung (vgl. ZI0018 und ZI0019) eingehalten werden kann.

Bei den Jugendlichen kann mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Insbesondere bei den 20-24-Jährigen liegt die Quote aber über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Es ist deshalb von grosser Wichtigkeit, die bisherigen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weiterzuführen.

Bei den plangenehmigungspflichtigen Bauten (Industrieller Bau) wird davon ausgegangen, dass sich die Investitionen auf einem konstanten Niveau bewegen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
230KU0007	Baubewilligungen für genehmigungspflichtige Bauten	Anzahl	468	450	450	450	450	450
230KU0008	Arbeitslosenquote Kanton Aargau	%	3.4	4.9	3.3	3.1	3.1	3.1
230KU0009	Stellensuchendenzahl Kanton Aargau	Anzahl	14'196	20'000	14'100	13'500	13'500	13'500
230KU0010	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit Kanton Aargau	Anzahl	1'205	2'200	2'100	1'800	1'600	1'500
230KU0011	Arbeitslosenquote der 15-19-Jährigen im Kanton Aargau	%	2.9	2.9	2.2	2.1	2.1	2.1
230KU0012	Arbeitslosenquote der 20-24-Jährigen im Kanton Aargau	%	6.1	7.2	5.2	4.5	4	4
	Leistungskennzahlen							
230KL0007	Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen	Anzahl	287	300	300	300	300	300
230KL0008	Planbegutachtungen (gewerbliche und öffentliche Bauvorhaben)	Anzahl	317	300	300	300	300	300
230KL0009	Kleinhandelsbewilligungen (Ausschank und Verkauf von Spirituosen)	Anzahl	595	550	550	550	550	550
	Finanzkennzahlen							
230KF0027	Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen pro Stellensuchenden / Jahr	Franken	2'518	2'600	2'800	2'900	2'900	2'900
230KF0028	Kosten der Arbeitslosenkasse pro Auszahlungsfall	Franken		85	85	85	85	85

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
KU0011 und KU0012: Aufgrund des leicht verbesserten wirtschaftlichen Umfeldes wird die Jugendarbeitslosigkeit sinken.
KF0027: Die Entschädigung pro Stellensuchenden steigt bei sinkenden Stellensuchendenzahl (degressive Entwicklung).
KF0028: Wegen vorübergehenden Auswertungsproblemen beim seco konnte der Jahresendwert 2009 nicht erhoben werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
230ZI0007	Eine hohe Produktivität der Arbeitslosenkasse wird gewährleistet. (s. Fussnote)	1	Kosten pro Leistungspunkt: Abweichung zum CH-Mittelwert	Franken		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
230ZI0011	Die Arbeitslosigkeit wird bekämpft. (s. Fussnote)	1	Durchschnittliche Anzahl Bezugstage von Arbeitslosenentschädigung der abgemeldeten Bezüger	Tage	143.02	175	170	165	165	160
		2	Vermeidung von Langzeitarbeitslosen (Anteil der Arbeitslosen in % der Anmeldungen vor 13 Monaten)	%	22.35	22	22	19	19	19
		3	Vermeidung von Aussteuerungen (Anteil der Aussteuerungen in % der Anmeldungen vor 18 Monaten)	%	15.21	20	20	15	15	15
		4	Vermeidung von Wiederanmeldungen (Anteil der Wiederanmeldungen in % der Abmeldungen der letzten 4 Monate)	%	4.72	4.2	4	4	4	4
230ZI0012	Die Arbeitslosigkeit wird im Vergleich zu den anderen Kantonen besser bekämpft.	1	Die aggregierten Wirkungsindikatoren seco (ZI0011) liegen über dem schweizerischen Durchschnitt (=100)	Index	102	101	101	101	101	101
230ZI0014	Eine schnelle Erstbearbeitung für Neuanträge auf Arbeitslosenent-schädigung wird sichergestellt.	1	Erledigung innert 10 Tagen	%	92	95	95	95	95	95
230ZI0015	Die Planbegutachtungen werden termingerecht durchgeführt.	2	Anteil Erledigungen innert 30 Tagen	%			90	90	90	90
230ZI0018	Die Bearbeitung der Dossiers im Bereich der arbeitsmarktlichen Integration erfolgt effizient.	1	Dossiers pro 100 % Personalberater/in	Anzahl		110	110	110	110	110
230ZI0019	Die Bearbeitung der Dossiers im Bereich der Arbeitslosenkasse erfolgt effizient.	1	Dossiers pro 100 % Sachbearbeiter/in der Arbeitslosenkasse	Anzahl		240	240	240	240	240
230ZI0020	Die Arbeitssicherheit und der Gesund-heitsschutz der Arbeitnehmenden wird gewährleistet.	1	Kontrollen im Bereich der Arbeitssicherheit (ASA-Kontrollen)	Anzahl		300	250	250	250	250

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0007: Wegen vorübergehenden Auswertungsproblemen beim seco konnte der Jahresendwert 2009 nicht erhoben werden.

ZI0011I1: Verglichen mit den verschiedenen Auf- und Abschwungphasen sind die Budget- und Planwerte trotz der teilweise stark abweichenden Jahreswerte 2009 realistisch.

ZI0015: Der bisherige Indikator 1 (vgl. AFP 2010-2013) wurde durch Indikator 2 ersetzt. Im Fokus soll die gesamte Erledigungszeit stehen unter Berücksichtigung von vorgängigen Beratungen, Besprechungen oder Betriebsbesuchen, erforderliche Mitberichte der Suva, Anpassungen von Planunterlagen durch den Bauherrn etc. Die meisten Verzögerungen fallen nicht in den Einflussbereich der Industrie- und Gewerbeaufsicht (IGA) und überschreiten bereits die ursprüngliche Vorgabezeit von 21 Tagen. Die Auswertung der Zielerreichung verursacht heute einen hohen Zeitaufwand. Mit dem neuen Vorschlag mit einer Vorgabezeit von 30 Tagen kann im Vergleich mit anderen Institutionen ein guter Servicelevel gehalten, auf den hohen Auswertungsaufwand verzichtet und trotzdem die Aussagekraft verbessert werden.

ZI0018: Gegenüber dem AFP 2010-2013 reduziert sich die Stellensuchendenzahl für das Jahr 2011 von 17'700 auf 14'100 (KU0009). Die Dossierbelastung sollte sich bei 110 einpendeln. Es handelt sich dabei um Durchschnittszahlen. Der Wert des Jahresberichts 2009 lag bei 127 Dossiers pro Personalberater/in.

ZI0019: Mit dieser Zielvorgabe können die wachsenden Anforderungen bezüglich Kundenorientierung und Qualität noch erfüllt werden. Der Wert des Jahres 2009 lag bei 236 Dossiers pro Sachbearbeiter/in.

ZI0020: Die ursprüngliche Mengenschätzung für die Planung 2011ff. war mit 350 zu hoch angesetzt und wird nach unten korrigiert. 2009 wurden 208 Kontrollen durchgeführt.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration ist im Wesentlichen durch Bundesgesetze (Arbeitsgesetz, Unfallversicherungsgesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz) vorgegeben. Ein grosser Teil des Aufwands (arbeitsmarktliche Massnahmen/Arbeitslosenkasse) wird durch den Bund abgegolten. Hinzu kommt der Aufwand für die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung, welche durch den Kanton geleistet werden müssen (13% des Aufwands des Aufgabenbereichs). Der direkte Einfluss (ca. 2% des Gesamtaufwands) durch den Kanton ist gering und beschränkt sich auf die Zahl der Kontrollen und der damit verbundenen Anzahl Inspektoren im Bereich der Arbeitssicherheit.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-50'658**	**-63'331**	**-55'663**	**-12.1**	**-54'203**	**-54'188**	**-54'601**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**42'199**	**53'104**	**46'159**	**-13.1**	**44'298**	**44'176**	**44'380**
Saldo Aufgabenbereich	**-8'459**	**-10'227**	**-9'504**	**-7.1**	**-9'905**	**-10'012**	**-10'220**
Total Aufwand Globalbudget	-42'343	-53'351	-46'763	-12.4	-44'903	-44'788	-45'001
Total Ertrag Globalbudget	41'056	52'004	45'059	-13.4	43'198	43'076	43'280
Saldo Globalbudget	-1'287	-1'347	-1'704	26.5	-1'705	-1'712	-1'720
Total Aufwand Kleinkredite	-65	-1'780		-100.0			
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-65	-1'780		-100.0			
Total Aufwand LUAE	-8'250	-8'200	-8'900	8.5	-9'300	-9'400	-9'600
Total Ertrag LUAE	1'143	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100
Saldo LUAE	-7'107	-7'100	-7'800	9.9	-8'200	-8'300	-8'500

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Beiträge an ALV	-8'249	-8'200	-8'900	8.5	-9'300	-9'400	-9'600
Total Ertrag LUAE Beiträge an ALV							
Saldo LUAE Beiträge an ALV	-8'249	-8'200	-8'900	8.5	-9'300	-9'400	-9'600
Total Aufwand LUAE Getränkeabgaben	-1						
Total Ertrag LUAE Getränkeabgaben	1'143	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100
Saldo LUAE Getränkeabgaben	1'142	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Die Aufwand- und Ertragsminderung ist auf den Rückgang der Zahl der Stellensuchenden zurück zu führen. Dieser Bereich ist fremdfinanziert. **Kleinkredite** Das im Rahmen der Konjunkturmassnahmen realisierte Projekt "Ausbildung für Fachpersonen" wird 2010 abgeschlossen. **LUAE** Grundlage für die Berechnung der Beiträge an die ALV ist die ALV-beitragspflichtige Lohnsumme (gesamtschweizerisch). Die gesamte Beteiligung der Kantone beträgt 0,05 % dieser Lohnsumme. Die Verteilung auf die Kantone wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft berechnet.
Veränderungen in den Planjahren **Globalbudget** Sowohl Minderaufwand als auch Minderertrag sind durch die prognostizierte abnehmende Zahl von Stellensuchenden bedingt (vgl. KU0009).

FUSSNOTEN	
ZI0007	Die Effizienz der Arbeitslosenkassen wird gesamtschweizerisch mittels Leistungspunkten (LP) gemessen. Diese LP werden für jede Transaktion in den verschiedenen Tätigkeitsgebieten festgelegt und pro Mitarbeiter erfasst und ausgewertet. Durch die Kosten pro LP sind die Leistungen der Kassen miteinander vergleichbar. Die Öffentliche Arbeitslosenkasse muss als Ziel unter den durchschnittlichen Kosten für die Gesamtschweiz liegen.
ZI0011	Die Indikatoren 1-4 entsprechen den Wirkungsindikatoren (WI) des seco. WI 1: Rechnet die Anzahl Bezugstage der abgemeldeten Bezüger von der Anmeldung bis zur Abmeldung beim RAV. WI 2: Nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit wird ein Arbeitsloser langzeitarbeitslos. Der Indikator misst den Anteil von Langzeitarbeitslosen im Verhältnis zu den Anmeldungen vor 13 Monaten. WI 3: Nach 18 Monaten wird ein Arbeitsloser ausgesteuert. Der Indikator misst, wie viele Arbeitslose nach der Anmeldung beim RAV vor 18 Monaten ausgesteuert werden. WI 4: Der Indikator misst den Anteil der Wiederanmeldungen im laufenden Monat relativ zu den in den letzten 4 Monaten abgemeldeten Arbeitslosen (inkl. laufender Monat).

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen von Registern und Aufsicht über die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährleistung der Rechtssicherheit betreffend Gesellschafts-, Grundstück- und Personendaten sowie zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit von Personalvorsorgeeinrichtungen und Stiftungen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**235**	**Registerführung und Rechtsaufsicht**
Produktegruppen	23510	Handelsregister
	23520	Grundbuch
	23530	Landinformationen
	23540	Personenstand
	23550	Stiftungsaufsicht
	23599	Organisationseinheit Registerführung und Rechtsaufsicht

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Registerführung und Rechtsaufsicht werden Bundesaufgaben im Bereich des Handelsregisters, des Grundbuchwesens, der Vermessung, des Bürgerrechts und des Personenstands, der Ausweise (Pass, Identitätskarte) und der Stiftungsaufsicht vollzogen.

Die Revisionen des GmbH-Rechts, des Aktien- und Rechnungslegungsrechts sowie der Handelsregisterverordnung (HRegV) sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die gesetzliche Neuregelung zur Bestellung einer Revisionsstelle bei den AG's, GmbH's und Genossenschaften bzw. die Möglichkeit des Opting-out (Verzicht auf die Bestellung einer Revisionsstelle) verursachen einen zusätzlichen Aufwand. Die neuen Vorschriften in der HRegV über die Publikation im Internet und die Einführung des elektronischen Anmeldeverfahrens erfordern zusätzlichen Aufwand für die Bereitstellung der technischen Infrastruktur.

Grundeigentum in gut erschlossenen Regionen ist weiterhin attraktiv, da es als verhältnismässig wertbeständiges Investitionsobjekt gilt. Tiefe Hypothekarzinsen begünstigen den Grundeigentumserwerb zusätzlich. Das grundbuchamtliche Geschäftsvolumen hält sich auf hohem Stand. Das informatisierte Grundbuch (Grunag), das die Arbeit der Grundbuchämter wesentlich unterstützen wird, befindet sich in der Umsetzungsphase. Bezüglich der Totalrevision des Beurkundungsrechts liegt die Botschaft (1. Lesung) vor.

Seit Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) am 1. Januar 2008 entscheidet der Grosse Rat über die Ziele und Finanzen des vierjährigen Vermessungsprogramms im Kanton. Das Vermessungsprogramm 2008-2011 läuft. Im Jahr 2011 wird für das Vermessungsprogramm 2012-2015 eine Vorlage erarbeitet.

Das Einbürgerungsrecht ist nicht mehr aktuell. Es besteht Handlungsbedarf aufgrund von Änderungen des Bundesrechts und verschiedenen parlamentarischen Vorstössen auf kantonaler Ebene. Die Revisionsanliegen werden in einer Totalrevision des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (KBüG) angegangen. Die Projektarbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Der Start der Anhörung ist auf Anfang 2011 vorgesehen.

Der Start für den Pass 10 erfolgte fristgerecht am 1. März 2010 mit einer grösseren Nachfrage nach dem neuen Reisedokument als erwartet. Die Erfassung der biometrischen Daten erfolgt zentral im Erfassungszentrum in Aarau, das gemeinsam mit dem Amt für Migration und Integration betrieben wird (s. AB 225). In den Jahren 2013 und 2014 wird ein Anstieg aufgrund der Auslaufzeit der Pässe 03 erwartet.

Die Börsenkrise in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise führte zu einer Unterdeckung eines Teils der Vorsorgeeinrichtungen. Insgesamt waren aber weniger Vorsorgeeinrichtungen betroffen, als ursprünglich angenommen. Zudem weisen nur wenige der betroffenen Einrichtungen eine Unterdeckung unter 90 Prozent auf. Bei diesen ist eine enge Begleitung durch die Stiftungsaufsicht notwendig.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
235KU0008	Bestand Gesellschaften: Einzelfirmen	Anzahl	10'242	10'800	10'900	11'200	11'300	11'300
235KU0022	Bestand Gesellschaften: Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Anzahl	7'305	7'000	7'500	7'700	7'900	8'000
235KU0023	Bestand Gesellschaften: Aktiengesellschaften	Anzahl	9'297	9'200	9'350	9'400	9'500	9'600
235KU0024	Einwohner/innen im Kanton Aargau	Anzahl	598'920	605'000	611'000	617'000	623'000	629'000
235KU0025	Ausländer/innen im Kanton Aargau	Anzahl	128'500	126'500	131'900	133'700	135'400	137'200
235KU0026	Zivilstandsereignisse (Geburten, Todesfälle, Heiraten, Vaterschaftsanerkennungen, Namenserklärungen und eingetragene Partnerschaften)	Anzahl	13'813	14'000	14'200	14'300	14'400	14'500
235KU0027	BVG-Einrichtungen mit Unterdeckung	Anzahl	66	200	55	55	50	50
	Leistungskennzahlen							
235KL0006	Eintragungen ins Handelsregister	Anzahl	13'787	11'500	13'000	13'000	12'500	12'500
235KL0007	Grundbuchanmeldungen (Tagebuchnummern)	Anzahl	58'775	55'000	57'000	57'000	57'000	57'000
235KL0009	Nachgeführte Übersichtspläne der Gemeinden pro Jahr	Anzahl	304	220	220	216	216	210
235KL0010	Ordentliche Einbürgerungen (abgeschlossene Verfahren) (s. Fussnote)	Anzahl	1'708	2'200	2'000	2'000	2'000	2'000
235KL0012	Beaufsichtigte Personalvorsorgeeinrichtungen nach BVG	Anzahl	559	560	550	540	540	540
235KL0013	Beaufsichtigte klassische Stiftungen	Anzahl	371	362	390	400	410	420
235KL0015	Bearbeitete Identitätskarten	Anzahl		30'000	30'000	32'000	35'000	35'000
235KL0016	Erfasste Pässe	Anzahl		45'000	50'000	53'000	60'000	60'000

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0006: Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 die Opting-out Geschäfte zu einem Rekordvolumen beim Total der eingetragenen Geschäfte geführt haben, wird in den Folgejahren eine leichte Abnahme des Geschäftsvolumens erfolgen.

KL0007: Der Immobilienmarkt zeigt nach wie vor keine Anzeichen von Beruhigung, weshalb sich das grundbuchamtliche Geschäftsvolumen im Mehrjahresvergleich nach wie vor auf sehr hohem Stand hält.

KL0009: Durch Zusammenschlüsse verringert sich die Zahl der Gemeinden und damit die Zahl der nachgeführten Übersichtspläne.

KL0010: Aufgrund der neu etablierten Verfahrensabläufe ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der abgeschlossenen Verfahren bei rund 2'000 einpendeln wird.

KL0013: Es ist eine zunehmende Bereitschaft festzustellen, klassische Stiftungen zu gründen.

KL0015 und KL0016: Aufgrund des Ablaufs der Gültigkeitsdauer (10 Jahre) der 2003 und 2004 ausgestellten Pässe 03 wird in den Jahren 2013 und 2014 ein Anstieg von Anträgen erwartet.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
235ES0010	Einführung informatisiertes Grundbuch (Projekt Grunag)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2008-2039 vom 2. Dezember 2008)	2008	1'900	3'406	4'541	10'224	471	20'542
		4	Start der gestaffelten Datenersterfassung	2010						
		5	Abschluss Datenersterfassung	2015						
235ES0014	Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit für die Aufsicht über die BVG-Vorsorgeeinrichtungen	1	Nettoaufwand Globalkredit	2010 - 2012		100	100	50		250
		2	Beschluss über die Rechtsgrundlagen durch den Grossen Rat	2011						
		3	Umsetzung	2011/2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
235ES0015	Totalrevision Kantonales Bürgerrechtsgesetz KBüG	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2009 - 2013	19	200	167	40		426
		2	Genehmigung Normkonzept durch den Regierungsrat	2010						
		3	Verabschiedung der Änderungen durch den Grossen Rat	2011/12						
		4	Inkraftsetzung	2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0010: Die Einführung des informatisierten Grundbuchs wird voraussichtlich 2015 abgeschlossen sein. Gegenüber der ursprünglichen Planung hat sich eine leichte Verzögerung beim Start der Datenersterfassung ergeben.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre		
								2012	2013	2014
235ZI0009	Die Handelsregistergeschäfte werden zügig eingetragen.	4	Eintragungen ins Handelsregister pro 100 Stellenprozente	Anzahl		950	950	950	950	950
		1	Innert 8 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	90	90	90	90	90	90
		2	Innert 8 - 20 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	4	10	10	10	10	10
235ZI0010	Die Grundbuchgeschäfte werden zügig eingetragen.	3	Grundbuchanmeldungen pro 100 Stellenprozente	Anzahl		1'000	1'040	1'040	1'040	1'040
		1	Anteil Verfahren mit Grundbucheintrag innert 4 Arbeitswochen	%	99	95	95	95	95	95
235ZI0011	Die Amtliche Vermessung 93 wird flächendeckend eingeführt (insgesamt 140'000 ha).	1	Gemäss Standard AV 93 erfasste Hektaren insgesamt	Anzahl	81'655	92'500	94'405	99'000	109'000	115'000
235ZI0012	Die Qualität bei den regionalen Zivilstandsämtern ist hoch.	1	Notwendige Berichtigungen bezogen auf die Gesamtzahl der Eintragungen (max. Anteil)	%	1	1.5	1.25	1.25	1	1
235ZI0013	Das Verfahren für ordentliche Einbürgerungen ist kurz und die Prüfung der Dossiers ist zuverlässig.	1	Innert 8 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%	75.8	80	80	80	80	80
		2	Innert 8-12 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%	18.3	15	15	15	15	15
		4	Nach 12 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%	5.9	5	5	5	5	5
		3	Durch die Kommission für Justiz zurückgestellte Verfahren	%	0.9	3	2	2	2	2

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
235ZI0016	Die Bearbeitungszeit der Identitätskarten (IDK) ist effizient.	3	Bearbeitete Identitätskarten pro 100 Stellenprozente	Anzahl		30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
		1	Innert 3 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%		100	100	100	100	100
235ZI0017	Die Bearbeitung der Anträge für biometrische Pässe ist effizient.	1	Erfasste Pässe pro 100 Stellenprozente	Anzahl		5'500	5'500	5'500	5'500	5'500

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0009: Da für die Zusatzlast durch die Opting-out-Geschäfte (Verzicht auf Revisionsstelle) zwei zusätzlich befristete Stellen bewilligt wurden und diese Ende 2012 wegfallen, wird auch der Indikator Eintragungen ins Handelsregister pro 100 Stellenprozente unverändert bleiben.

ZI0010: Die Auswirkungen der zusätzlichen Belastung durch die Umsetzung des informatisierten Grundbuchs (GRUNAG) lassen sich nicht genau prognostizieren.

ZI0012: Durch das Fortschreiten der systematischen Nacherfassung wird in den Jahren 2011 und 2012 die Fehlerquote abnehmen. Ab 2013 sind alle Personen im elektronischen Personenstandsregister erfasst. Es ist mit weniger Erfassungsfehlern zu rechnen.

ZI0013: Die Verfahrensdauer setzt sich zusammen aus der eigentlichen Bearbeitungszeit der Sektion Bürgerrecht und Personenstand und verschiedenen, nicht beeinflussbaren Faktoren, wie die Vollständigkeit der Dossiers, die Bezahlung des Kostenvorschusses, die Rücklaufzeit bei Aktenergänzungen und das Eintreffen der eidgenössischen Bewilligung.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die verschiedenen Gebiete des Aufgabenbereichs Registerführung und Rechtsaufsicht sind gesetzlich durch den Bund vorgegeben (v.a. unverzügliche Eintragung der Rechtsgeschäfte im Bereich Handelsregister [Handelsregisterverordnung] und Grundbuch [Grundbuchverordnung]) und stehen zudem im Interesse der Wirtschaft und des Rechtsschutzes von Gläubigern. Handlungsspielraum besteht in der Verarbeitungszeit und Qualität des Tagesgeschäfts sowie im Umfang der durchgeführten Vermessungen.

Im Vermessungsbereich hat eine Veränderung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel direkte Auswirkungen auf die Programmvereinbarungen mit dem Bund, die Verfügbarkeit von aktuellen Geodaten und den zeitgerechten Abschluss der flächendeckend digitalisierten Vermessungswerke.

Die rasche Bearbeitung der Geschäftsfälle im Ausweisbereich liegt im Interesse der Kunden. Bei den Reisedokumenten besteht zudem die gesetzliche Verpflichtung, dass diese spätestens 15 Arbeitstage ab Beantragung per Post dem Kunden zugestellt sein müssen.

Im Bereich Bürgerrecht und Personenstand hat eine Änderung der Mittel Auswirkungen auf die Verarbeitungszeit im Tagesgeschäft wie auch auf die Qualität der Arbeit und damit auf die Kundenzufriedenheit.

Die Aufsicht über Personalvorsorgeeinrichtungen und Stiftungen ist gesetzlich vorgegeben (Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, Verordnung über die Beaufsichtigung und die Registrierung der Vorsorgeeinrichtungen). Eine Veränderung der zur Verfügung stehenden Mittel hat direkte Auswirkungen auf die Verarbeitungszeit und insbesondere die Qualität der Aufsichtstätigkeit.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-27'176**	**-33'684**	**-35'492**	**5.4**	**-33'498**	**-30'464**	**-34'404**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**60'626**	**56'752**	**58'267**	**2.7**	**58'558**	**58'947**	**59'412**
Saldo Aufgabenbereich	**33'450**	**23'068**	**22'775**	**-1.3**	**25'060**	**28'483**	**25'008**
Total Aufwand Globalbudget	-19'933	-21'995	-23'138	5.2	-23'242	-23'720	-23'881
Total Ertrag Globalbudget	15'126	17'432	18'751	7.6	18'702	19'331	19'336
Saldo Globalbudget	-4'807	-4'563	-4'387	-3.9	-4'540	-4'389	-4'545
Total Aufwand Kleinkredite	-4'186	-2'959	-1'602	-45.8	-624	-1	
Total Ertrag Kleinkredite	3'060	3'050	1'650	-45.9	1'000	510	550
Saldo Kleinkredite	-1'125	91	48	-47.8	376	509	550
Total Aufwand Grosskredite	-2'610	-8'210	-10'296	25.4	-9'176	-6'287	-10'067
Total Ertrag Grosskredite	174	750	710	-5.3	1'300	1'350	1'570
Saldo Grosskredite	-2'436	-7'460	-9'586	28.5	-7'876	-4'937	-8'497
Total Aufwand LUAE	-447	-520	-456	-12.4	-456	-456	-456
Total Ertrag LUAE	42'266	35'520	37'156	4.6	37'556	37'756	37'956
Saldo LUAE	41'819	35'000	36'700	4.9	37'100	37'300	37'500

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Vermessungsvorhaben	-1'369	-4'804	-5'755	19.8	-4'506	-988	-1'558
Total Ertrag Grosskredite Vermessungsvorhaben	174	750	710	-5.3	1'140	1'050	1'010
Saldo Grosskredite Vermessungsvorhaben	-1'194	-4'054	-5'045	24.4	-3'366	62	-548
Total Aufwand Grosskredite Grunag	-1'242	-3'406	-4'541	33.3	-3'719	-2'498	-4'007
Total Ertrag Grosskredite Grunag							
Saldo Grosskredite Grunag	-1'242	-3'406	-4'541	33.3	-3'719	-2'498	-4'007
Total Aufwand Grosskredite Vermessungsvorhaben 2*					-951	-2'801	-4'502
Total Ertrag Grosskredite Vermessungsvorhaben 2*					160	300	560
Saldo Grosskredite Vermessungsvorhaben 2*					-791	-2'501	-3'942

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau	4'615	4'032	4'055	0.6	4'110	4'115	4'135
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau	4'615	4'032	4'055	0.6	4'110	4'115	4'135
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden	9'778	8'226	8'566	4.1	8'671	8'716	8'766
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden	9'778	8'226	8'566	4.1	8'671	8'716	8'766
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten	5'028	3'953	4'420	11.8	4'475	4'490	4'510
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten	5'028	3'953	4'420	11.8	4'475	4'490	4'510

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg	2'426	2'313	2'129	-8.0	2'149	2'169	2'179
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg	2'426	2'313	2'129	-8.0	2'149	2'169	2'179
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm	2'080	1'730	1'825	5.5	1'845	1'855	1'865
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm	2'080	1'730	1'825	5.5	1'845	1'855	1'865
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg	1'662	1'318	1'460	10.8	1'470	1'480	1'490
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg	1'662	1'318	1'460	10.8	1'470	1'480	1'490
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg	4'709	3'787	4'136	9.2	4'191	4'196	4'226
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg	4'709	3'787	4'136	9.2	4'191	4'196	4'226
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri	2'590	2'062	2'271	10.1	2'291	2'311	2'321
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri	2'590	2'062	2'271	10.1	2'291	2'311	2'321
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden	2'789	2'721	2'444	-10.2	2'464	2'484	2'504
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden	2'789	2'721	2'444	-10.2	2'464	2'484	2'504
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen	4'007	3'621	3'518	-2.8	3'548	3'578	3'588
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen	4'007	3'621	3'518	-2.8	3'548	3'578	3'588
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach	2'135	1'237	1'876	51.7	1'886	1'906	1'916
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach	2'135	1'237	1'876	51.7	1'886	1'906	1'916
Total Aufwand LUAE Durchlaufende ord. Einbürgerungen	-94	-100	-100	0.0	-100	-100	-100
Total Ertrag LUAE Durchlaufende ord. Einbürgerungen	94	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE Durchlaufende ord. Einbürgerungen	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Durchlaufende erl. Einbürgerungen	-142	-128	-132	2.9	-132	-132	-132
Total Ertrag LUAE Durchlaufende erl. Einbürgerungen	142	128	132	2.9	132	132	132
Saldo LUAE Durchlaufende erl. Einbürgerungen	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Durchlaufende ausl. Urkunden	-24	-22	-22	0.0	-22	-22	-22
Total Ertrag LUAE Durchlaufende ausl. Urkunden	24	22	22	0.0	22	22	22
Saldo LUAE Durchlaufende ausl. Urkunden	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Infostar	-187	-270	-202	-25.2	-202	-202	-202
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Infostar	187	270	202	-25.2	202	202	202
Saldo LUAE Durchlaufende Infostar	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Der Mehraufwand ist bedingt durch zusätzliche Stellen für die Ausstellung des biometrischen Passes (Fr. 200'000) sowie durch verschiedene Positionen im Sachaufwand (Fr. 350'000). Durch die Zunahme bei den Ausweisen (vgl. KL0016) steigen sowohl Aufwand (Fr. 310'000) als auch Ertrag (Fr. 590'000). Ebenfalls zu Mehrertrag führen die Zunahme der Eintragungen ins Handelsregister (KL0006; Fr. 350'000) und Grundbuchanmeldungen (KL0007; Fr. 165'000) und aufgrund Vorauszahlungen der ordentlichen Einbürgerungen (Fr. 200'000). **Kleinkredite** Zu Minderaufwand und Minderertrag führen die verschiedenen auslaufenden Operate im Vermessungsbereich. **Grosskredite** Zu Mehraufwand führen die Umsetzung des Projekts "Grunag (elektronisches Grundbuch)" und die Umsetzung des Vermessungsprogramms 2008-2011.
Veränderungen in den Planjahren **Globalbudget** Sowohl Mehraufwand wie auch Mehrertrag sind im Wesentlichen durch die Veränderungen bei der Anzahl ausgestellter Ausweise (Identitätskarten/Pässe) bedingt. **Kleinkredite** Die Jahrestranchen der Kleinkredite widerspiegeln die auslaufenden Vermessungsprojekte. 2012 läuft zudem das Projekt "Opting-out" aus (siehe Kommentar zu ZI0009). **Grosskredite** Die Jahrestranchen Grosskredite bilden den geplanten Projektverlauf des Projekts "Grunag" sowie die Umsetzung des Vermessungsprogramms 2008-2011 sowie das neue Vermessungsprogramm 2012-2015 ab. * = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN	
KL0010	Ordentliche Einbürgerungen (abgeschlossene Verfahren Personen) sind abgeschlossene Einbürgerungen nach Anzahl Personen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Ausüben der rechtlichen und finanziellen Aufsicht zur Sicherstellung des ordnungsgemässen Funktionierens der Gemeinden und der Gemeindeverbände; Gewähren von Leistungen des Finanzausgleichs zur Förderung einer ausgewogenen Steuerbelastung, Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Gemeinden.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**240**	**Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich**
Produktegruppen	24010	Gemeindeaufsicht
	24020	Finanzausgleich
	24099	Organisationseinheit Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich ist für die Aufsicht über die Gemeinden zuständig und verwaltet den Finanz- und Lastenausgleich.

Auf 2010 hat sich die Anzahl der Gemeinden von 229 auf 220 reduziert. Verschiedene Zusammenschlussprojekte von Gemeinden wurden zurückgestellt, um die Nachfolgeregelung der abgelehnten Abstimmung zum 1. Paket der Gemeindereform GeRAG abzuwarten. Nach der Ablehnung dieser Vorlage in der Volksabstimmung wurde im Juli 2010 ein überarbeitetes Paket in die Vernehmlassung geschickt.

Die Gemeinderatssitze konnten für die Amtsperiode 2010/14 alle besetzt werden. Es ist indes bereits zu einigen Demissionen gekommen; die Situation ist im Auge zu behalten.

Die konjunkturelle Lage wird sich ab 2010 auf die finanzielle Lage der Gemeinden auswirken (Steuern natürliche und juristische Personen). Die Voranschläge 2010 der Gemeinden zeigen bereits deutlich schwächere Ergebnisse als in den Vorjahren (Rechnung 2008 und 2009); insbesondere bei einzelnen strukturschwachen Gemeinden.

Der Finanzausgleichsfonds bewegt sich dank der guten Erträge aus den Gewinn- und Kapitalsteuern noch auf hohem Niveau. Mit dem Projekt GeRAG (100ES0003) wurde das Finanz- und Lastenausgleichsgesetz so verändert, dass die Steuerzuschläge auf den Gewinn- und Kapitalsteuern in den Jahren 2010/11 und voraussichtlich auch 2012 ausgesetzt werden. Der Regierungsrat beantragt, die Disparitäten zwischen den Gemeinden durch höhere Ausgleichsbeiträge mindestens für zwei Jahre zu reduzieren. Diese Massnahme bewirkt eine weitere Abnahme des Fondsbestands.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
240KU0001	Gemeinden	Anzahl	229	220	220	216	216	210
240KU0002	Gemeindeverbände	Anzahl	182	175	180	180	180	180
240KU0003	Steuerkraft der Gemeinden	Mio. Fr.	1'555	1'538	1'588	1'609	1'628	1'684
240KU0004	Steuerkraft pro Einwohner/in	Franken	2'607	2'589	2'599	2'608	2'613	2'678
240KU0005	Finanzbedarf der Gemeinden	Mio. Fr.	1'275	1'315	1'354	1'395	1'437	1'466
240KU0006	Nettoinvestitionen	Mio. Fr.	384	304	280	280	300	300
240KU0007	Nettoschulden der Gemeinden	Mio. Fr.	155	200	122	136	150	151
240KU0008	Nettoschulden pro Einwohner/in	Franken	260	331	200	220	240	240
240KU0009	Fondsbestand Finanzausgleich	Mio. Fr.	282	277	244	202	186	147
240KU0010	Vorzeitige Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern	Anzahl	22	50	60	60	50	50
240KU0011	Tiefster Gemeindesteuerfuss	%	60	60	60	60	60	60
240KU0012	Höchster Gemeindesteuerfuss	%	126	126	126	126	126	126

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
240KL0003	Beschwerdeentscheide (s. Fussnote)	Anzahl	44	45	45	45	45	45
240KL0004	Genehmigungen (Gemeindeerlasse, Wahlen, Demissionen) und schriftlich beantwortete Anfragen	Anzahl	253	350	250	250	250	250
240KL0005	Budgetprüfungen (Einwohnergemeinden, Gemeindeverbände)	Anzahl	420	400	400	396	396	390
240KL0006	Rechnungsprüfungen (Einwohnergemeinde, Gemeindeverbände, Korporationen)	Anzahl	425	423	400	400	396	396
240KL0007	Datenermittlungen und Berechnungen der zusätzlichen Finanzausgleichsbeiträge	Anzahl	4	10	10	10	10	10
240KL0008	Bearbeitete Freigabegesuche für finanzausgleichsberechtigte Vorhaben	Anzahl	20	25	25	25	25	25

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001: Es wird mit der Umsetzung von zwei Zusammenschlussprojekten im Jahr 2012 (4 Gemeinden) und voraussichtlich fünf Projekten (6 Gemeinden) im Jahr 2014 gerechnet.

KU0003 bis KU0008: Die eingesetzten Werte betreffen jeweils die Vorjahreszahlen der Gemeinden (Wert 2011 entspricht dem Ergebnis 2010).

KU0004: Die Steuerkraft je Einwohner/in wird sich in den Jahren 2010 und 2011 auf einem etwas tieferen Niveau stabilisieren. Ab 2012 wird mit einem moderaten Wachstum gerechnet.

KU0006 und KU0007: Das Investitionsvolumen sinkt gegenüber dem Höchstwert 2008 (Jahresbericht 2009), weil die Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse entfällt. Die Gemeinden werden in den Jahren 2010 und 2011 eher reduziert investieren, weil sich voraussichtlich der Mittelzufluss vermindern wird. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Nettoschuld bei.

KU0008: Die Nettoschuld je Einwohner/in wird bis 2011 rund 200 Franken betragen. In den Jahren ab 2012 dürfte sie sich geringfügig erhöhen, weil mit einer reduzierten Eigenfinanzierung die Investitionen nicht mehr zu 100% finanziert werden können.

KU0009: Der Fondsbestand des Finanzausgleichs reduziert sich ab 2010 deutlich. Die Gründe dafür sind: Aussetzung des Steuerzuschlags der juristischen Personen gemäss § 6 des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (2010 bis voraussichtlich 2012); höhere Beiträge an finanzschwache Gemeinden in den Jahren 2011 und 2012; Beiträge an Gemeindezusammenschlüsse in den Jahren 2010, 2012 und 2014.

KU0010: Die Zahl der vorzeitigen Demissionen ist jeweils Mitte der Amtsperiode am höchsten (2011/12).

KU0011 und KU0012: Aktuell tiefster Steuerfuss: Döttingen, höchster Steuerfuss: Schwaderloch.

KL0004: Da vermehrt einfache Anfragen per Mail eingehen, die nicht registriert werden, wird die Anzahl der Anfragen in den Planjahren nach unten korrigiert.

KL0006: Mit dem 2. Paket der Gemeindereform Aargau (GeRAG) fallen voraussichtlich die Rechnungsprüfungen von Korporationen ab dem Jahr 2011 weg.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
240ES0001	Projekt Daten- und Registerharmonisierung	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2008-2073 vom 9. Dezember 2008)	2005/2008	2'209	3'163	2'456	1'576		9'404
		5	Umsetzung Versichertennummer (Erfüllung der Bundesaufgabe)	2. Sem. 2009						
		6	Volkszählung (Erfüllung der Bundesaufgabe)	ab 4. Q. 2010						
		7	Umsetzung Verwaltungsfunktionen	2011/12						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
240ES0005	Förderung Gemeindezusammenarbeit und Gemeindezusammenschlüsse	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat; ab 2014 im Globalbudget); Mittel für Projekt-/Zusammenschlussbeiträge in den LUAE/Finanzausgleich enthalten			84	85	172		341
		2	Unterstützung der Projekte Zofingen/Uerkheim, Zofingen/Brittnau, Hermetschwil-Staffeln/Bremgarten, Bözberg, Endingen/Unterendingen, Döttingen/Klingnau, Fischingertal. Zofingen/Uerkheim/Brittnau, Hermetschwil-Staffeln/Bremgarten, Neuenhof/Baden, Bözberg und weitere Projekte							
240ES0006	Einführung des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM 2) bei den Gemeinden	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)	2009	29	282	220	351		882
		3	Einführung in Pilotgemeinden	ab 2010						
		4	Beschlüsse Änderung Finanzrecht durch den Grossen Rat	2011/12						
		5	Generelle Einführung in den Gemeinden	2014						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0001: Die Entwicklung der notwendigen Software und der Meldestandards erforderte mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Auf der kantonalen Plattform werden die Lösungen ab 2. Quartal 2010 umgesetzt. Die Anbieter von Gemeindesoftware weisen einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand auf. Die Durchführung der Volkszählung 2010 ist nicht gefährdet. Die Gemeinden werden zur Zeit zur Einhaltung der Qualitätsstandards des Bundes angehalten.

ES0005: Verschiedene Zusammenschlussprojekte von Gemeinden wurden zurückgestellt, um die Nachfolgeregelung der abgelehnten Abstimmung zum 1. Paket der Gemeindereform GeRAG abzuwarten. Neben den Zusammenschlussbeiträgen aus dem Finanzausgleichsfonds können die Gemeinden auch fachliche Unterstützung von Seiten des Kantons in Anspruch nehmen.

ES0006: Die Einführung des neuen Rechnungsmodells für die Gemeinden (HRM2) wurde 2010 mit den fünf Pilotgemeinden Birr, Brugg, Fislisbach, Laufenburg und Mettauertal gestartet. Bis zur generellen Einführung 2014 werden die neuen Elemente der Rechnungsführung (zum Beispiel Kontenplan und Anlagebuchhaltung) bei den Pilotgemeinden schrittweise eingeführt und erprobt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
240ZI0003	Die Voranschläge und Rechnungen der Einwohner-/Ortsbürgergemeinden werden vollständig und fristgerecht geprüft und genehmigt.	1	Anteil genehmigte Voranschläge bis 15.03.	%	99	100	100	100	100	100
		2	Anteil geprüfte Rechnungen Vorjahr bis 31.12.	%	100	100	100	100	100	100
240ZI0009	Die Finanzhaushalte der Gemeinden sind mittelfristig ausgeglichen. (s. Fussnote)	1	Anteil Gemeinden mit genügenden Bewertungsergebnissen	%	97	90	90	90	90	90

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
240ZI0010	Die Amtsführung in den Gemeinden in den Bereichen Gemeindeversammlung, Polizei-, Einwohnerkontroll- und Bestattungswesen erfolgt rechtlich korrekt.	1	Max. Anteil gutgeheissene Beschwerden am Gesamttotal der Beschwerden	%	20	15	15	15	15	15
240ZI0011	Unter den Gemeinden herrschen ausgewogene Verhältnisse hinsichtlich der Steuerbelastung.	1	Anteil Gemeinden mit einem Steuerfuss in einer Bandbreite von 30%	%	72	80	80	80	80	80

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011: Als Massstab wird die Streuung um das nach Einwohnerzahl gewichtete Mittel verwendet. Liegt das Kantonsmittel z. B. wie im Jahr 2009 bei 104%, bedeutet dies eine Bandbreite von 89% bis 119%. Mit den geplanten höheren Beiträgen an die finanzschwachen Gemeinden soll die Zielsetzung wieder erreicht werden.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich ist im Wesentlichen durch die Kantonsverfassung, das Gemeindegesetz und das Finanzausgleichsgesetz bestimmt. Den Hauptbestandteil des Budgets macht der saldoneutrale Finanzausgleich aus.

Eine Kürzung der finanziellen Mittel im Globalbudget hätte eine Personalreduktion zur Folge. Die Finanzaufsicht über die Gemeinden könnte nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden. Beim Abbau einer Stelle mit einer Einsparung von rund 140'000 Franken könnten die Voranschläge und Rechnungen der Gemeinden nur jedes zweite Jahr geprüft werden (Anpassung der Gemeindegesetzgebung notwendig). Beim Rechtsdienst würde die Dauer für die Behandlung von Beschwerden zunehmen. Eine Pensenreduktion um 30% hätte jährlich 15 bis 20 zusätzliche unerledigte Beschwerden zur Folge.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-81'089**	**-61'892**	**-59'219**	**-4.3**	**-76'632**	**-63'396**	**-89'227**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**78'052**	**57'145**	**55'044**	**-3.7**	**73'450**	**60'633**	**86'675**
Saldo Aufgabenbereich	**-3'038**	**-4'747**	**-4'176**	**-12.0**	**-3'182**	**-2'763**	**-2'552**
Total Aufwand Globalbudget	-1'541	-1'663	-1'698	2.1	-1'637	-2'533	-2'627
Total Ertrag Globalbudget	22	45	14	-70.0	20	33	75
Saldo Globalbudget	-1'518	-1'618	-1'684	4.1	-1'617	-2'500	-2'552
Total Aufwand Kleinkredite	-122	-366	-305	-16.5	-260	-264	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-122	-366	-305	-16.5	-260	-264	
Total Aufwand Grosskredite	-1'397	-2'763	-2'217	-19.8	-1'335		
Total Ertrag Grosskredite			30	-	30		
Saldo Grosskredite	-1'397	-2'763	-2'187	-20.9	-1'305		
Total Aufwand LUAE	-78'029	-57'100	-55'000	-3.7	-73'400	-60'600	-86'600
Total Ertrag LUAE	78'029	57'100	55'000	-3.7	73'400	60'600	86'600
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung	-1'397	-2'763	-2'217	-19.8	-1'335		
Total Ertrag Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung			30	-	30		
Saldo Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung	-1'397	-2'763	-2'187	-20.9	-1'305		

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	-78'029	-57'100	-55'000	-3.7	-73'400	-60'600	-86'600
Total Ertrag LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	78'029	57'100	55'000	-3.7	73'400	60'600	86'600
Saldo LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Kleinkredite

Der Minderaufwand entspricht der Projektplanung für die Einführung von HRM 2 bei den Gemeinden.

Grosskredite

Der Minderaufwand entspricht der Projektplanung für die Daten- und Registerharmonisierung.

LUAE

Der Umsatz 2011 liegt im Rahmen des Vorjahres, trotz höheren Ausgleichsbeiträgen und tieferen Ausgleichsabgaben. Es werden jedoch keine Zusammenschlussbeiträge ausgerichtet.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Der Mehraufwand ab 2013 ist durch den Betriebsaufwand für die neue Plattform Daten- und Registerharmonisierung begründet (bis 2012 Grosskredit DRH).

Kleinkredite

Die Entwicklung der Finanzen entspricht der Projektplanung für die Einführung von HRM 2 bei den Gemeinden.

Grosskredite

Die Entwicklung der Finanzen entspricht der Projektplanung für die Daten- und Registerharmonisierung.

LUAE

Grössere Beiträge an finanzschwache Gemeinden im Jahr 2012 und Beiträge an Gemeindezusammenschlüsse in den Jahren 2012 und 2014 führen zu einem höheren Umsatz.

FUSSNOTEN

KL0003	Es handelt sich hier um Entscheide über Beschwerden gegen Beschlüsse von Gemeindeorganen in den Bereichen politische Rechte, Polizei, Einwohnerkontrolle und Bestattungswesen.
ZI0009	Der Indikator wird aus der Bewertung der Finanzkennzahlen der Jahresrechnungen der Gemeinden berechnet. Diese ergeben max. 24 Punkte. Gemeinden mit mind. 13 Punkten werden als "genügend" taxiert.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Stärken des Wirtschafts- und Wohnstandorts Aargau durch gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Privatpersonen; Betreuen der ansässigen Unternehmen; Fördern von Neugründungen und akquirieren von wertschöpfungsstarken und/oder arbeitsplatzschaffenden Unternehmen aus dem Ausland.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**245**	**Standortförderung**
Produktegruppen	24510	Standortentwicklung
	24520	Standortmarketing und -pflege
	24599	Organisationseinheit Standortförderung

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Standortförderung wird das Ziel verfolgt, den Standort Aargau durch eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen zu stärken. Dabei werden sowohl die Interessen der ansässigen Unternehmen berücksichtigt als auch die Neugründung und Neuansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen gefördert.

Die internationale Standortkonkurrenz ist hoch. Obwohl die Schweiz als ausgezeichneter Wirtschaftstandort gilt, ist eine kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen zentral, um ansässigen Unternehmen einen guten Standort bieten zu können und attraktiv für ansiedlungsinteressierte Unternehmen zu sein. Für die Positionierung des Kantons Aargau und die Weiterentwicklung der Akquisition wird durch das Standortmarketing ein kompetenz- und branchenfokussierter Ansatz verfolgt. Die geplante Positionierung des Aargaus als High-Tech Kanton (siehe 100ES0023) ist für den Erfolg des Standortmarketings wichtig. Die Auswahl und Betreuung der Partner im internationalen Standortmarketing ist anspruchsvoll und mitentscheidend für den Erfolg im Akquisitionsgeschäft.

Nach Beendigung der Probemitgliedschaft bei der Greater Zurich Area (GZA) per Ende Oktober 2010 wird dem Grossen Rat im Jahr 2011 eine Vorlage zur künftigen Ausgestaltung des internationalen Standortmarketings unterbreitet.

Mit der Inkraftsetzung des Standortförderungsgesetzes per 1. Januar 2010 konnte für die Standortentwicklung eine Struktur mit zwei festen Stellen geschaffen werden, welche sich schwerpunktmässig um die Projekte der Neuen Regionalpolitik (NRP), die Konjunkturmassnahmen von Bund und Kanton, die KMU-Entlastung, die Zusammenarbeit mit den Regionen im Bereich Standortförderung sowie um die Entwicklung des touristischen Dachmarketings kümmern.

Eine hohe Dynamik an Unternehmensgründungen hat eine starke wirtschaftliche Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen (Technopark Aargau, Genilem, etc.) wird weiter ausgebaut. Mit der Einführung der Serviceline im Jahr 2010 wurde eine weitere Massnahme in der Bestandespflege für die Aargauer Unternehmen umgesetzt.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
245KU0006	Standortqualitätsindikator (Kantonsrangierung Schweiz) (s. Fussnote)	Index	6	7	3	3	3	3
245KU0004	Rating durch "Standard & Poor's" für den Kanton Aargau	AAA	1	1	1	1	1	1
245KU0005	Sitzverlegungen in den Kanton Aargau (AG, GmbH, Einzelfirma)	Anzahl	341	290	300	300	300	300
245KU0007	Sitzverlegungen in andere Kantone und ins Ausland (AG, GmbH, Einzelfirma)	Anzahl	262	260	270	270	260	260

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
245KL0006	Neugeschaffene Arbeitsplätze mit der Unterstützung von Aargau Services	Anzahl	345	500	500	500	500	500
245KL0007	Logiernächte in aargauischen Hotelbetrieben	Anzahl	677'763	717'000	717'000	717'000	717'000	717'000
245KL0013	Logiernächte in aargauischen Hotelbetrieben in Prozenten der Gesamtschweiz	%	1.9	1.97	1.97	1.97	1.97	1.97

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0004: Der Wert 1 bedeutet erreicht.

KU0006: Der Wert 3 bedeutet, dass der Kanton Aargau unter den Kantonen den dritten Rang einnimmt. Er hat ihn 2010 schon erreicht.

KL0006: In den konjunkturell guten Jahren seit 2005 wurden - mit Ausnahme der Jahre 2007 und 2009 - jährlich knapp 500 Arbeitsplätze durch Unterstützung mit Aargau Services geschaffen. Aufgrund dieser Erfahrungen wird der Budgetwert beibehalten.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
245ES0021	Immobilieninformation	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat geplant)	2009		124	124			248
		2	Erarbeitung Konzept	2010						
		3	Aufbau Dokumentationssystem	2010/2011						
		4	Umsetzung	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

2010 wurden die beiden Entwicklungsschwerpunkte ES0010 und 0011 beendet. Mit dem Verein Aargau Tourismus wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen (ES0010); mit der Einführung der Service Line wurde das letzte Projekt im Rahmen der administrativen Entlastung umgesetzt. Die administrative Entlastung von Unternehmen ist eine Daueraufgabe gemäss Kantonsverfassung.

ES0021: Zusammen mit privaten Immobilienfirmen und den Regionen/Gemeinden sowie den zuständigen kantonsinternen Stellen sollen die für potentielle Ansiedlungen bzw. für Investoren interessanten Areale evaluiert und zur Marktreife gebracht werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
245ZI0004	Die Ansprechpartner sind mit Aargau Services zufrieden.	1	Mindestanteil zufriedener Kunden (Beurteilung "gut" oder "sehr gut" bei Kundenbefragungen)	%		90		90		90
245ZI0005	Die Unternehmen sind mit dem Standort Aargau zufrieden und bleiben diesem treu.	1	Anteil der Unternehmen mit der Beurteilung "gut" und "sehr gut" im Rahmen der AIHK-Umfrage	%	68	75	75	75	75	75

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
245ZI0006	Die Zahl von Neuansiedlungen mit Unterstützung von Aargau Services ist hoch. (s. Fussnote)	1	Gesamtzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ansiedlungsprojekte	Anzahl	30	35	30	30	30	30
		2	Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen	Anzahl	17	25	20	20	20	20
		4	Durch Aargau Services erfolgreich abgeschlossene Ansiedlungsprojekte	%	9	10	8	8	8	8
245ZI0008	Aargau Services weist eine hohe Leistungsfähigkeit aus.	1	Betreute Projekte (Gesamtzahl)	Anzahl		505	545	545	545	545
		3	Standortpflegeprojekte (Ansässige)	Anzahl		125	125	125	125	125
		5	Bearbeitete Ansiedlungsprojekte	Anzahl			380	380	380	380
		6	Bearbeitete Start-up Projekte	Anzahl			40	40	40	40
		4	Projekte pro Projektleiter	Anzahl		126	136	136	136	136
245ZI0007	Die touristischen Angebote in den Bereichen Kultur, Freizeit, Wellness und Geschäftstourismus im Aargau sind vernetzt und werden gemeinsam vermarktet.	1	Neue gemeinsam entwickelte touristische Angebote der Regionen	Anzahl	2	2	2	2	2	2
		2	Neue Publikationen über gemeinsame Angebote	Anzahl	5	2	3	3	4	4

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0004: Die Kundenbefragung wird jedes zweite Jahr durchgeführt.

ZI0006: Infolge Streichung des Indikators 3 (Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen aufgrund von GZA-Leads) durch den Grossen Rat wurden die Werte der direkt betroffenen Indikatoren 1, 2 und 4 um die Werte von Indikator 3 angepasst.

ZI0008: Auf eine Anpassung der vom GZA-Austritt (Wegfall von geplanten 80 GZA-Leads gemäss gestrichener KU0015) ebenfalls betroffenen Indikatorenwerte wird mangels eines entsprechenden Grossratsbeschlusses verzichtet. Die zu erwartenden Auswirkungen auf die Zielerreichung werden im Jahresbericht 2011 rapportiert.

ZI0008I3: Es handelt sich dabei um die Unterstützung und verwaltungsinterne Koordination bei Bewilligungsverfahren sowie um Informationen zu spezifischen, komplexeren Fragestellungen an der Schnittstelle Staat-Wirtschaft.

ZI0008I5: Um eine Übersicht der Leistungsfähigkeit von Aargau Services zu erhalten, werden die bearbeiteten Ansiedlungsprojekte neu auch unter den Zielen aufgeführt (bisher KL0003).

ZI0008I6: Start-ups sind wichtig für das Wirtschaftswachstum im Kanton Aargau, schaffen neue Arbeitsplätze und sind Ausdruck eines innovativen Wirtschaftsumfelds.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Standortförderung ist eine Aufgabe des Kantons im Rahmen der Umsetzung des Verfassungsauftrags (Wirtschaftspolitik). Seit dem 1. Januar 2010 ist als gesetzliche Grundlage das Standortförderungsgesetz in Kraft. Eine Kürzung der Finanzen führt zu weniger Neuansiedlungen und zu einer Verschlechterung der Standortzufriedenheit.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-2'259**	**-5'008**	**-5'027**	**0.4**	**-4'325**	**-4'147**	**-4'309**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**245**	**355**	**433**	**21.8**	**280**	**280**	**280**
Saldo Aufgabenbereich	**-2'014**	**-4'653**	**-4'594**	**-1.3**	**-4'045**	**-3'867**	**-4'029**
Total Aufwand Globalbudget	-1'256	-2'490	-2'507	0.7	-2'556	-2'527	-2'529
Total Ertrag Globalbudget	10	10	30	200.0	30	30	30
Saldo Globalbudget	-1'246	-2'480	-2'477	-0.1	-2'526	-2'497	-2'499
Total Aufwand Kleinkredite	-313	-1'718	-2'520	46.7	-869	-720	-880
Total Ertrag Kleinkredite	76	345	403	16.7	250	250	250
Saldo Kleinkredite	-237	-1'373	-2'117	54.2	-619	-470	-630
Total Aufwand Grosskredite	-530	-800		-100.0	-900	-900	-900
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-530	-800		-100.0	-900	-900	-900
Total Aufwand LUAE	-159						
Total Ertrag LUAE	159						
Saldo LUAE	0						

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Greater Zurich Area	-530	-800		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Greater Zurich Area							
Saldo Grosskredite Greater Zurich Area	-530	-800		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Internationales Standortmarketing*			0		-900	-900	-900
Total Ertrag Grosskredite Internationales Standortmarketing*			0				
Saldo Grosskredite Internationales Standortmarketing*					-900	-900	-900

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Beiträge gem'wirtschaftl. Unternehmen	-159						
Total Ertrag LUAE Beiträge gem'wirtschaftl. Unternehmen	159						
Saldo LUAE Beiträge gem'wirtschaftl. Unternehmen	0						

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Kleinkredite** Der Mehraufwand ist durch verschiedene Projekte zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Aargau bedingt. **Grosskredite** Der Vertrag mit der Greater Zurich Area (GZA) wurde per Ende Oktober 2010 aufgelöst. Dem Grossen Rat wird 2011 eine Botschaft zur künftigen Ausgestaltung des internationalen Standortmarketings unterbreitet.
Veränderungen in den Planjahren **Kleinkredite** Die im Rahmen der Konjunkturmassnahmen 2009 realisierten Projekte zur Unterstützung bei Bürgschaften und Mikrokrediten sowie zur Innovation und Jungunternehmerförderung werden 2011 beendet. * = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN	
KU0006	Der Standortqualitätsindikator der Credit Suisse beruht auf fünf Standortfaktoren: Steuerbelastung natürliche Personen, Steuerbelastung juristische Personen, Ausbildungsstand der Bevölkerung, Verfügbarkeit hochqualifizierter Personen, verkehrstechnische Erreichbarkeit.
ZI0006	Der Indikator 4 ist der prozentuale Wert der Anzahl Neuansiedlungen (Indikator 1) mit Unterstützung der Stabsstelle für Standortmarketing im Verhältnis zur Gesamtzahl der Ansiedlungsprojekte.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen von Strafuntersuchungen, Erlass von Strafbefehlen, Einstellungs-, Nichtanhandnahme- und Sistierungsverfügungen sowie Anklage von Straftaten im Erwachsenen- und Jugendstrafprozess; Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**250**	**Strafverfolgung**
Produktegruppen	25010	Oberstaatsanwaltschaft
	25020	Kantonale Staatsanwaltschaft
	25030	Staatsanwaltschaften für die Bezirke
	25040	Jugendanwaltschaft
	25090	Bezirksverwaltung
	25098	Organisationseinheit Jugendanwaltschaft
	25099	Organisationseinheit Staatsanwaltschaft

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Strafverfolgung werden Straf- und Rechtshilfeverfahren geführt, Strafbefehle, Einstellungs-, Nichtanhandnahme- und Sistierungsverfügungen erlassen sowie Anklagen gegen Erwachsene und Jugendliche erhoben. Der Aufgabenbereich ist zuständig für den Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen und den Vollzug von Geldstrafen und Bussen im Erwachsenenstrafrecht.

Mit Inkrafttreten der Eidgenössischen Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 wird im Kanton Aargau in der Strafverfolgung das Untersuchungsrichtermodell vom Staatsanwaltschaftsmodell abgelöst. Organisatorisch werden eine Oberstaatsanwaltschaft, sechs Staatsanwaltschaften für die Bezirke und eine kantonale Staatsanwaltschaft sowie eine zentrale Jugendanwaltschaft geschaffen. Damit verbunden ist auch eine Neuorganisation der Bezirksverwaltungsaufgaben, welche aber erst per 2013 umgesetzt wird. Die Bezirksverwaltungsaufgaben werden in den Jahren 2011 und 2012 durch die Bezirksamtmänner und Bezirksamtmänner-Stellvertreter innerhalb der Staatsanwaltschaften für die Bezirke wahrgenommen. Ab 2013 bearbeiten die Staatsanwaltschaften für die Bezirke keine strafrechtsfremden Aufgaben mehr. Die Bezirksverwaltungsaufgaben werden Bezirksgerichten und verschiedenen Stellen der Kantonalen Verwaltung übertragen.

Die Oberstaatsanwaltschaft ist für eine einheitliche Strafverfolgung verantwortlich und kann Weisungen erlassen. Sie bildet zusammen mit der kantonalen Staatsanwaltschaft und den Staatsanwaltschaften für die Bezirke eine eigenständige Abteilung. In der Anfangsphase wird die Oberstaatsanwaltschaft schwerpunktmässig damit befasst sein, einheitliche Vorgehensweisen einzuführen und den reibungslosen Ablauf der Strafverfahren in den neuen Strukturen sicherzustellen.

Die Staatsanwaltschaften für die Bezirke übernehmen die bisherigen Aufgaben der Bezirksämter in der Strafverfolgung.
Die Kantonale Staatsanwaltschaft wird die bisherigen Verfahren des Kantonalen Untersuchungsamtes übernehmen. Zudem kommen die Straftatbestände des Immaterialgüterrechts hinzu.
Die Jugendanwaltschaft wird ab 1. Januar 2011 als eigenständige Abteilung geführt. Auf diesen Zeitpunkt werden die Schulpflegen als Strafbehörden wegfallen, was zu einer Mehrbelastung der Jugendanwaltschaft führt.

KENNZAHLEN		**Einheit**	**JB 2009**	**Budget 2010**	**Budget 2011**	**Planjahre 2012**	**2013**	**2014**
	Umfeldkennzahlen							
250KU0004	Neu bei der kantonalen Staatsanwaltschaft eingegangene Strafverfahren	Anzahl			70	70	70	70
250KU0006	Neu bei den Staatsanwaltschaften für die Bezirke eingegangene Strafverfahren	Anzahl			43'000	43'000	43'000	43'000
250KU0008	Neu eingegangene Jugendstrafverfahren	Anzahl			4'100	4'100	4'100	4'100

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
250KL0007	Genehmigung von Nichtanhandnahme-, Sistierungs- und Einstellungsverfügungen durch die Oberstaatsanwaltschaft	Anzahl			2'800	3'200	3'400	3'400
250KL0008	Führung von Rechtsmittelverfahren durch die Oberstaatsanwaltschaft	Anzahl			5	5	5	5
250KL0055	Führung von Gerichtsstandsverfahren vor Bundesstrafgericht durch die Oberstaatsanwaltschaft	Anzahl			5	5	5	5
250KL0017	Anklagen durch die kantonale Staatsanwaltschaft	Anzahl			30	30	30	30
250KL0018	Anteil der nach Art. 329 StPO an die kantonale Staatsanwaltschaft zur Ergänzung oder Berichtigung zurückgewiesenen Anklagen	%			10	10	10	10
250KL0019	Berufungen durch die Kantonale Staatsanwaltschaft (betrifft Urteile gem. KL0017)	Anzahl			5	5	5	5
250KL0020	Durch die kantonale Staatsanwaltschaft gestellte Haftanträge	Anzahl			15	15	15	15
250KL0056	Anteil der durch das Zwangsmassnahmegericht bewilligten Haftanträge der kantonalen Staatsanwaltschaften	%			90	90	90	90
250KL0057	Durch die kantonale Staatsanwaltschaft geführte Rechtshilfeverfahren	Anzahl			10	10	10	10
250KL0022	Durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke erlassene Strafbefehle	Anzahl			36'000	36'000	36'000	36'000
250KL0023	Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaften für die Bezirke	Anzahl			1'100	1'100	1'100	1'100
250KL0058	Anteil der im Strafpunkt gerichtlich bestätigten Strafbefehle im Verhältnis zur Anzahl der Einsprachen	%			90	90	90	90
250KL0059	Anteil der Anzahl der Einsprachen durch die Oberstaatsanwaltschaft im Verhältnis zur Anzahl der Strafbefehle der Staatsanwaltschaften für die Bezirke	%			1	1	1	1
250KL0026	Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke	Anzahl			2'600	2'600	2'600	2'600
250KL0027	Anklagen durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke	Anzahl			800	800	800	800
250KL0028	Anteil der nach Art. 329 StPO an die Staatsanwaltschaften für die Bezirke zur Ergänzung oder Berichtigung zurückgewiesenen Anklagen	%			10	10	10	10
250KL0029	Berufungen durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke (betrifft Urteile gem. KL0027)	Anzahl			35	35	35	35
250KL0030	Durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke gestellte Haftanträge	Anzahl			800	800	800	800
250KL0060	Anteil der durch das Zwangsmassnahmegericht bewilligten Haftanträge der Staatsanwaltschaften für die Bezirke	%			90	90	90	90
250KL0061	Durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke geführte Rechtshilfeverfahren (exkl. Zustellungen)	Anzahl			100	100	100	100
250KL0062	Durch die Jugendanwaltschaft erlassene Strafbefehle	Anzahl			4'050	4'050	4'050	4'050
250KL0041	Anklagen durch die Jugendanwaltschaft	Anzahl			50	50	50	50
250KL0044	Angeordnete ambulante Massnahmen bei Jugendlichen	Anzahl			150	150	150	150
250KL0045	Anzahl Vollzugstage stationärer Massnahmen bei Jugendlichen (Heimeinweisungen)	Tage			12'000	12'000	12'000	12'000

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
Als Basis für die Prognose dienten die Werte der Bezirksämter, des Untersuchungsamtes und der Staatsanwaltschaft. Die Auswirkungen des Modellwechsels vom Untersuchungsrichter- zum Staatsanwaltschaftsmodell wurden geschätzt. Die Kennzahlen sind mangels Erfahrungswerten provisorisch. KL0044: Im Vergleich zum AFP 2010-2013 wurden die Werte von 90 auf 150 erhöht. Mit dem Wegfall der Schulpflegen als Strafbehörden ist im Segment der ambulanten Massnahmen mit einer weiteren Zunahme zu rechnen, welche bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden ist. KL0045: Im Vergleich zum AFP 2010-2013 wurden die Werte von 10'000 auf 12'000 erhöht, da mit der Anzahl zusätzlicher Fälle, welche bisher in der Zuständigkeit der Schulpflegen lagen, mit einer weiteren Zunahme zu rechnen ist, welche bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
250ZI0002	Kantonale Staatsanwaltschaft: Die Strafverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebotes zielgerichtet durchgeführt. (s. Fussnote)	1	Durch die kantonale Staatsanwaltschaft abgeschlossene Vorverfahren	Anzahl			70	70	70	70
		2	Abgeschlossene Vorverfahren pro 100%-Staatsanwaltsstelle	Anzahl			12	12	12	12
		3	Anzahl der Ende Jahr hängigen Vorverfahren der kantonalen Staatsanwaltschaft	Anzahl			65	65	65	65
		5	Anteil der durch die Oberstaatsanwaltschaft genehmigten Einstellungsanträge	%			95	95	95	95
		4	Anteil der Ende Jahr hängigen mehr als 18 Monate alten Vorverfahren der Kantonalen Staatsanwaltschaft	%			30	30	30	30
250ZI0003	Staatsanwaltschaften für die Bezirke: Die Strafverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebotes zielgerichtet durchgeführt.	1	Durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke abgeschlossene Vorverfahren	Anzahl			43'000	43'000	43'000	43'000
		2	Abgeschlossene Vorverfahren inkl. Strafbefehle pro 100%-Staatsanwaltsstelle	Anzahl			760	760	760	760
		7	Anteil der durch die Oberstaatsanwaltschaft genehmigten Einstellungsanträge	%			90	90	90	90
		3	Anzahl der Ende Jahr hängigen Vorverfahren	Anzahl			10'000	10'000	10'000	10'000
		4	Anteil der über 2 Monate alten Vorverfahren	%			60	60	60	60
		5	Anteil der über 6 Monate alten Vorverfahren	%			20	20	20	20
		6	Anteil der über 12 Monate alten Vorverfahren	%			5	5	5	5

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
250ZI0004	Die Jugendstrafverfahren werden zielgerichtet durchgeführt.	1	Abgeschlossene Jugendstrafverfahren	Anzahl			4'100	4'100	4'100	4'100
		2	Verfahrenserledigungen pro 100%-Jugendanwaltstelle	Anzahl			540	540	540	540
		3	Anzahl pendente Fälle	Anzahl			980	980	980	980

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die konkreten Auswirkungen der schweizerischen Strafprozessordnung auf die Verfahrensdauer sind noch nicht abschätzbar. Sie enthält einerseits verfahrensbeschleunigende, andererseits aber auch eher verfahrensverzögernde Bestimmungen. Es werden daher die bisherigen Zielwerte als provisorisch fortgeschrieben.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die schweizerische Strafprozessordnung und das kantonale Einführungsgesetz zur schweizerischen Strafprozessordnung sind die wesentlichen Grundlagen für die Strafverfolgung. Wichtige Vorgaben für die Durchführung der Strafverfahren, so zum Beispiel das Beschleunigungsgebot oder die Pflicht zur vollständigen Erforschung der materiellen Wahrheit mit den damit verbundenen Beweisaufnahmen von Amtes wegen, müssen eingehalten werden. Das Erfüllen der rechtsstaatlichen Grundsätze erfordert einen ausreichenden Personalbestand, was Auswirkungen auf den finanziellen Aufwand des Aufgabenbereichs hat.

Die Zahl der Strafverfahren wird wesentlich durch das Anzeigeverhalten der Privatpersonen und die Tätigkeit der Polizei bestimmt. Die zwingend zu erreichende Mindestqualität der Untersuchung wird durch die Prozessordnung sowie die Gerichtspraxis bestimmt und ist durch die Staatsanwaltschaft nur bedingt steuerbar. Ob der Aufwand über die im Verhältnis zu heute erweiterten Opportunisierungsmöglichkeiten gemäss Art. 8 StPO (Nichtführung der Strafuntersuchung wegen Geringfügigkeit) reduziert werden kann, wird von der Praxis der Beschwerdekammer in Strafsachen des Obergerichtes abhängen. Die Qualität der Untersuchungen wirkt sich unmittelbar auf die Dauer der gerichtlichen Verfahren, aber auch auf die Akzeptanz des Verfahrensergebnisses, insbesondere bei Strafbefehlen und Einstellungen, durch die Parteien aus. Steigt der Aufwand pro Verfahren, sind mehr Ressourcen, insbesondere Arbeitskräfte, erforderlich, um die Zahl der hängigen Verfahren konstant zu halten.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich			**-39'243**	**-**	**-39'515**	**-36'847**	**-37'029**
Total Ertrag Aufgabenbereich			**26'285**	**-**	**26'130**	**26'357**	**26'357**
Saldo Aufgabenbereich			**-12'958**	**-**	**-13'384**	**-10'490**	**-10'672**
Total Aufwand Globalbudget			-27'073	-	-27'155	-26'151	-26'478
Total Ertrag Globalbudget			8'705	-	8'750	8'827	8'827
Saldo Globalbudget			-18'368	-	-18'405	-17'324	-17'651
Total Aufwand Kleinkredite			-1'618	-	-1'809	-145	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite			-1'618	-	-1'809	-145	
Total Aufwand LUAE			-10'551	-	-10'551	-10'551	-10'551
Total Ertrag LUAE			17'580	-	17'380	17'530	17'530
Saldo LUAE			7'029	-	6'829	6'979	6'979

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Tombolabewilligungen							
Total Ertrag LUAE Tombolabewilligungen			150	-	150	150	150
Saldo LUAE Tombolabewilligungen			150	-	150	150	150
Total Aufwand LUAE StA Partei-/Prozesskostenentschäd.			-425	-	-425	-425	-425
Total Ertrag LUAE StA Partei-/Prozesskostenentschäd.							
Saldo LUAE StA Partei-/Prozesskostenentschäd.			-425	-	-425	-425	-425
Total Aufwand LUAE StA Untersuchungskosten			-455	-	-455	-455	-455
Total Ertrag LUAE StA Untersuchungskosten							
Saldo LUAE StA Untersuchungskosten			-455	-	-455	-455	-455
Total Aufwand LUAE StA Debitorenverluste			-3'225	-	-3'225	-3'225	-3'225
Total Ertrag LUAE StA Debitorenverluste							
Saldo LUAE StA Debitorenverluste			-3'225	-	-3'225	-3'225	-3'225
Total Aufwand LUAE StA Anteile Gemeinden Bussen			-1'295	-	-1'295	-1'295	-1'295
Total Ertrag LUAE StA Anteile Gemeinden Bussen							
Saldo LUAE StA Anteile Gemeinden Bussen			-1'295	-	-1'295	-1'295	-1'295
Total Aufwand LUAE JugA Externe Strafvollzugskosten			-4'200	-	-4'200	-4'200	-4'200
Total Ertrag LUAE JugA Externe Strafvollzugskosten							
Saldo LUAE JugA Externe Strafvollzugskosten			-4'200	-	-4'200	-4'200	-4'200
Total Aufwand LUAE JugA Partei-/ Prozesskostenentschäd.			-30	-	-30	-30	-30
Total Ertrag LUAE JugA Partei-/ Prozesskostenentschäd.							
Saldo LUAE JugA Partei-/ Prozesskostenentschäd.			-30	-	-30	-30	-30
Total Aufwand LUAE JugA Untersuchungskosten			-10	-	-10	-10	-10
Total Ertrag LUAE JugA Untersuchungskosten							
Saldo LUAE JugA Untersuchungskosten			-10	-	-10	-10	-10
Total Aufwand LUAE JugA Debitorenverluste			-910	-	-910	-910	-910
Total Ertrag LUAE JugA Debitorenverluste							
Saldo LUAE JugA Debitorenverluste			-910	-	-910	-910	-910
Total Aufwand LUAE JugA Anteile Gemeinden Bussen			-1	-	-1	-1	-1
Total Ertrag LUAE JugA Anteile Gemeinden Bussen							
Saldo LUAE JugA Anteile Gemeinden Bussen			-1	-	-1	-1	-1
Total Aufwand LUAE StA Richterliche Bussen							
Total Ertrag LUAE StA Richterliche Bussen			13'800	-	13'700	13'950	13'950
Saldo LUAE StA Richterliche Bussen			13'800	-	13'700	13'950	13'950
Total Aufwand LUAE StA Richterliche Geldstrafen							
Total Ertrag LUAE StA Richterliche Geldstrafen			3'450	-	3'350	3'250	3'250
Saldo LUAE StA Richterliche Geldstrafen			3'450	-	3'350	3'250	3'250

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE JugA Strafbefehle							
Total Ertrag LUAE JugA Strafbefehle			66	-	66	66	66
Saldo LUAE JugA Strafbefehle			66	-	66	66	66
Total Aufwand LUAE JugA Rückerst. Strafvollzug und Justiz							
Total Ertrag LUAE JugA Rückerst. Strafvollzug und Justiz			50	-	50	50	50
Saldo LUAE JugA Rückerst. Strafvollzug und Justiz			50	-	50	50	50
Total Aufwand LUAE JugA Richterliche Bussen							
Total Ertrag LUAE JugA Richterliche Bussen			63	-	63	63	63
Saldo LUAE JugA Richterliche Bussen			63	-	63	63	63
Total Aufwand LUAE JugA Richterliche Geldstrafen							
Total Ertrag LUAE JugA Richterliche Geldstrafen			1	-	1	1	1
Saldo LUAE JugA Richterliche Geldstrafen			1	-	1	1	1

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Da es sich um einen neuen Aufgabenbereich handelt, der Teile des bisherigen Aufgabenbereichs 220 (Strafverfolgung und Strafvollzug), aber auch neue Aufgaben abdeckt, kann kein Vergleich zum Budgetjahr 2010 erstellt werden.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget und LUAE

Die Entwicklung der Finanzen entspricht im Wesentlichen der in der Botschaft zur Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnungen (Jugend-, Erwachsenenstrafprozess) dargestellten Angaben.

Kleinkredite

Der bewilligte Kleinkredit für die Kosten der Projekt- und Übergangsphase für die Umsetzung der neuen Strafprozessordnungen läuft bis Ende 2012. 2012 und 2013 sind zudem Mittel für die Erneuerung des Systems JURIS eingestellt.

FUSSNOTEN

ZI0002	Die Anzahl abgeschlossener Vorverfahren stellt die Summe der erlassenen Strafbefehle, der Einstellungsverfügungen sowie der Anklagen vor Gericht dar.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollzug von Strafen und Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Kriminalität und zur Reduktion des Risikos von Rückfällen der Verurteilten; Bewährungshilfe; Führung und Betrieb der Vollzugsanstalten; Führung und Betrieb der Bezirksgefängnisse; Rechtssetzung und Rechtsmonitoring im gesamten Bereich des Strafrechts.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**255**	**Straf- und Massnahmenvollzug**
Produktegruppen	25510	Vollzugsdienste und Bewährungshilfe
	25520	Bezirksgefängnisse
	25530	Justizvollzugsanstalt
	25540	Jugendheim
	25599	Organisationseinheit Straf- und Massnahmenvollzug

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Straf- und Massnahmenvollzug stehen der Schutz der Bevölkerung und die Resozialisierung der Verurteilten im Zentrum.

Ab 1. Januar 2011 sind die Vollzugsbehörde, die Justizvollzugsanstalt Lenzburg (JVA) und das Zentralgefängnis, die Bezirksgefängnisse und das Jugendheim Aarburg im Amt für Justizvollzug (AJV) zusammengefasst.

Neu ist ab 1. Januar 2011 die Vollzugsbehörde auch für den Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen (bis 1 Monat) zuständig (bisher wurden diese Vollzüge durch die Bezirksämter erledigt). Die Bewährungshilfe, bis Ende 2010 als Verein geführt, wird per 1. Januar 2011 in die kantonale Verwaltung integriert.

Aufgrund der Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg werden die Bezirksgefängnisse Bremgarten, Laufenburg und Zurzach bis Ende 2014 weiterhin in Betrieb sein, damit eine genügend grosse Zahl von Gefängnisplätzen für den Strafvollzug und die Untersuchungshaft zur Verfügung stehen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
255KL0003	Zum Vollzug angeordnete Freiheitsstrafen bis 1 Monat	Anzahl			400	400	400	400
255KL0007	Zum Vollzug angeordnete Freiheitsstrafen über 1 Monat	Anzahl			700	700	700	700
255KL0013	Angeordnete Vollzüge ambulanter Massnahmen an Erwachsenen	Anzahl			28	28	28	28
255KL0014	Angeordnete Vollzüge stationärer Massnahmen an Erwachsenen	Anzahl			24	24	24	24
255KL0019	Anordnungen von Sicherheitshaft nach Art. 440 Eidg. StPO und § 44 EG StPO	Anzahl			1	1	1	1
255KL0022	Der Konkordatsfachkommission zur Prüfung der Gemeingefährlichkeit unterbreitete Fälle	Anzahl			12	12	12	12
255KL0024	Belegungstage der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau sowie des Ausschaffungszentrums	Anzahl			49'000	49'000	46'000	41'000
255KL0031	Belegungstage der Justizvollzugsanstalt Lenzburg	Anzahl			59'000	44'000	42'000	49'000
255KL0032	Belegungstage des Zentralgefängnisses	Anzahl			8'000	15'000	18'000	29'000
255KL0039	Belegungstage des Kantonalen Jugendheims Aarburg	Anzahl			15'000	15'000	15'000	15'000
255KL0040	Fluchten aus der geschlossenen Wohngruppe des Kantonalen Jugendheims Aarburg	Anzahl			0	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
KL0007: Aufgrund der Werte aus den Jahren 2008 (538) und 2009 (717) wurden die Zahlen im Vergleich zum AFP 2010-2013 nach oben angepasst (von 580 auf 700). Diese Anpassung rechtfertigt sich auch gestützt auf die Tatsache, dass Geldstrafen und Bussen durch die Verurteilten oft nicht bezahlt werden können und sie dann die Ersatzfreiheitsstrafe antreten müssen.
KL0031: Im Laufe des Jahres 2012 wird der Bestand in der JVA bereits auf 120 Gefangene reduziert (Flügel 2 und 5), damit vor Beginn der Sanierung ein Flügel geleert werden kann. Dies hat zur Folge, dass bereits 2012 die Belegungstage zurückgehen.
KL0032: Die Belegung des Zentralgefängnisses wird vorübergehend durch die Verlegung von Gefangenen aus der JVA infolge des Umbaus mitbestimmt. Bis September 2013 wird eine Reserve für U-Haft und Normalvollzug zur Verfügung gehalten. Dafür werden keine Belegungstage budgetiert.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
255ES0001	Realisierung des Zentralgefängnisses als Teil der Justizvollzugsanstalt Lenzburg	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB Nr. 2005-0092 vom 21.6.2005)	2005	20'661	17'800	-200			38'261
		2	Generalunternehmersubmission abgeschlossen	2008						
		3	Bauausführung abgeschlossen	2011						
		4	Betriebsaufnahme	2011						
255ES0002	Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat; GRB geplant)	2010	818	1'285	5'700	24'555	-4'153	28'205
		2	Infrastruktur	2011						
		3	Produktionsgebäude	2012						
		6	Sanierung Altbau	2014						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0001: Das Zentralgefängnis wird voraussichtlich im Mai 2011 den Betrieb aufnehmen. Der negative Nettoaufwand im Jahr 2011 ist durch die Subventionszahlungen des Bundes bedingt. Der im Jahr 2010 budgetierte Betrag wird nicht im geplanten Umfang benötigt. Da dieser Wert nicht angepasst werden kann, wird im Total eine zu hohe Summe ausgewiesen. Die Mittel sind im Aufgabenbereich 430 (Immobilien) eingestellt.
ES0002: Die Botschaft zum Grosskredit für die Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg und den Neubau des Produktionsgebäudes wurde dem Grossen Rat im Juli 2010 zugestellt (GR.10.216). Die Mittel sind im Aufgabenbereich 430 (Immobilien) eingestellt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre		
								2012	2013	2014
255ZI0001	Der beförderliche Vollzug rechtskräftiger Urteile gemäss § 20 Abs. 1 SMV ist gewährleistet	1	Anteil der mehr als 6 Monate hängigen Vollzugsgeschäfte betreffend Personen, die aus der Freiheit in den Strafvollzug aufgeboten werden müssen	%			10	10	10	10
255ZI0002	Die optimale Belegung der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau ist gewährleistet	1	Auslastung der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau sowie des Ausschaffungszentrums	%			90	90	85	80
255ZI0003	Die optimale Belegung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg und des Zentralgefängnisses ist gewährleistet	1	Auslastung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg	%			90	90	90	90
		2	Auslastung des Zentralgefängnisses	%			75	75	75	75
255ZI0004	Die optimale Belegung des Jugendheims Aarburg ist gewährleistet	1	Auslastung des Kantonalen Jugendheims Aarburg	%			85	85	85	85

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0001: Der vorgegebene Wert sollte nicht überschritten werden. Die Vollzugsbehörde sollte in nicht mehr als rund 10% der Vollzugsgeschäfte, in welchen Personen aus der Freiheit in den Strafvollzug aufgeboten werden müssen, länger als 6 Monate benötigen, bis der Strafantritt erfolgt ist. Gründe für eine längere Dauer können beispielsweise gesundheitliche Probleme der betroffenen Person sein.

ZI0003 I2: Das Zentralgefängnis wird ab Mai 2011 sukzessive belegt werden. Die Auslastung ergibt sich aus den fest zugeteilten Abteilungen innerhalb des Gefängnisses (Männer/Frauen/Jugendliche/Halbgefangenschaft/Kurzstrafen/Sicherheitstrakt/60plus), was gegenüber einer einheitlichen Nutzung eine geringere Flexibilität und damit einen tieferen Auslastungsgrad nach sich zieht. Da Erfahrungswerte fehlen, ist die angestrebte Auslastung als provisorisch zu betrachten.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Das Strafgesetzbuch (StGB), das Strafvollzugskonkordat sowie die Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsverordnung, SMV) setzen Rahmenbedingungen für die Durchführung des Strafvollzugs. Insbesondere muss gewährleistet werden, dass der Vollzug der verschiedenen Sanktionsarten möglich ist.

Die Fallzahlen im Strafvollzug sind abhängig von den gerichtlichen Instanzen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich			**-66'847**	**-**	**-66'918**	**-66'141**	**-67'841**
Total Ertrag Aufgabenbereich			**30'763**	**-**	**29'609**	**27'734**	**27'150**
Saldo Aufgabenbereich			**-36'085**	**-**	**-37'309**	**-38'407**	**-40'691**
Total Aufwand Globalbudget			-53'257	-	-53'228	-52'901	-54'101
Total Ertrag Globalbudget			29'163	-	28'109	26'234	25'650
Saldo Globalbudget			-24'095	-	-25'119	-26'667	-28'451
Total Aufwand Kleinkredite					-100	-150	-150
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite					-100	-150	-150
Total Aufwand LUAE			-13'590	-	-13'590	-13'090	-13'590
Total Ertrag LUAE			1'600	-	1'500	1'500	1'500
Saldo LUAE			-11'990	-	-12'090	-11'590	-12'090

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Straf- /Massnahmenvollzug Erwachsene			-13'320	-	-13'320	-12'820	-13'320
Total Ertrag LUAE Straf- /Massnahmenvollzug Erwachsene							
Saldo LUAE Straf- /Massnahmenvollzug Erwachsene			-13'320	-	-13'320	-12'820	-13'320
Total Aufwand LUAE SMV Ausbildungszentrum StrafvlzgPers			-270	-	-270	-270	-270
Total Ertrag LUAE SMV Ausbildungszentrum StrafvlzgPers							
Saldo LUAE SMV Ausbildungszentrum StrafvlzgPers			-270	-	-270	-270	-270
Total Aufwand LUAE Rückerstattungen SMV Erwachsene							
Total Ertrag LUAE Rückerstattungen SMV Erwachsene			1'600	-	1'500	1'500	1'500
Saldo LUAE Rückerstattungen SMV Erwachsene			1'600	-	1'500	1'500	1'500

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Da es sich um einen neuen Aufgabenbereich handelt, der Teile des bisherigen Aufgabenbereichs 220 (Strafverfolgung und Strafvollzug), aber auch neue Aufgaben (Bewährungshilfe) abdeckt, kann kein Vergleich zum Budgetjahr 2010 erstellt werden.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Entwicklung der Finanzen ist im Wesentlichen durch die Veränderungen aufgrund der Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg und den damit verbundenen Mehraufwand resp. Minderertrag bedingt.

Kleinkredite

Die ab 2012 eingestellten Mittel sind für die Erneuerung der IT-Infrastruktur vorgesehen.

LUAE

Bei den leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträgen wird von einer konstanten Entwicklung ausgegangen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vermitteln von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem sinnschaffenden und motivierenden Lernklima in der leistungsorientierten Volksschule; Schülerinnen und Schüler erwerben die Grundlage für eine weiterführende Ausbildung zu ihrer Integration in die demokratische Gesellschaft und für ihren Berufs- und Lebenserfolg.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**310**	**Volksschule**
Produktegruppen	31010	Vorschule / Primarschule
	31020	Oberstufe (Sek I)
	31030	Qualitätssicherung und Aufsicht
	31040	Förderangebote
	31060	Schulpsychologischer Dienst

UMFELDENTWICKLUNG

Die Volksschule im Kanton Aargau umfasst den Kindergarten, die Primarschule sowie die Oberstufe. Der obligatorische Schulunterricht dauert 9 Schuljahre. Der Kindergarten ist freiwillig und dauert mindestens ein Jahr. Die Primarschule dauert fünf, die Oberstufe, welche sich in die Real-, Sekundar- und Bezirksschule unterteilt, vier Jahre. Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten sowie mit disziplinarischen oder sozialen Auffälligkeiten werden in Regelklassen mit bedarfsgerechter heilpädagogischer Unterstützung oder in Kleinklassen unterrichtet. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen besuchen eine Sonderschule oder eine Regelklasse, wo sie mit besonderen Massnahmen unterstützt werden.

Nachdem in den letzten Jahren die Lernendenzahlen allgemein zurückgingen, steigen sie aufgrund der Schulentwicklungsprognose des statistischen Amts im Kindergarten wieder an. In der Primarschule werden diese ab 2013 ebenfalls ansteigen, während auf der Oberstufe die Zahlen weiterhin rückläufig sind. Dies führt dazu, dass die Gesamtschülerzahlen stagnieren und ab 2014 wieder zunehmen werden.

Die öffentliche Volksschule muss sich ändernden sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen laufend anpassen und sich weiter entwickeln. Den damit verbundenen Herausforderungen ist mit angemessenen pädagogischen Konzepten zu begegnen. Massnahmen zur Bewältigung der unterschiedlichen Vorbildung, der Auflösung der traditionellen Familienstruktur, des kulturellen Hintergrunds der Lernenden (Migration) und Massnahmen zur individuellen Förderung sind notwendig.

Die Wirtschaft und die an die Volksschule anschliessenden Schulen verlangen eine breite, umfassende und qualitativ hoch stehende Volksschulbildung. Dies bedingt motivierte und qualifizierte Lehrpersonen und Schulleitungen an allen Schul- und Leistungsstufen. Aktuell zeigt sich, dass kaum mehr genügend junge Leute in den Lehrberuf einsteigen. Die Attraktivität des Lehrberufs sinkt.

Die Bildungsrahmenartikel der Bundesverfassung verlangen eine strukturelle und inhaltliche Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme zu einem einheitlichen «Bildungsraum Schweiz». Ebenfalls in der Bundesverfassung verankert ist der Individualanspruch von behinderten oder stark beeinträchtigten Lernenden auf eine Sonderschulung. Das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes priorisiert die integrative gegenüber der separativen Schulung.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
310KU0009	Lernende des Kindergartens und der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	71'058	70'000	70'491	70'090	70'024	70'191
	Leistungskennzahlen							
310KL0022	Abteilungen der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	3'984	3'877	3'934	3'908	3'901	3'907
310KL0023	Vollzeitäquivalente (Vollzeitpensen der Lehrkräfte) der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	5'391	5'125	5'370	5'495	5'613	5'813
310KL0057	Lernende des Kindergartens und der Volksschule pro Abteilung	Anzahl			17.9	17.9	18	18
310KL0024	Lernende pro Vollzeitäquivalent (Betreuungsverhältnis inkl. Zusatzlektionen)	Anzahl	13.2	13.7	13.1	12.8	12.5	12.1
310KL0025	Beratungen durch das Inspektorat (Schulleitungen, Schulpflegen, Schulräte)	Anzahl	2'983	3'050	2'900	2'800	2'700	2'600
310KL0027	Einsätze im Zusammenhang mit der Aufsichtspflicht des Inspektorats	Anzahl	16	80	50	50	50	50
310KL0055	Einsätze des Inspektorats im Zusammenhang mit der externen Schulevaluation	Anzahl			85	90	95	100
310KL0032	Abgeschlossene Aufträge des Schulpsychologischen Dienstes (SPD)	Anzahl	5'104	4'150	4'900	4'800	4'800	4'800
310KL0056	Neuaufträge des Schulpsychologischen Dienstes (SPD)	Anzahl			5'000	4'800	4'800	4'800
310KL0049	Schulen mit integrativen Schulungsformen ISF (Stand jeweils 1. August)	Anzahl		161	201	207	215	215
310KL0050	Einschulungsklassen (von total 161 Abteilungen, Stand 2003)	Anzahl		135	145	145	145	145
310KL0051	Lernende in Kleinklassen	Anzahl		900	540	480	430	380
	Finanzkennzahlen							
310KF0010	Lohnkosten für Lehrpersonen der Volksschule (exkl. Sonderschule und Sprachheilwesen)	1'000 Fr.	742'189	719'612	760'379	777'543	789'307	811'199
310KF0011	Lohnkosten pro Lernende/r der Volksschule (exkl. Sonderschule und Sprachheilwesen)	Franken	10'445	10'280	10'787	11'093	11'272	11'557
310KF0012	Beitrag der Gemeinden an die Lohnkosten der Volksschule (exkl. Sonderschule und Sprachheilwesen, unter Berücksichtigung NFA ab 2008)	1'000 Fr.	154'464	129'557	141'311	151'868	155'679	160'183

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009 sowie KL0022: Die Lernendenzahlen sind gemäss der demografischen Entwicklung zurzeit höher als erwartet, sinken in den Planjahren gesamthaft bis 2013, steigen aber in den Folgejahren wieder an. Die Daten stammen aus der Schulentwicklungsprognose des statistischen Amts (Bevölkerungsprognose).

KL0023 und KL0024: Die geplante Revision des Lohndekrets Lehrpersonen (siehe auch KF0010) wird zu einer Anpassung der Unterrichtsverpflichtung und einer damit einhergehenden Erhöhung der Vollzeitstellen führen. Wegen des weiterhin steigenden Durchschnittsalters der Lehrpersonen und der damit verbundenen Altersentlastung beim Pensum, der vermehrt mehrklassig geführten Abteilungen, der vermehrten Einführung der integrativ geführten Schule, des weiteren Jahrgangs im Englischunterricht, der Einführung von Französisch und den Zusatzlektionen für Schulen mit übermässiger Belastung steigen die Vollzeitäquivalente an. Das Betreuungsverhältnis sinkt aus denselben Gründen entsprechend.

KL0025: Die Schulleitungen sind die ersten Ansprechpersonen des Inspektorats. Mit der weiterhin zunehmenden Kompetenz der Schulleitungen vor Ort wird mit einem Rückgang der Beratungsleistungen gerechnet.

KL0027: Die Schulleitungen und Schulpflegen können die zuständige Inspektoratsperson beauftragen, den Unterricht von Lehrpersonen zu beaufsichtigen und darüber schriftlich Bericht zu erstatten, sofern Qualitätsdefizite in der Unterrichtsführung vermutet werden. In Zukunft werden in dieser Kennzahl auch die durch mündliche Berichterstattung erledigten Aufsichtsfälle aufgeführt.

KL0032 und KL0056: Eine steigende Anzahl von Langzeitbegleitungen von behinderten Kindern (Casemanagementbegleitung des Schulpsychologischen Dienstes gemäss standardisiertem Abklärungsverfahren) und die zum Teil zunehmende Komplexität der Fragestellung (längere Bearbeitungszeit) werden in den nächsten Jahren die Anzahl von abgeschlossenen Fällen im Vergleich zu den Neuaufträgen beeinflussen. Mit der Zeit werden sich die Ein- und Austritte beim Casemanagement der behinderten Kinder ausgleichen. Der Aufnahme ins Casemanagement des SPD werden die Schulaustritte gegenüber stehen. Vorerst wird aber mit der Einführung des standardisierten Abklärungsverfahrens die Anzahl der Langzeitfälle steigen.

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0049 und KL0051: Die positiven Erfahrungen der integrativ geführten Schulen haben dazu geführt, dass dieser Weg von den Schulen konsequent verfolgt wird. Die Einführung erfolgt schneller als ursprünglich angenommen, die Lernendenzahlen bei den Kleinklassen gehen damit stetig zurück. (Gemäss GRB 2009-0357 vom 1. Dezember 2009 wurde das Ziel 310ZI0013 gelöscht und die Indikatoren werden hier neu als Leistungskennzahlen geführt.)

KL0050: Da Lernende in Einschulungsklassen andere besondere schulische Bedürfnisse aufweisen als Lernende in Kleinklassen, welche durch die vermehrt integrativ geführten Schulen in Regelklassen integriert werden können, wird in diesem Bereich wieder mit einem leichten Anstieg der Abteilungszahlen gerechnet.

KL0057: Ab 2011 wird eine neue Kennzahl geführt, welche im Gegensatz zu den Vollzeitäquivalenten (KL0023) und dem Betreuungsverhältnis (KL0024) relativ konstant bleibt, da diese unabhängig von weiteren schulischen Angeboten ist, wie z.B. der Einführung einer zusätzlichen Fremdsprache.

KF0010 bis KF0012: Im Februar 2011 soll das revidierte Lohndekret Lehrpersonen dem Grossen Rat vorgelegt und auf das Schuljahr 2011/2012 in Kraft gesetzt werden. Dies führt zu Mehrkosten von Fr. 10 Mio.. Die Gleichstellung der Lehrpersonen mit dem Verwaltungspersonal in Bezug auf die Ferienregelung schlägt mit einer Zunahme von ca. Fr. 6.2 Mio. zu Buche. Zusätzlich erhöhen sich die Kennzahlen aufgrund des weiterhin erwarteten Anstiegs des Durchschnittsalters und des damit zusammenhängenden höheren Lohnaufwands sowie der vermehrten mehrklassigen Abteilungsführung. Ab Schuljahr 2013/2014 erhalten stark belastete Gemeinden Zusatzlektionen. Der Beitrag aus dem NFA-Ausgleich wird im Jahr 2011 um Fr. 2.8 Mio. von Fr. 109.1 Mio. auf Fr. 106.3 Mio. reduziert. Im Folgejahr erfolgt eine weitere Anpassung, so dass der NFA-Ausgleich noch Fr. 95.9 Mio. für die Planjahre betragen wird.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
310ES0011	Qualitätsmanagement an den Volksschulen durch die Einführung eines Abschlusszertifikats Volksschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2008-2014 vom 25.11.2008)	2008	843	620	620	760		2'843
		2	Testlauf zum Abschlusszertifikat Volksschule an Pionierschulen	ab Mai 2006						
		3	Beschluss des GR über die Verlängerung des Testlaufs	2008						
		4	Durchführung des verlängerten und erweiterten Pilotbetriebs	2009-2012						
		5	Beschluss des GR über die definitive Einführung des Abschlusszertifikats	2012						
		6	Definitive Einführung ab Schuljahr 2013/2014 in Koordination mit den anderen Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz	2014						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
310ES0012	Einführung von Englisch an der Primarschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2007-1157 vom 19.06.2007)	2007	3'441	194	733	1'670		6'038
		2	Verabschiedung des Projektplans und Bewilligung des Globalkredits durch den RR	31.05.2006						
		3	Führung von 46 Pilotklassen für drei Jahre ab Schuljahr 2006/2007	2006						
		4	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	30.06.2007						
		5	Flächendeckende Einführung ab Schuljahr 2008/2009	2008						
		6	Unterricht an allen Primarschulen ab 3. Schuljahr	2012						
310ES0016	Einführung von Französisch an der Primarschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-2157 vom 20.01.2009, neuer Globalkredit geplant)	2008	62	724	0	800	1'953	3'539
		2	Vernehmlassung	31.12.2007						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	16.12.2008						
		6	Festlegung neuer Einführungszeitpunkt	31.07.2012						
		7	Neue Botschaft an den GR	31.12.2012						
		4	Nachqualifikation der Lehrpersonen	ab 2013						
		5	Flächendeckende Einführung von Französisch ab dem 5. Schuljahr	2013-2014						
310ES0017	Begabtenförderung	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)		0					0
		4	Ausweitung von Angeboten zur Begabtenförderung	2011						
		5	Angebote zur Begabtenförderung für alle Schülerinnen und Schüler zugänglich	2015						
310ES0018	Bildungsraum Nordwestschweiz (NWCH)	1	Nettoaufwand Globalkredit	2009	516	877	57	930		2'380
		2	Entwicklung des Programms für einen Bildungsraum NWCH	ab 2009						
		3	Regierungsvereinbarung mit den NWCH-Kantonen 31.12.2009	2009						
		5	Entwicklung gemeinsamer Bildungsbericht	2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
310ES0019	Entlastung der Lehrpersonen der Volksschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)		0		500	2'000		2'500
		2	Arbeitszeitstudie Lehrpersonen	30.11.2008						
		3	Umsetzung möglicher Massnahmen aus der Arbeitszeitstudie	ab 2011						
		4	Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs für beide Geschlechter mit verschiedenen Massnahmen	ab 2011						
310ES0021	Instrumentalunterricht	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	2014						
		3	Umsetzung ab Schuljahr 2015/16	2016						
310ES0022	NWCH EDK Beteiligung des Kantons Aargau an der Entwicklung eines einheitlichen Lehrplans der deutschsprachigen Kantone	1	Nettoaufwand Globalkredit	2007	148	242	165	419	12	986
		2	Erarbeitung der Grundlagen für den Deutschschweizer Lehrplan	2006-2008						
		3	Entwicklung des Deutschschweizer Lehrplans	2009-2015						
		4	Einführung des Deutschschweizer Lehrplans	2015-2016						
310ES0023	Stärkung der Volksschule	1	Nettoaufwand Globalkredit	2009		200	200	400		800
		2	Erarbeitung der Grundlagen	2010						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	2011						
		4	Volksabstimmung	2012						
		5	Umsetzung ab Schuljahr 2013/2014	2013						
310ES0026	Befristete Sofortmassnahme: Zusatzlektionen für Schulen mit übermässiger Belastung	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2010-0984 vom 30.11.2010)	2011			2'240	8'780		11'020
		2	Ausarbeitung Konzept	2010						
		3	Umsetzung ab Schuljahr 2011/2012	2011						
		4	Mehrsystemische Therapie	2011-2013						
		5	Schulung in Kleingruppen	2011-2014						
		6	Früherkennung und Frühintervention	2011-2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0011: Die am Testlauf beteiligten Schulen können den Versuch freiwillig verlängern. Die definitive Einführung wird mit dem Bildungsraum Nordwestschweiz koordiniert.

ES0016: Die Einführung des Französischunterrichts ab der 5. Primarklasse wird frühestens auf das Schuljahr 2013/2014 verschoben. Nach Möglichkeit wird die Einführung mit der Anpassung der Schulstruktur koordiniert. Der Aufwand für die Nachqualifikation der Lehrpersonen der Mittel- und Oberstufe und für die Lohnkosten bis zur flächendeckenden Einführung soll durch einen neuen Grosskredit abgedeckt werden.

ES0017: Unter diesem Entwicklungsschwerpunkt sind drei Teilbereiche abgebildet. Zum ersten die regionalen Angebote (§ 24 V besondere Bedürfnisse), welche Mathesupport, Schreibsupport, Robotik, Atelier bildnerisches Gestalten, Expedition Natur, Sportschule Buchs-Rohr, Schule und Spitzensport Niederlenz beinhalten. Weiter sind Gruppenangebote (§ 22 V besondere Bedürfnisse) enthalten: Schulen können eigene interdisziplinäre Gruppenangebote zur Begabtenförderung realisieren. Als drittes Element sind auch Einzelangebote (§ 23 V besondere Bedürfnisse) unter diesem Entwicklungsschwerpunkt zusammengefasst: Förderung im musikalischen Bereich (zusätzlicher Instrumentalunterricht), Einzelförderung zum Nacharbeiten von verpasstem Schulstoff für Leistungssportler mit sehr hohem Trainingsaufwand, Einzelfälle im kognitiven Bereich, die aufgrund besonderer Umstände nicht in Gruppenangeboten gefördert werden können.

ES0018: Dieser Entwicklungsschwerpunkt betrifft nicht nur den Aufgabenbereich 310 Volksschule, sondern auch den Aufgabenbereich 320 Berufsbildung und Mittelschule. Die eingestellten Finanzen umfassen den voraussichtlichen Anteil des Kantons Aargau an den gemeinsamen Entwicklungskosten, welcher aufgrund des Bevölkerungsanteils berechnet wird und sich auf 45 Prozent beläuft. Die Regierungsräte der vier Kantone NWCH haben entschieden, auf das Projekt "Lernen 21+" (Massnahme 4) zu verzichten, da zuerst laufende Schulentwicklungen konsolidiert werden sollen, bevor neue Projekte angegangen werden.

ES0019: In Zusammenarbeit mit den Kantonen des Bildungsraums NWCH wurden drei Handlungsfelder definiert, um dem Lehrpersonenmangel begegnen zu können. Es sollen Massnahmen bei der Rekrutierung junger Menschen, bei der Zulassung zur Grundausbildung und bei der Attraktivitätssteigerung entwickelt werden.

ES0021: Der heute nur auf der Oberstufe angebotene Instrumentalunterricht soll auf die ganze Volksschule ausgedehnt werden.

ES0023: Aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben zur Harmonisierung des Schulwesens und neuer pädagogischer Herausforderungen an den Schulen ergibt sich mehrfacher Handlungsbedarf. Es betrifft dies die Schulstruktur, das Kindergartenobligatorium und das Schuleintrittsalter. Zusätzlich sollen Schulen mit sozialer Belastung mehr Ressourcen erhalten und Real- und Sekundarschulen sollen in schwierigen Situationen entlastet werden.

ES0026: Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde aufgrund GRB 2009-0357 vom 1. Dezember 2009 aufgenommen. Die Umsetzung der Zusatzlektionen, welche in 310ES0023 zusammen mit weiteren Massnahmen ab Schuljahr 2013/2014 vorgesehen ist, soll beschleunigt werden.

Mit einer mehrsystemischen Therapie (Massnahme 4) soll das therapeutische Angebot während einer befristeten Schulung in Kleingruppen abgedeckt werden. Die Therapieform kann aber auch unabhängig davon zur Anwendung kommen, z.B. durch Zuweisung durch die Jugendanwaltschaft. Es wird mit den Jugendlichen und ihrem Umfeld (Familie, Schule, Kollegenkreis) gearbeitet. Massnahme 5: Jugendliche im Volksschulalter, die trotz Ausschöpfung der pädagogischen und disziplinarischen Massnahmen in einer Regelklasse vorübergehend nicht mehr tragbar sind, sollen neu befristet in regionalen Kleingruppen geschult werden können. Dazu soll ab Schuljahr 2011/12 ein dreijähriger Schulversuch durchgeführt werden. Dieser ist durch den Erziehungsrat zu bewilligen. Massnahme 6: Mit Massnahmen zur Früherkennung und Frühintervention können die dringlichsten Anliegen der Schulen mit übermässiger sozialer Belastung ohne Gesetzesänderung angegangen werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
310ZI0012	Die Schulen verfügen über ein System für Qualitätsentwicklung und -sicherung.	1	Schulen mit Hauptelementen des Qualitätsentwicklungs- und Qualitätssicherungsmodells an der Aargauer Volksschule (QUES Aargau) (von total 235 Schulen)	Anzahl	98	180	235	235	235	235
		5	Evaluierte Evaluationseinheiten (von total 372 Einheiten)	Anzahl	61	95	95	95	95	95
		6	5. Klässler, die den Leistungstest absolvieren	%			95	95	95	95
		7	8. Klässler, die den Leistungstest absolvieren	%			75	80	85	90
310ZI0025	Mit Früherkennung und Frühintervention werden Schulausschlüsse verhindert.	1	Schulausschlüsse bis 6 Wochen	Anzahl			75	70	70	70
		2	Schulausschlüsse über 6 Wochen	Anzahl			10	10	10	10

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0012In5: Der frühere Indikator 2 "extern evaluierte Schulen" wurde mit dem AFP 2009-2012 durch den neuen Indikator "evaluierte Schuleinheiten" ersetzt. Der Grosse Rat hat mit GRB 2007-1427 vom 27. November 2007 die ursprünglich geplante Anzahl evaluierter Schulen ab 2010 von 45 auf 60 erhöht. Diese 60 Schulen entsprechen 95 Evaluationseinheiten. Die Grössenunterschiede zwischen den einzelnen Schulen sind beträchtlich, weshalb die 235 Schulen entsprechend ihrer Grösse in 372 Evaluationseinheiten eingeteilt werden.

ZI0012In6 und 7: Im Budgetjahr wird mit einer Teilnahme am freiwilligen Leistungstest bei den 5. Klässlern von 95%, bei den 8. Klässlern von 75% gerechnet. Es wird davon ausgegangen, dass diese Prozentzahl bei den 5. Klässlern in den Folgejahren konstant bleiben, bei den 8. Klässlern jedoch weiter ansteigen wird.

ZI0025: Mit Massnahmen zu Früherkennung und Frühintervention können die dringlichsten Anliegen der Schulen mit übermässiger sozialer Belastung ohne Gesetzesänderung angegangen werden (vgl. ES0026Mn6). Die Schulausschlüsse haben in den letzten Jahren zugenommen. Mit dieser Massnahme soll eine weitere Zunahme vermieden werden.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Volksschule sind die Artikel 61a und 62 der Bundesverfassung und auf kantonaler Ebene das Schulgesetz, die Verordnung über die Volksschule, die Verordnung über die Schülerzahlen der Abteilungen und die Zuteilung der Lektionen an der Volksschule, die Verordnung zur geleiteten Schule und die Verordnung über die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen schulischen Bedürfnissen, worin die Einschulungs-, Klein- und Werkjahrklassen geregelt sind.

Das Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen, das Dekret über die Löhne der Lehrpersonen, die Verordnung über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen und das Gemeindebeteiligungsdekret regeln die Grundzüge der Rechtsverhältnisse zwischen dem Kanton, den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und den Lehrpersonen.

Der Aufwand des Aufgabenbereichs besteht zu 95 Prozent aus Lohnkosten für die Lehrpersonen. Die Steuerung der Finanzen des Aufgabenbereichs erfolgt primär über die vom Grossen Rat jährlich festzulegende prozentuale Veränderung der Löhne des Verwaltungspersonals und der Lehrpersonen. Der Grosse Rat beschliesst darüber mit der allgemeinen Veränderung der Lohnsumme, welche dem Grossen Rat jährlich als separater Antrag mit der Botschaft zum Aufgaben- und Finanzplan mit Budget unterbreitet wird. Die auf Dekretsstufe geregelten Lohnstufen der Lehrpersonen und der vom Grossen Rat festzulegende Prozentsatz der Gemeindebeteiligung an den Lehrerlöhnen sowie die auf Verordnungsstufe geregelten Eckwerte über die Abteilungsgrössen, die Schülerzahl pro Abteilung, die Lektionenverpflichtung und den Lehrplan (Fächerangebot, Stundentafel) sind mittel- bis langfristig steuerbar und erfordern eine Revision der rechtlichen Grundlagen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-792'253**	**-768'629**	**-813'147**	**5.8**	**-837'132**	**-847'237**	**-866'548**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**176'820**	**139'219**	**152'317**	**9.4**	**162'899**	**166'660**	**170'614**
Saldo Aufgabenbereich	**-615'433**	**-629'410**	**-660'830**	**5.0**	**-674'233**	**-680'577**	**-695'934**
Total Aufwand Globalbudget	-777'396	-752'173	-790'549	5.1	-807'476	-816'938	-851'182
Total Ertrag Globalbudget	174'288	136'027	147'586	8.5	158'026	160'905	168'868
Saldo Globalbudget	-603'108	-616'147	-642'962	4.4	-649'450	-656'032	-682'314
Total Aufwand Kleinkredite	-2'071	-4'545	-3'526	-22.4	-3'823	-2'412	-1'380
Total Ertrag Kleinkredite	63		75	-	180	180	105
Saldo Kleinkredite	-2'008	-4'545	-3'451	-24.1	-3'643	-2'232	-1'275
Total Aufwand Grosskredite	-12'376	-11'912	-19'072	60.1	-25'833	-27'888	-13'987
Total Ertrag Grosskredite	2'469	3'193	4'656	45.8	4'693	5'575	1'642
Saldo Grosskredite	-9'907	-8'719	-14'416	65.4	-21'140	-22'313	-12'345
Total Aufwand LUAE	-410						
Total Ertrag LUAE							
Saldo LUAE	-410						

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Englisch Primarschule	-8'174	-9'317	-13'935	49.6	-13'959	-14'131	-202
Total Ertrag Grosskredite Englisch Primarschule	2'469	3'193	4'656	45.8	4'693	4'754	
Saldo Grosskredite Englisch Primarschule	-5'705	-6'124	-9'279	51.5	-9'266	-9'377	-202
Total Aufwand Grosskredite Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige Kindergarten	-4'140	-1'871		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige Kindergarten							
Saldo Grosskredite Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige Kindergarten	-4'140	-1'871		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Französisch Primarschule	-62	-724	0	-100.0	0	-2'745	-5'090
Total Ertrag Grosskredite Französisch Primarschule						821	1'642
Saldo Grosskredite Französisch Primarschule	-62	-724	0	-100.0	0	-1'924	-3'449
Total Aufwand Grosskredite Checks und Aufgabensammlung*			-437	-	-624	-1'662	-1'995
Total Ertrag Grosskredite Checks und Aufgabensammlung*							
Saldo Grosskredite Checks und Aufgabensammlung*			-437	-	-624	-1'662	-1'995
Total Aufwand Grosskredite Schulsekretariat*			-2'800	-	-6'700	-6'700	-6'700
Total Ertrag Grosskredite Schulsekretariat*							
Saldo Grosskredite Schulsekretariat*			-2'800	-	-6'700	-6'700	-6'700
Total Aufwand Grosskredite Früherkennung und Frühintervention*			-1'900	-	-4'550	-2'650	
Total Ertrag Grosskredite Früherkennung und Frühintervention*							
Saldo Grosskredite Früherkennung und Frühintervention*			-1'900	-	-4'550	-2'650	

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)	-410						
Total Ertrag LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)							
Saldo LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)	-410						

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Im Februar 2011 soll das revidierte Lohndekret Lehrpersonen dem Grossen Rat vorgelegt und auf das Schuljahr 2011/2012 in Kraft gesetzt werden. Dies führt zu einer Erhöhung von Fr. 10 Mio.. Die Gleichstellung der Lehrpersonen mit dem Verwaltungspersonal in Bezug auf die Ferienregelung wird ebenfalls zu einer Zunahme von ca. Fr. 6.2 Mio. führen. Die prozentuale Lohnsummenveränderung unter Berücksichtigung des Mutationsgewinns beträgt beim Verwaltungspersonal 0,55 % und bei den Lehrpersonen 1,05 %. Beim Kindergarten ist ein Anstieg der Abteilungszahlen wegen der grösseren Anzahl an Kindergartenkindern und somit auch ein Anstieg der Lohnkosten in diesem Bereich zu verzeichnen. Bei den übrigen Schultypen ist trotz des steten Schülerrückgangs nicht mit einem sofortigen Rückgang bei den Abteilungszahlen zu rechnen, da die Schülerzahlen in den einzelnen Abteilungen nur marginal sinken und damit das Lehrerpensum nicht in jedem Fall verändern, respektive die Schülerzahlen ab 2014 wieder leicht ansteigen.

Kleinkredite

Ab 2011 wurden neue Kleinkredite in die Planung aufgenommen. Es betrifft dies den Ausbau des virtuellen Schulbüros, die Attraktivitätssteigerung Lehrberuf, die mehrsystemische Therapie und die befristete Schulung in Kleingruppen. Auf der anderen Seite fallen Kleinkredite wie 175 Jahre Volksschule und der Beitrag an die Rudolf-Steiner-Schule weg sowie die Koordination mit der Nordwestschweiz reduziert sich.

Grosskredite

Auf das Schuljahr 2011/12 erhöht sich die Jahrestranche des Grosskredits Englisch an der Primarschule, da Englisch nun auch flächendeckend im 6. Schuljahr (1. Oberstufe) angeboten wird.
Am 25. November 2008 wurde eine Motion (08.303) Martin Bhend betreffend Neuregelung der Besoldungen der Schulsekretariate überwiesen. Der Kanton soll verbindliche Vorgaben definieren und sich an den Besoldungen, die heute vollständig durch die Gemeinden finanziert werden, beteiligen.

Der Grosse Rat hat im AFP 2010-2013 einen neuen Entwicklungsschwerpunkt aufgenommen: 310ES0026 (GRB 2009-0357 vom 1. Dezember 2009). Die mit der Stärkung der Volksschule geplanten Zusatzlektionen sollen bereits ab Schuljahr 2011/12 ermöglicht werden. Mit Massnahmen zur Früherkennung und Frühintervention können die dringlichsten Anliegen der Schulen mit übermässiger sozialer Belastung ohne Gesetzesänderung angegangen werden.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Ab Schuljahr 2013/2014 sollen stark belastete Gemeinden im Projekt Stärkung Volksschule Zusatzlektionen erhalten. Aufgrund der prozentualen Lohnsummenentwicklung (abzüglich Mutationsgewinn) beim Verwaltungspersonal von 0,3% im Jahr 2012, 0,8 % im Jahr 2013 und 0,8 % im Jahr 2014, und bei den Lehrpersonen 0,8 % im Jahr 2012, 1,3 % im Jahr 2013 und 1,3 % im Jahr 2014 sowie wegen der höheren Kosten im Bereich integrative Schulungsformen steigt das Globalbudget an.

Kleinkredite

In den Planjahren laufen diverse Kleinkredite aus. Es sind dies Geleitete Schule, Lehreradministration, Stärkung Volksschule, Virtuelles Schulbüro und die mehrsystemische Therapie. Die übrigen Kleinkredite werden auch im 2014 weitergeführt werden.

Grosskredite

Am 25. November 2008 wurde eine Motion (08.303) Martin Bhend betreffend Neuregelung der Besoldungen der Schulsekretariate überwiesen. Der Kanton soll verbindliche Vorgaben definieren und sich an den Besoldungen, die heute vollständig durch die Gemeinden finanziert werden, beteiligen. Dem Grossen Rat wird dies im Zusammenhang mit der Revision des Lohndekrets Lehrpersonen zum Entscheid vorgelegt. Nach vier Jahren wird dieser Aufwand ins Globalbudget integriert.

Ab Schuljahr 2012/13 wird der Englischunterricht flächendeckend ab dem 3. Schuljahr bis zum 9. Schuljahr angeboten. Damit kann die Einführung abgeschlossen werden und der Lohnaufwand wird ab 2014 im Globalbudget geführt. Die Einführung des Französischunterrichts ab der 5. Primarklasse erfolgt auf das Schuljahr 2013/2014. Dazu ist ab Schuljahr 2013/2014 der Lohnaufwand in der Primarschule eingestellt. Der Aufwand für die Nachqualifikation der Lehrpersonen ist ab 2013 geplant. Nach der Volksabstimmung zur geplanten Änderung des Schulgesetzes aufgrund des Entwicklungsschwerpunktes Stärkung der Volksschule (vgl. ES0023) im März 2012 soll der Einführungszeitpunkt von Französisch an der Primarschule neu beurteilt werden. Es wird eine zeitliche Koordination mit der Einführung des Strukturwechsels angestrebt.

Mit der Einführung der Zusatzlektionen ab Schuljahr 2013/14 im Zusammenhang mit der Stärkung Volksschule endet die durch den Grossen Rat beschlossene vorgezogene Einführung. Deshalb fällt der Grosskredit ab 2014 weg.

*= Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Fördern, Schulen, Betreuen und Beschäftigen von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen in ambulanter oder stationärer Form zur schulischen, beruflichen und sozialen Integration.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**315**	**Sonderschulung, Heime, Werkstätten**
Produktegruppen	31510	Ambulante Dienste
	31520	Sonderschulung
	31530	Wohnen Kinder/Jugendliche
	31540	Wohnen Erwachsene
	31550	Arbeiten und Ausbildung Erwachsene
	31560	Kantonale Institutionen

UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton hat den Auftrag, die Schulung, Förderung, Ausbildung, Beschäftigung und Betreuung von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen mit einem bedarfsgerechten Angebot an Einrichtungen sicherzustellen. Angestrebt wird die schulische, berufliche und soziale Integration der betroffenen Menschen.

Förder- und Stützmassnahmen, Therapie- sowie Beratungsangebote sind wichtige Leistungen für eine erfolgreiche Entwicklung bzw. Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen. Die Nachfrage übersteigt bei der Mehrzahl der ambulanten Dienste die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Regelschule kann der Heterogenität der Lernenden auch mit Verstärkung der unterstützenden Massnahmen nur bis zu einem bestimmten Grad gerecht werden. Dies zeigt sich darin, dass die Zahl der Zuweisungen von Kindern und Jugendlichen in Sonderschulen stark zunimmt. Bei Kindern und Jugendlichen mit kognitiver Behinderung, mit einer Sprachbehinderung und mit erheblicher sozialer Beeinträchtigung ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Schulschwierigkeiten verbunden mit einem oft nicht tragfähigen Familiensystem sind der Hauptgrund für die Zuweisungen von Kindern und Jugendlichen mit erheblicher sozialer Beeinträchtigung in stationäre Einrichtungen. Diese Kinder und Jugendlichen können vermehrt auch über Wochenenden und in den Ferien nicht mehr von ihren Herkunftsfamilien betreut werden. Gleichzeitig ist auch das Bedürfnis für Plätze mit hoch strukturiertem sozialpädagogischem Angebot gross.

Die Lebenserwartung von behinderten Menschen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Da ein Platz in der Regel erst nach einem Todesfall für eine Neubelegung frei wird, kann der zusätzliche Bedarf nur in geringfügigem Mass mit dem bestehenden Angebot kompensiert werden. In den nächsten Jahren ist daher von einer weiteren Zunahme des Bedarfs an Wohn-, Werkstatt- und Beschäftigungs- bzw. Tagesstättenplätzen auszugehen. Der Alterungsprozess setzt bei vielen erwachsenen Menschen mit Behinderungen früh ein. Dies führt zu einem erhöhten Pflege- und Betreuungsaufwand.

In der Langzeitpsychiatrie der Klinik Königsfelden leben aktuell 84 Personen unter 65 Jahren mit chronifizierten psychischen Erkrankungen. Es ist beabsichtigt, für diese Menschen ausserhalb der Klinik adäquate Betreuungsangebote aufzubauen. Unter der Federführung des Departements Gesundheit und Soziales soll eine entsprechende Neukonzeption erarbeitet werden. Diese wird den Aufgabenbereich tangieren, weil zumindest ein Teil der neuen Angebote unter die Betreuungsgesetzgebung fallen wird. Die Auswirkungen können voraussichtlich im AFP 2012 bis 2015 aufgezeigt werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
315KU0019	Lernende des Kindergartens und der Volksschule inkl. Sonderschulung	Anzahl	72'910	71'890	72'456	72'065	72'009	72'186
	Leistungskennzahlen							
315KL0080	Aargauer Kinder und Jugendliche in Sonderschulen	Anzahl	1'852	1'890	1'965	1'975	1'985	1'995
315KL0081	Aargauer Kinder und Jugendliche in Wohneinrichtungen	Anzahl	719	692	733	743	753	753
315KL0082	Aargauer Erwachsene in Wohneinrichtungen	Anzahl	1'452	1'425	1'527	1'543	1'568	1'593
315KL0083	Aargauer Erwachsene in Werk- oder Beschäftigungsstätten	Anzahl	2'820	2'311	2'901	2'926	2'951	2'976

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Finanzkennzahlen							
315KF0025	Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkostenbeiträge) an ambulante Angebote, Sonderschulen und Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche	Mio. Fr.	187.2	205.4	202.2	207.3	211.1	214
315KF0026	Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkostenbeiträge) an Wohneinrichtungen und Arbeitsstätten für Erwachsene	Mio. Fr.	123.5	140.1	149.9	155.1	165.9	168.6
315KF0027	Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkostenbeiträge) an ambulante Angebote, Sonderschulen, Wohnheime und Arbeitsstätten (Total KF0025 und KF0026)	Mio. Fr.	310.7	345.5	352.1	362.4	377	382.6
315KF0028	Kantonsanteil an den Kosten (Restkosten) von ambulanten Angeboten, Sonderschulen, Wohneinrichtungen und Arbeitsstätten (60% von KF0027)	Mio. Fr.	186.4	207.3	211.3	217.5	226.2	229.5

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0080, KL0081; KL0082 und KL0083: Die Budget- und Planwerte werden jedes Jahr aufgrund der Kennzahlen aus der Berichterstattung des Vorjahrs neu beurteilt und darauf aufbauend den aktuellen Entwicklungen angepasst. Dadurch können Abweichungen zu den im AFP 2010 bis 2013 geplanten Kennzahlen entstehen.

KL0080 und KL0081: Aufgrund der Umfeldentwicklung ist auch in den nächsten Jahren mit einem zusätzlichen Bedarf an Tagessonderschulplätzen für Kinder und Jugendliche mit kognitiver Behinderung und mit einer Sprachbehinderung sowie mit zusätzlichen Plätzen sowohl in Tagessonderschulen als auch in stationären Sonderschulen für Kinder und Jugendliche mit erheblicher sozialer Beeinträchtigung zu rechnen.

KL0082: Im Anstieg von 75 Plätzen zwischen dem Jahresbericht 2009 und dem Budget 2011 ist das gemäss erstellter Bedarfsanalyse 2009 erwartete jährliche Wachstum von 25 Wohn- sowie Werkstatt- und Beschäftigungsplätzen für 2010 und 2011 enthalten. Hinzu kommen die Wohnplätze des Wohnhauses Aargau, das im August 2010 in Baden-Dättwil eröffnet wird.

KL0083: Die grosse Abweichung zwischen dem Budget 2010 und 2011 ist hauptsächlich auf verschiedene, per 2009 eingeführte Differenzierungen zurückzuführen, die bei den Leistungen vorgenommen worden sind. Die bisherige Leistung "Wohnen mit integrierter Beschäftigung" wird sowohl in der Kennzahl KL0082 als auch in der Kennzahl KL0083 erfasst. Im Unterschied zum Budget 2010, wo diese Angebotsdifferenzierungen noch nicht berücksichtigt sind, entsprechen die Kennzahlen des Jahresberichts 2009 bei Aargauer Personen sowohl in inner- als auch in ausserkantonalen Einrichtungen den neuen Strukturen. Im Anstieg von total 81 Werkstatt- und Beschäftigungsplätzen zwischen dem Jahresbericht 2009 und dem Budget 2011 ist das jährliche Wachstum von 25 Plätzen für die Jahre 2010 und 2011 enthalten. Hinzu kommen die Werkstatt- und Beschäftigungsplätze des Wohnhauses Aargau, das im August 2010 in Baden-Dättwil eröffnet wird.

KF0025, KF0026, KF0027 und KF0028: Die Kosten von ambulanten Angeboten, Sonderschulen, Wohneinrichtungen und Arbeitsstätten werden u.a. durch Pauschalbeiträge der kostenpflichtigen Gemeinden, Elternbeiträge, Beiträge der Erwachsenen sowie durch Individualleistungen der Invalidenversicherung und der Krankenkassen gedeckt. Die nicht durch diese Kostenpflichtigen finanzierten so genannten "Restkosten" werden nach § 24 Betreuungsgesetz gemeinsam vom Kanton (60%) und von den Gemeinden (40%) getragen. Der Begriff "Restkosten" hat sich aufgrund langjähriger Anwendung auf kantonaler Ebene etabliert.

Der Kostenanstieg zwischen der Rechnung 2009 und dem Budget 2011 entspricht den gemäss Leistungsverträgen mit den Aargauer Einrichtungen sowie den für ausserkantonalen Aufenthalte zu erwartenden Restkosten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Der Rückgang der Restkostenbeiträge zwischen dem Budget 2010 und dem Budget 2011 bei der Kennzahl KF0025 ist hauptsächlich auf tiefere Schülertransportkosten, im Budget nicht berücksichtigte Elternbeiträge und weitere Erträge wie Hilflosenentschädigungen sowie in einzelnen Einrichtungen auf eine tiefere Auslastung zurückzuführen. Diese Korrektur der Basis wurde für die Budgetierung 2011 und die Planjahre 2012 bis 2014 berücksichtigt. Der Rückgang der Restkosten ist jedoch nicht im gleichen Ausmass wie in der Rechnung 2009. Ein Teil davon wird für notwendige Angebotserweiterungen sowie für Angebotsoptimierungen benötigt.

KF0026: Im 2011 wird bei den Erwachseneneinrichtungen aufgrund der in den letzten zwei Jahren erfolgten Angebotsoptimierungen eine finanzielle Konsolidierung erwartet. Mit den eingestellten Mitteln im 2011 kann der angenommene Bedarf (KL0082 und KL0083) nur punktuell und vereinzelt berücksichtigt werden. Die in den Planjahren 2012 bis 2014 ansteigenden Aufwendungen beinhalten den zu erwartenden und im AFP 2010 bis 2013 berücksichtigten Kostenanstieg sowie den jährlichen gemäss Bedarfsanalyse zu erwartenden Ausbau an Plätzen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
315ES0014	Vorbereitung und Umsetzung NFA - Folgearbeiten NFA (Genehmigung des Behindertenkonzepts und des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2007-1423 vom 27.11.2007)	2007	644.7	175	175			994.7
		2	Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die kantonale Ausführungsgesetzgebung	2006						
		3	Anpassung der kantonalen Gesetzgebung gemäss NFA-Mantelerlasse	2007						
		4	Inkraftsetzung NFA	2008						
		5	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Regierungsrat	2010						
		6	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Bundesrat	2010						
		7	Genehmigung des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich	2012						
		8	Botschaft an den Grossen Rat zum Konkordat über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik	2015						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0014Mn1: Der Globalkredit von Fr. 1.16 Mio. wurde mit dem GRB 2007-1423 vom 27. November 2007 bewilligt. Der Terminplan für die Neuentwicklung der Business-Software für die Klientenbewirtschaftung und das Finanzcontrolling verzögerte sich aufgrund unerwarteter Umsetzungsprobleme. Die im Budget 2010 und 2011 eingestellten Kredittranchen werden für die weiteren Zahlungen für die neue Informatiklösung sowie für externe Fachpersonen zur Unterstützung bei der Erarbeitung des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich und des Behindertenkonzepts eingesetzt. Ab dem Planjahr 2012 ist der Entwicklungsschwerpunkt hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen (Kleinkredit) abgeschlossen und die Ausgaben für den jährlichen Unterhalt der Business-Software sind im Globalbudget eingestellt.

ES0014Mn5 und Mn6: Bei der Planung dieses Umsetzungsschrittes war noch nicht klar, ob das Behindertenkonzept im Sinne von § 12 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF; SAR 612.100) ein Planungsbericht wird, der wesentliche Veränderungen der Aufgaben im Bereich der Erwachseneneinrichtungen enthält und deshalb vom Grossen Rat zu genehmigen ist. Inzwischen steht fest, dass die Inhalte des Behindertenkonzepts keine Gesetzesänderungen notwendig machen. Mit der Schaffung des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz; SAR 428.500), das seit 1. Januar 2007 in Kraft ist, kann der Kanton Aargau die Vorgaben der Neugestaltung und des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Sachen Aufsicht, Planung, Steuerung und Finanzierung der Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten erfüllen. Die Genehmigung des Behindertenkonzepts liegt somit in der Kompetenz des Regierungsrats und ist anschliessend dem Bundesrat vorzulegen.

ES0014Mn7: Anstelle eines Sonderschulkonzepts mit Schwerpunkt im separativen Bereich wird ein Bericht unter Einbezug des gesamten sonderpädagogischen Bereichs erarbeitet. Je nach dem, ob der Bericht wesentliche Veränderungen der Aufgaben im sonderpädagogischen Bereich enthält, wird der Grosse Rat oder der Regierungsrat für die Genehmigung zuständig sein. Die abteilungsübergreifenden Arbeiten sind umfassender als ursprünglich angenommen. Der Endtermin ist neu auf 2012 vorgesehen.

ES0014Mn8 und Mn9: Die Frage des Beitritts zum Konkordat über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Sonderpädagogik-Konkordat) steht im Zusammenhang mit einem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Der Kanton Aargau wird vorläufig nicht beitreten und sich bis zum Jahr 2015 wieder mit der Beitrittsfrage beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt müssen die Kantone, die HarmoS ratifiziert haben, das Konkordat umgesetzt haben, und die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren wird aufgrund der dannzumaligen Situation über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Massnahme 9 erscheint daher nicht mehr.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
315ZI0029	Die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind optimal ausgelastet.	1	Durchschnittliche Normauslastung der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	%		96	96	96	96	96
315ZI0030	Die Einrichtungen für Erwachsene sind optimal ausgelastet.	1	Durchschnittliche Normauslastung der Einrichtungen für Erwachsene	%		98	98	98	98	98
315ZI0037	Die Einrichtungen erbringen ihre Leistungen gemäss der in der Betreuungsgesetzgebung vorgegebenen Qualität.	1	Durchgeführte Audits bei den Einrichtungen	Anzahl		17	18	13	10	14
		2	Anteil der auditierten Einrichtungen, in welchen die Entwicklungsschwerpunkte spätestens 2 Monate nach Abschluss der Audits vereinbart sind	%			95	95	95	95
315ZI0038	Das effektive Wachstum der Anzahl der Aargauer Erwachsene in Wohneinrichtungen und in Werk- oder Beschäftigungsstätten entspricht dem geplanten Wachstum.	1	Anteil effektives Wachstum am geplanten Wachstum in Wohneinrichtungen	%			100	100	100	100
		2	Anteil effektives Wachstum am geplanten Wachstum in Werk- oder Beschäftigungsstätten	%			100	100	100	100

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0029 und ZI0030: Mit den jährlichen Leistungsverträgen, die der Kanton mit den Einrichtungen abschliesst, werden die Vorgaben für die Auslastung (Normauslastung) festgelegt. Die Abgeltung pro Leistung wird mit dieser Normauslastung berechnet. Mit der Festlegung hoher Auslastungsvorgaben sinken die durchschnittlichen Kosten je verrechenbare Leistung. Für die Einrichtungen bedeutet eine hohe Normauslastung, dass sie freie Plätze sehr rasch wieder belegen müssen. Die abweichenden Auslastungsgrade zwischen Kinder- und Erwachsenenbereich berücksichtigen die Unterschiedlichkeit der Angebote und der Bedürfnisse der zu fördernden, zu therapierenden und zu betreuenden Menschen. Ursprünglich war vorgesehen, ab 2012 bei den Kinder- und Jugendeinrichtungen die durchschnittliche Normauslastung auf 97 % festzulegen. Es zeigte sich, dass bei Kinder- und Jugendeinrichtungen eine durchschnittliche Normauslastung von über 96 % den Belegungsdruck so verstärken würde, dass er die Qualität der Arbeit negativ beeinflusst. Beispielsweise würden Kinder und Jugendliche vermehrt ohne gründliche Abklärung aufgenommen. Die beiden Zielgrössen wurden im AFP 2010 bis 2013 neu aufgenommen, weshalb für die Jahresrechnung 2009 noch keine Werte abgebildet wurden.

ZI0037 In1: Das Ziel zur qualitativen Leistungserbringung durch die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche wird weitergeführt. Neben der Überprüfung im Rahmen der Berichterstattung findet bei den Kinder- und Jugendeinrichtungen in der Regel in einem 3- bis 4-Jahres-Turnus ein Audit statt, das durch externe Fachpersonen durchgeführt wird. Die Auditergebnisse führen zu Entwicklungsschwerpunkten bei den Einrichtungen, die in einem bestimmten Zeitraum umzusetzen sind und deren Einhaltung von der Abteilung Sonderschulung, Heime und Werkstätten überprüft wird. Für Erwachseneneinrichtungen werden noch die bisherigen Regelungen des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) zum Zertifizierungsverfahren angewendet. Das Ziel wird mit der Anzahl von Audits zu den Einrichtungen für Erwachsene ergänzt, sobald das Auditkonzept auch für diese Einrichtungen erstellt ist. Die Anzahl der durchgeführten Audits schwankt resp. sinkt, da diese ebenfalls wie im Aufgabenbereich 310 Volksschule in einem 4-jährigen und nicht mehr in einem 3-jährigen Turnus durchgeführt werden. Das Ziel wurde erstmals im AFP 2010 bis 2013 aufgenommen, weshalb für die Jahresrechnung 2009 noch keine Werte abgebildet wurden.

ZI0037 In2: Aufgrund der Ergebnisse aus den Audits werden mit den Einrichtungen Entwicklungsschwerpunkte vereinbart. Die unmittelbare Festlegung von Entwicklungsschwerpunkten trägt zur qualitativen Optimierung der Leistungen der Einrichtungen bei.

ZI0038: Im Budget 2011 und in den Planjahren wird mit einem jährlichen Wachstum von 25 Plätzen gerechnet (vgl. Kommentar zu 315KL0082). Das Ziel bildet den geplanten Bedarf an zusätzlichen Plätzen ab.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen sind die Art. 19, Art. 62 Abs. 3 und Art. 112b der Bundesverfassung, der Bundesbeschluss zur NFA, das Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG), das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, das kantonale Betreuungsgesetz und die dazugehörige Verordnung, die Sonderschulungsverordnung sowie die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE).

Der grösste Anteil der Finanzen des Steuerungsbereichs entfällt auf den Beitrag des Kantons an die Restkosten für Sonderschulung, Heime und Werkstätten (vgl. Kennzahl KF0027). Der Kantonsanteil an den Restkosten beträgt 60 % und entspricht knapp 96 % des Saldos des Aufgabenbereichs. Die Kostenentwicklung ist vom Bedarf für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen abhängig.

Die kostenauslösende Zuweisung der Kinder und Jugendlichen an die verschiedenen ambulanten Dienste, Sonderschulen und Wohneinrichtungen erfolgt durch Fachärzte beziehungsweise die zuständige Schulpflege, die Vormundschaftsbehörde oder den zuständigen Gemeinderat. Bei den erwachsenen Menschen kommt ein Eintritt in eine Einrichtung unter Berücksichtigung der Beeinträchtigung und nach Massgabe der verfügbaren Plätze sowie dem Recht nach freier Wohnsitzwahl durch einen Aufnahmevertrag zwischen der Einrichtung und den betroffenen Menschen beziehungsweise deren gesetzlicher Vertretung zu Stande.

Der Grosse Rat kann die Finanzen über die Festlegung der Auslastungsvorgaben für die Einrichtungen steuern. Die durchschnittlichen Kosten je verrechenbare Leistung verändern sich je nach den Vorgaben für die Auslastung der Einrichtungen. Diese müssen freie Plätze umso rascher wieder belegen, je höher die Auslastungsvorgaben (Normauslastung) sind. Die Normauslastung wird mit den jährlichen Leistungsverträgen festgelegt, die der Kanton mit den Einrichtungen abschliesst.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-350'751**	**-412'918**	**-379'495**	**-8.1**	**-386'653**	**-399'911**	**-405'542**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**145'050**	**193'444**	**160'168**	**-17.2**	**163'808**	**169'766**	**171'997**
Saldo Aufgabenbereich	**-205'701**	**-219'474**	**-219'328**	**-0.1**	**-222'845**	**-230'145**	**-233'545**
Total Aufwand Globalbudget	-345'652	-408'352	-376'220	-7.9	-383'553	-396'811	-402'442
Total Ertrag Globalbudget	140'806	189'453	157'068	-17.1	160'708	166'666	168'897
Saldo Globalbudget	-204'846	-218'899	-219'153	0.1	-222'845	-230'145	-233'545
Total Aufwand Kleinkredite	-1'847	-1'561	-175	-88.8			
Total Ertrag Kleinkredite	992	986		-100.0			
Saldo Kleinkredite	-855	-575	-175	-69.6			
Total Aufwand LUAE	-3'253	-3'005	-3'100	3.2	-3'100	-3'100	-3'100
Total Ertrag LUAE	3'253	3'005	3'100	3.2	3'100	3'100	3'100
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Betriebsbeitrag Bundesamt für Justiz	-3'253	-3'005	-3'100	3.2	-3'100	-3'100	-3'100
Total Ertrag LUAE Betriebsbeitrag Bundesamt für Justiz	3'253	3'005	3'100	3.2	3'100	3'100	3'100
Saldo LUAE Betriebsbeitrag Bundesamt für Justiz	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die ab der Jahresrechnung 2009 neu angewandte Kostenrechnungsstruktur bewirkt, dass für die vollständige Abbildung der Restkostenbeiträge die Löhne für die im Rahmen des Pensenpools angestellten Sprachheilfachpersonen und für die Lehrpersonen der von Trägergemeinden geführten Sonderschulen nicht mehr saldoneutral im Aufwand und Ertrag umgebucht werden müssen (rund Fr. 37 Mio.). Diese buchungstechnische Anpassung führt im Budget 2011 und den Planjahren ebenfalls zu einer saldoneutralen Reduktion beim Aufwand und Ertrag.

Der Kostenanstieg zwischen der Rechnung 2009 und dem Budget 2011 entspricht den gemäss Leistungsverträgen mit den Aargauer Einrichtungen sowie den für ausserkantonale Aufenthalte zu erwartenden Restkosten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Darin enthalten sind zudem notwendige Angebotserweiterungen sowie Angebotsoptimierungen. Der Anstieg der Restkosten zwischen dem Budget 2010 und dem Budget 2011 beinhaltet die kantonale Lohnsummenentwicklung sowie einen tieferen Anstieg der Sachkosten als im Budget 2010 angenommen (vgl. Kennzahl KF0027). Dies ist hauptsächlich auf tiefere Schülertransportkosten, im Budget 2010 nicht berücksichtigte Elternbeiträge und weitere Erträge wie Hilflosenentschädigungen zurückzuführen (vgl. Finanzkennzahl KF0025).

Kleinkredite

Die Abweichung gegenüber der Rechnung 2009 zum Budget 2011 entspricht der Kreditübertragung aus dem Vorjahr für die im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts geplante Informatiklösung. Die Umsetzung ist zeitlich aufwändiger als erwartet. Die Einführung verzögert sich dadurch um ein Jahr auf Anfang 2011.

Der Minderaufwand und -ertrag des Budgets 2011 gegenüber dem Budget 2010 ist auf die Überführung von zwei Kleinkrediten für Cafeteriabetriebe des Zentrums für Arbeit und Beschäftigung (ZAB) sowie für die Leistungsabgeltung an die SVA ins Globalbudget zurückzuführen. Gleichzeitig wird im Frühling 2011 die neue Informatiklösung eingeführt, was zu entsprechend tieferen Programmieraufwendungen gegenüber den Vorjahren führt.

LUAE

Das Bundesamt für Justiz (BJ) legt die maximalen Betriebsbeiträge für die von ihm anerkannten Kinder- und Jugendeinrichtungen Ende 2010 im Rahmen der neuen Leistungsvereinbarung 2011 bis 2014 fest. Es wird erwartet, dass sich die Maximalbeträge im gleichen Rahmen wie bisher bewegen. Höhere Betriebsbeiträge reduzieren bzw. tiefere Betriebsbeiträge des BJ erhöhen die Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die betroffenen Einrichtungen (Restkosten).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die in den Planjahren 2012 bis 2014 ansteigenden Aufwendungen beinhalten den zu erwartenden und im AFP 2010 bis 2013 berücksichtigten Kostenanstieg und den geplanten Ausbau bei den Angeboten.

Kleinkredite

Die Aufwendungen und Erträge aller Cafeteriabetriebe des Zentrums für Arbeit und Beschäftigung (ZAB), die Abgeltung für die Berechnung der individuellen Leistungskraft gemäss Leistungsvertrag mit der Sozialversicherungsanstalt Aargau (SVA) und die Unterhaltsaufwendungen für die neue Informatiklösung sind ab 2012 im Globalbudget enthalten, weshalb ab den Planjahren keine Kleinkredite mehr eingestellt sind.

LUAE

Das Bundesamt für Justiz (BJ) legt die maximalen Betriebsbeiträge für die von ihm anerkannten Kinder- und Jugendeinrichtungen Ende 2010 im Rahmen der neuen Leistungsvereinbarung 2011 bis 2014 fest. Es wird erwartet, dass sich die Maximalbeträge im gleichen Rahmen wie bisher bewegen. Höhere Betriebsbeiträge reduzieren bzw. tiefere Betriebsbeiträge des BJ erhöhen die Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die betroffenen Einrichtungen (Restkosten).

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vermitteln von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem sinnschaffenden und motivierenden Lernklima in der leistungsorientierten Sekundarstufe II. Die Lernenden erwerben die Grundlage für ihren Studien-, Berufs- und Lebenserfolg.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**320**	**Berufsbildung und Mittelschule**
Produktegruppen	32010	Berufsvorbereitung
	32020	Berufliche Grundbildung
	32030	Höhere Berufsbildung / Weiterbildung
	32040	Mittelschulbildung

UMFELDENTWICKLUNG

Mit dem Angebot an weiterführenden Schulen will der Kanton allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Abschluss ermöglichen, der für das Berufsleben oder die Hochschule qualifiziert. Der qualifizierte berufliche und akademische Nachwuchs ist essentiell für die Entwicklung von Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft und stärkt den Kanton als attraktiven Wirtschaftsstandort.

Die Ausrichtung der Lehrgänge auf die gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Entwicklung wird konsequent fortgesetzt. Angesichts der demografischen Entwicklung wird die Sicherstellung von qualifiziertem beruflichem und akademischem Nachwuchs künftig eine grosse Herausforderung für die Gesellschaft und insbesondere das Bildungssystem auf der Sekundarstufe II darstellen. Der Bereich Gesundheit und Soziales wird aufgrund der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen erhöhten Bedarf an Ausbildungsplätzen für Fachkräfte überdurchschnittlich von dieser Entwicklung betroffen sein.

Die Unterstützung der Jugendlichen beim Übertritt von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II und die gegebenenfalls notwendige Betreuung bis zum Abschluss auf Sekundarstufe II werden angesichts steigender Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der angespannten Wirtschaftslage und der damit verbundenen Unwägbarkeiten zunehmend anspruchsvoller.

Der hohen Innovationsgeschwindigkeit der Wirtschaft und der Wissenschaft muss mit der laufenden Anpassung der Bildungsgänge weiterhin Rechnung getragen werden. In diesem immer stärker wissens- und innovationsorientierten Umfeld kommt der Höheren Berufsbildung, welche die höheren Fachschulen (HF), die eidgenössisch höheren Fachprüfungen (HFP) sowie die eidgenössischen Berufsprüfungen (BP) umfasst, eine wichtige volkswirtschaftliche und arbeitsmarktliche Bedeutung zu. Die Inhalte der Bildungsgänge werden durch die Organisationen der Arbeitswelt definiert, was die bedarfsgerechte Ausbildung und die hohe Akzeptanz innerhalb der Wirtschaft erklärt. Die Finanzierung soll auf Bundesebene geregelt werden.

Die interkantonale Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz wird gestützt auf den Bildungsrahmenartikel der Bundesverfassung auf der Grundlage der Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz weiter gepflegt.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
320KU0010	Lernende des 9. Schuljahrs	Anzahl	6'773	6'900	6'700	6'500	6'300	6'200
320KU0011	Lehrstellen	Anzahl	17'432	17'400	17'400	17'400	17'400	17'400
	Leistungskennzahlen							
320KL0043	Lernende in der Berufsvorbereitung (nur Kantonale Schule für Berufsbildung KSB)	Anzahl	856	1'050	800	750	750	750
320KL0044	Lernende in der beruflichen Grundbildung (Gewerbe/Industrie, KV/Detailhandel, Gesundheit/Soziales Sekundarstufe II)	Anzahl	16'352	16'200	16'100	16'000	15'900	15'700
320KL0045	Studierende an kantonalen höheren Fachschulen (HF) - Schweizerische Bausschule Aarau (SBA) und Höhere Fachschule für Gesundheit und Soziales (HFGS)	Anzahl	1'612	1'900	931	1'015	1'083	1'083
320KL0036	Lernende an den Tagesmittelschulen (Gymnasium, FMS, HMS, IMS)	Anzahl	5'045	4'893	5'254	5'269	5'300	5'350
320KL0073	Lernende an der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene (AME) (Maturitätslehrgang, Passerelle, Vorkurs Pädagogik)	Anzahl	298	283	355	395	395	395
320KL0060	Berufsmaturitätsquote	%	10.4	11.5	11	11.1	11.3	11.4
320KL0061	Gymnasiale Maturitätsquote	%	14.3	14.5	14.5	14.7	14.8	15
	Finanzkennzahlen							
320KF0022	Kosten pro Lernende/r in der Berufsvorbereitung (nur Kantonale Schule für Berufsbildung KSB)	Franken	17'594	12'729	15'555	15'916	16'160	16'374
320KF0023	Kostenanteil des Kantons an den Kosten pro Lernende/r in der beruflichen Grundbildung (Gewerbe/Industrie, KV/Detailhandel, Gesundheit/Soziales Sekundar-stufe II)	Franken	4'845	4'464	4'297	4'401	4'468	4'693
320KF0018	Kosten pro Lernende/r an der Tagesmittelschule (Gymnasium, FMS, HMS, IMS)	Franken	18'515	18'619	18'603	18'738	18'709	18'662
320KF0030	Kosten pro Lernende/r an der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene (AME) (Maturitätslehrgang, Passerelle, Vorkurs Pädagogik)	Franken	7'262	5'728	5'771	5'806	5'989	6'088

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0011: Die für 2011 und die Planjahre aufgezeigte Lehrstellenentwicklung beruht auf Schätzungen auf der Grundlage der abgeschlossenen Lehrverträge. Aufgrund der Eignung oder anderweitigen Berufswünschen der Lehrstellensuchenden können jeweils nicht alle vorhandenen Lehrstellen vergeben werden.

KL0036: Die Planung ab 2011 wird aufgrund der grossen Zahl von Anmeldungen an die Mittelschulen 2010, die unter anderem auf die Fricktaler Regelung zurückzuführen ist, angepasst. Der Budgetwert 2010 wurde zu tief angesetzt.

KL0043: Der Budgetwert 2011 und die Planwerte konnten aufgrund der geringeren Anzahl Anmeldungen an die KSB und der demografischen Entwicklung tiefer angesetzt werden als der Jahresberichtswert 2009 und das Budget 2010.

KL0044: Die Anzahl der Lernenden im Bereich Gesundheit und Soziales wird ansteigen. Entsprechend der demografischen Entwicklung wird gesamthaft jedoch von sinkenden Lernendenzahlen ausgegangen.

KL0045: In der Kennzahl wird neu die Anzahl der Studierenden an der Schweizerischen Bauschule Aarau (SBA) und der Höheren Fachschule für Gesundheit und Soziales (HFGS) ausgewiesen. Die aargauischen Teilnehmenden an Kursen für Berufsbildner/innen sind in der Kennzahl nicht mehr enthalten. Basierend auf der neuen Definition gelten die folgenden Werte: Jahresbericht 2009: 816 Studierende, Budget 2010: 800 Studierende.

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN
KL0046 und KF0025 gemäss AFP 2010-2013: Die bisherigen Kennzahlen "Lernende an den Mittelschulen (Tagesmittelschulen und Aargauische Maturitätsschule für Erwachsene AME)" und "Kosten pro Lernende/r an der Mittelschule" werden nicht weitergeführt. Um die Steuerbarkeit zu optimieren werden neu die Lernenden an den Tagesmittelschulen (KL0036) und die Lernenden an der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene (AME) (KL0073) mit den entsprechenden Kosten pro Lernende/r (KF0018 und KF0030) separat ausgewiesen.
KL0060 und KL0061: Die Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) sind jeweils erst mit etwa einem Jahr Verzögerung erhältlich und lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresberichts noch nicht vor. Die Angaben zur Berufsmaturitätsquote und zur gymnasialen Maturitätsquote in der Spalte Jahresbericht 2009 entsprechen den definitiven Zahlen des BFS für das Jahr 2008. Gesamtschweizerisch lag die durchschnittliche Berufsmaturitätsquote bei 12.0 Prozent, die durchschnittliche gymnasiale Maturitätsquote bei 19.7 Prozent.
KL0073: Die Anzahl der Lernenden in der Passerelle und im Vorkurs Pädagogik wird aufgrund der grossen Beliebtheit der Angebote ansteigen. Der Budgetwert 2010 wurde zu tief angesetzt.
KF0022: Die konsequente Umsetzung des Lektionenfaktors von 2.7 gemäss Verordnung über die Kantonale Schule für Berufsbildung führt zu einer Verringerung der Kosten pro Lernende/r gegenüber dem Jahresberichtswert 2009. Der Budgetwert 2010 wurde zu tief angesetzt.
KF0023: Die Erhöhung der Bundespauschale für die Berufliche Grundbildung ab 2011 führt zu einer Verringerung des Kostenanteils des Kantons pro Lernende/r gegenüber dem Jahresberichtswert 2009 und dem Budgetwert 2010.
KF0030: Die Zunahme der Anzahl Lernende in den gegenüber dem Maturitätslehrgang günstigeren Bildungsgängen Passerelle und Vorkurs Pädagogik führt zu einer Verringerung der Kosten pro Lernende/r gegenüber dem Jahresberichtswert 2009.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
320ES0020	Förderung von Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2005-0107 vom 28.06.2005, GRB 2007-1168 vom 26.06.2007, GRB 2008-2014 vom 25.11.2008, GRB 2009-0106 vom 23.06.2009)	2007	1'956	3'287	3'244			8'487
		2	Verabschiedung des Konzepts zur Förderung von Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch den RR	30.04.2005						
		3	Umsetzung des Konzepts bzw. der Teilprojekte	ab 01.05.2005						
		4	Schlussbericht mit Auswertung der Massnahmen und Anträge über das weitere Vorgehen	2009						
		5	Folgemassnahmen zur Lehrstellenförderung	ab 2010						
		6	Umsetzung der Bundesvorgaben zum Case Management Berufsbildung	2008-2011						
		7	Umsetzung des Coachings von Lehrverhältnissen für alle Berufe im Pilotbetrieb	2010-2011						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
320ES0023	Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrigen kantonalen Schulen (externe Schulevaluation)	1	Nettoaufwand Globalkredit	2006	539	0	0	0		539
		2	Konzepterarbeitung für die verschiedenen Bereiche	ab 2005						
		3	Schaffung der rechtlichen Grundlagen mit Leistungsvereinbarungen	2007						
		4	Umsetzung der Konzepte an den Schulen	2012						
320ES0040	Begabtenförderung in der Berufs- und Allgemeinbildung	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-0092 vom 23.06.2009, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2005	656	855	758	2'212		4'481
		2	Konzept und Umsetzung Begabtenförderung in der Berufs- und Allgemeinbildung	ab 2010						
		3	Konzept und Umsetzung weiterer Massnahmen zur Erhöhung der Bildungschancen	ab 2012						
		4	Evaluation und Folgemassnahmen	ab 2014						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0020: Die Aufwendungen für die Umsetzung der Bundesvorgaben zum Case Management Berufsbildung sowie die Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur werden im Entwicklungsschwerpunkt ausgewiesen. Das vom Grossen Rat im Rahmen der Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossene Coaching von Lehrverhältnissen für alle Berufe wird während zwei Jahren als Pilotprojekt betrieben.

ES0023: Das Projekt kann aufgrund der Verschiebung des Evaluationszeitpunkts der Schweizerischen Bauschule Aarau erst 2012 abgeschlossen werden.

ES0024 und ES0036 gemäss AFP 2010-2013: Bei der Bearbeitung der Entwicklungsschwerpunkte "Begabtenförderung" und "Annäherung der Maturitätsquote an den schweizerischen Durchschnitt" wurde ersichtlich, dass alle dazugehörenden Massnahmen die gleichen Anliegen verfolgen: die Begabtenförderung. Die Förderung von Begabten dient der Optimierung der Bildungschancen der Aargauer Bevölkerung und der bestmöglichen Nutzung des vorhandenen Bildungspotentials. Die beiden Entwicklungsschwerpunkte wurden deshalb im neuen Entwicklungsschwerpunkt ES0040 "Begabtenförderung in der Berufs- und Allgemeinbildung" zusammengefasst. Bei der Zusammenfassung wurde gleichzeitig eine Bereinigung der Massnahmen vorgenommen: nicht in den neuen Entwicklungsschwerpunkt überführt wurden abgeschlossene Massnahmen, die im Basisgeschäft des Aufgabenbereichs weitergeführt werden (Spitzensport Mittelschule und Berufsbildung, Einführung Fachmaturität Pädagogik, Implementierung Informatikmittelschule mit Berufsmaturität, Einführung Fricktaler Regelung, Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität, Optimierung der Entscheidungsprozesse).

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
320ZI0023	Besonders begabte Lernende werden entsprechend ihren Bedürfnissen und den vorhandenen Ressourcen gefördert.	3	Geförderte Begabte im Sport und Instrumentalunterricht	Anzahl	77	90	132	133	134	135
		4	Lernende, die die zweisprachige Matur anstreben	Anzahl	871	906	920	933	947	962
320ZI0024	Die Mittelschulabbrüche und die Lehrvertragsauflösungen sind reduziert.	1	Abbrecher/innen der Mittelschulen	Anzahl	127	78	90	90	90	85
		2	Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	1'246	1'200	1'175	1'150	1'125	1'110
320ZI0025	Die Qualität bei den Anbietern in der beruflichen Praxis ist sichergestellt.	1	Besuche durch Berufsinspektor/innen	Anzahl	810	825	825	825	825	825
320ZI0026	Die Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrigen kantonalen Schulen verfügen über ein System für Qualitätsentwicklung und -sicherung.	3	Extern evaluierte Schulen pro Jahr (von total 24 Schulen)	Anzahl	6	5	1	1	4	4

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0023In1 und In2 gemäss AFP 2010-2013: Die bisherigen Indikatoren "Berufsmaturitätsquote" und "Gymnasiale Maturitätsquote" werden nicht weitergeführt, da sie sich aufgrund schwer abzuschätzender Entwicklungen (z.B: Migrationsbewegungen) bei der 19 bzw. 21-jährigen Wohnbevölkerung (Berechnungsbasis) als nicht geeignet für die Messung der Zielerreichung erwiesen haben. Die Berufsmaturitätsquote und die gymnasiale Maturitätsquote werden neu als Leistungskennzahlen abgebildet.

ZI0023In3: Die Anzahl geförderter Begabter im Sport in der Berufsbildung wird nach Überführung des Projekts in das Basisgeschäft des Aufgabenbereichs zusätzlich zu den geförderten Begabten im Sport und im Instrumentalunterricht an den Mittelschulen im Indikator abgebildet.

ZI0023In4: Die Bezeichnung des Indikators wurde präzisiert.

ZI0024In1: Der Rückgang ab 2010 ist auf eine Präzisierung des Indikators zurückzuführen. Neu werden Sprachaufenthalte mit einer Rückkehr an die Mittelschule, Schulwechsel infolge Umzugs und Übertritte in die Fach- oder Handelsmittelschule nicht mehr als Abbrüche erfasst.

ZI0024In2: Die Auflösung eines Lehrvertrags bedeutet nicht zwangsläufig auch einen endgültigen Abbruch der Ausbildung auf Sekundarstufe II, sondern hängt häufig mit einen Wechsel des Berufs oder des Lehrbetriebs zusammen.

ZI0026In3: An allen Schulen wird bis ins Jahr 2012 erstmals eine externe Schulevaluation durchgeführt worden sein. Aufgrund der Abstimmung auf schulische Aktivitäten wird damit die 1. Runde der Evaluationen ein Jahr später als ursprünglich vorgesehen abgeschlossen werden können. Im Hinblick auf die Fortsetzung der externen Schulevaluation soll die 1. Runde evaluiert werden. In der Evaluationsperiode 2011/2012 wird darauf verzichtet, die Institutionen ein zweites Mal extern zu evaluieren.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind der Art. 63 der Bundesverfassung, das Bundesgesetz und die dazugehörende Verordnung über die Berufsbildung, das Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen (FMS), der Rahmenlehrplan für FMS sowie das Reglement über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR), das Schulgesetz, das Gesetz und die Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung sowie die Dekrete und Verordnungen über die verschiedenen Schulen und die Lehrpersonenbesoldung. Interkantonale Abkommen regeln die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und die Finanzierung.

Die Ausgestaltung der Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung liegt in der Kompetenz und Verantwortung der Organisationen der Arbeitswelt (OdA) und des Bundes (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, BBT), welcher die Verordnungen über die berufliche Grundbildung (VObeG) erlässt.

Die Berufsbildung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, den Kantonen und den OdA und daher auch interkantonal stark verflochten. Die interkantonalen Vereinbarungen sind deshalb von grosser Bedeutung. Handlungsspielraum besteht auf kantonaler Ebene insbesondere bei der Standortfrage der Berufsfachschulen, wodurch indirekt die Abteilungsgrössen und das Raumangebot und somit die Kostenentwicklung beeinflusst werden können.

Der Grosse Rat kann im Bereich der Mittelschulbildung auf der strategischen Ebene über die Führung oder den Verzicht der Führung eines Ausbildungstypus oder einer Bildungsinstitution entscheiden. Der Regierungsrat kann im Rahmen der grossrätlichen Entscheide die Ausbildungsgänge (Stundentafel und Lehrpläne) ausgestalten. Die Steuerung der Kosten bei den Mittelschulen kann über die Abteilungsgrössen, die Pflichtpensen der Lehrpersonen und die Ausgestaltung der Stundentafeln beeinflusst werden. 80 bis 90 Prozent der Betriebsausgaben der Bildungsinstitutionen bestehen aus Lohnkosten für Lehrpersonen.

Auf der Sekundarstufe II wirken sich strategische Entscheide nicht nur direkt auf die Sicherung des qualifizierten beruflichen und akademischen Nachwuchses aus, sondern haben auch eine sozialpolitische und sozioökonomische Bedeutung. Jeder und jede lernfähige und lernwillige Jugendliche, der/die keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II absolvieren kann, die für das Berufsleben oder den Besuch einer Hochschule qualifiziert, löst mit hoher Wahrscheinlichkeit soziale Kosten aus, die höher als Ausbildungskosten sind und damit die Volkswirtschaft und die Gesellschaft belasten. Steuerungsmassnahmen (Reduktion oder Ausweitung der Angebote) wirken sich systembedingt erst mit Verzögerung aus.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-307'070**	**-304'289**	**-311'238**	**2.3**	**-312'584**	**-315'845**	**-319'610**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**78'916**	**78'917**	**86'317**	**9.4**	**86'226**	**86'098**	**86'415**
Saldo Aufgabenbereich	**-228'154**	**-225'372**	**-224'921**	**-0.2**	**-226'357**	**-229'747**	**-233'195**
Total Aufwand Globalbudget	-289'473	-284'746	-292'616	2.8	-296'070	-299'090	-302'457
Total Ertrag Globalbudget	68'457	70'167	77'557	10.5	77'801	77'678	77'995
Saldo Globalbudget	-221'016	-214'579	-215'059	0.2	-218'269	-221'412	-224'462
Total Aufwand Kleinkredite	-4'643	-6'447	-5'685	-11.8	-1'563	-1'152	-812
Total Ertrag Kleinkredite	1'946	350	360	2.9	25	20	20
Saldo Kleinkredite	-2'696	-6'097	-5'325	-12.7	-1'538	-1'132	-792
Total Aufwand LUAE	-12'955	-13'096	-12'937	-1.2	-14'951	-15'603	-16'341
Total Ertrag LUAE	8'513	8'400	8'400	0.0	8'400	8'400	8'400
Saldo LUAE	-4'442	-4'696	-4'537	-3.4	-6'551	-7'203	-7'941

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	-4'601	-4'696	-4'537	-3.4	-6'551	-7'203	-7'941
Total Ertrag LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	159						
Saldo LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	-4'442	-4'696	-4'537	-3.4	-6'551	-7'203	-7'941
Total Aufwand LUAE Interkant. Lastenausgl. duale Berufslehre	-8'354	-8'400	-8'400	0.0	-8'400	-8'400	-8'400
Total Ertrag LUAE Interkant. Lastenausgl. duale Berufslehre	8'354	8'400	8'400	0.0	8'400	8'400	8'400
Saldo LUAE Interkant. Lastenausgl. duale Berufslehre	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Zunahme von Abteilungen an verschiedenen Mittelschulen und anderen kantonalen Schulen führt zu einer Zunahme des Aufwands von Fr. 4.8 Mio. Aufgrund der effektiven Rechnungswerte 2009 mussten die Beiträge an überbetriebliche Kurse, an die Prüfungskosten der Lehrabschlussprüfungen sowie an die nichtkantonalen Berufsfachschulen um Fr. 2.6 Mio. erhöht werden. Die restliche Zunahme der Ausgaben (Fr. 470'000) setzt sich aus vielen Einzelpositionen zusammen.

Die Budgetplanung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) sieht für das Jahr 2011 erhöhte Bundesbeiträge an die Berufsbildung vor (Fr. 5.8 Mio.). Die Gemeindebeiträge steigen aufgrund höherer Schülerzahlen an der Berufsfachschule für Gesundheit und Soziales (BFGS) um Fr. 1.2 Mio. an. Der Gemeindebeitrag pro Schüler von Fr. 4'821 pro Jahr bleibt unverändert. Verschiedene Einnahmen, insbesondere Schulgelder, stiegen aufgrund von Anpassungen an die Rechnungswerte 2009 um Fr. 390'000.

Kleinkredite

Zwei Projekte an der Höheren Fachschule für Gesundheit und Soziales (HFGS) laufen per Ende 2010 aus (Minderaufwand von Fr. 285'000). Zudem ist die für das Jahr 2011 vorgesehene Tranche des Konjunkturprogramms gegen die Jugendarbeitslosigkeit um Fr. 400'000 kleiner als 2010. Verschiedene Mutationen bei den Projekttranchen führen bei den übrigen Kleinkrediten gesamthaft zu einem Minderaufwand von Fr. 77'000.

Leicht höhere Einnahmen sind bei den Projekten "Case Management Berufsbildung" und "Validierung von Bildungsleistungen" budgetiert (je Fr. 5'000).

LUAE

Die Abnahme der Verpflichtung des Kantons für die Verzinsung und Amortisation der Bauschulden der Berufsfachschulbauten führt zu einem Minderaufwand von Fr. 159'000.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Der Mehraufwand in den Planjahren ergibt sich aus der geplanten Überführung des Projekts "Case Management Berufsbildung" ins Globalbudget per 1. Januar 2012. Zudem steigen die Schülerzahlen der Berufsfachschule für Gesundheit und Soziales (BFGS) sowie an der Höheren Fachschule für Gesundheit und Soziales (HFGS) markant an.

Kleinkredite

Der Minderaufwand in den Planjahren erfolgt primär aufgrund der geplanten Überführung des Projekts "Case Management Berufsbildung" ins Globalbudget per 1. Januar 2012. Zudem sind auch die Konjunkturmassnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf Ende 2011 befristet. Weitere Projekte wie das "International Baccalaureate" laufen per Ende 2013 aus.

Der Minderertrag ergibt sich aus dem mit der Überführung des Projekts "Case Management Berufsbildung" ins Globalbudget per 1. Januar 2012 wegfallenden Bundesbeitrag.

LUAE

In den Planjahren wurden Baubeiträge an Bauten der Berufsbildung in der Höhe von Fr. 2.0 Mio. (2012), Fr. 2.8 Mio. (2013) sowie Fr. 3.64 Mio. (2014) eingestellt. Die exakten Beträge pro Objekt werden durch den Regierungsrat gesprochen und sind erst nach Vorliegen der Schlussabrechnung bekannt.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gewährleisten des Angebots an Studienplätzen, die für eine hochqualifizierte, verantwortungsvolle Arbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft befähigen; Fördern des Wissens- und Technologietransfers zur Entwicklung des Standorts Aargau.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**325**	**Hochschulen**
Produktegruppen	32510	Eigenleistungen
	32520	Leistungen gemäss interkantonalen Vereinbarungen

UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton hat im Hochschulbereich vor allem eine Gewährleistungsfunktion, da er selbst nicht Anbieter von Studienplätzen ist, sondern über langfristige interkantonale Vereinbarungen die Zugänglichkeit zu Studienplätzen für seine Studierenden sicherstellt. Die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und universitären Einrichtungen, insbesondere mit der Universität Basel und dem Paul Scherrer Institut (PSI), trägt zu einem qualitativ hochstehenden Hochschulangebot bei. Der Kanton fördert den Wissens- und Technologietransfer zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Aargau.

Die wichtigste Veränderung in der Umfeldentwicklung betrifft die Entwicklung der Studierendenzahlen. Das Bundesamt für Statistik (BfS) prognostiziert gesamtschweizerisch ein starkes Wachstum bis 2012, danach dürfte es hingegen auf weniger als 1% zurückgehen. Das Wachstum im Aargau dürfte aufgrund der unterdurchschnittlichen Eintrittsquoten (KU0001 und KU0002) unterdurchschnittlich ausfallen. Die prognostizierte Entwicklung der Studierendenzahlen an den Pädagogischen Hochschulen dürfte langfristig den Bedarf nicht decken.

Für 2011 und Folgejahre stehen beim Bund Entlastungsprogramme in Aussicht; es ist davon auszugehen, dass die Bundesbeiträge mit dem Wachstum der Studierendenzahlen und der Teuerung nicht Schritt halten können. Die Kantone werden einen Teil dieser Entwicklung kompensieren müssen, ein anderer Teil werden die Hochschulen selbst tragen müssen. Neben der laufenden Effizienzsteigerung werden dann selektive Zulassungsbeschränkungen zu prüfen sein.

Für die FHNW setzt der Leistungsauftrag 2009-2011 ehrgeizige inhaltliche Ziele in einem knappen Finanzrahmen. Der aktuelle Finanzrahmen entspricht angesichts der tatsächlichen Entwicklung der Bundessubventionen, der Fachhochschulvereinbarungsbeiträge und der Teuerung nicht den für die Ausarbeitung massgeblichen Annahmen. Aufgrund des sich abzeichnenden Defizits sehen die Regierungen vor, eine Zusatzfinanzierung zu beantragen. Für die Leistungsauftragsperiode 2012-2014 sehen die Regierungen ein nur noch moderates betriebliches Wachstum und die Realisierung der grossen Investitionsprojekte zur Standortkonzentration in den vier Kantonen vor. Für die Entwicklung der Pädagogische Hochschule sollen besondere Auflagen vorgesehen werden, die das notwendige Wachstum der Studierendenzahlen ermöglichen und befördern.

Auf der Grundlage der neuen Bildungsartikel der Bundesverfassung sehen Bund und Kantone eine gemeinsame und einheitliche Steuerung des Hochschulbereichs, also der Universitäten, der Eidgenössischen Technische Hochschule (ETH) und der Fachhochschulen vor. Das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sieht vor, dass Universitäten und Fachhochschulen frühestens ab 2015 nach den gleichen Grundsätzen subventioniert werden.

Die auf dem Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz (HIG) basierende Hochschulstrategie des Kantons dient der Standortförderung. Um die Hightech-Industrie im Aargau weiter zu stärken, wurde im Aufgabenbereich 100 Zentrale Dienstleistungen der Entwicklungsschwerpunkt 100ES0023 Hightech-Strategie als interdepartementales Projekt aufgenommen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
325KU0001	Eintrittsquote an die Fachhochschulen	%	16.5	17	17	17	17	17
325KU0002	Eintrittsquote an die Universitäten	%	12.5	14	14	14	14	14
	Leistungskennzahlen							
325KL0001	Aargauer Studierende, total	Anzahl	8'719	8'386	8'663	8'875	8'965	9'035
325KL0002	Aargauer Studierende an der FH Nordwestschweiz	Anzahl	2'232	2'180	2'220	2'240	2'260	2'260
325KL0003	Aargauer Studierende an Konkordats-FH	Anzahl	200	155	151	95	95	95
325KL0004	Übrige Studierende aus dem Kanton Aargau (an der ETH, weitere)	Anzahl	1'000	1'070	1'030	1'050	1'070	1'090
325KL0005	Studierende, für die der Kanton Aargau Fachhochschulvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	1'641	1'461	1'712	1'920	1'950	1'970
325KL0006	Studierende, für die der Kanton Aargau Universitätsvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	3'646	3'520	3'550	3'570	3'590	3'620
	Finanzkennzahlen							
325KF0001	Hochschulausgaben pro Studierende/r aus dem Kanton Aargau	Franken	19'764	20'567	20'425	20'876	21'758	22'119

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001 und KU0002: Die Angaben für das Jahr 2009 wurden auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Planung bereits vorliegenden Daten geschätzt und können deswegen von den definitiven Zahlen des Bundesamts für Statistik (BfS) leicht abweichen. Für 2008 betrug die Eintrittsquote an die Universitäten 11.9, an die Fachhochschulen 15.7 Prozent, dies gegenüber gesamtschweizerisch 19.4 resp. 17.8 Prozent.

KL0001: Die Kennzahl bildet die Annahme des Bundesamts für Statistik, dass bis 2012 die Studierendenzahlen nochmals wachsen und danach eher stagnieren, ab. Es wird erwartet, dass vor allem die Zahl der Studierenden an ausserkantonalen Fachhochschulen (KL0005) nochmals ansteigt.

KL0003: Die Studierenden der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft erscheinen aufgrund der Auflösung des Konkordats ab 2012 unter KL0005. Aufgrund der fehlenden Nachfrage werden ab 2011 an der Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) keine Zusatzplätze über das ordentliche Kantonskontingent hinaus mehr bestellt.

KL0004: Die angegebene Studierendenzahl für das Jahr 2009 basiert auf einer Schätzung des Stabs Hochschulen per 31. Dezember 2009. Da die Erwartungen gegen unten korrigiert werden mussten, wurde für die Jahre 2011 und folgende vorsichtiger budgetiert.

KL0005: Bereits im Jahr 2009 zeigte sich eine starke Zunahme im Fachhochschulbereich Wirtschaft, Gesundheit, Technik und Chemie. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend stabilisiert.

KL0006: Die prognostizierte Entwicklung der Studierendenzahlen trägt dem Umstand Rechnung, dass nach dem Rekord an Maturandinnen und Maturanden im Jahr 2002 (1143) die Zahl kontinuierlich gesunken und 2006 einen Tiefstand (916) erreicht hat. Das IUV-System reagiert wegen der Studiendauer mit Verzögerung auf diese Entwicklung.

KF0001: Die Hochschulausgaben pro Studierende/r sind für das Jahr 2009 noch provisorisch und können erst nach Vorliegen der vom BfS erhobenen Studierendenzahlen definitiv angegeben werden. Die inzwischen vorliegenden Daten des BfS für das Jahr 2008 weisen grosse Unstimmigkeiten zu den kantonalen Vergleichsdaten auf und sind Gegenstand einer externen Überprüfung. Selbst mit diesen (aus kantonaler Sicht zu hoch berechneten) Ausgaben würde der Aargau aber immer noch deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt liegen, und zwar sowohl was die Ausgaben pro Student/in als auch was die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung betrifft. Der Betrag erhöht sich ab 2012 hauptsächlich wegen den höheren Kosten im Zusammenhang mit dem Leistungsvertrag FHNW 2012-2014.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
325ES0002	Realisierung des Campus Brugg-Windisch	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2004-0127 vom 22.06.2004, GRB 2007-1423 vom 27. November 2007, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2011	1'174	90	30	40		1'334
		2	Projektvertrag mit dem Bauherrn für die Baufelder B+C vom GR genehmigt	03.07.2007						
		3	Vorvertrag für den Mietvertrag mit dem Bauherrn für die Baufelder B+C abgeschlossen	31.03.2007						
		4	Kredit für die Baufelder B+C vom GR genehmigt	03.07.2007						
		5	Baubeginn der Sanierung Klosterzelg II	Herbst 2007						
		6	Abschluss der Sanierung Klosterzelg II	2009						
		7	Baubeginn der Campus-Neubauten auf den Baufeldern B+C	2010						
		9	Bezug des Sportausbildungszentrums Mülimatt	2010						
		8	Beschluss des GR über des Campus-Neubaus auf Baubeginn	2010						
		10	Bezug Campus-Neubau	2013						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
325ES0004	Massnahmen zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers von den Hochschulen in die Aargauer Wirtschaft auf der Basis eines neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes (Schaffung eines Forschungsfonds)	1	Nettoaufwand Globalkredit	2009	1'000	800	800	1'600		4'200
		2	Einigung mit den Wirtschaftsverbänden über die Einrichtung des Forschungsfonds	31.08.2006						
		3	Botschaft über die Revision des Fachhochschulgesetzes (Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz) durch den GR genehmigt	Ende 2. Quartal 2007						
		4	Inkrafttreten des neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes	01.01.2008						
		5	Abschluss einer Leistungsvereinbarung zur Forschungsförderung durch den RR beschlossen	Ende 2007						
		6	Evaluation der ersten Leistungsauftragsperiode mit der Technopark AG	2009						
		7	Entscheid über die neue Leistungsauftragsperiode für die Jahre 2010-2013	2009						
		8	Finanzierung des Forschungsfonds über den Globalkredit	bis 2013						
325ES0005	Zentrum für Demokratie (ZDA)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2008-1888 vom 23.09.2008)	2008	800	800	840	1'680		4'120
		2	Gründung des ZDA unter Beteiligung des Kantons Aargau	2009						
		3	Besetzung der Professur Allgemeine Demokratieforschung und Vollausbau des ZDA	2010						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0002: Die Realisierung des Campus FHNW Brugg-Windisch dient der Standortattraktivität des Kantons und der Stärkung der FHNW. Die Zuständigkeit für die Realisierung und Finanzierung liegt beim Departement Finanzen und Ressourcen (DFR). Der hier angegebene Aufwand umfasst die Projektbeiträge an die Stiftung Vision Mitte. 2010 erfolgt der Bezug des Sportausbildungszentrums Mülimatt. Beim Campus-Neubau ist aufgrund der veränderten Finanzierungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt ein Grossratsbeschluss über den Erweb oder eine Fortsetzung des Mietmodels notwendig. Aus finanzrechtlichen Gründen hat dieser Beschluss vor Baubeginn zu erfolgen.

ES0003: Der Schwerpunkt "Stärkung des Hochschul- und Wirtschaftsraums Nordwestschweiz durch den Ausbau eines Schwerpunkts in einer Zukunftstechnologie (Nanotechnologie)" ist mit dem erfolgreich erreichten Aufbau des Swiss Nanoscience Institute (SNI) an der Universität Basel abgeschlossen. Der Aargau unterstützt das von ihm initiierte SNI mit einem Beitrag von jährlich Fr. 5 Mio. Das SNI bildet den nationalen Forschungsschwerpunkt in Nanowissenschaften. Ein wesentlicher Teil des Aargauer Beitrags wird für Zusammenarbeitsprojekte mit Aargauer Industriebetrieben, mit der FHNW und dem PSI eingesetzt. Das SNI verbindet somit Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung in einem für die Aargauer Wirtschaft zukunftsträchtigen Gebiet.

ES0004: Der aktuelle Leistungsauftrag mit dem Technopark Aargau läuft bis zum Jahr 2013. Die Fördermittel werden in erfreulichem Ausmass von Unternehmen in Anspruch genommen.

ES0005: Gemäss der neu vorliegenden Entwicklungsplan setzt das ZDA ehrgeizige Ziele in Bezug auf Forschungstätigkeit, Drittmitteleinwerbung und Öffentlichkeitsarbeit. 2011 soll zusätzlich zu den drei bestehenden eine vierte Abteilung "e-democracy" gegründet werden (finanziert durch Dritte).

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
325ZI0002	Es werden hinreichend Studienplätze für Aargauer Studierende zur Verfügung gestellt	1	Anzahl vom Kanton Aargau (mit-) finanzierte Studienplätze	Anzahl	7'719	7'316	7'633	7'825	7'895	7'945
325ZI0001	Der Wissens- und Technologietransfer wird gefördert.	1	Umfang der Drittmittel, die von unterstützten Hochschulen, Forschungs- und Transfereinrichtungen generiert werden	Mio. Fr.	55.4	62.6	63.6	64	64.7	64.8

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0002: Die Gewährleistung einer genügenden Anzahl und Qualität von Studienplätzen ist die Kernaufgabe dieses Steuerungsbereichs. Zur voraussichtlichen Entwicklung vgl. die Umfeldanalyse. Eine direkte Steuerung der Zahl der in Anspruch genommenen Studienplätze ist nicht möglich. Vielmehr hängt die Möglichkeit der Einflussnahme davon ab, in welchem rechtlichen Verhältnis der Kanton zu den vom ihm mitfinanzierten sowie zu den ausserkantonalen Hochschulen steht. KL0002: Die Steuerung der FHNW erfolgt über einen vierkantonalen, mehrjährigen Leistungsauftrag. KL0003: Die Steuerung der Konkordatshochschulen erfolgt je über einen vom Konkordatsrat zu beschliessenden Leistungsauftrag. KL0005 und 6: Es ist keine Steuerung des Hochschulangebots möglich; der Aargau leistet pro Studentin, pro Student einen Pauschalbeitrag gemäss der entsprechenden Interkantonalen Vereinbarung (Interkantonale Fachhochschulvereinbarung, Interkantonale Universitätsvereinbarung).

ZI0001: Die Förderung des Wissens- und Technologietransfers wirkt sich auf die Standortattraktivität des Kantons Aargau positiv aus. Drittmittel sind Beiträge von Privaten und öffentlichen Fördereinrichtungen (dazu gehört insb. der Schweizerische Nationalfonds und die Bundesagentur KTI) und bilden einen aussagekräftigen Indikator für die Qualität der Forschung und deren Relevanz für die Praxis. Aufgrund von verschiedenen Massnahmen, deren volle Wirkung sich erst allmählich zeigt (Swiss Nanoscience Institute, Aufstockung Forschungsfonds, Entwicklung der FHNW, Aufbau Zentrum für Demokratie Aarau) kann vorderhand weiterhin mit einem Anstieg der Drittmittel gerechnet werden - wobei allerdings die Entwicklung der Konjunkturlage einen entscheidenden Einfluss haben dürfte. Der Grosse Rat kann den Drittmittelanteil an den Gesamtausgaben der FHNW über den vierkantonal erteilten Leistungsauftrag steuern.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Grundsätze des Hochschulwesens werden durch Art. 63 der Bundesverfassung geregelt, wonach Bund und Kantone gemeinsam das Hochschulwesen koordinieren und dessen Qualität sichern. Für den Aargau legt das Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung vom 3. Juli 2007 die Ziele und Kompetenzen fest.

Knapp die Hälfte des Aufwands des Aufgabenbereichs entfällt auf die Beitragsleistungen an ausserkantonale Hochschulen gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung (FHV) und Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV). Diese sind über die entsprechenden Interkantonalen Vereinbarungen direkt an die Zahl der Studierenden gebunden, können somit vom Aargau nicht direkt gesteuert werden und laufen daher über die Leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträge (LUAE).

Demgegenüber bestehen Steuerungsmöglichkeiten bezüglich des Leistungsauftrags mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Der Finanzierungsbeitrag an die FHNW richtet sich nach § 26 des Staatsvertrags zwischen den Kantonen AG, BL, BS und SO. Die von den Vertragskantonen im Leistungsauftrag festgelegten jährlichen Finanzierungsbeiträge bilden zusammen den Globalbeitrag der Vertragskantone an die FHNW. Der Beitrag an die FHNW kann nur längerfristig und in Übereinkunft mit den anderen Trägerkantonen geändert werden. Der Grosse Rat hat den Leistungsauftrag 2009-2011 mit GRB 2008-1991 vom 18. November 2008 genehmigt.

Die Einflussnahme auf die vom Aargau mitgetragene Hochschule für Heilpädagogik Zürich und die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen erfolgt im Rahmen des Konkordatsrats. Bei der Hochschule für Landwirtschaft ist die Auflösung des Konkordatsvertrags und der Übergang der Hochschule an den Kanton Bern per 1. Januar 2012 geplant.

Der Vertrag über die Errichtung und Führung des Swiss Nanoscience Institute (SNI) an der Universität Basel ist als unbefristeter genereller Leistungsauftrag ausformuliert, über welchen die Steuerung der Leistungen und Finanzen erfolgt. Der Leistungsauftrag kann einvernehmlich oder nach einer Kündigungsfrist von 3 Jahren aufgelöst werden.

Die Ausgaben für den Forschungsfonds sind über einen vierjährigen Leistungsauftrag an die Stiftung Technopark Aargau gebunden.

Der Vertrag über die Gründung und den Betrieb des Zentrums für Demokratie Aarau zwischen der Stadt Aarau, der Universität Zürich, der Fachhochschule Nordwestschweiz und dem Kanton Aargau gilt bis zum Jahr 2022.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-173'463**	**-172'873**	**-177'115**	**2.5**	**-186'442**	**-195'234**	**-200'012**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**1'137**	**400**	**170**	**-57.5**	**1'170**	**170**	**170**
Saldo Aufgabenbereich	**-172'326**	**-172'473**	**-176'945**	**2.6**	**-185'272**	**-195'064**	**-199'842**
Total Aufwand Globalbudget	-6'907	-11'343	-10'318	-9.0	-8'852	-8'974	-10'802
Total Ertrag Globalbudget	587	400	170	-57.5	1'170	170	170
Saldo Globalbudget	-6'320	-10'943	-10'148	-7.3	-7'682	-8'804	-10'632
Total Aufwand Kleinkredite	-851	-1'467	-1'407	-4.1	-830	-810	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-851	-1'467	-1'407	-4.1	-830	-810	
Total Aufwand Grosskredite	-82'524	-79'063	-82'140	3.9	-89'340	-96'440	-98'800
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-82'524	-79'063	-82'140	3.9	-89'340	-96'440	-98'800
Total Aufwand LUAE	-83'181	-81'000	-83'250	2.8	-87'420	-89'010	-90'410
Total Ertrag LUAE	550						
Saldo LUAE	-82'631	-81'000	-83'250	2.8	-87'420	-89'010	-90'410

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Swiss Nano Institut	-5'000						
Total Ertrag Grosskredite Swiss Nano Institut							
Saldo Grosskredite Swiss Nano Institut	-5'000						
Total Aufwand Grosskredite Zentrum für Demokratie	-800	-800	-840	5.0	-840	-840	
Total Ertrag Grosskredite Zentrum für Demokratie							
Saldo Grosskredite Zentrum für Demokratie	-800	-800	-840	5.0	-840	-840	
Total Aufwand Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2009 - 2011**	-76'724	-78'263	-81'300	3.9			
Total Ertrag Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2009 - 2011**							
Saldo Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2009 - 2011**	-76'724	-78'263	-81'300	3.9			
Total Aufwand Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2012 - 2014*					-88'500	-95'600	-98'800
Total Ertrag Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2012 - 2014*							
Saldo Grosskredite FHNW, LV Beitrag 2012 - 2014*					-88'500	-95'600	-98'800

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Fachhochschulvereinbarung (FHV)	Hochschulbeiträge	-26'693	-26'000	-28'250	8.7	-32'420	-33'510	-33'910
	Verschiedene Rückerstattungen	75						
Saldo LUAE Fachhochschulvereinbarung (FHV)		-26'618	-26'000	-28'250	8.7	-32'420	-33'510	-33'910
LUAE Universitätsvereinbarung (IUV)	Hochschulbeiträge	-56'464	-55'000	-55'000	0.0	-55'000	-55'500	-56'500
	Übrige Erlöse von Dritten	174						
Saldo LUAE Universitätsvereinbarung (IUV)		-56'290	-55'000	-55'000	0.0	-55'000	-55'500	-56'500

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	-25						
Total Ertrag LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	301						
Saldo LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	277						

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Der Aufwand im Globalbudget sinkt hauptsächlich aufgrund tieferer Konkordatsbeiträge als Folge der nicht mehr in Anspruch genommenen Ausbildungsplätze an der Hochschule für Heilpädagogik Zürich.

Kleinkredite

Der Kanton Aargau leistet wie die übrigen Träger einen Beitrag an den geplanten Erweiterungsbau der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft, um dem Kanton Bern die Kantonalisierung dieser Institution finanziell zu ermöglichen. Dieser Investitionsbeitrag wird nach rund vier Jahren amortisiert sein, weil der Kanton Aargau mit der Auflösung der interkantonalen Trägerschaft nur noch Beiträge gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung leisten muss und finanziell entlastet wird. Die Kleinkredite beinhalten 2010 und 2011 den Anteil des Kantons Aargau gemäss Konkordatsschlüssel.

Grosskredite

Für die FHNW wird dem Grossen Rat 2010 ein Zusatzglobalkredit von Fr. 7.1 Mio. für die Leistungsvereinbarung FHNW 2009-2011 beantragt. Im Budget 2011 ist die daraus resultierende Erhöhung der Jahrestranche von Fr. 2.4 Mio. berücksichtigt.

LUAE

Die Hochschulbeiträge verändern sich entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahlen (KL0005 und KL0006). Die Beiträge gemäss FHV erhöhen sich 2011 gegenüber dem Vorjahr um Fr. 2'250'000, während die Beitragsleistungen gemäss IUV stagnieren.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Der Aufwand sinkt 2012 weiter, weil die Zahl der bestellten Studienplätze an der Hochschule für Heilpädagogik Zürich noch etwas zurückgeht. Zudem entfällt der Beitrag an die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, die per 1. Januar 2012 in die Berner Fachhochschule integriert wird. Der Kanton Aargau wird dadurch finanziell entlastet, weil er für seine Studierenden künftig nur noch den Beitrag gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung bezahlen muss (entsprechende Auswirkungen sind bei der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (LUAE) berücksichtigt). Der aus den Vorjahren aufgelaufene Saldoübertrag in der Höhe von Fr. 1.0 Mio. wird 2012 aufgelöst. Ab 2014 wird der Beitrag an das Zentrum für Demokratie Aarau (ES0005) ins Globalbudget übernommen.

Kleinkredite

Der Kleinkredit für das Projekt Campus (Beiträge an die Vision Mitte) läuft 2013 aus und ist deshalb im Jahr 2013 nur noch mit Fr. 10'000 berücksichtigt. Der Beitrag an den Forschungsfonds Aargau ist ab 2014 im Globalbudget enthalten.

Grosskredite

Bei den Angaben zum Grosskredit für den Leistungsauftrag der FHNW 2012-2014 handelt es sich um eine Schätzung, die von den Planungsvorgaben der vier Regierungen an die FHNW und dem aktuellen Verteilschlüssel unter den Kantonen ausgeht. Die Vorgaben sehen ein moderates Wachstum unter Berücksichtigung Entwicklung PH FHNW vor. Der hohe Anstieg des Finanzbedarfs gegenüber der Leistungsauftragsperiode 2009-2011 um Fr. 45 Mio. erklärt sich vor allem durch den Bezug verschiedener Neubauprojekte und der damit notwendigen Finanzierung des Mieterausbaus.

LUAE

Die Kostenentwicklung bei den Leistungsunabhängigen Aufwendungen folgt aus der erwarteten Entwicklung der Studierendenzahlen und aufgrund von Tarifanpassungen. Ab 2012 führt die Auflösung des Konkordats Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft dazu, dass anstelle der bisher über das Globalbudget finanzierten Trägerbeiträge neu Beiträge gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung geleistet werden.

*= Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist, **= Grosskredit, für den ein Zusatzglobalkredit erforderlich ist

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Informieren, Beraten sowie Begleiten in Bezug auf Schul-, Berufs-, Studien-, Ausbildungsbeitrags- oder Laufbahnfragen zur chancengerechten Integration nach individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Information und Beratung stehen auch Lehrpersonen, Institutionen und Behörden zur Verfügung.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**330**	**Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge**
Produktegruppen	33010	Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf
	33030	Ausbildungsbeiträge

UMFELDENTWICKLUNG

Die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf umfassen die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sowie die schul- und jugendpsychologische Beratung an der Sekundarstufe II. Lehrpersonen und Mitglieder von Schulleitungen werden durch die Lehrpersonenberatung unterstützt. Die Aufgabe wird gestützt auf den Leistungsauftrag des Kantons durch den Verein Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau (BDAG) wahrgenommen.

Die Beratungsdienste verknüpfen die Bildungspolitik mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts wirken sich unmittelbar auf das Angebot an Arbeitsplätzen und, verzögert, auf die Anzahl Ausbildungsplätze aus. Der Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit sowie der sozialen, beruflichen und arbeitsmarktlichen Integration wird für alle Zielgruppen der BDAG anforderungsreicher. Damit verbunden steigen die Ansprüche an die Leistungen der Beratungsdienste. Nebst Prävention, Information und Beratung sind vermehrt Unterstützung bei der Realisation (Bewerbungsunterstützung, Vermittlung) und Begleitung (Coaching, Mentoring) gefordert. Durch gezielte und mit externen Partnern koordinierte Unterstützung von Jugendlichen, Lernenden, Studierenden, Erwerbstätigen, Erwerbslosen sowie Bezugspersonen wird die Auftragserfüllung optimiert. Rechtzeitige Bildungsberatung und gezielte Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen können die Arbeitslosen-, die Invalidenversicherung sowie die Sozialhilfe nachhaltig entlasten.

Der Kanton unterstützt mit Stipendien und Darlehen die Aus- und Weiterbildung von Personen, welche die notwendigen finanziellen Mittel nicht alleine aufbringen können.
Mit der Straffung der Studiengänge durch die Bologna-Reform wird ein wesentlicher Nebenerwerb praktisch unmöglich. Zusammen mit der für die nächsten Jahre weiterhin prognostizierten Zunahme der Studierenden sowie den Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftslage führt dies zu höheren Stipendienausgaben. Zudem gilt es die Diskussion um Erhöhung der Studiengebühren zu beachten. Je nach Resultat kann sie zu einer starken Erhöhung der Stipendienausgaben führen.

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen am 18. Juni 2009 zu Handen der kantonalen Beitrittsverfahren verabschiedet. Die beitretenden Kantone verpflichten sich, die im Konkordat festgehaltenen Grundsätze und Mindeststandards in ihren kantonalen Stipendiengesetzgebungen zu übernehmen. Im Verlaufe des Jahres 2010 sollen die Voraussetzungen und Konsequenzen eines Beitritts des Kantons Aargau geklärt und das weitere Vorgehen beschlossen werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
330KU0009	Lernende des 8. Schuljahres (Real., Sek., Bez.)	Anzahl	6'862	6'896	6'941	6'806	6'806	6'661
330KU0010	Lernende in der beruflichen Grundbildung und Lernende in den Mittelschulen, ohne Absolventen von Brückenangeboten	Anzahl	21'650	21'502	21'709	21'664	21'595	21'445
330KU0011	Aargauer Studierende an Hochschulen	Anzahl	8'719	8'386	8'663	8'875	8'965	9'035
330KU0012	Erwerbslose im Alter 15-24 Jahre (Jahresdurchschnitt)	Anzahl	2'195	2'478	2'100	1'770	1'600	1'600
	Leistungskennzahlen							
330KL0016	Beratene Personen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB)	Anzahl	10'135	10'500	10'500	10'500	10'500	10'500
330KL0021	Durch die BSLB beratene Personen pro 1'000 Einwohner/innen	Anzahl	16.9	17.7	17.2	17	16.9	16.7
330KL0022	Beratungssitzungen der BSLB pro beratene Person	Anzahl	1.7	2	1.7	1.7	1.7	1.7
330KL0023	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen bis 17 Jahre	%	51	50	50	50	50	50
330KL0024	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen zwischen 18 und 24 Jahren	%	26	28	28	28	28	28
330KL0025	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen, die älter sind als 24 Jahre	%	23	22	22	22	22	22
330KL0017	Besucher/innen der Infozentren der BSLB	Anzahl	40'720	34'500	40'000	40'000	40'000	40'000
330KL0018	Beratene und behandelte Personen der schul- und jugendpsychologischen Beratung an der Sekundarstufe II (SJPB)	Anzahl	719	650	650	650	650	650
330KL0026	Anteil der beratenen oder behandelten Personen der SJPB, welche die Ausbildung oder Arbeit fortgesetzt oder gefunden haben	%	83.4	80	80	80	80	80
330KL0019	Beratene Lehrpersonen und Mitglieder von Schulleitungen (Lehrpersonenberatung)	Anzahl	330	280	280	280	280	280
	Finanzkennzahlen							
330KF0013	Gesamtkosten der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf	1'000 Fr.	12'223	12'309	12'260	12'290	12'371	12'453
330KF0015	Ausbezahlte Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) gemäss Bundesabrechnung	1'000 Fr.	15'413	20'000	19'700	19'900	20'100	20'300
330KF0016	Durchschnittlicher Ausbildungsbeitrag (Stipendien und Darlehen) pro Bezüger/in	Franken	5'009	5'488	5'466	5'466	5'466	5'466

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0016, KL0018 und KL0019: Die Planwerte wurden unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen und der Annahme festgelegt, dass sich die Komplexität der Fragestellungen nicht wesentlich erhöht.

KL0021 bis KL0025: Die neuesten Statistikangaben für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) stammen aus dem Jahr 2008. Der schweizerische Durchschnitt betrug bei den BSLB 16.0 beratene Personen pro 1'000 Einwohner/innen (KL0021), wobei durchschnittlich 2.0 Beratungssitzungen pro beratene Person durchgeführt wurden (KL0022). Der Anteil der durch die BSLB-CH beratenen Personen betrug bei den bis 17 Jahre alten Personen durchschnittlich 55 Prozent (KL0023), bei den Personen zwischen 18 und 24 Jahren 23 Prozent (KL0024) und bei den Personen, die älter als 24 Jahre sind, 21 Prozent (KL0025).

KL0026: Die Komplexität der Fragestellungen, mit denen sich die SJPB auseinandersetzt, wird voraussichtlich weiter zunehmen. Die Erfolgswahrscheinlichkeit kann nicht auf demselben Niveau wie 2009 gehalten werden.

KF0015: Die steigende Zahl der Personen, welche Ausbildungsbeiträge erhalten (siehe ZI0030) führt zu einem Anstieg der ausbezahlten Ausbildungsbeiträge. Die durch umfangreiche Archivierungsarbeiten sowie erstmalig erfolgte elektronische Erfassung der Dossierstandorte im Sommer 2009 verursachte Verzögerung bei der Gesuchsbearbeitung und führte zu einem späteren Versand der Beitragsverfügungen. Dies wiederum hatte zur Folge, dass sich Auszahlungen von positiven Gesuchen von Ende 2009 auf Anfang 2010 verschoben haben (vgl. Jahresbericht 2009).

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
330ZI0030	Personen mit ungenügendem finanziellem Rückhalt können mit Unterstützung von Ausbildungsbeiträgen eine Ausbildung absolvieren.	1	Personen, die Ausbildungsbeiträge erhalten (gemäss Nominalliste Bundesabrechnung, ohne Schweizerisches Institut für Berufspädagogik)	Anzahl	3'077	3'644	3'604	3'641	3'677	3'714
330ZI0031	Ein qualitativ hochstehendes, niederschwellig zugängliches Informations- und Beratungsangebot wird sichergestellt.	1	Anteil der erreichten Zielvorgaben gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Verein BDAG	%	89	90	90	90	90	90

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0030: Die steigende Zahl der Aargauer Studierenden an Hochschulen (KU0011), führt zu einem Anstieg der Personen, welche Ausbildungsbeiträge erhalten.

ZI0031: Das Leistungsangebot sowie die quantitativen und qualitativen Zielsetzungen für die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf werden seit 2006 über die Leistungsvereinbarung des BKS mit dem Verein Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau gesteuert.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Steuerung der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf erfolgt gemäss Dekret und Verordnung über die Schuldienste über die Ausgestaltung von Rahmenvertrag und Leistungsvereinbarung zwischen dem BKS und dem Trägerverein, worin Zielsetzungen, Leistungen und Finanzen (Trägerbeitrag) festgelegt sind.

Die Grundsätze des Ausbildungsbeitragsrechts sind auf Bundesebene durch Art. 66 der Bundesverfassung, das Bundesgesetz über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Ausbildungsbeihilfen und die dazugehörende Verordnung festgelegt. Die Anspruchsvoraussetzungen für Ausbildungsbeiträge, die Höchstansätze und die Bemessungsgrundlagen sind auf kantonaler Ebene durch das Gesetz und die Verordnung über Ausbildungsbeiträge sowie das Dekret über die Höchstansätze der Ausbildungsbeiträge geregelt. Aufgrund der detaillierten gesetzlichen Rahmenbedingungen besteht bei der Einzelbeurteilung eines Gesuchs ein geringer Ermessensspielraum. Die Entwicklung der Ausgaben für Ausbildungsbeiträge hängt von den festgelegten Ansätzen sowie von der Umfeldentwicklung ab.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-51'769**	**-41'348**	**-44'844**	**8.5**	**-41'464**	**-36'345**	**-47'855**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**20'996**	**19'225**	**18'852**	**-1.9**	**19'052**	**19'252**	**19'452**
Saldo Aufgabenbereich	**-30'773**	**-22'123**	**-25'992**	**17.5**	**-22'412**	**-17'093**	**-28'403**
Total Aufwand Globalbudget	-30'773	-22'123	-25'992	17.5	-22'412	-17'093	-28'403
Total Ertrag Globalbudget							
Saldo Globalbudget	-30'773	-22'123	-25'992	17.5	-22'412	-17'093	-28'403
Total Aufwand LUAE	-20'996	-19'225	-18'852	-1.9	-19'052	-19'252	-19'452
Total Ertrag LUAE	20'996	19'225	18'852	-1.9	19'052	19'252	19'452
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	-20'996	-19'225	-18'852	-1.9	-19'052	-19'252	-19'452
Total Ertrag LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	20'996	19'225	18'852	-1.9	19'052	19'252	19'452
Saldo LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Der Nettoaufwand für Stipendien, welcher aus der Spezialfinanzierung Stipendienfonds resultiert, beträgt Fr. 12.9 Mio. und ist um Fr. 3.9 Mio. höher als im Vorjahr. Dies aufgrund einer gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4.2 Mio. geringeren Entnahme aus dem Stipendienfonds sowie einer um Fr. 0.5 Mio. tieferen Darlehenswertberichtigung und einer Zunahme der Stipendienbeiträge um Fr. 0.1 Mio.

LUAE

Es wird mit einer Zunahme der Stipendienbeiträge um Fr. 0.1 Mio. gerechnet. Die Bewertungskorrekturen für Darlehen kann um Fr. 0.5 Mio. gesenkt werden.

Der Aufwand nimmt um Fr. 0.4 Mio. ab, da für die Bewertungskorrekturen für Darlehen mit einer Abnahme von Fr. 0.5 Mio. und bei den auszubezahlenden Stipendienbeiträge mit einer Zunahme von Fr. 0.1 Mio. gerechnet wird.

Der Ertrag nimmt ebenfalls um Fr. 0.4 Mio. ab. Die Entnahme aus dem Stipendienfonds beträgt Fr. 3.4 Mio. und ist Fr. 4.2 Mio. geringer als im Vorjahr. Dafür erhöht sich entsprechend dem Nettoaufwand, welcher im Globalbudget belastet wird, um Fr. 3.9 Mio. auf Fr. 12.9 Mio.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Im Planjahr 2012 beträgt der Nettoaufwand für Stipendien Fr. 9.3 Mio., im Planjahr 2013 Fr. 3.9 Mio. und im Planjahr 2014 Fr. 15.1 Mio. Aufgrund der unterschiedlich hohen Entnahmen aus dem Stipendienfonds schwankt der Nettoaufwand für die Stipendien bzw. der Saldo des Globalbudgets.

LUAE

Für die Stipendienbeiträge wird mit einer jährlichen Aufwandzunahme von Fr. 0.2 Mio. gerechnet. Im Planjahr 2012 ist eine Entnahme aus dem Stipendienfonds von Fr. 7.2 Mio., im Planjahr 2012 von 12.8 Mio. und im Planjahr 2014 von Fr. 1.9 Mio. vorgesehen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Anleitung der Jugendlichen zu Freude an geistiger und körperlicher Bewegung, gesundem Leben und sozialer Integration mit Sportangeboten in Schulen und Vereinen. Sport- und Jugendorganisationen werden vernetzt und unterstützt. Die Fachstelle Jugend berät und informiert Jugendliche, Jugendorganisationen, Gemeinden, Regierungsrat und Verwaltung in Jugendbelangen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**335**	**Sport, Jugend**
Produktegruppen	33510	Jugendsport
	33520	Sportkoordination
	33530	Jugendkoordination

UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton fördert den kinder- und jugendgerechten Sport mittels Jugend+Sport (J+S) und dem freiwilligen Schulsport. Der freiwillige Schulsport nimmt eine wichtige Brückenfunktion zwischen dem obligatorischen Sportunterricht an der Schule und dem freiwilligen Vereinssport ein.

Aufgrund der Zunahme von Bewegungsmangel und Übergewicht engagiert sich der Bund zusätzlich zum obligatorischen Sportunterricht und dem Projekt "schule.bewegt" mit J+S-Kids verstärkt für die vielseitige Sport- und Bewegungsförderung der 5- bis 10-Jährigen. Der Kanton wird nach der erfolgreichen Einführung von J+S-Kids den freiwilligen Schul- und Vereinssport gemäss Bundesprogramm weiterentwickeln und ein flächendeckendes Angebot für alle Altersstufen anstreben. Durch die Lancierung von J+S-Kids Schule haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit von Schuleintritt bis Schulaustritt den freiwilligen Schulsport zu besuchen (5- bis 10-Jährige: polysportive Kurse, 11- bis 20-Jährige: sportartenspezifische Kurse). Massnahmen zur Unterstützung der Vereine bzw. Schulen und der Leiterpersonen beim Aufbau von J+S-Kids werden festgelegt und umgesetzt.

Im Bereich Sportkoordination wird der Aufbau von weiteren lokalen Bewegungs- und Sportnetzen der Gemeinden weiterhin gefördert, mit dem Ziel, dass die verschiedenen Bewegungs- und Sportanbieter vernetzt und Gemeindesportanlagenkonzepte erstellt werden. Das gesamtheitliche Nachwuchskonzept für Leistungssportler/innen wird weiter optimiert, um für nationale Sportverbände Anreize zu schaffen, neue Trainingsstützpunkte im Aargau zu lancieren. Auf Bundesebene wird neu der Erwachsenensport eingeführt. Auch im Aargau sind dazu Aktivitäten geplant (Aus- und Weiterbildungen für Leiterpersonen, subsidiäre Sportangebote). Im Bereich Bewegte Schule Aargau können durch die gute Zusammenarbeit aller Partner (Departemente BKS, BVU, DGS und die PH FHNW) zusätzliche Umsetzungsmassnahmen lanciert werden. Die Vernetzung und Koordination aller Bewegungsaktivitäten und Bewegungs- und Sportanbieter führt zu mehr Bewegung und Sport auf allen Altersstufen.

Jugendgerecht gestaltete Mitwirkungsmöglichkeiten und Angebote der ausserschulischen Jugendarbeit fördern die soziale, kulturelle und politische Integration der Aargauer Jugend positiv und tragen zur Entwicklung von Personen bei, die soziale Verantwortung übernehmen können. Die Fachstelle Jugend fördert diese Mitwirkungsmöglichkeiten und unterstützt die ausserschulische Jugendarbeit auf kommunaler, regionaler und kantonaler Ebene.

Auf der Grundlage von § 67b des Schulgesetzes leistet der Kanton seit 2010 Beiträge an die kommunalen Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit. Die Fachstelle Jugend wird während der Budget- und Planperiode 2011 - 2014 die für die Umsetzung notwendigen Massnahmen weiter entwickeln und die Gemeinden und Kirchgemeinden beim Auf- und Ausbau ihrer ausserschulischen Jugendförderung unterstützen. Die Schwerpunkte der nationalen "Strategie für eine Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik 2008" bilden die Kinderrechte, die Partizipation und die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Im Auftrag des Regierungsrats stellte eine Arbeitsgruppe in den Jahren 2009 und 2010 kantonale Lücken in Bezug auf die Umsetzung der Kinderrechtskonvention fest und erarbeitete Massnahmen zu deren Schliessung.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
335KU0008	Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren (Zielgruppe Jugend + Sport)	Anzahl	76'378	76'357	75'326	74'067	72'969	72'108
335KU0011	Jugendliche zwischen 10 und 24 Jahren (Zielgruppe Jugendkoordination)	Anzahl	106'662	105'885	105'831	104'856	103'944	103'059
335KU0012	Jugendliche zwischen 5 und 10 Jahren (Zielgruppe polysportiver freiwilliger Schulsport, J+S-Kids Schule)	Anzahl	36'267	36'599	36'336	36'478	36'849	37'255
335KU0013	Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren (Zielgruppe freiwilliger sportartenspezifischer Schulsport, Sekundarstufe I)	Anzahl	33'524	33'348	32'961	32'472	31'744	31'290
335KU0014	Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren (Zielgruppe freiwilliger sportartenspezifischer Schulsport, Sekundarstufe II)	Anzahl	36'387	36'744	36'188	35'613	35'143	34'598
335KU0016	Gemeinden, die kantonale Partizipationsprojekte umsetzen (Jugendkoordination)	Anzahl		20	25	30	35	40
335KU0017	Gemeinden, in denen ein Angebot an offener Jugendarbeit besteht (Jugendkoordination)	Anzahl		100	105	110	115	120
	Leistungskennzahlen							
335KL0011	Teilnehmende bei Jugend und Sport (J+S) (Altersgruppe der 10- bis 20-Jährigen)	Anzahl	55'117	59'500	60'000	60'000	60'000	60'000
335KL0014	Teilnehmende bei J+S-Kids Verein (Altersgruppe der 5- bis 10-Jährigen)	Anzahl	2'433	3'000	3'900	4'500	5'200	5'900
335KL0010	Jugendausbildung - Kurse und Lager (Altersgruppe der 10- bis 20-Jährigen)	Anzahl	4'257	4'200	4'200	4'200	4'300	4'300
335KL0015	Jugendausbildung J+S-Kids Verein - Kurse (Altersgruppe der 5- bis 10-Jährigen)	Anzahl	174	300	300	350	400	450
335KL0012	Beitragsgesuche - Swisslos-Sportfonds/Sport-Toto-Fonds	Anzahl	439	450	460	470	470	470
335KL0013	Beitragsgesuche Jugendprojekte - Swisslos-Fonds (Jugendkoordination)	Anzahl	49	50	50	50	50	50
	Finanzkennzahlen							
335KF0002	Anteil des Kantons Aargau am Reingewinn des Swisslos-Sportfonds/Sport-Toto-Fonds	Mio. Fr.	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0011: Trotz Rückgang der Umfeldkennzahlen der Zielgruppe (Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren) wird mit einer Zunahme bzw. Stagnation der Anzahl Teilnehmenden gerechnet. Dies da die Teilnahme bei J+S dank gut ausgebildeten Leitenden immer attraktiver wird.

KL0014 und KL0015: Mit der Einführung von J+S-Kids für Vereine ab 1.1.2009 liegen erstmals genaue Zahlen vor. Aufgrund dieser ersten Erfahrungswerte wurden die Plandaten entsprechend angepasst. Durch die Einführung von J+S-Kids wird mit einem Anstieg der Anzahl Kurse und somit der Anzahl Teilnehmenden gerechnet.

KL0016 und KL0017: Diese Kennzahlen wurden mit dem AFP 2010 - 2013 eingeführt. Für das Jahr 2009 sind keine Werte erhoben worden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
335ES0007	Sport- und Bewegungskonzept Aargau	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		5	Optimierung des freiwilligen Schulsports durch Ausweitung der Sportgruppen "rundum bewegt" und "Nichtschwimmer"	ab 2007						
		9	Aufbau und Einführung von "J+S-Kids" des Bundes	ab 2008						
		7	Erweiterung des freiwilligen Schulsports Aargau auf 5- bis 20-Jährige	ab 2009						
		8	Weiterentwicklung des Leistungssportkonzepts	ab 2009						
		4	Entwicklung und Umsetzung des Konzepts "Lokales Sportnetz"	bis 2012						
		3	Entwicklung und Umsetzung des Konzepts "Bewegte Schule Aargau"	bis 2012						
		10	Lancierung von Massnahmen zur Förderung des Erwachsenensports	ab 2010						
335ES0010	Der Kanton setzt mit geeigneten und koordinierten Massnahmen die Kinderrechtskonvention im Rahmen der kantonalen Zuständigkeiten um.	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)	ab 2011			107	319	91	517
		2	Schaffung einer Koordinationsstelle zu 50 Stellenprozent als 5-jähriges Projekt	ab 2011						
		3	Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen	ab 2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0007: Die Umsetzungsmassnahmen des Sport- und Bewegungskonzepts werden über das Globalbudget des Aufgabenbereichs und über den Swisslos-Sportfonds finanziert.

ES0007Mn10: Neu wird auf Bundesebene der Erwachsenensport eingeführt. Auch im Kanton Aargau sind Aktivitäten geplant. Aus- und Weiterbildungen für Leiterpersonen Erwachsenensport werden lanciert und nach ersten Erfahrungen bedürfnisgerecht weiterentwickelt.

ES0010: Die Koordinationsstelle erarbeitet die zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention nötigen Strategien, koordiniert, leitet und kontrolliert diese. Sie wird in die Fachstelle Jugend integriert.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
335ZI0010	Kinder und Jugendliche haben im Rahmen des freiwilligen Schulsports flächendeckend die Möglichkeit, ausserhalb des obligatorischen Sportunterrichts qualifizierten, geleiteten Sportunterricht nach freier Wahl zu besuchen.	2	Freiwillige, bedürfnisorientierte Schulsportkurse (5- bis 20-Jährige)	Anzahl	1'335	1'700	1'750	1'800	1'800	1'800
		3	5- bis 10-Jährige, die pro Jahr den polysportiven freiwilligen Schulsport nutzen (J+S-Kids Schule)	Anzahl	4'486	6'000	7'000	7'000	7'000	7'000
		4	11- bis 15-Jährige (Sekundarstufe I), die pro Jahr den freiwilligen sportartenspezifischen Schulsport nutzen	Anzahl	10'717	10'900	11'400	11'400	11'400	11'400
		5	16- bis 20-Jährige (Sekundarstufe II), die pro Jahr den freiwilligen sportartenspezifischen Schulsport nutzen	Anzahl	196	200	200	200	200	200
335ZI0011	Kader und J+S Coachs sind mit einer konzentrierten, qualitativ guten Ausbildung auf verschiedenen Kompetenzstufen gezielt auf ihre Aufgabe vorbereitet und bilden sich bedürfnisgerecht unter Nutzung ihrer speziellen Fähigkeiten weiter.	1	Quote der mit der Kursqualität zufriedenen Kursteilnehmenden (Kundenzufriedenheit auf Stufe 4+5)	%	98.84	85	90	91	92	93
		2	Quote der Teilnehmenden, die bestätigen, dass das erworbene Fachwissen bedürfnisorientiert und praxisbezogen vermittelt wurde (Kundenzufriedenheit auf Stufe 4+5)	%	96.87	85	90	91	92	93
335ZI0013	Der Kanton fördert die ausserschulische Jugendarbeit der Gemeinden und Kirchgemeinden.	1	Angebote ausserschulischer Jugendarbeit, die vom Kanton unterstützt werden	Anzahl		5	15	22	25	25
		2	Beiträge des Kantons an die Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit	Franken		100'000	250'000	400'000	400'000	500'000

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0010: Als Folge der Lancierung von "J+S-Kids Schule" wird das Angebot der freiwilligen Schulsportkurse schrittweise erweitert. Dementsprechend wird sich auch die Zahl der am freiwilligen Schulsport teilnehmenden Kinder und Jugendlichen erhöhen. Die Auswirkungen zeigen sich am deutlichsten bei der Altersgruppe der 5- bis 10-Jährigen, die seit 2009 erstmals am polysportiven freiwilligen Schulsport teilnehmen können. Auf der Sekundarstufe I wird den 11-jährigen Schülerinnen und Schülern der Anschluss an den freiwilligen Schulsport der Oberstufe ermöglicht.

ZI0011: Die Kundenzufriedenheit ist seit Beginn der Befragung etwa gleich hoch bis leicht steigend. Aufgrund der Veränderung der Skala im Kursauswertungsbogen per 1.1.2010 von vier auf fünf Stufen ist eine differenziertere Befragung und Auswertung möglich. Als zufriedene Teilnehmende werden diejenigen gezählt, welche die Stufe vier oder fünf wählen. Erste Erfahrungswerte im 2010 zeigen, dass die Quoten im Budgetjahr und den Planjahren erhöht werden können.

ZI0013: Die Beiträge des Kantons an Angebote ausserschulischer Jugendarbeit hängen von der Grösse der einzelnen Projekte sowie vom Projektstand ab und werden nur gesprochen, wenn die qualitativen Anforderungen an die Angebote erfüllt sind.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie die Sportförderung sind durch Art. 67 und Art. 68 der Bundesverfassung, die Verordnung des VBS über Jugend+Sport, das Bundesgesetz und die Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport, § 38bis der Kantonsverfassung, § 67b des Schulgesetzes, die kantonale Verordnung über "Jugend und Sport" (J+S) und den freiwilligen Schulsport, das Dekret über die Entschädigung im freiwilligen Schulsport sowie die Sport-Toto-Verordnung und die Lotteriefondsverordnung geregelt. Zusätzlich bestehen für den Vollzug Weisungen des Bundesamts für Sport (BASPO).

Der Grosse Rat verfügt beim Angebot an freiwilligen Schulsportkursen über direkte Steuerungsmöglichkeiten, indem er über die Ausweitung oder Reduktion der Angebote beschliessen kann. Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen bestimmt, ob entweder mehr oder weniger Kinder und Jugendliche profitieren können. Die Ausweitung oder Reduktion des Angebots an freiwilligen Schulsportkursen hat auch höhere oder niedrigere Beiträge des Bundes zur Folge, die beim Globalbudget als Erträge ausgewiesen sind. Die Anbieter erhalten unter der Voraussetzung, dass ein Angebot die qualitativen Minimalanforderungen erfüllt, pro Kurs Fr. 1'050. Die Angebote von J+S-Kids (Zielgruppe der 5- bis 10-Jährigen) werden je zur Hälfte von Bund und Kanton finanziert. Bei den Angeboten für die 10- bis 20-Jährigen werden ein Drittel der Kosten vom Bund und zwei Drittel vom Kanton getragen.

Die Beiträge, die der Kanton an die Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit der Gemeinden ausrichtet, sind Bestandteil des Globalbudgets. Der Grosse Rat steuert hier über die Zahl der Angebote ausserschulischer Jugendarbeit, die vom Kanton unterstützt werden.

Der Personal- und Sachaufwand für den Jugendsport, die Sportkoordination und die Fachstelle Jugend ist im Globalbudget enthalten und kann vom Grossen Rat über das Globalbudget des Aufgabenbereichs gesteuert werden. Die Sportförderung und die Förderung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen durch die Fachstelle Jugend würden durch einen Abbau beim Personal eingeschränkt. Aus dem Swisslos-Sportfonds/Sport-Toto-Fonds werden Bauten und Anlagen, das Kurswesen, die Nachwuchsförderung, Geräte und Ausrüstungen sowie Ehrengaben und Defizitgarantien finanziert. Regionale und kantonale Projekte der ausserschulischen Jugendförderung werden aus dem Swisslos-Fonds/Lotteriefonds unterstützt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-10'347**	**-13'432**	**-22'588**	**68.2**	**-20'655**	**-14'757**	**-14'838**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**7'640**	**10'066**	**18'788**	**86.7**	**16'694**	**10'794**	**10'794**
Saldo Aufgabenbereich	**-2'708**	**-3'366**	**-3'800**	**12.9**	**-3'961**	**-3'964**	**-4'045**
Total Aufwand Globalbudget	-3'518	-4'084	-4'516	10.6	-4'768	-4'782	-4'872
Total Ertrag Globalbudget	910	818	924	12.9	924	924	924
Saldo Globalbudget	-2'608	-3'266	-3'593	10.0	-3'845	-3'859	-3'948
Total Aufwand Kleinkredite	-100	-100	-207	107.3	-117	-105	-97
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-100	-100	-207	107.3	-117	-105	-97
Total Aufwand LUAE	-6'729	-9'248	-17'864	93.2	-15'770	-9'870	-9'870
Total Ertrag LUAE	6'729	9'248	17'864	93.2	15'770	9'870	9'870
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Swisslos-Sportfonds (Spezialfinanzierung)	-6'694	-9'228	-17'844	93.4	-15'750	-9'850	-9'850
Total Ertrag LUAE Swisslos-Sportfonds (Spezialfinanzierung)	6'694	9'228	17'844	93.4	15'750	9'850	9'850
Saldo LUAE Swisslos-Sportfonds (Spezialfinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Coach Entschädigung	-36	-20	-20	0.0	-20	-20	-20
Total Ertrag LUAE Coach Entschädigung	36	20	20	0.0	20	20	20
Saldo LUAE Coach Entschädigung	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Ausweitung der Zielgruppe des freiwilligen Schulsports und die damit verbundene Angebotserweiterung bei den freiwilligen Schulsportkursen sowie die Einführung der Ausbildungskurse im Erwachsenensport führen 2011 zur Erhöhung des Aufwands des Globalbudgets. Die Leistungen des Kantons an die Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit (eingeführt mit der Revision des Kulturgesetzes und der Inkraftsetzung von § 67b des Schulgesetzes) werden um Fr. 150'000 auf Fr. 250'000 erhöht. Der Ertrag steigt aufgrund höherer Bundesbeiträge an den freiwilligen Schulsport.

LUAE

Die leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträge aus dem Swisslos-Sportfonds schwanken je nach der Zahl der eingereichten und bewilligten Gesuche und der Grösse der unterstützten Projekte von Jahr zu Jahr. Aus dem Swisslos-Sportfonds sind 2011 unter anderem Beiträge an die Sanierung verschiedener Schwimmbäder, Sportanlagen/Sportplätze und eine erste Tranche an das Fussballstadion Torfeld Süd vorgesehen.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Angebotserweiterung bei den freiwilligen Schulsportkursen führt 2012 zu weiteren Erhöhungen des Aufwands und des Ertrags (Bundesbeiträge). Ab 2012 wird von einer gleichbleibenden Anzahl Teilnehmenden und Sportfachkursen beim freiwilligen Schulsport ausgegangen, weshalb das Globalbudget 2013 gegenüber demjenigen von 2012 konstant bleibt. Ab 2012 werden die bisher über den entsprechenden Kleinkredit laufenden Beiträge von Fr. 100'000 an die anonymen Beratungsangebote "tschau.ch" und die "Telefonhilfe 147" über das Globalbudget geführt. Die Ausgaben für die Informelle Bildung (ausserschulische Jugendarbeit) erhöhen sich für die Jahre 2012 und 2013 von Fr. 250'000 auf Fr. 400'000 und ab 2014 auf Fr. 500'000.

Kleinkredite

Der Kleinkredit umfasst den jährlich wiederkehrenden Beitrag an die anonymen Beratungsangebote "tschau.ch" und die "Telefonhilfe 147" für Kinder und Jugendliche. Die Beiträge an diese Angebote laufen ab 2012 über das Globalbudget.

Die Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen aus dem Bericht "Die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention im Kanton Aargau 2009" erfolgt in einer 5-jährigen Projektzeit. Damit dies u.a. koordiniert und departementübergreifend durchgeführt werden kann, wird eine Koordinationsstelle zu 50 Stellenprozent in die Fachstelle Jugend BKS integriert.

LUAE

Ab 2012 sind beim Swisslos-Sportfonds folgende Grossprojekte geplant: Die Realisierung des Sportzentrums Burkertsmatt, Mutschellen; die Erweiterung der Sporthalle Schachen, Aarau, zu einer Sport- und Eventhalle; die Sanierung der Aargauer Eissportanlagen; die Sanierung und Erweiterung des Sportzentrums Tägi Wettingen; die Erstellung eines kantonalen Sport- und Kurszentrums mit Unterkunft und Grosssporthalle sowie die Sanierung bzw. der Ausbau des Hallenbads Telli, Aarau. Diese Grossprojekte können sich je nach Stand der Planungsarbeiten und der politischen Lage verzögern.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Fördern und Nutzen des kreativen Potenzials der Kulturschaffenden und Kulturträger durch Vernetzung, Evaluation und Unterstützung der kulturellen Aktivitäten. Werke und Kulturgüter werden erforscht, bewahrt und vermittelt.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**340**	**Kultur**
Produktegruppen	34010	Kulturförderung
	34020	Museum Aargau
	34030	Kunsthaus
	34040	Kantonsbibliothek
	34050	Kantonsarchäologie
	34060	Denkmalpflege
	34070	Staatsarchiv

UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton fördert das Kulturschaffen und die Kulturvermittlung. Er stärkt die kulturelle Vielfalt und bewahrt das kulturelle Erbe. Die Kulturförderung erfolgt über das Aargauer Kuratorium und den Swisslos-Fonds.

Zur Kulturpflege unterhält der Kanton eigene Einrichtungen. Herausragende Zeugnisse der Geschichte sind die Funde des Legionärslagers Vindonissa sowie die Schlösser, Burgen und Klöster. Von Bedeutung für das historische Gedächtnis sind neben den Altstädten auch signifikante Bauten aus der Industrialisierung und der jüngeren Vergangenheit. Das kulturelle Erbe wird der Öffentlichkeit durch das Aargauer Kunsthaus und das Museum Aargau sowie zahlreiche kommunale und private Museen zugänglich gemacht. Die zentralen Informations- und Dokumentationsstellen sind das Staatsarchiv und die Kantonsbibliothek.

Der Kanton sorgt mit einer aktiven Förderung des kreativen Schaffens und der Kulturinstitutionen mit regionaler und überregionaler Ausstrahlung für ein vielfältiges, hochwertiges Kulturangebot und stärkt damit seine Standortattraktivität. Angesichts der zunehmenden Wertevielfalt und der durch die Finanzkrise ausgelösten Verunsicherung zeigt die Gesellschaft ein starkes Bedürfnis, Grundwerte zu reflektieren. Kultur bietet dabei vielfältige Orientierungshilfen und Impulse zur Identitätsfindung. Die kantonale Kulturförderung schafft die Voraussetzung für die Teilhabe breiter Bevölkerungskreise am Kulturleben. Die Resultate der 2009 durchgeführten Befragung der Aargauer Bevölkerung über das Angebot im Kulturkanton wurden bei der Planung berücksichtigt. Es gibt keine Anzeichen, dass sich der konjunkturelle Abschwung negativ auf den individuellen Kulturkonsum auswirkt, hingegen ist die Kulturunterstützung durch Dritte rückläufig.

Das seit 1. Januar 2010 geltende Kulturgesetz erlaubt die Unterstützung von Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung aus allen Bereichen des Kulturlebens. Die entsprechenden Betriebsbeiträge sind Bestandteil des Globalbudgets des Aufgabenbereichs. Die Kommission für Kulturfragen berät den Regierungsrat bei der Auswahl der Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung und bei übergreifenden kulturpolitischen Fragestellungen. Das Aargauer Kuratorium ist abschliessend zuständig für die Förderung des professionellen künstlerischen Schaffens.

Das neue Kulturgesetz trägt dem steigenden Stellenwert der Kulturvermittlung Rechnung, indem diese explizit als Aufgabe genannt ist. Der Aargau kann damit seine schweizweit führende Stellung im Bereich der Kulturvermittlung an ein junges Publikum ausbauen.

Für die kommende Planperiode wird in den Siedlungszentren weiterhin mit einer intensiven Bautätigkeit gerechnet, so dass Kantonsarchäologie und Denkmalpflege stark beansprucht bleiben.

Für die Kantonsbibliothek und das Staatsarchiv stellen sich infolge neuer Nutzerbedürfnisse und der Zunahme der digitalen Informationen und Dokumente neue Herausforderungen. Beide Institutionen sind gefordert, die Langzeitarchivierung elektronischer Daten sicherzustellen. Benutzerinnen und Benutzer der Kantonsbibliothek erwarten zunehmend, dass kostenpflichtige digitale Ressourcen auch von zu Hause aus abrufbar sind. Die für die Bedürfnisse der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und des Staates nutzbringende Auswertung des Archivguts des Staatsarchivs verlangt, dass die Dokumente in einer Archivdatenbank verzeichnet und damit recherchierbar sind. Speicherung, öffentlicher Zugriff und Nutzung in digitaler Form erfordern eine Aktualisierung der elektronischen Infrastruktur.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
340KU0001	Mitglieder des Aargauer Kunstvereins	Anzahl	2'078	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
	Leistungskennzahlen							
340KL0024	Gesuche und Jurierungsanmeldungen an das Aargauer Kuratorium	Anzahl	874	900	900	900	900	900
340KL0025	Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anzahl	237	280	240	240	240	240
340KL0026	Besucher/innen Museen (Schloss Lenzburg, Schloss Hallwyl, Klosterkirche Königsfelden, Schloss Wildegg, Kunsthaus, Vindonissa-Museum)	Anzahl	152'261	173'000	212'000	221'000	220'000	222'000
340KL0027	Kantonsbibliothek: Verfügbare Medien (Bücher und andere Medien)	Anzahl	692'129	692'000	701'000	710'000	719'000	728'000
340KL0028	Umfang des Archivguts des Staatsarchivs	km	9.3	9.6	9.9	10.2	10.5	10.8
	Finanzkennzahlen							
340KF0012	Ausgaben der Abteilung Kultur pro Einwohner/in	Franken	57.7	68.2	67.1	68	66.2	68.7

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0026: Ab 2011 steigt die Besucherzahl steil an, weil 2011 neu 40'000 Besucherinnen und Besucher des Schlosses Wildegg mitgezählt werden (vgl. ES0043). Das Museum Aargau rechnet 2011 und den folgenden Planjahren an den Standorten Schloss Lenzburg, Kloster Königsfelden und Schloss Wildegg mit einer Publikumszunahme. 2012 soll aus Anlass der Gründung des Klosters Königsfelden vor 700 Jahren eine grosse Ausstellung realisiert werden. Das Aargauer Kunsthaus korrigiert die allzu optimistischen Besucherprognosen der letzten Jahre aufgrund der Erfahrungswerte nach unten, rechnet aber gegenüber den vergangenen Jahren mit einer moderaten Zunahme.

KL0027 und KL0028: Die Kantonsbibliothek geht von einem kontinuierlichen Ausbau des Bestands an verfügbaren Medien aus. Das Staatsarchiv rechnet ebenfalls mit einer kontinuierlichen Entwicklung des Archivguts.

KF0012: Ab 2011 steigen die Netto-Ausgaben der Abteilung Kultur pro Einwohner/in infolge der Umsetzung des neuen Kulturgesetzes (Betriebsbeiträge an Institutionen von mindestens kantonaler Bedeutung Fr. 450'000 im Jahr 2011 und 800'000 im Jahr 2012, Kulturvermittlung Fr. 150'000) und der Integration des Schlosses Wildegg ins Museum Aargau (Fr. 500'000 pro Jahr). Ein höherer Aufwand fällt im Weiteren an für Förderbeiträge der Denkmalpflege (2011 Fr. 380'000, 2012 Fr. 150'000 und 2014 Fr. 1 Mio.). Die budgetierten Mittel für archäologische Grabungen und Auswertungen sinken im Jahr 2011 um Fr. 3.6 Mio. gegenüber dem Vorjahr, sie steigen jedoch ab 2012 erneut an (Fr. 3.2 Mio.) und schwanken anschliessend je nach erwartetem Verlauf der Projekte. 2011 beansprucht das Projekt LAEDAG Fr. 623'000 mehr Mittel als 2010. 2011 sind Fr. 1'167'500 eingestellt, ab 2013 werden jährlich rund Fr. 1 Mio. benötigt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
340ES0028	Konzeption und Implementierung der langfristigen Archivierung elektronischer Daten des Kantons Aargau (LAEDAG)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-0269 vom 20.10.2009; zusätzlicher Globalkredit geplant)	2010	978	370	993	2'175		4'516
		6	Evaluation, Anhörung und Botschaft für Betrieb Records Management System (RMS)	2010						
		7	Entscheid GR, Test und Pilotierung, Einführung Betrieb	2011-2012						
		8	Bedarfsgerechte Ausbreitung des RMS in der Verwaltung, Schulung	2013						
340ES0039	Kulturvermittlung für Schülerinnen und Schüler	1	Nettoaufwand Globalkredit	2007	87	44				131
		2	Etablierung von Netzwerkveranstaltungen mit Kulturinstitutionen, Kulturschaffenden und Kulturverantwortlichen in den Schulen	2009						
		4	Optimierung und Erweiterung des Angebotsportfolios für Schulen in Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden; Ergänzung um Museumsangebote	2011						
		5	Ausbau der Zusammenarbeit mit kantonalen und ausserkantonalen Bildungsinstitutionen	2011						
340ES0043	Integration Schloss Wildegg ins Museum Aargau (Verhandlung Kanton-Bund)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2010-0402 vom 12.01.2010)	2010			500	1'500		2'000
		2	Festlegung der Strategie Museum Aargau unter Einschluss der Wildegg und Erstellung des Betriebs- und Nutzungskonzepts Wildegg	2010						
		3	Integration des Schlosses Wildegg ins Museum Aargau	2011						
		4	Umsetzung der Strategie Museum Aargau mit Ausbau zum Gesamterlebnis Schlossdomäne Wildegg	2013						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
340ES0046	Grabungen in Baden-Bäderquartier	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2009-0092 vom 23.06.2009 und GRB 2009-0269 vom 20.10.2009)	2006	789	2'613	800			4'202
		2	Sondierungen, Bauuntersuchungen, Beginn der Grabungen	2009						
		3	Bauuntersuchung und Grabung Limmatknie und Hinterhof	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0028: Infolge der Neuausrichtung des Projekts LAEDAG (vgl. Jahresbericht 2009) werden die Entwicklungsschritte angepasst. Ab 2013 ist die schrittweise, auf die Bedürfnisse der Nutzer abgestimmte Einführung geplant.

ES0039: Infolge des neuen Kulturgesetzes wird ab 2010 der betriebliche Aufwand in der Abteilung Kultur budgetiert. Wie bisher werden der Impulskredit, Auszeichnungen für kulturelle Schulprojekte und Workshops durch den Swisslos-Fonds finanziert.

ES0043: Gestützt auf GRB 2009-0280 vom 12. Januar 2010 übernimmt das Museum Aargau am 1. Januar 2011 den Betrieb des musealen Teils der Schlossdomäne Wildegg inklusive Schlossgarten. Eine Analyse des Ist-Zustands und der vorhandenen Potenziale hat gezeigt, dass die Wildegg im Kontext des Museums Aargau grosse Entwicklungsmöglichkeiten als kulturtouristische Destination aufweist. Der Garten wird während einer 10-jährigen Startphase als Pilotbetrieb geführt und aus dem Swisslos-Fonds finanziert. 2011 erfolgt die Schlussphase von baulichen und restauratorischen Arbeiten, deren Kosten noch vom Bund übernommen werden.

ES0046: Noch während der Abschlussphase der Grossgrabungen in Vindonissa (bisheriger ES0027 bis 2010) haben im Bäderquartier Baden infolge des geplanten Neubaus des Thermalbads im Jahr 2009 umfangreiche Grabungen begonnen. Insgesamt muss eine Fläche von annähernd 4000m2 ausgegraben und dokumentiert werden, hinzu kommen Bauuntersuchungen an und in bestehenden Gebäuden. Gegenstand der Arbeiten sind nicht nur antike, sondern auch mittelalterliche und neuzeitliche Überreste von Bädern und Einrichtungen. Die archäologischen Untersuchungen sind eng mit den Planungs- und Bauabläufen seitens der Bauherrschaft koordiniert. Sie haben in der Wissenschaft über die Archäologie hinaus grosses Interesse geweckt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
340ZI0023	Ein dezentrales, hochwertiges Kulturangebot durch die Abteilung Kultur und das Aargauer Kuratorium ist geschaffen.	1	Bewilligte Gesuche durch das Aargauer Kuratorium und den Swisslos-Fonds	Anzahl	603	630	590	590	590	590
		3	Leistungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Ausstrahlung	Anzahl			15	18	18	18
340ZI0024	Die kantonalen Museen sind schweizweit positioniert.	1	Wechselausstellungen	Anzahl	17	15	16	16	16	16
		2	Publikationen der Museen	Anzahl	9	12	13	13	13	13
		3	Anteil ausserkantonaler Besucher/innen	%	57	57.5	58	58	58	58
340ZI0025	Die Kulturvermittlung durch die Aargauer Museen (Schloss Lenzburg und Hallwyl, Kunsthaus, Klosterkirche Königsfelden, Vindonissa-Museum) wird intensiviert.	1	Museumspädagogische Angebote, öffentliche und private Führungen	Anzahl	1'885	1'865	2'230	2'290	2'230	2'230

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
340ZI0026	Das Kulturgut wird erforscht, gepflegt und zugänglich gemacht.	1	Bewertete, elektronisch erschlossene Archiveinheiten des Staatsarchivs	Anzahl	11'785	11'000	12'000	13'000	12'000	12'000
		2	Publikationen der Kantonsarchäologie	Anzahl	12	14	14	14	14	14
		3	Forschungsprojekte (ausgewertete Grabungen) der Kantonsarchäologie	Anzahl	0	3	3	3	3	3
		4	Denkmalschutzverfahren - Aufnahme neuer Objekte	Anzahl	10	10	8	8	8	8
340ZI0027	Die Kantonsbibliothek ist zum Informationszentrum ausgebaut.	1	Ausleihen pro Jahr	Anzahl	33'005	27'500	33'300	33'600	33'900	34'200
		2	Zuwachs Bestand	Anzahl	13'127	7'000	9'000	9'000	9'000	9'000

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI023In1: Die zu erwartende Anzahl bewilligte Gesuche an den Swisslos-Fonds wird aufgrund des Durchschnittswerts der vergangenen Jahre reduziert.

ZI023In3: Der neue Indikator beinhaltet alle Leistungsvereinbarungen, die die Abteilung Kultur und das Kuratorium mit Aargauer Kulturinstitutionen und Ensembles von mindestens kantonaler Ausstrahlung führen. 2010 sind insgesamt 12 Leistungsvereinbarungen wirksam. Davon laufen 9 über das Kuratorium. Im gleichen Jahr schliesst die Abteilung Kultur neu auf der Grundlage des Kulturgesetzes vom 31. März 2009 mit 3 Kulturinstitutionen Leistungsvereinbarungen ab, die mit der Ausrichtung von Betriebsbeiträgen verbunden sind. 2011 und 2012 sollen je 3 weitere Kulturinstitutionen dazu stossen.

ZI0024In3: Ziel während der Planperiode ist es, den Anteil der ausserkantonalen Besucherinnen und Besucher zu halten. Beim neu zum Museum Aargau stossenden Schloss Wildegg liegt der Anteil heute noch tiefer als bei den Aargauer Museen, was den Anstieg des Durchschnittswerts bremst.

ZI0025: Das Kulturvermittlungsangebot erhöht sich ab 2011 durch die Integration von Schloss und Garten Wildegg ins Museum Aargau.

ZI0026In4: Der enge finanzielle Rahmen bei den Bundesbeiträgen zwingt zu einer restriktiveren Aufnahme von Schutzobjekten.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Kantone sind gestützt auf Art. 69 der Bundesverfassung (BV) für die Kulturpflege zuständig. Nach Art. 78 BV obliegt den Kantonen zudem die Sorge für den Natur- und Heimatschutz. Der Kulturbereich wird sodann durch § 36 der Verfassung des Kantons Aargau und die neue Kulturgesetzgebung geregelt, die per 1. Januar 2010 in Kraft tritt. Die Richtlinien des Internationalen Museumsrats (ICOM) sind für die Arbeit der Museen von Bedeutung.

Für die Denkmalpflege, die Kantonsarchäologie und das Aargauer Kuratorium gelten zwingende Rahmenbedingungen. Steuerungsmöglichkeiten bestehen hauptsächlich bei der Terminierung der Auszahlung gesprochener Beiträge für die Denkmalpflege. Die jährlichen Schwankungen bei den Finanzen des Aufgabenbereichs sind primär auf die Grabungstätigkeit der Kantonsarchäologie zurückzuführen. Die Ausgaben der Kantonsbibliothek, des Staatsarchivs, des Aargauer Kunsthauses und des Museums Aargau sind grösstenteils Personalaufwendungen. Die Kosten sind hier praktisch ausschliesslich über den Leistungsumfang (Kulturvermittlungsangebote) und die Öffnungszeiten steuerbar.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-38'093**	**-42'996**	**-44'194**	**2.8**	**-45'246**	**-44'433**	**-46'513**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**3'555**	**1'753**	**3'184**	**81.6**	**3'293**	**3'218**	**3'216**
Saldo Aufgabenbereich	**-34'538**	**-41'243**	**-41'010**	**-0.6**	**-41'953**	**-41'215**	**-43'297**
Total Aufwand Globalbudget	-29'610	-28'870	-32'519	12.6	-33'150	-33'627	-35'980
Total Ertrag Globalbudget	2'052	1'753	1'786	1.9	1'895	1'820	1'818
Saldo Globalbudget	-27'558	-27'117	-30'733	13.3	-31'254	-31'807	-34'162
Total Aufwand Kleinkredite	-4'922	-7'811	-6'174	-21.0	-6'596	-5'306	-5'033
Total Ertrag Kleinkredite	497		898	-	898	898	898
Saldo Kleinkredite	-4'425	-7'811	-5'276	-32.5	-5'698	-4'408	-4'135
Total Aufwand Grosskredite	-2'872	-1'116		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite	317						
Saldo Grosskredite	-2'555	-1'116		-100.0			
Total Aufwand LUAE	-689	-5'200	-5'500	5.8	-5'500	-5'500	-5'500
Total Ertrag LUAE	689		500	-	500	500	500
Saldo LUAE	0	-5'200	-5'000	-3.9	-5'000	-5'000	-5'000

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite KH Betriebssicherung Kunsthaus	-645	-646		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite KH Betriebssicherung Kunsthaus	13						
Saldo Grosskredite KH Betriebssicherung Kunsthaus	-631	-646		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite KA Grabung Begegnungszentrum	-56						
Total Ertrag Grosskredite KA Grabung Begegnungszentrum							
Saldo Grosskredite KA Grabung Begegnungszentrum	-56						
Total Aufwand Grosskredite KA Grabung Campus Areal Windisch-Brugg	-2'172	-100		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite KA Grabung Campus Areal Windisch-Brugg	304						
Saldo Grosskredite KA Grabung Campus Areal Windisch-Brugg	-1'868	-100		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG		-370		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG							
Saldo Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG		-370		-100.0			

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Interkant. Kulturlastenausgleich		-5'200	-5'000	-3.9	-5'000	-5'000	-5'000
Total Ertrag LUAE Interkant. Kulturlastenausgleich							
Saldo LUAE Interkant. Kulturlastenausgleich		-5'200	-5'000	-3.9	-5'000	-5'000	-5'000
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeitr. Denkmalpflege	-689		-500	-	-500	-500	-500
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeitr. Denkmalpflege	689		500	-	500	500	500
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeitr. Denkmalpflege	0		0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Der Aufwand im Globalbudget steigt infolge der Umsetzung des neuen Kulturgesetzes (Betriebsbeiträge an Institutionen von mindestens kantonaler Bedeutung Fr. 450'000, Kulturvermittlung Fr. 150'000). Die bisher im Kleinkredit Umstrukturierung Museum Aargau eingestellten Mittel in der Höhe von Fr. 472'000 und die im Grosskredit Betriebssicherung Kunsthaus geführten Mittel von Fr. 645’000 gehen ins Globalbudget über. Am Museum Aargau erfolgt zudem eine Anpassung des Personalaufwands von Fr. 200'000 unter voller Ausschöpfung des bisherigen Stellenplans. Darin enthalten sind Mittel für 2 Zivildienstleistende, im Weiteren wird eine neue Lehrstelle geschaffen. Mit Fr. 360'000 wird ein Betrag für Ausstellungsprojekte zur Industriegeschichte eingestellt. Die Ausstattung des neuen Eingangsbereichs mit Kasse/Shop im Schloss Hallwyl schlägt mit Fr. 60'000 zu Buche. Durch eine Intensivierung der Grabungstätigkeit in Kaiseraugst werden zusätzliche Mittel von Fr. 100'000 benötigt. Ziel der Untersuchungen ist, ein teils im Eigentum des Kantons, teils im Eigentum der Gemeinde befindliches Gelände unter grösstmöglicher Schonung der archäologischen Hinterlassenschaft so weit zu untersuchen, dass es von Kanton und Gemeinde an einen Investor verkauft werden kann.

In der Kantonsarchäologie ist eine personelle Verstärkung nötig, weil der immense Fundanfall aus den Grossgrabungen der vergangenen Jahre mit dem bisherigen Personalbestand nicht mehr bewältigt werden kann (Fr. 110'000). Bei der Denkmalpflege werden die gesetzlichen Förderbeiträge für Denkmaleigentümer um Fr. 380'000 erhöht. Im Staatsarchiv wurden die Mittel um Fr.100’000 erhöht für die Erschliessung von Archivbeständen, die zum Abtragen von über Jahre aufgelaufenen Arbeitsrückständen nötig wird. Gleichzeitig dienen die Erschliessungsarbeiten der Vorbereitung einer neuen Kantonsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Im Mehraufwand des Staatsarchivs sind zudem Mittel für 2 Zivildienstleistende und eine neue Lehrstelle enthalten. Der Ertrag erhöht sich infolge von Mehreinnahmen bei den Museumseintritten.

Kleinkredite

Der Saldo der Kleinkredite verringert sich, weil Ende 2010 die umfangreichen Grabungen Löwen Kaiseraugst (Fr. 1.02 Mio.) und Fehlmannmatte Windisch (Fr. 1.49 Mio.) abgeschlossen werden. Die Grabungen und Bauuntersuchungen im Bäderquartier Baden laufen aus (Fr. 1.2 Mio.). Zudem entfällt der Kleinkredit für die Umstrukturierung des Museums Aargau (Fr. 472'000). Demgegenüber setzt neu der Kleinkredit für das Schloss Wildegg mit einem Saldo von Fr. 500'000 ein (vgl. ES0043). Der Bruttoaufwand für das Schloss Wildegg beträgt Fr. 1.4 Mio. Dem Aufwand steht ein Ertrag von Fr. 455'000 für Eintritte, Vermietungen und Dienstleistungen, Fr. 150'000 durch einen Betriebsbeitrag des Bundes und Fr. 300'000 für die Führung eines Pilotprojekts Garten aus dem Swisslos-Fonds gegenüber. 2011 ist auf der Habsburg die Erneuerung der Besucherinformation mit Fr. 100'000 eingeplant. Nach der Neuausrichtung des Projekts LAEDAG (vgl. ES0028) wird für die Pilotierung und die Betriebseinführung das Records Management System (RMS) der laufende Kleinkredit um Fr. 623'000 erhöht.

Grosskredite

Der Grosskredit für die Betriebssicherung des Kunsthauses ist Ende 2010 abgeschlossen und geht ins Globalbudget über. Mit dem Abschluss der Grabung Campus Areal läuft der letzte Grosskredit der Grossgrabungen in Brugg-Windisch aus. Infolge der Neuausrichtung des Projekts LAEDAG reduzieren sich die Projektkosten so weit, dass entgegen der ursprünglichen Planung nicht mehr ein Grosskredit, sondern ein Kleinkredit benötigt wird. Insgesamt werden somit im Budgetjahr und den Folgejahren keine Grosskredite mehr geführt.

LUAE

Der Beitrag für den Kulturlastenausgleich an die Kantone Zürich und Luzern kann um Fr. 200'000 gesenkt werden, da infolge der Übernahme der Schlossdomäne Wildegg vom Bund der vertraglich vereinbarte Rabatt wirksam wird. Neu werden beim Aufwand und Ertrag der LUAE mit je Fr. 500'000 die durchlaufenden Bundesbeiträge zugunsten von Denkmaleigentümern budgetiert.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Mit einer Erhöhung der Betriebsbeiträge an Institutionen von mindestens kantonaler Bedeutung um Fr. 850'000 auf Fr. 2.3 Mio. im Jahr 2012 und Fr. 50'000 auf Fr. 2.35 Mio. im Jahr 2013 ist die Umsetzung des Kulturgesetzes vollzogen. Der auf dem Niveau von 2010 eingefrorene Kuratoriumskredit wird ab 2013 um Fr. 100'000 pro Jahr erhöht. Die gesetzlichen Förderbeiträge für Denkmaleigentümer sinken 2012 um Fr. 230'000 auf Fr. 150'000. 2013 sind keine Fördermittel eingestellt, 2014 sind Fr. 1 Mio. vorgesehen. Im Museum Aargau ergeben sich Veränderungen aus den geplanten Ausstellungsvorhaben. 2013 und 2014 setzen die Vorbereitungen zu einer grossen Ausstellung im Zusammenhang mit dem 600-Jahr-Jubiläum der Eroberung des Aargaus durch die Eidgenossenschaft ein. Im Staatsarchiv wird ab 2013 das Team für die Erschliessungsarbeiten um eine befristete Stelle verstärkt (Fr. 122'000). 2014 sind im Globalbudget des Staatsarchivs die Folgekosten des Projekts LAEDAG von rund Fr. 1 Mio. für die Ausbreitung des Records Management Systems RMS in der kantonalen Verwaltung eingestellt.

Kleinkredite

Ab 2013 wird ein neuer Kleinkredit für die Erarbeitung des Bauinventars für Schutzobjekte der Jahre 1920-1960 und der Altstädte eingestellt. Es handelt sich um eine bisher durch den Swisslos-Fonds finanzierte Aufgabe, die aus lotterierechtlichen Gründen ins ordentliche Budget überführt wird. In der Kantonsarchäologie verändert sich der Saldo der Kleinkredite in Abhängigkeit von geplanten beziehungsweise erwarteten archäologischen Grabungen. Ende 2013 wird das Projekt LAEDAG abgeschlossen. Ab 2014 sind die Folgekosten im Globalbudget eingestellt.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Bearbeiten und Koordinieren des Aufgaben- und Finanzplans mit Budget sowie des Jahresberichts; Durchführen des Finanz- und Aufgabencontrollings, zusammen mit der Staatskanzlei; Aufbereiten von finanzpolitischen Grundlagen und Bearbeiten von finanzpolitischen Projekten; Durchführen der zentralen Betreuung der Beteiligungen; Konzipieren und Betreuen des Rechnungswesens und der entsprechenden Informatiksysteme; Sicherstellen des Cash-Managements und der Tresorerie; Durchführen von statistischen Erhebungen im Auftrag von Bund und Kanton; Bereitstellen von statistischen Informationen und Entscheidungsgrundlagen für Öffentlichkeit, Politik, Regierung und Verwaltung.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**410**	**Finanzen, Controlling und Statistik**
Produktegruppen	41010	Finanzpolitik und Beteiligungen
	41020	Zentrales Controlling und Rechnungswesen
	41040	Zentrale Finanzdienstleistungen
	41060	Statistik

UMFELDENTWICKLUNG

Die Wirtschaftsentwicklung beeinflusst massgeblich den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons. Die schweizerischen Prognoseinstitute und Banken gehen heute davon aus, dass die Rezession überwunden wurde. Gemäss aktueller Prognosen soll das Wirtschaftswachstum im Kanton Aargau 2011 bereits wieder 2 Prozent betragen und damit das Potenzialwachstum erreichen. Bereits im Budgetjahr werden wieder ansteigende Steuererträge erwartet. Der nach wie vor enge finanzielle Handlungsspielraum verlangt jedoch weiterhin eine gezielte Prioritätensetzung bei der Aufgabenerfüllung sowie eine intensive Steuerung der Aufwand- und Saldoentwicklung.

Eine grosse Herausforderung bleibt der Abbau der Schuld der Spezialfinanzierung Sonderlasten. Bei der Prüfung und Ausarbeitung geeigneter Finanzierungsvarianten sind allfällige Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der Euro-Schwäche auf die Ausschüttungspolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu berücksichtigen (ES0072). Bestehende Formen der Aufgabenerfüllung werden evaluiert und weiterentwickelt. Gleichzeitig werden auch alternative Finanzierungslösungen konzipiert. Damit soll der Handlungsspielraum bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben erweitert werden (ES0079).

Die Rechnungslegung sowie das Rechnungswesen der öffentlichen Hand werden schweizweit harmonisiert und an anerkannte Standards ausgerichtet. Die Einführung einer neuen Rechnungslegung im Kanton Aargau ist im Rahmen der Revision des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung der Aufgaben und Finanzen (GAF) geplant (vgl. Aufgabenbereich 100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte, ES0020). Dabei soll auch das Kreditrecht revidiert und eine Anpassung der finanzpolitischen Instrumente vorgenommen werden. Im Bereich des Rechnungswesens sollen zudem der Belegfluss optimiert und die bestehenden Applikationen weiterentwickelt werden.

Die Nachfrage nach statistischen Informationen für Planungs- und Entwicklungsaufgaben ist nach wie vor hoch. Sie wird zusätzlich verstärkt, weil der Bund die Regionalstatistik zugunsten der internationalen Statistiken (EU-Statistiken) weiter abbaut und daher den regionalen Stellen vermehrt Aufgaben überträgt. Gleichzeitig erhöht sich die Komplexität der Erhebungen. Häufig müssen verschiedenste Varianten der Datenlieferung unterstützt werden. Die Umstellung auf das neue System der Volkszählung ist eine grosse Herausforderung, da der Wechsel auf Stichprobenerhebungen andere Ansprüche an die Gewinnung regionaler Informationen stellt (ES0075). In jedem Fall muss die Notwendigkeit regionaler Informationen geprüft und gegebenenfalls ein entsprechendes Stichproben- und Auswertungskonzept entwickelt und umgesetzt werden. Zudem erfordert die im Bundesauftrag durchzuführende Revision der Bildungsstatistiken organisatorisch und informatikmässig neue Lösungen.

Die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise beeinflussen nach wie vor die Rahmenbedingungen der Tresorerie. Im Vergleich zu früheren Annahmen wird von einem geringeren Liquiditätszufluss ausgegangen. Mittelfristig ist mit einer Zunahme des langfristigen Fremdkapitalbedarfs (Darlehen an Finanzierungsgesellschaft FHNW AG) zu rechnen. Bei der Zinsentwicklung wird schrittweise ein Anstieg erwartet.

Bei den Erträgen und Dividenden der kantonalen Beteiligungen ist von einer Stagnation oder einem vergleichsweise geringen Wachstum auszugehen. Beim Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird gegenüber dem Budget 2010 nochmals ein Anstieg des Ausgleichsbetrags und anschliessend eine Stagnation erwartet. Ohne zusätzliche Finanzierungslösungen reduziert sich die Schuld der Spezialfinanzierung nur sehr langsam. Die 2008 gebildete Bilanzausgleichsreserve wird zur Verbesserung des Saldos der Verwaltungsrechnung in den Jahren 2011 und 2012 vollständig aufgelöst (vgl. Botschaft).

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
410KU0010	Wachstum reales Volkseinkommen Kanton Aargau	%	-1.8	0	2	2	2	2
410KU0017	Rendite Kapitalmarkt (Kantone, 8 Jahre)	%	2.3	2.7	2.7	3.2	3.2	3.2
410KU0018	Geldmarktsatz (3 Monate LIBOR)	%	0.4	0.6	1	2	2	2
410KU0019	Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau	Anzahl	598'920	605'000	611'000	617'000	623'000	629'000
410KU0021	Kantonale Beteiligungen	Anzahl		32	35	34	34	34
	Leistungskennzahlen							
410KL0019	Zahlungsein- und ausgänge	Anzahl	441'962	432'000	438'000	444'000	450'000	453'000
410KL0021	Statistiken Bund	Anzahl	12	11	13	12	11	12
410KL0022	Statistiken Kanton	Anzahl	13	11	11	12	14	12
	Finanzkennzahlen							
410KF0012	Überschuss (+) der Verwaltungsrechnung	Mio. Fr.	11.7	5.5	2.9	-15.1	-17.4	-13.9
410KF0004	Nettoschulden (aufgelaufene Defizite)	Mio. Fr.	378.83	357.2	353.8	357.8	364.1	363.8
410KF0005	Nettoverschuldungsquote	%	1.24	1.12	1.1	1.08	1.06	1.03
410KF0006	Staatsquote	%	12.81	12.55	13	13.28	13.11	13.21
410KF0007	Steuerquote	%	6.48	5.85	6.01	6.07	6.16	6.22
410KF0008	Kurzfristige Aktivanlagen am Geldmarkt, durchschnittlicher Bestand pro Jahr	Mio. Fr.	321	250	250	250	250	250
410KF0009	Kurz-, mittel- und langfristige Schulden am Jahresende	Mio. Fr.	2'082	2'320	2'350	2'450	2'500	2'550
410KF0011	Rating durch Standard & Poor's für den Kanton Aargau (s. Fussnote)	AAA	1	1	1	1	1	1

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0010/0017/0018: Die Budgetwerte 2010 stammen aus dem AFP 2010-2013 und wurden nicht aktualisiert. Die Werte für die Jahre 2011 bis 2014 entsprechen den aktualisierten volkswirtschaftlichen Prognosen gemäss Botschaftsvorlage.

KU0019: Der Budgetwert 2010 stammt aus dem AFP 2010-2013 und wurde nicht aktualisiert. Die Bevölkerungszahlen der Planjahre wurden an die neue Bevölkerungsprognose angepasst.

KU0021: Per 31.12.2009 hält der Kanton 34 Beteiligungen. Per 31.12.2010 werden es voraussichtlich 36 Beteiligungen sein. Die Anzahl Beteiligungen dürfte aufgrund der für 2010 geplanten Zugänge (Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG, VIACAR AG, Limmattalbahn AG) sowie aufgrund aktueller und späterer Abgänge (Busbetrieb Aarau, Unterlagengenossenschaft, Schweiz. Hochschule für Landwirtschaft) in etwa konstant bleiben.

KL0021/0022: Die Anzahl Statistiken schwankt aufgrund nicht jährlich anfallender Erhebungen (v.a. Wahlstatistiken).

KF0006: Als finanzpolitische Kennzahl ist die Staatsquote nur über eine Zeitperiode eines Konjunkturzyklus von sechs bis zehn Jahren aussagekräftig.

KF0008: Aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarktkrise wird mit einem geringeren Zufluss von liquiden Mitteln gerechnet.

KF0009: Die Auflösung der Bilanzausgleichsreserve, das Darlehen an die Finanzierungsgesellschaft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW AG) sowie der geplante Abbau des Finanzausgleichsfonds erfordern zusätzliches Fremdkapital. Die Amortisationen der Schuld der Spezialfinanzierung Sonderlasten sind dabei bereits berücksichtigt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
410ES0072	Vorbereitung geeigneter Massnahmen zur Reduktion der Schuld der Spezialfinanzierung Sonderlasten	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Situationsanalyse	2010						
		3	Prüfung und Ausarbeitung von Finanzierungsvarianten	2011						
		4	Umsetzung und Anwendung der beschlossenen Massnahmen	2014						
410ES0075	Einführung der Stichprobenerhebung im Rahmen der neuen Volkszählung	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Koordination der Anforderungen im Kanton	2010						
		3	Erarbeitung Konzept	2011						
		4	Umstellung auf das Erhebungskonzept mit angepassten regionalen Auswertungen	2013						
410ES0079	Weiterentwicklung der Aufgabenerfüllungsformen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Umsetzung und Begleitung von Pilotprojekten mit PPP-Elementen	2012						
		3	Evaluation und Weiterentwicklung bestehender Aufgabenerfüllungsformen	2013						
		4	Konzipierung und Anwendung alternativer Finanzierungslösungen	2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0040 AFP 2010-2013 Registerharmonisierung: Der Entwicklungsschwerpunkt wurde wie geplant im Jahr 2010 abgeschlossen.

ES0053: Der Entwicklungsschwerpunkt "Neue Rechnungslegung Kanton Aargau" wird neu im Aufgabenbereich 100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte im ES0020 "Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Neugestaltung der Rechnungslegung (WOV-FIREL)" geführt.

ES0072: Gemäss Beschluss des Grossen Rats wird ab 2014 die Zinsbelastung der Spezialfinanzierung Sonderlasten der laufenden Rechnung belastet. Da dies den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons beträchtlich einschränken wird, sind Handlungsvarianten zu erarbeiten, welche auf eine Reduktion und den Abbau der Schuld der Spezialfinanzierung abzielen. Derzeit befinden sich verschiedene Möglichkeiten in der Evaluation.

ES0074 AFP 2010-2013 Weiterentwicklung der Instrumente zur Steuerung und Führung der kantonalen Beteiligungen: Die zentrale Betreuung der Beteiligungen des Kantons hat sich etabliert. Der Entwicklungsschwerpunkt, der die Weiterentwicklung der Instrumente im Rahmen der Evaluation und Anpassung der Richtlinien des Regierungsrats zur Public Corporate Governance umfasst, wird deshalb auf Produktegruppenebene (41010) weitergeführt und umgesetzt.

ES0075: Die Umstellung des Erhebungsverfahrens für die Volkszählung auf Register und Stichproben erfordert Anpassungen im Auswertungssystem. Diese sind notwendig, damit die wesentlichen regionalen Daten für den Kanton weiterhin zur Verfügung gestellt werden können. Zudem müssen die Bedürfnisse innerhalb des Kantons durch das Statistische Amt, als verantwortliche Stelle gegenüber dem Bund, koordiniert werden. Ein erster Schritt dazu ist die Aufstockung der Strukturerhebungsstichprobe, welche die wichtigsten Merkmale zur Volkszählung liefert.

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0079: Dieser Entwicklungsschwerpunkt ersetzt den bisherigen ES0041, bei welchem in der ersten Phase die Erarbeitung von Grundlagen zum Thema Public Private Partnership (PPP) im Vordergrund stand. In einer zweiten Phase sollen nun die daraus gewonnenen Erkenntnisse in konkrete Vorhaben und Projekte einfliessen. Gleichzeitig werden unterschiedliche Formen der Aufgabenerfüllung weiterentwickelt. Unter anderem sollen neue Möglichkeiten bei der Ausarbeitung von Leistungsaufträgen analysiert werden. Parallel dazu werden alternative Finanzierungslösungen geprüft. Hauptziel ist die Erweiterung der Handlungsoptionen und die Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
410ZI0005	Die Beteiligungen des Kantons werden zentral betreut, und über ihre Tätigkeiten wird Transparenz hergestellt.	1	Beteiligungsreports	Anzahl		2	2	2	2	2
		2	Aktualisierung der Datenblätter pro Beteiligung	Anzahl		1	1	1	1	1
		3	Analyse von Jahresberichten sowie Vorbereitungen von Generalversammlungen	Anzahl		25	31	30	30	30
410ZI0009	Finanzpolitische Grundlagen werden erarbeitet und transparent dargestellt.	2	Überprüfung und Ausführung des Aktualisierungsbedarfs	Anzahl	24	24	24	24	24	24
		3	Aktualisierung der Broschüre "öffentliche Finanzen Kanton Aargau"	Anzahl	1	1	1	1	1	1
		4	Erhebung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen von Reformen und Verbundaufgaben auf die Gemeinden	Anzahl	1	1	1	1	1	1
		7	Erhebung und Darstellung der Auswirkungen von finanzpolitisch relevanten Bundesgeschäften	Anzahl		2	2	2	2	2
		8	Erstellung von volkswirtschaftlichen Prognosen	Anzahl		2	2	2	2	2
410ZI0038	Die Gestaltung des AFP und des Jahresberichts im Finanzteil ist benutzergerecht. (s. Fussnote)	1	Parlamentarische Änderungswünsche	Anzahl	0	4	4	2	2	2
		2	Eingesetzte Personalressourcen für die Aufgaben- und Finanzplanung sowie die Jahresberichterstattung	Stunden		4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
410ZI0043	Die finanziellen und finanzrechtlichen Auswirkungen für Vorhaben werden umfassend beurteilt.	1	Mitberichte (Finanz- und Aufgabencontrolling)	Anzahl	318	360	320	330	340	350
410ZI0041	Der relative Aufwand für neues langfristiges Fremdkapital wird minimiert. (s. Fussnote)	1	Unterschreitung im Jahresdurchschnitt gegenüber dem mittlerem Zinssatz für mittel- und langfristiges Kapital (SWAP-Satz) in Basispunkten	Punkte	4	3	3	3	3	3

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
410ZI0029	Zahlungseingänge werden termingerecht verarbeitet.	1	Erfüllungsgrad der tagfertigen Verarbeitung	%	99	99	100	100	100	100
		2	Zahlungseingänge pro Jahr, welche nicht innerhalb von fünf Werktagen zugewiesen sind.	Anzahl	67	25	30	30	30	30
410ZI0048	Der Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals am gesamten Fremdkapital wird optimiert.	2	Abweichung zur Bandbreite von 15-30 %	%			0	0	0	0
410ZI0042	Statistische Daten werden so aufbereitet, dass sie als Informations- und Planungsgrundlage für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit dienen. (s. Fussnote)	1	Anteil zufriedene interne und externe Kunden	%	100		97		97	
		2	Internetzugriffe pro Monat	Anzahl	207'172	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
410ZI0049	Verbesserung der statistischen Informationen durch eine Erweiterung der Standardstichprobe für die Volkszählung	1	Durchschnittliche Erhöhung der Aussagekraft im Vergleich zur Standardstichprobe	%		30	30	30	30	30

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0029: Der Wert stabilisiert sich nach einem Ausreisser, welcher aufgrund von kurzzeitigen personellen Engpässen zu Verzögerungen führte.

ZI0038: Die Auswirkungen der neuen Rechnungslegung sowie der Revision des Kreditrechts und der regelgebundenen Finanzpolitik auf den AFP 2014-2017 sind bei beiden Indikatoren nicht berücksichtigt (vgl. Projekt WOV-FIREL; AB 100 ES0020).

ZI0039 AFP 2010-2013 Die finanziellen und finanzrechtlichen Auswirkungen in Vorlagen an den Grossen Rat werden transparent und vollständig dargestellt: Dieses Ziel wird nicht mehr geführt, weil die Zielerreichung in der Verantwortung der federführenden Aufgabenbereiche bzw. Departemente liegt. Der Einflussbereich der Finanzverwaltung ist durch das Ziel 43 abgedeckt.

ZI0043: Der Budgetwert wurde in Anlehnung an den Ist-Wert des Jahresberichts 2009 festgelegt.

ZI0048: Der Indikator betreffend Zinsoptimierung wurde gegenüber dem AFP 2010-2013 vereinfacht. Der Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals am gesamten Fremdkapital soll innerhalb einer Bandbreite von 15-30 Prozent liegen. Eine Abweichung davon bedeutet ein höheres Zinsrisiko aufgrund der Zinsentwicklung und im Fall von Veränderungen beim erwarteten Liquiditätszufluss.

ZI0049: Mit der geplanten Vergrösserung der Stichprobe im Rahmen der Volkszählung kann der Informationsgehalt von statistischen Aussagen über zeitliche Entwicklungen und regionale Vergleiche um durchschnittlich 30 Prozent erhöht werden. Dadurch lassen sich auf regionaler Stufe bis zu Einheiten von 10'000 Einwohner qualitativ gute Ergebnisse erzielen (Standardstichprobe: bis 15'000 Einwohner). Gleichzeitig wird im Zeitvergleich eine statistische Erfassung von Veränderungen im Bereich von einem Prozentpunkt ermöglicht. Diese Verbesserung des Informationsgehalts unterstützt unter anderem Planungen und Analysen in den Bereichen Verkehr, Raumplanung und Schulwesen.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Umsetzung gesetzlicher Aufträge (insbesondere Bundesstatistikgesetz und Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen) wird über das Globalbudget und die Globalkredite abgewickelt. Bei den Globalkrediten besteht ein Handlungsspielraum bezüglich dem Zeitpunkt der Vornahme und der Qualität der Leistungen. Die Steuerbarkeit der Basisaufgaben ist durch die rechtlich geforderten Leistungen eingeschränkt. Bei der Intensität und der Qualität der Aufgabenerfüllung besteht ein begrenzter Spielraum (ZI0005/0009/0029/0038/0043).

Der Finanzaufwand und -ertrag wird durch den Saldo der Finanzierungsrechnung sowie von externen Grössen wie Zahlungseingänge und Zinsentwicklung bestimmt. Der daraus resultierende Handlungsbedarf wird laufend aus den aktuellen Entwicklungen im Kapitalmarkt abgeleitet. Entsprechend wird die Anlage- und Refinanzierungsstrategie angepasst und es werden Massnahmen zur Optimierung ergriffen (vgl. ZI0041/0048).

Die übrigen Erträge werden primär von der Gewinnentwicklung der Beteiligungen bestimmt. Im Rahmen der zentralen Betreuung der Beteiligungen und der Wahrnehmung der Eigentümerinteressen kann begrenzt Einfluss genommen werden.

Aufwand und Ertrag im LUAE Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA) beruhen auf Berechnungen des Bundes (Härte- und Ressourcenausgleich) und sind abhängig von der Entwicklung des Ressourcenpotenzials im Kanton Aargau sowie auch in allen anderen Kantonen der Schweiz.

Steuerbarkeit des Ziels 38: Bei der Gestaltung des AFP und des Jahresberichts besteht eine finanzielle Steuerungsmöglichkeit, indem die dafür eingesetzten Personalressourcen durch einen politischen Beschluss erhöht oder reduziert werden können. Es existiert ein direkter Zusammenhang zwischen dem Ausmass der eingesetzten Personalressourcen und dem Gesamtaufwand des Globalbudgets des Aufgabenbereichs. Mit den eingesetzten Werten für das Budget und die Planjahre wird auf der Grundlage von Erfahrungswerten ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis angestrebt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-374'295**	**-211'464**	**-208'808**	**-1.3**	**-213'699**	**-210'167**	**-214'882**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**552'917**	**582'681**	**605'525**	**3.9**	**624'558**	**567'093**	**574'439**
Saldo Aufgabenbereich	**178'622**	**371'217**	**396'717**	**6.9**	**410'858**	**356'926**	**359'558**
Total Aufwand Globalbudget	-5'065	-5'539	-5'967	7.7	-5'829	-5'876	-5'858
Total Ertrag Globalbudget	553	470	469	-0.2	489	490	490
Saldo Globalbudget	-4'512	-5'070	-5'498	8.5	-5'341	-5'386	-5'368
Total Aufwand Kleinkredite	-260	-800	-440	-45.0	-40		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-260	-800	-440	-45.0	-40		
Total Aufwand LUAE	-368'970	-205'124	-202'402	-1.3	-207'830	-204'291	-209'024
Total Ertrag LUAE	552'364	582'211	605'056	3.9	624'069	566'603	573'950
Saldo LUAE	183'394	377'087	402'655	6.8	416'239	362'312	364'926

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA)	Härteausgleich an Kantone	-9'133	-9'133	-9'133	0.0	-9'133	-9'133	-9'133
	Ressourcenausgleich vom Bund	86'622	110'980	134'071	20.8	132'428	138'367	138'367
	Ressourcenausgleich von Kantonen	61'181	79'554	96'092	20.8	94'915	99'171	99'171
Saldo LUAE Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA)		138'671	181'401	221'030	21.9	218'210	228'406	228'406
LUAE Bilanzausgleichsreserve	Übrige Entnahmen		68'016	53'000	-22.1	65'839		
Saldo LUAE Bilanzausgleichsreserve			68'016	53'000	-22.1	65'839		

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Übrige Erträge	Wertberichtigung Beteiligungen und Darlehen	-4						
	Heimfall/Rückkaufsverzicht Kraftwerke			6'000	-	6'000	6'000	6'000
	Zins Dotationskapital AKB	5'673	5'414	5'391	-0.4	5'545	5'600	5'600
	Übrige Vermögenserträge Darlehen Verwaltungsvermögen	286	290	267	-7.9	244	220	220
	Ertragsanteil Aargauische Kantonalbank	32'102	32'102	32'872	2.4	33'826	34'908	36'025
	Ertragsanteil AGVA		1'000	1'000	0.0	1'000	1'000	1'000
	Dividenden Axpo-Holding	15'085	15'085	15'448	2.4	15'895	16'404	16'929
	Dividenden AEW Energie AG	12'229	12'229	12'522	2.4	12'886	13'298	13'724
	Dividenden Schweiz Rheinsalinen	1'160	800	800	0.0	800	800	800
	Dividenden Nationalstrasse Nordwestschweiz	150		150	-	150	150	150
	Dividenden kantonale Spitäler	1'045	1'400	1'470	5.0	1'470	1'470	1'470
	Erträge Beteiligung Verwaltungsvermögen	38	38	38	-1.3	38	38	38
	Ertragsanteil Schweiz Nationalbank SNB	75'971	76'787	76'873	0.1	76'949	77'016	77'077
	Übrige Vermögenserträge	2'100						
	Anteile übrige Bundeseinnahmen		14		-100.0			
	Übrige Erlöse von Dritten	471	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE Übrige Erträge		146'305	145'259	152'931	5.3	154'902	157'004	159'133

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Finanzaufwand und -ertrag	-60'570	-61'519	-58'166	-5.5	-60'502	-61'016	-63'321
Total Ertrag LUAE Finanzaufwand und -ertrag	50'112	49'492	44'984	-9.1	48'914	49'043	54'860
Saldo LUAE Finanzaufwand und -ertrag	-10'458	-12'027	-13'183	9.6	-11'588	-11'973	-8'461
Total Aufwand LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)	-167'760	-96'309	-89'762	-6.8	-89'123	-87'819	-86'967
Total Ertrag LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)	167'760	96'309	89'762	-6.8	89'123	87'819	86'967
Saldo LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Abschreibungen Schuldenbremse	-11'124	-5'562	-11'124	100.0	-11'124	-11'124	-14'151
Total Ertrag LUAE Abschreibungen Schuldenbremse							
Saldo LUAE Abschreibungen Schuldenbremse	-11'124	-5'562	-11'124	100.0	-11'124	-11'124	-14'151
Total Aufwand LUAE Abgeltung Staatsgarantie AKB	-7'129	-6'901	-7'417	7.5	-7'654	-7'899	-8'152
Total Ertrag LUAE Abgeltung Staatsgarantie AKB	7'129	6'901	7'417	7.5	7'654	7'899	8'152
Saldo LUAE Abgeltung Staatsgarantie AKB	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Swisslos-Fonds	-33'251	-25'700	-26'800	4.3	-30'294	-27'300	-27'300
Total Ertrag LUAE Swisslos-Fonds	33'251	25'700	26'800	4.3	30'294	27'300	27'300
Saldo LUAE Swisslos-Fonds	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Zuweisung an Spezialfinanzierung	-80'000						
Total Ertrag LUAE Zuweisung an Spezialfinanzierung							
Saldo LUAE Zuweisung an Spezialfinanzierung	-80'000						

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Erhöhung des Globalbudgets gegenüber 2010 ist hauptsächlich auf neue Aufgaben des statistischen Amts im Bereich der Bildungsstatistik (ca. Fr. 100'000.-), die Umsetzung des neuen Internetauftritts des Kantons im Statistischen Amt (rund Fr. 150'000.-) sowie den erstmaligen Abschluss einer Bauhaftpflichtversicherung (um die Fr. 90'000.-) zurückzuführen.

Kleinkredite

Für das Projekt "Optimierung des verwaltungsinternen Belegflusses" wird im Budgetjahr mit einem Einführungsaufwand von Fr. 340'000.- gerechnet. Daneben sind für die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik externe Dienstleistungen von Fr. 100'000.- vorgesehen.

LUAE

Übrige Erträge: Der Mehrertrag gegenüber 2010 ist hauptsächlich auf den Erlös von 6 Mio. Fr. aus dem erstmaligen Verkauf des Strombezugsrechts aus dem Rheinkraftwerk Ryburg-Schwörstadt, als Entschädigung für den Heimfallverzicht durch den Kanton, zurückzuführen. Bei den Beteiligungen des Kantons wird unter Berücksichtigung der prognostizierten Konjunktur- und Gewinnentwicklung mit leicht steigenden Ausschüttungen gerechnet.

Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA): Der Ressourcenausgleich basiert auf dem vom Bund errechneten Ressourcenindex der Kantone. Grundlage für den Ressourcenindex 2011 sind die Bemessungsjahre 2005, 2006 und 2007. Die Zunahme der Ressourcenausgleichszahlungen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass im Bereich der Quellensteuern anstelle der bisherigen Schätzungen durch den Bund erstmals effektiv erhobene Daten des kantonalen Steueramts vorlagen.

Bilanzausgleichsreserve: Die mit dem Rechnungsabschluss 2008 gebildete Bilanzausgleichsreserve wird 2011 mit 53 Mio. Fr. aufgelöst und verbessert das Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung.

Finanzaufwand und -ertrag: Die Verschlechterung des Zinssaldos gegenüber 2010 ist primär eine Folge der Zinsentwicklung bei den Geldanlagen und der tiefer budgetierten Buchgewinne.

Sonderlasten (Spezialfinanzierung): Aufgrund der Planungen wird im Jahr 2011 ein weiterer Abbau der Schulden der Spezialfinanzierung Sonderlasten um rund 24 Mio. Fr. erwartet.

Abschreibungen Schuldenbremse: Als Folge des erwarteten Konjunkturaufschwungs wird ab 2011 die Abschreibung der alten Bilanzfehlbeträge gemäss § 43 GAF wieder vollständig fortgesetzt.

Veränderungen in den Planjahren

Kleinkredite

Für die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik ist für das Jahr 2012 ein Betrag von Fr. 40'000.- vorgesehen.

LUAE

Übrige Erträge: Bei den Ausschüttungen der Beteiligungen wird eine Entwicklung entsprechend dem prognostizierten Wirtschaftswachstum erwartet.

Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA): Die Schätzung und Planung der künftigen Ressourcenausgleichszahlungen sind mit vielen unsicheren Annahmen verbunden. Die Planungsannahmen sind das Ergebnis von Modellrechnungen auf der Grundlage eines Planungstools, welches von der Fachstelle für kantonale Finanzfragen zur Verfügung gestellt wird. Auch andere Kantonen verwenden dieses Tool zur Budgetierung und Planung.

Bilanzausgleichsreserve: 2012 wird die Bilanzausgleichsreserve zwecks Verbesserung des Gesamtergebnisses der Verwaltungsrechnung um 65,8 Mio. Fr. vollständig aufgelöst.

Finanzaufwand- und ertrag: Der Finanzaufwand und -ertrag entwickelt sich in Abhängigkeit des Volumens und diverser Zinssätze. Bei den Erträgen im Jahr 2014 sind erstmals die Zinsen des Darlehens für die Finanzierung des Projekts Campus Brugg-Windisch voll enthalten.

Sonderlasten (Spezialfinanzierung): In den Jahren 2012-2014 wird aufgrund der aktuellen Aufwand- und Ertragsplanung die Verschuldung der Spezialfinanzierung etwa um weitere 70 Mio. Fr. abgebaut.

Abschreibungen Schuldenbremse: Gemäss der Schuldenbremse nach § 27 GAF ist ein Bilanzfehlbetrag ab dem übernächsten Jahr in gleich bleibenden Raten von 20 % abzuschreiben. Aufgrund des voraussichtlichen Defizits im Jahr 2012 ist eine Erhöhung der Abschreibungen der Schuldenbremse 2014 eingeplant.

FUSSNOTEN

KF0011	Der Wert 1 bedeutet "erreicht".
ZI0038	Der personelle Ressourceneinsatz wird im Zeit- und Leistungserfassungssystem (Interflex) erhoben.
ZI0041	SWAP-Mitte entspricht dem arithmetischen Mittel von Geld- und Briefsatz.
ZI0042	Erhebung der Zufriedenheit der Kunden wird nur alle zwei Jahre durchgeführt.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gestalten von Grundlagen zur Realisierung einer ganzheitlichen, zeitgemässen und sozialen Personal- und Lohnpolitik; Entwickeln und betreuen von Führungsinstrumenten; Erbringen von zentralen Dienstleistungen zur Unterstützung der dezentralen Personalarbeit.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**420**	**Personal**
Produktegruppen	42010	Zentrale Personalpolitik
	42020	Zentrale Personaldienstleistungen

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Personal unterstützt den Regierungsrat bei Entscheidungen zu grundsätzlichen personalpolitischen Fragen und erbringt Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, der Staatskanzlei und der Justizbehörden. Er ist zuständig für die Weiterentwicklung des kantonalen Personalmanagements, die professionelle Organisation und Durchführung von Personal- und Organisationsentwicklungsangeboten, das Personalcontrolling, die Bereitstellung von Instrumenten im Personalmanagement sowie die Sicherstellung einer einwandfreien Personaladministration.

Als Arbeitgeber steht der Kanton in Konkurrenz zur Privatwirtschaft und anderen öffentlichen Arbeitgebern. Auch die Arbeitsmarktsituation stellt seit längerem hohe Anforderungen an das Personalmarketing und die Personalgewinnung. Insbesondere Spezialistinnen und Spezialisten bestimmter Berufsgruppen sind ausserordentlich schwierig zu rekrutieren.
Der Kanton will attraktive und marktgerechte Anstellungsbedingungen anbieten. Grundlage dafür bilden die Personalgesetzgebung, das Personalpolitische Leitbild und die daraus abgeleiteten Strategien. Eine Befragung der Mitarbeitenden (ES0053) und die sich daraus ergebenden Handlungsschwerpunkte sollen die Attraktivität des Kantons auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich stärken.
Wichtig für ein langfristiges berufliches Engagement sind Wertschätzung, Individualität, Perspektiven, Zeitautonomie und die Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche. Die Verankerung dieser Werte bei den Mitarbeitenden und in der Führung wird mit entsprechenden Projekten und Bildungsmassnahmen gefördert. Mit Massnahmen im Bereich der Gesundheitsprävention sowie mit an Lebensphasen orientierten Arbeitsmodellen kann ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherstellung der personellen Ressourcen geleistet werden. Zur Verhinderung von Invalidisierungen werden Mitarbeitende in krankheitsbedingt schwierigen Situationen professionell begleitet (Case Management).

Im Personalmanagement / Human Ressources (HR-) Management sollen die Prozesse in Zukunft einheitlich und effizient gestaltet werden. Ein leistungsfähiges HR-Management mit zeitgerechten, systemunterstützten Prozessen ist daher äusserst wichtig. Durch standardisierte Personalprozesse und deren Unterstützung mit neuen IT-Instrumenten kann die verbesserte und einheitliche Datenführung erreicht werden. Die Entwicklungsschwerpunkte 58 und 59 haben zum Ziel, eine zeitnahe und dezentrale Verfügbarkeit von Personaldaten sowie ein wirkungsvolles HR-Controlling zu realisieren.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
420KU0001	Arbeitslosenquote Kanton Aargau	%	3.4	4.9	3.3	3.1	3.1	3.1
420KU0003	Lohnentwicklung Kantonale Verwaltung Aargau	%	2.8	0.5	1.75	1.5	2	2
	Leistungskennzahlen							
420KL0002	Mutationen pro Sachbearbeiterstelle (100 %) (s. Fussnote)	Anzahl	24'820	25'000	25'000	25'000	22'000	22'000
	Finanzkennzahlen							
420KF0001	Personalaufwand Zentralverwaltung und Lehrpersonen	Mia.	1.41	1.42	1.49	1.51	1.53	1.56

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Personalkennzahlen							
420KP0007	Ordentliche Stellen/Fremdfinanzierte Stellen/Projektstellen (s. Fussnote)	Anzahl	4'046	4'203	4'206	4'220	4'175	4'170
420KP0008	Teilzeitbeschäftigte Frauen (s. Fussnote)	Anzahl	1'085	1'040	1'120	1'130	1'140	1'150
420KP0009	Teilzeitbeschäftigte Männer (s. Fussnote)	Anzahl	389	350	400	410	420	430
420KP0010	Frauenanteil (s. Fussnote)	%	43.63	42	44	45	45	46
420KP0022	Anteil Mitarbeitende 20-34 Jahre (s. Fussnote)	%	22	22	22	22	22	22
420KP0023	Anteil Mitarbeitende 35-49 Jahre (s. Fussnote)	%	40	41	41	40	40	39
420KP0012	Anteil Mitarbeitende 50-65 Jahre (s. Fussnote)	%	37	37	37	38	38	39
420KP0013	Stellen Berufslernende (s. Fussnote)	Anzahl	183	182	186	187	188	189
420KP0014	Fluktuationsrate (s. Fussnote)	%	3.16	4.5	4	4.5	5	5
420KP0021	Ausländische Mitarbeitende	Anzahl	202	178	210	215	220	225

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0002 AFP 2010-2013 Arbeitslosenquote Schweiz: Diese Kennzahl wird 2011 nicht mehr weitergeführt.

KL0002: Mit der Einführung der Applikation E-Personaldatenzugriff (ES0058) ist vorgesehen, dass die Mitarbeitenden gewisse persönliche Datenmutationen selbst vornehmen können. Die Anzahl der zentral ausgeführten Mutationen sollte sich deshalb ab 2013 verringern.

KP0021: Der Fachspezialistenmangel in der Schweiz führt in der kantonalen Verwaltung zu einem leichten Anstieg von Spezialistinnen und Spezialisten, welche aus dem Ausland rekrutiert werden müssen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
420ES0057	Langfristige Sicherstellung der personellen Ressourcen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Kommunikationsmassnahmen zur erfolgreichen Positionierung gegenüber Innen und Aussen umsetzen	2010						
		3	Umsetzungsmassnahmen im Demografiemanagement (Rekrutierung, Beschäftigung und Berufsaustritt)	2011						
		4	Umsetzungsmassnahmen Gesundheitsprävention (Umgang mit Stress, gesunde Ernährung, Ergonomie)	2011						
		5	Umsetzungsmassnahmen zur Vereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche	2012						
		6	Diversifizierung und Ausbau von Ausbildungsplätzen mit beruflicher Qualifikationsmöglichkeit	2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
420ES0053	Mitarbeiterbefragung	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Konzept	2009						
		3	Befragung	2011						
		4	Umsetzungsmassnahmen	2012						
420ES0058	E-Personaldatenzugriff für Mitarbeitende	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)				100	100		200
		2	Konzept	2009						
		3	Abschluss Umsetzung	2012						
420ES0059	Standardisierung und IT-Unterstützung für Mitarbeitendenmanagement und Personalgewinnung	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)				500	300		800
		2	Definition HR-Prozesse und Anforderungen	2010						
		3	Marktanalyse HR-Systeme	2010						
		4	Pflichtenheft und Ausschreibung	2010						
		5	Zuschlag Ausschreibung und Projektauftrag	2011						
		6	Detailkonzept	2011						
		7	Implementierung	2011						
		8	Inbetriebnahme Prozesse und System	2012						
420ES0061	Teilrevision Personalgesetz	1	Nettoaufwand (keiner)							
		2	Normkonzept und Vernehmlassungsentwurf	2010						
		3	Botschaft 1. Lesung	3. Q. 2011						
		4	Botschaft 2. Lesung	2. Q. 2012						
		5	Anpassungen auf Dekrets- und Verordnungsstufe	2012						
		6	Inkrafttreten	01.01.2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0020 AFP 2010-2013 Umsetzung der WOV-Grundsätze in der Führungsausbildung um die Führung wirkungsorientierter, leistungsfähiger und kundengerechter zu gestalten: Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde 2010 abgeschlossen.

ES0049 AFP 2010-2013 Dekret über die vorzeitige Pensionierung: Der Entwicklungsschwerpunkt wurde 2010 vorzeitig abgeschlossen.

ES0057 Mn6: Beispielsweise Verwaltungspraktika für Maturanden oder Attestausbildungen.

ES0059: Die Departemente arbeiten mit unterschiedlichen Hilfsmitteln. Zur Effizienzsteigerung werden einheitliche Prozesse und Systeme benötigt.

ES0061: Mit der Teilrevision des Personalgesetzes sollen die Kostenlosigkeit des Verfahrens vor Personalrekursgericht, die Anpassungen betreffend Leitbild für die Personalpolitik sowie die Einführung der obligatorischen Krankentaggeldversicherung rechtlich nachvollzogen werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
420ZI0012	Ein qualitativ hoch stehendes Bildungsangebot ist sichergestellt.	1	Beurteilung des "Nutzens" eines Bildungsangebots durch die Seminarteilnehmenden	%	83	83	83	83	83	83
		2	Beurteilung des "Grads der Zielerreichung" durch die Seminarteilnehmenden	%	82	83	83	83	83	83
		3	Seminarteilnehmende internes Bildungsangebot	Anzahl	1'778	1'600	1'825	1'850	1'875	1'900
		4	Teilnehmenden-Tage internes Bildungsangebot	Anzahl	3'319	2'900	3'325	3'350	3'375	3'400
420ZI0017	Der Frauenanteil bei Fachspezialistinnen und Kader wird erhöht. (s. Fussnote)	2	Frauenanteil mit Lohnstufe 12-23	%	30	29	30	31	32	33
420ZI0024	Die Berufslernenden werden erfolgreich zum Lehrabschluss geführt.	1	Anteil erfolgreicher Lehrabschlüsse	%	97.6	100	100	100	100	100
420ZI0029	Die Entgeltabrechnungen für Mitarbeitende und die Abrechnungen für die Sozialversicherer erfolgen vollständig, korrekt und termingerecht.	1	monatliche Reklamationen der Entgeltempfangenden und der Sozialversicherer	Anzahl		10	10	10	10	10
		2	Beanstandungen durch die Revision	Anzahl		0	0	0	0	0
420ZI0026	Die Pflege der variablen Vergütungsdaten erfolgt korrekt und termingerecht.	1	Monatliche Fehlermeldungen der Departemente	Anzahl		5	5	5	5	5

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0003 AFP 2010-2013 Das Budget Personalkosten/Stellenpläne ist termingerecht erstellt: Dieses operative Ziel wird auf Produktegruppenebene (42010) weitergeführt.

ZI0012 I1: Die Prozentzahl zeigt an, wieviele Kursteilnehmende den gelernten Stoff am Arbeitsplatz einsetzen können.

ZI0017 I1 AFP 2010-2013 Durch Betreuungsbeiträge (Kinderkrippen, Tagesfamilien) unterstützte Kinder: Dieser Indikator wird 2011 nicht mehr weitergeführt, da er sich zur Messung des gegebenen Ziels nicht bewährt hat.

ZI0024: Die GR-Kommssion AVW hat am 22. Oktober 2009 beschlossen, den Leistungsindikator auf 100 % zu erhöhen.

ZI0029: Die Ziele 22 (Der korrekte Lohn wird termingerecht an die richtigen Empfänger ausbezahlt) und 25 (Korrekte Administration und Berechnung PK-Beiträge für die APK) werden zusammengeführt.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Aufgabenbereich fallen sowohl Querschnittsaufgaben (Stelleninserate, Umstrukturierungen) wie auch Basisaufgaben (Lohnadministration, Weiterbildung) an. Die Qualität der Dienstleistungen steht in engem Zusammenhang mit den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln: so z.B. bei den Stelleninseraten (Wahl zwischen Einzel- oder Sammelinserat; Anzahl Schaltungen; Wahl des Mediums), der Mitarbeiterförderung (Qualität und Menge des Weiterbildungsangebots) und den Lohnauszahlungen (Anzahl Kontrollen). Der Aufgabenbereich Personal ist hauptsächlich durch das "Gesetz über die Grundzüge des Personalrechts" und das "Dekret über die Löhne des kantonalen Personals" geregelt.

Steuerbarkeit des Ziels 29: Um die Qualität pro monatlichen Lohnlauf zu verdoppeln (5 Fehlermeldungen anstelle von 10 Fehlermeldungen), müsste das 4-Augen-Prinzip als internes Kontrollsystem eingesetzt werden. D.h. die Personalressourcen müssten um ca. einen Mitarbeitenden erhöht werden (Personalkosten von ca. Fr. 100'000.-).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-6'356**	**-7'460**	**-7'290**	**-2.3**	**-7'065**	**-6'924**	**-6'623**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**1'845**	**530**	**530**	**0.0**	**530**	**530**	**530**
Saldo Aufgabenbereich	**-4'510**	**-6'930**	**-6'760**	**-2.5**	**-6'535**	**-6'394**	**-6'093**
Total Aufwand Globalbudget	-6'313	-7'320	-6'660	-9.0	-6'435	-6'574	-6'623
Total Ertrag Globalbudget	1'845	530	530	0.0	530	530	530
Saldo Globalbudget	-4'468	-6'790	-6'130	-9.7	-5'905	-6'044	-6'093
Total Aufwand Kleinkredite	-42	-140	-630	350.0	-630	-350	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-42	-140	-630	350.0	-630	-350	

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Gegenüber dem Vorjahr werden die Soziallöhne um Fr. 100'000.-, die Personalrekrutierungskosten um Fr. 125'000.-, die übrigen Personalaufwendungen (Umstrukturierungskosten vorzeitige Pensionierung und Gesundheitsmanagement) um Fr. 350'000.- sowie die externen Aufträge/Studien um Fr. 75'000.- tiefer budgetiert.

Kleinkredite

Für das Informatikprojekt "E-Personaldatenzugriff für Mitarbeitende" sind Aufwendungen von Fr. 100'000.- sowie Fr. 500'000.- für das Projekt "Standardisierung und IT-Unterstützung für Mitarbeitendenmanagement und Personalgewinnung" geplant. Aufgrund der tiefen Nachfrage sind für die Betreuungsbeiträge nur noch Fr. 30'000.- eingestellt.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Als Folge der zunehmenden Elektronisierung sind in den Planjahren für Personalrekrutierungskosten je Fr. 100'000.- und für die übrigen Personalaufwendungen je Fr. 150'000.- weniger budgetiert.

Kleinkredite

Für die Informatikprojekte "E-Personaldatenzugriff für Mitarbeitende" und "Standardisierung und IT-Unterstützung für Mitarbeitendenmanagement und Personalgewinnung" sind 2012 Fr. 100'000.- beziehungsweise Fr. 300'000.- geplant. Für das Informatikprojekt "Standardisierung und IT-Unterstützung für Personalentwicklung" sind im Planjahr 2012 Fr. 200'000.- und im Planjahr 2013 Fr. 350'000.- eingestellt.

FUSSNOTEN

KP0007	Bewilligte bzw. budgetierte Stellen gemäss Stellenplan im AFP. Diese Kennzahl wird in den Produktgruppen Zentrale Dienstleistungen des AB 100 pro Departement ausgewiesen.
KL0002	Die protokollierten Mutationen aus dem PULS umfassen sämtliche Veränderungen im Personal- und Lohnstamm sowie die variablen Lohnerfassungen (u.a. Spesen, Inkonvenienzen).
KP0008-10 KP0012 KP0022-23	Diese Kennzahlen werden in den Produktgruppen Zentrale Dienstleistungen des AB 100 pro Departement ausgewiesen.
KP0013	Bewilligte bzw. budgetierte Stellen gemäss Stellenplan im AFP. Diese Kennzahl wird in den Produktgruppen Zentrale Dienstleistungen des AB 100 pro Departement ausgewiesen.
KP0014	Netto-Fluktuationsrate: Anzahl Netto-Austritte dividiert durch den durchschnittlichen Personalbestand. Netto-Austrittsgründe: Berufliche Herausforderung, Auslandaufenthalt, Weiterbildung, Arbeitsweg, Arbeit, Führung, Zusammenarbeit, Probezeit, Lohnunzufriedenheit, im gegenseitigen Einverständnis. Diese Kennzahl wird in den Produktgruppen Zentrale Dienstleistungen des AB 100 pro Departement ausgewiesen.
ZI0017	Der Indikator 2 wird in den Produktgruppen Zentrale Dienstleistungen des AB 100 als Kennzahl pro Departement ausgewiesen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Veranlagung und Bezug der Steuern natürlicher und juristischer Personen für Bund und Kanton; Bewerten von Liegenschaften und Wertschriften; Erarbeiten von Grundlagen für Finanzplanung und Steuerpolitik.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**425**	**Steuern**
Produktegruppen	42510	Steuern natürliche Personen
	42520	Steuern juristische Personen
	42530	Grundlagen Steuerpolitik

UMFELDENTWICKLUNG

Das Kantonale Steueramt (KStA) übt bei den natürlichen Personen in erster Linie Aufsichtsfunktionen über die Veranlagung und den Bezug der Steuern aus. Der Vollzug ist durch das Steuergesetz hauptsächlich an die Gemeinden delegiert. In alleiniger Kompetenz ist das Kantonale Steueramt für die Buchprüfungen sowie für den Bezug der direkten Bundessteuer zuständig.

Bei den juristischen Personen ist das Kantonale Steueramt alleine zuständig für Veranlagung, Revision und Bezug der Steuern. Dies gilt sowohl für die kantonalen Steuern als auch für die direkte Bundessteuer.

Trotz Wirtschaftskrise ist nach wie vor ein interkantonaler Steuerwettbewerb zu spüren. Zwar sind die Kantone punkto neuen Steuerentlastungen eher zurückhaltend, doch treten teilweise früher beschlossene Revisionen in Kraft. Im Zeitraum 2009 bis 2012 sind zurzeit in zwei Dritteln der Kantone tarifliche Entlastungen vorgesehen bzw. 2009 oder 2010 bereits umgesetzt worden. Bei der Einkommenssteuer steht dabei in den meisten Kantonen die Entlastung des Mittelstandes im Vordergrund. Neben den tariflichen Entlastungen ist bei der Einkommenssteuer eine Entwicklung hin zu höheren Abzügen für die Drittbetreuung von Kindern sowie – weniger stark ausgeprägt – zu höheren Kinderabzügen zu beobachten.

Mit den 2009 in Kraft getretenen Belastungsmilderungen hat der Aargau seine steuerliche Wettbewerbsposition insbesondere bei den juristischen Personen gegenüber der Mehrheit der Kantone deutlich verbessert. Sofern der Kanton Aargau keine weiteren Massnahmen ergreift, wird er jedoch einen Teil des gewonnenen Terrains in den nächsten Jahren verlieren. Um die Steuer- und Standortattraktivität des Aargaus weiter zu erhöhen, will der Regierungsrat das aargauische Steuergesetz auf das Jahr 2013 einer Teilrevision (ES0040) unterziehen. Die Stossrichtungen sind u.a. Entlastungen für den Mittelstand und Familien sowie das Prüfen von Vereinfachungen des Steuersystems. 2011 geht die Botschaft in die erste Beratung.

2005 wurde für die verschiedenen Informatikapplikationen des Aufgabenbereichs eine Erneuerungsstrategie beschlossen. Die Applikationen der Phase 1 konnten Ende 2008 eingeführt und im ersten Semester 2009 konsolidiert werden; sie stehen seither ohne Unterbrechung im täglichen Einsatz. Den Gemeinden und dem Kantonalen Steueramt, mit insgesamt 1'300 Arbeitsplätzen, stehen nun technisch aktuelle und leistungsfähige Systeme zur Verfügung. Die Projekte konnten im Rahmen des Grosskredits (inkl. Zusatzkredit) abgeschlossen werden. In den folgenden Jahren werden nun noch die übrigen Alt-Applikationen (ES0018) in die neue Architektur überführt (Juristische Personen, Verrechnungssteuer, Veranlagungssystem Gemeinden, Grundstückschätzung) und die Dienstleistungen für die Steuerpflichtigen und die Gemeinden im Informatikbereich weiter verbessert. Zusätzliche Entwicklungsschritte sind in Zukunft insbesondere beim schweizweiten elektronischen Meldewesen, bei den E-Government-Services für die Steuerpflichtigen, der elektronischen Archivierung usw. zu erwarten.

Die Steuereinnahmen werden im Vergleich zum AFP 2010-2013 höher budgetiert und geplant. Grund dafür sind die aktuellen Wirtschaftsprognosen, gemäss derer sich die Wirtschaft schneller erholen wird als bislang erwartet.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
425KU0006	Steuerpflichtige natürliche Personen (s. Fussnote)	Anzahl	353'970	357'000	361'000	365'000	369'000	373'000
425KU0007	Selbstständig Erwerbende (Haupterwerb) (s. Fussnote)	Anzahl	18'733	19'200	19'000	19'100	19'200	19'300
425KU0008	Mutationen bei Grundstücken im Steuerwesen	Anzahl	23'821	23'500	24'500	25'000	25'500	26'000
425KU0009	Steuerpflichtige im Quellensteuerverfahren (s. Fussnote)	Anzahl	36'322	33'000	36'700	37'100	37'500	37'900
425KU0010	Steuerpflichtige juristische Personen (ohne Vereine/Stiftungen)	Anzahl	18'709	19'000	19'400	19'800	20'200	20'600
425KU0012	Gerichtsentscheide betr. Vollzug Steuergesetz	Anzahl	486	500	500	500	500	500
	Leistungskennzahlen							
425KL0006	Steuerpflichtige pro Steuerkommissär	Anzahl	14'873	15'000	15'168	15'336	15'504	15'672
425KL0007	Durchschnittliche Anzahl juristischer Personen pro Revisor/Veranlagungsfachperson	Anzahl	680	691	705	720	735	750
	Finanzkennzahlen							
425KF0001	Netto-Ertrag kant. Steuern und Anteile Bundessteuern	Mia.	2.06	1.96				
425KF0002	Netto-Ertrag kant. Steuern und Anteile Bundessteuern	Mio. Fr.			2'043.7	2'117.4	2'206.7	2'300.5

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0010: AFP 2010-2013, bearbeitete GZA-Leads: Diese Kennzahl wird ab 2011 nicht mehr weitergeführt, da die Zusammenarbeit mit der GZA sistiert worden ist.

KF0001: Die Kennzahl wird neu in der Einheit Mio. Fr. unter KF0002 ausgewiesen.

KF0002: Die schneller als erwartet eingetretene Erholung der Wirtschaft wird zu Mehreinnahmen gegenüber dem AFP 2010-2013 führen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
425ES0018	Informatikprojekt KSTA2005, Phase 2	1	Nettoaufwand Globalkredite		240.97	1'589	1'700	6'750	4'011	14'290.97
		3	Vorarbeiten an den verschiedenen Teilprojekten	2008						
		4	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Steuern juristische Personen (JUST3)	2012						
		5	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Veranlagung natürliche Personen (VERANA3)	2014						
		6	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Verrechnungssteuern (VEST3/WEBE)	2014						
		7	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Grundstücksschätzungen (GRUN)	2016						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
425ES0040	Teilrevision Steuergesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Prüfen von weiteren Entlastungen (u.a. für Mittelstand und Familien) unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Grundsätze	2010						
		3	Prüfen von Vereinfachungen des Steuersystems	2010						
		4	Überarbeiten der bestehenden Regelung Steuererleichterungen	2010						
		5	Vernehmlassungsverfahren	4. Q. 2010						
		6	Botschaft 1. Beratung	Mitte 2011						
		7	Botschaft 2. Beratung	1. Q. 2012						
		8	Inkrafttreten	1.1.2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0018: Im Jahr 2009 wurde ein Kleinkredit für die Ausarbeitung der Entscheidungsgrundlagen eingeholt (Überprüfung der Entscheide von 2005; Weiterführung Erneuerungsstrategie). Im Rahmen der Zusatzfinanzierung 2010, Teil 1 wurde der Kleinkredit für die Realisierung der Massnahme 4 (Projekt JUST3), im Umfang von 4,18 Mio. Fr., vom Grossen Rat beschlossen. Die externen Aufwendungen wurden den aktuellen Schätzungen angepasst und liegen 4,9 Mio. Fr. über dem geplanten Wert vom AFP 2010-2013. Die Endtermine wurden den verfügbaren Ressourcen und Prioritäten angepasst.

ES0040: Gemäss dem Entwicklungsleitbild des Regierungsrats soll das Steuersystem zum Erhalt und zur Verbesserung der Standortattraktivität beitragen und in seiner Komplexität reduziert werden. Diese Ziele will der Regierungsrat bei der Teilrevision des Steuergesetzes auf das Jahr 2013 berücksichtigen. Die Stossrichtungen sind u.a. Entlastungen für den Mittelstand und Familien sowie das Prüfen von Vereinfachungen des Steuersystems. 2011 geht dazu die Botschaft in die erste Beratung. Entsprechende parlamentarische Vorstösse sollen dabei berücksichtigt werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre		
								2012	2013	2014
425ZI0013	Die Glaubwürdigkeit der Vollzugsorgane wird erhalten und gestärkt. (s. Fussnote)	1	Anteil Veranlagungen, gegen welche Einsprache erhoben wird	%	0.97	1.2	1	1	1	1
425ZI0014	Der rechtsgleiche und gesetzeskonforme Vollzug ist sichergestellt. (s. Fussnote)	1	Anteil Gerichtsentscheide zugunsten der Steuerbehörden	%	76.1	74	80	80	80	80

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
425ZI0015	Das Steuerpotenzial wird genutzt. (s. Fussnote)	1	Revisionsdichte bei natürlichen Personen (am Domizil revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an selbstständig Erwerbenden)	%	2.7	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
		2	(Teil-) Revisionsdichte bei juristischen Personen (am Domizil revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an Kapitalgesellschaften)	%	8.77	10	10	10	10	10
425ZI0027	Das Veranlagungsverfahren ist effizient. (s. Fussnote)	1	Veranlagungsstand natürliche Personen	%	65.6	70	70	70	70	70
		2	Veranlagungsstand juristische Personen	%	44.5	40	40	40	40	40

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Indikatoren zu den Zielen 13-15 und 27 sind in unterschiedlichem Ausmass beeinflussbar. Die Indikatoren zu den Zielen 13 (Einsprachenquote), 14 (Gerichtsentscheide) und 27 I1 (Veranlagungsstand nat. Pers.) können mittelfristig im Rahmen der Aufsichtsfunktion über die Gemeinden beeinflusst werden. Die Indikatoren zum Ziel 15 (Revisionsdichte) und zum Ziel 27 I2 (Veranlagungsstand jur. Pers.) können direkt gesteuert werden. Der Aufgabenbereich Steuern wird hauptsächlich über das kantonale Steuergesetz (StG), das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) sowie das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer, inklusive der jeweils dazugehörigen Verordnungen, geregelt.

Die Erhöhung oder Senkung des Steuerfusses für die ordentliche Kantonssteuer gemäss § 2 StG um einen Prozentpunkt ergibt im Steuerjahr 2011 Mehr- bzw. Mindereinnahmen von netto rund 16 Mio. Fr. Von diesen Mehr- bzw. Mindereinnahmen fallen im Rechnungsjahr 2011 erst rund 14 Mio. Fr. an. Der Grund liegt darin, dass ein Teil der Einnahmen für das Steuerjahr 2011 erst in den Folgejahren fakturiert wird (Nachträge aus Vorjahren). Für das Steuerjahr 2010 hat der Grosse Rat mit dem Budget 2010 einen Steuerfuss von 94 % für die ordentliche Kantonssteuer beschlossen.

Steuerbarkeit des Ziels 15: Indikator 1: Der Indikator setzt die Anzahl der am Domizil revidierten Geschäftsjahre ins Verhältnis zum Bestand an selbstständig Erwerbenden. Der Zielwert ist 3.5 %, d.h. selbstständig Erwerbende sollten im Durchschnitt alle 29 Jahre am Domizil geprüft werden. Zuständig für diese Revisionen ist der Bereich Buchprüfungen der Sektion natürliche Personen des KStA. Die Aufwendungen für diesen Bereich betragen im Jahr 2009 1,85 Mio. Fr. Diese fallen grossmehrheitlich im Zusammenhang mit den Domizilrevisionen an. Diesen Kosten stehen steuerliche Mehreinnahmen gegenüber, die sich einerseits direkt durch Aufrechnungen und andererseits indirekt aufgrund der präventiven Wirkung der Buchprüfungen ergeben. Eine Veränderung des Zielwerts um 0.5 % hat Kostenfolgen von rund 0,3 Mio. Fr. und fiskalische Folgen von schätzungsweise 0,5 - 1 Mio. Fr. (sowie nochmals ebenso viel für die Gemeinden). Bei einer weiteren Erhöhung des Zielwerts werden die zusätzlichen Mehreinnahmen pro 0.5 % tendenziell kleiner, bei einer weiteren Senkung des Zielwerts werden die zusätzlichen Mindereinnahmen tendenziell höher.

Indikator 2: Der Indikator setzt die Anzahl der am Domizil revidierten Geschäftsjahre ins Verhältnis zum Bestand an Kapitalgesellschaften. Der Zielwert ist 10 %, d.h. Kapitalgesellschaften sollten im Durchschnitt alle 10 Jahre am Domizil geprüft werden. Zuständig für diese Revisionen sind die Revisoren der Sektion juristische Personen des KStA. Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der externen Revisionstätigkeit (inkl. Vor- und Nachbearbeitung) anfallen, betragen 0,9 Mio. Fr. (Rechnung 2009). Diesen Kosten stehen steuerliche Mehreinnahmen gegenüber, die sich einerseits direkt durch Aufrechnungen und andererseits indirekt aufgrund der präventiven Wirkung der externen Revisionen ergeben. Eine Veränderung des Zielwerts um 0.5 % hat Kostenfolgen von rund Fr. 45'000.- und fiskalische Folgen von schätzungsweise 0,2 – 0,4 Mio. Fr. (inkl. Gemeinden). Bei einer weiteren Erhöhung des Zielwerts werden die zusätzlichen Mehreinnahmen pro 0.5 % tendenziell kleiner, bei einer weiteren Senkung des Zielwerts werden die zusätzlichen Mindereinnahmen tendenziell höher.

Mit einer Erhöhung oder Senkung dieser Zielwerte wird nicht nur das Ziel 15 beeinflusst. Folgen ergeben sich auch für die Erreichung der Ziele 13 "Glaubwürdigkeit der Vollzugsorgane" und 14 "rechtsgleicher und gesetzeskonformer Vollzug".

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-121'342**	**-85'778**	**-80'843**	**-5.8**	**-80'171**	**-94'004**	**-97'861**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**2'153'715**	**2'021'914**	**2'096'905**	**3.7**	**2'170'445**	**2'273'493**	**2'370'678**
Saldo Aufgabenbereich	**2'032'373**	**1'936'136**	**2'016'062**	**4.1**	**2'090'274**	**2'179'489**	**2'272'817**
Total Aufwand Globalbudget	-34'701	-35'778	-36'823	2.9	-36'981	-37'064	-37'391
Total Ertrag Globalbudget	9'203	8'114	8'905	9.8	9'445	9'793	9'978
Saldo Globalbudget	-25'498	-27'664	-27'918	0.9	-27'536	-27'271	-27'413
Total Aufwand Kleinkredite	-471	-1'440	-2'550	77.1	-2'350	-2'750	-3'100
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-471	-1'440	-2'550	77.1	-2'350	-2'750	-3'100
Total Aufwand Grosskredite	-300						
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-300						
Total Aufwand LUAE	-85'871	-48'560	-41'470	-14.6	-40'840	-54'190	-57'370
Total Ertrag LUAE	2'144'512	2'013'800	2'088'000	3.7	2'161'000	2'263'700	2'360'700
Saldo LUAE	2'058'641	1'965'240	2'046'530	4.1	2'120'160	2'209'510	2'303'330

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I	-300						
Total Ertrag Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I							
Saldo Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I	-300						

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Kantonale Steuern	Skonti, Zinsen, Unterzahlungen	-6'391	-6'200	-4'800	-22.6	-4'900	-5'200	-5'400
	Vergütungszinsen	-4'840	-4'400	-3'300	-25.0	-3'400	-3'400	-3'600
	Arbeitgeber- und Bezugsentschädigungen	-2'161	-1'200	-2'000	66.7	-2'050	-2'100	-2'150
	Verluste und Erlasse Steuerguthaben natürliche Personen	-9'351	-12'600	-11'000	-12.7	-11'000	-11'000	-11'000
	Verluste und Erlasse Steuerguthaben juristische Personen	-2'569	-3'200	-2'800	-12.5	-2'800	-2'800	-2'800
	Verluste und Erlasse Sondersteuern	-279	-400	-400	0.0	-400	-400	-400
	Debitorenverluste Steuern (Delkredere)	3'138	-1'000	-1'000	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
	Int Verr Steuerzuschlag Finanzausgleich	-46'665	-5'000	-1'100	-78.0	-200	-13'200	-15'900
	Kantonssteuern natürliche Personen	1'482'682	1'484'000	1'533'000	3.3	1'585'000	1'640'000	1'708'000
	Kantonssteuern juristische Personen	360'843	301'000	315'000	4.7	345'000	372'000	390'000
	Steuerzuschlag Finanzausgleich juristische Personen	47'149	5'100	1'100	-78.4	200	13'300	16'100
	Grundstückgewinnsteuern	20'205	19'000	20'000	5.3	20'000	20'000	20'000
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	17'910	20'000	20'000	0.0	20'000	20'000	20'000
	Nachsteuern und Bussen	4'378	3'200	5'000	56.3	3'900	4'300	4'300
	Verzugszinsen auf Steuern	6'151	5'600	5'800	3.6	5'800	6'000	6'200
Saldo LUAE Kantonale Steuern		1'870'199	1'803'900	1'873'500	3.9	1'954'150	2'036'500	2'122'350

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Anteile Bundessteuern	Skonti, Zinsen, Unterzahlungen	-32	-30	-30	0.0	-30	-30	-30
	Vergütungszinsen	-622	-730	-690	-5.5	-710	-710	-740
	Arbeitgeber- und Bezugsentschädigungen	-169	-100	-150	50.0	-150	-150	-150
	Verluste und Erlasse Sondersteuern	-1'176	-700	-1'000	42.9	-1'000	-1'000	-1'000
	Debitorenverluste Steuern (Delkredere)	747	-200	-100	-50.0	-100	-100	-100
	Repartitionszahlungen direkte Bundessteuer	-8'157	-4'100	-5'000	22.0	-5'000	-5'000	-5'000
	Verzugszinsen auf Steuern	147	200	200	0.0	200	200	200
	Ertragsanteil direkte Bundessteuer	148'441	137'000	148'000	8.0	141'000	148'000	156'000
	Repartitionseinnahmen direkte Bundessteuer	11'787	4'500	6'000	33.3	6'000	6'000	6'000
	Anteil eidgenössische Verrechnungssteuer	34'572	23'000	23'000	0.0	23'000	23'000	23'000
Saldo LUAE Anteile Bundessteuern		185'537	158'840	170'230	7.2	163'210	170'210	178'180

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Ordnungsbussen Steuern	-7'341	-8'700	-8'100	-6.9	-8'100	-8'100	-8'100
Total Ertrag LUAE Ordnungsbussen Steuern	10'246	11'200	10'900	-2.7	10'900	10'900	10'900
Saldo LUAE Ordnungsbussen Steuern	2'906	2'500	2'800	12.0	2'800	2'800	2'800

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Aufwendungen liegen rund 1 Mio. Fr. über dem Vorjahresbudget. Die Vorarbeiten für verschiedene Projekte (Objektregister Grundstückschätzung, Veranlagung natürlicher Personen (VERANA3) und das Informatiksystem für die Verrechnungssteuern (VEST3)) führen zu Mehraufwendungen von Fr. 350'000.-. Im Zuge der vermehrten Nutzung von Digitax (elektronische Verarbeitung der Steuererklärungen) werden ebenfalls höhere Aufwendungen von Fr. 215'000.- erwartet. Rund Fr. 390'000.- ergeben sich aus der normalen Lohnanpassung. Etwa Fr. 200'000.- entstehen aufgrund der Änderung des Lohndekrets (Stellvertreterzulagen, Dienstaltergeschenke usw.), welche per 1.1.2011 in Kraft treten soll.

Ertragsseitig führen die höher budgetierten Bezugsentschädigungen der Kirchgemeinden, die höheren Erträge für den AHV-Meldedienst sowie die Weiterverrechnung von Informatikleistungen an die Gemeinden zu einer Steigerung von insgesamt rund Fr. 800'000.-.

Kleinkredite

Im Jahr 2011 sind Mittel für folgende Projekte eingestellt: Registerharmonisierung Fr. 150'000.-; CH-Meldewesen Fr. 150'000.-; Internet-Auftritt Fr. 100'000.-; Erweiterung Bezugs-Modul (Betreibungswesen und Auszahlungsverfahren) Fr. 200'000.-; Konsolidierung Scanning Fr. 250'000.-; Erneuerung Applikation JUST3 (Informatiksystem für die Steuern der juristischen Personen) 1,7 Mio. Fr.

LUAE

Kantonale Steuern: Im Zuge der aufgehellten Konjunkturperspektiven wird auch ein Wachstum der Steuereinnahmen erwartet. Im Vergleich zum Budget 2010 wird im Jahr 2011 mit etwa 3.9 % höheren kantonalen Steuern gerechnet. Mehreinnahmen dürften sich sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen ergeben. Der Steuerzuschlag Finanzausgleich juristische Personen wird im Jahr 2011 wiederum ausgesetzt.

Anteile Bundessteuern: Die Zunahme um 7.2 % begründet sich ebenfalls mit der erwarteten konjunkturellen Erholung (Detailausführungen in der Botschaft AFP 2011-2014).

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die aufwand- und ertragsseitigen Veränderungen beruhen vor allem auf der breiteren Anwendung von Digitax (elektronische Verarbeitung der Steuererklärungen).

Kleinkredite

Auf die Planjahre 2012-2014 verteilt sind Mittel für folgende Projekte geplant: JUST3 Fr. 650'000.-; VERANA3 Fr. 2'400'000.-; VEST3 Fr. 1'700'000.-; GRUN3 (Informatiksystem für die Grundstückschätzungen) Fr. 2'000'000.-; Registerharmonisierung Fr. 100'000.-; CH-Meldewesen Fr. 300'000.-; Erweiterung Bezugsmodul (Betreibungswesen und Auszahlungsverfahren) Fr. 300'000.-; Ablösung Kleinsysteme Fr. 600'000.-; Konsolidierung Scanning Fr. 150'000.-. Die Veränderungen in den Planjahren entsprechen den jeweiligen Projektplanungen.

LUAE

Kantonale Steuern: Die Zahlen der Planjahre 2011-2014 basieren auf der Annahme einer kontinuierlichen Erholung der Wirtschaft. Der Steuerzuschlag Finanzausgleich juristische Personen wird neu auch 2012 ausgesetzt. Ab 2013 ist ein Zuschlag von 5 % vorgesehen (bisher gemäss AFP 2010-2013: ab 2012 10 %).

Anteile Bundessteuern: Die Stagnation des Ertragsanteils direkte Bundessteuer im Jahr 2012 ergibt sich aufgrund der Steuerausfälle infolge des vorzeitigen (und künftig jährlichen) Ausgleichs der kalten Progression sowie der Familiensteuerreform auf Bundesebene. Im AFP 2010-2013 wurde das Inkrafttreten dieser Massnahmen ein Jahr früher erwartet (Detailausführungen in der Botschaft AFP 2011-2014).

FUSSNOTEN

KU0006	Im Berichtsjahr wird die Anzahl Personen mit Steuerpflicht im Vorjahr ausgewiesen.
KU0007	Im Berichtsjahr wird die Anzahl selbstständig Erwerbende mit Steuerpflicht im Vorjahr ausgewiesen.
KU0009	Im Berichtsjahr wird die Anzahl Steuerpflichtige im Quellensteuerverfahren ausgewiesen, mit denen für das Vorjahr abgerechnet wurde.
ZI0013	Die Einsprachenquote schwankt im Bereich von 1.0 % - 1.5 %, sofern keine besonderen Vorkommnisse vorliegen.
ZI0014	Von den rund 350'000 jährlichen Veranlagungen werden etwa 1 ‰ einer gerichtlichen Beurteilung unterzogen. Gerichtsentscheide mit teilweiser Gutheissung werden zugunsten der Steuerbehörden taxiert, sofern der Fiskus zu 50 % oder mehr obsiegt.
ZI0015	I1 und I2: Die Indikatoren für die Revisionsdichte bei den natürlichen und juristischen Personen sind nicht direkt miteinander vergleichbar. Bei den selbstständig Erwerbenden ist die Dichte an vertieften Teilprüfungen auf Grund von Kontoblättern, Belegen zu einzelnen Positionen usw., d.h. ohne Buchprüfung am Domizil, erheblich höher als bei den juristischen Personen. Zudem werden bei grösseren juristischen Personen i.d.R. auch am Domizil nur Teilprüfungen vorgenommen. Insgesamt resultiert bei beiden Kategorien eine annähernd vergleichbare Prüfungsdichte.
ZI0027	Die Quote gibt an, welcher Anteil der Steuerpflichtigen bereits im ersten Jahr für die letztjährige Steuerperiode veranlagt wurde.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Zielgerichtete und systematische Steuerung des Immobilienvermögens; Abdecken der Raumbedürfnisse der kantonalen Institutionen zu Marktkonditionen und unter Wahrung kultureller Aspekte; Gewährleistung des Substanzwerterhalts kantonseigener Liegenschaften.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**430**	**Immobilien**
Produktegruppen	43010	Portfoliomanagement
	43020	Projektmanagement
	43030	Immobilienmanagement

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Immobilien erbringt für den Kanton als Eigentümer und Bauherrn Leistungen in den Bereichen Portfolio-, Projekt- und Immobilienmanagement. Als Kompetenzzentrum für Immobilienfragen ist er Anlaufstelle für alle kantonalen Behörden, Institutionen sowie Verwaltungseinheiten und sorgt für ganzheitliche, wirtschaftliche Leistungen rund um die Immobilien. Die ihm anvertrauten Immobilien des Verwaltungsvermögens haben einen versicherten Anlagewert von rund 2,68 Mrd. Fr. (effektiver Stand 1.1.2010).

Die zukünftige Entwicklung des kantonalen Immobilienportfolios ist stark geprägt von Vorhaben zur zeitgerechten Umsetzung bundesrechtlicher und kantonaler Vorgaben (z.B. Strafprozessordnung (StPO), Aufwuchs Kantonspolizei (KAPO)) sowie von der Eigentumsübertragung der Spitalimmobilien an die Spital-Aktiengesellschaften. Geplant ist, dass die Eigentumsübertragung der Spitalimmobilien an die Spital-Aktiengesellschaften im Wert von ca. 1 Mrd. Fr. (Gebäudeversicherungswert) - vorbehältlich der Zustimmung der Entscheidungsgremien - per 1. Januar 2012 vollzogen wird. Als Folge davon entfallen ab 2012 die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt von rund 12 Mio. Fr. und die Mietzinseinnahmen der Spitalliegenschaften von ca. 62 Mio. Fr.

Mit der Einführung des Immobilien-Bewirtschaftungs- und Informationssystems unter SAP/R3 (ES0034) kann inskünftig eine gebäudescharfe Liegenschaftsbuchhaltung geführt werden. Das damit verbundene Kontrollsystem (IKS) stellt die Aktualität und Vollständigkeit der Stammdaten sicher. Mit einer umfassenden Zustandserhebung des kantonalen Immobilienbestandes wird eine langfristige, strategische Investitionskostenrechnung ermöglicht.

Im Rahmen der laufenden Prozessoptimierung zeichnet sich die Notwendigkeit einer Revision der Liegenschaftsverordnung (LV 2006) ab. Neben der Überprüfung der Antragszuständigkeiten müssen insbesondere die Leistungsabgrenzungen gegenüber den Bedürfnisdepartementen präziser definiert werden. Die überarbeitete LV soll die tragfähige Basis einer internen Leistungsverrechnung im Bereich der Flächenressourcen bilden.

Die neu geschaffene Fachstelle "Nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften" wird mit ausgewählten Referenzvorhaben die Wirksamkeit und Praxistauglichkeit der Nachhaltigkeitskonzepte sicherstellen. Das erste grössere Vorhaben ist die Gesamtsanierung des Bildungszentrums Unterentfelden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
430KU0017	Gebäude im Finanzvermögen (s. Fussnote)	Anzahl		12	10	10	10	10
430KU0018	Gebäude im Verwaltungsvermögen	Anzahl		620	397	268	268	268
430KU0019	Gebäude der Strassenliegenschaften	Anzahl		64	62	55	50	50
430KU0020	Gebäude der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG	Anzahl		5	5	5	6	6
430KU0021	Gebäude der Spital-Aktiengesellschaften	Anzahl		116	129	0	0	0
430KU0022	Anlagewert (s. Fussnote)	Mio. Fr.		2'633	2'660	1'636	1'650	1'670
	Leistungskennzahlen							
430KL0022	Bewirtschafteter Anlagewert (s. Fussnote)	Mio. Fr.		2'778	2'815	1'794	1'980	1'999

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Finanzkennzahlen							
430KF0002	Instandhaltung (s. Fussnote)	1'000 Fr.	5'304	7'279	5'500	2'600	2'600	2'600
430KF0011	Instandsetzung (s. Fussnote)	1'000 Fr.	22'428	17'800	19'500	13'700	13'700	13'700
430KF0004	Neubauten	1'000 Fr.	24'986	34'069	17'550	21'844	18'636	33'861
430KF0005	Sanierungen (s. Fussnote)	1'000 Fr.	15'232	15'680	31'800	18'521	37'699	30'850
430KF0006	Nutzungsanpassungen	1'000 Fr.	9'383	11'952	17'206	9'356	4'932	3'100
430KF0007	Nettoaufwand Immobilien Aargau (NIMAG) (s. Fussnote)	1'000 Fr.	79'649	74'000	75'600	53'600	62'200	70'000
430KF0008	Neubauten und Sanierungen durch Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG	1'000 Fr.	15'735	2'860	-900	400	1'306	0
430KF0014	Ausgleich NIMAG	1'000 Fr.		-12'780	-16'045	-12'421	-15'367	-14'110

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0017: Das Schloss Habsburg und das Clublokal in Wettingen sollen in das Verwaltungsvermögen umgewidmet werden.

KU0018: Die Umfeldkennzahl wurde grundlegend überarbeitet und präzisiert. Sie stellt nur noch das Verwaltungsvermögen dar, bestehend aus kantonseigenen Gebäuden (397), inkl. Spitalgebäuden (129). In den bisherigen Betrachtungen wurden die Staatswald-Liegenschaften (37), die Tiefbau-Liegenschaften (29), die Werkhöfe-Liegenschaften (46) sowie spezielle Objekte wie z.B. Asylunterkünfte (60) und weitere Immobilien miteingerechnet, was sich jedoch nicht bewährt hat.

KU0019: Die Strassenliegenschaften sind nicht Teil des Verwaltungsvermögens. Sie laufen über die Strassenrechnung. Die IMAG hat mit dem BVU/Abteilung Tiefbau (AT) eine Leistungsvereinbarung zur Bewirtschaftung der Strassenliegenschaften getroffen. Die AT strebt mittel- bis langfristig die Reduktion des Bestandes an Strassenliegenschaften an.

KL0016 und KL0017 AFP 2010-2013 Bewirtschaftete Gebäude und Bewirtschaftete Miet- und Pachtverträge: Diese Kennzahlen haben sich zum Ausweis der Leistung des Aufgabenbereiches nicht bewährt. Sie werden deshalb nicht weitergeführt.

KL0022: Die Übertragung der Spitalliegenschaften an die Spital-Aktiengesellschaften per 1.1.2012 führt zu einem Rückgang des Werts der Kennzahl für das Jahr 2012. Die Fertigstellung des Gebäudes der FH Markthalle erhöht diesen erneut für das Jahr 2013.

KF0004: Positive Baufortschritte diverser Projekte, wie z.B. des Neubaus Zentralgefängnis Lenzburg, führen im Jahr 2011 zu Minderaufwendungen. Zeitgleich sind einige Neubauvorhaben noch in der Planungsphase. Ab 2014 steigen die Aufwendungen aufgrund des Starts der Ausführung grösserer Vorhaben wieder an.

KF0005: Ab 2011 findet ein starker Anstieg durch den Beginn von Planung und Ausführung diverser Sanierungsvorhaben statt: Kantonsspital Aarau: Schadstoffsanierung Haus1 Mitte; Lenzburg, Justizvollzugsanstalt (JVA): Infrastruktur; Schafisheim, Strassenverkehrsamt (StVA): Verwaltungsgebäude; alle Spitäler: Sanierung Schadstoffe; Kantonsspital Baden: Planung Gesamterneuerung. Der starke Rückgang im Jahr 2012 ist auf die Eigentumsübertragung der Spitalliegenschaften zurückzuführen. Die Ausführung der Gesamtsanierungen der Bildungszentren Unterentfelden und Zofingen führt 2013 wieder zu einem Anstieg.

KF0006: Aufgrund der geplanten Eigentumsübertragung der Spitalliegenschaften ab 2012 sinken die Aufwände für die Nutzungsanpassung.

KF0007: Die massive Senkung des NIMAG ab 2012 ist auf die Eigentumsübertragung der Spitalliegenschaften zurückzuführen. Aufgestauter Sanierungsbedarf führt ab 2013 zu einer Steigerung des NIMAG: Gesamtsanierungen der Bildungszentren Unterentfelden und Zofingen.

KF0008: Ausführung von Vorhaben für die FHNW, welche über die kantonale Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW finanziert wird. Die erwarteten Bundesbeiträge führen 2011 zu einem positiven Effekt. Die Werte ab 2011 entsprechen den Baufortschritten der Projekte.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
430ES0034	Entwicklung und Einführung eines Steuerungssystems zur operativen Führung der kantonalen Immobilien (Immobilienbewirtschaftungs- und Informationssystem, IBIS)	1	Nettoaufwand Globalkredit			500	400			900
		2	Projektgenehmigung	2. Q. 2009						
		3	Einführung Kaufmännisches Gebäudemanagement (KGM)	2010						
		4	Einführung Flächenmanagement (FLM)	2011						
		5	Einführung Technisches Gebäudemanagement (TGM)	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0027 AFP 2010-2013 Entwicklung und Einführung eines Steuerungssystems zur strategischen Führung der kantonalen Immobilien und ES0028 AFP 2010-2013 Entwicklung und Einführung eines Konzepts für Nachhaltigkeit in Bau- und Immobilienbewirtschaftung: Die Entwicklungsschwerpunkte werden 2010 abgeschlossen.

ES0034: Die Einführung des Flächenmanagements (FLM) erfolgt aufgrund knapper Personalressourcen erst im Jahr 2011.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
430ZI0023	Der Kanton besitzt nur Immobilien für den eigenen Nutzungs- und Entwicklungsbedarf.	1	Anteil der Immobilien mit Nutzungs- und Entwicklungspotenzial bezogen auf den gesamten Liegenschaftenbestand	%	85	85	90	90	90	90
430ZI0024	Der wirtschaftliche Gebäudeunterhalt zur Substanzwerterhaltung wird durch die Sicherstellung der Gebrauchstauglichkeit und umfassende Gebäudesanierungen gewährleistet.	2	Instandhaltung und Instandsetzung in % des bewirtschafteten Anlagewerts	%		0.9	0.89	0.91	0.82	0.81
		3	Sanierungen in % des bewirtschafteten Anlagewerts	%		0.56	1.13	1.03	1.87	1.54
430ZI0025	Neubauten und Sanierungen erfolgen energiesparend.	2	Neubauten in Minergie-P-eco	%			95	95	95	95
		3	Sanierungen in Minergie-eco	%			95	95	95	95

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0023: Im Rahmen der Portfolioanalyse und im Zusammenhang mit der Erstellung eines standardisierten Portfolioberichtes Immobilien Aargau werden die Widmungen in das Finanz- oder Verwaltungsvermögen überprüft. Entsprechende Optimierungspotentiale können dann mittelfristig realisiert werden.

ZI0024: Die Planwerte der Indikatoren ergeben sich aus den entsprechenden Finanzkennzahlen Instandhaltung (KF0002), Instandsetzung (KF0011) und Sanierungen (KF0005) im Verhältnis zum bewirtschafteten Anlagevolumen (KL0022) der kantonalen Gebäude. Die Ausführung nachfolgender Sanierungsprojekte: Gesamtsanierungen Bildungszentrum Unterentfelden und Bildungszentrum Zofingen; Lenzburg, JVA: Sanierung Altbau und Strassenverkehrsamt: Gesamtsanierung Verwaltungsgebäude führen 2013 zu einem Anstieg des Indikators 3.

ZI0025: Neubauten und Sanierungen sollen die im Konzept "Nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften" postulierten Ziele erfüllen. Entsprechend werden diese mit den Indikatoren 2 "Neubauten in Minergie P-eco" und 3 "Sanierungen in Minergie-eco" abgebildet.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Grosse Rat kann mit dem Entscheid über Grosskredite für wichtige Bauvorhaben des Kantons einen wesentlichen Teil dieses Aufgabenbereichs direkt steuern. Sinnvoll ist es, Sanierungen, Instandhaltungen sowie Instandsetzungsmassnahmen der kantonalen Liegenschaften wie auch Neubauten nicht isoliert, sondern gesamtheitlich zu planen und auszuführen. Die Verordnung über die Liegenschaften des Kantons bildet die gesetzliche Grundlage für den Aufgabenbereich.

Steuerbarkeit des Ziels 24: Die Finanzen können direkt durch die Höhe der Indikatoren beeinflusst werden. Eine Veränderung der Indikatoren um 0.05 % führt zu veränderten Kosten in der Höhe von 1,38 Mio. Fr. (0.05 % des bewirtschafteten Anlagewerts). Bei einer Erhöhung der Indikatoren können mittelfristig mehr bauliche Massnahmen zur Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit vorgenommen werden. Eine Senkung der Indikatoren führt in der Folge zu einem Aufschub von substanzwerterhaltenden Massnahmen. Auswirkungen zeigen sich erst später und führen oft zu teuren Ersatzinvestitionen, Sanierungen, Instandsetzungsmassnahmen oder Nutzungsengpässen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-118'002**	**-109'998**	**-122'300**	**11.2**	**-94'589**	**-113'186**	**-122'389**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**81'727**	**79'431**	**89'100**	**12.2**	**19'964**	**37'212**	**42'869**
Saldo Aufgabenbereich	**-36'275**	**-30'567**	**-33'200**	**8.6**	**-74'625**	**-75'975**	**-79'521**
Total Aufwand Globalbudget	-67'017	-63'262	-63'835	0.9	-52'160	-51'972	-53'510
Total Ertrag Globalbudget	74'106	75'319	76'658	1.8	14'734	20'846	26'959
Saldo Globalbudget	7'089	12'058	12'823	6.4	-37'425	-31'127	-26'552
Total Aufwand Kleinkredite	-11'165	-11'782	-21'128	79.3	-15'903	-14'054	-4'528
Total Ertrag Kleinkredite	1'061	1'177	3'757	219.2	645	1'806	100
Saldo Kleinkredite	-10'104	-10'605	-17'371	63.8	-15'258	-12'248	-4'428
Total Aufwand Grosskredite	-38'176	-29'925	-30'207	0.9	-18'697	-33'330	-48'321
Total Ertrag Grosskredite	6'250	1'675	5'425	223.9	1'325	11'300	12'550
Saldo Grosskredite	-31'926	-28'250	-24'782	-12.3	-17'372	-22'030	-35'771
Total Aufwand LUAE	-1'644	-5'030	-7'130	41.8	-7'830	-13'830	-16'030
Total Ertrag LUAE	309	1'260	3'260	158.7	3'260	3'260	3'260
Saldo LUAE	-1'335	-3'770	-3'870	2.7	-4'570	-10'570	-12'770

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg	55						
Total Ertrag Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg							
Saldo Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg	55						
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis	-16'042	-19'400	-2'500	-87.1			
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis		1'600	2'700	68.8			
Saldo Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis	-16'042	-17'800	200	-101.1			
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind	-1'530						
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind							
Saldo Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind	-1'530						
Total Aufwand Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa	-215						
Total Ertrag Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa							
Saldo Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa	-215						

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten	-22						
Total Ertrag Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten							
Saldo Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten	-22						
Total Aufwand Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restl. Pavillons	-2						
Total Ertrag Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restl. Pavillons							
Saldo Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restl. Pavillons	-2						
Total Aufwand Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt	-3'870	-11'000	-6'000	-45.5			
Total Ertrag Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt							
Saldo Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt	-3'870	-11'000	-6'000	-45.5			
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, JVA, Neubau Produktionsgebäude		-860		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, JVA, Neubau Produktionsgebäude							
Saldo Grosskredite Lenzburg, JVA, Neubau Produktionsgebäude		-860		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbauten	-3'167						
Total Ertrag Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbauten							
Saldo Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbauten	-3'167						
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, 4. Bauetappe*		-900	-500	-44.4			
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, 4. Bauetappe*							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, 4. Bauetappe*		-900	-500	-44.4			
Total Aufwand Grosskredite Ausgleich NIMAG		12'780	16'045	25.6	12'421	15'367	14'111
Total Ertrag Grosskredite Ausgleich NIMAG							
Saldo Grosskredite Ausgleich NIMAG		12'780	16'045	25.6	12'421	15'367	14'111
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt	-6'250		-455	-			
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt	6'250						
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt	0		-455	-			
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung*							-500
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung*							
Saldo Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung*							-500
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Bahnhof, STWE, Mieterausbau	-5'427	-5'900	-5'150	-12.7	-702		
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Bahnhof, STWE, Mieterausbau							
Saldo Grosskredite Aarau, Bahnhof, STWE, Mieterausbau	-5'427	-5'900	-5'150	-12.7	-702		
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39*		-300	-500	66.7	-1'000	-500	-500
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39*							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39*		-300	-500	66.7	-1'000	-500	-500
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung	-1'706						
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung							
Saldo Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung	-1'706						
Total Aufwand Grosskredite StVA, Verwaltungsgeb. Gesamtsanierung*	0	-250	-2'500	900.0	-10'500	-8'649	
Total Ertrag Grosskredite StVA, Verwaltungsgeb. Gesamtsanierung*							
Saldo Grosskredite StVA, Verwaltungsgeb. Gesamtsanierung*	0	-250	-2'500	900.0	-10'500	-8'649	

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle*						-100	-500
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle*							
Saldo Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle*						-100	-500
Total Aufwand Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude*			-800	-			
Total Ertrag Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude*							
Saldo Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude*			-800	-			
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau		-225		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau							
Saldo Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau		-225		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab*		-920	-650	-29.4	-450	-600	-10'200
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab*							
Saldo Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab*		-920	-650	-29.4	-450	-600	-10'200
Total Aufwand Grosskredite Baden, Kanti, div. Massnahmen Paket 2*					-100	-150	-400
Total Ertrag Grosskredite Baden, Kanti, div. Massnahmen Paket 2*							
Saldo Grosskredite Baden, Kanti, div. Massnahmen Paket 2*					-100	-150	-400
Total Aufwand Grosskredite Eiken, ZAZ, Erweiterung*	0	-250		-100.0			-500
Total Ertrag Grosskredite Eiken, ZAZ, Erweiterung*							
Saldo Grosskredite Eiken, ZAZ, Erweiterung*	0	-250		-100.0			-500
Total Aufwand Grosskredite Unterentfelden, BZU, Gesamtsanierung*		-500	-1'800	260.0	-2'500	-8'890	-12'000
Total Ertrag Grosskredite Unterentfelden, BZU, Gesamtsanierung*		75	350	366.7	250	1'000	1'200
Saldo Grosskredite Unterentfelden, BZU, Gesamtsanierung*		-425	-1'450	241.2	-2'250	-7'890	-10'800
Total Aufwand Grosskredite Wettingen, Kanti, Umn. Klosterstrasse 20			-250	-	-300		-150
Total Ertrag Grosskredite Wettingen, Kanti, Umn. Klosterstrasse 20							
Saldo Grosskredite Wettingen, Kanti, Umn. Klosterstrasse 20			-250	-	-300		-150
Total Aufwand Grosskredite Zofingen, BZZ, Gesamtsanierung*		-550	-2'750	400.0	-750	-15'000	-15'000
Total Ertrag Grosskredite Zofingen, BZZ, Gesamtsanierung*			1'375	-	375	8'000	8'000
Saldo Grosskredite Zofingen, BZZ, Gesamtsanierung*		-550	-1'375	150.0	-375	-7'000	-7'000
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Sanierung Haus 27*	0	-500	-1'500	200.0			
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Sanierung Haus 27*							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Sanierung Haus 27*	0	-500	-1'500	200.0			
Total Aufwand Grosskredite Windisch, PD, Sanierung Hauptgebäude*			-700	-			
Total Ertrag Grosskredite Windisch, PD, Sanierung Hauptgebäude*							
Saldo Grosskredite Windisch, PD, Sanierung Hauptgebäude*			-700	-			
Total Aufwand Grosskredite Wohlen, Kanti, Nutzungsanpassung*		-150	-1'500	900.0			
Total Ertrag Grosskredite Wohlen, Kanti, Nutzungsanpassung*							
Saldo Grosskredite Wohlen, Kanti, Nutzungsanpassung*		-150	-1'500	900.0			
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Verwaltungsgebäude, Neubau*		-1'000	-600	-40.0	-700	-200	-200
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Verwaltungsgebäude, Neubau*							
Saldo Grosskredite Aarau, Verwaltungsgebäude, Neubau*		-1'000	-600	-40.0	-700	-200	-200

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Schadstoffsanier. H1 Mitte*			-3'400	-	-100		
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Schadstoffsanier. H1 Mitte*							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Schadstoffsanier. H1 Mitte*			-3'400	-	-100		
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Neubau Mittlere Telli			-400	-	-1'500	-600	-10'000
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Neubau Mittlere Telli							
Saldo Grosskredite Aarau, Neubau Mittlere Telli			-400	-	-1'500	-600	-10'000
Total Aufwand Grosskredite Aarau, NKSA, Gesamtsanierung Gebäude A*			-300	-	-822	-2'600	-1'000
Total Ertrag Grosskredite Aarau, NKSA, Gesamtsanierung Gebäude A*							
Saldo Grosskredite Aarau, NKSA, Gesamtsanierung Gebäude A*			-300	-	-822	-2'600	-1'000
Total Aufwand Grosskredite Kantonale Spitäler, Schadstoffsanierung*			-4'578	-			
Total Ertrag Grosskredite Kantonale Spitäler, Schadstoffsanierung*							
Saldo Grosskredite Kantonale Spitäler, Schadstoffsanierung*			-4'578	-			
Total Aufwand Grosskredite Fricktal, STVA, zusätzlicher Standort						-250	-600
Total Ertrag Grosskredite Fricktal, STVA, zusätzlicher Standort							
Saldo Grosskredite Fricktal, STVA, zusätzlicher Standort						-250	-600
Total Aufwand Grosskredite Aarau/Lenzburg, DVI, STPO*			-850	-	-341	-341	-341
Total Ertrag Grosskredite Aarau/Lenzburg, DVI, STPO*							
Saldo Grosskredite Aarau/Lenzburg, DVI, STPO*			-850	-	-341	-341	-341
Total Aufwand Grosskredite Aargau, Aufwuchs KAPO, 2012 ff.*			-1'870	-	-726	-541	-541
Total Ertrag Grosskredite Aargau, Aufwuchs KAPO, 2012 ff.*							
Saldo Grosskredite Aargau, Aufwuchs KAPO, 2012 ff.*			-1'870	-	-726	-541	-541
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, JVA, Gesamtsanierung*			-6'700	-	-10'628	-10'277	-10'000
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, JVA, Gesamtsanierung*			1'000	-	700	2'300	3'350
Saldo Grosskredite Lenzburg, JVA, Gesamtsanierung*			-5'700	-	-9'928	-7'977	-6'650

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Wohnbauförderung Kt. Aargau	-492	-520	-520	0.0	-520	-520	-520
Total Ertrag LUAE Wohnbauförderung Kt. Aargau	224	250	250	0.0	250	250	250
Saldo LUAE Wohnbauförderung Kt. Aargau	-267	-270	-270	0.0	-270	-270	-270
Total Aufwand LUAE Wohnbauförderung Kt. Luzern	-1	-1'010	-3'010	198.0	-3'010	-3'010	-3'010
Total Ertrag LUAE Wohnbauförderung Kt. Luzern	85	1'010	3'010	198.0	3'010	3'010	3'010
Saldo LUAE Wohnbauförderung Kt. Luzern	84	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Finanzierungsgesellschaft FHNW	-1'151	-3'500	-3'600	2.9	-4'300	-10'300	-12'500
Total Ertrag LUAE Finanzierungsgesellschaft FHNW							
Saldo LUAE Finanzierungsgesellschaft FHNW	-1'151	-3'500	-3'600	2.9	-4'300	-10'300	-12'500

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufgrund einer verbesserten Zahlenbasis werden die Mieterträge um 1,3 Mio. Fr. angepasst.

Kleinkredite

Im Jahr 2011 erreichen verschiedene Bauvorhaben gleichzeitig eine intensive Ausführungsphase (u.a. Lenzburg, Justizvollzugsanstalt: Projekt Infrastruktur; Kantonsschule Wettingen: Signaletik und Schliesssystem; Aarau, Kaserne: Sanierung Infanteriekaserne und Umbau eines Proberaumes; Neue Kantonsschule Aarau: Sanierung Mensa; Windisch, Königsfelden: Parkabschluss; Brugg, RAV: Neuer Standort). Die intensive Ausführungsphase führt ebenfalls zu vermehrten Investitionsbeiträgen Dritter, konkret in den Projekten Lenzburg, JVA: Ersatz Treibhaus Gärtnerei und Aarburg, Jugendheim: Erweiterung Werkstattgebäude.

Grosskredite

Der Rückgang entspricht dem normalen Baufortschritt der laufenden Projekte. Das im Jahr 2010 budgettragende Projekt Lenzburg, Zentralgefängnis: Neubau mit einem Aufwand von rund 20 Mio. Fr. kommt 2011 zum Abschluss.

Der Anstieg der Erträge entspricht dem Projektstand der laufenden Vorhaben: Lenzburg, Justizvollzugsanstalt: Neubau Produktionsgebäude und Neubau Zentralgefängnis; Unterentfelden, Bildungszentrum: Gesamtsanierung und Zofingen, Bildungszentrum: Gesamtsanierung.

LUAE

Anstieg wegen Amortisation- und Zinszahlungen der Bauschulden für Vorhaben der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW: Windisch, Sportanlage Mülimatt; Windisch, Campus-Treppen. Diese Zahlungen entsprechen dem Baufortschritt der Vorhaben.

Höhere Rückerstattungen aus den Wohnbausubventionen der Wohnbauförderung Luzern führen zu rund 2 Mio. Fr. höheren Erträgen.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Durch die geplante Eigentumsübertragung der Liegenschaften an die Spitalaktiengesellschaften entfallen ab 2012 die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt von rund 12 Mio. Fr. Auf der Ertragsseite entfallen gleichzeitig die Mietzinseinnahmen der Spitalliegenschaften von ca. 62 Mio. Fr. Mit dem Bauabschluss des Gebäudes der FH Markthalle wird dieses erstmalig 2013 an die FHNW vermietet und führt zu steigenden Mietzinseinnahmen.

Kleinkredite

In den Jahren 2012ff werden verschiedene Bauvorhaben abgeschlossen (u.a. Lenzburg, Justizvollzugsanstalt: Projekt Infrastruktur; Kantonsschule Wettingen: Signaletik und Schliesssystem; Aarau, Kaserne: Sanierung Infanteriekaserne und Umbau eines Proberaumes). Dies führt zu einem Rückgang der Aufwendungen ab 2013. Im Jahr 2014 fallen wegen dem Abschluss von beitragsberechtigten Bauten entsprechende Erträge weg.

Grosskredite

Die Entwicklung des Aufwands entspricht dem normalen Baufortschritt der laufenden Projekte sowie dem Start von Planung und Ausführung diverser laufender und neuer Vorhaben. Der Einbruch im Jahr 2012 ist hauptsächlich eine Folge des Wegfalls der Spitalliegenschaften. Der Anstieg im Jahr 2013 entspricht dem Start oder der intensiven Ausführungsphase diverser Vorhaben: Lenzburg, JVA: Sanierung Altbau; Strassenverkehrsamt: Gesamtsanierung Verwaltungsgebäude; Unterentfelden, Bildungszentrum: Gesamtsanierung; Zofingen, Bildungszentrum: Gesamtsanierung; Neue Kantonschule Aarau: Gesamtsanierung Gebäude A.

Erträge: Entsprechend dem Baufortschritt erhält die IMAG Investitionsbeiträge Dritter.

LUAE

Anstieg wegen steigenden Amortisations- und Zinszahlungen der Bauschulden für Vorhaben der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW: Kauf des Baufelds B+C in Windisch.

* = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN	
KF0002	Minimaler Bedarf zur Abdeckung des Gebäudeunterhalts (Unterhaltsmassnahmen mit Reparaturcharakter) der kantonalen Liegenschaften.
KF0011	Instandsetzungen umfassen kleinere Massnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit und der Gebrauchstauglichkeit von Objekten für eine festgelegte Dauer.
KF0005	Sanierungen umfassen grosszyklische Massnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit und der Gebrauchstauglichkeit von Objekten für eine festgelegte Dauer.
KF0007	Das Gesamttotal der Kennzahlen KF0002, KF0004, KF0005, KF0006, KF0011 und KF0014 ergibt den Nettoaufwand Immobilien Aargau (NIMAG).
KL0022	Dieser Wert beinhaltet zusätzlich zum Anlagewert (KU0022) die Strassenliegenschaften sowie die Gebäude der Finanzierungsgesellschaft Fachhochschule Nordwestschweiz. Für die IMAG ist dies der massgebliche Wert für die Leistungserbringung, welcher zudem auch als Bezugsgrösse für die Berechnung der Indikatoren 2 und 3 des Ziels 24 herangezogen wird.
KU0017-21	Gebäude jeweils ohne Parzellen
KU0022	Die Höhe des Anlagewerts entspricht dem Versicherungswert der Aargauischen Gebäudeversicherung (AGV). Nicht enthalten in diesem Wert sind die Strassenliegenschaften sowie die Gebäude der Finanzierungsgesellschaft Immobilien Fachhochschule Nordwestschweiz. Der Anlagewert verändert sich jährlich entsprechend dem Teuerungsindex des AGV (Annahme Planjahre: 1 %).

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Aufbauen, unterhalten und betreiben der zentralen IT-Infrastruktur und der Kommunikationsnetze; unterstützen und pflegen der Querschnittsanwendungen und interkantonalen IT-Lösungen sowie anbieten einer Basisausbildung; sicherstellen einer hohen Verfügbarkeit, des Datenschutzes und der Datensicherheit für die kantonale Verwaltung, Anstalten und Gemeinden.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**435**	**Informatik**
	43550	Technologiemanagement
	43560	Projektmanagement
	43570	Infrastrukturmanagement
	43580	Kundenservice

UMFELDENTWICKLUNG

Die Hauptaufgabe des Aufgabenbereichs besteht darin, für alle Abteilungen der kantonalen Verwaltung Ressourcen und Dienstleistungen im IT-Bereich bereitzustellen, die zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben benötigt werden. Im Weiteren sind alle Gemeinden ans Netzwerk des Kantons Aargau (Komka-Netz) angeschlossen und verwenden den zentral bereitgestellten Internet-Anschluss.

An die zu erbringenden Dienstleistungen (Netzwerk, Serverbetrieb, Applikationsüberwachung, Datensicherung und Verfügbarkeit) werden hohe Ansprüche gestellt. Die Ausfallsicherheit wird immer wichtiger. Die Menge der elektronischen Daten wächst jährlich um mehr als 20 % an. Die Services müssen 7 x 24 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen und vor jeglicher Fremdbeeinflussung (Viren, Hacker, Spam etc.) geschützt sein. Da auch die Bedrohung durch Viren und Hackerangriffe immer grösser wird, ist ein weiterer Ausbau der Sicherheitssysteme notwendig. Bedingt durch die stark gestiegene Nachfrage bei der Bevölkerung müssen die elektronischen Dienstleistungen im Sinne der Kundenorientierung weiter ausgebaut werden. Prioritär ist die technische Umsetzung der E-Government-Projekte mit ersten Anwendungen. Damit wird ein Beitrag zur weiteren Modernisierung der Verwaltung geleistet. Der Kontakt mit der Bevölkerung und der Wirtschaft soll vermehrt durch moderne Kommunikationsangebote erweitert werden.

Der Aufgabenbereich übernimmt im Rahmen des Aufbaus der neuen kantonalen Informatik (ES0064) die gesamte departementsübergreifende IT-Steuerung. Die Informatikmittel werden zentral beschafft, was mittelfristig zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen führen wird. Diese werden sich in den Globalbudgets der anderen Aufgabenbereiche niederschlagen. Die Applikationen werden standardisiert. Zudem wird der Planungs- und Budgetierungsprozess der Informatik-Aufwendungen zentral gesteuert. Es werden einheitliche Planungsprozesse eingeführt und institutionalisiert. Das Desktop Management wird schrittweise standardisiert und in den wesentlichen Kernfunktionen zentralisiert. Ziele der Neuausrichtung sind eine verbesserte Kosteneffizienz, die Steigerung der Kundenzufriedenheit und die Optimierung der Kernkompetenzen. Der Neuausrichtung entsprechend wird ab 2011 auch die Produktegruppenstruktur angepasst.

Mit der Verlagerung von departementalen Informatikbasisaufgaben zum Aufgabenbereich Informatik, der Erhöhung der Standards im Bereich der Datensicherheit und -verfügbarkeit sowie der weiteren Professionalisierung der Betreuung und Entwicklung departementsübergreifender Anwendungen steigt das Globalbudget aufwandseitig an. Eine Auslagerung von Leistungen, die nicht zum Kerngeschäft des Aufgabenbereichs gehören, wird geprüft.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
435KU0031	Serversysteme im Rechenzentrum	Anzahl			550	570	590	610
435KU0032	PC-Arbeitsplätze in der Verwaltung	Anzahl			4'700	4'750	4'800	4'800
435KU0038	Karten mit Fernzugriff auf das kantonale Netzwerk (Secure-ID)	Anzahl	477	460	480	490	500	510
435KU0039	Systeme im Bereich Netzwerksicherheit (Virenscanner, URL-Filter, Proxyserver)	Anzahl	77	62	80	85	90	95
	Leistungskennzahlen							
435KL0004	Tickets und Aufträge am Helpdesk	Anzahl	1'046	1'250	1'200	1'250	1'300	1'350
	Finanzkennzahlen							
435KF0001	Einnahmen aus Informatikleistungen an öffentliche Verwaltungsstellen ausserhalb der kantonalen Verwaltung	1'000 Fr.	2'918	2'957	7'602	3'022	2'291	2'291

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0023 und KU0025 AFP 2010-2013 Datenbanken und Kunden mit Webhosting: Die beiden Kennzahlen sind - wie auch in der beratenden Grossratskommission festgestellt wurde - wenig aussagekräftig und werden deshalb nicht mehr weitergeführt.

KL0004: Aufgrund der Zentralisierung des Helpdesks steigt die Anzahl der Tickets und Aufträge.

KF0001: 2011 sind einmalige Mehraufwendungen und entsprechende Mehreinnahmen (Verrechnung an Dritte) im Zusammenhang mit der Auslagerung von VIACAR zu verzeichnen. Nach der Auslagerung der Strassenverkehrsamtlösung VIACAR in eine Aktiengesellschaft fallen ab 2012 die Einnahmen aus dem Betrieb dieser Anwendung weg.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
435ES0058	E-Government-Plattform ausbauen	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2008-1987 vom 18. November 2008)		241	3'823	1'688	3'115	58	8'925
		2	Presentation Services	2011						
		3	Content Services	2011						
		4	Technische Infrastruktur	2013						
		5	Security Services	2014						
		6	Workflow Services	2014						
		7	eBusiness Services	2014						
		8	Integration Services	2014						
435ES0064	Neue Kantonale Informatik	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Neuorganisation Zentrale Informatik und Ausbau zentraler Helpdesk	2010						
		3	Organisation der zentralen Logistik für die Beschaffung von Hard- und Software	2010						
		4	Erarbeiten und Einführen von Applikationsstandards	2010						
		5	Konsolidierung Rechenzentrum und Server	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0004 AFP 2010-2013 Erneuerung der Telefonieinfrastruktur: Dieser Entwicklungsschwerpunkt ist in der vorliegenden Planung nicht mehr präsent, da er aufgrund der angespannten Budgetsituation um 4 Jahre verschoben wurde. Damit ist auch der entsprechende Globalkredit nie beantragt worden.

ES0058: Die Plattform dient dem Aufbau eines virtuellen Raumes zur sicheren Abwicklung von Amtsgeschäften. Der Auftritt des Kantons Aargau im Internet mit neuen elektronischen Dienstleistungen wie "elektronisches Grundbuch", "Registerharmonisierung" und "Langzeitarchivierung" soll kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden. Der technische Ausbau erfolgt in gestaffelter Form ab 2009 und dauert bis 2014.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
435ZI0057	Der hohe Stand des Netzwerkschutzes soll gewahrt werden.	1	Virenbefallene Systeme pro Jahr	Anzahl	3	0	0	0	0	0
		2	Unterhaltene Firewalls	Anzahl	21	18	21	23	25	27
435ZI0058	Die Informatikinfrastruktur und die Querschnittsaufgaben für die Departemente werden effizienter gestaltet.	1	Dezentrale Serverstandorte	Anzahl	9	7	3	2	2	2
		2	IT-Gesamtkosten anteilig pro PC-Arbeitsplatz	Franken			9'400	9'300	9'200	9'100
435ZI0059	Die Verfügbarkeit der Server im Rechenzentrum wird auf hohem Niveau gehalten.	1	Ausfälle pro Server, die länger als 4 Stunden dauern	Anzahl		1	1	1	1	1
		2	Betreute Server pro Systemspezialist	Anzahl		53	52	52	52	52
435ZI0051	Für das Aargauische Geographische InfoSystem (AGIS) werden die benötigten Daten bedarfsgerecht bereitgestellt.	1	Besuche im Internet pro Monat	Anzahl	21'125	14'000	21'000	21'500	22'000	22'500

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die Ziele der nächsten Jahre stehen im Wesentlichen im Zeichen der Sicherheit und Effizienzsteigerung.

ZI0058 I1: Die Reduktion der Serverstandorte auf zwei Zentren dient sowohl der höheren Sicherheit (Katastrophenvorsorge) als auch der höheren Effizienz von Finanz- und Personalressourcen. Die Serverzentralisierung wird im Rahmen der Neuorganisation der Informatik bereits umgesetzt und kann voraussichtlich 2012 abgeschlossen werden.

ZI0058 I2: Der Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz wird standardisiert nach den Richtlinien der Schweizerischen Informatikkonferenz erhoben. Der Wert ist damit unter den beteiligten 16 Kantonen vergleichbar. Der Kanton Aargau befindet sich im Mittelfeld. Beim Informatikaufwand werden sämtliche informatikrelevanten Aufwendungen eingerechnet (Betrieb und Unterhalt der Hard- und Software, IT-Personal, Externe IT-Dienstleister und IT-Projektkosten). Die Durchschnittskosten von 16 ausgewerteten Kantonen liegen bei Fr. 10'390.-.

ZI0059: Die Verfügbarkeit der Server steht auf einem sehr hohen Niveau (JB 2008: 99.9 % / JB 2009: 100 %). Eine zusätzliche Erhöhung der Ausfallsicherheit der Server würde enorme Kosten verursachen.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Arbeiten des Aufgabenbereichs Informatik bestehen vor allem aus Querschnittsaufgaben, welche als Dienstleistungen für alle Abteilungen der kantonalen Verwaltung eine wichtige Grundlage für die eigentliche Erfüllung ihrer Aufgaben bilden. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ist die Qualität der Aufgabenerfüllung und Sicherheit im vorgegebenen Rahmen gewährleistet. Die Abteilung nimmt ihre Aufgaben im Rahmen des Organisationsgesetzes § 5 wahr.

Der Entwicklungsschwerpunkt 58 "E-Government-Plattform ausbauen" ist die technische Grundlage für alle künftigen kantonalen E-Government-Angebote. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass durch die zentrale Bereitstellung der Plattform die Kosten geringer ausfallen, als wenn dezentrale Lösungen in den Departementen entstehen würden. Auch die Bereitstellung von Fachanwendungen im interkantonalen Verbund reduziert Kosten bzw. generiert Erträge und steigert so die Effizienz der zur Erfüllung der kantonalen Aufgaben eingesetzten Mittel.

Die erhöhten Ausgaben im Bereich Unterhalt und Betrieb sind zu einem grossen Teil durch die Zentralisierung der Server an zwei Rechenzentrumsstandorten bedingt. Diese Massnahme wird mittelfristig ebenfalls Kostenreduktionen bei den Departementen bewirken. Eine Kürzung der Mittel würde hingegen die geplante Massnahme verzögern und die erwarteten Synergien erst später ermöglichen.

Steuerbarkeit des Ziels 59: Würden weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, hätte dies auf die Qualität der Aufgabenerfüllung der ganzen Verwaltung negative Auswirkungen. Wie ein konkreter Fall im Jahr 2010 gezeigt hat, bewirkt der Ausfall einzelner Systeme in der ganzen Verwaltung Arbeitsausfälle grösseren Umfangs. Vier Stunden Betriebsunterbruch reduzieren die Produktivität der Arbeitsleistung beträchtlich. Bei 4'700 Stellen und einem kalkulatorischen Stundensatz von Fr. 50.- würde ein solcher vierstündiger Unterbruch beispielsweise einen Ausfall von rund Fr. 940'000.- bewirken.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-28'173**	**-28'860**	**-35'448**	**22.8**	**-29'369**	**-29'273**	**-29'423**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**7'222**	**7'395**	**9'955**	**34.6**	**4'352**	**3'521**	**3'521**
Saldo Aufgabenbereich	**-20'951**	**-21'465**	**-25'493**	**18.8**	**-25'018**	**-25'753**	**-25'903**
Total Aufwand Globalbudget	-27'692	-27'924	-33'541	20.1	-27'772	-28'171	-28'517
Total Ertrag Globalbudget	7'222	7'395	9'955	34.6	4'352	3'521	3'521
Saldo Globalbudget	-20'471	-20'528	-23'587	14.9	-23'420	-24'651	-24'996
Total Aufwand Kleinkredite	-240	-100		-100.0			
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-240	-100		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite	-241	-836	-1'906	128.0	-1'598	-1'102	-907
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-241	-836	-1'906	128.0	-1'598	-1'102	-907

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite E-Government Plattform	-241	-436	-1'689	287.4	-1'380	-883	-857
Total Ertrag Grosskredite E-Government Plattform							
Saldo Grosskredite E-Government Plattform	-241	-436	-1'689	287.4	-1'380	-883	-857
Total Aufwand Grosskredite Daten- & Registerharmonisierung DRH (TP)		-400	-217	-45.7	-218	-219	-50
Total Ertrag Grosskredite Daten- & Registerharmonisierung DRH (TP)							
Saldo Grosskredite Daten- & Registerharmonisierung DRH (TP)		-400	-217	-45.7	-218	-219	-50

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Unterhalts- und Betriebkosten erhöhen sich durch einen Mehraufwand für Sicherheitssoftware (Antivirus, Antispam; Fr. 300'000.-), durch erhöhte Wartungsgebühren bei SAP-Lizenzen (Fr. 160'000.-) und durch den Ersatz von veralteten Servern (Fr. 600'000.-). Für den Ausbau von AGIS werden zusätzliche Datenbanklizenzen benötigt (Fr. 250'000.-). Ausserdem werden für die Erschliessung von weiteren Gebäuden der Zentralverwaltung mit Glasfaserleitungen Fr. 350'000.- budgetiert. Zur Erhöhung der Datensicherheit und Verfügbarkeit wird das Netzwerk mit zusätzlichen Fr. 400'000.- ausgebaut. Für die Umsetzung von Internet-Projekten der Departemente sind Fr. 320'000.- budgetiert.

Durch die Zentralisierung im Rahmen der neuen kantonalen Informatik wird der Personalbestand erhöht (Fr. 1,8 Mio). Im Vorfeld der Auslagerung der Strassenverkehrsamtlösung VIACAR in eine Aktiengesellschaft werden bisher vom Strassenverkehrsamt bezahlte Kosten von rund Fr. 1,4 Mio. in diesen Aufgabenbereich übernommen. Durch deren Weiterverrechnung steigen parallel dazu auch die Einnahmen.

Kleinkredite

Das Projekt Telefonieinfrastruktur wird aus Kapazitätsgründen verschoben (Fr. 100'000.-).

Grosskredite

Der Grosskredit E-Government-Plattform wurde am 18. November 2008 durch den Grossen Rat bewilligt. Der Finanzbedarf des Projekts E-Government steigt im Budgetjahr an, nachdem er sich im Jahr 2010 wegen Verzögerungen reduziert hatte.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Die Auslagerung der VIACAR-Entwicklung erfolgt per Ende 2011. Daraufhin entfallen die entsprechenden Aufwendungen und Erträge ab 2012. Aufgrund der Zentralisierung der Server im Rechenzentrum nehmen die Aufwendungen für Kauf, Ersatz, Unterhalt und Betrieb von Informatikmitteln ab 2011 zu.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Umsetzen der Agrarpolitik von Bund und Kanton zur Entwicklung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen sowie nachhaltig produzierenden Landwirtschaft; Mitwirken in den mit der Agrarpolitik vernetzten Bereichen Raumnutzung, Tier-, Umwelt- und Gewässerschutz sowie Nahrungsmittelsicherheit.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**440**	**Landwirtschaft**
Produktegruppen	44010	Fachstellen Landwirtschaft Liebegg
	44020	Förderungsmassnahmen
	44030	Vollzug Boden-/Raumnutzungs-/Umweltrecht
	44040	Strukturverbesserungen

UMFELDENTWICKLUNG

Das Hauptziel liegt in der Förderung einer multifunktionalen und nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft. Der Aufgabenbereich Landwirtschaft setzt dabei die agrarpolitischen Massnahmen von Bund und Kanton um. Er regelt insbesondere den Direktzahlungsvollzug, bietet Förderungsprogramme, Weiterbildung und Beratung an, erstellt agrarpolitische Grundlagen und ist zuständig für den Vollzug sowie die Umsetzung von Boden-, Pacht- und Regulierungsrecht. Er koordiniert und betreut Gesamtmeliorationen sowie die Werterhaltung und Wiederherstellung von Bodenverbesserungen. Die beabsichtigte Förderung der Wettbewerbsfähigkeit bedingt ein höheres Engagement im Bereich der Strukturverbesserungen (Meliorationen, Werterhaltung und periodische Wiederinstandstellungen sowie landwirtschaftlicher Hochbau). Neben der Fokussierung auf eine Stärkung der produzierenden Landwirtschaft werden gemeinsam mit dem Bund, den Gemeinden und den Bewirtschaftern die bewährten ökologischen Massnahmen weiter entwickelt.

Aussen- und binnenwirtschaftliche Entwicklungen sowie die entsprechenden Anpassungen der Agrarpolitik des Bundes bedingen eine verstärkte Marktausrichtung und Massnahmen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Strukturen in der Landwirtschaft. Zusätzlich gilt es, den längerfristigen Auswirkungen der Klimaerwärmung und der Globalisierung mit geeigneten Massnahmen zu begegnen. Eine Herausforderung ist etwa das seuchenhafte Auftreten neuer Krankheiten, Schädlinge sowie invasiver Pflanzen. Ihre Bekämpfung nimmt an Bedeutung zu und ist eine wichtige Verbundaufgabe von Bund, Kanton und Gemeinden. Zurzeit entwickelt eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe dazu eine Gesamtstrategie mit einem Umsetzungskonzept für die nächsten vier Jahre. Im Entwicklungsschwerpunkt 33 "Bekämpfung invasiver Pflanzen" sind entsprechende Massnahmen aufgenommen worden.

Die demografische Entwicklung und die fortschreitende Urbanisierung haben direkte Folgen für die Landwirtschaft. Das Bedürfnis nach gemeinwirtschaftlichen Leistungen wie Pflege der Kulturlandschaft, Schutz der Umwelt, Verbesserung der Biodiversität und des Tierwohls steigt. Durch den Bevölkerungsanstieg und die damit verbundene Bautätigkeit nimmt der Druck auf gutes Kulturland, namentlich auf die Fruchtfolgeflächen, weiter zu. Gleichzeitig gewinnt die quantitativ und qualitativ sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln an Bedeutung.

2011 wird der Grosse Rat eine neue Verfassungs- und Gesetzesvorlage zur kantonalen Agrarpolitik (ES0021) verabschieden. Das Verordnungsrecht wird danach entsprechend angepasst.

In einem Organisationsentwicklungsprojekt (2010) werden die künftigen Aufgaben und Strategien des Aufgabenbereichs neu definiert. Die erforderliche Anpassung von Prozessen und Organisation wird vorgenommen. Entsprechend kann anschliessend die Umsetzung des neuen Landwirtschaftsrechts wirkungsvoll und effizient angegangen werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
440KU0009	Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) (s. Fussnote)	ha	62'000	61'700	62'300	62'200	62'100	62'000
440KU0010	Landwirtschaftsbetriebe mit Daten-Erhebung	Anzahl	5'027	4'600	5'000	4'900	4'800	4'700
440KU0011	Landwirtschaftsbetriebe mit Berechtigung für Direktzahlungen (DZ)	Anzahl	2'926	2'910	2'900	2'880	2'860	2'840

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
440KL0012	Landwirtschaftsbetriebe mit vertraglicher Beteiligung in kantonalen Förderungsprogrammen (Ökologie, Nitrat- und Phosphat-Projekte)	Anzahl	1'396	1'500	1'480	1'510	1'530	1'550
440KL0013	Teilnehmende an Weiterbildungsveranstaltungen in den drei Bereichen der nachhaltigen Landwirtschaft (Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft) gemessen in besuchten Halbtagen	Anzahl	23'016	23'600	23'800	24'400	24'200	24'400
440KL0014	Betriebe (Landwirtschaftsbetriebe und weitere Liegenschaften) mit Hofdüngeranlagen	Anzahl	3'018	3'000	3'000	3'000	3'000	3'000
440KL0017	Zur Beurteilung zugewiesene Baugesuche und Geschäfte der Verwaltungsinternen Konferenz (VIK) sowie Geschäfte gemäss Boden-, Pacht- und Regulierungsrecht	Anzahl	3'337	3'500	3'400	3'400	3'400	3'400
440KL0018	Projekte Moderne Meliorationen (laufende) und weitere Strukturverbesserungsprojekte	Anzahl	23	25	26	27	28	29
	Finanzkennzahlen							
440KF0009	Gesamthaft in die Meliorationsprojekte investierte Kapitalien (Wert der Anlagen)	Mio. Fr.	417	420	424	428	432	436
440KF0012	Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe für Öko-Projekte (Ökologie, Nitrat- und Phosphat-Projekte) (s. Fussnote)	1'000 Fr.	2'416	2'065	2'360	2'260	2'310	2'360
440KF0013	Nettoaufwand für Öko-Projekte (Ökologie, Nitrat- und Phosphat-Projekte)	1'000 Fr.			1'244	1'014	1'041	1'054

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0010: Die Erhebung, Kontrolle und Erfassung der Betriebsstrukturdaten bilden die Grundlagen für die agrarpolitischen Massnahmen, insbesondere für die Direktzahlungen sowie die Beiträge von Bund und Kanton.

KU0009/0010: Im Auftrag des Bundes (Veterinärwesen) müssen seit 2010 zusätzliche Erhebungen bei Tierhaltern mit Pferden, Schafen, Ziegen, Kaninchen, Geflügel, Bienen usw. durchgeführt werden.

KL0013: Der Wandel und die dazu nötigen Anpassungen in der Landwirtschaft sind eine Daueraufgabe. Um den mit der Agrarpolitik 2011 des Bundes ausgelösten Wandel und die steigenden Werte zu bewältigen, steigt die Nachfrage nach Informationen und fachlicher Unterstützung an. Mit Ausbildung, Weiterbildung und Beratung werden die Verantwortlichen darauf vorbereitet und in der Umsetzung unterstützt.

KL0014: Seit 2010 sind die viehlosen Betriebe mit intakten Güllengruben sowie die grundsätzlich kanalisationsanschlusspflichtigen Betriebe nicht mehr enthalten.

KF0012: Ab 2010 reduziert sich einerseits der Einsatz im Phosphat-Projekt Hallwilersee und andererseits werden die Vertragsflächen im Projekt Naturnahe Landwirtschaft massvoll weiter entwickelt. 2011 sind die Bruttobeiträge Bewirtschaftungsverträge Fr. 1'800'000.- und Nitrat- und Phosphatprojekte Fr. 560'000.- geplant.

KF0013: Die neue Kennzahl wird auf Wunsch des Revisionsberichts der Finanzkontrolle ab 2011 geführt. Die Planwerte basieren auf dem Ist-Wert 2009. Der Nettoaufwand berechnet sich wie folgt: Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe (KF0012) plus Aufwand Agrofutura für den externen Dienstleistungsauftrag abzüglich Bundesbeiträge (in der Grössenordnung von durchschnittlich 60 Prozent) sowie Beiträge der Gemeinden (Nitrat- und Phosphatprojekte).

KL0019 AFP 2010-2013 Betriebe mit Abgabe oder Übernahme von Hof- und/oder Recyclingdünger: Die bisherige Kennzahl wurde vom Aufgabenbereich (AB 440) in die Produktegruppe (44030) verschoben. Sie hat im AB 440 keinen direkten Bezug zu einem Zielwert.

KF0010 AFP 2010-2013 Gesamthaft in die Meliorationsprojekte investierte Kapitalien: Die bisherige Kennzahl wurde vom Aufgabenbereich (AB 440) in die Produktegruppe (44040) verschoben. Sie hat im AB 440 keinen direkten Bezug zu einem Zielwert.

KF0011 AFP 2010-2013 Jährlich bewilligte Kredite und Darlehen: Diese Kennzahl wird neu im Ziel 24 als Indikator 4 geführt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
440ES0021	Erarbeitung von Grundlagen zur zukünftigen kantonalen Agrarpolitik	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		6	Botschaft 1. Lesung	2. Q. 2010						
		7	Botschaft 2. Lesung	1. Hälfte 2011						
		8	Verordnungsrecht revidieren	2011						
		9	Volksabstimmung	2011						
		10	Inkraftsetzung revidiertes Landwirtschaftsrecht	2012						
440ES0033	Bekämpfung invasiver Pflanzen (s. Fussnote)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Erarbeitung Konzept zur Bekämpfung im Aargau	2009						
		3	Konkretisierung des Konzepts (Prioritätensetzung und Ressourcenbeschaffung)	2010						
		4	Umsetzung des Konzepts	2011						
		5	Aufbau der Zusammenarbeit mit Fachabteilungen und Gemeinden	2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0021: 2011 wird der Grosse Rat die neue Verfassungs- und Gesetzesvorlage zur kantonalen Landwirtschaftspolitik verabschieden. Nach der Volksabstimmung und der Verabschiedung der Nachfolgeerlasse kann das neue Landwirtschaftsrecht 2012 in Kraft gesetzt werden. Die bis anhin geltenden 22 Verordnungen werden neu in einer allgemeinen Landwirtschaftsverordnung und ein paar spezifischen Verordnungen geregelt.

ES0033: Bei der Bekämpfung der invasiven Pflanzen stehen zurzeit das hochallergene Aufrechte Traubenkraut (Ambrosia artemisiifolia) und das Jakobskreuzkraut (Senecio) sowie die sich entlang von Gewässern oder auf Naturschutz- und Bracheflächen ausbreitenden Arten wie Japanknöterich (Reynoutria) und Goldruten (Solidago) im Vordergrund. Konzept und Massnahmen wurden im Rahmen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe entwickelt. Ab 2011 kann mit der Umsetzung des neuen Konzepts begonnen werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
440ZI0023	Die nachhaltig produzierende Landwirtschaft wird mit zielgerichteten, kompetenten und effizienten Dienstleistungen sowie einem bedürfnisorientierten, attraktiven und aktuellen Weiterbildungsangebot gefördert. (s. Fussnote)	1	Weiterbildungshalbtage in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft	Anzahl	517	485	500	500	500	500
		2	Dienstleistungsaufträge im öffentlichen Interesse	Anzahl	812	800	800	800	790	790
		3	Grad der Kundenzufriedenheit bei Dienstleistungen	%		98	95	95	95	95
		4	Fachartikel / Publikationen in der landw. Fachpresse	Anzahl			130	130	130	130
440ZI0024	Die strukturellen Grundlagen für eine wettbewerbsfähige und nachhaltig produzierende Landwirtschaft werden bereitgestellt.	1	Anteil der laufenden Meliorationsprojekte, deren etappenweise Realisierung mit dem Projekt-Zeitplan übereinstimmt	%	95	95	95	95	95	95
		2	Gemeinden mit Projekten "Periodische Wiederinstandstellung und Werterhaltung landwirtschaftliche Strukturverbesserungen"	Anzahl	11	6	10	9	8	7
		3	Jährlich bewilligte Kredite und Darlehen	Anzahl		165	165	160	160	160
		4	Jährlich bewilligte Kredite und Darlehen	Mio. Fr.			18	18	18	18
440ZI0025	Die Direktzahlungen und Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe werden entsprechend den rechtlichen Vorgaben sowie effizient, frist- und sachgerecht vollzogen.	1	Anteil der bei Jahresende erledigten Abrechnungen für Direktzahlungen	%	98	97	97	97	97	97
		2	Anteil Beschwerden an die LAREKO (Landw. Rekurskommission) bezogen auf die Zahl der beitragsberechtigten Betriebe	%	0.25	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
		3	Flächen ökologisch wertvoller Lebensräume in der Landwirtschaft (Vertragsflächen für den ökologischen Ausgleich mit erhöhter Qualität)	ha	3'648	3'750	3'840	3'900	3'950	4'000
		4	Vertragsflächen in Nitrat- und Phosphatgebieten	ha	1'045	1'050	1'060	1'070	1'080	1'090

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
440ZI0026	Boden- und Pachtrecht (BGBB und LPG), Teile des Landwirtschaftsrechts (LWG) sowie Vorgaben aus den Vollzugsbereichen Raumplanung, Umwelt- und Gewässerschutz werden entsprechend den rechtlichen Grundlagen effizient, frist- und sachgerecht vollzogen bzw. umgesetzt.	1	Anteil der fristgerecht erledigten Gesuche	%	72	85	80	80	80	80
		2	Anteil Beschwerden seitens der Gesuchsteller gemessen an der Anzahl der Verfügungen in den Vollzugsbereichen BGBB/LPG/LwG	%	0.1	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
		3	Anteil Landwirtschaftsbetriebe mit Bestätigung 'baulicher Gewässerschutz ist erfüllt'	%	71	70	74	76	78	80

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die Ziele und Zielwerte sind auf die Agrarpolitik 2011 des Bundes sowie auf das im Entwurf vorliegende neue Landwirtschaftsrecht ausgerichtet.

ZI0023 I3 und I4: Diese beiden Indikatoren wurden bisher ausschliesslich in der PG 44010 im ZI0004 geführt.

ZI0024: Im Jahre 2011 ist der Start von PWI-Projekten in Buttwil, Densbüren, Effingen, Koblenz, Lengnau, Obermumpf, Schneisingen, Sins, Unterbözberg und Zeihen geplant. Der Startzeitpunkt vieler Projekte ist bei der Planung 2010 noch unklar.

ZI0026 I1: Mit zunehmender Siedlungsdichte sind vermehrt Gesuche zu beurteilen, welche aufwändige Abklärungen wegen Interessenkonflikten bezüglich Geruchsimmissionen, Natur- und Landschaftsschutz, Freizeitaktivitäten usw. auslösen.

ZI0026 I3: Laufend müssen Anlagen nach Ablauf der periodischen Kontrollfrist wieder in die Kontroll-Liste aufgenommen und neu beurteilt werden. Je nach Anlage (Art, Umfang, Zustand) werden unterschiedliche Kontrollperioden festgelegt.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Grossteil der Vollzugsaufgaben ist im Bundesgesetz über die Landwirtschaft, im kantonalen Landwirtschaftsgesetz, im Bodenrecht sowie im Pachtrecht festgelegt. Daneben sind die der Landwirtschaft zugewiesenen Vollzugsaufgaben aus den Bereichen Raumplanung und Bauten sowie Gewässer-, Tier- und Umweltschutz im Bundesrecht (Raumplanungsgesetz, Gewässerschutzgesetz, Umweltschutzgesetz) geregelt und durch kantonale Rechtsgrundlagen (Baugesetz, EG Gewässerschutzgesetz, EG Umweltrecht usw.) detailliert festgehalten.

Die Leistungsziele des Aufgabenbereichs können durch die Veränderung des Ressourceneinsatzes direkt beeinflusst werden. Mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen können die gesetzten Ziele und Vorgaben erreicht werden.

Steuerbarkeit des Ziels 25: Indikatoren 1 und 2: Die Erfüllung der Qualitäts- und Leistungsziele beim Vollzug der Direktzahlungen kann über die personellen Ressourcen gesteuert werden. Mit den bestehenden finanziellen Ressourcen werden die gesetzten Ziele und Vorgaben erreicht.

Indikator 3: Eine Änderung des Indikators um rund 100 Hektare verursacht beispielsweise eine Erhöhung/Reduktion des Globalbudgets von brutto Fr. 150'000.- bzw. nach Abzug der Bundes- und Gemeindebeiträge netto Fr. 50'000.-.

Indikator 4: Eine Änderung des Indikators um 10 Hektare Vertragsfläche führt zu einer Erhöhung/Reduktion des Globalbudgets um etwa Fr. 1'500.- netto, bedingt aber eine vertraglich festzulegende höhere bzw. niedrigere Einbindung von Bund und Gemeinden im Umfang von rund Fr. 5'000.-.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-159'351**	**-152'840**	**-156'907**	**2.7**	**-156'242**	**-156'280**	**-157'284**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**147'269**	**140'668**	**144'823**	**3.0**	**144'828**	**144'878**	**144'788**
Saldo Aufgabenbereich	**-12'082**	**-12'172**	**-12'084**	**-0.7**	**-11'414**	**-11'402**	**-12'496**
Total Aufwand Globalbudget	-15'583	-14'549	-14'270	-1.9	-13'631	-13'669	-14'673
Total Ertrag Globalbudget	3'429	2'641	2'435	-7.8	2'447	2'497	2'407
Saldo Globalbudget	-12'154	-11'908	-11'835	-0.6	-11'184	-11'172	-12'266
Total Aufwand Kleinkredite	-587	-641	-617	-3.8	-602	-602	-602
Total Ertrag Kleinkredite	660	377	368	-2.5	371	371	371
Saldo Kleinkredite	73	-264	-249	-5.5	-231	-231	-231
Total Aufwand LUAE	-143'180	-137'650	-142'020	3.2	-142'010	-142'010	-142'010
Total Ertrag LUAE	143'180	137'650	142'020	3.2	142'010	142'010	142'010
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Moderne Meliorationen	-1'296	-1'200	-800	-33.3	-700	-700	-700
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Moderne Meliorationen	1'296	1'200	800	-33.3	700	700	700
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Moderne Meliorationen	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge PWI-Projekte	-668	-900	-700	-22.2	-800	-800	-800
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge PWI-Projekte	668	900	700	-22.2	800	800	800
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge PWI-Projekte	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge weitere Meliorationsprojekte	-448	-500	-500	0.0	-500	-500	-500
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge weitere Meliorationsprojekte	448	500	500	0.0	500	500	500
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge weitere Meliorationsprojekte	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Landwirtschafts-Betriebe	-135'780	-130'000	-135'000	3.8	-135'000	-135'000	-135'000
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Landwirtschafts-Betriebe	135'780	130'000	135'000	3.8	135'000	135'000	135'000
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Landwirtschafts-Betriebe	0	0	0		0	0	0
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Ackerbau	-4'975	-5'000	-5'000	0.0	-5'000	-5'000	-5'000
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Ackerbau	4'975	5'000	5'000	0.0	5'000	5'000	5'000
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Ackerbau	0	0	0		0	0	0
Total Aufwand LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Umst.-Beiträge Rebbau	-12	-50	-20	-60.0	-10	-10	-10
Total Ertrag LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Umst.-Beiträge Rebbau	12	50	20	-60.0	10	10	10
Saldo LUAE durchlaufende Bundesbeiträge Umst.-Beiträge Rebbau	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Auf Basis einer strategischen Neuorientierung sind die kantonalen Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe für Bewirtschaftungsverträge und andere ökologische Massnahmen auf das Niveau von 2009 reduziert worden. Entsprechend reduzieren sich auch die Bundesbeiträge. **LUAE** Die durchlaufenden Bundesbeiträge für Direktzahlungen und die Beiträge für den Ackerbau bleiben auf dem Niveau von 2009. Für die Budgetierung 2010 waren die Bundesbeschlüsse für Massnahmen in diesem Bereich noch nicht bekannt.
Veränderungen in den Planjahren **Globalbudget** In den Jahren 2012 und 2013 werden im Bereich Strukturverbesserungen weniger Projekte realisiert.

FUSSNOTEN	
KF0012	Die Öko-Projekte umfassen einerseits die Bewirtschaftungsverträge Naturnahe Landwirtschaft ausserhalb von kantonalen Beitrags- und Aufwertungsgebieten sowie anderseits diverse Nitrat- und Phosphat-Projekte. An den Kosten beteiligt sich der Bund auf der Basis des Landwirtschaftsgesetzes (Öko-Qualitätsverordnung), des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) sowie des Gewässerschutzgesetzes (Art. 62a) in der Grössenordnung von durchschnittlich 60 Prozent.
KU0009	Daten aus der jährlichen Erhebung der Betriebsstrukturdaten aller Aargauer Betriebe; sie entsprechen nicht der Arealstatistik.
ES0033	Invasive Pflanzen sind gebietsfremde Pflanzen (Neophyten) mit hohen Vermehrungs- bzw. Ausbreitungspotenzial, welche bei übermässigem Aufkommen die einheimische Flora und Fauna oder die Gesundheit von Menschen und Tieren bedrohen können.
ZI0023	I2: Bei der Anzahl entspricht 1 Einheit dem Aufwand von mindestens drei Arbeitsstunden.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollzug von Bundesgesetzen sowie des kantonalen Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) zur Unterstützung von Hilfesuchenden, die für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen können; Durchsetzen von Rückerstattungsansprüchen des Kantons; Vollzug des Bundesgesetzes für Opferhilfe zur Unterstützung von Personen, die Opfer einer Straftat wurden; Vollzug des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Männern und Frauen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**510**	**Soziale Sicherheit**
Produktegruppen	51010	Sozialhilfe Gemeinden
	51020	Sozialhilfe Kanton
	51030	Soziale Prävention
	51040	Opferhilfe

UMFELDENTWICKLUNG

Kommunale und regionale Sozialdienste (Gemeinden und Regionen) sind für den Vollzug des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes verantwortlich. Dabei werden sie vom Kantonalen Sozialdienst beraten und unterstützt. Durch Schulungen und Projektarbeit werden die verantwortlichen Personen im Sozial- und Präventionsbereich weitergebildet. Der Kantonale Sozialdienst regelt den inner- und interkantonalen sowie den internationalen Lastenausgleich. Die ZUG-Fälle (gemäss Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger) werden interkantonal bearbeitet. Die Sozialdienste der Gemeinden werden stichprobenartig einer Überprüfung unterzogen, um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben in der Fallführung eingehalten werden. Bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Gemeinden ist der Kantonale Sozialdienst Entscheidungsinstanz.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung bereits seit 2010 wird davon ausgegangen, dass die Prognosen der Anzahl der Sozialhilfeempfangenden aus dem AFP 2010-2013 weiterhin Gültigkeit haben. Dies haben bereits die Jahre 2001-2004 gezeigt, wo ähnliche Umstände vorhanden waren. Obwohl mit rückläufigen Arbeitslosenzahlen gerechnet wird, findet aufgrund der Langzeitarbeitslosigkeit ein Wechsel in die Sozialhilfe statt. Zusätzlichen Einfluss auf die Sozialhilfe haben das neue Regime der V. Invalidenversicherungs-Revision (es finden weniger Transfers von Arbeitslosen in die IV statt und belasten zusätzlich die Sozialhilfe) sowie zunehmende Schwierigkeiten der Wiedereingliederung von Sozialhilfebeziehenden in den ersten Arbeitsmarkt. Zu den Hauptrisikoträgern gehören insbesondere Alleinerziehende, Alleinstehende und "Woorking poor" sowie Personen, die infolge der Bilateralen Verträge in der Schweiz einen Aufenthaltsstatus erhalten haben. Trotz Beseitigung des Inländernachteiles für Personen mit Flüchtlingseigenschaften finden diese nur begrenzten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und verbleiben somit in der Sozialhilfe.

So wie die Zahl der asylsuchenden Personen wird auch die Zahl der Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungs- oder Nichteintretensentscheid steigen. Diese Personengruppe hat zeitlich unbegrenzten Anspruch auf Nothilfe und dies führt zusätzlich zu höheren Ausgaben in der Sozialhilfe. Eine zunehmende Zahl von Statusumwandlungen von Ausländern (F zu B, C) und Härtefällen (Statuslose, N und F zu B) führt zu steigenden Fürsorgekosten und allfälligen Verlagerungen der Kosten vom Bund auf den Kanton und die Gemeinden.

Sowohl der restriktivere Zugang zu anderen Leistungen der Sozialversicherungen, (Invaliden- und Arbeitslosenversicherung) als auch Gerichtsentscheide werden zusätzliche Sozialhilfekosten verursachen.

Die Gemeinden sind gemäss Sozialhilfe- und Präventionsgesetz verpflichtet, die Voraussetzungen für Verwandtenunterstützung und Rückerstattung zu prüfen. Auf Begehren mehrerer Gemeinden sollten diese Aufgaben durch den kantonalen Sozialdienst übernommen werden. Dies bedarf jedoch einer Änderung des SPG (siehe auch ES 0006). Das Ausmass und die Art der Auslagerung durch die Gemeinden bedingt alsdann entsprechende Ressourcenanpassungen beim Kantonalen Sozialdienst.

Die Anstossfinanzierung des Bundes für Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung (incl. vorschulpflichtige Kinder) hat zu einer Zunahme der subventionsberechtigten Institutionen im Kanton Aargau geführt. Die Anstossfinanzierung des Bundes an die einzelnen Institutionen soll neu nur noch für zwei anstatt für drei Jahre gewährt werden. Nach dieser Zeit werden die Kosten gestützt auf das Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) anteilmässig durch den Kanton getragen, soweit diese beantragt sind. Trotz der Verlängerung der Anstossfinanzierung des Bundes bis zum 31. Januar 2015 sind höhere Kantonsbeiträge zu erwarten. Voraussichtliche Änderung der gesetzlichen Grundlagen zur Erhöhung von Kinderbetreuungsplätzen werden einen erhöhten Finanzbedarf auslösen.

Die Revision des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Das Gesetz sieht unter anderem auch einen Kostenausgleich zwischen den Kantonen vor, wenn ein Kanton Opferhilfeleistungen zu Gunsten von Personen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton erbringt. Aufgrund von Erfahrungswerten ist davon auszugehen, dass der Kanton Ausgleichszahlungen zu leisten hat.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
510KU0008	Arbeitslose	Anzahl	10'374	15'000	10'113	9'500	9'500	9'500
510KU0009	Arbeitslosenquote im Kanton Aargau (s. Fussnote)	%	3.4	4.9	3.3	3.1	3.1	3.1
510KU0010	Scheidungen	Anzahl	1'415	1'550	1'450	1'450	1'500	1'500
510KU0012	Fälle von Sozialhilfebeziehenden nach SPG (inkl. Alimentenbevorschussung und Elternschaftsbeihilfe, ohne Doppelerfassungen) gemäss Kostenteiler Kanton/Gemeinden (s. Fussnote)	Anzahl	10'778	11'600	12'600	12'600	12'600	12'600
510KU0016	Quote der Sozialhilfebeziehenden im Kanton Aargau	%	1.9	2.2	2.3	2.3	2.3	2.3
510KU0017	Quote der Sozialhilfebeziehenden Schweizer im Kanton Aargau	%	2.5	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5
510KU0018	Quote der Sozialhilfebeziehenden Ausländer im Kanton Aargau	%	4.1	4.6	4.7	4.7	4.7	4.7
510KU0026	Anteil der Ausländer an der Sozialhilfe	%	45.8	48	48	48	48	48
	Leistungskennzahlen							
510KL0008	Fälle ZUG-Verkehr (Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger von 1977)	Anzahl	1'153	1'300	1'400	1'400	1'350	1'350
510KL0010	Eingehende Gesuche Opferhilfe (s. Fussnote)	Anzahl	472	500	500	500	500	500
510KL0011	Regressfälle Opferhilfe in Bearbeitung	Anzahl	86	100	100	100	100	100
	Finanzkennzahlen							
510KF0001	Aufwand des Kantons für Sozialhilfe (materielle Hilfe inkl. ZUG)	Mio. Fr.	-37.1	-42.6	-45.6	-45.8	-45.8	-45.8
510KF0002	Rückerstattungen Sozialhilfe	Mio. Fr.	14.5	8.7	9.7	9.7	9.7	9.7
510KF0003	Aufwand für soziale Institutionen mit Leistungsverträgen (z. B. Dargebotene Hand, Frauenzentrale, Familienergänzende Kinderbetreuung)	Mio. Fr.	-1.75	-1.7	-1.75	-4.97	-6.97	-8.97

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0010: Die Werte ab 2011 wurden auf der Basis des Ist-Wertes 2009 angepasst. Tendenz im Vergleich zum AFP 2010-2013 rückläufig.

KU0012: Trotz der wirtschaftlichen Erholung bereits seit 2010 wird aufgrund der Erfahrung der Jahre 2001-2004 davon ausgegangen, dass die Prognosen aus dem AFP 2010-2013 weiterhin Gültigkeit haben. Obwohl die Arbeitslosenzahlen rückläufig sein werden, wird aufgrund der Langzeitarbeitslosigkeit ein Wechsel in die Sozialhilfe stattfinden. Durch das neue Regime der V. Invalidenversicherungs-Revision finden weniger Transfers von Arbeitslosen in die IV statt und belasten zusätzlich die Sozialhilfe.

KU0017, KU0018 und KU0026: Datenquelle für die Werte ist die Sozialhilfestatistik (SOSTAT) 2008 des Bundesamtes für Statistik (BFS). Eine Prognose der Kennzahlen auf die Zukunft ist schwierig.

KU0019-KU0032: Da die Istwerte dieser Kennzahlen jeweils um zwei Jahre zurückliegen und eine Prognose in die Zukunft nicht möglich ist, wurden sie aus dem Aufgabenbereich gelöscht und werden auf der PG-Ebene weitergeführt.

KL0008: Die Annahmen im AFP 2010-2013 haben weiterhin Gültigkeit (Auswirkung Wirtschaftskrise auf die Sozialhilfe mit einer Zeitverzögerung von 2 Jahren).

KF0001: Die Annahmen im AFP 2010-2013 haben weiterhin Gültigkeit (Auswirkung Wirtschaftskrise auf die Sozialhilfe mit einer Zeitverzögerung von 2 Jahren).

KF0003: Die Prognosen für den Aufwand an Soziale Institutionen mit Leistungsvereinbarungen wurde aufgrund Umsetzung des § 54 SPG (Kanton und Gemeinden können durch die Gewährung von Beiträgen oder Leistungsvereinbarungen private Institutionen fördern und unterstützen) nach oben korrigiert. Voraussetzung für diese Annahmen ist eine weiterhin andauernde negative Wirtschaftsentwicklung.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
510ES0005	Wiedereingliederung von erwachsenen Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess zur Integration sozial schwacher Schichten (s. Fussnote)	1	Nettoaufwand Globalkredit		100	100	100			300
		4	Einführung IIZ-MAMAC als Verbundaufgabe zwischen AWA, IV, und DGS-KSD gestützt auf die Rechtsgrundlagen SECO, IVG und Empfehlungen der SODK.	2012						
510ES0006	Änderung des §42 SPG bezüglich Vollzug von "Verwandtenunterstützung" und "Rückerstattung" im Leistungsverhältnis.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		3	Verabschiedung des Normkonzeptes durch den Regierungsrat	2009						
		4	Verabschiedung der Rechtsgrundlage durch den Grossen Rat	2010						
		5	Inkraftsetzung des revidierten Gesetzes	01.07.2011						
510ES0007	Einarbeitungszuschüsse in der Sozialhilfe.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		4	Verabschiedung des Normkonzeptes durch den Regierungsrat	2009						
		5	Verabschiedung der Rechtsgrundlage durch den Grossen Rat	2010						
		6	Inkraftsetzung des revidierten Gesetzes	2011						
510ES0011	Sozialpolitische Gesamtplanung	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit in Vorbereitung)			200	300	300		800
		2	Darstellung sozialpolitischer Elemente	2008						
		3	Entwicklung und Ausarbeitung von Leitsätzen, Berichterstattung, strategischen Schlussfolgerungen	2010						
		4	Detailplanung für weiteres Vorgehen, Weiterentwicklung	2010						
		5	Verabschiedung der Sozialpolitischen Gesamtplanung durch den Regierungsrat	2011						
		6	Verabschiedung der Sozialpolitischen Gesamtplanung durch den Grossen Rat	2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0005: Ziel des Entwicklungsschwerpunktes (ES) ist die Wiedereingliederung von erwachsenen erwerbslosen Personen mit Mehrfachproblematik in den ersten Arbeitsmarkt durch die Inter-Institutionelle-Zusammenarbeit / Medizinisch Arbeits-Marktliches Assessment und Casemanagement (IIZ-MAMAC). Die Massnahmen sind abgestützt auf die Rechtsgrundlagen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) und Weisungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

ES0005 M1: Der Aufwand für die Massnahme 4 beträgt pro Jahr bis 2011 Fr. 0,1 Mio und wird als Kleinkredit geführt. Ab 2012 wird der Aufwand im Globalbudget weitergeführt.

ES0006: Ziel des ES ist es, den Gemeinden eine Fachstelle zur Verfügung zu stellen, um das Potenzial der Verwandtenunterstützung- und Rückerstattungsleistungen der Sozialhilfe besser auszuschöpfen. Zudem soll die Fachstelle die einzelnen Gemeinden bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unterstützen sowie eine gleiche Anwendung des Rechts gewährleisten. Die dadurch notwendige Gesetzesrevision wurde im Herbst 2009 in Gang gesetzt, das Inkrafttreten ist auf 1. Juli 2011 geplant.

ES0007: Ziel des ES ist es, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen für Instrumente der Wiedereingliederung in Form von Zuschüssen für den betrieblichen Aufwand der Arbeitsmarkttauglichkeit. Im Jahr 2009 wurden die für das Normkonzept notwendigen Daten aus dem Projekt erhoben und ausgewertet. Gestützt darauf wird die gesetzliche Grundlage erarbeitet. Die dadurch notwendige Gesetzesrevision wurde im Herbst 2009 in Gang gesetzt, das Inkrafttreten ist auf 1. Juli 2011 geplant.

ES0007 M1: Der Aufwand des Gesamtprojektes in Höhe von Fr. 2,5 Mio Franken wird über den Swisslosfonds finanziert.

ES0011: Ziel des ES ist, für den Kanton Aargau eine Planung zu erstellen, in der die Stossrichtungen der aargauischen Sozialpolitik festgelegt werden. Mit der Festlegung der dazugehörigen Massnahmen soll Sozialpolitik nachhaltig durchgesetzt werden. Die zur Sozialpolitischen Gesamtplanung gehörenden Arbeiten werden - wie im Budget 2010 vorgesehen weitergeführt.

ES0016+0017: Mit der Überführung der "Familien- und Gleichstellungspolitik" in die PG 500.10 Zentrale Dienstleistungen werden diese ES dort weitergeführt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
510ZI0005	Ein effizienter und fristgerechter Vollzug für ZUG, Staatsverträge und Flottante wird sichergestellt.	2	Quote der innert 30 Tagen nach Eingang geprüften und zur Zahlung angewiesenen Quartalabrechnungen für Aargauer Bürger ausser Kanton	%	100	100	97	97	97	97
510ZI0014	Der Lastenausgleich unter den Gemeinden zur Vermeidung von Nachteilen der Einwohner (z.B. Steuererhöhungen) wird sichergestellt.	1	Quote des Kantonsbeitrags am Sozialhilfeaufwand der Gemeinden (gemäss Kostenteiler § 47 ff SPG)	%	28	28	28	28	28	28
510ZI0019	Mitarbeitenden von Sozialdiensten und Sozialbehörden werden Weiter-bildungskurse zur Professionalisierung im Fachbereich angeboten.	1	Angebotene Kurse für Sozialbehörden und Sozialdienste	Anzahl	6	8	5	5	5	8
		2	Anzahl von Kursteilnehmern aus Sozialbehörden und Sozialdiensten	Anzahl	117	160	90	90	90	160

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0005: Dieses Ziel bildet eine wichtige Aufgabe hinsichtlich des Zahlungsverkehrs mit anderen Kantonen im Aufgabenbereich ab. Ziel ist es, die gesetzlichen Vorgaben der Zahlungsfristen einzuhalten.

ZI0005 I1+3: Die Indikatoren "Quote der innert 30 Tagen bearbeiteten ZUG-Meldungen Aargauer Bürger ausser Kanton" und "Quote der innert 10 Tagen nach Einreichen durch AG-GDE geprüfte und an Heimatkanton weitergeleitet ZUG-Meldungen" wurden gelöscht, da nicht controllbar. Die Istwerte der Vergangenheit beruhten auf Schätzungen.

ZI0014: Mit diesem Ziel steuert der Grosse Rat eine angemessene Beteiligung des Kantons an den Sozialhilfekosten der Gemeinden. Hierdurch sollen die kaum steuerbaren Aufwendungen nach dem Sozialhilfe- und Präventionsgesetz in den Gemeinden finanziell abgefedert werden. Mit der Veränderung des Indikators, welcher im §47 SPG definiert ist, kann der finanzielle Aufwand des Kantons vom Grossen Rat direkt beeinflusst werden.

ZI0019: Mit diesem Ziel wird eine Basisaufgabe im Aufgabenbereich aufgezeigt, nämlich die Sicherstellung des Auftrages gemäss §42 SPG; Weiterbildung der in der Sozialhilfe tätigen Personen sowie Mitglieder der Sozialbehörden. Im Abstand von 4 Jahren, jeweils nach den Kommunalwahlen, ist ein höherer Bedarf an Weiterbildungen vorhanden (2010, 2014, ...).

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich ist durch das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) sowie das kantonale Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) geprägt. Der Hauptaufwand besteht mit etwa 85 % aus der Sozialhilfe sowie Nothilfe an ausreisepflichtige Personen. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich über die Änderung des SPG und hier über die Anpassung des kantonalen Lastenausgleichs (§47 ff SPG) (ZI0014). Eine Veränderung von einem Prozent des Kantonsbeitrages (ZI0014) bewirkt etwa Fr. 1 Mio. Mehr- oder Minderaufwand.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in %	Planjahre		
	2009	2010	2011	zu Vorjahr	2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-46'966**	**-54'476**	**-56'665**	**4.0**	**-59'936**	**-61'604**	**-63'642**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**18'794**	**10'606**	**12'729**	**20.0**	**12'729**	**12'729**	**12'729**
Saldo Aufgabenbereich	**-28'172**	**-43'871**	**-43'936**	**0.2**	**-47'207**	**-48'875**	**-50'913**
Total Aufwand Globalbudget	-37'093	-42'406	-44'395	4.7	-48'006	-49'974	-51'992
Total Ertrag Globalbudget	14'734	6'506	8'629	32.6	8'629	8'629	8'629
Saldo Globalbudget	-22'359	-35'901	-35'766	-0.4	-39'377	-41'345	-43'363
Total Aufwand Kleinkredite	-483	-870	-870	0.0	-330	-30	-50
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-483	-870	-870	0.0	-330	-30	-50
Total Aufwand LUAE	-9'390	-11'200	-11'400	1.8	-11'600	-11'600	-11'600
Total Ertrag LUAE	4'060	4'100	4'100	0.0	4'100	4'100	4'100
Saldo LUAE	-5'330	-7'100	-7'300	2.8	-7'500	-7'500	-7'500

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in %	Planjahre		
	2009	2010	2011	zu Vorjahr	2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten	-1'102	-1'600	-1'600	0.0	-1'600	-1'600	-1'600
Total Ertrag LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten							
Saldo LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten	-1'102	-1'600	-1'600	0.0	-1'600	-1'600	-1'600
Total Aufwand LUAE SozHilfe Aargauer Bürger ausser Kanton	-4'556	-5'900	-6'100	3.4	-6'300	-6'300	-6'300
Total Ertrag LUAE SozHilfe Aargauer Bürger ausser Kanton							
Saldo LUAE SozHilfe Aargauer Bürger ausser Kanton	-4'556	-5'900	-6'100	3.4	-6'300	-6'300	-6'300
Total Aufwand LUAE SozHilfe übrige Schweizer Bürger	-3'732	-3'700	-3'700	0.0	-3'700	-3'700	-3'700
Total Ertrag LUAE SozHilfe übrige Schweizer Bürger							
Saldo LUAE SozHilfe übrige Schweizer Bürger	-3'732	-3'700	-3'700	0.0	-3'700	-3'700	-3'700
Total Aufwand LUAE Rückerstattung SozHilfe Aargauer Bürger							
Total Ertrag LUAE Rückerstattung SozHilfe Aargauer Bürger	108	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE Rückerstattung SozHilfe Aargauer Bürger	108	100	100	0.0	100	100	100
Total Aufwand LUAE Rückerst SozHilfe übr Schweizer Bürger							
Total Ertrag LUAE Rückerst SozHilfe übr Schweizer Bürger	3'951	4'000	4'000	0.0	4'000	4'000	4'000
Saldo LUAE Rückerst SozHilfe übr Schweizer Bürger	3'951	4'000	4'000	0.0	4'000	4'000	4'000

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Ursachen für die Aufsteigerung in Höhe von Fr. 2 Mio sind erwarteter Mehraufwand für Sozialhilfe aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftkrise (Fr. 2.3 Mio), Mehrausgaben für B-Flüchtlinge (Fr. 0.7 Mio), Zunahme von anspruchsberechtigten Institutionen für familienergänzende Kinderbetreuung (Fr. 0.3 Mio), Minderaufwände für Ausreisepflichtige (interne Verrechnung) wegen weniger Übernachtungen von Ausreisepflichtigen (Fr. 1 Mio) und Überführung der Familien und Gleichstellung in das GES (Fr. 0.3 Mio). Ursachen für die Ertragssteigerung in Höhe von Fr. 2.1 Mio sind höhere Einnahmen aus der Pauschale des Bundes für B-Flüchtlinge (Fr. 0.5 Mio), aus der Prämienverbilligung (Fr. 0.5 Mio), höhere Einnahmen aus der Bundespauschale für ausreisepflichtige Personen aufgrund höherer Fallzahlen (Fr. 1 Mio) und wegen Verrechnung aus Massnahmen gegen häusliche Gewalt (Fr. 0.1 Mio). **Kleinkredite** Minderaufwand durch Verschiebung von Projekten der "Familienpolitik und Gleichstellung" in den AB 100 (Fr. 0.1 Mio) und durch Abschluss des Pilotprojektes "Mehrfamilientherapie" (Fr. 0.1 Mio). **LUAE** Mehraufwand für Sozialhilfe aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise (Fr. 0.2 Mio).
Veränderungen in den Planjahren **Globalbudget** Mehraufwand durch Übernahme der Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung. **Kleinkredite** Minderaufwände wegen Abschluss von Projekten. **LUAE** Mehraufwand für Sozialhilfe aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

FUSSNOTEN	
KU0009	Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die Erwerbspersonen (306'460) gemäss Eidg. Volkszählung 2000.
KU0012	KU0012-0015: Die Werte sind die Anzahl der Fälle (ein Fall kann aus mehreren Personen bestehen). Datenquelle sind die Abrechnungen der Gemeinden aus dem "Kostenteiler Kanton/Gemeinden". Die Anzahl der Personen ist nicht auswertbar.
KL0010	Vollzug des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) (LUAE).
ES0005	IIZ-MAMAC: Interinstitutionelle Zusammenarbeit Medizinisch-Arbeitsmarktliche Massnahmen- und Casemanagements

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gewährleisten der Sozialhilfe für Asylsuchende (Obdach, Ernährung, Kleidung und medizinische Grundversorgung); Gewährleisten der Nothilfe für illegale Personen (Personen mit Nicht-Eintretensentscheid und rechtsgültig Abgewiesene).

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**515**	**Betreuung Asylsuchende**
Produktegruppen	51510	Betreuung kantonale Unterkünfte
	51520	Betreuung Gemeinden
	51530	Dienstleistungen

UMFELDENTWICKLUNG

Gestützt auf Bundes- und kantonale Gesetzgebung wird gewährleistet, dass Personen des Asylrechts (Asylsuchende, Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene, Nichteintretensentscheide, Weggewiesene) die erforderliche Unterbringung, Betreuung und Fürsorge sowie für Personen ohne rechtsgültigen Status die erforderliche Nothilfe erhalten. Zur Förderung der Integration der Eigenständigkeit längerfristiger Anwesender werden Deutschkurse und Beschäftigungsprogramme angeboten. Die gesundheitliche Grundversorgung sowie die Bewirtschaftung der Globalpauschale des Bundes sind sicher zu stellen. Die Verantwortung des kantonalen Sozialdienstes liegt ausschliesslich in der Unterbringung und Betreuung der Personen des Asylrechts. Für Statiwechsel, freiwillige Rückkehr sowie die Rückschaffung sind der Bund und/oder das Migrationsamt zuständig.

Die Zuweisungen der Asylsuchenden durch den Bund werden primär durch Ereignisse im Ausland beeinflusst. Die im AFP 2010-2013 angenommenen Zuweisungen sind aufgrund der Entwicklung 2008/2009 nach oben zu korrigieren.

Dementsprechend bleiben der Bestand und die Aufwendungen für Unterbringung, Betreuung, Unterstützung und medizinische Grundversorgung hoch. Durch die ergangene Asylgesetzrevision haben sich die Verhältnisse zwischen Anerkennungsquote und Wegweisungsquote massgeblich verändert. So wie die Zahl der asylsuchenden Personen wird auch die Zahl der Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungs- oder Nichteintretensentscheid steigen. Diese Personengruppe hat zeitlich unbegrenzten Anspruch auf Nothilfe und dies führt zusätzlich zu höheren Ausgaben in der Sozialhilfe.

Nothilfe kann zudem zeitlich unbeschränkt und ohne Gegenleistung in Anspruch genommen werden. Personen mit Nichteintretensentscheid oder Weggewiesene werden in kantonalen Strukturen untergebracht. Durch Leitentscheide des Bundesgerichtes ist die Anerkennungsquote bei Personen aus Eritrea sehr hoch. Andere Ethnien vom afrikanischen Kontinent können mit einer Duldung rechnen. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit bei der Bevölkerung und den Personen in Unterbringungsstrukturen ist die Führung eines effizienten und wahrnehmbaren Sicherheits- und Nachtdienstes mit externen Strukturen zwingend erforderlich. Aufgrund der erneuten Asylgesetzrevision und der besseren Durchsetzung von Schengen/Dublin ist mittelfristig ein leichter Rückgang von Asylsuchenden denkbar.

Durch den Zugang von Asylsuchenden aus Sprachregionen ausserhalb des lateinischen Alphabetes ist die Nachfrage nach Alphabetisierungs- und Deutschkursen hoch. Deshalb wurde das Angebot an Alphabetisierungs- und Deutschkursen erhöht. Beschäftigungsprogramme mit einem gemeinnützigen Charakter für Asylsuchende werden unter der Anwendung der gesetzlichen Vorgaben auch weiterhin durchgeführt.

Die Einführung der Ersatzabgabe für Gemeinden, die die Aufnahmequote nicht erfüllen, führt in einzelnen Gemeinden zu einer höheren Bereitschaft, Plätze zur Verfügung zu stellen. Der kantonale Sozialdienst bietet den Gemeinden im Rahmen einer Leistungsvereinbarung weiterhin die Betreuung an.

Personen mit Nichteintretensentscheid und Weggewiesene werden in kantonalen Strukturen untergebracht. Zeitverzögerungen bei Umplatzierungen ergeben sich in der Hauptsache durch die Einwände Dritter und bei Statusänderungen.

Die Anzahl Personen mit Status F, welche sich seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz aufhalten (F7+) wird sich infolge der vermehrten Erteilung von Härtefall-B nach unten korrigieren. Die Personen mit Status F7+ fallen nicht unter die Globalpauschale des Bundes. Der Kanton hat diese somit über die kantonale Sozialhilfe vollumfänglich ohne Kostenersatz zu finanzieren.

Nach Rechtsprechung im Kanton Aargau können Personen mit Status N nicht zur Stellensuche verpflichtet werden. Ebenfalls dürfen Unterhalt und Verwandtenunterstützung gemäss kantonaler Rechtsprechung bei Personen im Asylverfahren nicht abgeklärt und geltend gemacht werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
515KU0006	Dem kantonalen Sozialdienst zugewiesene Asylsuchende, die als Unterstützungsfall geführt werden	Anzahl	1'001	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
515KU0005	Im Kanton untergebrachte Asylsuchende mit Status N (im Verfahren) und Status F (mit vorläufiger Aufnahme) (Jahresdurchschnitt inkl. Gemeinden)	Anzahl	2'375	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
515KU0007	Im Kanton unterstützte Nothilfebeziehende (Notschlafplätze)	Anzahl	333	350	350	350	350	350
515KU0008	Im Kanton sich aufhaltende Personen mit Status F länger als 7 Jahre	Anzahl	474	750	600	600	600	600
	Leistungskennzahlen							
515KL0007	Betriebene Unterkünfte des Kantons (inkl. NEE-Unterkünfte)	Anzahl	53	45	50	50	50	50
515KL0013	Betriebene Unterkünfte des Kantons für Nothilfebeziehende (NEE und Abgewiesene)	Anzahl	4	5	5	5	5	5
515KL0009	Übernachtungen in Kantonsunterkünften	Anzahl	346'157	330'000	350'000	350'000	350'000	350'000
515KL0011	Übernachtungen in Notschlafstellen (kantonale Unterkünfte)	Anzahl	74'279	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
515KL0003	Betreute Gemeinden	Anzahl	40	50	50	50	50	50
515KL0010	Übernachtungen in Gemeindeunterkünften	Anzahl	323'620	360'000	330'000	330'000	330'000	330'000
515KL0012	Teilnehmende an Kursen und Beschäftigungsprogrammen	Anzahl	724	25	830	830	830	830
515KL0005	Teilnehmende an Deutsch- und Alphabethisierungskursen	Anzahl	304	320	480	480	480	480
	Finanzkennzahlen							
515KF0003	Aufwand für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden (vorwiegend Krankenkassenprämien)	Mio. Fr.	-9.8	-11	-11	-11	-11	-11
515KF0004	Aufwand für Weiterbildungsveranstaltungen für Asylsuchende	Mio. Fr.	-0.64	-0.2	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
515KF0006	Vergütung durch den Bund (Globalpauschale ab 2008)	Mio. Fr.	23	17	23	23	23	23

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0005, 0006, 0007, 0008: Die Werte wurden aufgrund des Jahresberichts 2009 und der mittelfristigen Prognose des Bundes angepasst. Die Anzahl der zugewiesenen Personen nach Asylrecht wird durch den Bund bestimmt. Der Kanton Aargau muss 7,7% der in die Schweiz eingereisten Personen, die ein Asylgesuch stellen, aufnehmen.

KL0007: Der Wert wurde aufgrund der zu erwartenden Entwicklung nach oben angepasst.

KL0009: Die Werte wurden aufgrund des Jahresberichts 2009 und der mittelfristigen Prognose des Bundes nach oben angepasst.

KL0003: Der kantonale Sozialdienst bietet den Gemeinden im Rahmen einer Leistungsvereinbarung weiterhin die Betreuung an.

KL0010: Die Werte wurden aufgrund des Jahresberichts 2009 und der mittelfristigen Prognose des Bundes nach unten angepasst.

KL0005: Durch den Zugang von Asylsuchenden aus Sprachregionen ausserhalb des lateinischen Alphabetes ist die Nachfrage nach Alphabetisierungs- und Deutschkursen hoch. Aus diesem Grund soll das Angebot erhöht werden.

KL0012, KF0004: Ein Postulat, welches die geplante Reduzierung der Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende verhindern wollte, wurde entgegengenommen. Beschäftigungsprogramme mit einem gemeinnützigen Charakter für Asylsuchende werden unter der Anwendung der gesetzlichen Vorgaben weitergeführt. Dementsprechend wurden die Kennzahlen nach oben korrigiert.

KF0003: Die Werte wurden aufgrund der erwarteten Zunahme der Anzahl Personen des Asylrechts gemäss dem Jahresbericht 2009 nach oben angepasst.

KF0006: Die Globalpauschalen des Bundes für die Unterbringung der Asylsuchenden wurden ab 2010 im Vergleich zum AFP 2010-2013 den aktuellen Erkenntnissen nach oben angepasst.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
515ZI0007	Der Lebensunterhalt, eine kostengünstige Unterbringung und die medizinische Versorgung der Asylsuchenden im Rahmen der vom Bund ausgerichteten Pauschalabgeltungen werden sichergestellt.	1	Durchschnittliche Quote der Auslastung (Bettenbelegung) zur Gewährleistung von rentablen kantonalen Unterkünften für Asylsuchende (ohne Notschlafstellen)	%	99	80	80	80	80	80
515ZI0008	Zur Förderung der Integration von längerfristig anwesenden Asylsuchenden werden Kurse angeboten.	1	Angebotene Plätze für Beschäftigungsprogramme	Anzahl	170	8	170	170	170	170
		2	Angebotene Plätze pro Deutsch- und AlphabetisierungsKurs	Anzahl	101	120	160	160	160	160
		3	Quote der Schüler, für die innerhalb von 6 Monaten ein Schulbericht für die Einschulung in eine Gemeindeschule vorliegt.	%		80	80	80	80	80
515ZI0009	Zur Förderung der Integration von Personen mit Status F ist die Unterbringung in Gemeinden vorzusehen.	1	Bestand an Asylsuchenden mit Status F gemessen am Gesamtbestand Asylsuchende mit Status F im Kanton (unterstützte und selbständige)	%	89	80	80	80	80	80
		2	Ersatzabgabe pro Tag und Asylsuchender, die von den Gemeinden zu leisten ist, die nicht genügend Asylsuchende aufnehmen	Franken		7	7	7	7	7

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0007: Eine durchschnittliche Belegung der Unterkünfte mit 80% ermöglicht eine optimale Bewirtschaftung der Unterkünfte. Um den Zielwert nicht dauerhaft zu überschreiten, wurden weitere Unterkünfte evaluiert (siehe auch Kennzahl KL0007).

ZI0008 I1: Personen mit Status N haben keinen gesetzlichen Anspruch über den 2. Arbeitsmarkt integriert zu werden. Das Angebot an Beschäftigungsprogrammen wird entsprechend angepasst. Sie müssen einen gemeinnützigen Charakter haben.

ZI0008 I2: Damit Asylsuchende die Verrichtung von Alltagsdingen selbständiger erledigen können und somit die Betreuungsarbeit erleichtert wird, werden Alphabetisierungs- und Deutschkurse angeboten.

ZI0008 I3: Schulkinder in den Strukturen des kantonalen Sozialdienstes, welche der obligatorischen Schulpflicht unterstehen, werden in der Regel durch dafür eingestellte Lehrpersonen auf das Gemeindeschulsystem (Regelklasse) vorbereitet.

ZI0009 I1: Durch die Platzierung von Personen mit Status F in den Gemeinden können Integrationsbemühungen besser vermittelt und im Gemeindeumfeld wirkungsvoller angewendet werden.

ZI0009 I2: Im Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) § 19 Abs.2 ist die maximale Höhe der Ersatzabgabe (Fr. 10.- pro Tag und nicht aufgenommenen Asylsuchenden) für die Gemeinden festgelegt, die ihrer Aufnahmepflicht nicht nachkommen. In der Sozialhilfe- und Präventionsverordnung (SPV) § 18 ist definiert, wieviele Asylsuchende die Gemeinden aufnehmen müssen (pro Einwohner(in) 0,025 Plätze). Die aktuelle Ersatzabgabe pro nicht aufgenommenem Asylsuchenden beträgt Fr. 7.-.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Aufgabenbereich wird das Asylgesetz des Bundes sowie das Sozialhilfe- und Präventionsgesetz und Sozialhilfe- und Präventionsverordnung des Kantons Aargau vollzogen. Hauptaufwände mit nahezu 100% sind die Unterbringungs- und Lebensunterhalts-, Betreuungs-, Gesundheits- sowie Beschäftigungs- und Schulungskosten. Steuerungsmöglichkeiten sind ausschliesslich durch Änderungen (Revisionen) der kantonalen Gesetzgebung möglich.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-35'890**	**-36'880**	**-40'056**	**8.6**	**-40'056**	**-39'922**	**-39'862**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**40'060**	**32'653**	**37'883**	**16.0**	**37'883**	**37'883**	**37'883**
Saldo Aufgabenbereich	**4'169**	**-4'227**	**-2'173**	**-48.6**	**-2'173**	**-2'038**	**-1'979**
Total Aufwand Globalbudget	-26'899	-27'880	-31'056	11.4	-31'056	-30'922	-30'862
Total Ertrag Globalbudget	31'068	23'653	28'883	22.1	28'883	28'883	28'883
Saldo Globalbudget	4'169	-4'227	-2'173	-48.6	-2'173	-2'038	-1'979
Total Aufwand LUAE	-8'992	-9'000	-9'000	0.0	-9'000	-9'000	-9'000
Total Ertrag LUAE	8'992	9'000	9'000	0.0	9'000	9'000	9'000
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE DurchlBeitrag an GDE für Asylsuchende	-8'992	-9'000	-9'000	0.0	-9'000	-9'000	-9'000
Total Ertrag LUAE DurchlBeitrag an GDE für Asylsuchende							
Saldo LUAE DurchlBeitrag an GDE für Asylsuchende	-8'992	-9'000	-9'000	0.0	-9'000	-9'000	-9'000
Total Aufwand LUAE DurchlBuBe für Asylsuchende an GDE							
Total Ertrag LUAE DurchlBuBe für Asylsuchende an GDE	8'992	9'000	9'000	0.0	9'000	9'000	9'000
Saldo LUAE DurchlBuBe für Asylsuchende an GDE	8'992	9'000	9'000	0.0	9'000	9'000	9'000

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Die Aufwandsteigerung in Höhe von Fr. 3.2 Mio wird verursacht durch Mehraufwand für Unterbringung und Vollzugsunterstützung wegen höherer Zuweisungen und höherem Bestand an Asylsuchenden (Fr. 1.9 Mio) und Mehraufwand für Beschäftigungsprogramme wegen Weiterführung des Programmangebots (Fr. 0.5 Mio).

Mehraufwand für Löhne wegen Besetzung vakanter Stellen aufgrund des höheren Bestandes an Asylsuchenden (Fr. 0.6 Mio).

Ursachen für die Ertragssteigerung in Höhe von Fr. 5.3 Mio sind Mehrerträge aus Rückerstattungen des Bundes aufgrund der höheren Anzahl abzurechnender Asylfälle (Fr. 6.1 Mio), Mehrerträge aus Krankenkassenprämienverbilligung (Fr. 0.3 Mio) und Mindererträge für Ausreisepflichtige (intVerr) wegen der geringeren Anzahl von Übernachtungen (Fr. 1 Mio).

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Schützen und fördern der Gesundheit sowie vorbeugen vor Krankheiten der Bevölkerung durch Überwachungs-, Bewilligung-, Beratung-, Vollzugs-, Konzeptions- und Führungsaufgaben im Bereich des ambulanten Gesundheitswesens und der Suchtberatung und -therapie; Vollzug der im KVG geregelten "Ausserkantonalen Hospitalisation".

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**520**	**Gesundheitsschutz**
Produktegruppen	52010	Infektionskrankheiten
	52020	Gesundheitsprävention
	52030	Ärztliches Aufsichtswesen
	52040	Dezentrale Akutversorgung
	52050	Sanitätsdienstlicher Katastrophenschutz
	52060	Ausserkantonale/Innerkantonale Hospitalisierung

UMFELDENTWICKLUNG

Die vielfältigen Aufgaben erstrecken sich über die Entwicklung und Steuerung von Schwerpunktprogrammen in der Gesundheitsförderung, die Steuerung von Leistungsverträgen in der Suchthilfe, die Überwachung des Betriebs der Rettungsorganisationen, den Schutz vor Infektionen, das Wahrnehmen diverser Aufsichtsaufgaben (Aufsicht über die freipraktizierende Ärzteschaft und andere selbstständig in der Gesundheitspflege tätige Personen, Bewilligung von Betäubungsmittel-Substitutionsprogrammen, Medizinische Überwachung des schulärztlichen Dienstes, Aufsicht über die Bezirksärzte) sowie die Bearbeitung und Entscheidung über Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisationen.

Das eidgenössische Epidemiengesetz wird zur Zeit revidiert. Nach wie vor sind keine verlässlichen Aussagen über Auswirkungen auf die Kantone möglich. Das Gesetz wird voraussichtlich im Jahr 2012 in Kraft gesetzt.

Was die Volksgesundheit als Ganzes betrifft, sind insbesondere die Probleme des Übergewichts, des Bewegungsmangels, der stressbedingten Erkrankungen, des Tabakkonsums, des Alkoholmissbrauchs, des Konsums illegaler Suchtmittel sowie suchtmittelunspezifischer Abhängigkeitsformen (z.B. Internet- oder Spielsucht) nach wie vor von grosser Bedeutung.

Die langfristigen Strategien "Gesundes Körpergewicht" und "Betriebliche Gesundheitsförderung" werden in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz umgesetzt.

Die Entwicklungsschwerpunkte "Gesundes Körpergewicht", "Gesundheitsförderung im Alter" und "Gesundheitsfördernde Schulen" werden in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Kantonen angegangen (z.B. NWCH, Gesundheitsförderung CH, CH-Netzwerk GesFördSchulen).

Entsprechend dem Postulat 07.291 vom 27. November 2007 (17.06.2008) soll ab dem Jahr 2011 ein aargauisches Krebsregister geführt werden, welches sich auf das Gesundheitsgesetz vom 20. Januar 2009 abstützt. Mit der Klinischen Forschung Aargau AG wird ein Leistungsvertrag zur Führung des Krebsregisters abgeschlossen.

Der Zulassungsstopp für Ärzte wird bis 31.12.2011 weitergeführt, wobei die Grundversorgerinnen und Grundversorger davon ausgenommen werden.

Zur Entwicklung der Schweinegrippesituation können keine sicheren Prognosen gemacht werden. Um schnell und kompetent reagieren zu können, müssen im Bereich des sanitätsdienstlichen Katastrophenschutzes ausreichendes und gut geschultes Personal sowie die materiellen Ressourcen bereitgehalten werden.

Die Rekrutierung vom Amtsärzten wird nicht zuletzt augrund eines zunehmenden Grundversorgermangels immer schwieriger. Das Amtsärztesystem wird auf Dauer kaum aufrecht zu erhalten sein, so dass nach neuen Lösungen gesucht werden muss.

Gemäss eidgenössischem Krankenversicherungsgesetz (KVG) Artikel 41.3 muss der Wohnkanton die Mehrkosten der ausserkantonalen im Vergleich zur innerkantonalen stationären Behandlung übernehmen. Dies ist dann der Fall, wenn die ausserkantonale Behandlung notfallmässig erfolgt oder im Wohnkanton nicht angeboten wird (sog. medizinische Indikation). Dieses Prinzip wird auch im revidierten KVG ab 2012 weitergeführt. Aufgrund der Bevölkerungszunahme sowie des medizinischen Fortschritts ist mit weiterhin steigenden Kosten zu rechnen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
520KU0004	Beratungen in den Suchtberatungsstellen	Anzahl	11'683	12'500	12'500	12'500	12'500	12'500
520KU0005	Schulärzte	Anzahl	182	190	190	190	190	190
520KU0006	Ärzte (Bestand von ausgestellten Berufsausübungsbewilligungen)	Anzahl	1'018	1'020	1'060	1'100	1'140	1'180
520KU0007	Rettungsdienste (Anzahl Standorte)	Anzahl	11	11	11	11	11	11
520KU0008	Bezirksärzte und Stellvertreter	Anzahl	24	26	26	26	26	26
520KU0009	Betriebsbereite Mobile Sanitätshilfsstellen (Mob San Hist)	Anzahl	4	4	4	4	4	2
520KU0010	Einsatzbereite Samariterleiterfunktionäre (SLF)	Anzahl	83	100	100	100	100	100
520KU0011	Kindergartenabteilungen	Anzahl			640	640	640	640
	Leistungskennzahlen							
520KL0001	Bearbeitete Meldungen betreffend übertragbare Krankheiten	Anzahl	3'285	2'200	2'500	2'600	2'700	2'800
520KL0002	Methadon- und Subutexbewilligungen	Anzahl	860	920	920	920	920	920
520KL0003	Bearbeitete Gesuche für ärztliche Berufsausübungsbewilligungen	Anzahl	65	50	50	50	50	50
520KL0004	Bearbeitete Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen (AKH)	Anzahl	7'774	7'400	8'000	8'300	8'600	8'900
	Finanzkennzahlen							
520KF0001	Aufwand für Suchtprävention (inkl. Anteil Alkoholzehntel)	Mio. Fr.	-1.7	-1.8	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
520KF0002	Aufwand für Suchtbehandlungen	Mio. Fr.	-5.4	-5.5	-5.6	-5.6	-5.7	-5.7
520KF0006	Aufwand für die fürsorgerische Freiheitsentziehung (FFE)	Mio. Fr.	-0.4	-0.4	-0.41	-0.42	-0.43	-0.44
520KF0008	Aufwand für Institutionen mit Leistungsverträgen (Familienplanungsstelle, Aidshilfe AG, Selbsthilfegruppen)	Mio. Fr.	-0.64	-0.91	-0.92	-0.93	-0.94	-0.95
520KF0003	Aufwand für Ausserkantonale Behandlungen Aargauer Bürger (gem. § 41.3 KVG)	Mio. Fr.	-31.8	-27.2	-33.8	-34.8	-35.8	-36.8
520KF0005	Aufwand für Herzchirurgie innerkantonal (Hirslanden-Klinik)	Mio. Fr.	-4.3	-4.9	-5.4	-5.3	-5.5	-5.7
520KF0009	Mitfinanzierung Weiterbildungsassistenz für Grundversorger	Mio. Fr.	0	-0.5	-0.5	-0.55	-0.6	-0.65
520KF0010	Aufwand für das Krebsregister	Mio. Fr.			-0.6	-0.6	-0.6	-0.6

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0004: Anpassung der Werte ab 2013 an die aktuelle Entwicklung.

KU0006: Trotz des Zulassungsstopps für Ärzte werden jedes Jahr Ausnahmebewilligungen erteilt, die die Zunahme des Ärztebestandes bewirken.

KU0009: Die 4 Mob San Hist werden in den Jahren 2014/2015 durch 2 neue selbstfahrende Mob San Hist ersetzt.

KU0011: Diese Kennzahl ist neu und stellt einen Bezug zum Ziel ZI0022 I1 her. 2009 existierten 641 Kindergartenabteilungen. Ziel ist es, diese Grössenordnung stabil zu halten.

KL0001: Anpassung an aktuelle Werte sowie die Meldepflicht von H1N1 (Schweinegrippe).

KL0004: Auch nach der KVG-Revision ab 2012 mit der freien Spitalwahl bleibt der Artikel 41.3 in Kraft, wonach bei medizinischen Indikationen die Mehrkosten einer ausserkantonalen Behandlung übernommen werden müssen. Ab 2013 wurden die Werte an die aktuelle und erwartete Entwicklung Wohnbevölkerung angepasst.

KF0001: Aufwandsteigerung aufgrund eines geplanten 4-jährigen Suchtpräventions-Pilotprojekts (zulasten Alkoholzehntel): Unterstützung von Familien mit Kleinkindern im Vorschulalter.

KF0002: Über Leistungsvereinbarungen werden private Trägerschaften, die Suchtbehandlungen durchführen, finanziell unterstützt. Grund für die budgetierte Aufwandsteigerung sind steigende Patientenzahlen.

KF0003: Anpassung an den tatsächlichen Aufwand im Jahr 2009.

KF0005, 0006: Aufgrund der aktuellen Entwicklung muss der Aufwand ab 2010 erhöht werden.

KF0009: Grund für die jährliche Steigerung ist ein angenommener Lohnzuwachs.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
520ES0005	Gesundheitsförderung im Alter.	1	Nettoaufwand Globalkredit		109	124	96			329
		2	Erarbeiten eines Konzeptes	2008						
		4	Abschluss des Vorprojekts	2010						
		6	Erarbeitung von Massnahmen im Rahmen des Konzeptes	2010						
		7	Umsetzung des Konzeptes	ab 2011						
520ES0007	Interdepartementales Schwerpunktprogramm zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention: Gesundheitsfördernde Schule Aargau	1	Nettoaufwand Globalkredit			80	80	160		320
		2	Erarbeiten eines Konzeptes	2010						
		3	Errichtung eines Infoportals	2010						
		4	Umsetzung des Konzeptes	ab 2010						
		5	Aufbau eines Netzwerks Gesundheitsfördernde Schulen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch, zur gezielten Unterstützung der Schulen und zur Prüfung und Umsetzung von Pilotprojekten.	ab 2010						
		6	Aufbau eines Partnernetzwerks zur Entwicklung von Angeboten und zur gezielten Unterstützung von Schulen.	ab 2010						
		7	Systematisierung der bestehenden Angebote.	ab 2010						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0003: Der ES "Umsetzung des Schwerpunktprogramms Gesundes Körpergewicht ..." wurde beendet, da der Projektcharakter nicht mehr vorhanden ist und die Massnahmen als Daueraufgaben weitergeführt werden. Es wurde ein neues Ziel ZI0022 formuliert.

ES0004: Der ES "Umsetzung des Schwerpunktprogramms Betriebliche Gesundheitsförderung ..." wurde beendet, da der Projektcharakter nicht mehr vorhanden ist und die Massnahmen als Daueraufgaben weitergeführt werden. Es wurde ein neues Ziel ZI0023 formuliert.

ES0005: Im Entwicklungsleitbild des Regierungsrates wird gefordert, "mit der demografischen Entwicklung ... das wachsende Potenzial von pensionierten Menschen zugunsten der Gesellschaft zu nutzen". Die demografische Entwicklung weist auf eine deutliche Überalterung der Bevölkerung hin. Ein massiver Ausbau der stationären Langzeitpflege ist unumgänglich. Mit einer möglichst gesunden, autonom lebenden alten Bevölkerung und einer entsprechenden zeitlichen Verschiebung der Eintritte in Pflegeeinrichtungen lassen sich Kosten in enormer Grösse sparen. Die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts erfolgt von 2011 bis 2014. Ein Kleinkredit mit einem Finanzvolumen von Fr. 410'000 wurde bewilligt.

ES0007: Das Projekt "Gesundheitsfördernde Schulen Aargau" wurde als Entwicklungsschwerpunkt in Zusammenarbeit mit dem BKS lanciert. Die Vision ist, dass wir im Aargau Schulen haben, in denen gesund gelernt und gelehrt wird. Ein Kleinkredit über Fr. 320'000 wurde bewilligt. Die aufgeführten Kosten werden für eine Projektstelle (0.5 MA) sowie für Sachmittel verwendet.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
520ZI0012	Der in 2006 erarbeitete Grippepandemieplan wird laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst.	1	Dokumentation ist zeitgerecht an aktuelle Umfeldentwicklungen angepasst. ("100%" angepasst, "0%" nicht angepasst)	%	100	100	100	100	100	100
520ZI0004	Die Entscheidungsträger im Bereich der Gesundheitsförderung werden sensibilisiert und für besondere Leistungen und Ideen ausgezeichnet (GGpl Strategie 2).	1	Herausgabe des Newsletters "Forum Gesundheit" (Auflage pro Ausgabe 3'000)	Anzahl	2	2	2	2	2	2
		2	Verleihung des "kantonalen Preises für Gesundheitsförderung" ("100%" Preisverleihung durchgeführt, "0%" Preisverleihung nicht durchgeführt)	%	0	100	0	100	100	100
520ZI0022	Die Massnahmen des Schwerpunktprogramms "Gesundes Körpergewicht" werden umgesetzt.	1	Anteil der "Bewegten Kindergärten" an allen Kindergartenabteilungen	%			15	17	20	22
		2	Bezirke mit Kleinkindermonitoring (klemon)	Anzahl			11	11	11	11
		3	"FemmesTISCHE" zum Thema Ernährung für Frauen mit Migrationshintergrund	Anzahl			20	25	30	35
520ZI0023	Die Massnahmen des Schwerpunktprogramms "Betriebliche Gesundheitsförderung" werden umgesetzt.	1	Persönliche Firmenkontakte durch die Koordinationsstelle	Anzahl			50	60	70	80
		2	Aargauer Betriebe mit Umsetzungsmassnahmen in betrieblicher Gesundheitsförderung	Anzahl			20	25	30	35
520ZI0017	Die Ausbildung von Grundversorgern wird durch die Mitfinanzierung von Weiterbildungsstellen in Grundversorgerpraxen gefördert.	1	Mitfinanzierte Halbjahres-Weiterbildungsassistenzstellen	Anzahl	5	12	12	14	14	14
520ZI0014	Die notwendigen Strukturen zur Einhaltung der "15-Minuten-Regel" für die rettungsdienstliche Versorgung müssen bereitgestellt sein.	1	Quote der Rettungsdienste, die 15 Minuten nach Alarmeingang beim Patienten sind	%	81	80	80	80	80	80
520ZI0016	Der Kanton Aargau gewährleistet eine flächendeckende Suchthilfe.	1	Unterstützte Beratungsstellen	Anzahl	9	9	9	9	9	9
		2	Unterstützte Suchtpräventions- und Dokumentationsstelle	Anzahl	1	1	1	1	1	1

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
520ZI0015	Rettungsdienste, Bezirksärzte und Samariterleiterfunktionäre sind bestens ausgebildet und einsatzbereit.	1	Weiterbildungsveranstaltungen für Rettungsdienste pro Jahr	Anzahl	1	1	1	1	1	1
		2	Weiterbildungsveranstaltungen für Bezirksärzte pro Jahr	Anzahl	2	2	2	2	2	2
		3	Einsatzübungen für Samariterleiter-funktionäre pro Jahr	Anzahl	0	1	1	1	1	1
		4	Durchgeführte "Arbeitstage" mit den Samariterleiterfunktionären der 4 Mobilen Sanitätshilfsstellen (MobSanHist)	Anzahl	1	1	1	1	1	1
520ZI0011	Die Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen (AKH) werden restriktiv bewilligt.	1	Maximaler Anteil der bewilligten AKH-Gesuche	%	43	50	50	50	50	50

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0004 I2+3: Der Gesundheitsförderungspreis wird konzeptionell neu angegangen. Ziel ist, dass im Jahr 2012 der Preis gemäss einem überarbeiteten Konzept erneut ausgeschrieben wird.

ZI0004 I3: Das Konzept zur Verleihung des kantonalen Gesundheitsförderungspreises wurde im Jahre 2010 überarbeitet und wird ab 2012 umgesetzt. Der Indikator wurde gelöscht.

ZI0013: Das Ziel "Ein flächendeckender Schulärztlicher Dienst gewährleistet das frühzeitige erkennen von krankhaften Befunden bei Schulkindern" wurde gelöscht, da nur wenig aussagekräftig und nicht steuerbar.

ZI0022: Dieses Ziels ist neu. Der Entwicklungsschwerpunkt ES0003 "Umsetzung des Schwerpunktprogramms Gesundes Körpergewicht …" wurde als solcher beendet und die weiteren Massnahmen werden zu Daueraufgaben im Aufgabenbereich. Der Aufwand in Höhe von insgesamt Fr. 200'000 (incl. Personalaufwand für Stelle "Ernährungsberaterin") wird zur laufenden Umsetzung aller Massnahmen benötigt und ist im Globalbudget eingestellt. Die Aufgabe wird von der Gesundheitsförderung Schweiz mit bis zu Fr. 200'000 finanziell unterstützt.

ZI0022 I1: Ziel des Indikators ist es, dass Bewegung und Ernährung im Setting "Schule" zunehmend verankert wird. In Ernährungs- und Bewegungsfragen werden die Lehrpersonen von kantonalen Mitarbeitenden unterstützt. Der Aufwand beträgt rund Fr. 30'000 pro Jahr.

ZI0022 I2: Ziel des Indikators ist, dass alle Bezirke im Kanton eine Frühintervention im Bereich Ernährung und Bewegung anbieten und Familien mit Kleinkindern beraten. Derzeit beteiligen sich 9 von 11 Bezirken. Der Aufwand beträgt rund Fr. 40'000 pro Jahr.

ZI0022 I3: Ziel des Indikators ist es, Familien mit Migrationshintergrund durch aktive Beratungen für Bewegungs- und Ernährungsfragen zu sensibilisieren. Der Aufwand zu Unterstützung der Umsetzungsorganisation beträgt rund Fr. 5'000 pro Jahr.

ZI0023: Dieses Ziels ist neu. Der Entwicklungsschwerpunkt ES0004 "Umsetzung des Schwerpunktprogramms Betriebliche Gesundheitsförderung ..." wurde als solcher beendet und die weiteren Massnahmen werden zu Daueraufgaben im Aufgabenbereich. Der Aufwand in Höhe von insgesamt Fr. 180'000 wird zur laufenden Umsetzung aller Massnahmen benötigt und ist im Globalbudget eingestellt.

ZI0023 I1+2: Ziel der beiden Indikatoren ist es einerseits, Unternehmen für betriebliche Gesundheitsförderung zu akquirieren und andererseits teilnehmende Unternehmen in der Umsetzung zu begleiten. Der Aufwand beträgt rund Fr. 140'000 pro Jahr.

ZI0014: Um die medizinische Versorgung von verunfallten Patienten rechtzeitig sicherstellen zu können, muss in der Regel der Rettungsdienst innert 15 Minuten nach Alarmeingang am Einsatzort sein.

ZI0015: Mit den Veranstaltungen sollen die Weiterentwicklung und die Qualität der Systeme sichergestellt werden.

ZI0016: Die Suchthilfe wird im Rahmen von Leistungsverträgen mit privaten Trägerschaften gewährleistet. Für eine Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen ist dieses Ziel geeignet (Suchtberatung und Suchttherapie Fr. 5.6 Mio).

ZI0017: Wegen eines zunehmenden Mangels an Hausärzten sollen Ärzte in Weiterbildung motiviert werden, bei Grundversorgern (incl. Kinder- und Jugendpsychiater) eine Assistenzzeit zu absolvieren, um später als Hausarzt tätig zu sein. Dieses Ziel eignet sich für die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen (Weiterbildung Praxisassistenten mit Fr. 0.5 Mio).

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Aufgabenbereich entfallen rund 80 % der Ausgaben auf die Mehrkosten der Ausserkantonalen Spitalbehandlungen und die herzchirurgischen Eingriffe in der Hirslandenklinik Aarau. Rechtsgrundlage dafür ist das Eidgenössische Krankenversicherungsgesetz (KVG), im speziellen der Art. 41.3 betreffend die Ausserkantonalen Hospitalisationen. Es handelt sich um eine kantonale Vollzugsaufgabe mit sehr geringem Handlungs- bzw. Steuerungsspielraum. Dieser wird durch eine restriktive Vollzugspraxis ausgenutzt.

16% der Aufwendungen betreffen die Suchthilfe (Prävention, Beratung, Entzug). Rechtsgrundlage dafür bildet das Aargauische Gesundheitsgesetz, wobei die Leistungen nicht vom Kanton selbst, sondern von privaten Trägerschaften erbracht werden, mit denen vertragliche Bindungen bestehen. Der Grosse Rat kann diesen Bereich direkt über die budgetierten Kostenarten steuern (Ziel ZI0016).

Die ab dem Jahr 2010 vorgesehenen Aufgaben "Förderung der Weiterbildung von künftigen Grundversorgern" durch die Mitfinanzierung von Praxis-Weiterbildungsassistenzstellen (Ziel ZI0017; Fr. 0.5 Mio) ist ab 2010 vom Grossen Rat direkt steuerbar.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-51'996**	**-49'662**	**-57'584**	**16.0**	**-59'957**	**-61'437**	**-63'053**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**7'521**	**7'135**	**10'098**	**41.5**	**10'174**	**10'210**	**10'210**
Saldo Aufgabenbereich	**-44'475**	**-42'527**	**-47'486**	**11.7**	**-49'783**	**-51'227**	**-52'843**
Total Aufwand Globalbudget	-51'890	-49'364	-54'271	9.9	-56'737	-58'199	-59'896
Total Ertrag Globalbudget	5'201	5'085	7'682	51.1	7'720	7'738	7'738
Saldo Globalbudget	-46'690	-44'279	-46'589	5.2	-49'017	-50'461	-52'158
Total Aufwand Kleinkredite	-106	-297	-212	-28.9	-81	-81	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-106	-297	-212	-28.9	-81	-81	
Total Aufwand Grosskredite			-685	-	-685	-685	-685
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite			-685	-	-685	-685	-685
Total Aufwand LUAE			-2'417	-	-2'455	-2'473	-2'473
Total Ertrag LUAE	2'320	2'050	2'417	17.9	2'455	2'473	2'473
Saldo LUAE	2'320	2'050	0	-100.0	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite GK Aufbau u.Führen eines Krebsregisters*			-685	-	-685	-685	-685
Total Ertrag Grosskredite GK Aufbau u.Führen eines Krebsregisters*							
Saldo Grosskredite GK Aufbau u.Führen eines Krebsregisters*			-685	-	-685	-685	-685

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Einnahmen Alkoholzehntel			-2'167	-	-2'185	-2'203	-2'203
Total Ertrag LUAE Einnahmen Alkoholzehntel	2'052	1'800	2'167	20.4	2'185	2'203	2'203
Saldo LUAE Einnahmen Alkoholzehntel	2'052	1'800	0	-100.0	0	0	0
Total Aufwand LUAE Einnahmen Spielsucht			-250	-	-270	-270	-270
Total Ertrag LUAE Einnahmen Spielsucht	268	250	250	0.0	270	270	270
Saldo LUAE Einnahmen Spielsucht	268	250	0	-100.0	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Ursachen für die Aufwandsteigerung in Höhe von Fr. 4.9 Mio sind Mehraufwand für Ausser- und innerkantonale Hospitalisationen aufgrund Anpassung an das Rechnungsergebnis 2009 (Fr. 4.6 Mio) sowie Mehraufwand wegen fünfjährigem Pilotprojekt zur Früherfassung im Bereich der Suchtprävention (Fr. 0.3 Mio).

Ursache für den Mehrertrag sind buchungstechnische Anpassungen bei der neuen Spezialfinanzierung für Alkoholzehntel und Spielsucht.

Grosskredite

Entsprechend dem Postulat 07.291 vom 27. November 2007 (17.06.2008) soll ab dem Jahr 2011 ein aargauisches Krebsregister geführt werden, welches sich auf das Gesundheitsgesetz vom 20. Januar 2009 abstützt. Mit der Klinischen Forschung Aargau AG wird ein Leistungsvertrag zur Führung des Krebsregisters abgeschlossen. Die Kosten über Fr. 638'000 pro Jahr von 2011-2014 werden über einen Grosskredit finanziert.

*=Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist

LUAE

Ursache für den Mehraufwand sind buchungstechnische Anpassungen bei der neuen Spezialfinanzierung für Alkoholzehntel und Spielsucht. Hauptursache für die Ertragssteigerung ist Mehrertrag aus dem Alkolholzehntel gemäss Schätzung der eidgenössischen Alkohohlverwaltung (Fr. 0.2 Mio).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Mehraufwand für Ausser- und innerkantonale Hospitalisationen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sicherstellen des Gesundheits- und Umweltschutzes und Schutz vor Täuschungen für die Bevölkerung in den Bereichen Lebensmittel, Trink- und Badewasser, Gebrauchsgegenstände, Messwesen, Chemikalien und Organismen. Schutz der Bevölkerung durch Verhindern und Bekämpfen von Seuchenausbrüchen in Tierbeständen; Überwachen von Schlachtanlagen und Fleischkontrollorganen sowie Sicherstellen des Schutzes der Tiere in Tierhaltungen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**533**	**Verbraucherschutz**
Produktegruppen	53310	Lebensmittelkontrolle
	53320	Trink- und Badewasser
	53330	Chemiesicherheit
	53340	Veterinärdienst

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich ist für den Vollzug von Bundesgesetzen in den Bereichen Lebensmittelkontrolle (inkl. Trinkwasserkontrolle), Messwesen, Tierseuchenbekämpfung, Tierschutz, Chemiesicherheit und Schutz vor Passivrauchen zuständig. Daneben werden einige Verordnungen bzw. Aufgaben aus dem Landwirtschafts-, Heilmittel und Umweltrecht sowie dem Strahlenschutz- und dem Strassenverkehrsrecht vollzogen. Die Zielsetzung besteht darin, in den erwähnten Bereichen das vorhandene im allgemeinen hohe Schutzniveau beim Gesundheits-, Umwelt- und Täuschungsschutz beizubehalten.

Generell handelt es sich um Vollzugsaufgaben, die gemäss schweizerischem- und EU-Recht nicht an Private delegiert werden können. Um den neuen Aufgaben (z. B. der Nachweis gentechnisch veränderter Organismen) gerecht zu werden, erfolgte in den letzten Jahren eine Spezialisierung in den einzelnen Untersuchungslaboratorien. Diese Entwicklung wird weitergehen. Der Bund beabsichtigt, den Kantonen verbindliche Inspektionsfrequenzen und die Anzahl der untersuchten Proben vorzuschreiben (Zeitplan 1.1.2012). Dies würde zu einer Erhöhung des Aufwandes führen. Der Kanton Aargau arbeitet in diesen Gebieten eng mit den Kantonen Basel-Land und Basel-Stadt zusammen. Es wird geprüft, ob die Zusammenarbeit der Laboratorien auf die ganze Region NWCH ausgeweitet werden soll.

Infolge der Globalisierung der Märkte ist eine anerkannte, nach internationalen Normen akkreditierte Kontrollbehörde notwendig, damit die Schweiz auch weiterhin Waren (u.a. Lebensmittel) exportieren kann. Obwohl Lebensmittel oft leicht verderblich sind, werden sie weltweit transportiert. Dadurch wächst die Gefahr von Lebensmittelvergiftungen und Epidemien. Zur Sicherung des heutigen Schutzniveaus sind daher regelmässige mikrobiologische und chemische Untersuchungen notwendig.

Auf den 1. Mai 2010 setzte der Bund das Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft. Der Vollzug dieses Gesetzes ist vor allem im Gastrobereich anspruchsvoll und führt für einzelne Betriebe zu Härtefällen.

Die vom Bund beschlossene Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse mit der einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon Prinzips stellt die Vollzugsorgane vor allem im Lebensmittel- und Kosmetikbereich vor grosse Herausforderungen. Falls ein Produkt nicht der schweizerischen Gesetzgebung entspricht, muss überprüft werden, ob die Konformität in einem EU-Land gegeben ist.

Für die Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge sind technische Gefahrenkarten zu erarbeiten. Im Vordergrund stehen dabei die Risiken der Kantonsstrassen und der Erdgasleitungen. Die revidierte Freisetzungsverordnung bringt den Kantonen neue Überwachungs- und Bekämpfungsaufgaben im Gebiet der Neobiota (gebietsfremde Organismen). Die gesenkten Referenzwerte der WHO für Radon erfordern eine Neubeurteilung und Erweiterung des Radonkatasters. Mit der Umsetzung der Strategie ABC-Schutz Schweiz erhält der Aufgabenbereich definierte Aufgaben.

Bei der Tierseuchenbekämpfung sind Bekämpfungsprogramme und -strategien auf der Grundlage der eidgenössischen Gesetzgebung und Beschlüsse durchzuführen. Das erfolgreiche Ausmerzprogramm der Bovinen Virusdiarrhoe ist in eine intensive Überwachungsphase eingetreten. Die Impfung gegen Blauzungenkrankheit der vergangenen Jahre hat grossen Schaden in der Landwirtschaft verhindert.

Die Revision des Tierschutzgesetzes und der dazugehörenden Ausführungserlasse des Bundes haben zu einem erheblichen Mehraufwand im Vollzug geführt (Ausbildung Tierhalter, Verbot Ferkelkastration u. a.). Das Spannungsfeld zwischen Vollzug von Mindestanforderungen und Erwartungen von Tierschutzorganisationen oder Einzelpersonen bleibt bestehen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
533KU0001	Betriebe im Kanton Aargau im Bereich Lebensmittel (s. Fussnote)	Anzahl	10'000	13'050	11'000	11'000	11'000	11'000
533KU0002	Betriebe mit leicht verderblichen Lebensmitteln (s. Fussnote)	Anzahl	4'700	4'700	3'200	3'200	3'200	3'200
533KU0004	Grössere Trinkwasserfassungen	Anzahl	269	270	270	270	270	270
533KU0005	Bäder	Anzahl	103	95	103	103	103	103
533KU0020	Betriebe im Bereich Chemikalien und Organismen	Anzahl		1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
533KU0012	Grossvieheinheiten im Kanton	Anzahl	75'218	74'000	75'000	75'000	75'000	75'000
533KU0013	Betriebe mit deklariertem Nutzviehbestand	Anzahl	3'909	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
533KU0014	Schlachtbetriebe	Anzahl	63	63	63	63	63	63
533KU0015	Gemeldete Hunde	Anzahl	40'272	38'000	40'000	40'000	40'000	40'000
533KU0016	Gemeldete Wildtierhaltungen	Anzahl	334	320	340	340	340	340
	Leistungskennzahlen							
533KL0001	Inspektionen bei Betrieben mit leicht verderblichen Lebensmitteln (s. Fussnote)	Anzahl	2'509	2'560	2'560	2'560	2'560	2'560
533KL0002	Untersuchte Proben pro Jahr im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Anzahl	3'591	2'800	3'000	3'000	3'000	3'000
533KL0004	Inspektionen bei grösseren Trinkwasserfassungen	Anzahl	85	135	108	108	108	108
533KL0005	Untersuchte Trinkwasserproben	Anzahl	954	1'100	900	900	900	900
533KL0006	Inspektionen in Bädern	Anzahl	95	90	97	97	97	97
533KL0007	Inspektionen in Betrieben im Bereich von Chemikalien und Organismen	Anzahl	224	220	220	220	220	220
533KL0008	Inspektionen in Betrieben mit Nutztierhaltung	Anzahl	644	550	600	600	600	600
533KL0009	Zu überwachende Tierhalter gemäss Vorgaben des Bundes (Tierseuchenbekämpfung)	Anzahl	600	600	600	600	600	600
533KL0010	Geschlachtete Tiere mit Fleischkontrollen (ohne Geflügel und Kaninchen)	Anzahl	52'979	55'000	50'000	50'000	50'000	50'000
	Finanzkennzahlen							
533KF0001	Kosten für die Lebensmittelkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau (inkl. Fleischhygiene) (s. Fussnote)	Franken	-8.91	-10	-10	-10	-10	-10
533KF0002	Kosten für die Trink- und Badewasserkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau	Franken	-1.1	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
533KF0003	Kosten für die Sicherheit im Bereich Chemikalien und Organismen pro Einwohner im Kanton Aargau	Franken	-1.95	-2	-2	-2	-2	-2

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001, 0005, 0012, 0015, 0016: Die Werte für Budget und Planjahre wurden den aktuellen Erkenntnissen aus dem JB 2009 angepasst.

KU0002 und KL0001: Bis 2010 waren die Bezugsbasen unterschiedlich. Ab 2011 können beide Kennzahlen in Bezug zueinander gesetzt werden.

KL0002: Die Zunahme der Wohnbevölkerung ergibt bei der Vorgabe 5 Proben pro 1000 Einwohner eine höhere Probenzahl.

KL0004+0005: Die Inspektionsfrequenz wurde von 1x pro 2 Jahre auf 1x pro 2.5 Jahre gesenkt. Damit kann der Fokus vermehrt auf Versorgungen mit höheren Risiken und auf neu auftretende Probleme gerichtet werden.

KL0006: Anpassung an die höhere Bäderzahl.

KL0008: Änderung der Bundesvorgaben.

KL0010: Die Anzahl der geschlachteten Tiere dürfte wegen der Konzentration der Schlachtbetriebe abnehmen. (Die Geflügelschlachtungen werden dagegen wohl zunehmen).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
533ES0002	Anpassen der kantonalen Hundegesetzgebung unter dem besonderen Aspekt der Regelung für "gefährliche Hunde".	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		3	Normkonzept und Vernehmlassung	2008						
		2	Parlamentarisches Verfahren mit Beschluss durch den GR	2010/2011						
		4	Inkraftsetzung	2011						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN
ES0002: Die mit dem AFP 2010-2013 vorgesehene Inkraftsetzung auf den 01. Januar 2011 kann nicht eingehalten werden. Grund ist der Beschluss des Ständerates von Anfang 2010, dass es keine weitergehenden kantonalen Regelungen im Bereich der gefährlichen Hunde geben soll. Die für 2010 geplanten Meilensteine des parlamentarischen Verfahrens mussten somit verschoben werden. ES0007: Die Initialphase konnte wie vorgesehen abgeschlossen werden. Der ES "Bekämpfung der Bovine Virus-Diarrhö" wurde erfolgreich beendet.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
533ZI0001	Zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Trink- und Badewasser, Chemikalien und Organismen sowie bei der Tierseuchenbekämpfung und beim Tierschutz wird Bundesrecht vollzogen und es werden regelmässig Inspektionen durchgeführt und Proben untersucht. (s. Fussnote)	1	Quote der Betriebe mit leicht verderblichen Lebensmitteln (ohne Milchproduzenten), die risikobasiert jährlich inspiziert werden	%	79.2	80	80	80	80	80
		2	Untersuchte Proben pro 1'000 Einwohner und Jahr im Bereich von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anzahl	6	5	5	5	5	5
		4	Quote der grösseren Trinkwasser-fassungen, die jährlich inspiziert werden	%	31.6	50	40	40	40	40
		5	Untersuchte Trinkwasserproben pro 1'000 Einwohner und Jahr	Anzahl	1.6	2	1.5	1.5	1.5	1.5
		6	Quote der Bäder, die jährlich inspiziert werden	%	92.2	95	95	95	95	95
		7	Quote der Betriebe im Bereich Chemikalien und Organismen, die jährlich inspiziert werden	%	21	20	20	20	20	20
		8	Quote der Inspektionen in produktiven landwirtschaftlichen Betrieben, in denen amtliche Kontrollen (Tiergesundheit und Medikamente) durchgeführt werden	%	9	10	10	10	10	10
		9	Erfüllungsgrad der obligatorischen Überwachungsprogramme des Bundes in Bezug auf Rinder, Schafe und Ziegen	%	100	100	100	100	100	100

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
533ZI0002	Das Qualitätsniveau im Aufgabenbereich soll gehalten werden.	1	Anteil der Inspektionsberichte, die innert 2 Wochen nach der Inspektion versandt werden und bei Beanstandungen der Vollzug eingeleitet wird	%	97.2	90	90	90	90	90
		2	Anteil der Berichte in den Bereichen Mikrobiologie sowie Trink- und Badewasser, die innert 3 Wochen nach der Probenahme versandt und bei Beanstandungen der Vollzug eingeleitet wird	%	99	90	90	90	90	90
		3	Anteil der Baugesuche oder Nachforderungen, die innert 2 Wochen beurteilt werden	%	100	95	95	95	95	95
		4	Reaktionszeit auf Meldungen über einen Seuchenfall	Tage	1	1	1	1	1	1
		5	Quote der gutgeheissenen Beschwerden bezogen auf alle Berichte	%	0	1	1	1	1	1

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0001: Da Erfolge in der Prävention nicht direkt gemessen werden können, wird ein bestehendes hohes Schutzniveau als Massstab genommen, das als Ziel gewährleistet werden soll. Dies mit Inspektionsquoten, untersuchten Proben pro Einwohner und Einhaltung von obligatorischen Überwachungsprogrammen des Bundes. Die Anzahl der Inspektionen ist gegenwärtig noch nicht harmonisiert (der Bund beabsichtigt in Zukunft die Mindestzahl der Inspektionen festzulegen). Wie in der EU sind auch in der Schweiz regelmässige, risikobasierte Inspektionen vorgeschrieben. Mit den vorhandenen Mitteln können pro Jahr 80% der Betriebe mit leichtverderblichen Lebensmitteln kontrolliert werden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Vorgabe, wonach pro 1'000 Einwohner 5 Lebensmittel und 0.5 Gebrauchsgegenstände untersucht werden müssen. Die Schweiz kennt keine Bundesvorgaben. Der Kanton Aargau liegt bei der Anzahl der untersuchten Proben klar unter dem schweizerischen Mittel.

ZI0001 I4+I5: Die Inspektionsfrequenz wurde von 1x pro 2 Jahre auf 1x pro 2.5 Jahre gesenkt. Damit kann der Fokus vermehrt auf Versorgungen mit höheren Risiken und auf neu auftretende Probleme gerichtet werden.

ZI0002: Dieses Ziels soll die Qualität der geleisteten Arbeit vorgeben und messen. Einerseits ist eine rasche Erledigung von Pendenzen und Einhaltung von Fristen anzustreben (beim Versand von Inspektions- und Untersuchungsberichten), andererseits ist die Akkreditierung für die Qualitätssicherung wichtig, die regelmässig erneuert werden muss.

ZI0002 I4: Die Reaktionszeit auf Meldungen über einen Seuchenfall sollte auf jeden Fall kleiner als ein Tag sein.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Verbraucherschutz werden überwiegend Bundesgesetze vollzogen (Lebensmittel-, Tierseuchen-, Tierschutz, und Chemikaliengesetzgebung). Ausserdem ist das Amt zuständig für einzelne Verordnungen bzw. Aufgaben beim Strahlenschutz, Heilmittel, Umweltschutz, Landwirtschaft, Strassenverkehr sowie der kantonalen Bäderverordnung. Die Aufgaben sind weitgehend durch eidgenössische Vorgaben bestimmt.

Der finanzielle Aufwand besteht zu etwa 85% aus Personalkosten. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich in gewissem Masse im Umfang der erbrachten Leistungen (Inspektionsfrequenzen und Anzahl der Untersuchungen). Allerdings ist der Bund laufend daran, neue Vorgaben zu erlassen (z. B. Mindestinspektionsfrequenzen). Solche Vorgaben sind einerseits notwendig, um Verpflichtungen aus den bilateralen Abkommen mit der EU zu erfüllen, um damit den Warenverkehr zu erleichtern. Andererseits sind sie für den präventiven Gesundheitsschutz in den Bereichen Lebensmittel, Chemikalien und Tierseuchen notwendig. Grundsätzlich sind die Steuerungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Eine Verknüpfung der Aufgaben mit den Finanzen ist momentan nicht möglich, da aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge technische Berechnungshilfsmittel notwendig wären, die nicht zur Verfügung stehen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-14'973**	**-15'235**	**-14'853**	**-2.5**	**-14'382**	**-14'685**	**-14'744**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**5'839**	**4'698**	**4'304**	**-8.4**	**3'938**	**3'899**	**3'899**
Saldo Aufgabenbereich	**-9'133**	**-10'536**	**-10'549**	**0.1**	**-10'444**	**-10'786**	**-10'846**
Total Aufwand Globalbudget	-12'371	-13'207	-13'418	1.6	-13'262	-13'565	-13'624
Total Ertrag Globalbudget	3'087	2'516	2'714	7.9	2'663	2'624	2'624
Saldo Globalbudget	-9'284	-10'691	-10'704	0.1	-10'599	-10'941	-11'001
Total Aufwand LUAE	-2'602	-2'027	-1'435	-29.2	-1'120	-1'120	-1'120
Total Ertrag LUAE	2'753	2'182	1'590	-27.1	1'275	1'275	1'275
Saldo LUAE	151	155	155	0.0	155	155	155

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Hundesteuer							
Total Ertrag LUAE Hundesteuer	151	155	155	0.0	155	155	155
Saldo LUAE Hundesteuer	151	155	155	0.0	155	155	155
Total Aufwand LUAE Tierseuchenbekämpfung (SpezFinanzierung)	-2'602	-2'027	-1'435	-29.2	-1'120	-1'120	-1'120
Total Ertrag LUAE Tierseuchenbekämpfung (SpezFinanzierung)	2'602	2'027	1'435	-29.2	1'120	1'120	1'120
Saldo LUAE Tierseuchenbekämpfung (SpezFinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Hauptgrund für die Aufwandsteigerung sind Mehraufwand für Löhne wegen einer befristeten vom BAG fremdfinanzierten Stelle im Bereich Trinkwasser und Mutationsverlust wegen Überlappung beim Wechsel der Amtsleitung (Fr. 0.4 Mio) sowie Minderaufwand für Kauf von neuen Analysegeräten wegen geringerem Bedarf (Fr. 0.3 Mio).

LUAE

Hauptursachen für die Aufwandminderung sind Mehraufwand wegen Verlängerung der Bovine Virus Diarrhöe (BVD) um ein Jahr (Fr. 0.2 Mio) sowie Minderaufwand wegen voraussichtlichem Wegfall der Impfung gegen Blauzungenkrankheit (Fr. 0.9 Mio).

FUSSNOTEN

KF0001	KF0001-0003: Die Kosten wurden für den Jahresbericht wie folgt berechnet: Saldo der Produktegruppe (nach Umlagen): Einwohner des Kantons.
KL0001/ KU0002	ohne Milchproduzenten
KU0001	inkl. Landwirtschaft
ZI0001	ZI0001 I2: Die Schweiz kennt keine Bundesvorgaben. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Vorgabe, wonach pro 1000 Einwohner 5 Lebensmittel und 0.5 Gebrauchsgegenstände untersucht werden müssen. Der Kanton Aargau liegt bei der Anzahl der untersuchten Proben klar unter dem schweizerischen Mittel.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sicherstellen und steuern der medizinischen Angebote im Kanton Aargau in den Bereichen der stationären Akut-, Spezial- und Langzeitversorgung sowie Vollzug der im KVG geregelten Verbilligung der Krankenkassenprämien.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**535**	**Gesundheitsversorgung**
Produktegruppen	53510	Soziale Krankenversicherung
	53520	Akutversorgung
	53530	Spezialversorgung
	53540	Langzeitversorgung

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich werden bundesrechtliche Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vollzogen, die das Verhältnis zwischen Kanton und Leistungserbringern (Spitäler und Pflegeheime) regeln. Aufgabe des Kantons ist es, die Versorgung zu planen und die Finanzierung der Leistungserbringer zu regeln (Spitalgesetz). Im Bereich der Prämienverbilligung werden die strategischen Grundlagen erarbeitet, um Abläufe und Zuständigkeiten zu optimieren.

Im Fokus der kommenden zwei Jahre liegt die kantonale Umsetzung der KVG-Revision, die am 1. Januar 2012 in Kraft treten soll. Im Bereich der Akut- und Spezialversorgung werden die Spitäler zukünftig leistungsorientiert mit Fallpauschalen abgegolten. Private Spitäler und Rehakliniken werden den öffentlichen Spitälern auf der kantonalen Spitalliste gleichgestellt. Dies bedeutet, dass alle Spitäler kantonale Beiträge erhalten, die zu jenem Zeitpunkt auf der Spitalliste geführt sind. Die Spitalfinanzierung in Form des Leistungseinkaufs wird zukünftig zwischen Spitälern und Krankenversicherern durchgeführt. Der Kanton ist dann nur noch Zahler und muss mindestens 55% des verhandelten Leistungseinkaufs übernehmen. Die Aargauer Patientenschaft kann sich zukünftig zulasten des Kantons in ausserkantonalen Spitälern behandeln lassen. Die aufgeführten Neuerungen führen für den Kanton insgesamt zu einem Kostenzuwachs ab 2012 in der Höhe von ca. Fr. 144 Mio pro Jahr. Eine der Hauptaufgaben im Jahr 2011 wird die Erstellung der Spitalliste sein. Im Strukturbericht (ab Oktober 2010) werden die Kriterien enthalten sein, die zur Aufnahme auf die Spitalliste berechtigen.

Für 2012 wird die Übertragung der Spitalliegenschaften an die Kantonsspitäler geprüft. Dies wird voraussichtlich zu Ertragssteigerungen innerhalb der nächsten 15 Jahre für den Kanton aus Amortisationen und Zinsen in der Höhe von etwa Fr. 40 Mio pro Jahr führen.

Im Bereich der Langzeitversorgung wurde von der Bundesversammlung die Neuordnung der Pflegefinanzierung beschlossen, welche eine Beschränkung der Kosten für die Heimbewohner selbst sowie eine Regelung der Restfinanzierung der Pflegekosten vorsieht. Hier werden für die Gemeinden ab 2011 erhebliche Mehrkosten in Höhe von geschätzten Fr. 46 Mio pro Jahr entstehen.

Die PDAG richtet sich strategisch im stationären Bereich auf die Akutpsychiatrie aus. Dies bedingt die Neuplatzierung von psychisch behinderten Menschen unter und über 65 Jahre (Langzeitpatienten) in Heimstrukturen. Diese operative Umsetzung soll bis voraussichtlich Ende 2014 abgeschlossen sein.

Mit dem Pilotprojekt "Drehscheibe Freiwilligenarbeit" 2010 bis 2012 soll die Freiwilligenarbeit im Gesundheits- und Sozialbereich gefördert werden und wird den Aussagen im Entwicklungsleitbild Rechnung getragen. Das dreijährige Pilotprojekt soll aufzeigen, in welchen Bereichen die Freiwilligenarbeit zu fördern und zu etablieren ist. Es ist das Ziel, bis Ende 2010 den Aufbau einer Vermittlungsstelle für Freiwillige und bis Ende 2011 das Teilprojekt Nachbarschaftshilfe lanciert zu haben.

Die Optimierungsarbeiten, die in der Überarbeitung des EG KVG in Angriff genommen werden und auch im Ablauf der Prämienverbilligungsdurchführung Auswirkungen haben wird, wird ab 2010 wieder aufgenommen und im 2011 seine Fortführung finden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
535KU0009	PatientInnen (Fälle) in den Kantonsspitälern (KSA und KSB)	Anzahl	40'361	39'000	42'272	42'700	43'100	43'500
535KU0010	PatientInnen (Fälle) in den Regionalspitälern (s. Fussnote)	Anzahl	24'052	23'500	26'210	26'500	26'700	27'000
535KU0011	PatientInnen (Fälle) im Akutbereich der Psychiatrischen Diensten AG (PD AG)	Anzahl	2'294	1'800	2'316	2'350	2'400	2'400
535KU0022	PatientInnen (Fälle) in den übrigen Spezialkliniken (Barmelweid und Hasel)	Anzahl	2'418	2'300	2'544	2'600	2'600	2'600
535KU0014	Geburten in den Spitälern (gesunde Säuglinge)	Anzahl	5'028	4'181	4'248	4'300	4'400	4'400
535KU0015	Pflegetage in den Kantonsspitälern	Anzahl	311'039	304'400	302'246	298'900	295'400	291'800
535KU0016	Pflegetage in den Regionalspitälern	Anzahl	145'300	141'300	157'259	158'800	160'400	162'000
535KU0034	Pflegetage in der PD AG (Akutpsychiatrie)	Anzahl			75'274	76'000	76'800	77'500
535KU0023	Pflegetage in den übrigen Spezialkliniken (Barmelweid und Hasel)	Anzahl	61'798	59'000	63'595	64'200	64'900	65'500
535KU0024	Pflegeheimbetten (neu)	Anzahl	5'714	5'702	6'400	6'600	6'700	6'900
	Leistungskennzahlen							
535KL0012	Personen mit Anspruch auf Prämienverbilligung	Anzahl	152'598	160'000	160'000	160'000	160'000	160'000
	Finanzkennzahlen							
535KF0002	Kantonale Zuschüsse zu den Krankenkassenprämien (Prämienverbilligung)	Mio. Fr.	-178.8	-208.3	-241	-268	-291	-316
535KF0003	Bundeszuschüsse zu den Krankenkassenprämien	Mio. Fr.	138.2	141.6	163	172	181	191

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009, 0010: Aufgrund der demografischen Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau wäre der Zuwachs bedeutend höher. Dank Verlagerungen in den ambulanten Bereich und Fortschritten in der Medizintechnik kann die Zunahme gesenkt werden. Die Werte 2008 der medizinischen Statistik des BfS (vom Statistischen Amt Kanton Aargau) sind die Ausgangslage. Zur Berechnung der Anzahl Fälle wird angenommen, dass sie sich parallel zur Bevölkerung; d.h. um jährlich 1% entwickeln wird.

KU0011: Die Anzahl der Fälle wurde für 2011 auf der Basis des seit 2008 monatlich nachgeführten Reportings der PDAG aktualisiert. Es wird davon ausgegangen, dass die Fälle sich zukünftig parallel zur Bevölkerungszunahme jährlich um 1% entwickeln wird.

KU0022: Für die Klinik Barmelweid ist der Geschäftsbericht und für die Klinik im Hasel die SOMED-Statistik (Sozialmedizinische Statistik) Grundlage zur Berechnung. Die Basiswerte 2008 bilden die Ausgangslage; (Berechnungsart analog zu KU009, 0010, 0011).

KU0013+0019: Die Kennzahlen "Patienten in Pflegeheimen" und "Pflegetage in Pflegeheimen" wurden gelöscht. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die ursprünglichen Krankenheime. Der Begriff "Pflegeheime" umfasst gemäss Pflegegesetz die Kranken- und Pflegeheime. Als Ersatzkennzahl wurde KU0024 Pflegeheimbetten neu aufgenommen. Die Gesamtbettenzahl ist auf der kantonalen Pflegeheimliste aufgeführt.

KU0014: Es ist nicht zu belegen, ob sich das geburtenstarke Jahr 2009 wiederholen wird. Die erfolgten zahlenmässigen Anpassungen erfolgten aus Rundungsgründen.

KU0015: Die Prognose der rückläufigen Entwicklung bei den Pflegetagen ist auf generell kürzere Aufenthaltsdauern zurückzuführen, dies dank Fortschritten in der medizinischen Behandlung (Medizintechnik und Medikamente) und dem Kostendruck aufgrund des zukünftigen Abrechnungssystems SwissDRG.

KU0016: Da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Regionalspitälern bereits recht tief ist, wirkt sich die Zunahme bei den Fallzahlen stärker auf die Entwicklung der Anzahl Pflegetage aus.

KU0017: Die Kennzahl "Pflegetage in der PDAG" wurde gelöscht und wird ersetzt durch die neue Kennzahl KU0034. Grund ist die neue Ausrichtung der PDAG auf die Akutpsychiatrie (inkl. Kinder und Jugendliche) und damit verbunden die Zählweise, wonach nur noch diese PatientenInnen (ohne chronische PatientenInnen) gezählt werden.

KU0034: Neue Kennzahl als Ersatz für die gelöschte Kennzahl KU0017. Durch die Neuplatzierung der LangzeitpatientenInnen wird die Anzahl der Pflegetage etwa halbiert. Der Aufenthaltsdauer (Berechnung: Pflegetage dividiert durch Anzahl Fälle) der Jahre 2011 bis 2014 liegen die Prognosewerte der Psychiatriekonzeption zu Grunde.

KU0023: Der Berechnung liegt eine Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 25 Tagen zu Grunde. Auch hier wird die Annahme getroffen, dass sich die Aufenthaltsdauer nicht verändern wird.

KU0024: Der Begriff "Pflegeheimbetten" enthält die Betten der Krankenheime und der Alters- und Pflegeheime, die zusammengefasst auf der kantonalen Pflegeheimliste geführt werden. Die hier eingesetzten Werte entsprechen den Richtwerten der Pflegeheimkonzeption, die seit 1.1.2010 in Kraft ist.

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0025-0027: Die Kennzahlen "Betriebene Betten ..." wurden gelöscht. Die Werte sind immer vom Vorjahr und deshalb nicht vergleichbar. Aufgrund dessen ist eine Fortsetzung dieser Umfeldkennzahlen wenig aussagekräftig.

KL0011: Die Kennzahl "Befreiungsgesuche von der Versicherungspflicht für ausländische Arbeitnehmende" wurde gelöscht, da sie nicht beeinflussbar und die Bearbeitung ausgelagert wurde.

KF0001: Die Kennzahl "Gesamtaufwand für den Leistungseinkauf ..." wurde gelöscht, weil wenig aussagekräftig und detailliert in der Planungsliste enthalten.

KF0002: Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen sowie Sozialhilfebezüger haben Einfluss auf die Höhe des Prämienverbilligungsvolumens. Die beiden genannten Einflussgrössen können aber nicht direkt gesteuert werden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
535ES0018	Investitionsprojekte KSA	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	KSA Masterplanung incl. RRB	Mitte 2010						
		4	Quartierplanverfahren (Weiterentwicklung, Infrastruktur)	bis Mitte 2010						
		5	Planungsaufnahme Neubau Laborgebäude Haus 42	2011						
535ES0010	Sanierung Kantonsspital Baden	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2008						
		2	Bereinigung Raumprogramm und Erarbeitung definitives Vorprojekt.	2010						
		3	Bauausführung	ab 2012						
535ES0004	An- und Umbauten am Asana Spital Menziken	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Planung Bauprojekt	2010						
		5	Ausarbeitung und Vorlage Baukredit an RR und GR	Ende 2010						
		6	Ausarbeitung Ausführungprojekt	2011						
		7	Genehmigung des Baukredits an RR und GR	Mitte 2011						
		4	Realisierung der Baumassnahme	ab 2012						
535ES0024	Umbau und Erneuerung Akutspital Zofingen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Planungsfreigabe durch RR	2009						
		3	Ergebnisse Studienauftrag	2010						
		4	Genehmigung Vorprojekt durch RR	Ende 2010						
		6	Genehmigung Bauprojekt durch GR	2012						
		7	Bauausführung	ab 2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
535ES0026	Umbau und Erneuerung Krankenheim Zofingen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Planungsfreigabe durch den RR	2009						
		3	Ergebnisse Studienauftrag	2010						
		4	Genehmigung Vorprojekt durch den RR	Mitte 2010						
		5	Genehmigung Bauprojekt durch den RR	2011						
		6	Genehmigung Bauprojekt durch den GR	2012						
535ES0022	Gesamtsanierung PDAG	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Masterplan	2009						
		3	Überprüfung Psychiatriekonzeption/Raumprogramm	2010						
		4	Sanierung Hauptgebäude	ab 2014						
		5	Sanierung Pavillons 4 und 8	ab 2014						
535ES0023	Gesundheitswesen Aargau 2012; Teilrevision Spitalgesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit			400	300			700
		2	Erarbeiten der Grundlagen	2009						
		5	Beschluss der Grossen Rates zur Anpassung des Spitalgesetzes	ab 2010						
		9	Genehmigung Normkonzept durch den RR	Mai 2010						
		10	Genehmigung Gesetzesentwurf durch RR	Aug 10						
		6	Erstellen der Spitalplanung	2011						
		7	Festlegen der Spitalliste 2012	2011						
		12	1. Beratung im Grossen Rat	Apr 11						
		13	2. Beratung im Grossen Rat	Sep 11						
		8	Inkraftsetzen der Spitalliste 2012	01.01.2012						
		14	Inkraftsetzung des revidierten Spitalgesetzes	01.01.2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
535ES0025	Gesundheitswesen Aargau 2012; Teilrevision Pflegegesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Genehmigung Normkonzept durch den RR	2009						
		3	Genehmigung Gesetzesentwurf durch den RR	März 2010						
		4	Beschluss einer Übergangsverordnung durch den RR	Nov 10						
		5	Inkrafttreten der Übergangsverordnung	01.01.2011						
		6	1. Beratung im Grossen Rat	Oktober						
		7	2. Beratung im Grossen Rat	Mai 2011						
		8	Anpassen der Pflegeverordnung	2011						
		9	Inkrafttreten des revidierten Pflegegesetzes	01.01.2012						
535ES0021	Freiwilligenarbeit "Drehscheibe für Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe und Angehörigenbetreuung in der Familie"	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit Regierungsrat)		33	300	350	250		933
		2	Projektbeschreibung erstellen	2008						
		3	Leistungsvertrag entwerfen	2008						
		4	Infoveranstaltung, Projektausschreibung und Leistungsvertrag abschliessen	2008						
		5	Projekt "Drehscheibe Freiwilligenarbeit"	2010-2012						
		6	Evaluationsbericht	2011						
		7	Entscheide zur Weiterführung	2011/2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0010, 0018, 0022: Die Finanzierung dieser Entwicklungsschwerpunkte wird über den Aufgabenbereich AB 430 Immobilien geregelt und ist auch dort budgetiert. Die Verantwortung des DGS bezieht sich auf Planungsarbeiten.

ES0018: Aufgrund der Neuorientierung in Bezug auf die Investitionsfinanzierung ab 2012 veränderte sich die Ausgangslage. Die Masterplanung wird demnach erst 2011 ihren Abschluss finden.

ES0010: Die Bereinigung des Raumprogramms benötigte mehr Zeit als geplant; die Bauausführung verschiebt sich entsprechend auf 2012.

ES0004: Der Entscheid des GR zum Baukredit wird Ende 2010 erwartet, so dass 2011 die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes an die Hand genommen werden kann.

ES0022: Mit dem ES soll eine zeitgemässe Bausubstanz für die Umsetzung einer modernen Psychiatrie erreicht werden.

ES0023: Der ES wurde umbenannt in "Gesundheitswesen Aargau 2012, Teilrevision Spitalgesetz". Mit Beschluss vom 21. Dezember 2007 hat die vereinigte Bundesversammlung die Spitalfinanzierung auf eine neue Basis gestellt. Die bundesrechtlichen Vorschriften müssen umgesetzt werden. Ziel ist es, die Spitallisten bis zum 1. Januar 2012 bereinigt zu haben und das revidierte Spitalgesetz in Kraft zu setzen. Zudem sind die neuen Bundesvorschriften in allen Prozessen des Leistungseinkaufs abzubilden und zu vollziehen. Die Rolle des Kantons wird sich verändern: er wird vom heutigen Leistungseinkäufer zum Finanzierer. Mit dem RRB 2009-000484 vom 25. März 2009 wurde ein Kleinkredit mit einem Nettoaufwand von insgesamt Fr. 0.9 Mio bewilligt, wovon Fr. 0.2 Mio im Jahr 2009 im Globalbudget zu kompensieren waren.

ES0025: Die Umsetzung des Bundesrechts über die Neuordnung der Pflegefinanzierung auf kantonaler Ebene ist Ziel dieses Entwicklungsschwerpunktes. Eine Übergangsverordnung zur Teilrevision des Pflegegesetzes wird per 1.1.2011 in Kraft gesetzt. Die Restkostenfinanzierung wird voraussichtlich von den Gemeinden getragen und über eine Clearingstelle des Kantons abgerechnet. Die Motion Rüetschi ist in der Gesetzesvorlage einbezogen. Verordnungen müssen angepasst werden. Per 1. Januar 2012 muss das revidierte Pflegegesetz in Kraft sein.

ES0021: Das Pilotprojekt wird bis Ende 2012 geführt. Erste Umsetzungsresultate in Bezug auf eine Vermittlungsstelle von Freiwilligen werden Ende 2010 erwartet. Das Teilprojekt Nachbarschaftshilfe wird ab 2011 aufgebaut.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
535ZI0031	Der Anspruch auf Prämienverbilligung wird vom Grossen Rat festgelegt.	1	Prozentsatz des massgeblichen Einkommens	%		11	11	11	11	11
535ZI0021	Eine akzeptable Wartezeit der stationären Versorgung im Kantonsspital Aarau muss gewährleistet sein, um die medizinische Grundversorgung im Kanton sicherzustellen.	1	Maximale Wartezeit für Operationen der "Viszeral Chirurgie"	Wochen	4	4	4	4	4	4
		2	Maximale Wartezeit für Operationen der "Gefässchirurgie"	Wochen	16	16	16	16	16	16
		3	Maximale Wartezeit für Operationen der "Neurochirurgie und Diskushernien"	Wochen	3	3	3	3	3	3
		4	Maximale Wartezeit für Operationen der "Urologie"	Wochen	8	8	8	8	8	8
		5	Maximale Wartezeit für Operationen in der "Frauenklinik"	Wochen	6	6	6	6	6	6
535ZI0022	Eine akzeptable Wartezeit in der Spezial- und Langzeitversorgung kann sichergestellt werden.	1	Wartezeit für Antritt eines Krankenheimplatzes	Monate	2	2	2	2	2	2
		2	Wartezeit für den Antritt eines Rehabilitationsplatzes	Wochen	3	3	3	3	3	3
535ZI0029	Eine akzeptable Wartezeit der stationären Versorgung in den psychiatrischen Einrichtungen muss gewährleistet sein, um die psychiatrische Versorgung im Kanton sicherzustellen.	1	Maximale Wartezeit für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für FFE (fürsorgerischer Freiheitsentzug) eingewiesene Patienten(innen)	Tage	0	0	0	0	0	0
		2	Maximale Wartezeit von 5 Tagen für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für freiwillig zugewiesene Patienten(innen); Zielerreichungsgrad:	%	95	95	95	95	95	95
535ZI0030	Die wirksame und zweckmässige ambulante und teilstationäre psychiatrische Versorgung im Kanton Aargau ist gewährleistet.	1	Minimale Behandlungsdauer für die ambulante Behandlung von neu eingetretenen Patienten(innen) durch EPD der PDAG bis zum Übertritt zu einem freipraktizierenden psychiatrischen Facharzt/Fachärztin	Monate	2	2	2	2	2	2
		2	Maximal mögliche Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für stationär behandelte Patienten(innen)	Tage	6	3	3	3	3	3
		3	Maximale Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für ambulant behandelte Patienten(innen) (akut)	Wochen	4	3	3	3	3	3

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0029: Mit einer neuen Aufnahmestation kann die maximale Wartezeit entsprechend der Indikatoren eingehalten werden.
ZI0030 I1: Mit einem zusätzlichen psychiatrischen ambulanten Angebot kann die Behandlung entsprechend der angegebenen Monate verlängert werden.
ZI0030 I2: Mit dem Aufbau einer neuen Tagesklinik kann die Aufenthaltsdauer im Internen Psychiatrischen Dienst entsprechend der eingetragenen Tage verkürzt werden.
ZI0030 I3: Mit der Erweiterung der Tageskliniken/Tageszentren können die ambulanten Patienten entsprechend der Wochenangaben früher aufgenommen werden.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG vom 18. März 1994) und das Spitalgesetz vom 25. Februar 2003. Eine weitere wichtige rechtliche Grundlage bildet das neue Pflegegesetz, welches zum 1. Januar 2008 Inkraft getreten ist.

Der finanzielle Aufwand wird im Wesentlichen durch die Beiträge an die Kantons- und Regionalspitäler verursacht. Steuerungsmöglichkeiten des Grossen Rates liegen eher im Bereich von baulichen Grossprojekten und strategischen Vorgaben, wie die Gesundheitspolitische Gesamtplanung (GGpl).

Ein weiterer grosser Kostenblock ist die Prämienverbilligung, deren Anteil aus Bundesvorgaben umgesetzt werden müssen. Hier hat der Grosse Rat Steuerungsmöglichkeiten, indem er über Dekret den Prozentsatz des massgeblichen Einkommens (zur Berechnung des Anspruchs auf Prämienverbilligung) beschliesst. Eine Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen (des EG KVG) ist im Gange. Eine Reduzierung des massgeblichen Einkommens um 1% verursacht einen Mehraufwand in Höhe von rund Fr. 25 Mio, wogegen eine Erhöhung um 1% zu einer Minderung des Aufwands von rund Fr. 18 Mio führen würde.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-578'485**	**-611'276**	**-635'996**	**4.0**	**-773'317**	**-802'739**	**-834'564**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**212'228**	**232'003**	**245'634**	**5.9**	**361'573**	**373'577**	**385'812**
Saldo Aufgabenbereich	**-366'257**	**-379'273**	**-390'363**	**2.9**	**-411'744**	**-429'163**	**-448'752**
Total Aufwand Globalbudget	-547'340	-603'502	-631'091	4.6	-763'962	-797'234	-829'059
Total Ertrag Globalbudget	212'226	231'998	245'629	5.9	316'068	327'672	339'907
Saldo Globalbudget	-335'114	-371'504	-385'463	3.8	-447'894	-469'563	-489'152
Total Aufwand Kleinkredite	-233	-1'369	-900	-34.3	-4'250		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-233	-1'369	-900	-34.3	-4'250		
Total Aufwand LUAE	-30'912	-6'405	-4'005	-37.5	-5'105	-5'505	-5'505
Total Ertrag LUAE	2	5	5	0.0	45'505	45'905	45'905
Saldo LUAE	-30'910	-6'400	-4'000	-37.5	40'400	40'400	40'400

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Beitr. gem. Spitalabkommen BL (3740.01)	-2	-5	-5	0.0	-5	-5	-5
Total Ertrag LUAE Beitr. gem. Spitalabkommen BL (3740.01)							
Saldo LUAE Beitr. gem. Spitalabkommen BL (3740.01)	-2	-5	-5	0.0	-5	-5	-5
Total Aufwand LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL (4730.01)							
Total Ertrag LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL (4730.01)	2	5	5	0.0	5	5	5
Saldo LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL (4730.01)	2	5	5	0.0	5	5	5
Total Aufwand LUAE Amortisation + Verzinsung Bauschulden	-30'910	-6'400	-4'000	-37.5	-5'100	-5'500	-5'500
Total Ertrag LUAE Amortisation + Verzinsung Bauschulden					5'100	5'500	5'500
Saldo LUAE Amortisation + Verzinsung Bauschulden	-30'910	-6'400	-4'000	-37.5	0	0	0
Total Aufwand LUAE Übertragung Spitalliegenschaften							
Total Ertrag LUAE Übertragung Spitalliegenschaften					40'400	40'400	40'400
Saldo LUAE Übertragung Spitalliegenschaften					40'400	40'400	40'400

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Hauptursachen für die Aufwandsteigerung in Höhe von Fr. 23.6 Mio sind Mehraufwand für die Prämienverbilligung auf der Basis neuer detaillierter Berechnungen (Fr. 32.6 Mio), Mehraufwand für Studien und Gutachten (Fr. 0.45 Mio), Minderaufwand bei der Akutversorgung (Fr. 3.9 Mio), wobei bei den Kantonsspitälern aufgrund höherer Fallzahlen und Anpassung der Preissteigerung mehr aufgewendet (Fr. 6.5 Mio) und bei den Regionalspitälern aufgrund der Anpassung an die Rechnungsergebnisse 2008/2009 weniger aufgewendet werden wird (Fr. 10.5 Mio). In der Spezialversorgung wird für die PDAG aufgrund der Neuplatzierung von Langzeitpatienten Fr. 4 Mio mehr aufgewendet. In der Langzeitversorgung wird wegen des Wegfalls des Anspruchs von Krankenheimen auf kantonale Unterstützung gemäss Pflegegesetz weniger aufgewendet (Fr. 5.2 Mio).

Die Ertragssteigerung in Höhe von Fr. 13.6 Mio wird verursacht durch Mehrerträgen aus Bundesbeiträgen für die Prämienverbilligung aufgrund aktualisierter Berechnungen (Fr. 21.4 Mio) sowie Mindererträgen aus Gemeindebeiträgen an die Spitäler aufgrund des korrigierten Verteilschlüssels Kanton/Gemeinden (Fr. 7.8 Mio).

Kleinkredite

Minderaufwand aufgrund von Projektabschlüssen (Beitrag an PSI; Pflegegesetz) (Fr. 0.4 Mio).

LUAE

Minderaufwand bei den Zinsen für Bauschulden aufgrund eines geänderten Berechnungsmodells (Fr. 2.4 Mio).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Mehraufwände für Prämienverbilligung sowie Mehraufwände bei der Spitalfinanzierung aufgrund der Umsetzung der KVG-Revision ab 2012. Mehrerträge aus Bundesbeiträgen für Prämienverbilligung aufgrund aktualisierter Berechnungen sowie Mehrertrag aus Gemeindebeiträgen für die Privatspitäler und Rehakliniken im Zusammenhang mit der KVG-Revision aufgrund des im Spitalgesetz festgesetzten Finanzierungsschlüssels zur Finanzierung der Grundversorgung.

LUAE

Mehraufwand für Zinsen auf Bauschulden. Mehrerträge aufgrund Verkauf der Spitalliegenschaften an die Kantonsspitäler (Fr. 40.4 Mio) sowie Zinseinnahmen von den Regionalspitälern aufgrund der KVG-Revision (Fr. 5.1 Mio).

FUSSNOTEN

KU0010	Regionalspitäler sind: Leuggern, Menziken, Muri, Zofingen, Fricktal

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollziehen der Gesetzgebungen von Bund und Kanton im Bereich "Militär und Bevölkerungsschutz" zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von ausserordentlichen Lagen; Sicherstellen der Einsatzbereitschaft zur Bewältigung von Katastrophen, Notlagen, schweren Mangellagen sowie kriegerischen Ereignissen in der Schweiz.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**540**	**Militär und Bevölkerungsschutz**
Produktegruppen	54010	Kreiskommando
	54020	Wehrpflichtersatzabgabe
	54030	Waffenplatz und Logistik
	54040	Katastrophenvorsorge
	54050	Zivilschutz Ausbildung
	54060	Koordination Zivilschutz

UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich werden auf der Basis von Bundes- und kantonalen Gesetzen die folgenden Aufgaben erfüllt: administrative Führung aller Militärdienst- und Meldepflichtigen mit Wohnsitz im Kanton Aargau, Erfüllung von Vollzugsaufgaben in den Bereichen Rekrutierung, Schiesswesen und Armeelogistik, Durchsetzen der subsidiären Wehrpflichterfüllung durch Veranlagung und Bezug der Wehrpflichtersatzabgaben, Vorbereitung auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen, Ausbildung der Zivilschutz-Angehörigen im Kanton Aargau.

Mittelfristig (2011-2014) wird es sowohl in der Armee wie auch im Zivilschutz keine grundlegenden Reformen geben. Hingegen soll der in den Bereichen Personal, Material und Ausbildung erkannte Optimierungsbedarf in Armee und Zivilschutz umgesetzt werden. Von diesen Optimierungen werden (insbesondere im Zivilschutz) auch die Kantone betroffen sein.

Im Rahmen einer künftigen Gesamtplanung "Schutz und Sicherheit" wurde die Zielvariable "Angemessen geschützte und sichere Bevölkerung" definiert, d.h. der Regierungsrat setzt die notwendigen Massnahmen gezielt so ein, dass die Aargauer Bevölkerung nicht nur im Alltag, sondern auch in einer besonderen oder ausserordentlichen Lage angemessen sicher und geschützt ist. Zu diesem Zweck soll unter anderem das Projekt "Gefährdungsanalyse Aargau" aufzeigen, mit welchen Notfallszenarien gerechnet werden muss und wie diese bewältigt werden können.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
540KU0012	Militärdienst- und Meldepflichtige	Anzahl	42'049	42'000	41'500	41'500	41'000	40'500
540KU0013	Schiesspflichtige	Anzahl	14'844	15'000	14'500	14'500	14'000	14'000
540KU0014	Stellungspflichtige Orientierungstag	Anzahl	3'224	3'100	3'000	2'900	2'900	2'950
540KU0015	Stellungspflichtige Rekrutierung	Anzahl	3'019	3'000	2'900	2'800	2'800	2'900
540KU0016	Zu entlassende Angehörige der Armee (AdA)	Anzahl	1'787	2'000	1'900	1'800	1'800	1'750
540KU0017	Ersatzpflichtige	Anzahl	17'201	16'000	17'000	17'000	17'000	17'000
540KU0023	Angehörige des kantonalen Führungsstabs (KFS)	Anzahl	61	61	61	61	61	61
540KU0024	Regionale Führungsorgane	Anzahl	34	34	31	31	31	31
540KU0025	Angehörige des Kantonalen Katastrophen-Einsatzelements (KKE)	Anzahl	345	370	375	390	405	420
540KU0026	Angehörige der "Infoline" des Kantonalen Führungsstabs	Anzahl	25	40	50	50	50	50
540KU0018	Zivilschutzanlagen	Anzahl	173	175	175	175	155	150

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
540KL0024	Dienstverschiebungsgesuche Militär	Anzahl	3'178	3'600	3'600	3'600	3'600	3'400
540KL0036	Auslastungsgrad der Rekrutierungszyklen für den Kanton Aargau	%	95	95	95	95	95	95
540KL0037	Quote der Stellungspflichtigen, die den Orientierungstag mit "gut" bewerten	%	80	80	80	80	80	80
540KL0026	Veranlagungen Ersatzpflichtiger und Bezugsdokumente	Anzahl	40'933	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
540KL0027	Betreibungsverfahren bei Ersatzpflichtigen	Anzahl	1'772	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
540KL0032	Kundenkontakte Retablierungsstelle Aarau	Anzahl	7'580	7'000	6'500	6'500	6'000	6'000
540KL0038	Quote der Kunden, die bei Kontakten mit der Retalbierungsstelle deren Dienstleistungen mit "sehr gut" oder "gut" bewerten	%	95	95	95	95	95	95
540KL0028	Bearbeitete Dienstverschiebungsgesuche, Verwarnungen, Anzeigen und Entlassungen des Zivilschutzes	Anzahl	383	350	350	350	350	360
540KL0029	Administration Kursteilnehmer Bundeskurse	Anzahl	231	150	150	150	150	200
540KL0030	Auszubildende Angehörige Zivilschutz pro Jahr (Grund-, Zusatz-, Kaderausbildung und Weiterbildung)	Anzahl	1'097	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
540KL0039	Quote der ausgebildeten Angehörigen des Zivilschutzes, die die Qualität der Ausbildungs- und Weiterbildungskurse mit "gut bis sehr gut" bewerten	%	80	80	80	80	80	80
540KL0040	Auslastungsgrad der Schulungsräume des Zivilschutz-Ausbildungszentrums Eiken	%			80	80	80	80
540KL0033	Jährliche Kontrollen der Schutzanlagen in den Regionen im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz	Anzahl	18	0	28	18	15	15
	Finanzkennzahlen							
540KF0008	Einnahmen Bussen (Schiess-, Rekrutierungs-, Truppenbussen)	Mio. Fr.	0.34	0.27	0.29	0.27	0.27	0.27
540KF0004	Einnahmen aus dem Wehrpflichtersatz	Mio. Fr.	2.1	1.8	1.5	1.5	1.5	1.3
540KF0005	Einnahmen vom Bund aufgrund der Leistungsvereinbarungen	Mio. Fr.	4.8	2.8	2.9	2.9	2.9	2.9
540KF0006	Rückerstattungen von den Gemeinden für die Zivilschutzausbildung	Mio. Fr.	1.6	1.3	1.3	1.3	1.3	1.4

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0017: Die Werte ab 2011 wurden an die aktuelle Entwicklung angepasst.

KU0018: Durch die vermehrte Regionalisierung von Zivilschutzorganisationen werden ältere Schutzanlagen aufgehoben.

KU0023-0026: Diese Kennzahlen sind neu und wurden auf der Basis der gelöschten Ziele formuliert.

KL0032: Der Rückgang der Kundenkontakte in der Retablierungsstelle Aarau ist darauf zurückzuführen, dass neu im Logistikcenter Othmarsingen diese Dienstleistung ebenfalls erbracht wird. Dadurch verteilen sich die Kunden auf Aarau und Othmarsingen.

KL0036-0040: Diese Kennzahlen sind neu und wurden auf der Basis der gelöschten Ziele formuliert.

KF0006: Höhere Einnahmen aufgrund zunehmender Anzahl Auszubildende.

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011, 0012, 0013: An der KAPF-Sitzung zum AFP 2010-2013 vom 2. November 2009 wurde vom Kommissionspräsidenten angeregt, aufgrund der Nichtsteuerbarkeit der Ziele auf diese zu verzichten und sie stattdessen als Umfeld- bzw. Leistungskennzahlen zu führen. Die Anregung wird mit dem AFP 2011-2014 umgesetzt. Ziele werden aber weiterhin auf Produktegruppenebene geführt.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen des Aufgabenbereichs Militär und Bevölkerungsschutz sind das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz MG), das Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) sowie das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG).

Die Aufgaben im Bereich Militär und Wehrpflichtersatzabgabe sind praktisch zu 100% Bundesaufgaben. Steuerungsmöglichkeiten bestehen in diesem Bereich nicht.

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG) regelt den Vollzug der Bundesgesetzgebung im Bereich Bevölkerungsschutz und Zivilschutz und regelt die Zuständigkeiten sowie die Aufgaben und deren Finanzierung von Kanton und Gemeinden. Minimale Anforderungen zur Umsetzung des BZG-AG sind in den Bereichen Kantonaler Führungsstab KFS sowie Kantonales-Katastrophen-Einsatzelement KKE (Anzahl Personen, Anzahl Aus- und Weiterbildungstage, Anzahl Einsätze); Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des Zivilschutzes (Ausbildungsdauer); Kontrollführung (Art der Informatikprogramme); Ausrüstung der Angehörigen des Zivilschutzes (Standard der Ausrüstung) sowie Steuerung im Schutzraumbau (Befreiung von Gemeinden mit über 110 % Schutzplätzen) festgelegt. Eine Verknüpfung der Aufgaben mit den Finanzen ist aufgrund der Komplexität der Sachverhalte derzeit nicht möglich.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-15'671**	**-13'934**	**-16'050**	**15.2**	**-15'202**	**-15'101**	**-14'762**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**14'077**	**9'408**	**10'719**	**13.9**	**10'023**	**9'861**	**9'611**
Saldo Aufgabenbereich	**-1'593**	**-4'525**	**-5'332**	**17.8**	**-5'179**	**-5'241**	**-5'152**
Total Aufwand Globalbudget	-13'019	-12'994	-14'280	9.9	-13'529	-13'547	-13'483
Total Ertrag Globalbudget	8'943	6'390	7'476	17.0	6'860	6'798	6'798
Saldo Globalbudget	-4'075	-6'603	-6'805	3.1	-6'669	-6'749	-6'685
Total Aufwand Kleinkredite	-71		-345	-	-328	-310	-285
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-71		-345	-	-328	-310	-285
Total Aufwand LUAE	-2'580	-940	-1'425	51.6	-1'345	-1'245	-995
Total Ertrag LUAE	5'134	3'018	3'243	7.5	3'163	3'063	2'813
Saldo LUAE	2'554	2'078	1'818	-12.5	1'818	1'818	1'818

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Entschäd.Militärgerichtskosten (3500.01)	-33	-25	-30	20.0	-30	-30	-30
Total Ertrag LUAE Entschäd.Militärgerichtskosten (3500.01)							
Saldo LUAE Entschäd.Militärgerichtskosten (3500.01)	-33	-25	-30	20.0	-30	-30	-30
Total Aufwand LUAE Militärgerichtskosten (4311.2)							
Total Ertrag LUAE Militärgerichtskosten (4311.2)	33	25	30	20.0	30	30	30
Saldo LUAE Militärgerichtskosten (4311.2)	33	25	30	20.0	30	30	30
Total Aufwand LUAE Bussen (4379)							
Total Ertrag LUAE Bussen (4379)	340	270	310	14.8	310	310	310
Saldo LUAE Bussen (4379)	340	270	310	14.8	310	310	310
Total Aufwand LUAE Durchl. Beiträge an GDE (3720)	-1'228	-350	-580	65.7	-500	-500	-250
Total Ertrag LUAE Durchl. Beiträge an GDE (3720)							
Saldo LUAE Durchl. Beiträge an GDE (3720)	-1'228	-350	-580	65.7	-500	-500	-250
Total Aufwand LUAE Durchl. Bundesbeiträge für ZS (4707)							
Total Ertrag LUAE Durchl. Bundesbeiträge für ZS (4707)	1'228	350	580	65.7	500	500	250
Saldo LUAE Durchl. Bundesbeiträge für ZS (4707)	1'228	350	580	65.7	500	500	250

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz (4300.01)							
Total Ertrag LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz (4300.01)	2'214	1'808	1'508	-16.6	1'508	1'508	1'508
Saldo LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz (4300.01)	2'214	1'808	1'508	-16.6	1'508	1'508	1'508
Total Aufwand LUAE Versch. durchl. Investbeitr. an GDE 5729	-568	-565	-565	0.0	-565	-565	-565
Total Ertrag LUAE Versch. durchl. Investbeitr. an GDE 5729							
Saldo LUAE Versch. durchl. Investbeitr. an GDE 5729	-568	-565	-565	0.0	-565	-565	-565
Total Aufwand LUAE Durchl. Investbeitr. Bund für ZS (6704)							
Total Ertrag LUAE Durchl. Investbeitr. Bund für ZS (6704)	568	565	565	0.0	565	565	565
Saldo LUAE Durchl. Investbeitr. Bund für ZS (6704)	568	565	565	0.0	565	565	565
Total Aufwand LUAE Sirenenoptimierung im Kanton Aargau	-751		-250	-	-250	-150	-150
Total Ertrag LUAE Sirenenoptimierung im Kanton Aargau	751		250	-	250	150	150
Saldo LUAE Sirenenoptimierung im Kanton Aargau	0		0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Ursachen für die Aufwandsteigerung in Höhe von Fr. 1.3 Mio sind Mehraufwände für zusätzliches Material zum Weiterverkauf an die Zivilschutzorganisationen (ZSO) der Gemeinden und Revisionen von Geräten (Fr. 0.4 Mio), für die Behebung der Defizite im Rahmen der Umsetzung der Gefährdungsanalyse (Fr. 0.2 Mio), für den Ausbau der Telematik in den Führungsstandorten der Zivilschutzorganisationen (Fr. 0.5 Mio) sowie Erneuerung von Zivilschutzmaterial und Ausrüstungen gemäss Vorgaben des Bundes (Fr. 0.2 Mio).

Ursachen für die Ertragssteigerung in Höhe von Fr. 1.1 Mio sind Mehrerträge aus zusätzlichen Materialverkäufen an die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden und Revisionen von Geräten (Fr. 0.4 Mio) und aus Rückerstattung des Bundes für den Ausbau der Telematik in den Führungsstandorten der Zivilschutzorganisationen (Fr. 0.5 Mio).

Kleinkredite

Mehraufwand für das neue Konzept 2015 des Kantonalen Katastrophen-Einsatzelements (KKE) (Fr. 0.3 Mio).

LUAE

Mehraufwand aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes für Sanierungsmassnahmen bei der Sirenenoptimierung und den ZSO (Fr. 0.5 Mio). Mehrertrag aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes für Sanierungsmassnahmen bei der Sirenenoptimierung und den ZSO (Fr. 0.5 Mio) sowie Minderertrag bei den Wehrpflichtersatzeinnahmen aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage (Fr. 0.3 Mio).

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Minderaufwände aufgrund des abgeschlossenen Ausbaus der Telematik in den Führungsstandorten der ZSO (Fr. 0.4 Mio) und dem Abschluss der Revisionen an Geräten (Fr. 0.2 Mio).

Mindererträge aufgrund des abgeschlossenen Ausbaus der Telematik in den Führungsstandorten der ZSO (Fr. 0.4 Mio) und dem Abschluss der Revisionen an Geräten (Fr. 0.2 Mio).

LUAE

Inhaltlich gemäss Kommentar zum Budget.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen einer Ausgleichskasse im Bundesauftrag.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**545**	**Sozialversicherungen**
Produktegruppen	54510	Sozialversicherungen

UMFELDENTWICKLUNG

Die Ausgleichskassen vollziehen Bundesaufgaben und mit Genehmigung des Bundesrates auch weitere Aufgaben, die an die Kantone übertragen werden (Art. 63 Abs. 4 Bundesgesetz über die AHV). Von dieser Möglichkeit ist im Kanton Aargau Gebrauch gemacht worden. Der Sozialversicherungsanstalt Aargau (SVA) wurde der Vollzug folgender Aufgaben übertragen: Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, Prämienverbilligung und Familienausgleichskasse. Mit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) zum 1. Januar 2008 hat der Bund die Kantonsanteile von AHV und IV übernommen, was in diesem Bereich zu erheblichen kantonalen Einsparungen geführt hat.

Die zukünftigen Herausforderungen hängen stark mit der demografischen Entwicklung zusammen. Während geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, treten eher geburtenschwache Jahrgänge ins Erwerbsleben. Der Sicherung der ersten Säule als wichtigstes Sozialwerk kommt daher noch grössere Bedeutung zu. Der Sanierung über Leistungsabbau (Erhöhung Rentenalter der Frauen oder auch generelle Heraufsetzung des Rentenalters) wie auch der zusätzlichen Mittelbeschaffung über höhere MWSt-Abgaben oder Lohnprozente stehen gesellschaftliche Widerstände entgegen. Bei der Invalidenversicherung sind die Auswirkungen der 5. IVG-Revision spürbar. Hier dürfte sich die bereits bekannte Entwicklung mit einer wesentlich höheren Rentenablehnungsquote fortsetzen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
545KU0001	Bevölkerung Kanton Aargau	Anzahl	598'920	594'000	611'000	617'000	623'000	629'000
545KU0002	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau: Veränderungsrate gesamt	%	1.53	0.8	1	1.02	0.99	0.96
545KU0003	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau: Veränderungsrate der über 65-jährigen	%	3.67	3.14	3.06	3.28	3.05	2.96
545KU0004	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit	Anzahl	1'205	1'600	2'500	2'200	1'800	1'775
545KU0005	Bezüger(-innen) AHV	Anzahl	100'900	108'000	110'100	113'700	117'500	121'400
545KU0006	Bezüger(-innen) von Ergänzungsleistungen	Anzahl	12'238	12'900	13'500	14'100	14'700	15'300
545KU0007	Bezüger(-innen) IV-Rente	Anzahl	17'820	18'000	17'900	17'800	17'700	17'600

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001-0007: Die Prognosen ab 2011 wurden an die aktuelle Entwicklung angepasst.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die SVA ist eine selbstständige Staatsanstalt, die gemäss § 1, Abs. 3 im Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fällt. Somit wurden auch keine Entwicklungsschwerpunkte und Ziele formuliert. Die Beschreibung der Umfeldentwicklung und eine Auswahl von Kennzahlen sollen dennoch ein Mindestmass an Informationen für diesen kostenträchtigen Aufgabenbereich liefern.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-178'127**	**-187'550**	**-194'099**	**3.5**	**-201'259**	**-206'500**	**-212'882**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**51'808**	**59'010**	**61'810**	**4.7**	**64'810**	**67'710**	**70'010**
Saldo Aufgabenbereich	**-126'318**	**-128'540**	**-132'289**	**2.9**	**-136'449**	**-138'790**	**-142'872**
Total Aufwand LUAE	-178'127	-187'550	-194'099	3.5	-201'259	-206'500	-212'882
Total Ertrag LUAE	51'808	59'010	61'810	4.7	64'810	67'710	70'010
Saldo LUAE	-126'318	-128'540	-132'289	2.9	-136'449	-138'790	-142'872

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Ergänzungsleistungen AHV / IV	Externe Dienstleistungsaufträge	-3'196	-3'800	-3'400	-10.5	-3'100	-3'200	-3'200
	Ergänzungsleistungen AHV/IV	-172'204	-176'200	-187'149	6.2	-193'609	-198'750	-205'132
	Bundesbeiträge Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	51'794	59'000	61'800	4.8	64'800	67'700	70'000
Saldo LUAE Ergänzungsleistungen AHV / IV		-123'606	-121'000	-128'749	6.4	-131'909	-134'250	-138'332

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Eidgenössische AHV / IV	-130	-500	-500	0.0	-500	-500	-500
Total Ertrag LUAE Eidgenössische AHV / IV	15	10	10	0.0	10	10	10
Saldo LUAE Eidgenössische AHV / IV	-115	-490	-490	0.0	-490	-490	-490
Total Aufwand LUAE KT-Anteil FamZulagen in der Lwschaft	-2'035	-2'050	-2'050	0.0	-2'050	-2'050	-2'050
Total Ertrag LUAE KT-Anteil FamZulagen in der Lwschaft							
Saldo LUAE KT-Anteil FamZulagen in der Lwschaft	-2'035	-2'050	-2'050	0.0	-2'050	-2'050	-2'050
Total Aufwand LUAE KT-Beitrag Kinderzulagen NichterwTätige	-563	-5'000	-1'000	-80.0	-2'000	-2'000	-2'000
Total Ertrag LUAE KT-Beitrag Kinderzulagen NichterwTätige							
Saldo LUAE KT-Beitrag Kinderzulagen NichterwTätige	-563	-5'000	-1'000	-80.0	-2'000	-2'000	-2'000

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

LUAE

Die Aufwandsteigerung in Höhe von Fr. 6.5 Mio wird verursacht durch Mehraufwand für Ergänzungsleistungen infolge Inkraftsetzung der neuen Pflegefinanzierung ab 2011 (Fr. 10.9 Mio), Minderaufwand für die Kinderzulagen an Nichterwerbstätige wegen Anpassung an die Rechnung 2009 (Fr. 4 Mio) sowie Minderaufwand aufgrund des Wegfalls der Programmentwicklungskosten "Durchführung der EL" mit SVA-LU,-BL, -BS (Fr. 0.4 Mio). Ursache für die Ertragssteigerung ist die Anpassung der Bundesbeiträge für Ergänzungsleistungen an die Vorjahresrechnungsergebnisse (Fr. 2.8 Mio).

Veränderungen in den Planjahren

LUAE

Mehraufwand für Ergänzungsleistungen infolge Inkraftsetzung der neuen Pflegefinanzierung ab 2011.
Mehrertrag aufgrund der Anpassung der Bundesbeiträge für Ergänzungsleistungen an die Vorjahresrechnungsergebnisse.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Schaffen und Umsetzen der Grundlagen und Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Nutzung und Entwicklung der Siedlungsgebiete und der Landschaft als attraktiven, vernetzten Wirtschafts- und Lebensraum mit hoher Wohnqualität. Sicherstellen der rechtmässigen Verfahren und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**610**	**Raumentwicklung und Recht**
Produktegruppen	61010	Kantonale Entwicklung
	61020	Regionale + kommunale Entwicklung
	61025	Siedlungs- und Freiraumentwicklung
	61030	Koordination Bauvorhaben
	61040	Recht

UMFELDENTWICKLUNG

Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst die Erstellung von raumplanerischen Grundlagen auf Stufe Kanton (Richtplanung), Region und Gemeinden, die Unterstützung regionaler Entwicklungsprojekte, die Zusammenarbeit und Koordination mit den Nachbarkantonen und dem Bund sowie mit den Gemeinden im Bereich der Nutzungsplanungen. Die kantonalen Bewilligungsverfahren garantieren eine rechtsgleiche und koordinierte Behandlung von Baugesuchen. Zudem werden Streitfälle, die das Bau- und Umweltrecht betreffen, geschlichtet oder entschieden und Gemeinden in baurechtlichen und raumplanerischen Fragestellungen unterstützt und beraten.

Für den Aargau gilt es die Chancen der Entwicklung der Wirtschaftszentren Zürich und Basel zu nutzen. Angestrebt wird eine Verbindung der Metropolitanregionen Zürich und Basel zu einem Wirtschaftsraum Nordschweiz, der im internationalen Standortwettbewerb der europäischen Metropolitanregionen das nötige Gewicht aufweist. Der Kanton Aargau steht vor der Herausforderung, sich innerhalb dieses Wirtschaftsraums als Wohn- und Wirtschaftskanton zu positionieren und an der Gesamtentwicklung dieses Wirtschaftsraums eine förderliche Rolle einzunehmen. 2009 konnte der Aargau einen Bevölkerungszuwachs von rund 7'900 Einwohnern verzeichnen. Die Entwicklung des Wirtschaftsraums und das kontinuierliche Bevölkerungswachstum muss in der räumlichen Entwicklung aufgenommen werden. Gefordert wird eine hohe Qualität der räumlichen, wirtschaftlichen und verkehrlichen Entwicklung, damit die Attraktivität des Kantons Aargau weiter zunehmen kann. Wichtig bleibt eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung, die optimale Vernetzung der aargauischen Zentren mit Zürich und Basel, eine funktionsfähige Infrastruktur sowie eine gute Anbindung des ländlichen Raums.

Die innerkantonale Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung orientiert sich an den in Zusammenarbeit mit den Gemeinden festgelegten kantonalen und regionalen Schwerpunkte gemäss raumentwicklungAARGAU. Diese Standorte sollen für geeignete Unternehmen rasch verfügbar gemacht werden. Zur Entwicklung des ländlichen Raums werden mit kantonaler Unterstützung in den Regionalplanungsverbänden regionale Entwicklungskonzepte erarbeitet mit dem Ziel, die zukünftige Entwicklung verstärkt auf die spezifischen Potenziale als Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandorte auszurichten.

Die feingliedrige Gemeindestruktur hat im Aargau zu einer starken Dezentralisierung der Besiedlung geführt. Um die Kernstädte haben sich Agglomerationen gebildet, die kontinuierlich wachsen. Daraus ergeben sich neue gemeindeübergreifende, regionale Aufgabenstellungen in der Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsentwicklung. Es gilt, die neuen Vorgaben im Baugesetz umzusetzen. Mit den grenzüberschreitenden Agglomerationsprogrammen werden entsprechende Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsverbänden und den Nachbarkantonen definiert. Der Bund hat die Mitfinanzierung festgelegt.

Aufgrund der Standortgunst ist der Kanton Aargau auch in Zukunft attraktiv für Wohnnutzungen und Arbeitsplätze, besonders in den Zentren und ihren Agglomerationen sowie im gut erreichbaren ländlichen Raum im Umfeld von Zürich, Basel, Luzern, Solothurn und Zug. Gesamthaft sind genügend Bauzonenreserven vorhanden, aber nicht immer an den nachgefragten Orten. Während in den ländlichen Gegenden zu viel Reserven bestehen, fehlt genügend Bauland in den Agglomerationen. Zudem sind die Bauzonen oft nur teilweise verfügbar oder entsprechen nicht der Nachfrage. In verschiedenen Regionen ist die gute Erreichbarkeit - durch die zunehmende Mobilität und die Kapazitätsengpässe in der Schienen- und Strasseninfrastruktur - nicht mehr zu gewährleisten. Deshalb sind Massnahmen zur Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Rahmen der grenzüberschreitenden Agglomerationsprogramme vordringlich.

Zusätzlich ist mit den Instrumenten der Raumentwicklung darauf hinzuwirken, dass durch hohe Wohnqualität mittels multifunktional nutzbaren Bauten auf die sich verändernde Nachfrage reagiert werden kann. Zur Aufwertung der Wohnqualität werden zusammen mit den Nachbarkantonen Naherholungsgebiete mittels Agglomerationsparks in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete ausgeschieden.

UMFELDENTWICKLUNG

Die Abteilung für Baubewilligungen hat die internen Abläufe für Gesuche, welche einer kantonalen Zustimmung bedürfen, weiter optimiert. Der Anspruch, alle Informationen und Teilbewilligungen aus einer Hand zu erhalten, nimmt laufend zu. Auf diese Entwicklung ist mit einem Ausbau der Sach- und Fachkenntnisse der Mitarbeitenden und entsprechenden organisatorischen Massnahmen zu reagieren. Die Stärkung des Kompetenzzentrums für Baubewilligungen und andere Bewilligungen im Zusammenhang mit dem Bauwesen ist weiter im Fokus. Das laufende Projekt "Vollzug", welches die Begleitung des Baugesuches bis zur Kontrolle und nötigenfalls bei der Umsetzung von Auflagen beinhaltet, hat sehr positive Resonanz. Insbesondere die Unterstützung der Gemeinden beim Vollzug der Auflagen zeigt hohen Nutzen. In der Raumplanung, im Bauwesen und im Umweltschutz sind die gesetzlichen Vorschriften komplexer und die Verfahren entsprechend aufwändiger geworden. Das Recht regelt in grösserem Mass auch individuelle Interessensphären. Die Bereitschaft, Rechtsmittel zu ergreifen, ist weiter steigend. Die Zahl von Beschwerden in Bausachen hängt aber vor allem von der Bautätigkeit ab und variiert daher entsprechend.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
610KU0001	Eingegangene Baugesuche pro Jahr	Anzahl	2'525	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
610KU0002	Neueingänge von Einwendungen und Beschwerden	Anzahl	346	420	400	400	400	400
610KU0003	Einwohnerentwicklung Agglomeration (Einwohnerzuwachs pro Jahr)	Anzahl		4'500	4'500	4'500	4'500	4'500
610KU0004	Einwohnerentwicklung ländlicher Raum (Einwohnerzuwachs pro Jahr)	Anzahl		1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
610KU0009	Jährliche Überbauung von nicht überbauter Bauzone	ha	139	130	120	110	110	110
610KU0010	Überbaute Bauzone pro Einwohner	m2	288	290	285	280	280	275
610KU0011	Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	ha		40'720	40'680	40'660	40'650	40'640
610KU0012	Wanderungssaldo pro 1000 E und Jahr (s. Fussnote)	Anzahl		8	8	8	8	8
610KU0014	Einwohnerentwicklung, Total (Einwohnerzuwachs pro Jahr)	Anzahl			6'000	6'000	6'000	6'000
	Leistungskennzahlen							
610KL0001	Laufende Richtplanänderungs-Verfahren auf Antrag von Gemeinden, Replas, Privaten	Anzahl	18	10	5	5	5	5
610KL0002	Laufende Entwicklungs- und Standortförderungsprojekte (z. B. Agglоprogramme, ESP-Projekte, Umnutzungsprojekte, usw.)	Anzahl	10	8	10	10	10	10
610KL0003	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Koordinationsplattformen (mit den Kantonen ZH, SO, ZG, LU, Trinationaler Eurodistrikt Basel, Hochrheinkonferenz)	Anzahl	6	6	6	6	6	6
610KL0004	Begleitete, aktualisierte kommunale Nutzungsplanungen pro Jahr (allgemeine Nutzungsplanung und Sondernutzungsplanung)	Anzahl	107	120	120	120	120	120
610KL0005	Vorprüfungen von Nutzungsplanungen	Anzahl	223	180	180	180	180	180
610KL0006	Erledigte Einwendungen und Beschwerden	Anzahl	399	420	400	400	400	400
610KL0034	Erledigte Baugesuche pro Jahr	Anzahl	2'511	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500
	Finanzkennzahlen							
610KF0001	Baubewilligungsgebühren	Mio. Fr.	2.3	2.2	2.3	2.3	2.4	2.4

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001: Die Prognosen bezüglich der Entwicklung der Bautätigkeit sind schwierig, da sich die Konjunkturabschwächung im Bausektor verzögert auswirkt. Es wird mit einem leichten Rückgang gerechnet, da die Wirkung von Förderprogrammen nachlässt. Es ist weiterhin damit zu rechnen, dass die Vorhaben komplexer werden, ohne aber die entsprechenden Einnahmen zu generieren.

KU0002+KL0006: Bei den Bezeichnungen der Steuergrössen wurde aufgrund des neuen Baugesetzes das Wort Einsprachen durch Einwendungen ersetzt.

KU0003: Für die folgenden Jahre wird gemäss kantonaler Bevölkerungsprognose mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 4'500 E gerechnet, wobei dieser Wert unter dem überdurchschnittlichen Wachstum 2008 und 2009 liegt. 2006 betrug der Zuwachs 4'599 E, 2007 4'894 E, 2008 7'024 E und 2009 5'565 E.

KU0004: Die kantonale Bevölkerungsprognose rechnet mit einem durchschnittlichen, jährlichen Wachstum von 1’500 E und liegt weit unter dem effektiven Wachstum 2008 und 2009. 2006 betrug der Zuwachs 1'236 E, 2007 2'409 E, 2008 2'580 E und 2009 2'202 E.

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009: Der Baulandverbrauch ist abhängig von der Wirtschaftskonjunktur, der Angebots- und Nachfrageentwicklung und den Aktivitäten und Rahmenbedingungen der Gemeinden. 130 ha entsprechen der erwarteten Entwicklung. Konjunkturbedingt ist mit einer gegenüber 2008 leichten Abnahme zu rechnen. Der Wert lag in den letzten Jahren bei 138 ha (2005), 152 ha (2006), 136 ha (2007) und 139 ha (2008) und 112 ha (2009).

KU0010: Aussage zur Effizienz der Baulandnutzung. 290 m2 ist eine anzustrebende Zielgrösse (2005: 291 m2, 2006: 291 m2, 2007: 290 m2, 2008: 288 m2, 2009: 286 m2). Die angestrebten Massnahmen zur besseren Baulandnutzung lassen mittelfristig eine leichte Abnahme erwarten.

KU0011: Sicherzustellende Minimalfläche gemäss Sachplan Fruchtfolgeflächen: 40'000 ha. Durch Neueinzonungen und Projekte wie Strassen, Golfplätze usw. nimmt die Fläche jährlich ab (2007: 40'763 ha, 2008: 40'737 ha, 2009: 40'712 ha).

KU0012: Kennzahl zeigt die Zuwanderung des Kantons Aargau im Vergleich zu anderen Kantonen. 2004 betrug die Vergleichszahl 5.90, 2005 5.47, 2006 7.68. 2007 9.16, 2008 14.64 und 2009 provisorisch 11.1. Für die folgenden Jahre wird mit einer gegenüber 2007 und 2008 geringeren aber weiterhin hohen Zunahme gerechnet. Die Zuwanderung hängt von verschiedenen Faktoren ab: Wohnattraktivität, Angebot/Preise Wohnungen, Arbeitsplätze, Erreichbarkeit, usw.

Benchmark: Zahlen betragen 2006: AG +7.68, ZH +6.12, SO +2.83, LU +6.14, BL +2.63, ZG +4.66. 2007: AG +9.16, ZH +15.72, SO +6.43, LU +10.22, BL +5.99, ZG +12.87. 2008: AG +14.64, ZH +16.18, SO +5.99, LU +12.28, BL +6.68, ZG +8.15.

KL0001: Nach der Gesamtrevision des Richtplans gehen wir von einer reduzierten Anzahl von Einzelanpassungen aus.

KL0002: Richtungsweisende Entwicklungsprojekte zur Standortförderung in den Bereichen Wirtschaft, Wohnen, Bildung und Freizeit.

KF0001: Die Gebühreneinnahmen haben im letzten Jahr etwas abgenommen, weshalb in den nächsten Jahren mit einer leichten Schwächung der Bautätigkeit und der daraus generierten Einnahmen gerechnet werden muss. Mit einem markanten Einbruch ist indes nicht zu rechnen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
610ES0023	Controlling baurechtlicher Vorschriften und Vollzug rechtskräftiger Entscheide	1	Nettoaufwand Globalkredit		27	135	136			298
		2	Information der Gemeinden und Unterstützung bei der Durchsetzung der Kontrollen und von Vollzugsmassnahmen.	2011						
610ES0025	Gesamtüberprüfung und Neuausrichtung des Richtplans	1	Nettoaufwand Globalkredit		38	100	40	172		350
		2	Erstellen eines Entwurfs Gesamtrevision Richtplan. Aktualisierung und Aufnahme neuer Themen.	2010						
		3	Vorlage an den Grossen Rat	2011						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
610ES0026	Aggloprogramme, 1. und 2. Generation	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB Nr. 06.0870, 28.11.2006) und geplanter Zusatzkleinkredit		506	290	172	469	50	1'487
		2	Vorarbeiten für den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen mit dem Bund zur Umsetzung der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung der ersten Generation.	2012						
		3	Weiterentwicklung der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung der zweiten Generation nach Vorgaben des Bundes in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsverbänden.	2015						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben (ES0020, Raumentwicklung in funktionalen Räumen).

ES0023: Die Gemeinden sind mit der Kontrolle baurechtlicher Vorschriften und dem Vollzug rechtskräftiger Entscheide stark gefordert. Die Rechtssicherheit erfordert aber diese Aufgaben. Deshalb sollen die Gemeinden bei diesen Funktionen unterstützt werden. Die Projektstelle wurde bis Ende 2011 verlängert.

ES0025: Die Umsetzung der Strategien, die Gesamtrevision Richtplan und die Abstimmung Siedlung/Verkehr stehen im Vordergrund. Die Ausrichtung der Nutzungsplanungen auf die Nachfrage (z. B. altersgerechtes Wohnen) erfolgt über die Beratung der Gemeinden. Die Gesamtrevision des Richtplans wird 2011 abgeschlossen.

ES0026: In den Agglomerationsprogrammen müssen die Projekte für die Phase 2011 bis 2014 weiter konkretisiert und mit den Regionen und Gemeinden abgestimmt werden. Für die Phase ab 2015 sind die Programme weiter zu entwickeln.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
610ZI0002	Die Raumentwicklung im Kanton Aargau ist vernetzt mit den Regionen, den Nachbarkantonen, dem Bund sowie dem benachbarten Ausland.	1	Grenzüberschreitende Projekte sowie Koordinationsvorlagen mit den Regionen, Nachbarkantonen, dem Bund und dem benachbarten Ausland	Anzahl	38	40	41	41	41	41
610ZI0003	Die Strategien, Konzepte und Vorgaben zur Raumentwicklung sind auf die aktuellen Entwicklungen, Anforderungen und Zielsetzungen ausgerichtet.	1	Abgeschlossene Richtplananpassungen pro Jahr (ohne Fortschreibungen)	Anzahl	7	10	5	5	5	5
610ZI0004	Die Nutzungsplanungen und die Interessenabwägungen werden effizient abgewickelt. (s. Fussnote)	1	Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 60 Tagen	%	62	65	65	65	65	65
		2	Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 120 Tagen	%	98	98	98	98	98	98
610ZI0005	Für Baugesuche werden die Rechtsvorgaben von Bund und Kanton korrekt und innerhalb des Ermessensspielraums umgesetzt. Die Verfahren werden schnell und effizient erledigt.	1	Maximaler Anteil geänderter Entscheide der Abteilung für Baubewilligungen durch die Gerichte	%	0.16	1	1	1	1	1
		2	Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 30 Tagen (ohne Anhörungsverfahren, ohne Verfahren mit Beteiligung von Bundesanstalten und externe Fachstellen)	%	55	48	50	50	50	50
		3	Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 60 Tagen	%	92	88	88	88	88	88
610ZI0006	Verwaltungsgerichtsbeschwerde: Die Entscheide der Verwaltung stossen auf gute Akzeptanz; nur wenige Fälle werden ans Gericht weitergezogen. (s. Fussnote)	1	Maximaler Anteil der Fälle (Einwendungen und Beschwerden), die weitergezogen werden	%	11.3	12	12	12	12	12
610ZI0007	Die Beschwerden werden innert kundenfreundlicher Frist entschieden. (s. Fussnote)	1	Minimaler Anteil der Beschwerden, die innert 180 Tagen erledigt werden	%	83	83	83	83	83	86

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0002: Die grenzüberschreitenden Projekte umfassen: Agglomerationsprogramme Aareland (Netzstadt), Aargau Ost und Fricktal (Basel), wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte, Agglomerationspärke Schachenpark/Wiggerpark, Limmattalpark, Naturpark Jura, Koordinationsplattformen (vgl. 610KL0003). Sie ermöglichen eine frühzeitige Koordination und Kommunikation. Damit können offene Fragen grundsätzlich auf übergeordneten Ebenen geklärt und der Aufwand in den Einzelgeschäften optimiert werden. Die Anzahl externer Koordinationsvorlagen (Bund, Nachbarkantone) kann jährlich stark variieren. Eine besondere Bedeutung kommt der Interessenswahrnehmung im Rahmen der Bundesvorlagen zu.

ZI0003: Die Raumentwicklung fördert die Aufwertung und Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Lebensraums Aargau mit konkreten Projekten: Agglomerationsprogramm, wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte (Gesamtstrategie, Pilotprojekte), Wohnstandortentwicklung, Ortsbildpflege, Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte usw. Sie richtet die Rahmenbedingungen auf die kantonalen Strategien aus (Richtplananpassungen).

ZI0004: Die Planungen der Gemeinden sind unter Berücksichtigung der Strategien, der bundes- und kantonalrechtlichen Vorgaben, des Richtplans sowie unter Abwägung aller berührten Interessen effizient zu prüfen und weiter zu entwickeln. Der Bearbeitungsaufwand wird durch die Anzahl, die Qualität und den Umfang der Vorlagen der Gemeinden bestimmt.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Raumplanung obliegt den Kantonen. Die wichtigsten kantonalen Rechtsgrundlagen sind der Kantonale Richtplan, das Baugesetz und die Allgemeine Bauverordnung.

Eine direkte Steuerung ist über Projektrealisierungen (Globalkredite) möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestranchen, bei geplanten Globalkrediten über den Globalkreditbeschluss und die Jahrestranche gesteuert werden. Konsequenzen können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

Globalbudget Raumentwicklung: Die Ressourcen für die Interessenvertretung bei von aussen initiierten Vorhaben wie dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), dem Sachplan Geologische Tiefenlager oder die Agglomerationspolitik (Infrastruktur, Integration), der Revision des Bundesgesetzes über die Raumentwicklung sind von der Anzahl der Vorhaben und der Komplexität der Aufgaben abhängig. Grundsätzlich sind bei diesen Aufgaben die Ressourcen mit dem Mass der Interessenswahrnehmung abzustimmen. So würde z. B. eine Reduktion der Ressourcen für die Umsetzung der Agglomerationsprogramme dazu führen, dass den hohen Anforderungen des Bundes nicht entsprochen werden könnte, was zum Verlust der Bundesbeiträge an Infrastrukturen (Bahn, Bus, Strassen, Langsamverkehr usw.) führen würde.

Globalbudget Koordination Baugesuche: Grundsätzlich ist die Aussage zu bestätigen, wonach eine Person ca. 250 Baugesuche bearbeiten kann. Da in den kommenden Jahren nicht mit einer markant erhöhten Bautätigkeit zu rechnen ist, die Gesuche aber nach wie vor komplexer werden, ist der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden erhöhtes Gewicht beizumessen. Deshalb wurden in diesem Bereich Mehrmittel eingestellt.

Eine Kürzung der Mittel hätte Qualitätseinbussen zur Folge. Dies wiederum würde zu einer gestiegenen Anzahl von Beschwerden führen, was wiederum Mehraufwand bei der Beschwerdenbearbeitung verursachen würde.

Globalbudget Recht: Mit einer zusätzlichen Person könnten im Durchschnitt rund 40 Rechtsfälle mehr bearbeitet werden und der Prozentsatz der innerhalb von sechs Monaten erledigten Fälle würde sich um ca. 8 % erhöhen (ZI0006 und ZI0007).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-11'067**	**-12'514**	**-11'959**	**-4.4**	**-11'664**	**-11'670**	**-11'670**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**5'052**	**3'471**	**3'117**	**-10.2**	**3'118**	**3'219**	**3'220**
Saldo Aufgabenbereich	**-6'015**	**-9'043**	**-8'841**	**-2.2**	**-8'545**	**-8'450**	**-8'450**
Total Aufwand Globalbudget	-9'374	-10'234	-10'527	2.9	-10'585	-10'624	-10'662
Total Ertrag Globalbudget	3'581	2'621	2'800	6.8	2'801	2'902	2'903
Saldo Globalbudget	-5'793	-7'613	-7'726	1.5	-7'783	-7'722	-7'758
Total Aufwand Kleinkredite	-1'693	-2'280	-1'432	-37.2	-1'079	-1'046	-1'009
Total Ertrag Kleinkredite	1'471	850	317	-62.7	317	317	317
Saldo Kleinkredite	-222	-1'430	-1'115	-22.1	-762	-729	-692

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Aufwand: Beiträge an Ortsbildschutz aufgrund einer neuen gesetzlichen Grundlage (bisher Swisslosfonds). Ertrag: Durch den Abschluss der Leistungsvereinbarung (Grundlage effektiver Aufwand) für Dienstleistungen der Rechtsabteilung zu Gunsten der Strassenrechnung fällt die interne Verrechnung höher an. Die Bewilligungsverfahren werden laufend zentralisiert, dadurch fallen die Gebührenverrechnungen ebenfalls zentralisiert in diesem Aufgabenbereich an. **Kleinkredite** Aufwand: Abschluss der Projekte Gefahrenkarte und Weg der Schweiz. Neue Projekte Richtplankapitel Siedlungsentwicklung und Revision Richtplan. Ertrag: Mit dem Abschluss des Projekts Gefahrenkarte fallen auch die anteilsmässigen Beiträge weg.
Veränderungen in den Planjahren **Globalbudget** Ertrag: 2013/2014 Höherer Ertrag von Baubewilligungsgebühren, entsprechend einer zu erwartenden Zunahme der Gesuchsanzahl. **Kleinkredite** Aufwand: Abschluss diverser Projekte wie Richtplankapitel Siedlungsentwicklung und Vollzug baurechtliche Vorschriften. Neuer Kleinkredit Flugverkehr.

FUSSNOTEN	
KU0012	Quelle: Publikation "Die Volkswirtschaft". Die vergleichbaren Daten liegen jeweils erst nach 1.5 Jahren vor. Die Zahl berechnet sich wie folgt: Jährliches Wanderungssaldo (E) geteilt durch durchschnittliche Gesamtbevölkerung des Kantons (E) / 1000.
ZI0004	Anzahl, Qualität und Umfang der Vorlagen sind weitgehend exogen bestimmt. Sie sind unter Berücksichtigung der Strategien, der bundes- und kantonalrechtlichen Vorgaben, des Richtplans sowie unter Abwägung aller berührten Interessen effizient zu prüfen und weiter zu entwickeln. Rechtliche Basis: §§ 23 und 27 BauG.
ZI0006	Schwankungsbreite: 10 - 15 %. Die Weiterzugsbereitschaft hängt ab von persönlichen, nicht beeinflussbaren Faktoren.
ZI0007	Schwankungsbreite: 75 - 85 %. Hängt ab von der Komplexität der Fälle und der Vergleichsbereitschaft der Parteien.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Unterstützen der effizienten Energienutzung, der Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien und schaffen von Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer rationellen, sparsamen und wertigkeitsgerechten Energieversorgung. Wahren der finanziellen und ökologischen Interessen des Kantons bei der Nutzung von Energieerzeugungsanlagen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**615**	**Energie**
Produktegruppen	61510	Vollzug Energiegesetz
	61520	Energiewirtschaft

UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton Aargau strebt weiterhin die Stärkung im Energiebereich an. Über den ENERGIE TRIALOG SCHWEIZ (ETS) konnte im Trialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft eine objektivierte Energiestrategie entwickelt werden. Diese zeigt zum einen die grossen - jedoch begrenzten Potenziale der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien auf. Zum anderen weist sie darauf hin, dass - sofern keine neuen Grosskraftwerke gebaut, bzw. keine bestehenden ersetzt werden - das inländische Stromangebot abnehmen wird. Gleichzeitig wird nach ETS Szenario die Nachfrage nach Strom zunehmen. Dadurch wird ein Nachfrageüberhang bis 2035 von 11TWh, resp. von 18 TWh bis 2050 entstehen. Der notwendige Umbau des schweizerischen Energiesystems hat für die Wirtschaft positive Auswirkungen, da er Innovationen auszulösen vermag.

Die fossilen Energieträger Öl und Gas, die importiert werden müssen, decken heute knapp 70 % unseres Energieverbrauchs. Grösste Emittenten von CO2 mit je etwa 30 % Anteil sind Wohn- / Bürogebäude und der Verkehr. Daher liegt im Gebäudebereich und beim Verkehr das grösste Reduktionspotenzial hinsichtlich CO2-Emissionen.

Noch ist nicht sichergestellt, ob gesamtschweizerisch die Ziele des CO2-Gesetzes und des Kyoto-Protokolls erreicht werden können. Die aktuellen Szenarien reichen von einer knappen Zielerreichung bis zu einer beträchtlichen Ziellücke. Das CO2-Gesetz wird revidiert. Der Bundesrat schlägt ein Reduktionsziel von minus 20 % per 2020 im Vergleich zu 1990 vor. Je nach Verlauf der internationalen Verhandlungen will der Bundesrat das Reduktionsziel bis zu minus 30 % erhöhen.

Ab 1. Januar 2010 werden die Globalbeiträge des Bundes für direkte Förderungen nach Art. 10 des CO2-Gesetzes und nicht mehr nach Art. 13 des Energiegesetzes zugeteilt. Mit einer Teilzweckbindung der CO2-Abgabe auf Brennstoffen von 36.-/t CO2 werden 200 Millionen Franken pro Jahr für Gebäudesanierungen, Haustechnik und Abwärmenutzung für maximal 10 Jahre zur Verfügung gestellt. Zweidrittel davon stehen für das "Das Gebäudeprogramm" zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt durch die Kantone, welche aber für das Programm keine eigenen Mittel einsetzen müssen. Pro Jahr stehen den Kantonen 67 Millionen Franken als Globalbeitrag für die Förderung von Haustechnikanlagen und Abwärmenutzung zur Verfügung. Die Kantone erhalten höchstens so viele Mittel wie sie selber einsetzen. Auf der Grundlage des Energiegesetzes stellt der Bund Globalbeiträge für indirekte Massnahmen (Terminologie des Bundes) zur Verfügung. Die Kantone erhalten die Globalbeiträge nur, wenn sie mindestens gleich viele Mittel für diese Massnahmen einsetzen.

Das revidierte Energiegesetz des Bundes gibt Ziele für die Erhöhung der Jahreserzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien und für die Stabilisierung des Endenergieverbrauchs der privaten Haushalte vor. Die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie wird seit dem 1. Januar 2009 durch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) gefördert. Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien wird dadurch stark zunehmen.

Auf kantonaler Ebene sind die Mittel für direkte Förderungen von erneuerbarer Energie, Minergie und Energieeffizienz ab 2010 durch einen Grosskredit sichergestellt und sind nicht mehr im Globalbudget der Fachstelle Energie enthalten. Für die Jahre 2010/2011 hat der Grosse Rat 11,4 Millionen Franken bewilligt. Es wird vom Grossen Rat 2011 zu entscheiden sein, ob und wie das Programm weitergeführt wird.

Per 1. März 2009 wurde die kantonale Energiesparverordnung in Kraft gesetzt. Mit der Umsetzung wird für die Gebäudehüllen annähernd MINERGIE®-Standard erreicht. Ein grosser Nachholbedarf besteht nach wie vor bei den bestehenden Gebäuden, wo neben gesetzlichen Vorgaben vor allem mit Anreizsystemen gearbeitet werden muss. Dazu stellt "Das Gebäudeprogramm" umfangreiche Mittel zur Verfügung.

Für die Revision des kantonalen Energiegesetzes wurde Ende 2009 die öffentliche Vernehmlassung durchgeführt. Die Beratung im Grossen Rat ist für 2010 vorgesehen.

Die Revision des eidgenössischen Wasserrechtsgesetzes sieht eine Anpassung der Wasserzinse an die Teuerung vor. Der Wasserzins soll stufenweise von heute 80 Franken auf 100 Franken pro Kilowattstunde ab 2011 und auf 110 Franken für die Zeit von 2015 bis Ende 2019 erhöht werden. Der Ständerat unterstützte in der Frühjahrssession 2010, die vom Nationalrat vorgeschlagene Verknüpfung der Wasserzinserhöhung mit der Erhöhung des KEV-Zuschlags um 0,3 Rp. auf maximal 0,9 Rp. pro kWh ab 2013.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
615KU0006	CO2-Emissionen Schweiz (Tonnen pro Jahr) (s. Fussnote)	Mio.	40.23	36.8	38.2	37.6		
	Leistungskennzahlen							
615KL0007	Jährliche Zunahme der energetischen Wirkung durch Unterstützungsmassnahmen	MWh/Jahr	50'000	32'000	40'000	40'000	40'000	40'000
615KL0012	Die kantonalen Massnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützungsprogramm	Rang	8	10	10	10	10	10
615KL0015	Installierte Ölheizungen	Anzahl	55'000	54'000	53'000	52'000	51'000	50'000
	Finanzkennzahlen							
615KF0001	Globalbeitrag des Bundes (s. Fussnote)	Franken	4'625'200	1'900'000	3'700'000	3'700'000	3'700'000	3'700'000
615KF0002	Wasserzins	Mio. Fr.	33.2	33.7	38.7	39	39	39

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0006: Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hatte sich die Schweiz verpflichtet, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls erfolgt hauptsächlich durch das CO2-Gesetz des Bundes. Gemäss dem Gesetz müssen die CO2-Emissionen aus der energetischen Nutzung fossiler Energieträger bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 gesamthaft um 10 Prozent vermindert werden. Massgebend für die Erreichung dieses Ziels ist der Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012. Nachdem ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll in Kopenhagen nicht beschlossen werden konnte, soll dies nun auf der nächsten UN-Klimakonferenz im Dezember 2010 in Mexiko nachgeholt werden. Aufgrund dessen liegen für die Jahre 2013 und 2014 noch keine verbindlichen Zielwerte vor.

KL0005 AFP 2010-2013: Die Kennzahl "MINERGIE Zertifizierungen von Gebäuden im Kanton Aargau, Bestand Ende Jahr" wird nicht mehr geführt. Die jährliche Zunahme von MINERGIE Gebäuden ist im Ziel 615ZI0011 I1 ersichtlich.

KL0007: Die Auswertung der energetischen Wirkung durch Unterstützungsmassnahmen erfolgt mit der Wirkungsanalyse zusammen mit dem Bund. Diese steht zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Angegeben ist ein Schätzwert. Der Jahresendwert 2009 ist auf den Erfolg des Förderprogramms zurückzuführen.

KL0010 + KL0014 AFP 2010-2013: Die Kennzahlen "Kontaktkosten pro eingelösten Beratergutschein" und "Eingelöste Beratergutscheine pro Jahr" werden nicht mehr geführt. Die Beratergutscheine werden nicht mehr abgegeben.

KF0001: Globalbeiträge des Bundes aufgrund der geplanten Förderbeiträge des Kantons.

KF0002: Erhöhung des Wasserzinses ab 2011 von 80 auf 100 Fr./kW und Mehrproduktion Kraftwerke Rheinfelden und Albbruck-Dogern.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
615ES0017	Totalrevision Energiegesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Vernehmlassungsentwurf	2010						
		3	Beratung und Beschluss Grosser Rat	2011						
		4	Inkrafttreten	2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

ES0013 AFP 2010-2013: Der ESP "Indirekte Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz" wurde auf die PG-Stufe verschoben.

ES0014 AFP 2010-2013 bzw. ES0016: Der bisherige Entwicklungsschwerpunkt "Direkte Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Erhöhung der Energieeffizienz" wurde an die Botschaft des Regierungsrates (10.50) "Förderprogramm 2010 - 2011 für energieeffiziente Massnahmen; Grosskredit" angepasst. Der ESP wurde auf die PG-Stufe verschoben.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
615ZI0003	Mit Informationsveranstaltungen werden die energiepolitischen Massnahmen unterstützt.	1	Informationsveranstaltungen und Schulungen	Anzahl	43	40	40	40	40	40
615ZI0011	Die Umsetzung des Minergiestandards wird unterstützt. (s. Fussnote)	1	Zunahme neue Minergiegebäude pro Jahr	Anzahl	574	300	500	500	500	500
		2	Zunahme Minergie Sanierungen pro Jahr (EBF)	m2	8'479	6'000	12'000	12'000	12'000	12'000
615ZI0012	Einzelanlagen mit guter energetischer Wirkung werden gemäss Förderprogramm unterstützt.	2	Kollektoranlagen, installierte Kollektorfläche pro Jahr	m2	6'369	5'000	8'000	8'000	8'000	8'000
		4	Wärmepumpenanlagen, installierte Leistung pro Jahr	kWth	5'039	4'000	7'500	7'500	7'500	7'500
		5	Abwärmenutzung	MWh/Jahr	1'280	200	200	200	200	200
		6	Zunahme Kleinholzfeuerungen pro Jahr	Anzahl	92	80	80	80	80	80
		7	Grossholzfeuerungen, erstellte Anlagen pro Jahr	Anzahl	12	10	10	10	10	10
615ZI0015	Förderung Minergie-P Gebäude	1	Zunahme neue Minergie-P Gebäude	Anzahl		20	20	20	20	20

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0012 I5: Jahresendwert 2009 ist durch die Erweiterung der Anlage KVA Oftringen ein Ausnahmewert.

ZI0012 I6: Es wird ein Rückgang infolge Feinstaubproblematik und Pelletpreisentwicklung erwartet. Ebenso stehen Kleinholzfeuerungen in starker Konkurrenz zu Wärmepumpen.

ZI0018 AFP 2010-2013: Das Ziel "Zusatzbeiträge Stiftung Klimarappen" wird nicht mehr geführt. Die Frist für Förderzahlungen laufen Ende 2010 aus.

ZI0019 AFP 2010-2013: Das Ziel "Förderung Photovoltaikanlagen" wird nicht mehr geführt. Photovoltaikanlagen werden zukünftig nicht mehr gefördert.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gesetzliche Grundlagen bilden das Energie-, das Stromversorgungs- und das CO2-Gesetz des Bundes und die Energiegesetzgebung des Kantons. Weitere Vorgaben sind das Entwicklungsleitbild und die Gesamtenergiestrategie energieAARGAU. Die Steuerbarkeit wird auch durch das Programm Energie Schweiz und andere Programme wie zum Beispiel "Das Gebäudeprogramm" des Bundes beeinflusst.

Im Globalbudget sind die indirekten Förderungen wie Aus- und Weiterbildung von Baufachleuten, Information und Motivation von Bauherren, die Minergie-Zertifizierung und die Energieberatung von Privaten eingestellt. Der Bund (Energiegesetz) beteiligt sich entsprechend der eingesetzten Mittel des Kantons.

Im Bereich der direkten Förderung können mit 1 Million Franken rund 10 Millionen Franken Investitionen ausgelöst werden. Der Bund (CO2-Gesetz) beteiligt sich entsprechend der eingesetzten Mittel der Kantone und der Wirkung der Massnahmen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-32'656**	**-11'094**	**-11'091**	**0.0**	**-14'342**	**-11'202**	**-11'014**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**49'388**	**38'760**	**44'160**	**13.9**	**46'460**	**46'460**	**46'460**
Saldo Aufgabenbereich	**16'733**	**27'666**	**33'069**	**19.5**	**32'118**	**35'258**	**35'446**
Total Aufwand Globalbudget	-32'392	-4'314	-3'191	-26.0	-3'142	-3'102	-3'114
Total Ertrag Globalbudget	13'090	1'950	150	-92.3	150	150	150
Saldo Globalbudget	-19'302	-2'364	-3'041	28.6	-2'992	-2'952	-2'964
Total Aufwand Grosskredite		-6'500	-7'600	16.9	-10'900	-7'800	-7'600
Total Ertrag Grosskredite			1'900	-	3'700	3'700	3'700
Saldo Grosskredite		-6'500	-5'700	-12.3	-7'200	-4'100	-3'900
Total Aufwand LUAE	-264	-280	-300	7.1	-300	-300	-300
Total Ertrag LUAE	36'298	36'810	42'110	14.4	42'610	42'610	42'610
Saldo LUAE	36'035	36'530	41'810	14.5	42'310	42'310	42'310

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Förderprogramm Energie 2010/2011		-6'500	-7'600	16.9	-3'400	-300	-100
Total Ertrag Grosskredite Förderprogramm Energie 2010/2011			1'900	-			
Saldo Grosskredite Förderprogramm Energie 2010/2011		-6'500	-5'700	-12.3	-3'400	-300	-100
Total Aufwand Grosskredite GK Förderprogramm Energie*					-7'500	-7'500	-7'500
Total Ertrag Grosskredite GK Förderprogramm Energie*					3'700	3'700	3'700
Saldo Grosskredite GK Förderprogramm Energie*					-3'800	-3'800	-3'800

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Wasserzinsen und Heimfallverzicht	Übrige eigene Beiträge an Bund	-264	-280	-300	7.1	-300	-300	-300
	Wassernutzungs- und Wasserwerksgebühren	33'178	33'700	38'700	14.8	39'000	39'000	39'000
	Heimfall/Rückkaufsverzicht Kraftwerke	3'120	3'110	3'410	9.7	3'610	3'610	3'610
Saldo LUAE Wasserzinsen und Heimfallverzicht		36'035	36'530	41'810	14.5	42'310	42'310	42'310

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget **Globalbudget** Aufwand: Nur noch der Aufwand für die indirekten Energie-Massnahmen ist im Globalbudget enthalten. Die Förderbeiträge für direkte Massnahmen werden über den Grosskredit "Förderprogramm für energieeffiziente Massnahmen 2010 - 2011" ausbezahlt. Ertrag: Bundesbeiträge für die indirekten Massnahmen gemäss Energiegesetz Bund, Art. 15. Die Globalbeiträge Bund für direkte Massnahmen der Energieförderung (CO2-Gesetz, Art. 10.1 bis lit.b) sind neu im Grosskredit "Förderprogramm für energieeffiziente Massnahmen 2010 - 2011" enthalten. **Grosskredite** Aufwand: Grosskredit "Förderprogramm für energieeffiziente Massnahmen 2010 - 2011". Ertrag: Globalbeiträge Bund für Grosskredit "Förderprogramm für energieeffiziente Massnahmen 2010 - 2011" gemäss CO2-Gesetz Bund, Art. 10.1 bis lit.b. **LUAE** Ertrag: Erhöhung der Wasserzinsen pro Kilowatt Bruttoleistung gemäss Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte sowie Mehrproduktion der Kraftwerke Rheinfelden und Albbruck.
Veränderungen in den Planjahren **Grosskredite** Aufwand: Restzahlungen "Förderprogramm für energieeffiziente Massnahmen 2010 - 2011" und zukünftiger Grosskredit für neues Förderprogramm energieeffiziente Massnahmen. Ertrag: Globalbeiträge Bund entsprechend dem kantonalen Beitrag für energieeffiziente Massnahmen. * = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN	
KF0001	Die Höhe des Globalbeitrags hängt von der energetischen Wirkung der kantonalen Massnahmen, dem eigenen kantonalen Budget und den Budgets der übrigen Kantone ab. Die definitive Zusicherung der Fördergelder des Bundes erfolgt jeweils Mitte des Förderjahres.
KU0006	Quelle: BAFU Emissionen nach CO2-Gesetz.
ZI0011	EBF = Energiebezugsfläche. Die EBF umfasst die Bodenflächen inkl. Aussen- und Innenwände von beheizten Räumen des Gebäudes.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Veranlassen von vorsorglichen Massnahmen und Sanierungen im Vollzug des geltenden Rechts zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und damit zum Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor übermässigen schädlichen oder lästigen Einwirkungen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**620**	**Umweltschutz**
Produktegruppen	62010	Wasser
	62020	Boden
	62030	Luft, Lärm, Strahlen
	62040	Stoffe

UMFELDENTWICKLUNG

Die Abteilung für Umwelt sorgt mit der Umsetzung des Bundesrechts und des kantonalen Rechts im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz dafür, dass Boden, Luft und Wasser sowie die Lebensräume für Tiere und Pflanzen im Interesse der Gesamtbevölkerung langfristig erhalten bleiben. Sie erteilt Bewilligungen und führt Kontrollen durch, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu verifizieren. Bei festgestellten Abweichungen leitet sie Massnahmen ein. Sie stellt den Betrieb eines Schadendienstes (Öl-, Chemie- und B-Wehr) sicher und berät Private und Behörden aller Stufen in Fragen des Umweltschutzes.

Die Tätigkeiten der Menschen bei der Arbeit und in der Freizeit beeinflussen massgebend den Zustand und die Entwicklung der Umwelt. So hat die wachsende Mobilität direkte Auswirkungen auf die Lärmbelastung und die Luftqualität. Die Aufsichtsfunktion beim Vollzug der Lärmschutzverordnung soll künftig mit einer zweiten Stelle konzentriert ausgeführt werden.

Der Konsum von Medikamenten und hormonaktiven Substanzen in Produkten des täglichen Gebrauchs (z.B. Kosmetika) führt über den Abwasserpfad zu einer schleichenden Verunreinigung der Gewässer und hat damit direkte Auswirkungen auf die Lebewesen. Es ist davon auszugehen, dass mittelfristig die Abwasserreinigungsanlagen mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe ausgerüstet werden müssen. Ein diesbezüglicher Vorschlag einer Änderung der Gewässerschutzverordnung hat der Bund Ende 2009 in die Vernehmlassung gegeben.

Der Klimawandel könnte vermehrt zu trockenen, niederschlagsarmen Sommern (wie der Sommer 2003) führen. Dies kann mittelfristig einen Einfluss auf die Trinkwasserversorgung haben. Es gilt deshalb die Erkenntnisse aus dem Leitbild Trinkwasserversorgung konsequent umzusetzen. Die Gemeinden werden bei ihren diesbezüglichen Vorhaben unterstützt.

Der zunehmende wirtschaftliche Druck auf die Landwirtschaft könnte die ökologischen Aspekte und auch die erzielten Erfolge in diesem Produktionszweig in den Hintergrund rücken lassen. Es gilt deshalb, Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Umwelt mit einem optimalen Monitoring im Auge zu behalten, um - bei Bedarf - angemessen reagieren zu können.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
620KU0015	Bewilligte Abbaustellen	Anzahl	129	125	125	120	120	117
620KU0027	Installierte Mobilfunkanlagen	Anzahl	802	780	820	850	1'000	1'100
620KU0044	Wasserqualität: Anteil Trinkwasserfassungen über Nitrattoleranzwert von 40mg/l	%	4	4	3	3	3	2
620KU0045	Wasserqualität: Anteil Trinkwasserfassungen über Nitratqualitätsziel von 25mg/l	%	25	20	20	15	15	12
620KU0046	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Baden, Schönaustrasse (s. Fussnote)	Punkte	3.5	3.5	3	3	3	3
620KU0047	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Suhr, Bärenmatte (s. Fussnote)	Punkte	4.1	3.5	3.5	3	3	3
620KU0048	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Sisseln (s. Fussnote)	Punkte	3.5	3	3	2.5	2.5	2.5
620KU0049	Abfälle: Entwicklung Siedlungsabfallmenge kg/Jahr/Kopf für Hauskehricht	Anzahl	180	180	180	180	180	180
620KU0050	Abfälle: Entwicklung Siedlungsabfallmenge kg/Jahr/Kopf für Separatsammlungen	Anzahl	235	230	230	230	230	235

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
620KU0051	Entwicklung Phosphorgehalt im Hallwilersee in mg P/m3	Anzahl	20	24	20	20	19	19
620KU0052	Abwasserreinigungsanlagen (ARA)	Anzahl	55	54	52	50	48	46
620KU0053	Öffentliche Abwasser-Spezialbauwerke (Regenbecken und Pumpwerke)	Anzahl	517	510	530	540	550	560
620KU0055	Anlagen mit abfallrechtlicher Betriebsbewilligung (s. Fussnote)	Anzahl	200	175	175	175	175	175
620KU0060	Belastete Standorte (Einträge im Kataster)	Anzahl	1'970	2'420	2'645	2'645	2'645	2'645
620KU0070	Betriebe im sekundären Sektor Industrie und Gewerbe mit relevanten Luft-Emissionen	Anzahl			450	450	480	500
620KU0071	Erfasste Betriebe im tertiären Sektor Dienstleistung und öffentliche Verwaltung mit relevanten Luft-Emissionen	Anzahl			650	650	680	700
	Leistungskennzahlen							
620KL0033	Schadenfälle mit dem Einsatz der Öl-, Chemie- oder Strahlenwehr	Anzahl	32	50	50	50	50	50
620KL0034	Schadenfälle mit Aufgebot des AfU-Piketts	Anzahl	100	60	60	60	60	60
620KL0040	Genehmigungen GEP	Anzahl	8	15	15	15	10	10

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0027: 2013 laufen die GSM-Konzessionen aus. Unter der Annahme, dass diese durch UMTS-Anlagen ersetzt werden, ergibt sich wegen der notwendigen Netzverdichtung eine Zunahme der Anzahl Anlagen.

KU0032 AFP 2010-2013: Die KZ "Tankkontrollen" wird neu auf PG-Stufe geführt.

KU0054 AFP 2010-2013: Die KZ "Betriebe mit VOC-Bilanzen" wird neu auf PG-Stufe geführt.

KU0060: Zahlen aufgrund der Aktualisierung des Katasters der belasteten Standorte angepasst.

KU0070 / 71: Die bisherigen Kennzahlen KU0062/63 werden ersetzt. Statt alle in der Datenbank statistisch erfassten Betriebe anzugeben, ist es sinnvoller, die Betriebe zu bezeichnen, welche aktiv überwacht und beraten werden. Es sind dies jene Betriebe, welche mindestens eine relevante Emissionsquelle haben, d.h. eine Emissionsquelle welche eine Emissionsbegrenzung der Luftreinhalteverordnung (LRV) einzuhalten hat.

KL0033: Der Budgetwert beruht auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Im Jahr 2009 wurden weniger Einsätze der Öl-, Chemie oder Strahlenwehr verzeichnet.

KL0040: Der Budgetwert beruht auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Im Jahr 2009 wurden unterdurchschnittlich wenige GEP-Abschlüsse gezählt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
620ES0058	Förderung der Integrierten Produktion (IPP) und insbesondere der Cleaner Produktion (CP) in Industrie und Gewerbe	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Abklären, wie die Umsetzung der Prinzipien der IPP und CP im Bereich Industrie und Gewerbe im Rahmen des Vollzugs gefördert werden können	2011						
		3	Umsetzung im Rahmen des Vollzugs bei Industrie und Gewerbe	ab 2012						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

ES0042 AFP 2010-2013: Der ESP "Erstellen eines Berichts Abfallplanung" wird neu auf PG-Stufe geführt.

ES0058: Neuer Entwicklungsschwerpunkt: Das Potenzial von einfachen Optimierungen in den Produktionsabläufen zugunsten von Verbesserungen für die Umwelt ist effizienter zu nutzen.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
620ZI0082	Veränderungen der Umwelt werden durch ein optimales Monitoring erfasst, analysiert und dokumentiert und die Resultate stehen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung. (s. Fussnote)	1	Regelmässig nachgeführte Datenreihen, die öffentlich sind	Anzahl	6	7	8	8	8	8
		2	Minimaler Anteil der befragten Entscheidungsträger, die solche Informationen nutzen (Umfrage)	%		85			85	
620ZI0083	Die gesetzlichen Vorgaben von umweltrelevanten Vorhaben und Projekten Dritter und des Staates werden erfüllt.	2	Anteil bestandener Betriebskontrollen auf Abbaustellen	%	98	95	95	95	95	95
		6	Anteil verfügter Schutzzonen bei allen Trinkwasserfassungen (Quellen und Grundwasser)	%	62	65	70	75	78	80
		9	Minimaler Anteil erfüllter Kontrollen der Abwasserreinigungsanlagen (ARA), die die Einleitbedingungen erfüllen	%		90	90	95	95	95
		12	Anteil bestandener Kontrollen von luftrelevanten Anlagen im sekundären Sektor	%			75	75	75	75
		13	Anteil bestandener Kontrollen von luftrelevanten Anlagen im tertiären Sektor	%			75	75	75	75
620ZI0084	Unternehmen, Private und Gemeinden werden in ihren Umweltschutzaufgaben wirkungsvoll unterstützt. (s. Fussnote)	1	Zugriffe auf ag.ch/umwelt	Anzahl	181'246	160'000	180'000	180'000	200'000	200'000
		2	Minimaler Anteil positiver Antworten auf eine entsprechende Umfrage bei Gemeinden und betroffenen Unternehmungen	%		95			95	
		3	Durchgeführte Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen	Anzahl		6	6	6	6	6
620ZI0085	Bei festgestellten Abweichungen von den gesetzten Umweltzielen oder bei unmittelbar drohender Gefahr werden die nötigen Massnahmen vorgeschlagen bzw. eingeleitet.	1	Anteil der Schadenfälle, bei denen das AfU-Pikett innerhalb 1 Std. nach Alarmierung auf Platz ist	%	100	95	95	95	95	95
		3	Überprüfungen (Augenscheine) auf der Baustelle von belasteten Standorten oder Altlasten	Anzahl			50	50	50	50

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0082 I2: Umfrage letztmals 2007 durchgeführt. Ergebnis 87.8 %.

ZI0083 I12/I13: Die bisherigen Indikatoren I10 und I11wurden aufgrund einer Neudefinition und entsprechend den neuen Kennzahlen KU0070/KU0071 ersetzt. Beim Anteil bestandener Kontrollen handelt es sich um den Anteil der überwachten Betriebe.

ZI0084 I2: Umfrage letztmals 2007 durchgeführt. Ergebnis > 91 %

ZI0085 I3: Der bisherige Indikator I2 wurde ersetzt. Es liegt nicht in der Hand der Aufsichtsbehörde, ob eine Untersuchung ausgelöst wird.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich umfasst im Wesentlichen die von der Bundesgesetzgebung vorgegebenen Vollzugsaufgaben, welche aufgrund der kantonalen Gesetzgebung dem Kanton übertragen sind. Massgeblich sind die Bundesgesetze über den Umweltschutz (USG) und den Gewässerschutz (GSchG) sowie auf kantonaler Ebene das Einführungsgesetz zum Umweltrecht (EG UWR) und die dazugehörende Verordnung (V EG UWR), welche seit dem 1. September 2008 in Kraft sind.

Globalbudget: Der Aufwand der Vollzugsaufgaben wird durch die Art der Aufgabenwahrnehmung und den Umfang der Kontrollen, sowie die Komplexität der Bewilligungsverfahren bestimmt. Das Mass der Ressourcen hat direkten Einfluss auf die Qualität der Aufsichts- und Bewilligungsfunktion. Eine ungenügende Wahrnehmung der Vollzugsaufgabe erhöht das Risiko von Schäden für den Kanton bis hin zu Rechtsverfahren (ZI0082, ZI0083). Die Mittel für die Unterstützung von Organisationen in der Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben (ZI0084, Auftrag aus der Bundesgesetzgebung) bestimmen den Umfang des Aufwands.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-13'786**	**-15'436**	**-16'033**	**3.9**	**-14'631**	**-15'042**	**-15'014**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**16'936**	**16'741**	**16'300**	**-2.6**	**16'310**	**16'306**	**16'303**
Saldo Aufgabenbereich	**3'150**	**1'305**	**267**	**-79.6**	**1'680**	**1'264**	**1'289**
Total Aufwand Globalbudget	-9'842	-10'356	-10'617	2.5	-10'476	-10'402	-10'404
Total Ertrag Globalbudget	1'978	1'761	1'811	2.8	1'881	1'881	1'881
Saldo Globalbudget	-7'864	-8'595	-8'806	2.5	-8'595	-8'521	-8'523
Total Aufwand Kleinkredite	-416	-530	-1'766	233.2	-505	-990	-960
Total Ertrag Kleinkredite	253	120	129	7.5	69	65	62
Saldo Kleinkredite	-163	-410	-1'637	299.3	-436	-925	-898
Total Aufwand Grosskredite	-111						
Total Ertrag Grosskredite	744						
Saldo Grosskredite	633						
Total Aufwand LUAE	-3'417	-4'550	-3'650	-19.8	-3'650	-3'650	-3'650
Total Ertrag LUAE	13'961	14'860	14'360	-3.4	14'360	14'360	14'360
Saldo LUAE	10'544	10'310	10'710	3.9	10'710	10'710	10'710

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Kataster der belasteten Standorte	-111						
Total Ertrag Grosskredite Kataster der belasteten Standorte	744						
Saldo Grosskredite Kataster der belasteten Standorte	633						

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Wassernutzungsgebühren	-1						
Total Ertrag LUAE Wassernutzungsgebühren	12'810	12'200	12'200	0.0	12'200	12'200	12'200
Saldo LUAE Wassernutzungsgebühren	12'809	12'200	12'200	0.0	12'200	12'200	12'200
Total Aufwand LUAE Beiträge an Altlastensanierungen	-922	-2'550	-2'550	0.0	-2'550	-2'550	-2'550
Total Ertrag LUAE Beiträge an Altlastensanierungen	473	1'560	1'560	0.0	1'560	1'560	1'560
Saldo LUAE Beiträge an Altlastensanierungen	-450	-990	-990	0.0	-990	-990	-990
Total Aufwand LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	-2'494	-2'000	-1'100	-45.0	-1'100	-1'100	-1'100
Total Ertrag LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	678	1'100	600	-45.5	600	600	600
Saldo LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	-1'815	-900	-500	-44.4	-500	-500	-500

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufwand: Höherer Personlaufwand durch Aufstockung Personalbestand im Bereich Lärm. Ersatzanschaffung Laborgerät (neuer Ionenchromatograph).

Kleinkredite

Aufwand: Neue Kleinkredite Biologische Untersuchung Reuss und Aare, gestaffelte Ersatzanschaffung von insgesamt 6 Ölwehrfahrzeugen (2011: 2).

LUAE

Aufwand/Ertrag: Keine neuen Beitragszusicherungen an Gewässerschutzanlagen. Nur noch Beiträge an generelle Entwässerungsplanungen gemäss § 18 Einführungsgesetz Umweltrecht (EG UWR) und auslaufende Verpflichtungen für bestehende Zusicherungen. Entsprechend auch weniger durchlaufende Bundesbeiträge. Die Beiträge im Bereich der Altlastensanierungen sind abhängig von tatsächlich beitragsberechtigten Sanierungen nach §§ 8 und 9 EG UWR.

Veränderungen in den Planjahren

Kleinkredite

Aufwand: Abschluss Kleinkredit Biologische Untersuchung Reuss im 2011, weitere Ersatzanschaffungen Ölwehrfahrzeuge im 2013 und 2014.

FUSSNOTEN

KU0046-48	Budget (Prognose) des Luftbelastungsindexes auf halbe Zahl gerundet. Es ist davon auszugehen, dass die Belastung in den nächsten Jahren tendenziell etwas zurück geht, wobei meteorologisch bedingt auch wieder höhere Belastungen möglich sind. Tatsächlich gemessene Belastung jeweils auf 0.1 genau berechnet. Luftbelastungsindex = gewichtete Jahresbelastung anhand der Messungen von PM10, NO2 und Ozon; 1= sehr gering, 2= gering, 3= mässig, 4= erheblich, 5=hoch, 6= sehr hoch
KU0055	Neu sind mehrere abfallrechtliche Bewilligungen auf dem gleichen Standort als nur eine Anlage mit abfallrechtlicher Betriebsbewilligung gezählt.
ZI0082	I1: Datenreihen, die 2008 zur Verfügung stehen: Hydrologisches Jahrbuch; Daten KABO; Rohstoffbilanz; Luftmessungen; Kataster der belasteten Standorte, Abfallstatistik; im Laufe 2009 zusätzlich Oberflächengewässer; im Laufe 2010 zusätzlich ARA-Daten□
ZI0084	I2: Umfrage geplant alle 3 Jahre

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Schützen und unterstützen der Entwicklung der einheimischen Flora und Fauna durch ökologische Aufwertung der Landschaft, des Kulturlands und der Gewässer sowie Gewährleistung der umweltverträglichen Gewässernutzung und des Hochwasserschutzes im Interesse eines attraktiven Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**625**	**Umweltentwicklung**
Produktegruppen	62510	Landschaft
	62520	Oberflächengewässer

UMFELDENTWICKLUNG

Die Abteilung Landschaft und Gewässer setzt sich für den Schutz und die nachhaltige Nutzung unseres Lebensraums ein. Die Kernaufgaben umfassen insbesondere die ökologische Vernetzung unserer Lebensräume auf Landschaftsebene und den Schutz gesellschaftlicher und ökologischer Werte durch einen integralen Hochwasserschutz, sowie die ökologische Aufwertung und Längsvernetzung unserer Bäche und Flüsse, die Gewässernutzung und der Biotop- und Artenschutz.

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Hochwasserereignisse erhöht und deren Intensität hat zugenommen. Dieser Trend wird sich als Folge des Klimawandels weiter akzentuieren. Bei gleichzeitiger Zunahme der Siedlungsfläche und einem Ausbau der Infrastruktur nimmt das Schadenpotential weiter stetig zu. Vor diesem Hintergrund ist der Ausbau der Gewässer mit dieser Entwicklung zu koordinieren und die bestehenden Schutzbauten sind den heutigen und zukünftig zu erwartenden Bedingungen anzupassen bzw. neue Schutzbauten entsprechend zu dimensionieren. Bei den Flüssen sind interkantonal abgestimmte Massnahmenpläne erforderlich, wie sie für die Aare und das Reusstal ab Vierwaldstättersee erarbeitet wurden. Im Zuge der Umsetzung der Gefahrenkarte Hochwasser ist der Kanton, als Eigentümer der Gewässer, in der Verantwortung, mit den Gemeinden die notwendigen Hochwasserschutzmassnahmen an Gewässern zu realisieren. Die Renaturierung und Vernetzung der Gewässer ist Bestandteil dieser Umsetzung.

Mit den Programmen "Natur 2020", "Auenschutz" und "Wildtierkorridore" wird die einheimische Tier- und Pflanzenwelt in den Vorranggebieten in ihrer Entwicklung unterstützt und mit der Vernetzung der Lebensräume werden auch Möglichkeiten geschaffen, dass sich einheimische Tier- und Pflanzenarten dem Umweltwandel besser anpassen können. Die Programme sind insbesondere auch abgestimmt auf den ökologischen Leistungsauftrag der schweizerischen Landwirtschaftspolitik; sie kompensieren den wachsenden Siedlungs- und Nutzungsdruck und führen dazu, dass die Bedingungen im kantonalen Richtplan umgesetzt werden. Der Zusammenarbeit mit den Gemeinden kommt bei der Umsetzung ihrer Aufgaben einer wichtigen Rolle zu - eingeschlossen die Information über Leistungsaufträge an das Naturama. Die Wirkungskontrolle bietet Gewähr für eine effiziente und transparente Umsetzung der getroffenen Massnahmen.

Für die Realisierung der regionalen Hochwasserschutzprojekte (Surbtal, Wiggertal, Suhrental, Bünztal, Wegenstettertal) und der Wildtierkorridore (Suret, Möhlin-Wallbach, Böttstein-Villigen) steigt der Mittelbedarf ab 2012 deutlich an. Insbesondere die Hochwassersicherheit im Reusstal mit Geschiebe- und Schwemmholzmanagement erfordert ab 2014 eine substantielle Erhöhung der Investitionen.

Die Aktivitäten im Aufgabenbereich Umweltentwicklung werden im Sinne eines adaptiven Managements den Herausforderungen des Klima- und Umweltwandels (z.B. Hoch- und Niedrigwasser, biologische Vielfalt /Vernetzung) angepasst, die Risiken abgeschätzt und die notwendige Massnahmen entwickelt und umgesetzt.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
625KU0019	Anzahl Arten auf Roter Liste, für die der Aargau eine hohe Verantwortung hat	Anzahl	393	393	393	393	393	393
625KU0021	Biotopschutz-Index (s. Fussnote)	Punkte	85	83	85	86	86	87
625KU0022	Fläche wertvoller Lebensräume (Naturschutzgebiete von kantonaler Bedeutung, Vertragsflächen in der Landwirtschaft)	ha	9'643	9'800	10'200	10'500	10'800	11'000
625KU0023	Kessler-Index Kulturland (s. Fussnote)	Punkte	99	102	101	101	102	102
	Leistungskennzahlen							
625KL0005	Begleitungen und Beitragszusicherungen für Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	Anzahl	107	120	115	115	115	115
	Finanzkennzahlen							
625KF0001	Nettoaufwand des Kantons für Wasserbauinvestitionen (Finanzierungsanteil Kanton durchschnittlich ca. 50 %)	1'000 Fr.	3'436	7'410	5'901	9'532	10'910	16'085
625KF0002	Nettoaufwand des Kantons für Gewässerunterhalt (Finanzierungsanteil Kanton durchschnittlich ca. 70 %)	1'000 Fr.	3'380	3'665	3'510	3'550	3'575	3'610
625KF0003	Nettoaufwand des Kantons für Renaturierungen, Vernetzungen und ökologische Aufwertung der Gewässer (WNG § 33 Abs 2)	Mio.	2.5	3.3	3.9	3.9	3.9	3.9

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0019: Aufgrund der Kommissionsberatungen zum AFP 2010 - 2013 wurde die Kennzahl wieder aktiviert.

KU0022: Gemäss des im Programm Natur 2010 bzw. Natur 2020 verankerten Leistungsauftrag ist ein weiterer Ausbau der ökologisch wertvollen Flächen (Vernetzung) im Landwirtschaftsgebiet vorgesehen.

KF0001: Im AFP 2011-14 entspricht der jährliche Nettoaufwand für Wasserbauinvestitionen in der 3-Jahresperiode 2011 bis 2013 pro Jahr 9 Millionen Franken. Dieser Durchschnitt ist gleich hoch wie im AFP 2010-13. Durch die längere Planungsphase bei regionalen Projekten im Surb-, Bünz-, Wigger- und Suhrental ergibt sich eine Verschiebung der Realisierungsphase in die Jahre 2012, 2013 und folgende. Ab 2014 Erhöhung der Wasserbauinvestitionen durch Grosskredit Hochwassersicherheit Reusstal, 1. Etappe aufgrund des interkantonal abgestimmten Massnahmenpakets und der Fortführung der Massnahmenrealisierung im Suhrental, Bünztal und Wiggertal.

KF0003: Der Jahresendwert 2009 ist dadurch begründet, dass einige Projekte mit Bauherrschaft bei Gemeinden zwar realisiert sind, jedoch noch nicht abgerechnet wurden (Altisbach Berikon, Pflanzerbach Widen, Gäcketbach Thalheim). Fischaufstieg Wigger-Wehr in Brittnau erfolgt im Zusammenhang mit der zweiten Bauetappe Hochwasserschutz.

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

Im AFP 09-12 wurde ES0012 "Schutz von Siedlungsgebieten und Infrastrukturanlagen durch Erhöhung der Hochwassersicherheit" aufgrund der zunehmenden Hochwassergefährdung fest verankert und die Planung von Schutzprojekten vorangetrieben. Für einen ESP im Bereich des Hochwasserschutzes für den Aufgaben- und Finanzplan 2011-2014 müssten deutlich mehr Mittel gesprochen werden können. Aus diesem Grunde musste der ESP "Hochwasserschutz Reusstal" zeitlich verschoben werden. Für dringliche Projekte werden Zusatzfinanzierungsanträge gestellt, sobald die Projektplanungen den erforderlichen Stand erreicht haben.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
625ZI0013	Die Artenvielfalt wird mittels Biotopschutz, ökologischer Aufwertung des Kulturlandes und der Gewässer erhöht.	1	Naturschutzgebiete mit Pflegemassnahmen	Anzahl	350	350	360	370	375	375
		3	Gesamtaufwand der subventionierten Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	1'000 Fr.	1'518	1'800	1'600	1'700	1'700	1'750
		4	Aufgewertete Gewässerabschnitte	km	6	6	6	6	8	6
		5	Eliminierte Wanderhindernisse an Bächen	Anzahl	20	25	25	25	25	20
		6	Restwassersanierungen	Anzahl	4	2	2	7	0	1
		7	Neue Bewilligungen für Wasserentnahmen und Bewilligungserneuerungen	Anzahl	41	49	32	44	69	50
		8	Neue und erneuerte Verträge mit Bewirtschaftungsvereinbarungen (6-Jahresverträge)	Anzahl	206	160	170	170	170	170
625ZI0014	Flüsse und Bäche sind entsprechend ihrem Schutzziel hochwassersicher.	2	Zum Schutz gegen Hochwasser sanierte Gewässerabschnitte	km	19.2	10	15	20	25	22
		5	Baubegleitungen bei Wasserbauprojekten von Gemeinden und Dritten (im Jahr abgeschlossene Projekte)	Anzahl	16	15	20	20	25	23
625ZI0015	Die umweltgerechte Energieproduktion aus Wasserkraft wird gefördert.	1	Leistungssteigerung der Wasserkraftwerke	MW	23.2	0	90	0	1.8	7
625ZI0016	Die Abflussvorhersage (Hochwasser, Niederwasser) wird verbessert.	1	Automatisierte Pegelstationen	Anzahl	23	27	32	32	32	32

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0013 I7: Schwankungen bei den Bewilligungen sind durch die jeweils in diesem Jahr ablaufenden Bewilligungen begründet.

ZI0013 I8: Der Jahresendwert 2009 ist auf eine hohe Anzahl zu erneuernden Verträgen zurückzuführen.

ZI0015 I1: Im Jahr 2009 erfolgte die Inbetriebnahme des Wehrkraftwerks des KW Albbruck-Dogern (Leistung 23.2 MW). 2011 kommt neu Rheinfelden (90 MW), 2013 KW Aue und Schiffmühle (1.8 MW), 2014 KW Rüchlig (7 MW).

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die rechtlichen Grundlagen sind im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG), im Wasserbaugesetz (WbauG), im Baugesetz (BauG), im neuen Wassernutzungsgesetz (WNG) und im Wasserrechtsgesetz (WRG) festgelegt. Die quantitativen und qualitativen Ziele stützen sich auf die Kantonsverfassung (Auenschutz), auf die Gesetze (Restwasserbestimmungen, Biotop- und Artenschutz) oder auf Richtlinien des Bundes ab (Hochwasserschutz und Gewässernutzung), die auch Bundesbeiträge regeln (z. Bsp. der Auenschutzpark weist eine Gesamtfläche von mindestens einem Prozent der Kantonsfläche auf, Vorkommen der Zielarten in Naturschutzgebieten von kantonaler Bedeutung).

Eine direkte Steuerung ist über Projektrealisierungen (Globalkredite) möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestranchen, bei geplanten Globalkrediten über den Globalkreditbeschluss und die Jahrestranche gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-)Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

So bestimmt zum Beispiel bei den Grosskrediten im Bereich der Hochwassersicherheit (ES0012) die Höhe der Jahrestranchen den Zeitpunkt der Erreichung der geforderten Hochwassersicherheit. Sinkende Investitionen bedeuten höheres Risiko für Personen und Sachwerte. Umgekehrt erfordert eine schnellere Verminderung von Hochwasserrisiken, dass die Investitionen zu erhöhen sind (s.a. ZI0014). Mitentscheidend ist der Bund, der die Investitionen zum Teil mitfinanziert.

Globalbudget: Bei der ökologischen Aufwertung durch Leistungsvereinbarungen mit Landwirten kann die Zahl der Neuabschlüsse beeinflusst werden. Im Rahmen der laufenden Verträge besteht kein Handlungsspielraum. Auch diesbezüglich gilt, dass Unterbrüche in den Programmen zu Entwicklungseinbrüchen führen können, mit Verlust der Wirkung der früher eingesetzten Mittel. Der Aufwand wird durch den Bund zu 73 % unterstützt, d.h. 1'000 Franken des Kantons generieren 3'700 Franken Gesamtmittel (ZI0013).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-34'715**	**-45'792**	**-37'729**	**-17.6**	**-44'828**	**-53'990**	**-64'770**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**15'525**	**19'327**	**12'130**	**-37.2**	**16'429**	**25'996**	**30'752**
Saldo Aufgabenbereich	**-19'190**	**-26'465**	**-25'599**	**-3.3**	**-28'399**	**-27'994**	**-34'018**
Total Aufwand Globalbudget	-18'453	-21'047	-22'230	5.6	-22'615	-22'748	-22'833
Total Ertrag Globalbudget	5'422	7'735	4'587	-40.7	4'767	4'862	4'911
Saldo Globalbudget	-13'031	-13'312	-17'643	32.5	-17'848	-17'886	-17'922
Total Aufwand Kleinkredite	-6'020	-16'437	-7'984	-51.4	-14'723	-10'619	-13'880
Total Ertrag Kleinkredite	2'006	8'238	3'572	-56.6	7'786	6'058	7'525
Saldo Kleinkredite	-4'013	-8'199	-4'412	-46.2	-6'937	-4'561	-6'355
Total Aufwand Grosskredite	-9'420	-8'308	-7'516	-9.5	-7'490	-20'623	-28'057
Total Ertrag Grosskredite	7'274	3'354	2'671	-20.4	2'576	13'776	17'016
Saldo Grosskredite	-2'146	-4'954	-4'845	-2.2	-4'914	-6'847	-11'041
Total Aufwand LUAE	-823						
Total Ertrag LUAE	823		1'300	-	1'300	1'300	1'300
Saldo LUAE	0		1'300	-	1'300	1'300	1'300

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	-1'368						
Total Ertrag Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	784						
Saldo Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	-583						
Total Aufwand Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz							
Total Ertrag Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz	10						
Saldo Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz	10						
Total Aufwand Grosskredite GK 2. Etappe Sachprogramm Auenschutzpark	-3'130	-4'274	-4'226	-1.1			
Total Ertrag Grosskredite GK 2. Etappe Sachprogramm Auenschutzpark	3'510	1'710	1'355	-20.8			
Saldo Grosskredite GK 2. Etappe Sachprogramm Auenschutzpark	380	-2'564	-2'871	12.0			

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Programm Natur 2010	-4'915	-4'034		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Programm Natur 2010	2'970	1'644		-100.0			
Saldo Grosskredite Programm Natur 2010	-1'945	-2'390		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Zofingen, Entlastungskanal	-7						
Total Ertrag Grosskredite Zofingen, Entlastungskanal							
Saldo Grosskredite Zofingen, Entlastungskanal	-7						
Total Aufwand Grosskredite GK Würenlos, HRB Furtbach*							-5'000
Total Ertrag Grosskredite GK Würenlos, HRB Furtbach*							3'700
Saldo Grosskredite GK Würenlos, HRB Furtbach*							-1'300
Total Aufwand Grosskredite GK Suhrental, Hochwasserschutz*						-5'000	-5'000
Total Ertrag Grosskredite GK Suhrental, Hochwasserschutz*						3'200	3'200
Saldo Grosskredite GK Suhrental, Hochwasserschutz*						-1'800	-1'800
Total Aufwand Grosskredite GK HW Management Reusstal*							-2'100
Total Ertrag Grosskredite GK HW Management Reusstal*							600
Saldo Grosskredite GK HW Management Reusstal*							-1'500
Total Aufwand Grosskredite GK HRB und HWS Bünztal*					-1'200	-8'000	-8'000
Total Ertrag Grosskredite GK HRB und HWS Bünztal*						7'000	5'800
Saldo Grosskredite GK HRB und HWS Bünztal*					-1'200	-1'000	-2'200
Total Aufwand Grosskredite GK HWS Wigger Zof/Strengelbach*						-3'000	-3'000
Total Ertrag Grosskredite GK HWS Wigger Zof/Strengelbach*						1'700	1'700
Saldo Grosskredite GK HWS Wigger Zof/Strengelbach*						-1'300	-1'300
Total Aufwand Grosskredite GK 3. Etappe Sachprogr. Auenschutzpark*					-3'000	-1'333	-1'667
Total Ertrag Grosskredite GK 3. Etappe Sachprogr. Auenschutzpark*					1'260	560	700
Saldo Grosskredite GK 3. Etappe Sachprogr. Auenschutzpark*					-1'740	-773	-967
Total Aufwand Grosskredite GK Programm Natur 2020*			-3'290	-	-3'290	-3'290	-3'290
Total Ertrag Grosskredite GK Programm Natur 2020*			1'316	-	1'316	1'316	1'316
Saldo Grosskredite GK Programm Natur 2020*			-1'974	-	-1'974	-1'974	-1'974

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge	-823						
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge	823						
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge	0						
Total Aufwand LUAE Wassernutzungsgebühren							
Total Ertrag LUAE Wassernutzungsgebühren			1'300	-	1'300	1'300	1'300
Saldo LUAE Wassernutzungsgebühren			1'300	-	1'300	1'300	1'300

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufwand: Die wiederkehrenden Pflege- und Unterhaltsarbeiten werden nach Ablauf Grosskredit Natur 2010 im Globalbudget geführt. Höhere Vorlaufkosten für die Projektierung von zukünftigen Hochwasserschutzprojekten (Umsetzung der Ergebnisse aus der Gefahrenkarte). Höhere Staatsbeiträge entsprechend der grösseren Anzahl, der durch Gemeinden und Dritte realisierten Wasserbauvorhaben.

Ertrag: Höhere Bundesbeiträge an wiederkehrende Pflege- und Unterhaltsarbeiten in Naturschutzgebieten entsprechend dem Aufwand. Die 2010 einmalig höheren, durch eine Systemänderung beim Bund bedingten, Bundesbeiträge an Bewirtschaftungsverträge entfallen im 2011. Die Wassernutzungsgebühren müssen neu im Bereich LUAE vereinnahmt werden, Vorgabe gemäss Kontierungsanleitung.

Kleinkredite

Aufwand: Durch den Einbezug der Erkenntnisse aus der Gefahrenkarte muss bei diversen Projekten die Projektierung angepasst werden, was die Realisierung verzögert. Die Kosten fallen in den folgenden Jahren an.

Ertrag: Beiträge Bund und Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand.

Grosskredite

Aufwand: Geplanter Kredit Programm Natur 2020. Weiterführung Sachprogramm Auenschutzpark mit Schwerpunkt dynamische Flussaue Rupperswil.

Ertrag: Beiträge Bund und Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand.

LUAE

Ertrag: Neu werden hier die Wassernutzungsgebühren vereinnahmt, bisher im Globalbudget.

Veränderungen in den Planjahren

Kleinkredite

Aufwand: Realisierung der Projekte gemäss Mehrjahresprogramm Hochwasserschutz. Neuer Kleinkredit Beiträge an Gemeinden, für die Realisierung und den Betrieb der Pärke im Jura. Geplante Kredite für Projekte Holzmanagement Reuss. 2014 geplante Beteiligung an Projekten für Hochwasser-Schutzmassnahmen der Aare (Bielersee bis Wasserschloss).

Ertrag: Beiträge Bund und Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand.

Grosskredite

Aufwand: Realisierung von Grossprojekten gemäss Mehrjahresprogramm und den geplanten Krediten (siehe Tabelle Finanzen Grosskredite).

Ertrag: Beiträge Bund und Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand.

* = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN

KU0021	Der Biotopschutzindex liefert Hinweise zur Qualität der wertvollen Naturschutzflächen im Aargau. Er basiert einerseits auf der Biotopqualität und andererseits auf dem Vorkommen einer Auswahl anspruchsvoller Arten. Für den BSI besteht ein Zielwert von 100, was einer optimalen Qualität der Top-Schutzgebiete entspricht.
KU0023	Der Kessler-Index wird jährlich für die Nutzungstypen Wald, Siedlung und Landwirtschaft ermittelt. Er basiert auf Beobachtungen der vier Artengruppen Vögel, Schnecken, Schmetterlinge und Pflanzen, welche als Indikatoren stellvertretend für sämtliche in einem Lebensraum vorkommenden Lebewesen betrachtet werden. Der Indexwert 100 entspricht der mittleren Artenvielfalt in allen Lebensräumen des ganzen Kantons, wie sie in den Jahren 1996 und 1997 ermittelt worden ist. Der Indexwert 100 ist der Basiswert, mit dem sich die Entwicklung in den darauf folgenden Jahren vergleichen lässt. Tiefere Zahlen stehen für eine geringere, höhere Zahlen für eine grössere Artenvielfalt. Der Index ist so konzipiert, dass er vor allem auf die Veränderung der häufigeren Arten reagiert. Im Sinne eines Frühwarnsystems gibt er Auskunft, wo künftig gehandelt werden muss. Denn ohne geeignete Massnahmen können auch heute noch häufige Arten bald zu Raritäten werden.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sanieren von belasteten Standorten und natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser, für die der Kanton massnahmenpflichtig ist, um die Sicherheit des Lebensraums zu gewährleisten und die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums zu unterstützen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**630**	**Umweltsanierung**
Produktegruppen	63010	Umweltsanierung

UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Umweltsanierung umfasst die Sicherung der Deponie Bärengraben sowie die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK). In der Deponie Bärengraben beteiligt sich der Kanton gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 2. November 2004 mit einer einmaligen Einlage von 11,3 Mio. Franken an einem Konsortialfonds zur Sanierung der Deponie Bärengraben. Mit dem Fonds werden Unterhalt und Betrieb der zur Nachsorge und zur Sanierung eingesetzten Anlagen sowie die Störfallnachsorge während 80 Jahren sichergestellt. Alle zur Sanierung der Deponie Bärengraben notwendigen Massnahmen sind eingeleitet, die Auffüllung wurde 2010 abgeschlossen.

Die Sanierung der SMDK wird vom Konsortium SMDK durchgeführt, an welchem der Kanton zu 41,67 % beteiligt ist. Das Konsortium hat die Aufgabe, unter erforderlichem Schutz der Anwohnenden und der Mitarbeitenden mit optimalem Mitteleinsatz die SMDK nachhaltig zu sanieren. Die Abteilung für Umwelt überwacht als Aufsichtsbehörde die Einhaltung der Sanierungsziele.

Nach heutigem Erkenntnisstand ist bei der Endkostenprognose nicht mit Kostenüberschreitungen zu rechnen. Dies stützt sich auf die Annahme, dass die restlichen Rückbauarbeiten unter den gleichen Bedingungen und zu denselben Preisen wie die erste Rückbauetappe erfolgen können und dass der Bundesbeitrag aus dem VASA-Fonds im erwarteten Ausmass geleistet wird. Die SMDK hat mögliche Risiken mit teilweise geringen Eintretenswahrscheinlichkeiten analysiert und deren Kostenfolgen auf zusätzlich 86 Mio. Franken geschätzt. Für den Fall, dass diese Risiken - entgegen den heutigen Erwartungen - eintreten, weist die Endkostenprognose eine Kreditüberschreitung von rund 10 % aus (46 Mio. Franken). Der Anteil des Kantons Aargau würde davon 41,67 % betragen (Antwort auf Interpellation Roland Agustoni, GR 10.18). Vorbehalten bleiben abweichende Ergebnisse aus der laufenden Mediation.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
630KU0001	Deponiekörper Bärengraben	m3	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000
630KU0003	Politische Vorstösse zur SMDK	Anzahl	1	0	0	0	0	0
630KU0004	Reklamationen der Anwohner wegen Immissionen	Anzahl	0	0	0	0	0	0
630KU0005	Deponiekörper SMDK (verbleibende Abfallmenge Ende Jahr) (s. Fussnote)	Tonnen	460'000	260'000	350'000	250'000	150'000	50'000

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0005: Wie die SMDK am 13. November 2009 mitteilte, umfasst die Deponie eine Kubatur von 608'000 t und nicht wie ursprünglich angenommen 526'000 t. Beim für 2011 budgetierten Wert werden diese Mehrmengen sowie die durch das Brandereignis vom Juni 2009 verursachte Verzögerung im Rückbau berücksichtigt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
630ZI0001	Die ergriffenen Massnahmen stellen sicher, dass von der Deponie Bärengraben keine akute Umweltgefährdung ausgeht.	1	Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten	Anzahl	0	0	0	0	0	0
630ZI0002	Die Gesamtsanierung der SMDK erfolgt unter Einhaltung der behördlichen Auflagen und innerhalb der Kosten- und Terminvorgaben.	1	Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Kostenabweichung gegenüber der Endkostenprognose pro Saldo, bezogen auf den Globalkredit	%	0	0	0	0	0	0
		3	Nichteinhaltung der Fristen	Anzahl	0	0	0	0	0	0

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Für die Deponie Bärengraben besteht aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen kein Handlungsbedarf. Bei den Ausgaben für die Gesamtsanierung der SMDK handelt es sich um gebundene Ausgaben. Der Grosse Rat hat am 30. November 2004 den erforderlichen Verpflichtungskredit bewilligt. Die SMDK wird aus der Spezialfinanzierung Sonderlasten finanziert.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-31'755**	**-40'670**	**-45'450**	**11.8**	**-42'650**	**-42'680**	**-42'220**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**31'747**	**40'670**	**45'450**	**11.8**	**42'650**	**42'680**	**42'220**
Saldo Aufgabenbereich	**-8**	**0**	**0**	**-**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand Grosskredite	-22'927	-25'670	-30'450	18.6	-27'650	-27'680	-27'220
Total Ertrag Grosskredite	22'919	25'670	30'450	18.6	27'650	27'680	27'220
Saldo Grosskredite	-8	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE	-8'828	-15'000	-15'000	0.0	-15'000	-15'000	-15'000
Total Ertrag LUAE	8'828	15'000	15'000	0.0	15'000	15'000	15'000
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	-22'919	-25'670	-30'450	18.6	-27'650	-27'680	-27'220
Total Ertrag Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	22'919	25'670	30'450	18.6	27'650	27'680	27'220
Saldo Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben	-8						
Total Ertrag Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben							
Saldo Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben	-8						

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	-8'828	-15'000	-15'000	0.0	-15'000	-15'000	-15'000
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	8'828	15'000	15'000	0.0	15'000	15'000	15'000
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	0	0	0	-	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN
Veränderungen im Budget
Grosskredite
Aufwand: Die Jahrestranche des Investitionsbeitrags an die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) richtet sich nach dem geplanten Bauablauf und dem Finanzplan der SMDK.
Veränderungen in den Planjahren
Grosskredite
Aufwand: Die Jahrestranche des Investitionsbeitrags an die Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) richtet sich nach dem geplanten Bauablauf und dem Finanzplan der SMDK.

FUSSNOTEN	
KU0005	Mit dem AFP 09-12 wurde die Berechnung geändert. Der Ist-Wert beträgt für die Jahre 2007: 550'000 t, 2008: 313'382 t.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sicherstellen der Mobilität durch eine verkehrsträgerübergreifende, wirtschaftliche und nachhaltige Verkehrsentwicklung sowie ein attraktives und marktgerechtes Verkehrsangebot, welche die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums unterstützen.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**635**	**Verkehrsangebot**
Produktegruppen	63510	Öffentlicher Verkehr
	63520	Gesamtverkehr

UMFELDENTWICKLUNG

Trotz wirtschaftlicher Abschwächung ist im Bereich des Verkehrs in den nächsten Jahren weiterhin mit einem Wachstum zu rechnen. Der dichter werdende Verkehr bewirkt eine Verschärfung der Engpässe im Strassen- und Bahnnetz. Aktuelle Vorlagen des Bundes (Infrastrukturfonds für die Agglomerationen, Netzbeschluss Bundesstrassen, Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz, Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur ZEB, Bahn 2030) zeigen auf, dass die vorhandenen Bundesmittel nicht ausreichen, um dringend nötige Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur zeitgerecht umzusetzen. Die Kantone werden sogar angehalten, die fehlenden Finanzmittel des Bundes vorzufinanzieren. Gleichzeitig steigen auch die Kosten für Betrieb und Unterhalt.

Ein Schwerpunkt in der kantonalen Planung liegt weiterhin auf der Abstimmung Siedlung und Verkehr. Der Bundesrat hat in der Botschaft zuhanden des Bundesparlaments Beiträge an zahlreiche Infrastrukturprojekte in Aussicht gestellt. Im Fokus stehen Verkehrsmanagement-Projekte, Aufwertungen von Strassenräumen, Verbesserungen von Verkehrsdrehscheiben sowie Vorhaben des Langsamverkehrs. Beispiele sind die Neugestaltung des Schulhausplatzes in Baden, Ausbauten der Bahn- und Bushöfe in Aarau, Lenzburg und Brugg.

Angesichts der hohen Netzauslastung werden auch neue, grosse Strassenausbauten auf ihre Zweckmässigkeit untersucht. So laufen Studien zur Anbindung des Unteren Aaretals an das Nationalstrassennetz sowie zur Entlastung der Zentren Baden und Brugg (Petersbergtunnel, Westumfahrung Baden) oder zur Bewältigung des Verkehrs im Raum Aarau Süd. Für ein weiteres Grossvorhaben, die Limmattalbahn, wurde gemeinsam mit dem Kanton Zürich das Vorprojekt gestartet.

Im öffentlichen Verkehr sollen gemäss Mehrjahresprogramm das Angebot und die Infrastruktur weiter auf die Nachfrage und die Kundenbedürfnisse ausgerichtet werden. Nach der Einführung des Integralen Tarifverbunds A-Welle 2010 laufen die Abklärungen für den Integralen Tarifverbund Z-Pass. Im Hinblick auf die Eröffnung der Durchmesserlinie in Zürich und der 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich werden Planung und Projektierung zum Ausbau von S-Bahnlinien im Aargau aufgenommen (S19 ins Untere Aaretal und ins Freiamt; S11 Limmattal - Heitersberg - Aarau).

Das Bundesparlament hat die Botschaft zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) verabschiedet. Damit wurden die finanziellen Mittel zum Bau des Eppenbergtunnels (Umfahrung Schönenwerd) und des Chestenbergtunnels (Mellingen - Rupperswil) bis 2030 gesprochen. Der Wisenbergtunnel und der Heitersbergtunnel II sind Gegenstand des Bundesprojekts Bahn 2030, zu welchem der Bund eine Folgebotschaft vorbereitet.

In vielen Fällen ist die gute Erreichbarkeit - durch den zunehmenden Individualverkehr und die Kapazitätsengpässe in der Schienen- und Strasseninfrastruktur - nicht mehr überall gewährleistet. Deshalb sind Massnahmen zur Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Rahmen der grenzüberschreitenden Agglomerationsprogramme vordringlich. Die Verkehrsvorhaben im Rahmen der Agglomerationsprogramme AareLand (mit Kt. SO) sowie Basel (mit Kt. BS, BL, SO und JU) werden aufeinander abgestimmt und gemeinsam beim Bund eingereicht. Im Limmattal findet eine enge Kooperation zur Abstimmung von Siedlung und Verkehr statt. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung der S-Bahnen Basel und Zürich. Die Nordwestschweizer Kantone (NWCH) vertreten ihre Interessen gemeinsam auf Bundesebene. Der Kanton Aargau bringt seine Ziele in den interkantonalen öV-Direktorenkonferenzen KöV Nordwestschweiz und KöV Zürich ein. Zudem ist der Kanton Aargau in der KöV Schweiz, der Konferenz der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren (BPUK), der Metropolitankonferenz Zürich sowie dem Gotthardkomitee aktiv engagiert.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Leistungskennzahlen							
635KL0014	Verkaufte Jahresabonnemente Tarifverbund A-Welle	Anzahl	20'263	20'800	21'200	21'700	22'100	22'600
635KL0015	Verkaufte Monatsabonnemente Tarifverbund A-Welle	Anzahl	171'032	171'200	174'600	178'100	181'600	182'100
	Finanzkennzahlen							
635KF0005	Abgeltungen Kanton und Gemeinden für den öffentlichen Verkehr pro Einwohner (ohne Beiträge an Tarifverbunde und an Sonderleistungen)	Franken	189	208.2	209.5	214.8	222.1	229

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0003 AFP 2010-2013: Die bisherige Kennzahl "Verkehrstote im Kanton Aargau" wird nicht mehr doppelt geführt (siehe AB 210 polizeiliche Sicherheit).
KU0009 AFP 2010-2013: Die bisherige Kennzahl "Verletzte bei Unfällen im Kanton Aargau" wird nicht mehr doppelt geführt (siehe AB 210 polizeiliche Sicherheit).
KU0010 AFP 2010-2013: Die bisherige Kennzahl "Park+Pool-Anlagen" wird neu im AB 640 Verkehrsinfrastruktur geführt.
KL0006 AFP 2010-2013: Die bisherige Kennzahl "Park+Ride-Anlagen" wird ersetzt durch neues Ziel 635ZI0020.
KL0014/15: Infolge der Wirtschaftskrise hat sich das Wachstum etwas abgeschwächt. Für die Folgejahre wird aufgrund von Angebotserweiterungen, Komfortverbesserungen beim Rollmaterial der Bahnen und dem Abklingen der Wirtschaftskrise mit einem weiterhin positiven Trend gerechnet.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
635ES0046	Erhöhung der Kapazität von Umsteige-anlagen der kombinierten Mobilität (Park + Ride und Bike + Ride)	1	Nettoaufwand Globalkredit			100	60	90		250
		2	Festlegen der neuen und auszubauenden Standorte	2011						
635ES0056	Limmattalbahn, Teil Aargau Killwangen-Dietikon	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 09.0269, 20.10.2009 und geplante)		2	1'325	1'098	5'920	187'760	196'105
		2	Gründung der Aktiengesellschaft Limmattalbahn AG	2010						
		3	Vorprojekt (bewilligt vom Grossen Rat)	2011						
		4	Vorlage an den Grossen Rat: Bauprojektierung	2011						
		5	Einreichung des Agglomerationsprogramms beim Bund	2012						
		6	Vorlage an den Grossen Rat: Realisierung	2014						
		7	Baubeginn der Limmattalbahn	2016						
		8	Inbetriebnahme der Neubaustrecke (ggf. etappiert)	ab Ende 2019						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

ES0056: Realisieren des neuen strategischen öV-Infrastruktur-Projekts Limmattalbahn in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich. Die Limmattalbahn verbindet und erschliesst auf 13.5 km im aufstrebenden Limmattal zwischen Zürich-Altstetten und Killwangen die wachsenden Arbeitplatz- und Wohngebiete.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
635ZI0017	Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird in allen Regionen nachfrageorientiert und nach wirtschaftlichen Aspekten weiter entwickelt und konsolidiert. Infrastruktur und Rollmaterial werden langfristig entwickelt und laufend optimiert und unterhalten.	1	Gewichtete Bahnabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	99'354	95'000	100'000	101'000	102'000	102'000
		2	Gewichtete Busabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	114'522	114'000	115'000	116'000	117'000	117'000
		3	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Bundes	Mio. Fr.	48.1	49.61	53.96	55.58	55.85	57.33
		4	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Kantons	Mio. Fr.	68.75	72.3	78.76	82.27	85.21	88.15
		5	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot der Gemeinden	Mio. Fr.	45.83	50.42	54.6	57.26	59.32	61.33
		6	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot insgesamt	Mio. Fr.	162.68	172.34	187.3	195.1	200.4	206.8
		7	Jährlich investierte Mittel für öV-Infrastruktur	Mio. Fr.	20.51	7.53	19.95	20.56	17.23	18
		8	Kostendeckung Bahnen (Normalspur)	%	49	49	48	48	48	48
		9	Kostendeckung Bahnen (Meterspur; exkl. Infrastrukturbetriebskosten)	%	41	41	40	40	40	41
		10	Kostendeckung Bus	%	38	38	38	39	39	39
		11	Kundenzufriedenheit Bahnangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	71	72	73	73	73	73
		12	Kundenzufriedenheit Busangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	74	74	75	75	75	75
		13	Anteil der mit Nachtangebot erschlossenen Kantonseinwohner	%		73	78	83	88	88

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	Planjahre 2013	Planjahre 2014
635ZI0018	Optimierte Verkehrsentwicklung durch Abstimmung von Siedlung, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt, Kombination der Verkehrsträger sowie steuernde und lenkende Massnahmen. (s. Fussnote)	1	Maximaler Planungsaufwand (intern + extern) im Verhältnis zu Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und Abgeltungen für das ÖV-Angebot	%	1.6	2.2	2.5	2.2	2.1	1.9
635ZI0020	Das Park+Ride-Angebot wird auf weitere Standorte ausgedehnt und die Kapazität der Anlagen erhöht. (s. Fussnote)	1	Park+Ride-Anlagen	Anzahl	79	80	81	82	83	83
		2	Park+Ride-Plätze	Anzahl			2'700	2'750	2'800	2'850

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0017 I3 - I6: Steigerung bedingt durch Angebotsverbesserungen, Teuerung, neues Rollmaterial BDWM, WSB, FLIRT im Freiamt, Refit NPZ SBB, teilweise DTZ im Zürcher S-Bahn-Netz, sowie Sparprogramme des Bundes mit einer Kostenverlagerung zu den Kantonen (Kürzung Kantonsquote).

ZI0017 I8 - I10: Für die Planjahre wird ein Halten des hohen Niveaus angestrebt. Die höheren Kosten für die Rollmaterialerneuerung und neues Rollmaterial führen tendenziell zu einer tieferen Kostendeckung.

ZI0017 I13: Ab 2011 wird die SN1 bis Aarau geführt und das Nachtnetz im Raum Aarau ausgebaut. In den Folgejahren wird das Nachtnetz Aargau bei genügender Nachfrage vervollständigt.

ZI0017 I11 - I12: Messung der Kundenzufriedenheit in den Jahren 2011 und 2013 (jeweils im September).

ZI0018 I1: Das Investitionsvolumen folgt dem Planungsaufwand zeitlich verzögert. Bei nahezu konstantem Aufwand für Löhne und externe Aufträge schwankt das Investitionsvolumen relativ stark.

ZI0020 I2: Die tatsächliche Anzahl Plätze ergibt sich aus den Erhebungen der Transportunternehmen.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Verkehrsangebot basiert im Wesentlichen auf § 49 der Verfassung des Kantons Aargau und Gesetzen, wie dem Gesetz über Raumentwicklung und Bauwesen (BauG) oder dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG).

Eine direkte Steuerung ist über Projektrealisierungen (Globalkredite) möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestranchen, bei geplanten Globalkrediten über den Globalkreditbeschluss und die Jahrestranche gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-)Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

Das Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr dient zur langfristigen Steuerung. Der Aufwand für die gesamte Verkehrsplanung (MIV, öV und LV) ist ausgerichtet auf die zunehmende Fülle von dringenden Verkehrsproblemen im Kanton. Mit guten, ausgereiften Planungen können die Verkehrsaufgaben möglichst zeitgerecht und zum Vorteil der Standortattraktivität und einer guten Erreichbarkeit gelöst werden, ebenso können Investitionskosten optimiert und teilweise reduziert werden (ZI0018).

Die grösste Position des Bruttoaufwandes im Globalbudget stellen mit rund 96 % die Abgeltungen (Kanton/Gemeinden) für das öV-Angebot dar (ZI0017). Diese Abgeltungen umfassen die ungedeckten Kosten für bestellte Verkehrsangebote, die Auswirkungen der NFA (ab 2008), die Teuerung sowie die Abschreibungen der Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten. Unter Berücksichtigung der Beteiligung des Bundes werden pro 1 Mio. Franken Nettobeitrag des Kantons rund 2,4 Mio. Franken Abgeltungen finanziert. Die Abgeltungen für das bestellte Angebot sind - ohne aufwändige Sondermassnahmen - im Budgetjahr aufgrund des Bestellverfahrens (Leistungsaufträge an die Transportunternehmen) und der Veröffentlichung der Fahrpläne nicht steuerbar (ZI0017).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-146'260**	**-142'461**	**-159'078**	**11.7**	**-165'020**	**-166'228**	**-173'582**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**61'408**	**61'738**	**57'146**	**-7.4**	**65'576**	**67'637**	**69'653**
Saldo Aufgabenbereich	**-84'853**	**-80'723**	**-101'932**	**26.3**	**-99'444**	**-98'591**	**-103'929**
Total Aufwand Globalbudget	-123'502	-128'028	-138'943	8.5	-144'859	-149'857	-154'870
Total Ertrag Globalbudget	60'416	61'738	56'896	-7.8	65'576	67'637	69'653
Saldo Globalbudget	-63'086	-66'290	-82'047	23.8	-79'283	-82'220	-85'217
Total Aufwand Kleinkredite	-6'278	-10'203	-9'350	-8.4	-8'631	-7'471	-8'212
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-6'278	-10'203	-9'350	-8.4	-8'631	-7'471	-8'212
Total Aufwand Grosskredite	-16'480	-4'230	-10'785	155.0	-11'530	-8'900	-10'500
Total Ertrag Grosskredite	992		250	-			
Saldo Grosskredite	-15'488	-4'230	-10'535	149.1	-11'530	-8'900	-10'500

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr	-2'308	-1'880		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr							
Saldo Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr	-2'308	-1'880		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Regio-S-Bahn Basel	-1'836	-500	-500	0.0			
Total Ertrag Grosskredite Regio-S-Bahn Basel	700		250	-			
Saldo Grosskredite Regio-S-Bahn Basel	-1'136	-500	-250	-50.0			
Total Aufwand Grosskredite 2. Fernverkehrsh. + 3.Gleis GEXI, L'burg	-11'950	-1'050		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite 2. Fernverkehrsh. + 3.Gleis GEXI, L'burg							
Saldo Grosskredite 2. Fernverkehrsh. + 3.Gleis GEXI, L'burg	-11'950	-1'050		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite GK BDWM:Gleissan. Wohlen-Bremgarten*			-350	-	-300	-2'000	-2'400
Total Ertrag Grosskredite GK BDWM:Gleissan. Wohlen-Bremgarten*							
Saldo Grosskredite GK BDWM:Gleissan. Wohlen-Bremgarten*			-350	-	-300	-2'000	-2'400
Total Aufwand Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, III. Vereinb.							
Total Ertrag Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, III. Vereinb.	292						
Saldo Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, III. Vereinb.	292						
Total Aufwand Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinb.	-386						
Total Ertrag Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinb.							
Saldo Grosskredite Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinb.	-386						
Total Aufwand Grosskredite GK S19 ins Untere Aaretal*			-3'600	-	-6'150	-1'650	-200
Total Ertrag Grosskredite GK S19 ins Untere Aaretal*							
Saldo Grosskredite GK S19 ins Untere Aaretal*			-3'600	-	-6'150	-1'650	-200
Total Aufwand Grosskredite GK S19 ins Freiamt/Ausbauten f. S11*		-800	-635	-20.6	-1'500	-2'000	-4'500
Total Ertrag Grosskredite GK S19 ins Freiamt/Ausbauten f. S11*							
Saldo Grosskredite GK S19 ins Freiamt/Ausbauten f. S11*		-800	-635	-20.6	-1'500	-2'000	-4'500
Total Aufwand Grosskredite GK WSB, Umb Mittelperron Aarau*			-4'700	-	-1'080		
Total Ertrag Grosskredite GK WSB, Umb Mittelperron Aarau*							
Saldo Grosskredite GK WSB, Umb Mittelperron Aarau*			-4'700	-	-1'080		

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite GK WSB, Doppelspurausf. Oberkulm*			-1'000	-	-2'000	-750	
Total Ertrag Grosskredite GK WSB, Doppelspurausf. Oberkulm*							
Saldo Grosskredite GK WSB, Doppelspurausf. Oberkulm*			-1'000	-	-2'000	-750	
Total Aufwand Grosskredite GK San. Schulhauspl., Bustunnel*					-500	-2'500	-1'900
Total Ertrag Grosskredite GK San. Schulhauspl., Bustunnel*							
Saldo Grosskredite GK San. Schulhauspl., Bustunnel*					-500	-2'500	-1'900
Total Aufwand Grosskredite GK Wendegleis Wöschnau*							-1'500
Total Ertrag Grosskredite GK Wendegleis Wöschnau*							
Saldo Grosskredite GK Wendegleis Wöschnau*							-1'500

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufwand: Höhere Abgeltungen für zusätzliche Angebote gemäss Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr sowie für Erneuerungen von Rollmaterial und Teuerung, teilweise Kompensation durch die Verschiebung der Anschubfinanzierung integrierter Tarifverbund Z-Pass.

Ertrag: Beiträge Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand der Abgeltungen öffentlicher Verkehr. Wegfall der bis zum 31.12.2010 befristeten NFA-Ausgleichszahlung aus dem Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur (9 Mio. Franken pro Jahr).

Kleinkredite

Aufwand: Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr mit Projekten wie neue Haltestellen, Bahnhofumbauten SBB (Seon, Wildegg, Wettingen). WSB; neue Haltestelle Mittellandpark, BDWM; Sanierung Reussbrücke sowie im Projektierungsbereich die Stadtbahn Limmattal und Konzepte der Verkehrsplanung wie Verkehrsmanagement, Langsamverkehr und kommunale Gestaltungspläne.

Grosskredite

Aufwand: SBB; Projektabschluss Regio-S-Bahn Basel und Gexi, geplante neue Projekte S19 unteres Aaretal und Freiamt. WSB; Doppelspurausfahrt Oberkulm, Umbau Mittelperron Aarau.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Aufwand: Höhere Abgeltungen öffentlicher Verkehr gemäss Mehrjahresprogramm durch zusätzliche Angebote, Erneuerungen von Rollmaterial und Teuerung. Anschubfinanzierung integrierter Tarifverbund Z-Pass und Beiträge an den Tarifverbund Nordwestschweiz entsprechend der Anzahl verkaufter Umweltabos.

Ertrag: Beiträge Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand der Abgeltungen öffentlicher Verkehr.

Kleinkredite

Aufwand: Weiterführung und Abschluss diverser Projekte und Baubeginn neuer Projekte wie Bushof Wohlen, SBB; Bahnstation Safenwil-Hunzenschwil, WSB; Kreuzungsstelle Unterentfelden Post etc.

Grosskredite

Aufwand: BDWM; Gleissanierung Wohlen-Bremgarten. SBB; Wendegleis Wöschnau. Sanierung Schulhausplatz Baden Bustunnel.

* = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN	
ZI0018	Der Planungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand der Abteilung Verkehr sowie den Kosten für extern vergebene Aufträge an Ingenieurbüros zusammen.
ZI0020	Der Kanton Aargau ist selbst nicht Ersteller und Betreiber der Anlagen.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sicherstellen der Mobilität durch einen ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Bau, Betrieb und Substanzwerterhalt einer der Allgemeinheit dienenden und sicheren Verkehrsinfrastruktur.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**640**	**Verkehrsinfrastruktur**
Produktegruppen	64010	Strassenbau
	64020	Strassenbewirtschaftung
	64030	Verkehrsmanagement

UMFELDENTWICKLUNG

Aufgrund der Bevölkerungs- und Verkehrszunahme sowie der steigenden Mobilität, steht die Erreichbarkeit der Agglomerationen und damit die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen immer mehr unter Druck. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit stehen verschiedene strategische Arbeiten im Vordergrund:

Die langfristige gesicherte Finanzierung der Strassenrechnung ist eine Grundvoraussetzung zur Erfüllung der Aufgaben. Die Revision des Strassengesetzes erfüllt diese Anforderungen. Ohne die gesetzliche Anpassung der Finanzierung zeichnet sich mittelfristig eine Verschuldung der Strassenrechnung ab. Nach Annahme der Revision des Strassengesetzes wird ein umfassendes Mehrjahresprogramm Strasse dem Parlament vorgelegt. Mit einer Priorisierung der baulichen Massnahmen kann auf das Notwendigste fokussiert werden.

Parallel dazu werden Projekte aus dem Agglomerationsprogramm mit hoher Intensität bearbeitet. Dies ist notwendig, da eine provisorische Zusage zur finanziellen Beteiligung des Bundes vorliegt, welche aber an terminliche und finanzielle Auflagen gebunden ist.

Mit dem Grossprojekt "Verkehrsmanagement Baden-Wettingen" wird im Aargau erstmals die Möglichkeit geschaffen, die Leistung der Verkehrsinfrastruktur zu optimieren und damit allen Verkehrsteilnehmern eine zuverlässigere Nutzung zu ermöglichen.

Weitere wichtige Bauprojekte werden intensiv vorangetrieben und beanspruchen die internen und externen Ressourcen recht stark. Die Verknappung der Planer-Kapazitäten auf dem Arbeitsmarkt erschwert das Vorankommen zusehends.

Der systematische Werterhalt der Kantonsstrassen wird, unter Betrachtung des Lebenszyklus der Anlageteile, noch konsequenter auf die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dadurch wird eine maximale Betriebssicherheit bei optimaler Wirtschaftlichkeit sichergestellt. Weitere Massnahmen sind die Anwendung von rationellen Baumethoden und Recycling-Verfahren zur Minimierung von Umwelteinflüssen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
640KU0041	Motorfahrzeugabgaben	1'000 Fr.	119'061	119'967	122'100	128'700	128'400	127'700
640KU0042	LSVA	1'000 Fr.	24'534	21'500	25'500	25'500	26'000	26'500
640KU0043	Mineralölsteueranteil	1'000 Fr.	22'833	21'900	22'500	22'500	22'500	23'000
640KU0045	Kantonsstrassennetz	km	1'150	1'150	1'150	1'150	1'150	1'150
640KU0046	Radroutennetz	km	809	850	852	872	892	912
	Leistungskennzahlen							
640KL0017	Bruttovolumen Bau KS (inkl. Fertigstellung NS) (s. Fussnote)	1'000 Fr.	128'980	122'615	115'153	137'693	154'539	182'476
640KL0018	Bruttovolumen Werterhalt KS (inkl. Fertigstellung NS) (s. Fussnote)	1'000 Fr.	44'235	53'484	48'632	48'588	39'251	42'773
640KL0019	Mittelzuteilung für Werterhaltungsmassnahmen in % des Wiederbeschaffungswertes im Durchschnitt	%	1.1	1.3	1.1	1.2	1	1.1

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Finanzkennzahlen							
640KF0001	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Investitionen Bau	Franken	182	184	177	216	247	288
640KF0002	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Investitionen Werterhalt	Franken	69	88	79	78	63	68
640KF0003	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Betrieb	Franken	49	47	46	45	45	44
640KF0007	Gesamtausgaben Strassenrechnung pro Kopf	Franken	460	430	400	430	440	480
640KF0008	Gesamtausgaben Strassenrechnung pro Personenwagen	Franken	840	770	720	770	790	870

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0041: Die Prognosen stützen sich auf die durch das BAFU veröffentlichten Werte, welche mit einer Abschwächung der Fahrzeugzunahme auf durchschnittlich 0.8 % rechnen.
KU0043: Die Planwerte stützen sich auf die effektiv erzielten Einnahmen der Vorjahre.
KU0045: Mit der Eröffnung von weiteren Umfahrungen oder Netzbereinigung Kantons-/Gemeindestrassen können sich kleinere Veränderungen ergeben.
KU0046: Entwicklung entsprechend den Projektrealisierungen (in den Kleinkrediten enthalten).
KU0048 AFP 2010-2013: Die doppelt geführte Kennzahl "Motorisierungsgrad" wird im AB 640 nicht mehr geführt. Siehe KU0007 AB 215 Verkehrszulassungen.
KU0049 AFP 2010-2013: Die doppelt geführte Kennzahl "Rapportierte Verkehrsunfälle" wird im AB 640 nicht mehr geführt. Siehe KL0015 AB 210 Polizeiliche Sicherheit.
KL0017-KL0018: Der Finanzbedarf bei den Kantonsstrassen entspricht den in den Gross- und Kleinkrediten eingestellten Projekten. Die Bruttovolumen erhöhen sich in den nächsten Jahren aufgrund von künftigen Grossprojekten im Bereich Kantonsstrassen und Verkehrsmanagement. Entsprechend verschieben sich Mittel aus dem Bereich Werterhalt KS (siehe auch Kommentar zu den Finanzen).
KL0019: Die Planwerte basieren auf den ermittelten Werterhaltungsanteilen der Strassen Neu- und Umbauten sowie auf den spezifischen Werterhaltungsmassnahmen.
KF0001-KF0007: Die der Berechnung zugrunde liegende Einwohnerentwicklung ist den Umfeldkennzahlen des AB 210 Polizeiliche Sicherheit zu entnehmen.
KF0007-KF0008: Im AFP-Zeitraum noch mit Nationalstrasseninvestitionen (siehe auch Kommentar zu den Finanzen).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
640ES0021	Realisierung des kantonalen Radroutennetzes	1	Nettoaufwand Globalkredit (Globalkredite projektbezogen bewilligt)		25'452	8'325	7'476	22'573	10'174	74'000
		2	Prioritäre Ressourcenzuteilung zur Realisierung von Radroutenprojekten	bis 2015						
640ES0024	Revision Strassengesetz	1	Nettoaufwand Globalkredit							
		2	Botschaft an den Grossen Rat (1. und 2. Beratung)	2010						
		3	Referendum	2011						
		4	Anschlussgesetzgebung, Vorbereitung Umsetzung	2011						
		5	Inkraftsetzung	2012						
640ES0025	Verflüssigung des Verkehrs und Erhöhung der Sicherheit durch Realisierung des Verkehrsmanagements Region Baden-Wettingen	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)		628	746	2'330	15'092	3'766	22'562
		2	Botschaft an den Grossen Rat	2010						
		3	Realisierung	bis 2015						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
640ES0026	Gesamtsanierung Schulhausplatz Baden	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)		498	435	150	13'000	22'341	36'424
		2	Vorprojekt	2010						
		3	Generelles Projekt	2011						
		4	Botschaft an den Grossen Rat	2012						
		5	Baubeginn	2013						
		6	Bauabschluss	2016						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

ES0019: Wird ersetzt durch ES0025. Die Verkehrsmanagementprojekte der einzelnen Regionen werden inskünftig in separaten Entwicklungsschwerpunkten ausgewiesen.

ES0020: Wird nur noch auf Stufe Produktegruppe weitergeführt.

ES0021: Im November 2004 hat der Grosse Rat das kantonale Radroutennetz im Richtplan festgesetzt. Damit eine Umsetzung innerhalb von rund 10 Jahren möglich ist, müssen die entsprechenden Ressourcen eingestellt werden.

ES0024: Dieser Entwicklungsschwerpunkt ist von grosser strategischer Bedeutung für die künftige Erfüllung der Aufgaben. Wird erstmals ab AFP 2011-2014 geführt.

ES0026: Neuer Entwicklungsschwerpunkt betreffend dem Grossprojekt für die Beseitigung eines äusserst stark überlasteten Verkehrsknotens von kantonaler Bedeutung.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
640ZI0061	Die Verkehrsteilnehmenden, Bevölkerung und Gemeindebehörden sind mit der Gesamttätigkeit der Abteilung Tiefbau zufrieden.	1	Umfrageergebnis (Zufriedenheit mit: Ausbaustandard, baul. Zustand, Sauberkeit, Minimalwert)	%		85				80
640ZI0063	Die Verkehrssicherheit wird erhöht. (s. Fussnote)	1	Beseitigte Unfallschwerpunkte	Anzahl	2	2	3	3	3	3
		3	Bei Schneefall und Glätte ist die Benutzbarkeit der Kantonsstrassen innerhalb von 4 Std. nach Alarmierung sichergestellt. Vorgabe der Zielerreichung mindestens	%	99	95	95	95	95	95
640ZI0064	Kleinere Ausbauten und Lärmschutzmassnahmen sind in den Regionen angemessen verteilt.	1	Regionalverteilung Region 1: Aarau-Zofingen mindestens	%	35	10	10	10	10	10
		2	Regionalverteilung Region 2: Brugg-Baden mindestens	%	25	10	10	10	10	10
		3	Regionalverteilung Region 3: Lenzburg-Freiamt mindestens	%	22	10	10	10	10	10
		4	Regionalverteilung Region 4: Fricktal-Rheintal mindestens	%	18	10	10	10	10	10

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
640ZI0065	Der Substanzerhalt ist unter Anwendung von Instrumenten für die Zustandsbewertung und die Werterhaltungsplanung sichergestellt. (s. Fussnote)	1	Deckbeläge KS in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	%	26	30	30	30	30	30
		2	Brücken und Stützkonstruktionen in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	Anzahl	64	80	80	80	80	80
		3	Tunnel-Kilometer in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	km	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
640ZI0072	Die Umsteigeanlagen für den Individualverkehr werden nachfrageorientiert ausgebaut	1	Park+Pool Anlagen	Anzahl		9	9	9	11	11
		2	Zusätzliche Park+Pool Plätze	Anzahl		100	0	0	60	0

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0061: Die nächste Grossumfrage wird wie geplant 2010 durchgeführt. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden mit der durchgeführten Umfrage 2006 verglichen und daraus allfällige Massnahmen definiert. Im Jahre 2006 lag die durchschnittliche Kundenzufriedenheit bei 71 %. Der Soll-Wert für 2014 wird im Sinne der 80/20-Regel auf 80% angepasst.

ZI0063 I1: Durch die laufende Sanierung nimmt die Anzahl der heute bekannten Unfallschwerpunkte ab. Folgende Erfolgskontrollen bzw. Nachweise über beseitigte Unfallschwerpunkte (siehe Fussnote) sind im Budgetjahr 2011 vorgesehen: K108, Kölliken, Autobahnanschluss Aarau West; K399, Lupfig, Rorenacher; K282, Endingen, Knoten K284.

ZI0072: Das Budget für 2010 sieht eine Kapazitätserweiterung der Anlage in Lenzburg um 70 Plätze und eine neue Anlage in Rheinfelden mit 30 Plätzen vor. Für 2013 ist je eine Anlage im Raum Baden/Wettingen und Aarau-Ost geplant. (Per Ende 2009 waren 8 Anlagen in Betrieb).

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gesetzliche Grundlage ist das Strassengesetz (StrG) vom 17. März 1969.

Die für den Aufgabenbereich Verkehrsinfrastruktur notwendigen finanziellen Ressourcen stammen aus der Spezialfinanzierung "Strassenrechnung", deren Mittel gemäss Strassengesetz zweckgebunden zu verwenden sind. Die Steuerung erfolgt über mehrjährige Programme und Finanzpläne. Aus diesen Plänen wird ein kurz- bis mittelfristiges Bauprogramm im AFP aufgezeigt, worin die Prioritäten aufgrund der Prioritätenmethodik im Strassenbau festgelegt werden. Dieses Bauprogramm ist die Grundlage für den AFP.

Grosse Kantonsstrassen-Vorhaben werden im Richtplan festgesetzt. Der Grosse Rat beschliesst Kantonsstrassenprojekte mit einem Nettoaufwand von mehr als 5 Mio. Franken direkt und kann durch die Genehmigung der Jahrestranchen Einfluss nehmen.

Mit der Anpassung einzelner Soll-Werte der vorgenannten Ziele und Indikatoren kann der Grosse Rat zum Beispiel die Prioritäten zwischen Bau und Werterhalt verschieben.

Da der grösste Teil der Ausgaben projektgebunden ist und die geplanten Jahrestranchen auf die Realisierungsterminplanung der bewilligten Projekte abgestimmt sind, bedingen kurzfristige Steuerungseingriffe eine Überprüfung der Gesamtplanung der Projekte.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-277'956**	**-257'933**	**-246'582**	**-4.4**	**-266'628**	**-274'073**	**-306'039**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**277'956**	**257'933**	**246'582**	**-4.4**	**266'628**	**274'073**	**306'039**
Saldo Aufgabenbereich	**0**	**0**	**0**	**-**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand Globalbudget	-67'733	-65'142	-65'461	0.5	-67'242	-63'718	-64'368
Total Ertrag Globalbudget	14'730	11'523	13'842	20.1	12'784	9'710	9'710
Saldo Globalbudget	-53'003	-53'619	-51'619	-3.7	-54'458	-54'008	-54'658
Total Aufwand Kleinkredite	-76'191	-115'531	-113'359	-1.9	-120'554	-102'449	-103'279
Total Ertrag Kleinkredite	28'425	47'017	44'233	-5.9	50'079	44'051	42'286
Saldo Kleinkredite	-47'766	-68'514	-69'126	0.9	-70'475	-58'398	-60'993
Total Aufwand Grosskredite	-71'561	-47'437	-35'801	-24.5	-55'647	-84'906	-115'292
Total Ertrag Grosskredite	49'001	27'801	16'107	-42.1	21'215	23'644	38'302
Saldo Grosskredite	-22'560	-19'636	-19'694	0.3	-34'432	-61'262	-76'990
Total Aufwand LUAE	-62'472	-29'823	-31'961	7.2	-23'185	-23'000	-23'100
Total Ertrag LUAE	185'800	171'592	172'400	0.5	182'550	196'668	215'741
Saldo LUAE	123'328	141'769	140'439	-0.9	159'365	173'668	192'641

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	-365		-20	-			
Total Ertrag Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	4'474						
Saldo Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	4'109		-20	-			
Total Aufwand Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107	-18'252	-10'693	-2'060	-80.7			
Total Ertrag Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107							
Saldo Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107	-18'252	-10'693	-2'060	-80.7			
Total Aufwand Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495	-300	-15		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495							
Saldo Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495	-300	-15		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	-262						
Total Ertrag Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	1						
Saldo Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	-261						
Total Aufwand Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110	-8						
Total Ertrag Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110	1'948						
Saldo Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110	1'939						
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	88						
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	603						
Saldo Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	691						
Total Aufwand Grosskredite Eigentrassierung WSB Reinach-Menziken	-478						
Total Ertrag Grosskredite Eigentrassierung WSB Reinach-Menziken							
Saldo Grosskredite Eigentrassierung WSB Reinach-Menziken	-478						

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Sanierung Seetalbahn 3. Etappe, K249	-4'285	-5'590	-5'774	3.3	-216		
Total Ertrag Grosskredite Sanierung Seetalbahn 3. Etappe, K249	3'615	4'210		-100.0			
Saldo Grosskredite Sanierung Seetalbahn 3. Etappe, K249	-670	-1'380	-5'774	318.4	-216		
Total Aufwand Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359	-297	-165	-1'655	903.0	-5'975	-4'465	-4'180
Total Ertrag Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359		234	502	114.5	1'094	821	766
Saldo Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359	-297	69	-1'153	-1'771.0	-4'881	-3'644	-3'414
Total Aufwand Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	-62	-145	-44	-69.7			
Total Ertrag Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	962	2'040	4	-99.8			
Saldo Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	900	1'895	-40	-102.1			
Total Aufwand Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang	-32						
Total Ertrag Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang							
Saldo Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang	-32						
Total Aufwand Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	-5'557	-9'080	-5'898	-35.0	-6'623	-94	
Total Ertrag Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	5'279	9'669	5'280	-45.4	5'600		
Saldo Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	-278	589	-618	-204.9	-1'023	-94	
Total Aufwand Grosskredite Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr	-39'812	-14'201	-10'200	-28.2	-3'367		
Total Ertrag Grosskredite Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr	31'344	10'068	7'000	-30.5	1'469		
Saldo Grosskredite Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr	-8'468	-4'133	-3'200	-22.6	-1'898		
Total Aufwand Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM			-187	-			
Total Ertrag Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM							
Saldo Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM			-187	-			
Total Aufwand Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM		-346	-500	44.5	-346		
Total Ertrag Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM			199	-			
Saldo Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM		-346	-301	-13.0	-346		
Total Aufwand Grosskredite Zofingen K233 Unterführung SBB			-260	-	-5'300	-4'260	-663
Total Ertrag Grosskredite Zofingen K233 Unterführung SBB			100	-	3'120	2'400	446
Saldo Grosskredite Zofingen K233 Unterführung SBB			-160	-	-2'180	-1'860	-217
Total Aufwand Grosskredite Zofingen Mühlethal Ausbau K315			-76	-	-2'976	-2'965	-314
Total Ertrag Grosskredite Zofingen Mühlethal Ausbau K315			68	-	600	600	64
Saldo Grosskredite Zofingen Mühlethal Ausbau K315			-8	-	-2'376	-2'365	-250
Total Aufwand Grosskredite GK Baden IO;K115,268 Schulhausplatz*					-2'000	-3'000	-30'000
Total Ertrag Grosskredite GK Baden IO;K115,268 Schulhausplatz*					1'000	1'500	19'500
Saldo Grosskredite GK Baden IO;K115,268 Schulhausplatz*					-1'000	-1'500	-10'500
Total Aufwand Grosskredite GK Brugg/Windisch;Südwestumf. Brugg*					-2'100	-7'100	-11'000
Total Ertrag Grosskredite GK Brugg/Windisch;Südwestumf. Brugg*						2'410	3'800
Saldo Grosskredite GK Brugg/Windisch;Südwestumf. Brugg*					-2'100	-4'690	-7'200
Total Aufwand Grosskredite GK Mellingen NK268 Umfahrung*			-410	-	-2'850	-6'800	-5'725
Total Ertrag Grosskredite GK Mellingen NK268 Umfahrung*			104	-	590	1'390	1'165
Saldo Grosskredite GK Mellingen NK268 Umfahrung*			-306	-	-2'260	-5'410	-4'560
Total Aufwand Grosskredite GK B-023 Aarau;K107 Aare-Kettenbr.*						-6'400	-4'250
Total Ertrag Grosskredite GK B-023 Aarau;K107 Aare-Kettenbr.*						500	500
Saldo Grosskredite GK B-023 Aarau;K107 Aare-Kettenbr.*						-5'900	-3'750

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite GK B-052 Reussbrücke Gnadenthal;Ers*					-80	-580	-2'960
Total Ertrag Grosskredite GK B-052 Reussbrücke Gnadenthal;Ers*					10	50	150
Saldo Grosskredite GK B-052 Reussbrücke Gnadenthal;Ers*					-70	-530	-2'810
Total Aufwand Grosskredite GK Baden IO;K268 Mellingerstrasse*					-1'505	-7'321	-2'769
Total Ertrag Grosskredite GK Baden IO;K268 Mellingerstrasse*					939	4'909	1'683
Saldo Grosskredite GK Baden IO;K268 Mellingerstrasse*					-566	-2'412	-1'086
Total Aufwand Grosskredite GK Rekingen/Mellikon AO;H7/K131*					-70	-2'115	-2'100
Total Ertrag Grosskredite GK Rekingen/Mellikon AO;H7/K131*							
Saldo Grosskredite GK Rekingen/Mellikon AO;H7/K131*					-70	-2'115	-2'100
Total Aufwand Grosskredite GK Aarau AO K110/244 Anschl.Rohr			-3'537	-	-3'186	-690	-53
Total Ertrag Grosskredite GK Aarau AO K110/244 Anschl.Rohr							
Saldo Grosskredite GK Aarau AO K110/244 Anschl.Rohr			-3'537	-	-3'186	-690	-53
Total Aufwand Grosskredite GK Lenzburg, Zubringer A1*					-1'250	-11'050	-24'310
Total Ertrag Grosskredite GK Lenzburg, Zubringer A1*							
Saldo Grosskredite GK Lenzburg, Zubringer A1*					-1'250	-11'050	-24'310
Total Aufwand Grosskredite GK Wiggertalstrasse; NK204 neu*					-6'373	-6'357	-5'510
Total Ertrag Grosskredite GK Wiggertalstrasse; NK204 neu*					2'368	3'190	2'785
Saldo Grosskredite GK Wiggertalstrasse; NK204 neu*					-4'005	-3'167	-2'725
Total Aufwand Grosskredite GK Verkehrsmanagement Aarau Regio*							-6'630
Total Ertrag Grosskredite GK Verkehrsmanagement Aarau Regio*							2'470
Saldo Grosskredite GK Verkehrsmanagement Aarau Regio*							-4'160
Total Aufwand Grosskredite GK Verkehrsmanagement Baden Regio*			-5'180	-	-10'930	-9'530	-4'232
Total Ertrag Grosskredite GK Verkehrsmanagement Baden Regio*			2'850	-	4'300	3'600	1'700
Saldo Grosskredite GK Verkehrsmanagement Baden Regio*			-2'330	-	-6'630	-5'930	-2'532
Total Aufwand Grosskredite GK Verkehrsmanagement Brugg Regio*					-500	-3'250	-4'700
Total Ertrag Grosskredite GK Verkehrsmanagement Brugg Regio*					125	1'722	2'298
Saldo Grosskredite GK Verkehrsmanagement Brugg Regio*					-375	-1'528	-2'402
Total Aufwand Grosskredite GK Verkehrsm. Wiggertal Regio*						-2'700	-4'200
Total Ertrag Grosskredite GK Verkehrsm. Wiggertal Regio*						488	975
Saldo Grosskredite GK Verkehrsm. Wiggertal Regio*						-2'212	-3'225
Total Aufwand Grosskredite GK Künten/Eggenwil K271 Sanierung*						-3'228	-1'696
Total Ertrag Grosskredite GK Künten/Eggenwil K271 Sanierung*						64	
Saldo Grosskredite GK Künten/Eggenwil K271 Sanierung*						-3'164	-1'696
Total Aufwand Grosskredite GK Künten/Eggenwil Radweg 522*						-3'001	
Total Ertrag Grosskredite GK Künten/Eggenwil Radweg 522*							
Saldo Grosskredite GK Künten/Eggenwil Radweg 522*						-3'001	
Total Aufwand Grosskredite GK Kantonsstrassen*	-1'938	-4'242		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite GK Kantonsstrassen*	776	1'162		-100.0			
Saldo Grosskredite GK Kantonsstrassen*	-1'162	-3'080		-100.0			

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite GK ÖV-Infrastruktur*		-100		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite GK ÖV-Infrastruktur*		80		-100.0			
Saldo Grosskredite GK ÖV-Infrastruktur*		-20		-100.0			
Total Aufwand Grosskredite GK Verkehrsbeeinflussung*		-2'860		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite GK Verkehrsbeeinflussung*		338		-100.0			
Saldo Grosskredite GK Verkehrsbeeinflussung*		-2'522		-100.0			

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
LUAE Verkehrssicherheit Kantonspolizei	Int Verr Informatikleistungen	-1'000	-1'000	-1'000	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
	Verschiedene interne Verrechnungen	-19'557	-19'000	-20'500	7.9	-20'700	-20'900	-21'000
Saldo LUAE Verkehrssicherheit Kantonspolizei		-20'557	-20'000	-21'500	7.5	-21'700	-21'900	-22'000
LUAE Basisfinanzierung	Bundesbeiträge aus Mineralölsteuer	22'833	21'900	22'500	2.7	22'500	22'500	23'000
	Bundesbeiträge aus LSVA	24'534	21'500	25'500	18.6	25'500	26'000	26'500
	Bundesbeitrag Kilometerglobale					5'100	5'100	5'100
	Int Verr Motorfahrzeugabgaben	119'061	119'967	122'100	1.8	128'700	128'400	127'700
Saldo LUAE Basisfinanzierung		166'428	163'367	170'100	4.1	181'800	182'000	182'300

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge	-19'372	-8'225	-2'300	-72.0	-750	-500	-500
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge	19'372	8'225	2'300	-72.0	750	500	500
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Fondsveränderung	-22'542	-1'598	-7'561	373.1	-135		
Total Ertrag LUAE Fondsveränderung						14'168	32'941
Saldo LUAE Fondsveränderung	-22'542	-1'598	-7'561	373.1	-135	14'168	32'941
Total Aufwand LUAE Informatikleistungen DFR IT AG			-600	-	-600	-600	-600
Total Ertrag LUAE Informatikleistungen DFR IT AG							
Saldo LUAE Informatikleistungen DFR IT AG			-600	-	-600	-600	-600

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufwand: Innerhalb eines Jahres abgewickelte Projekte werden neu im Globalbudget verbucht, bisher im Steuerungsbereich der Kleinkredite. Nach dem Übergang der Nationalstrassen an den Bund werden die Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen als Verbundaufgabe mit dem bisherigen Kostenteiler weitergeführt. Im Rahmen der Netzbereinigung von Kantons-/Gemeindestrassen fallen einmalige Sanierungsabgeltungen an Gemeinden für abgetretene Kantonsstrassen an. Wegfall der bis zum 31.12.2010 befristeten NFA-Ausgleichszahlung aus der Strassenrechnung zu Gunsten des Aufgabenbereichs 635 Verkehrsangebot (9 Mio. Franken pro Jahr).

Ertrag: Beiträge Bund im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

Kleinkredite

Aufwand: Weiterführung von Projekten im Strassenausbau, Werterhalt, Lärmschutz und bei den Radrouten und gemäss Mehrjahresplanung Strassen. Innerhalb eines Jahres abgewickelte Projekte werden neu im Globalbudget verbucht.

Ertrag: Beiträge Gemeinden im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Grosskredite

Neu werden zukünftige Grosskredite einzeln ausgewiesen.

Aufwand: Weiterführung und Abschluss von Grossprojekten (siehe Tabelle Finanzen Grosskredite).

Ertrag: Beiträge Gemeinden im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

LUAE

Aufwand/Ertrag: Durchlaufende Beiträge; der Kanton stellt in Bauherrenfunktion im Bau befindliche Nationalstrassenprojekte fertig, die Finanzabwicklung erfolgt über den Kanton. Die Nationalstrassenprojekte werden durch den Bund vollumfänglich finanziert und als durchlaufende Investitionsbeiträge in den LUAE ausgewiesen. Die entsprechenden Projekte werden in den Planjahren fertiggestellt.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Aufwand: Auslaufender Finanzbedarf im Nationalstrassenbereich für die als Verbundaufgabe Bund/Kanton realisierten Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen.

Ertrag: Beiträge Bund im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

Kleinkredite

Aufwand: Ab 2013 reduzierte Investitionen durch Verlagerung von finanziellen und personellen Ressourcen zu Gunsten von Grossprojekten deren Start und Weiterführung gemäss Mehrjahresplanung vorgesehen ist.

Ertrag: Beiträge Gemeinden und Bund im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

Grosskredite

Neu werden zukünftige Grosskredite einzeln ausgewiesen.

Aufwand: Realisierung gemäss Mehrjahresplanung von beschlossenen und geplanten Grossprojekten (siehe Tabelle Finanzen Grosskredite).

Ertrag: Beiträge Bund und Gemeinden im Verhältnis zum Investitionsvolumen.

LUAE

Im Rahmen des Aufwands angepasste Abgeltung für die Dienste der Kantonspolizei zur Erhaltung und Förderung der Verkehrssicherheit. Die interne Verrechnung für die Informatikleistungen wurden bisher im Globalbudget abgewickelt.

Aufwand/Ertrag: Durchlaufende Beiträge; die im Auftrag des Bundes fertig zu stellenden Nationalstrassenprojekte laufen in den Planjahren aus. Die Zahlungen erfolgen durch den Kanton und werden vollumfänglich durch den Bund rückerstattet.

* = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN

KL0017-18	Beim Oberbegriff "Bau" handelt es sich sowohl um Neubau wie auch um Ausbau und Lärmschutz. Ab 1. Januar 2008 Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund. Der Kanton stellt in der Bauherrenfunktion im Bau befindliche Projekte fertig, die Finanzabwicklung erfolgt über den Kanton. Die Projekte werden durch den Bund vollumfänglich finanziert.
ZI0063	I1: Der Indikatorwert "Beseitigte Unfallschwerpunkte" weist nicht die eigentliche Bautätigkeit aus, sondern die zeitlich verschobene Erfolgskontrolle einer Massnahme.
ZI0065	I1: Die Zustandsklassen definieren sich nach der VSS-Norm 640925. I2 + I3: Klasse 5 "Alarmierender Zustand": Sicherheit gefährdet, Massnahmen sind vor nächster Inspektion erforderlich; Klasse 4 "Schlechter Zustand": Grosse Schäden, Massnahmen sind einzuleiten.

UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollzug der Wald-, Jagd- und Fischereigesetzgebung von Bund und Kanton: Erhalten und schützen des Waldes, fördern einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung, schützen und fördern der Wild- und Wassertiere sowie deren Lebensräume, verpachten der Jagdreviere und Fischenzen, bewirtschaften des Staatswaldes.

AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	**645**	**Wald, Jagd und Fischerei**
Produktegruppen	64510	Schutz des Waldes
	64520	Förderung Waldbewirtschaftung
	64530	Jagd und Fischerei
	64540	Staatswaldbetrieb

UMFELDENTWICKLUNG

Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst den integralen Schutz und die Nutzung des Waldes, den Schutz und die Förderung der Wild- und Wassertiere sowie deren Lebensräume, die Verpachtung der Jagdreviere und Fischenzen sowie die Bewirtschaftung des Staatswaldes. Das Umfeld des Aufgabenbereichs zeichnet sich dadurch aus, dass Umwelteinflüsse und zunehmende Raumansprüche der Gesellschaft den Druck auf die Lebensräume und die einheimischen Tier- und Pflanzenarten erhöhen. Generell nimmt das Spannungsfeld zwischen der Nutzung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen in den drei Bereichen Wald, Jagd und Fischerei zu. Die Vollzugsaufgaben werden anspruchsvoller.

Der Schutz des Waldareals ist von der Bevölkerung akzeptiert und durch die Rechtsprechung bestätigt worden. Es ist dafür zu sorgen, dass der Wald seine Funktionen, namentlich die Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion, erfüllen kann. Mit einem Anteil von 35 % an der Kantonsfläche kann der Aargauer Wald viel zur Artenvielfalt und zu einem gesunden Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen beitragen. Der Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald werden im Rahmen der dritten Etappe des Naturschutzprogramms Wald (Globalkredit) fortgesetzt.

Die Ansprüche an den Wald nehmen an Vielfalt und Intensität zu und führen zu einem erhöhten Druck auf Wald und Landschaft. Daraus resultiert ein höherer Aufwand im Vollzug, insbesondere bei den Bewilligungsverfahren. Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald sollen besser aufgenommen und mit anderen Nutzungsansprüchen koordiniert werden. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt aus Mitteln des Globalbudgets sowie über Kleinkredite gemäss dem Bericht über die Waldentwicklung im Kanton Aargau (waldentwicklungAARGAU).

Die Waldbewirtschaftung ist Sache der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Die Voraussetzungen für die Nutzung des Rohstoffs Holz sind im Aargau günstig. Die Wald- und Holzwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zum Klimaschutz. Die Waldbewirtschaftung erfolgt nach den Prinzipien des naturnahen Waldbaus und nimmt Rücksicht auf die Waldböden. Die Einhaltung gesetzlicher Auflagen wird im Rahmen der Holzschlagbewilligungen und der forstlichen Planung überwacht. Die Unterstützung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer durch den Kanton beschränkt sich auf die Bereitstellung von Planungsgrundlagen, auf die Beratung und auf Beiträge an die Jungwaldpflege. Die dafür benötigten Mittel sind im Globalbudget eingestellt.

Jagd und Fischerei leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Nutzung der Fisch- und Wildtierbestände sowie deren Lebensräume. Die Nutzung der Wildbestände und die Vermeidung untragbarer Wildschäden werden schwieriger. Die Neuverpachtung der Jagdreviere für acht Jahre erfolgt auf den 1. Januar 2011. Auf diesen Zeitpunkt treten auch die neuen Regelungen betreffend Wildschäden in Kraft. Die Vermeidung von Wildschäden erfordert eine bessere Vernetzung der Lebensräume sowie eine engere Zusammenarbeit der involvierten Kreise. Der Lebensraum der Wassertiere muss weiter verbessert werden. Ergänzend zu den grossen Wasserbauprojekten werden kleinere, aber wirksame fischereibiologische Aufwertungsmassnahmen initiiert und unterstützt. Die für die Vollzugsaufgaben im Bereich der Wild- und Wassertiere notwendigen Mittel sind im Globalbudget eingestellt.

Der Kanton Aargau besitzt rund 3'300 ha Wald in 72 Gemeinden. Dieser wird in Betriebsgemeinschaften mit anderen öffentlichen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern bewirtschaftet.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
	Umfeldkennzahlen							
645KU0026	Waldfläche	ha	49'024	49'025	49'024	49'024	49'024	49'024
645KU0027	Öffentliche Waldeigentümer/innen	Anzahl	270	270	270	270	270	270
645KU0028	Private Waldeigentümer/innen	Anzahl	14'000	14'000	14'000	14'000	14'000	14'000
645KU0029	Jagdreviere	Anzahl	218	218	210	210	210	210
645KU0030	Fischenzpachten	Anzahl	204	203	203	203	203	203
645KU0031	Fläche des Staatswaldes	ha	3'269	3'283	3'269	3'269	3'269	3'269
645KU0032	Fischereilich nutzbare Gewässerstrecke	km	1'848	1'848	1'848	1'848	1'848	1'848
645KU0033	Forstbetriebe > 500 ha	Anzahl	36	37	38	39	39	40
645KU0034	genutzte Holzmenge im Aargauer Wald	m3	405'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000
645KU0036	Fläche Jungwald (s. Fussnote)	ha	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500
645KU0041	Betriebsergebnisse pro ha im öffentlichen Wald gemäss BAR (s. Fussnote)	Franken	40	0	0	0	0	0
	Leistungskennzahlen							
645KL0009	Anteil mit 50jährigen Verträgen gesicherte Reservatsfläche an der Gesamtwaldfläche (s. Fussnote)	%	7.8	7.83	8.23	8.63	9.03	9.43
645KL0023	Bewilligungen und Mitberichte Waldrecht	Anzahl	461	435	435	435	435	435
645KL0024	Bewilligungen und Mitberichte Fischerei- und Jagdrecht	Anzahl	910	950	950	950	950	950
645KL0026	Durchschnittliche, pro Forstkreis betreute Waldfläche	ha	12'250	12'250	12'250	12'250	12'250	12'250
645KL0028	Langfristig gesicherte Naturschutzflächen im Staatswald (s. Fussnote)	ha	734	756	815	815	815	815

KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0029: Abnahme der Jagdreviere gemäss Resultaten der Neuverpachtung per 1.1.2011.

KU0041: Das mittelfristige Ziel der Aargauer Forstbetriebe liegt in einer kostendeckenden Holzproduktion. Die betrieblichen Ergebnisse pro ha sind Schwankungen unterworfen. Als massgebliche Einflussfaktoren gelten die Verhältnisse am Holzmarkt sowie der Umfang erbrachter gemeinwirtschaftlicher Leistungen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000 bis 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012-2014	ab 2015	Total
645ES0008	Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB-Nr. 07.1270, 04.09.2007)		13'459	1'250	1'250	2'500		18'459
		3	Dritte Etappe Naturschutzprogramm Wald	2008-2013						
645ES0018	Überprüfung der kantonalen Fischereipolitik und des Fischereirechts	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Vernehmlassungsentwurf	2011						
		3	Beratung und Beschluss Grosser Rat	2012						
		4	Inkrafttreten	2013						

KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Aufgrund der Evaluation der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) und der Rückmeldungen der Kommissionsberatungen zum Aufgaben und Finanzplan 2010-2013 wurden alle Entwicklungsschwerpunkte (ESP) auf ihre strategische Ausrichtung und ihre Verständlichkeit hin geprüft. Die Anzahl wurde gestrafft und die Inhalte teilweise in die Basisaufgaben verschoben.

ES0008: Umsetzung der dritten Etappe gemäss Programm. Ab 2014, Fortsetzung des Naturschutzprogramms Wald zur Erreichung der langfristigen Ziele mit anschliessender Überführung ins Globalbudget.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2009	Budget 2010	Budget 2011	Planjahre 2012	2013	2014
645ZI0027	Der Wald bleibt in seiner Fläche erhalten und weitgehend frei von Bauten.	1	Durchschnittliche Rodungsfläche der letzten fünf Jahre konstant	ha	7.61	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5
		2	Maximale Anzahl neu bewilligter Bauten und Anlagen im Wald	Anzahl	6	10	10	10	10	10
645ZI0028	Tier- und Pflanzenarten finden im Wald geeignete Lebensräume vor.	1	Waldreservate (Nutzungsverzicht)	ha	2'375	2'340	2'475	2'510	2'550	2'650
		2	Waldrandaufwertungen	km	156	172	175	185	200	200
		3	Spezialreservate	ha	748	745	770	795	820	845
		4	Eichenwälder	ha	1'353	1'592	1'686	1'780	1'875	1'969
645ZI0029	Der Wald wird nachhaltig bewirtschaftet. (s. Fussnote)	2	Gepflegte Jungwaldfläche	ha	1'705	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
		3	Laubholzanteil am Holzvorrat	%	53	52	53	53	53	53
645ZI0030	Jagd und Fischerei werden nachhaltig sichergestellt.	1	Ausgestellte Jagdpässe	Anzahl	1'486	1'600	500	500	500	500
		2	Ausgestellte Fischereiberechtigungen	Anzahl	4'927	4'400	4'400	4'400	4'400	4'400
645ZI0031	Die einheimischen Wild- und Wassertierbestände werden überwacht sowie deren Lebensräume erhalten oder wieder hergestellt.	1	Überwachungs- und Aufwertungsprojekte	Anzahl	17	18	21	21	21	21
645ZI0032	Der Staatswald wird nachhaltig bewirtschaftet. (s. Fussnote)	1	Holznutzung in % des Hiebsatzes (30'000 m3) im Durchschnitt der letzten fünf Jahre	%	105	100	100	100	100	100
		2	Betriebsergebnisse pro ha (gemäss BAR) sind besser als	Franken	88	0	0	0	0	0

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0027: Die Waldfläche ist gemäss dem Bundesgesetz über den Wald geschützt und darf nicht verringert werden. Rodungen sind verboten, Bauten im Wald dürfen nur beim Nachweis der Standortgebundenheit bewilligt werden. Im Rahmen des Vollzuges der Walderhaltung ist sicherzustellen, dass die gerodete Fläche möglichst gering bleibt. Durch die Beratung von Bauherrschaften und einer zurückhaltenden Bewilligungspraxis können Bauvorhaben im Wald auf ein Minimum beschränkt und so die Rodungsfläche sowie die pro Jahr neu erstellten Bauten und Anlagen in etwa konstant gehalten werden.

ZI0028: Im Rahmen des Naturschutzprogramms Wald werden mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern langfristige Verträge über Nutzungsverzichtsflächen und Eichenwälder abgeschlossen sowie spezielle Standorte (Spezialreservate) sowie Waldränder aufgewertet. Die Budget- und Planwerte sind aus den langfristigen Zielsetzungen des Naturschutzprogramms Wald, Etappe 2008-2013, abgeleitet.

ZI0029: Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zeichnet sich dadurch aus, dass die genutzte Holzmenge die nachwachsende nicht übersteigt, der Wald gepflegt wird (als Investition in zukünftig wertvolle, gesunde und stabile Waldbestände), ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Entwicklungsstufen (junge und alte Bestände) vorhanden ist und dass der Wald an die Standorte angepasste, minimale Laubholzanteile aufweist (keine Degeneration der Böden). Die Pflege des Jungwaldes ist eine wichtige Investition in die Zukunft des Waldes (Holzproduktion, biologische Vielfalt, Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltbedingungen) und wird deshalb unterstützt. Mit den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern wurden für den Zeitraum 2008-2011 Vereinbarungen über die Jungwaldpflege abgeschlossen.

ZI0030: Die jagdliche resp. fischereiliche Nutzung des Wildes und der Fische/Krebse hat nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zu erfolgen. Dies bedeutet, dass die Abschöpfung der Ressourcen den Zuwachs nicht übersteigen darf. Eine Steuerung erfolgt via Abschussplanungen beim Rehwild, der Besatzpolitik bei den Wassertieren usw. Es ist davon auszugehen, dass bei mehr verkauften Jagdpässen auch die Jagdstrecke (Anzahl erlegter Tiere) höher ausfällt und somit die erwünschte Ressourcennutzung sichergestellt werden kann. Das Gleiche gilt für den Bereich der Wassertiere. Die Anzahl ausgestellter Jagdpässe nimmt wegen der Anerkennung ausserkantonaler Jagdpässe ab (gemäss neuer Jagdgesetzgebung).

ZI0031: Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der Bestände der Wild- und Wassertiere sind intakte Lebensräume. Je mehr Lebensraumaufwertungsprojekte realisiert werden können, desto mehr profitieren die Wild- und Wassertiere. Um die Wirksamkeit der ausgeführten Massnahmen überprüfen zu können, sind Erfolgskontrollen notwendig.

KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0032: Der Staat Aargau ist der grösste Waldeigentümer des Kantons. In dieser Rolle führt er mit entsprechendem Leistungsauftrag selbst Forstbetriebe resp. beteiligt sich an Betriebsgemeinschaften mit Partnergemeinden. Die Holznutzung erfolgt nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, d.h. es wird nicht mehr Holz genutzt, als nachwächst. Beim Hiebsatz handelt es sich um eine planerisch festgelegte Grösse zur potenziell möglichen Holznutzungsmenge. Das mittelfristige Ziel des Staatswaldes liegt in einer kostendeckenden Holzproduktion. Die betrieblichen Ergebnisse pro ha sind Schwankungen unterworfen. Als massgebliche Einflussfaktoren gelten die Verhältnisse am Holzmarkt sowie der Umfang erbrachter gemeinwirtschaftlicher Leistungen.

STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Wald, Jagd und Fischerei sind weitgehend durch die Bundesgesetzgebung bestimmt. Der kantonale Handlungsspielraum ist begrenzt. Dies betrifft namentlich die Bewilligungsverfahren zum Schutz des Waldes und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung (Rodungsbewilligungen, Waldfeststellungen, Holzschlagbewilligungen, Genehmigung der Betriebspläne) und die Bestimmungen zum Arten- und Lebensraumschutz und zur Regelung der Jagd und Fischerei (fischereirechtliche Bewilligungen, jagdrechtliche Bewilligungen) (ZI0027, ZI0030). Die Bereiche Jagd und Fischerei sind Aufsichtsfunktionen, deren Aufwand weitgehend von externen Ereignissen bestimmt wird (z. B. Anzahl Bewilligungen, Jagdpässe, Fischereiberechtigungen, ZI0030).

Eigene Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten bestehen v.a. bei der Produktgruppe Förderung der Waldbewirtschaftung (Beiträge an die Jungwaldpflege). Eine Erhöhung/Verringerung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bewirkt eine entsprechende Veränderung der Indikatorwerte. Stehen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, so wird sich dies in einer Abnahme der Indikatorwerte gepflegte Jungwaldfläche, gesicherte Waldreservate, aufgewertete Waldränder, Überwachungs- und Aufwertungsprojekte äussern (ZI0028, ZI0029, ZI0031).

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich (Naturschutzprogramm Wald und Kleinkredite). Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestranchen gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-)Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Aufgabenbereich	**-17'655**	**-19'039**	**-18'553**	**-2.6**	**-18'402**	**-18'899**	**-18'806**
Total Ertrag Aufgabenbereich	**8'894**	**9'198**	**8'656**	**-5.9**	**8'691**	**9'106**	**8'656**
Saldo Aufgabenbereich	**-8'762**	**-9'841**	**-9'897**	**0.6**	**-9'711**	**-9'793**	**-10'149**
Total Aufwand Globalbudget	-13'063	-14'457	-15'123	4.6	-15'132	-15'599	-16'056
Total Ertrag Globalbudget	5'700	6'185	6'766	9.4	6'801	7'216	6'950
Saldo Globalbudget	-7'362	-8'271	-8'357	1.0	-8'331	-8'383	-9'105
Total Aufwand Kleinkredite	-250	-320	-290	-9.4	-130	-160	-160
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-250	-320	-290	-9.4	-130	-160	-160
Total Aufwand Grosskredite	-1'819	-1'710	-1'710	0.0	-1'710	-1'710	-1'160
Total Ertrag Grosskredite	670	460	460	0.0	460	460	276
Saldo Grosskredite	-1'149	-1'250	-1'250	0.0	-1'250	-1'250	-884
Total Aufwand LUAE	-2'524	-2'553	-1'430	-44.0	-1'430	-1'430	-1'430
Total Ertrag LUAE	2'524	2'553	1'430	-44.0	1'430	1'430	1'430
Saldo LUAE	0	0	0	-	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand Grosskredite Naturschutzprogramm Wald, 3. Etappe	-1'819	-1'710	-1'710	0.0	-1'710	-1'710	
Total Ertrag Grosskredite Naturschutzprogramm Wald, 3. Etappe	670	460	460	0.0	460	460	
Saldo Grosskredite Naturschutzprogramm Wald, 3. Etappe	-1'149	-1'250	-1'250	0.0	-1'250	-1'250	
Total Aufwand Grosskredite GK Fortsetz. Naturschutzprog. Wald*							-1'160
Total Ertrag Grosskredite GK Fortsetz. Naturschutzprog. Wald*							276
Saldo Grosskredite GK Fortsetz. Naturschutzprog. Wald*							-884

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre 2012	2013	2014
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	-1'273	-1'573	-1'130	-28.1	-1'130	-1'130	-1'130
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	1'273	1'573	1'130	-28.1	1'130	1'130	1'130
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	-569	-470	-300	-36.2	-300	-300	-300
Total Ertrag LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	569	470	300	-36.2	300	300	300
Saldo LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	0	0	0	-	0	0	0
Total Aufwand LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	-682	-510		-100.0			
Total Ertrag LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	682	510		-100.0			
Saldo LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	0	0		-			

KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Veränderungen im Budget

Globalbudget

Aufwand: Das neue Jagdgesetz führt zu Mehrausgaben. Diese können jährlich stark schwanken (abhängig von den Wildtierschäden). Im Mehrjahresdurchschnitt sollten sich aber Mehrausgaben und die Einnahmen aus den Jagdpachtzinsen ausgleichen.

Ertrag: Mehreinnahmen durch das neue Jagdgesetz, die Jagdpachtzinsen gehen an den Kanton.

Kleinkredite

Aufwand: Weiterführung der Projekte Walddauerbeobachtung, Waldentwicklungsplanung und Wald und Gesellschaft.

Grosskredite

Aufwand: Dritte Etappe Naturschutzprogramm Wald.

LUAE

Aufwand/Ertrag: Auflösung der Wildschadenkasse.

Veränderungen in den Planjahren

Globalbudget

Aufwand: 2013 Ersatz Forstfahrzeug im Staatswaldbetrieb. Ab 2014 wird der laufende Unterhalt Naturschutz im Wald im Globalbudget verbucht. Eine entsprechende Reduktion ist im geplanten Grosskredit Naturschutzprogramm Wald enthalten.

Ertrag: 2013 Auflösung Rückstellung zu Gunsten Kauf Fahrzeug. Bundesbeitrag anteilsmässig am Aufwand Naturschutz im Wald.

Kleinkredite

Aufwand: Weiterführung Projekt Walddauerbeobachtung. Projektabschluss Waldentwicklungsplanung und Wald und Gesellschaft.

Grosskredite

Aufwand: 2012-2013 Dritte Etappe Naturschutzprogramm Wald, 2014 neuer Kredit Fortsetzung Naturschutzprogramm Wald (Unterhalt neu im Globalbudget).

Ertrag: Bundesbeitrag anteilsmässig am Aufwand Naturschutz im Wald.

* = Grosskredit, der noch nicht bewilligt ist.

FUSSNOTEN

KL0009/28	Zu den langfristig gesicherten Flächen werden die Naturwaldreservate und Altholzinseln sowie die Eichenwaldreservate gezählt.
KU0036	Beim Jungwald handelt es sich um bis ca. 25jährige Bestände.
KU0041	Bei der BAR handelt es sich um die forstliche Betriebsabrechnung.
ZI0029	I3: Der Laubholzanteil wird im Rahmen des Landesforstinventars (LFI) alle 10 Jahre erhoben.
ZI0032	I1: Die Holznutzungen der letzten fünf Jahre werden aufsummiert und ins Verhältnis des Hiebsatzes für fünf Jahre gesetzt (150'000 m3). Im Rahmen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ist im mittelfristigen Durchschnitt sicherzustellen, dass die Holznutzung dem Zuwachs entspricht.

III. AUSWEIS GROSSKREDITE UND VERPFLICHTUNGSKREDITE

Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite*

	Beschluss Grosser Rat Nr.	Datum	Kredit	Kredit mit Teuerung	beanspruchter Kredit 31.12.09	Budget 2010	beanspruchter Kredit 31.12.10	Budget 2011	Restkredit 31.12.2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Restkredit
210 Polizeiliche Sicherheit													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Erneuerung Funksystem	1794	07.03.2000	12'200'000	12'200'000	11'996'807	-	11'996'807	-	203'193	-	-	-	203'193
215 Verkehrszulassung													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Rechnersystem Schafisheim	1674	02.12.2003	10'380'240	10'380'240	9'849'201	-	9'849'201	-	531'039	-	-	-	531'039
Rechnersystem Buchenhof	1989	22.06.2004	4'860'000	4'860'000	4'627'391	-	4'627'391	-	232'610	-	-	-	232'610
235 Registerführung und Rechtsaufsicht													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Vermessungsprogramm Aargau 2008-2011	1669	20.05.2008	22'000'000	22'000'000	1'356'060	4'054'000	5'410'060	5'045'000	11'544'940	3'366'000	-62'000	548'000	7'692'940
Informatisiertes Grundbuch des Kantons Aargau (GRUNAG)	2039	02.12.2008	20'925'000	20'925'000	1'899'603	3'405'600	5'305'203	4'524'870	11'094'927	3'718'443	2'498'065	4'006'917	871'502
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Daten- und Registerharmonisierung	2073	09.12.2008	10'100'000	10'100'000	2'208'863	3'163'200	5'372'063	2'455'048	2'272'889	1'573'848	-	-	699'041
245 Standortförderung													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Greater Zurich Area[1]	2383	22.02.2005											-
	1712	17.06.2008	2'950'000	2'950'000	2'490'622	800'000	3'290'622	-	-340'622	-	-	-	-340'622
310 Volksschule													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige am Kindergarten	779	19.09.2006	13'110'000	13'110'000	11'407'793	1'871'200	13'278'993	-	-168'993	-	-	-	-168'993
Einführung von Englisch als erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse													
- einmaliger Aufwand	1157	19.06.2007	16'700'000	16'700'000	1'905'806	194'400	2'100'206	633'100	13'966'694	550'400	548'000	201'600	12'666'694
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1157	19.06.2007	8'700'000	8'700'000	7'102'008	5'929'400	7'102'008	8'646'300	-	8'715'500	8'828'800	-	-
Französisch Primarschule	2157	20.01.2009	13'421'500	13'421'500	62'150	723'900	786'050	-	12'635'450	-	1'924'200	3'448'500	7'262'750
325 Hochschulen													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Swiss Nano Center													
- jährlich wiederkehrender Aufwand	448	24.01.2006	5'000'000	5'000'000	5'000'000	-	5'000'000	-	-	-	-	-	-
FHNW, Leistungsauftrag, Beitrag 2006 - 2008	352	22.11.2005	193'200'000	193'200'000	193'200'000	-	193'200'000	-	-	-	-	-	-
FHNW, Leistungsauftrag, Beitrag 2009 - 2011	1991	18.11.2008	234'000'000	234'000'000	76'724'000	78'263'000	154'987'000	81'300'000	-2'287'000	-	-	-	-2'287'000
Zentrum für Demokratie													
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1888	23.09.2008	800'000	800'000	800'000	800'000	800'000	840'000	-	840'000	840'000	-	-

Anmerkung: * In der Übersicht sind Verpflichtungskredite enthalten, welche dem Grossen Rat mit besonderer Vorlage unterbreitet wurden und zu Aufwendungen von über 3 Mio. Franken respektive 0.3 Mio. Franken wiederkehrend (vor dem 1. Januar 2003) beziehungsweise über 5 Mio. Franken respektive 0.5 Mio. Franken wiederkehrend (ab dem 1. Januar 2003) führten.

Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite*

	Beschluss Grosser Rat Nr.	Datum	Kredit	Kredit mit Teuerung	beanspruchter Kredit 31.12.09	Budget 2010	beanspruchter Kredit 31.12.10	Budget 2011	Restkredit 31.12.2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Restkredit
340 Kultur													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Kunsthaus, Betriebssicherung													
- jährlich wiederkehrender Aufwand	858	21.11.2006	645'600	645'600	631'429	645'600	631'429	-	-	-	-	-	-
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Archäologie, Spiellmannwiese	800	27.08.2002	4'115'000	4'115'000	3'675'392	-	3'675'392	-	439'608	-	-	-	439'608
Archäologie, Begegnungszentrum Königsfelden	1753	18.01.2000	2'450'000	2'450'000	1'568'225	-	1'568'225	-	881'775	-	-	-	881'775
Archäologie, Vision Mitte, Brugg-Windisch	242	20.09.2005	8'280'000		-		-		-				-
Zusatzkredit	128	30.06.2009	1'730'000	10'010'000	10'187'195	100'000	10'287'195	-	-277'195	-	-	-	-277'195
425 Steuern													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
KSTA2005 Informatikprojekt Phase 1	232	13.09.2005	7'700'000										
Zusatzkredit	1468	11.12.2007	700'000	8'400'000	8'299'380	-	8'299'380	-	100'620	-	-	-	100'620
430 Immobilien													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Telli-Hochhaus, Aarau, Instandsetzungsarbeiten[2]													
- einmaliger Aufwand	856	21.11.2006	7'810'000	8'413'117	6'170'445	-	6'170'445	-	2'242'672	-	-	-	2'242'672
- jährlich wiederkehrender Aufwand	856	21.11.2006	1'190'000	1'190'000	173'984	119'000	173'984	119'000	-	119'000	119'000	119'000	-
FHNW Windisch, Sanierung Labor/Aula	1195	01.01.2007	28'558'000	28'558'000	28'334'382	350'000	28'684'382	-	-126'382	-	-	-	-126'382
FHNW Windisch, Sportbauten Mülimatt[3]	1442	01.01.2007	18'059'000	18'059'000	14'028'781	4'803'000	18'831'781	455'000	-1'227'781	-	-	-	-1'227'781
Alte Kantonsschule Aarau, Umbau und Erweiterung	564	02.05.2006	12'800'000	13'857'428	13'358'164	-	13'358'164	-	499'264	-	-	-	499'264
Frank Wedekind Haus[2]													
Bahnhofüberbauung, Aarau, Erwerb von STEW[3]													
- einmaliger Aufwand	1376	13.11.2007	18'800'000	20'484'578	10'883'063	5'900'000	16'783'063	5'150'000	-1'448'485	702'000	-	-	-2'150'485
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1376	13.11.2007	2'300'000	2'300'000	-	230'000	-	230'000	-	230'000	230'000	230'000	-
Kantonsspital Baden, Planung Gesamterneuerung[2, 4]	2312	24.03.2009	28'600'000	28'692'284	9'301'392	11'000'000	20'301'392	6'000'000	2'390'892	-	-	-	2'390'892
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Sanierung Grossratsgebäude, Aarau[2]	2572	27.03.2001	4'500'000										
	107	28.06.2005	415'000	5'299'006	5'340'731	-	5'340'731	-	-41'725	-	-	-	-41'725
Strafanstalt Lenzburg, Zentralgefängnis[2, 3]	92	21.06.2005	35'200'000	39'559'587	22'786'637	19'400'000	42'186'637	2'500'000	-5'127'050	-	-	-	-5'127'050
Jugendheim Aarburg, Sanierung Burg[2]	2120	21.09.2004	6'099'000										
		Swisslos-Fonds	651'000	7'210'471	6'752'567	-	6'752'567	-	457'904	-	-	-	457'904
Kantonsschule Baden, Sanierung Haller Bauten[2]	1981	22.06.2004	31'500'000	32'885'882	31'407'741	-	31'407'741	-	1'478'141	-	-	-	1'478'141
Kantonschule Wettingen, Neubau Mensa	298	25.10.2005	7'760'000	8'390'385	8'172'097	-	8'172'097	-	218'288	-	-	-	218'288
Kantonsschule Wohlen, Sanierung Altbau	243	20.09.2005	10'370'000	11'587'988	10'248'866	-	10'248'866	-	1'339'122	-	-	-	1'339'122
Schloss Liebegg, Restaurierung[2]	698	23.06.1998	5'800'000										
Kredit Anteil, Investionszulagenbeschluss (IBZ)	390	16.12.1997	2'900'000										
Abrechnung Anteil, Investionszulagenbeschluss (IBZ)			-2'003'833	7'133'250	6'817'765	-	6'817'765	-	315'755	-	-	-	315'755
Aarau, KSA, 3. Neubauetappe[2]	5859	19.05.1992	28'800'000										
	290	25.10.2005	800'000	29'043'884	29'041'606	-	29'041'606	-	2'278	-	-	-	2'278
PDAG, Windisch, Sanierung restliche Pavillons	1564	28.10.2003	17'500'000	19'094'392	18'559'838	-	18'559'838	-	534'554	-	-	-	534'554
435 Informatik													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Zentrale E-Government-Infrastruktur	1987	18.11.2008	8'925'000	8'925'000	240'862	3'822'600	4'063'462	1'687'500	3'174'038	1'378'500	881'400	855'000	59'138

Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite*

	Beschluss Grosser Rat Nr.	Datum	Kredit	Kredit mit Teuerung	beanspruchter Kredit 31.12.09	Budget 2010	beanspruchter Kredit 31.12.10	Budget 2011	Restkredit 31.12.2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Restkredit
615 Energie													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Förderprogramm Energie 2010/2011	567	30.03.2010	11'400'000	11'400'000	-	1'900'000	1'900'000	5'700'000	3'800'000	3'400'000	300'000	100'000	-
620 Umweltschutz													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Kataster der belasteten Standorte	765	28.02.2002	5'100'000	5'100'000	5'063'579	-	5'063'579	-	36'421	-	-	-	36'421
625 Umweltentwicklung													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Programm Natur 2010, 2. Etappe 07 - 10	941	16.01.2007	10'100'000	10'885'067	7'095'401	2'390'000	9'485'401	-	1'399'666	-	-	-	1'399'666
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Spreitenbach, Dorfbach	2272	12.03.1980	6'287'000										
Zusatzkredit NK I/05	107	28.06.2005	240'000	10'803'154	10'790'054	-	10'790'054	-	13'100	-	-	-	13'100
Zofingen, Entlastungskanal und Renaturierung	5962	16.03.1992	9'500'000	11'230'752	10'210'529	-	10'210'529	-	1'020'223	-	-	-	1'020'223
Wynental, Hochwasserschutz und Renaturierung (inkl. Belastungen seit 1996 div. Konto)	1303	06.05.2003	16'060'000	17'464'934	15'733'778	-	15'733'778	-	1'731'156	-	-	-	1'731'156
Muhen, Hochwasserschutz und Renaturierung Suhre	1410	14.09.1999	5'840'000										
Zusatzkredit NK II/04	2283	14.12.2004	525'000	6'863'101	6'857'007	-	6'857'007	-	6'094	-	-	-	6'094
Auenschutzpark Aargau	1837	30.03.2004	23'000'000	25'273'011	13'398'895	4'274'000	17'672'895	4'226'000	3'374'116	-	-	-	3'374'116
Realisierungsprogramm 2004 - 2009													
630 Umweltsanierung													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Sondermülldeponie Kölliken (SMDK)	2251	30.11.2004	225'000'000	225'000'000	113'748'332	25'670'000	139'418'332	30'450'000	55'131'668	27'650'000	27'680'000	27'220'000	-27'418'332
Gesamtsanierung 2005 - 2015													
Nachsorgebetrieb Deponie Bärengraben Würenlingen	2183	02.11.2004	11'300'000	11'300'000	11'304'945	-	11'304'945	-	-4'945	-	-	-	-4'945
635 Verkehrsangebot													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Bremgarten-Dietikon-Bahn; Doppelspur Bremgarten-Bibenlos und Haltestelle Bibenlos. VIII. Vereinbarung	350	22.11.2005	5'721'000	6'081'254	5'281'491	-	5'281'491	-	799'763	-	-	-	799'763
Regionalverkehrskonzept Aarau-Suhr-Zofingen/Lenzburg; Umbau Bahnhof Suhr	469	21.02.2006	4'294'000	4'731'779	2'808'000	1'880'000	4'688'000	-	43'779	-	-	-	43'779
Zweiter Fernverkehrshalt und 3. Gleis Lenzburg-Gexi													
- einmaliger Aufwand	1087	08.03.2007	19'600'000	19'600'000	18'551'280	1'050'000	19'601'280	-	-1'280	-	-	-	-1'280
- jährlich wiederkehrender Aufwand[6]	1087	08.03.2007	1'620'000	1'620'000	1'620'000	1'620'000	1'620'000	1'620'000	-	1'620'000	1'620'000	1'620'000	-
Integraler Tarifverbund A-Welle													
- einmaliger Aufwand	1156	19.06.2007	210'000	210'000	-	-	-	-	210'000	-	-	-	210'000
- jährlich wiederkehrender Aufwand[6]	1156	19.06.2007	658'343	658'343	658'343	658'343	658'343	658'343	-	658'343	658'343	658'343	-
Rollmaterial BDWM / WSB													
- jährlich wiederkehrender Aufwand[6]	1470	11.12.2007	4'071'000	4'071'000	4'071'000	4'071'000	4'071'000	4'071'000	-	4'071'000	4'071'000	4'071'000	-

Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite*

	Beschluss Grosser Rat Nr.	Datum	Kredit	Kredit mit Teuerung	beanspruchter Kredit 31.12.09	Budget 2010	beanspruchter Kredit 31.12.10	Budget 2011	Restkredit 31.12.2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Restkredit
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
Sanierung Seetalbahn, Realisierung bahntechnische Anlagen	1849	21.05.2000	2'350'000										
Kostenbereinigung	2404	08.03.2005	220'000	2'791'773	2'346'671	-	2'346'671	-	445'102	-	-	-	445'102
Wynental-Suhrental-Bahn, VII. Vereinbarung	6745	24.11.1994	9'245'775	9'245'775	8'368'660	-	8'368'660	-	877'115	-	-	-	877'115
Bremgarten-Dietikon-Bahn, III. Vereinbarung	4897	29.11.1988	35'350'739	35'350'739									
1. Nachtragsvereinbarung vom 10.03.93			2'018'632	39'528'449	38'244'687	-	38'244'687	-	1'283'762	-	-	-	1'283'762
Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinbarung	1026	12.01.1999	6'297'900	6'588'994	6'483'026	-	6'483'026	-	105'969	-	-	-	105'969
Regio-S-Bahn Basel 2005													
- einmaliger Aufwand	118	28.06.2005	15'622'000	17'115'478	12'227'820	500'000	12'727'820	500'000	3'887'658	-	-	-	3'887'658
- jährlich wiederkehrender Aufwand[5]	118	28.06.2005	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	-	1'600'000	1'600'000	1'600'000	-
Bremgarten-Dietikon-Bahn, Streckensanierung Rudolfstetten-Reppischhof und Haltestelle Reppischhof. VI. + VII. Vereinbarung	2146	19.10.2004	4'900'800	4'909'757	4'900'800	-	4'900'800	-	8'957	-	-	-	8'957
640 Verkehrsinfrastruktur													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
(Kredite inkl. eigene Bauleiteraufwendungen)													
Bremgarten-Dietikon-Bahn; Doppelspur Bremgarten-Bibenlos, Haltestelle Bibenlos	350	22.11.2005	1'713'000	2'048'727	774'890	-	774'890	187'000	1'086'837	-	-	-	1'086'837
Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr (ETABS)	469	21.02.2006	26'266'000										
Zusatzkredit ZF I 2010	436	19.01.2010	3'706'000	33'474'563	19'813'098	4'133'000	23'946'098	3'200'000	6'328'465	1'898'000	-	-	4'430'465
Zofingen K233 Unterführung SBB	435	19.01.2010	5'539'000	5'539'000	107'632	33'000	140'632	160'000	5'238'368	2'180'000	1'860'000	217'000	981'368
Zofingen Mühlethal Ausbau K315	434	19.01.2010	5'890'000	5'890'000	151'310	58'000	209'310	8'000	5'672'690	2'376'000	2'365'000	250'000	681'690
Aarau AO K110/244 Anschl. Rohr	568	30.03.2010	8'448'000	8'448'000	353'844	275'000	628'844	3'537'000	4'282'156	3'186'000	690'000	53'000	353'156
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													
(Kredite inkl. eigene Bauleiteraufwendungen)													
T2/NK103 Ortskernumfahrung Aarburg	6575	17.05.1994	109'000'000	136'518'563	115'393'963	-	115'393'963	20'000	21'104'600	-	-	-	21'104'600
NK107 Neue Staffeleggstrasse[6]	2475	02.12.1980											
RRB Nr. 999 vom 2. April 1990			39'521'000										
RRB Nr. 111 vom 21. Januar 2004			8'628'000										
RRB Nr. 1467 vom 31. Oktober 2007			16'420'000	93'902'313	70'864'647	10'693'000	81'557'647	2'060'000	10'284'666	-	-	-	10'284'666
K495 N. Industriestr. Rheinfelden-Möhlin[6]													
RRB Nr. 844 vom 30. April 1997			14'200'000	17'905'126	16'728'661	15'000	16'743'661	-	1'161'465	-	-	-	1'161'465
Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang[6]													
RRB Nr. 1881 vom 8. Dezember 2004			10'230'000										
RRB Nr. 1023 vom 8. August 2007			2'070'000	13'526'920	11'233'579	-	11'233'579	-	2'293'341	-	-	-	2'293'341
NK114 Kern- + Bäderumfahrung Ennetbaden	5586	05.03.1991	48'160'797	79'694'424	63'741'983	-	63'741'983	-	15'952'441	-	-	-	15'952'441
K110 Ostumfahrung Aarau	6397	19.10.1993	44'000'000										
	1196	11.03.2003	2'227'000	51'315'353	49'313'459	-	49'313'459	-	2'001'894	-	-	-	2'001'894
NK247 Kernumfahrung Lenzburg	5349	04.09.1990	29'770'000	44'736'686	45'094'008	-	45'094'008	-	-357'322	-	-	-	-357'322
K208 Eigentrassierung WSB Muhen-Hirschthal	4236	25.11.1986	17'870'000										
	1410	14.09.1999	6'730'000	33'845'761	31'694'322	-	31'694'322	-	2'151'439	-	-	-	2'151'439

Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite*

	Beschluss Grosser Rat Nr.	Datum	Kredit	Kredit mit Teuerung	beanspruchter Kredit 31.12.09	Budget 2010	beanspruchter Kredit 31.12.10	Budget 2011	Restkredit 31.12.2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Restkredit
K242 Eigentrassierung WSB Reinach-Menziken	825	15.09.1998	48'906'000	52'243'066	51'804'493	-	51'804'493	-	438'572	-	-	-	438'572
K249 Sanierung Seetalbahn, 1. Etappe	170	21.08.2001	8'014'240										
	2404	08.03.2005	875'400	9'307'052	8'695'437	145'000	8'840'437	44'000	422'615	-	-	-	422'615
K249 Sanierung Seetalbahn, 2. Etappe	2404	08.03.2005	30'589'300	34'039'948	16'582'209	9'080'000	25'662'209	5'898'000	2'479'739	6'623'000	94'000	-	-4'237'261
K249 Sanierung Seetalbahn, 3. Etappe (ersetzt GRB 4913 vom 07.03.1989)	2405	08.03.2005	16'969'300	19'193'799	7'657'365	5'590'000	13'247'365	5'774'000	172'434 -	216'000	-	-	-43'566
K359 Boswil/Bünzen, neue Strassenüberführung	6346	31.08.1993	10'420'000	14'989'804	1'325'148	165'000	1'490'148	1'655'000	11'844'656	5'975'000	4'465'000	4'180'000	-2'775'344
K127 Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinbarung, strassenseitige Massnahmen	1026	12.01.1999	2'135'700	2'242'842	2'100'826	-	2'100'826	-	142'016	-	-	-	142'016
Bremgarten-Dietikon-Bahn, Streckensanierung Rudolfstetten-Reppischhof	2146	19.10.2004	2'386'400	2'559'327	1'651'178	346'000	1'997'178	500'000	62'149	346'000	-	-	-283'851
Bremgarten-Dietikon-Bahn, Investitionsbeitrag für strassenseitige bauliche Massnahmen[7]	4829	25.10.1988	8'804'000	8'804'000	8'888'961	-	8'888'961	-	-84'961	-	-	-	-84'961
645 Wald, Jagd und Fischerei													
Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005													
Naturschutzprogramm Wald, Etappe 2008-2013	1270	04.09.2007	7'500'000	7'500'000	2'418'591	1'250'000	3'668'591	1'250'000	2'581'409	1'250'000	1'250'000	-	81'409
710 Rechtsprechung													
Verpflichtungskredite gemäss FHG vom 3. Juli 1990													-
Erneuerung der Informatiksysteme der Gerichte und Bezirksämter	2577	27.03.2001	5'389'000	5'389'000	4'833'975	-	4'833'975	-	555'025	-	-	-	555'025
Total einmalig			**1'825'225'890**	**2'030'604'281**	**1'387'541'957**	**207'297'900**	**1'594'839'857**	**174'919'518**	**225'494'437**	**66'389'191**	**44'493'665**	**41'080'017**	**73'531'564**
Total wiederkehrend			**26'584'943**	**26'584'943**	**21'656'764**	**15'673'343**	**21'656'764**	**17'784'643**	**-**	**17'853'843**	**17'967'143**	**8'298'343**	**-**
Gesamttotal			**1'851'810'833**	**2'057'189'224**	**1'409'198'721**	**222'971'243**	**1'616'496'621**	**192'704'161**	**225'494'437**	**84'243'034**	**62'460'808**	**49'378'360**	**73'531'564**

[1] Für das Budget 2010 wurde davon ausgegangen, dass ein neuer Globalkredit für die Vollmitgliedschaft bei der GZA beantragt wird. Effektiv wurde aber die Probemitgliedschaft bis Ende 2010 verlängert, und es wird nur ein reduzierter Betrag bezahlt.Dies führt zu einem tieferen Gesamtbetrag im Jahr 2010. Wie in der Botschaft vom 7. April 2010 (10.125) ausgeführt, wird der vom Grossen Rat bewilligte Kredit eingehalten.

[2] Die für den Ausweis der Grosskredite erhobenen Werte "beanspruchter Kredit 31.12.2009" für den AFP 2011 - 14 weichen zu den gleichen Daten in der Jahresrechnung 2009 ab. Die Abweichung entstand, da der Sachaufwand und die Eigenleistungen nicht getrennt wurden. Diese Trennung wurde grundsätzlich erst mit Einführung des SAP-PS (per 1.1.2007) und einer weiteren technischen und strukturellen Anpassung per 1.1.2009 möglich.

[3] Die Kredite
- Strafanstalt, Lenzburg, Zentralgefängnis
- FHNW Windisch, Sportbauten Mülimatt
- Bahnhofüberbauung, Aarau, Erwerb von STEW

weisen einen Minusbetrag im Restkredit auf. Bei diesen Projekten sind der Projektstand und die entsprechenden Zahlungen im 2009 weiter fortgeschritten. Da das Bugdet 2010 im März 2009 gemacht wurde, konnten diese Aspekte nicht mehr berücksichtigt werden.

[4] Das Projekt Kantonsspital Baden, Planung Gesamterneuerung, wird nach der Übertragung der Spitalbauten per 1.1.2012 nicht mehr im AB 430 Immobilien geführt.

[5] Jährlich wiederkehrender Aufwand; Verbuchung erfolgt im Globalbudget, Produkt Angebotsbereitstellung

[6] Vorhaben gemäss vom Grossen Rat beschlossenem Mehrjahresprogramm 1980 bis 1985: Altrechtlicher Verpflichtungskredit in der Kompetenz des Regierungsrats

[7] Dieser Kredit wurde bisher nur im Aufgabenbereich Verkehrsangebot aufgelistet. Der Beschluss des Grossen Rats enthält aber zwei Kreditbeschlüsse, deshalb muss dieser Kredit auch im Aufgabenbereich Verkehrsinfrastruktur aufgeführt werden. Im Rechnungsjahr 2010 werden beide Kreditbeschlüsse ordentlich abgerechnet.

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Stellenkategorien										
Gesamttotal	**10'991.52**	**166.40**	**11'157.92**	**11'203.22**	**45.30**	**0.4**		**11'373.27**	**11'473.37**	**11'675.52**
Total der Aufgabenbereiche	**4'203.42**	**48.80**	**4'252.22**	**4'205.52**	**-46.70**	**-1.1**		**4'239.57**	**4'211.67**	**4'205.82**
Ordentliche Stellen	3'567.32	8.40	3'575.72	3'659.72	84.00	2.3		3'768.87	3'782.17	3'798.27
Fremdfinanzierte Stellen	467.10	-0.20	466.90	409.70	-57.20	-12.3		396.70	393.10	392.45
Projektstellen	169.00	40.60	209.60	136.10	-73.50	-35.1		74.00	36.40	15.10
Total übrige Stellen	**6'788.10**	**117.60**	**6'905.70**	**6'997.70**	**92.00**	**1.3**		**7'133.70**	**7'261.70**	**7'469.70**
Stellen Lehrpersonen	6'412.00	116.00	6'528.00	6'618.00	90.00	1.4		6'754.00	6'882.00	7'090.00
Praktikumsstellen	176.10	0.60	176.70	177.70	1.00	0.6		177.70	177.70	177.70
Stellen Berufslernende	182.00	2.00	184.00	186.00	2.00	1.1		186.00	186.00	186.00
Sozialstellen	18.00	-1.00	17.00	16.00	-1.00	-5.9		16.00	16.00	16.00
Aufgabenbereiche										
Total der Aufgabenbereiche	**4'203.42**	**48.80**	**4'252.22**	**4'205.52**	**-46.70**	**-1.1**		**4'239.57**	**4'211.67**	**4'205.82**
Ordentliche Stellen	3'567.32	8.40	3'575.72	3'659.72	84.00	2.3		3'768.87	3'782.17	3'798.27
Fremdfinanzierte Stellen	467.10	-0.20	466.90	409.70	-57.20	-12.3		396.70	393.10	392.45
Projektstellen	169.00	40.60	209.60	136.10	-73.50	-35.1		74.00	36.40	15.10
Grosser Rat										
010 Grosser Rat	**7.50**	**-**	**7.50**	**8.00**	**0.50**	**6.7**		**8.00**	**8.00**	**8.00**
Ordentliche Stellen	7.50		7.50	8.00	0.50	6.7		8.00	8.00	8.00
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
Justizbehörden										
710 Rechtsprechung	**266.49**	**-**	**266.49**	**272.19**	**5.70**	**2.1**		**281.19**	**281.19**	**278.69**
Ordentliche Stellen	259.99		259.99	266.69	6.70	2.6		278.69	278.69	278.69
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	6.50		6.50	5.50	-1.00	-15.4		2.50	2.50	-

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Finanzkontrolle										
810 Finanzaufsicht	**10.50**	**-**	**10.50**	**11.50**	**1.00**	**9.5**		**11.50**	**11.50**	**11.50**
Ordentliche Stellen	10.50		10.50	11.50	1.00	**9.5**		11.50	11.50	11.50
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
Beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz										
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz	**2.00**	**-**	**2.00**	**3.00**	**1.00**	**50.0**		**4.00**	**4.00**	**4.00**
Ordentliche Stellen	2.00		2.00	3.00	1.00	**50.0**		4.00	4.00	4.00
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
Regierungsrat										
100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte	**170.27**	**4.00**	**174.27**	**172.47**	**-1.80**	**-1.0**		**230.47**	**228.27**	**227.07**
Ordentliche Stellen	163.77	0.80	164.57	167.07	2.50	1.5		227.07	227.07	227.07
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	6.50	3.20	9.70	5.40	-4.30	-44.3		3.40	1.20	-
Staatskanzlei										
120 Zentrale Stabsleistungen	**47.45**	**-**	**47.45**	**47.45**	**-**	**-**		**47.45**	**48.45**	**48.45**
Ordentliche Stellen	46.65		46.65	46.65		-		46.65	46.95	46.95
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	0.80		0.80	0.80		-		0.80	1.50	1.50
Departement Volkswirtschaft und Inneres	*1'928.27*	*15.60*	*1'943.87*	*1'946.37*	*2.50*	*0.1*		*1'938.82*	*1'927.32*	*1'929.32*
210 Polizeiliche Sicherheit	**666.80**	**2.00**	**668.80**	**679.80**	**11.00**	**1.6**		**691.80**	**698.80**	**705.80**
Ordentliche Stellen	666.80		666.80	677.80	11.00	1.6		689.80	697.80	705.80
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen		2.00	2.00	2.00				2.00	1.00	-

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
215 Verkehrszulassung	**156.38**	**-**	**156.38**	**157.88**	**1.50**	**1.0**		**160.88**	**162.88**	**165.88**
Ordentliche Stellen	152.38		152.38	157.88	5.50	3.6		160.88	162.88	165.88
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	4.00		4.00	-	-4.00	-100.0				
225 Migration	**104.00**	**4.50**	**108.50**	**110.50**	**2.00**	**1.8**		**111.00**	**109.50**	**104.00**
Ordentliche Stellen	98.00		98.00	101.00	3.00	3.1		102.00	104.00	104.00
Fremdfinanzierte Stellen	2.00		2.00	2.00	-	-		2.00	-	-
Projektstellen	4.00	4.50	8.50	7.50	-1.00	-11.8		7.00	5.50	-
230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration	**397.00**	**-**	**397.00**	**333.00**	**-64.00**	**-16.1**		**320.00**	**320.00**	**320.00**
Ordentliche Stellen	16.00		16.00	16.00				16.00	16.00	16.00
Fremdfinanzierte Stellen	381.00		381.00	317.00	-64.00	-16.8		304.00	304.00	304.00
Projektstellen										
235 Registerführung und Rechtsaufsicht	**153.95**	**-0.90**	**153.05**	**172.05**	**19.00**	**12.4**		**159.25**	**151.25**	**145.25**
Ordentliche Stellen	129.15		129.15	132.15	3.00	2.3		132.15	133.15	133.15
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	24.80	-0.90	23.90	39.90	16.00	66.9		27.10	18.10	12.10
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich	**12.60**	**-**	**12.60**	**13.60**	**1.00**	**7.9**		**13.60**	**13.60**	**12.60**
Ordentliche Stellen	11.00		11.00	12.00	1.00	9.1		12.00	12.00	12.60
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	1.60		1.60	1.60		-		1.60	1.60	-
245 Standortförderung	**9.50**	**-**	**9.50**	**7.50**	**-2.00**	**-21.1**		**7.00**	**7.00**	**7.00**
Ordentliche Stellen	7.00		7.00	7.00		-		7.00	7.00	7.00
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	2.50		2.50	0.50	-2.00	-80.0		-	-	-
250 Strafverfolgung	**147.30**	**10.00**	**157.30**	**177.30**	**20.00**			**177.30**	**166.30**	**166.30**
Ordentliche Stellen	146.30		146.30	166.30	20.00			166.30	166.30	166.30
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	1.00	10.00	11.00	11.00				11.00	-	-
255 Straf- und Massnahmenvollzug	**280.74**	**-**	**280.74**	**294.74**	**14.00**			**297.99**	**297.99**	**302.49**
Ordentliche Stellen	280.74		280.74	294.74	14.00			297.99	297.99	302.49
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen								-	-	-

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung Budget 2011 / 2010 bereinigt abs.	%	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Departement Bildung, Kultur und Sport	*622.22*	*19.50*	*641.72*	*582.92*	*-58.80*	*-9.2*	*558.32*	*554.82*	*553.02*
310 Volksschule	**101.50**	**1.70**	**103.20**	**102.70**	**-0.50**	**-0.5**	**117.90**	**115.40**	**114.40**
Ordentliche Stellen	98.50	0.20	98.70	98.70		-	114.40	114.40	114.40
Fremdfinanzierte Stellen			-	-		-	-	-	-
Projektstellen	3.00	1.50	4.50	4.00	-0.50	-11.1	3.50	1.00	-
315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten	**107.18**	**-**	**107.18**	**108.68**	**1.50**	**1.4**	**109.48**	**109.48**	**109.48**
Ordentliche Stellen	107.18		107.18	108.68	1.50	1.4	109.48	109.48	109.48
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									
320 Berufsbildung und Mittelschule	**202.01**	**2.20**	**204.21**	**196.91**	**-7.30**	**-3.6**	**188.21**	**188.21**	**188.21**
Ordentliche Stellen	189.71		189.71	188.21	-1.50	-0.8	188.21	188.21	188.21
Fremdfinanzierte Stellen							-		
Projektstellen	12.30	2.20	14.50	8.70	-5.80	-40.0	-	-	-
325 Hochschulen	**2.80**	**-**	**2.80**	**2.80**	**-**	**-**	**2.80**	**2.80**	**2.80**
Ordentliche Stellen	2.80		2.80	2.80	-	-	2.80	2.80	2.80
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									
330 Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge	**5.80**	**-**	**5.80**	**5.80**	**-**	**-**	**5.80**	**5.80**	**5.80**
Ordentliche Stellen	5.80		5.80	5.80	-	-	5.80	5.80	5.80
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									
335 Sport, Jugend	**10.20**	**-**	**10.20**	**10.70**	**0.50**	**4.9**	**10.70**	**10.70**	**10.70**
Ordentliche Stellen	10.20		10.20	10.20			10.20	10.20	10.20
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen				0.50	0.50		0.50	0.50	0.50
340 Kultur	**192.73**	**15.60**	**208.33**	**155.33**	**-53.00**	**-25.4**	123.43	122.43	121.63
Ordentliche Stellen	109.93		109.93	121.23	11.30	10.3	121.63	121.63	121.63
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen	82.80	15.60	98.40	34.10	-64.30	-65.3	1.80	0.80	-0.00

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Departement Finanzen und Ressourcen	*404.47*	*10.30*	*414.77*	*417.67*	*2.90*	*0.7*		*417.67*	*410.57*	*409.67*
410 Finanzen, Controlling und Statistik	**28.40**	**0.40**	**28.80**	**28.70**	**-0.10**	**-0.3**		**28.70**	**28.70**	**28.70**
Ordentliche Stellen	27.00	0.40	27.40	27.90	0.50	1.8		27.90	27.90	27.90
Fremdfinanzierte Stellen	0.80		0.80	0.80	-	-		0.80	0.80	0.80
Projektstellen	0.60		0.60	-	-0.60	-100.0		-	-	-
420 Personal	**21.00**	**-**	**21.00**	**21.00**	**-**	**-**		**21.00**	**21.00**	**21.00**
Ordentliche Stellen	20.50		20.50	20.50	-	-		20.50	20.50	20.50
Fremdfinanzierte Stellen	0.50		0.50	0.50	-	-		0.50	0.50	0.50
Projektstellen										
425 Steuern	**176.57**	**0.40**	**176.97**	**176.97**	**-**	**-**		**176.97**	**176.97**	**176.97**
Ordentliche Stellen	176.57	0.40	176.97	176.97	-	-		176.97	176.97	176.97
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
430 Immobilien	**39.80**	**0.50**	**40.30**	**40.80**	**0.50**	**1.2**		**40.80**	**37.80**	**37.80**
Ordentliche Stellen	36.10		36.10	37.10	1.00	2.8		37.10	37.10	37.10
Fremdfinanzierte Stellen	0.70		0.70	0.70	**-**	**-**		0.70	0.70	0.70
Projektstellen	3.00	0.50	3.50	3.00	-0.50	-14.3		3.00	-	-
435 Informatik	**84.60**	**9.00**	**93.60**	**96.10**	**2.50**	**2.7**		**96.10**	**92.00**	**91.10**
Ordentliche Stellen	68.00	7.00	75.00	75.50	0.50	0.7		75.50	75.50	75.50
Fremdfinanzierte Stellen	8.60		8.60	15.60	7.00	81.4		15.60	15.60	15.60
Projektstellen	8.00	2.00	10.00	5.00	-5.00	-50.0		5.00	0.90	-
440 Landwirtschaft	**54.10**	**-**	**54.10**	**54.10**	**-**	**-**		**54.10**	**54.10**	**54.10**
Ordentliche Stellen	54.10		54.10	54.10	**-**	**-**		54.10	54.10	54.10
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
Departement Gesundheit und Soziales	*279.09*	*-0.60*	*278.49*	*279.29*	*0.80*	*0.3*		*279.29*	*276.69*	*276.19*
510 Soziale Sicherheit	**20.20**	**-0.40**	**19.80**	**19.80**	**-**	**-**		**19.80**	**19.80**	**19.80**
Ordentliche Stellen	20.20	-0.40	19.80	19.80	-	-		19.80	19.80	19.80
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
515 Betreuung Asylsuchende	**83.70**	**-0.80**	**82.90**	**82.90**	**-**	**-**		**82.90**	**82.90**	**82.90**
Ordentliche Stellen	14.60		14.60	14.60	-	-		14.60	14.60	14.60
Fremdfinanzierte Stellen	69.10	-0.80	68.30	68.30		-		68.30	68.30	68.30
Projektstellen										
520 Gesundheitsschutz	**9.58**	**-**	**9.58**	**10.38**	**0.80**	**8.4**		**10.38**	**10.38**	**9.88**
Ordentliche Stellen	8.58		8.58	9.08	0.50	5.8		9.08	9.08	9.08
Fremdfinanzierte Stellen				0.80	0.80	-				
Projektstellen	1.00		1.00	0.50	-0.50	-50.0		0.50	0.50	-
533 Verbraucherschutz	**72.21**	**0.60**	**72.81**	**72.81**	**-**	**-**		**72.81**	**72.21**	**72.21**
Ordentliche Stellen	72.21		72.21	72.21		-		72.21	72.21	72.21
Fremdfinanzierte Stellen		0.60	0.60	0.60						
Projektstellen										
535 Gesundheitsversorgung	**14.80**	**-**	**14.80**	**14.80**	**-**	**-**		**14.80**	**12.80**	**12.80**
Ordentliche Stellen	12.80		12.80	12.80		-		12.80	12.80	12.80
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen	2.00		2.00	2.00		-		2.00	-	-
540 Militär und Bevölkerungsschutz	**78.60**	**-**	**78.60**	**78.60**	**-**	**-**		**78.60**	**78.60**	**78.60**
Ordentliche Stellen	78.60		78.60	78.60	-	-		78.60	78.60	78.60
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										
545 Sozialversicherungen										
Ordentliche Stellen										
Fremdfinanzierte Stellen										
Projektstellen										

Stellenplan

	Budget 2010	Bereinigung	Budget 2010 ber.	Budget 2011	Veränderung 2011 / 2010 abs.	Veränderung 2011 / 2010 %	Budget bereinigt Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Departement Bau, Verkehr und Umwelt	*465.16*	*-*	*465.16*	*464.66*	*-0.50*	*-0.1*	*462.86*	*460.86*	*459.91*
610 Raumentwicklung und Recht	**57.75**	**-**	**57.75**	**58.25**	**0.50**	**0.9**	**56.45**	**56.45**	**56.30**
Ordentliche Stellen	54.80		54.80	55.80	1.00	1.8	55.80	55.80	55.80
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen	2.95		2.95	2.45	-0.50	-16.9	0.65	0.65	0.50
615 Energie	**9.00**	**-**	**9.00**	**9.00**	**-**	**-**	**9.00**	**9.00**	**9.00**
Ordentliche Stellen	9.00		9.00	9.00	-	-	9.00	9.00	9.00
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									
620 Umweltschutz	**50.65**	**-**	**50.65**	**51.65**	**1.00**	**2.0**	**51.65**	**51.65**	**50.85**
Ordentliche Stellen	49.10		49.10	50.10	1.00	2.0	50.10	50.10	50.10
Fremdfinanzierte Stellen	1.40		1.40	1.40	-	-	1.40	1.40	0.75
Projektstellen	0.15		0.15	0.15	-	-	0.15	0.15	-
625 Umweltentwicklung	**43.48**	**-**	**43.48**	**44.58**	**1.10**	**2.5**	**44.58**	**43.58**	**43.58**
Ordentliche Stellen	42.48		42.48	43.58	1.10	2.6	43.58	43.58	43.58
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen	1.00		1.00	1.00	-	-	1.00	-	-
630 Umweltsanierung									
Ordentliche Stellen									
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									
635 Verkehrsangebot	**24.25**	**-**	**24.25**	**24.25**	**-**	**-**	**24.25**	**24.25**	**24.25**
Ordentliche Stellen	23.75		23.75	23.75	-	-	23.75	23.75	23.75
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen	0.50		0.50	0.50			0.50	0.50	0.50
640 Verkehrsinfrastruktur	**235.08**	**-**	**235.08**	**232.98**	**-2.10**	**-0.9**	**232.98**	**231.98**	**231.98**
Ordentliche Stellen	232.08		232.08	230.98	-1.10	-0.5	230.98	230.98	230.98
Fremdfinanzierte Stellen	3.00		3.00	2.00	-1.00	-33.3	2.00	1.00	1.00
Projektstellen			-	-	-	-	-	-	-
645 Wald, Jagd und Fischerei	**44.95**	**-**	**44.95**	**43.95**	**-1.00**	**-2.2**	**43.95**	**43.95**	**43.95**
Ordentliche Stellen	44.95		44.95	43.95	-1.00	-2.2	43.95	43.95	43.95
Fremdfinanzierte Stellen									
Projektstellen									

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
10	**Grosser Rat**										
	Aufwand	-2'788'055	-3'387'000	-3'673'700	8.5	-3'680'800	0.2	-3'690'100	0.3	-3'704'500	0.4
	Ertrag	816	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-2'787'239**	**-3'387'000**	**-3'673'700**	**8.5**	**-3'680'800**	**0.2**	**-3'690'100**	**0.3**	**-3'704'500**	**0.4**
710	**Rechtsprechung**										
	Aufwand	-39'766'939	-42'403'700	-47'798'700	12.7	-47'338'300	-1.0	-49'276'600	4.1	-49'674'700	0.8
	Ertrag	190'373	180'000	214'000	18.9	213'000	-0.5	238'000	11.7	224'000	-5.9
	Saldo	**-39'576'566**	**-42'223'700**	**-47'584'700**	**12.7**	**-47'125'300**	**-1.0**	**-49'038'600**	**4.1**	**-49'450'700**	**0.8**
810	**Finanzaufsicht**										
	Aufwand	-1'641'168	-1'852'800	-2'113'400	14.1	-2'146'100	1.5	-2'138'500	-0.4	-2'149'000	0.5
	Ertrag	6'887	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-1'634'281**	**-1'852'800**	**-2'113'400**	**14.1**	**-2'146'100**	**1.5**	**-2'138'500**	**-0.4**	**-2'149'000**	**0.5**
820	**Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz**										
	Aufwand	-217'040	-346'440	-434'300	25.4	-595'200	37.0	-599'900	0.8	-606'700	1.1
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-217'040**	**-346'440**	**-434'300**	**25.4**	**-595'200**	**37.0**	**-599'900**	**0.8**	**-606'700**	**1.1**
100	**Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte**										
	Aufwand	-35'468'218	-28'543'330	-30'971'620	8.5	-34'797'480	12.4	-38'573'710	10.9	-38'646'610	0.2
	Ertrag	143'248	15'000	47'000	213.3	47'000	0.0	47'000	0.0	47'000	0.0
	Saldo	**-35'324'971**	**-28'528'330**	**-30'924'620**	**8.4**	**-34'750'480**	**12.4**	**-38'526'710**	**10.9**	**-38'599'610**	**0.2**
120	**Zentrale Stabsleistungen**										
	Aufwand	-6'848'551	-7'212'200	-7'484'300	3.8	-7'592'000	1.4	-7'741'100	2.0	-7'794'500	0.7
	Ertrag	20'754	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-6'827'797**	**-7'212'200**	**-7'484'300**	**3.8**	**-7'592'000**	**1.4**	**-7'741'100**	**2.0**	**-7'794'500**	**0.7**
210	**Polizeiliche Sicherheit**										
	Aufwand	-80'251'033	-82'654'960	-85'319'860	3.2	-86'659'060	1.6	-87'765'960	1.3	-89'310'860	1.8
	Ertrag	242'470	200'000	250'000	25.0	250'000	0.0	250'000	0.0	250'000	0.0
	Saldo	**-80'008'564**	**-82'454'960**	**-85'069'860**	**3.2**	**-86'409'060**	**1.6**	**-87'515'960**	**1.3**	**-89'060'860**	**1.8**
215	**Verkehrszulassung**										
	Aufwand	-17'062'284	-17'753'800	-18'005'900	1.4	-18'307'200	1.7	-18'678'700	2.0	-19'146'600	2.5
	Ertrag	145'714	50'000	145'000	190.0	145'000	0.0	145'000	0.0	145'000	0.0
	Saldo	**-16'916'570**	**-17'703'800**	**-17'860'900**	**0.9**	**-18'162'200**	**1.7**	**-18'533'700**	**2.0**	**-19'001'600**	**2.5**

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
220	**Strafverfolgung und Strafvollzug**										
	Aufwand	-45'944'627	-50'236'600	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
	Ertrag	264'159	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-45'680'468**	**-50'236'600**	**-**	**-100.0**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
225	**Migration**										
	Aufwand	-10'781'439	-11'929'800	-12'775'400	7.1	-12'897'400	1.0	-12'870'600	-0.2	-12'464'200	-3.2
	Ertrag	52'220	-	50'000	-	50'000	0.0	50'000	0.0	50'000	0.0
	Saldo	**-10'729'219**	**-11'929'800**	**-12'725'400**	**6.7**	**-12'847'400**	**1.0**	**-12'820'600**	**-0.2**	**-12'414'200**	**-3.2**
230	**Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration**										
	Aufwand	-34'255'247	-43'563'100	-37'742'300	-13.4	-36'640'600	-2.9	-36'524'500	-0.3	-36'673'000	0.4
	Ertrag	174'032	-	174'000	-	174'000	0.0	174'000	0.0	174'000	0.0
	Saldo	**-34'081'215**	**-43'563'100**	**-37'568'300**	**-13.8**	**-36'466'600**	**-2.9**	**-36'350'500**	**-0.3**	**-36'499'000**	**0.4**
235	**Registerführung und Rechtsaufsicht**										
	Aufwand	-15'381'937	-17'945'460	-19'449'590	8.4	-18'771'920	-3.5	-17'745'780	-5.5	-19'430'560	9.5
	Ertrag	69'648	-	70'000	-	70'000	0.0	70'000	0.0	70'000	0.0
	Saldo	**-15'312'289**	**-17'945'460**	**-19'379'590**	**8.0**	**-18'701'920**	**-3.5**	**-17'675'780**	**-5.5**	**-19'360'560**	**9.5**
240	**Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich**										
	Aufwand	-1'687'274	-1'943'000	-2'028'900	4.4	-2'009'500	-1.0	-2'038'000	1.4	-1'922'300	-5.7
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-1'687'274**	**-1'943'000**	**-2'028'900**	**4.4**	**-2'009'500**	**-1.0**	**-2'038'000**	**1.4**	**-1'922'300**	**-5.7**
245	**Standortförderung**										
	Aufwand	-918'770	-1'439'400	-1'478'300	2.7	-1'365'200	-7.7	-1'343'300	-1.6	-1'437'700	7.0
	Ertrag	19'836	-	20'000	-	20'000	0.0	20'000	0.0	20'000	0.0
	Saldo	**-898'935**	**-1'439'400**	**-1'458'300**	**1.3**	**-1'345'200**	**-7.8**	**-1'323'300**	**-1.6**	**-1'417'700**	**7.1**
250	**Strafverfolgung**										
	Aufwand	-	-	-26'378'700	-	-26'576'500	0.7	-24'479'700	-7.9	-24'689'600	0.9
	Ertrag	-	-	91'000	-	91'000	0.0	91'000	0.0	91'000	0.0
	Saldo	**-**	**-**	**-26'287'700**	**-**	**-26'485'500**	**0.8**	**-24'388'700**	**-7.9**	**-24'598'600**	**0.9**
255	**Straf- und Massnahmenvollzug**										
	Aufwand	-	-	-37'607'900	-	-37'803'000	0.5	-38'114'700	0.8	-38'742'800	1.6
	Ertrag	-	-	169'000	-	169'000	0.0	169'000	0.0	169'000	0.0
	Saldo	**-**	**-**	**-37'438'900**	**-**	**-37'634'000**	**0.5**	**-37'945'700**	**0.8**	**-38'573'800**	**1.7**

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
310	**Volksschule**										
	Aufwand	-759'148'262	-738'173'700	-780'373'000	5.7	-799'038'300	2.4	-811'000'800	1.5	-833'017'400	2.7
	Ertrag	4'594'453	3'800'000	4'500'000	18.4	4'500'000	0.0	4'500'000	0.0	4'500'000	0.0
	Saldo	**-754'553'808**	**-734'373'700**	**-775'873'000**	**5.7**	**-794'538'300**	**2.4**	**-806'500'800**	**1.5**	**-828'517'400**	**2.7**
315	**Sonderschulung, Heime und Werkstätten**										
	Aufwand	-52'771'810	-51'029'400	-51'503'500	0.9	-51'965'300	0.9	-52'599'400	1.2	-53'199'200	1.1
	Ertrag	268'499	108'000	123'000	13.9	124'000	0.8	125'000	0.8	126'000	0.8
	Saldo	**-52'503'311**	**-50'921'400**	**-51'380'500**	**0.9**	**-51'841'300**	**0.9**	**-52'474'400**	**1.2**	**-53'073'200**	**1.1**
320	**Berufsbildung und Mittelschule**										
	Aufwand	-144'054'494	-142'534'700	-145'509'600	2.1	-147'363'500	1.3	-149'667'600	1.6	-150'751'800	0.7
	Ertrag	962'636	378'000	938'500	148.3	938'500	0.0	938'500	0.0	938'500	0.0
	Saldo	**-143'091'859**	**-142'156'700**	**-144'571'100**	**1.7**	**-146'425'000**	**1.3**	**-148'729'100**	**1.6**	**-149'813'300**	**0.7**
325	**Hochschulen**										
	Aufwand	-507'377	-487'600	-492'300	1.0	-493'800	0.3	-504'000	2.1	-501'500	-0.5
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-507'377**	**-487'600**	**-492'300**	**1.0**	**-493'800**	**0.3**	**-504'000**	**2.1**	**-501'500**	**-0.5**
330	**Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge**										
	Aufwand	-771'834	-741'600	-760'200	2.5	-765'300	0.7	-750'000	-2.0	-756'400	0.9
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-771'834**	**-741'600**	**-760'200**	**2.5**	**-765'300**	**0.7**	**-750'000**	**-2.0**	**-756'400**	**0.9**
335	**Sport, Jugend**										
	Aufwand	-2'976'837	-3'484'000	-3'767'500	8.1	-3'771'000	0.1	-3'773'100	0.1	-3'774'400	0.0
	Ertrag	22'262	2'000	2'000	0.0	2'000	0.0	2'000	0.0	2'000	0.0
	Saldo	**-2'954'575**	**-3'482'000**	**-3'765'500**	**8.1**	**-3'769'000**	**0.1**	**-3'771'100**	**0.1**	**-3'772'400**	**0.0**
340	**Kultur**										
	Aufwand	-18'755'799	-20'422'800	-19'233'600	-5.8	-19'492'700	1.3	-19'354'900	-0.7	-19'627'000	1.4
	Ertrag	29'141	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-18'726'658**	**-20'422'800**	**-19'233'600**	**-5.8**	**-19'492'700**	**1.3**	**-19'354'900**	**-0.7**	**-19'627'000**	**1.4**
410	**Finanzen, Controlling und Statistik**										
	Aufwand	-4'338'815	-4'453'700	-4'642'500	4.2	-4'643'000	0.0	-4'637'900	-0.1	-4'657'600	0.4
	Ertrag	33'709	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-4'305'106**	**-4'453'700**	**-4'642'500**	**4.2**	**-4'643'000**	**0.0**	**-4'637'900**	**-0.1**	**-4'657'600**	**0.4**

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
420	**Personal**										
	Aufwand	-6'036'976	-6'817'500	-6'202'900	-9.0	-5'977'600	-3.6	-6'137'400	2.7	-6'135'700	0.0
	Ertrag	4'944	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-6'032'032**	**-6'817'500**	**-6'202'900**	**-9.0**	**-5'977'600**	**-3.6**	**-6'137'400**	**2.7**	**-6'135'700**	**0.0**
425	**Steuern**										
	Aufwand	-24'052'152	-24'342'000	-24'927'700	2.4	-25'012'200	0.3	-25'064'100	0.2	-25'242'700	0.7
	Ertrag	16'492	-	17'000	-	17'000	0.0	20'000	17.6	20'000	0.0
	Saldo	**-24'035'660**	**-24'342'000**	**-24'910'700**	**2.3**	**-24'995'200**	**0.3**	**-25'044'100**	**0.2**	**-25'222'700**	**0.7**
430	**Immobilien**										
	Aufwand	-5'840'161	-6'011'300	-6'101'700	1.5	-6'103'200	0.0	-5'767'700	-5.5	-5'822'200	0.9
	Ertrag	17'710	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-5'822'452**	**-6'011'300**	**-6'101'700**	**1.5**	**-6'103'200**	**0.0**	**-5'767'700**	**-5.5**	**-5'822'200**	**0.9**
435	**Informatik**										
	Aufwand	-11'001'470	-12'368'500	-14'197'100	14.8	-12'825'500	-9.7	-12'843'900	0.1	-12'849'500	0.0
	Ertrag	97'411	-	100'000	-	100'000	0.0	100'000	0.0	100'000	0.0
	Saldo	**-10'904'059**	**-12'368'500**	**-14'097'100**	**14.0**	**-12'725'500**	**-9.7**	**-12'743'900**	**0.1**	**-12'749'500**	**0.0**
440	**Landwirtschaft**										
	Aufwand	-7'029'143	-7'253'800	-7'320'100	0.9	-7'285'400	-0.5	-7'278'600	-0.1	-7'312'700	0.5
	Ertrag	21'401	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-7'007'742**	**-7'253'800**	**-7'320'100**	**0.9**	**-7'285'400**	**-0.5**	**-7'278'600**	**-0.1**	**-7'312'700**	**0.5**
510	**Soziale Sicherheit**										
	Aufwand	-2'549'356	-2'844'300	-2'697'600	-5.2	-2'725'200	1.0	-2'743'200	0.7	-2'760'500	0.6
	Ertrag	2'189	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-2'547'167**	**-2'844'300**	**-2'697'600**	**-5.2**	**-2'725'200**	**1.0**	**-2'743'200**	**0.7**	**-2'760'500**	**0.6**
515	**Betreuung Asylsuchende**										
	Aufwand	-6'599'838	-7'274'700	-7'863'100	8.1	-7'863'200	0.0	-7'928'400	0.8	-7'968'800	0.5
	Ertrag	10'464	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-6'589'374**	**-7'274'700**	**-7'863'100**	**8.1**	**-7'863'200**	**0.0**	**-7'928'400**	**0.8**	**-7'968'800**	**0.5**
520	**Gesundheitsschutz**										
	Aufwand	-1'534'694	-1'590'800	-1'729'700	8.7	-1'703'100	-1.5	-1'718'400	0.9	-1'667'600	-3.0
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-1'534'694**	**-1'590'800**	**-1'729'700**	**8.7**	**-1'703'100**	**-1.5**	**-1'718'400**	**0.9**	**-1'667'600**	**-3.0**

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
533	**Verbraucherschutz**										
	Aufwand	-9'116'972	-10'020'500	-10'477'200	4.6	-10'324'100	-1.5	-10'327'300	0.0	-10'386'900	0.6
	Ertrag	30'058	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-9'086'914**	**-10'020'500**	**-10'477'200**	**4.6**	**-10'324'100**	**-1.5**	**-10'327'300**	**0.0**	**-10'386'900**	**0.6**
535	**Gesundheitsversorgung**										
	Aufwand	-1'987'602	-2'315'500	-2'336'700	0.9	-2'354'300	0.8	-2'039'500	-13.4	-2'052'300	0.6
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-1'987'602**	**-2'315'500**	**-2'336'700**	**0.9**	**-2'354'300**	**0.8**	**-2'039'500**	**-13.4**	**-2'052'300**	**0.6**
540	**Militär und Bevölkerungsschutz**										
	Aufwand	-9'185'214	-9'303'400	-9'213'900	-1.0	-9'173'500	-0.4	-9'214'100	0.4	-9'159'900	-0.6
	Ertrag	72'483	2'000	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-9'112'731**	**-9'301'400**	**-9'213'900**	**-0.9**	**-9'173'500**	**-0.4**	**-9'214'100**	**0.4**	**-9'159'900**	**-0.6**
545	**Sozialversicherungen**										
	Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
610	**Raumentwicklung und Recht**										
	Aufwand	-7'953'394	-8'823'900	-8'936'300	1.3	-8'745'300	-2.1	-8'784'500	0.4	-8'784'100	0.0
	Ertrag	4'891	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-7'948'503**	**-8'823'900**	**-8'936'300**	**1.3**	**-8'745'300**	**-2.1**	**-8'784'500**	**0.4**	**-8'784'100**	**0.0**
615	**Energie**										
	Aufwand	-1'049'920	-1'355'300	-1'307'900	-3.5	-1'314'000	0.5	-1'324'300	0.8	-1'336'000	0.9
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-1'049'920**	**-1'355'300**	**-1'307'900**	**-3.5**	**-1'314'000**	**0.5**	**-1'324'300**	**0.8**	**-1'336'000**	**0.9**
620	**Umweltschutz**										
	Aufwand	-7'310'881	-7'153'000	-7'489'700	4.7	-7'492'800	0.0	-7'538'900	0.6	-7'540'800	0.0
	Ertrag	16'087	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-7'294'794**	**-7'153'000**	**-7'489'700**	**4.7**	**-7'492'800**	**0.0**	**-7'538'900**	**0.6**	**-7'540'800**	**0.0**
625	**Umweltentwicklung**										
	Aufwand	-5'855'304	-5'953'200	-6'389'200	7.3	-6'365'200	-0.4	-6'317'500	-0.7	-6'322'600	0.1
	Ertrag	9'761	50'000	5'000	-90.0	5'000	0.0	5'000	0.0	5'000	0.0
	Saldo	**-5'845'543**	**-5'903'200**	**-6'384'200**	**8.1**	**-6'360'200**	**-0.4**	**-6'312'500**	**-0.7**	**-6'317'600**	**0.1**

Personalaufwand und -ertrag pro Aufgabenbereich

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
630	**Umweltsanierung**										
	Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
635	**Verkehrsangebot**										
	Aufwand	-3'285'678	-3'577'500	-3'611'600	1.0	-3'648'500	1.0	-3'664'500	0.4	-3'695'300	0.8
	Ertrag	1'247	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Saldo	**-3'284'431**	**-3'577'500**	**-3'611'600**	**1.0**	**-3'648'500**	**1.0**	**-3'664'500**	**0.4**	**-3'695'300**	**0.8**
640	**Verkehrsinfrastruktur**										
	Aufwand	-27'965'854	-28'342'200	-28'845'700	1.8	-28'783'500	-0.2	-28'680'200	-0.4	-28'873'800	0.7
	Ertrag	149'491	95'000	80'000	-15.8	80'000	0.0	80'000	0.0	80'000	0.0
	Saldo	**-27'816'363**	**-28'247'200**	**-28'765'700**	**1.8**	**-28'703'500**	**-0.2**	**-28'600'200**	**-0.4**	**-28'793'800**	**0.7**
645	**Wald, Jagd und Fischerei**										
	Aufwand	-5'556'298	-6'087'400	-5'995'000	-1.5	-5'968'900	-0.4	-6'021'100	0.9	-6'027'400	0.1
	Ertrag	53'699	60'000	45'000	-25.0	45'000	0.0	45'000	0.0	45'000	0.0
	Saldo	**-5'502'599**	**-6'027'400**	**-5'950'000**	**-1.3**	**-5'923'900**	**-0.4**	**-5'976'100**	**0.9**	**-5'982'400**	**0.1**
Gesamttotal											
	Aufwand	-1'420'248'717	-1'423'973'890	-1'495'188'170	5.0	-1'518'378'660	1.6	-1'537'262'450	1.2	-1'566'617'730	1.9
	Ertrag	7'749'181	4'940'000	7'040'500	42.5	7'040'500	0.0	7'069'500	0.4	7'056'500	-0.2
	Saldo	**-1'412'499'536**	**-1'419'033'890**	**-1'488'147'670**	**4.9**	**-1'511'338'160**	**1.6**	**-1'530'192'950**	**1.2**	**-1'559'561'230**	**1.9**

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

V. ARTENGLIEDERUNG, FUNKTIONALE GLIEDERUNG, KENNZAHLEN UND DEFINITIONEN

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
3	**Aufwand Laufende Rechnung**	**-4'269'375'521**	**-4'152'738'519**	**-4'280'520'946**	**3.1**	**-4'504'226'853**	**5.2**	**-4'567'461'369**	**1.4**	**-4'702'701'840**	**3.0**
30	**Personalaufwand**	**-1'419'899'690**	**-1'422'542'990**	**-1'493'915'870**	**5.0**	**-1'517'125'060**	**1.6**	**-1'536'255'550**	**1.3**	**-1'566'111'030**	**1.9**
300	Behörden, Kommissionen, Richter	-7'184'055	-8'148'700	-8'500'500	4.3	-8'550'800	0.6	-8'667'700	1.4	-8'719'000	0.6
301	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	-423'306'837	-448'370'900	-469'072'500	4.6	-472'694'800	0.8	-476'831'700	0.9	-482'780'400	1.2
302	Löhne Lehrpersonen	-763'753'001	-745'225'100	-782'234'400	5.0	-798'612'300	2.1	-810'889'700	1.5	-830'860'800	2.5
303	Arbeitgeberbeiträge Verwaltungspersonal	-75'009'327	-80'493'200	-83'872'300	4.2	-84'297'300	0.5	-84'575'300	0.3	-84'794'500	0.3
304	Arbeitgeberbeiträge Lehrpersonen	-132'391'029	-126'648'300	-135'200'500	6.8	-138'442'900	2.4	-140'472'500	1.5	-143'930'200	2.5
307	Rentenleistungen	-9'092'279	-1'527'000	-2'714'600	77.8	-2'629'300	-3.1	-2'614'000	-0.6	-2'614'000	0.0
309	Übriger Personalaufwand	-9'163'161	-12'129'790	-12'321'070	1.6	-11'897'660	-3.4	-12'204'650	2.6	-12'412'130	1.7
31	**Sachaufwand**	**-294'232'494**	**-320'958'628**	**-343'315'487**	**7.0**	**-326'695'217**	**-4.8**	**-309'540'819**	**-5.3**	**-307'439'891**	**-0.7**
310	Büro- und Schulmaterial, Drucksachen	-20'811'234	-21'465'940	-22'106'840	3.0	-27'851'640	26.0	-24'137'340	-13.3	-24'295'240	0.7
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-1'891'280	-1'217'180	-1'848'600	51.9	-1'250'300	-32.4	-1'251'400	0.1	-1'257'400	0.5
312	Wasser, Energie und Heizmaterialien	-5'922'437	-5'906'000	-6'503'100	10.1	-6'542'100	0.6	-6'592'100	0.8	-6'672'100	1.2
313	Verbrauchsmaterialien	-23'002'715	-20'970'750	-22'861'550	9.0	-22'927'600	0.3	-22'390'700	-2.3	-22'805'700	1.9
314	Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt	-28'797'779	-31'989'000	-35'751'000	11.8	-24'912'000	-30.3	-20'548'000	-17.5	-18'785'000	-8.6
315	Dienstleistungen Dritter für übrigen Unterhalt	-23'065'472	-27'599'050	-29'468'133	6.8	-29'058'493	-1.4	-30'378'095	4.5	-30'726'467	1.1
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-27'983'099	-28'534'100	-34'555'500	21.1	-34'816'500	0.8	-34'700'500	-0.3	-35'089'500	1.1
317	Spesenentschädigungen	-7'332'825	-8'420'070	-8'360'774	-0.7	-8'324'674	-0.4	-8'320'174	-0.1	-8'317'074	0.0
318	Dienstleistungen und Honorare	-147'710'014	-161'890'738	-166'944'190	3.1	-159'008'910	-4.8	-148'298'210	-6.7	-147'504'810	-0.5
319	Übriger Sachaufwand	-7'715'638	-12'965'800	-14'915'800	15.0	-12'003'000	-19.5	-12'924'300	7.7	-11'986'600	-7.3
32	**Passivzinsen**	**-73'027'710**	**-72'795'000**	**-68'183'000**	**-6.3**	**-71'194'000**	**4.4**	**-72'093'000**	**1.3**	**-74'903'000**	**3.9**
320	Laufende Verpflichtungen	-33'670	-38'000	-40'000	5.3	-40'000	0.0	-45'000	12.5	-45'000	0.0
321	Kurzfristige Schulden	-1'308'926	-3'000'000	-1'830'000	-39.0	-3'560'000	94.5	-4'260'000	19.7	-4'460'000	4.7
322	Mittel- und langfristige Schulden	-56'851'038	-56'396'000	-54'691'000	-3.0	-55'742'000	1.9	-55'686'000	-0.1	-58'026'000	4.2
323	Sonderrechnungen	-614'837	-700'000	-650'000	-7.1	-610'000	-6.2	-510'000	-16.4	-300'000	-41.2
329	Übrige Passivzinsen	-14'219'239	-12'661'000	-10'972'000	-13.3	-11'242'000	2.5	-11'592'000	3.1	-12'072'000	4.1
33	**Abschreibungen**	**-36'293'758**	**-41'397'300**	**-43'552'573**	**5.2**	**-43'962'573**	**0.9**	**-44'159'573**	**0.4**	**-47'336'019**	**7.2**
330	Finanzvermögen	-24'899'052	-35'110'300	-32'178'600	-8.3	-32'588'600	1.3	-32'785'600	0.6	-32'934'600	0.5
332	Verwaltungsvermögen	-270'733	-725'000	-250'000	-65.5	-250'000	0.0	-250'000	0.0	-250'000	0.0
333	Bilanzfehlbeträge	-11'123'973	-5'562'000	-11'123'973	100.0	-11'123'973	0.0	-11'123'973	0.0	-14'151'419	27.2

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
34	**Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung**	**-58'744'022**	**-66'382'800**	**-64'357'800**	**-3.1**	**-82'757'800**	**28.6**	**-69'957'800**	**-15.5**	**-95'957'800**	**37.2**
340	Anteile für Gemeinden	-192'083	-65'000	-140'000	115.4	-140'000	0.0	-140'000	0.0	-140'000	0.0
341	Beiträge an Gemeinden	-49'359'000	-57'100'000	-55'000'000	-3.7	-73'400'000	33.5	-60'600'000	-17.4	-86'600'000	42.9
342	Subventionen	-60'111	-85'000	-85'000	0.0	-85'000	0.0	-85'000	0.0	-85'000	0.0
345	Beiträge an NFA	-9'132'828	-9'132'800	-9'132'800	0.0	-9'132'800	0.0	-9'132'800	0.0	-9'132'800	0.0
35	**Entschädigungen an Gemeinwesen**	**-205'473'073**	**-203'466'100**	**-208'470'100**	**2.5**	**-219'145'300**	**5.1**	**-228'383'800**	**4.2**	**-233'207'300**	**2.1**
350	Bund	-442'777	-359'000	-422'500	17.7	-422'000	-0.1	-407'000	-3.6	-407'000	0.0
351	Kantone	-197'063'442	-194'302'100	-199'891'600	2.9	-210'192'300	5.2	-219'415'800	4.4	-224'274'300	2.2
352	Gemeinden	-7'966'854	-8'805'000	-8'156'000	-7.4	-8'531'000	4.6	-8'561'000	0.4	-8'526'000	-0.4
36	**Eigene laufende Beiträge**	**-1'475'146'276**	**-1'542'471'552**	**-1'619'804'100**	**5.0**	**-1'805'045'600**	**11.4**	**-1'860'865'900**	**3.1**	**-1'918'626'200**	**3.1**
360	Bund	-9'416'182	-9'270'000	-9'990'000	7.8	-10'390'000	4.0	-10'490'000	1.0	-10'690'000	1.9
361	Kantone	-8'134'789	-8'775'700	-8'434'100	-3.9	-8'649'300	2.6	-8'618'800	-0.4	-8'965'100	4.0
362	Gemeinden	-8'228'421	-8'824'400	-11'951'400	35.4	-16'104'400	34.7	-16'104'400	0.0	-16'264'400	1.0
363	Eigene Unternehmungen	-270'522'864	-276'382'000	-286'078'300	3.5	-239'443'300	-16.3	-246'118'600	2.8	-249'037'000	1.2
364	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-370'267'067	-348'011'252	-344'149'200	-1.1	-431'555'500	25.4	-441'449'900	2.3	-453'207'700	2.7
365	Private Institutionen	-359'721'143	-397'007'500	-414'277'400	4.4	-512'892'400	23.8	-533'431'500	4.0	-544'153'100	2.0
366	Private Haushalte	-407'224'147	-457'806'000	-499'634'000	9.1	-535'354'000	7.1	-564'007'000	5.4	-595'651'000	5.6
367	Ausland	-5'816	-	-	-	-	-	-	-	-	-
369	Übrige eigene laufende Beiträge	-41'625'847	-36'394'700	-45'289'700	24.4	-50'656'700	11.9	-40'645'700	-19.8	-40'657'900	0.0
37	**Durchlaufende Beiträge**	**-173'488'941**	**-174'697'300**	**-179'984'200**	**3.0**	**-179'741'700**	**-0.1**	**-179'741'700**	**0.0**	**-179'491'700**	**-0.1**
370	Bund	-93'950	-100'000	-100'000	0.0	-100'000	0.0	-100'000	0.0	-100'000	0.0
372	Gemeinden	-11'910'967	-11'532'500	-11'698'200	1.4	-11'618'200	-0.7	-11'618'200	0.0	-11'368'200	-2.2
374	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-1'721	-5'000	-5'000	0.0	-5'000	0.0	-5'000	0.0	-5'000	0.0
379	Dritte	-161'482'303	-163'059'800	-168'181'000	3.1	-168'018'500	-0.1	-168'018'500	0.0	-168'018'500	0.0
38	**Einlagen in Spezialfinanzierungen**	**-181'661'112**	**-46'064'242**	**-42'934'919**	**-6.8**	**-32'498'528**	**-24.3**	**-33'515'196**	**3.1**	**-31'740'972**	**-5.3**
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-181'661'112	-46'064'242	-42'934'919	-6.8	-32'498'528	-24.3	-33'515'196	3.1	-31'740'972	-5.3
39	**Interne Verrechnungen**	**-351'408'444**	**-261'962'607**	**-216'002'897**	**-17.5**	**-226'061'075**	**4.7**	**-232'948'031**	**3.0**	**-247'887'928**	**6.4**
390	Interne Verrechnungen	-351'408'444	-261'962'607	-216'002'897	-17.5	-226'061'075	4.7	-232'948'031	3.0	-247'887'928	6.4

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
4	**Ertrag Laufende Rechnung**	**4'519'166'553**	**4'398'648'069**	**4'531'797'014**	**3.0**	**4'700'524'321**	**3.7**	**4'775'028'461**	**1.6**	**4'951'976'391**	**3.7**
40	**Steuern**	**2'094'288'967**	**1'987'507'000**	**2'053'140'000**	**3.3**	**2'140'140'000**	**4.2**	**2'235'540'000**	**4.5**	**2'323'840'000**	**3.9**
400	Einkommens- und Vermögenssteuern	1'482'682'464	1'484'000'000	1'533'000'000	3.3	1'585'000'000	3.4	1'640'000'000	3.5	1'708'000'000	4.1
401	Ertrags- und Kapitalsteuern	407'991'981	306'100'000	316'100'000	3.3	345'200'000	9.2	385'300'000	11.6	406'100'000	5.4
403	Vermögensgewinnsteuern	20'205'452	19'000'000	20'000'000	5.3	20'000'000	0.0	20'000'000	0.0	20'000'000	0.0
404	Vermögensverkehrssteuern	41'818'790	35'000'000	36'700'000	4.9	37'100'000	1.1	37'300'000	0.5	37'500'000	0.5
405	Erbschafts- und Schenkungssteuern	17'910'055	20'000'000	20'000'000	0.0	20'000'000	0.0	20'000'000	0.0	20'000'000	0.0
406	Besitz- und Aufwandsteuer	119'302'138	120'207'000	122'340'000	1.8	128'940'000	5.4	128'640'000	-0.2	127'940'000	-0.5
408	Nachsteuern und Bussen	4'378'089	3'200'000	5'000'000	56.3	3'900'000	-22.0	4'300'000	10.3	4'300'000	0.0
41	**Regalien und Konzessionen**	**53'435'553**	**53'252'500**	**65'409'000**	**22.8**	**65'929'000**	**0.8**	**65'929'000**	**0.0**	**65'929'000**	**0.0**
410	Regalien und Konzessionen	53'435'553	53'252'500	65'409'000	22.8	65'929'000	0.8	65'929'000	0.0	65'929'000	0.0
42	**Vermögenserträge**	**336'322'370**	**344'298'585**	**341'352'365**	**-0.9**	**289'958'883**	**-15.1**	**299'021'417**	**3.1**	**309'702'300**	**3.6**
420	Banken	840'771	525'000	400'000	-23.8	800'000	100.0	750'000	-6.3	1'000'000	33.3
421	Guthaben	7'965'211	8'608'000	7'508'000	-12.8	8'508'000	13.3	10'058'000	18.2	10'808'000	7.5
422	Anlagen des Finanzvermögens	2'625'671	1'610'000	1'400'000	-13.0	1'380'000	-1.4	690'000	-50.0	580'000	-15.9
423	Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	2'354'250	2'339'000	2'473'000	5.7	2'473'000	0.0	2'473'000	0.0	2'473'000	0.0
424	Buchgewinne auf Anlagen des Finanzvermögens	3'350'669	2'100'000	1'000'000	-52.4	400'000	-60.0	250'000	-37.5	100'000	-60.0
425	Darlehen des Verwaltungsvermögens	12'199'165	11'029'000	11'595'000	5.1	21'556'000	85.9	21'980'000	2.0	25'634'000	16.6
426	Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	104'563'310	114'673'000	110'229'500	-3.9	111'542'500	1.2	112'441'500	0.8	113'869'500	1.3
427	Liegenschaftserträge des Verwaltungsvermögens	73'034'043	74'711'312	77'974'600	4.4	14'451'400	-81.5	21'468'600	48.6	26'275'800	22.4
429	Übrige Vermögenserträge	129'389'280	128'703'273	128'772'265	0.1	128'847'983	0.1	128'910'317	0.0	128'962'000	0.0
43	**Entgelte**	**268'460'059**	**231'555'845**	**245'333'100**	**5.9**	**238'911'050**	**-2.6**	**240'375'100**	**0.6**	**240'374'850**	**0.0**
430	Ersatzabgaben	2'768'448	2'100'000	1'800'000	-14.3	1'800'000	0.0	1'800'000	0.0	1'800'000	0.0
431	Gebühren für Amtshandlungen	79'110'274	78'936'200	81'088'000	2.7	82'482'100	1.7	85'241'200	3.3	85'561'700	0.4
432	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	20'682'338	21'319'500	24'098'000	13.0	23'049'000	-4.4	20'966'000	-9.0	20'382'000	-2.8
433	Schulgelder	2'668'602	2'578'200	2'908'400	12.8	2'567'400	-11.7	2'806'400	9.3	2'621'400	-6.6
434	Andere Benützungsgebühren, Dienstleistungen	39'144'890	35'819'345	34'321'700	-4.2	28'959'200	-15.6	28'370'700	-2.0	28'439'700	0.2
435	Verkäufe	36'866'252	24'327'200	26'539'300	9.1	25'327'450	-4.6	25'914'900	2.3	26'034'150	0.5
436	Rückerstattungen	53'757'257	32'259'700	40'097'000	24.3	40'425'200	0.8	40'780'200	0.9	40'925'200	0.4
437	Bussen	31'565'520	32'835'000	33'234'000	1.2	33'104'000	-0.4	33'349'000	0.7	33'464'000	0.3
438	Eigenleistungen für Investitionen	1'372'426	250'000	100'000	-60.0	50'000	-50.0	-	-100.0	-	-
439	Übrige Entgelte	524'052	1'130'700	1'146'700	1.4	1'146'700	0.0	1'146'700	0.0	1'146'700	0.0

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
44	**Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung**	**344'655'016**	**356'848'000**	**409'162'922**	**14.7**	**399'342'332**	**-2.4**	**416'538'323**	**4.3**	**424'538'323**	**1.9**
440	Anteile an Bundeseinnahmen	196'851'452	166'314'000	179'000'000	7.6	172'000'000	-3.9	179'000'000	4.1	187'000'000	4.5
445	Beiträge von NFA	147'803'564	190'534'000	230'162'922	20.8	227'342'332	-1.2	237'538'323	4.5	237'538'323	0.0
45	**Rückerstattung von Gemeinwesen**	**80'642'496**	**82'916'400**	**81'310'430**	**-1.9**	**84'596'050**	**4.0**	**84'837'800**	**0.3**	**84'543'300**	**-0.3**
450	Bund	72'659'588	74'584'300	74'249'830	-0.4	72'670'450	-2.1	72'582'200	-0.1	72'777'700	0.3
451	Kantone	2'492'701	3'323'000	2'280'000	-31.4	2'280'000	0.0	2'210'000	-3.1	1'720'000	-22.2
452	Gemeinden	5'490'206	5'009'100	4'780'600	-4.6	9'645'600	101.8	10'045'600	4.1	10'045'600	0.0
46	**Beiträge für eigene Rechnung**	**798'778'179**	**808'001'755**	**844'295'600**	**4.5**	**945'015'200**	**11.9**	**969'957'700**	**2.6**	**995'771'300**	**2.7**
460	Bund	304'005'235	303'204'902	335'897'700	10.8	354'693'700	5.6	366'834'700	3.4	380'980'700	3.9
461	Kantone	5'422'810	5'471'100	5'419'800	-0.9	5'582'800	3.0	5'703'600	2.2	5'703'600	0.0
462	Gemeinden	449'272'320	462'913'753	467'507'100	1.0	549'076'200	17.4	562'230'900	2.4	574'091'500	2.1
463	Eigene Unternehmungen	80'000	80'000	80'000	0.0	80'000	0.0	80'000	0.0	80'000	0.0
469	Übrige Beiträge für eigene Rechnung	39'997'814	36'332'000	35'391'000	-2.6	35'582'500	0.5	35'108'500	-1.3	34'915'500	-0.5
47	**Durchlaufende Beiträge**	**173'488'941**	**174'697'300**	**179'984'200**	**3.0**	**179'741'700**	**-0.1**	**179'741'700**	**0.0**	**179'491'700**	**-0.1**
470	Bund	164'654'605	165'560'300	170'792'500	3.2	170'550'000	-0.1	170'550'000	0.0	170'300'000	-0.1
472	Gemeinden	8'707'670	8'992'000	9'055'700	0.7	9'055'700	0.0	9'055'700	0.0	9'055'700	0.0
473	Eigene Unternehmungen	124'945	140'000	131'000	-6.4	131'000	0.0	131'000	0.0	131'000	0.0
474	Spital	1'721	5'000	5'000	0.0	5'000	0.0	5'000	0.0	5'000	0.0
48	**Entnahmen aus Spezialfinanzierungen**	**17'686'528**	**97'608'077**	**95'806'500**	**-1.8**	**130'829'031**	**36.6**	**50'139'390**	**-61.7**	**79'897'690**	**59.4**
480	Fonds Entnahmen	17'686'528	97'608'077	95'806'500	-1.8	130'829'031	36.6	50'139'390	-61.7	79'897'690	59.4
49	**Interne Verrechnung**	**351'408'444**	**261'962'607**	**216'002'897**	**-17.5**	**226'061'075**	**4.7**	**232'948'031**	**3.0**	**247'887'928**	**6.4**
490	Interne Verrechnungen	351'408'444	261'962'607	216'002'897	-17.5	226'061'075	4.7	232'948'031	3.0	247'887'928	6.4

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
5	**Aufwand Investitionsrechnung**	**-390'557'220**	**-374'344'150**	**-367'893'695**	**-1.7**	**-366'276'600**	**-0.4**	**-392'540'100**	**7.2**	**-448'715'500**	**14.3**
50	**Sachgüter**	**-270'740'736**	**-278'487'350**	**-269'500'595**	**-3.2**	**-276'052'600**	**2.4**	**-308'238'200**	**11.7**	**-359'403'800**	**16.6**
500	Grundstücke	-2'822'727	-2'868'000	-2'300'000	-19.8	-2'250'000	-2.2	-2'250'000	0.0	-2'250'000	0.0
501	Tiefbauten	-162'576'609	-191'878'900	-174'473'000	-9.1	-204'623'000	17.3	-224'497'000	9.7	-266'651'000	18.8
503	Hochbauten	-54'532'158	-36'653'700	-37'763'600	3.0	-27'056'700	-28.4	-41'709'700	54.2	-50'287'400	20.6
504	Instandsetzung Hochbauten	-22'428'446	-17'800'000	-19'500'000	9.6	-13'700'000	-29.7	-13'700'000	0.0	-13'700'000	0.0
505	Waldungen	-6'439	-275'000	-275'000	0.0	-275'000	0.0	-275'000	0.0	-275'000	0.0
506	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-26'759'693	-27'135'250	-34'077'995	25.6	-27'575'400	-19.1	-25'254'000	-8.4	-25'687'900	1.7
509	Übrige Sachgüter	-1'614'664	-1'876'500	-1'111'000	-40.8	-572'500	-48.5	-552'500	-3.5	-552'500	0.0
52	**Darlehen und Beteiligungen**	**-**	**-20'000**	**-20'000**	**0.0**	**-20'000**	**0.0**	**-20'000**	**0.0**	**-20'000**	**0.0**
524	Gemischwirtschaftliche Unternehmungen	-	-20'000	-20'000	0.0	-20'000	0.0	-20'000	0.0	-20'000	0.0
56	**Eigene Beiträge**	**-70'755'000**	**-56'135'900**	**-60'775'800**	**8.3**	**-56'975'400**	**-6.3**	**-51'620'000**	**-9.4**	**-57'590'000**	**11.6**
560	Bund	-2'127	-15'000	-10'000	-33.3	-10'000	0.0	-10'000	0.0	-10'000	0.0
562	Gemeinden	-2'930'811	-2'400'000	-4'652'700	93.9	-6'100'000	31.1	-6'900'000	13.1	-9'040'000	31.0
563	Eigene Unternehmungen	-823'411	-2'800'000	-400'000	-85.7	-400'000	0.0	-	-100.0	-	-
564	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-49'435'610	-40'086'000	-50'907'000	27.0	-48'456'000	-4.8	-44'310'000	-8.6	-47'140'000	6.4
565	Private Institutionen	-17'563'040	-10'834'900	-4'806'100	-55.6	-2'009'400	-58.2	-400'000	-80.1	-1'400'000	250.0
57	**Durchlaufende Beiträge**	**-25'800'833**	**-12'600'000**	**-5'875'000**	**-53.4**	**-4'325'000**	**-26.4**	**-3'975'000**	**-8.1**	**-3'975'000**	**0.0**
570	Bund	-20'784'076	-7'725'000	-2'550'000	-67.0	-1'000'000	-60.8	-650'000	-35.0	-650'000	0.0
572	Gemeinden	-2'604'204	-2'275'000	-1'325'000	-41.8	-1'325'000	0.0	-1'325'000	0.0	-1'325'000	0.0
574	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-1'964'353	-2'200'000	-1'600'000	-27.3	-1'600'000	0.0	-1'600'000	0.0	-1'600'000	0.0
575	Private Institutionen	-448'200	-400'000	-400'000	0.0	-400'000	0.0	-400'000	0.0	-400'000	0.0
58	**Übrige Investitionen**	**-349'027**	**-1'430'900**	**-1'272'300**	**-11.1**	**-1'253'600**	**-1.5**	**-1'006'900**	**-19.7**	**-506'700**	**-49.7**
589	Projektstellen	-349'027	-1'430'900	-1'272'300	-11.1	-1'253'600	-1.5	-1'006'900	-19.7	-506'700	-49.7
59	**Interne Verrechnungen**	**-22'911'624**	**-25'670'000**	**-30'450'000**	**18.6**	**-27'650'000**	**-9.2**	**-27'680'000**	**0.1**	**-27'220'000**	**-1.7**
590	Interne Verrechnungen	-22'911'624	-25'670'000	-30'450'000	18.6	-27'650'000	-9.2	-27'680'000	0.1	-27'220'000	-1.7

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Artengliederung

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
6	**Ertrag Investitionsrechnung**	**152'456'032**	**133'934'600**	**119'468'920**	**-10.8**	**154'842'000**	**29.6**	**167'570'860**	**8.2**	**185'539'140**	**10.7**
60	**Desinvestition Sachgüter**	**6'473'410**	**1'537'000**	**2'832'000**	**84.3**	**2'782'000**	**-1.8**	**2'782'000**	**0.0**	**2'782'000**	**0.0**
600	Grundstücke	45'000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
603	Hochbauten	5'984'841	1'500'000	2'000'000	33.3	2'000'000	0.0	2'000'000	0.0	2'000'000	0.0
605	Waldungen	38'878	30'000	30'000	0.0	30'000	0.0	30'000	0.0	30'000	0.0
606	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	404'691	7'000	802'000	>300	752'000	-6.2	752'000	0.0	752'000	0.0
62	**Rückzahlung von Darlehen und**	**93'595**	**-**	**-**	**-**	**32'000'000**	**-**	**32'000'000**	**0.0**	**32'000'000**	**0.0**
625	Private Institutionen	93'595	-	-	-	32'000'000	-	32'000'000	0.0	32'000'000	0.0
64	**Rückzahlung von eigenen**	**421'380**	**524'000**	**514'000**	**-1.9**	**514'000**	**0.0**	**514'000**	**0.0**	**514'000**	**0.0**
645	Private Institutionen	421'380	524'000	514'000	-1.9	514'000	0.0	514'000	0.0	514'000	0.0
66	**Beiträge für eigene Rechnung**	**96'505'189**	**93'603'600**	**79'797'920**	**-14.7**	**87'571'000**	**9.7**	**100'619'860**	**14.9**	**119'048'140**	**18.3**
660	Bund	48'991'465	37'128'600	26'563'920	-28.5	22'497'000	-15.3	19'641'860	-12.7	29'508'140	50.2
662	Gemeinden	36'634'275	50'346'000	42'701'000	-15.2	62'002'000	45.2	66'167'000	6.7	70'699'000	6.8
669	Übrige Beiträge für eigene Rechnung	10'879'448	6'129'000	10'533'000	71.9	3'072'000	-70.8	14'811'000	>300	18'841'000	27.2
67	**Durchlaufende Beiträge**	**25'800'833**	**12'600'000**	**5'875'000**	**-53.4**	**4'325'000**	**-26.4**	**3'975'000**	**-8.1**	**3'975'000**	**0.0**
670	Bund	25'800'833	12'600'000	5'875'000	-53.4	4'325'000	-26.4	3'975'000	-8.1	3'975'000	0.0
68	**Übernahme der Abschreibungen**	**250'000**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
680	Entnahmen aus Spezialfianzierung	250'000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
69	**Interne Verrechnungen**	**22'911'624**	**25'670'000**	**30'450'000**	**18.6**	**27'650'000**	**-9.2**	**27'680'000**	**0.1**	**27'220'000**	**-1.7**
690	Interne Verrechnungen	22'911'624	25'670'000	30'450'000	18.6	27'650'000	-9.2	27'680'000	0.1	27'220'000	-1.7

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Funktionale Gliederung (Aufwand)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
Gesamtaufwand		**-4'659'932'741**	**-4'527'082'669**	**-4'648'414'641**	**2.7**	**-4'870'503'453**	**4.8**	**-4'960'001'469**	**1.8**	**-5'151'417'340**	**3.9**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**-229'201'660**	**-214'961'410**	**-205'768'200**	**-4.3**	**-188'052'760**	**-8.6**	**-182'366'790**	**-3.0**	**-182'867'190**	**0.3**
01	Legislative und Exekutive	-17'316'321	-10'186'000	-12'434'000	22.1	-12'517'000	0.7	-13'139'300	5.0	-12'521'700	-4.7
02	Allgemeine Verwaltung	-211'885'338	-204'775'410	-193'334'200	-5.6	-175'535'760	-9.2	-169'227'490	-3.6	-170'345'490	0.7
1	**Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei und Feuerwehr**	**-346'212'940**	**-377'499'128**	**-416'986'838**	**10.5**	**-433'348'883**	**3.9**	**-421'362'145**	**-2.8**	**-440'181'897**	**4.5**
10	Rechtsaufsicht	-48'584'448	-61'615'360	-63'565'790	3.2	-72'101'553	13.4	-68'956'315	-4.4	-72'909'067	5.7
11	Polizei	-132'675'154	-135'234'168	-141'512'348	4.6	-147'928'930	4.5	-145'320'830	-1.8	-141'373'630	-2.7
12	Rechtssprechung	-70'647'449	-82'577'900	-114'505'900	38.7	-113'374'100	-1.0	-111'473'700	-1.7	-121'216'800	8.7
13	Strafvollzug	-78'736'915	-82'911'600	-78'892'400	-4.8	-78'459'700	-0.5	-79'417'900	1.2	-78'688'500	-0.9
14	Feuerwehr	-832'138	-890'000	-1'990'000	123.6	-870'000	-56.3	-1'420'000	63.2	-1'420'000	0.0
15	Militärische Landesverteidigung	-6'325'884	-6'363'300	-6'893'800	8.3	-11'999'700	74.1	-6'264'200	-47.8	-6'244'400	-0.3
16	Zivile Landesverteidigung	-8'410'954	-7'906'800	-9'626'600	21.8	-8'614'900	-10.5	-8'509'200	-1.2	-18'329'500	115.4
2	**Bildung**	**-1'539'325'925**	**-1'677'846'992**	**-1'584'643'720**	**-5.6**	**-1'618'383'280**	**2.1**	**-1'663'353'020**	**2.8**	**-1'702'372'620**	**2.3**
20	Kindergarten	-69'547'306	-82'218'900	-79'429'570	-3.4	-80'062'032	0.8	-81'097'878	1.3	-82'147'234	1.3
21	Volksschule	-723'046'538	-702'929'500	-734'329'830	4.5	-757'482'468	3.2	-766'552'022	1.2	-784'431'866	2.3
22	Sonderschulen	-209'378'893	-373'769'800	-216'987'920	-41.9	-220'243'280	1.5	-223'222'920	1.4	-226'135'320	1.3
23	Berufsbildung	-187'066'563	-185'318'600	-134'074'620	-27.7	-133'711'100	-0.3	-132'474'400	-0.9	-137'557'280	3.8
25	Allgemeinbildende Schulen	-125'844'223	-123'080'800	-150'993'850	22.7	-149'068'800	-1.3	-166'069'750	11.4	-165'087'575	-0.6
26	Höhere Berufsbildung	-122'567'291	-117'272'800	-29'531'730	-74.8	-31'191'800	5.6	-39'370'050	26.2	-43'769'995	11.2
27	Hochschulen	-57'263'690	-55'800'000	-179'672'800	222.0	-185'036'300	3.0	-192'157'800	3.8	-200'596'250	4.4
28	Forschung	-	-	-6'640'000	-	-6'640'000	0.0	-6'640'000	0.0	-6'740'000	1.5
29	Übriges Bildungswesen	-44'611'421	-37'456'592	-52'983'400	41.5	-54'947'500	3.7	-55'768'200	1.5	-55'907'100	0.2
3	**Kultur und Freizeit**	**-40'847'628**	**-45'667'500**	**-42'099'300**	**-7.8**	**-42'401'600**	**0.7**	**-41'723'200**	**-1.6**	**-43'870'000**	**5.1**
30	Kulturförderung	-20'952'459	-21'382'800	-26'137'900	22.2	-26'822'200	2.6	-27'039'100	0.8	-27'196'500	0.6
31	Denkmalpflege, Heimatschutz	-16'291'237	-20'228'000	-10'889'400	-46.2	-10'262'800	-5.8	-9'353'200	-8.9	-11'250'800	20.3
33	Parkanlagen, Wanderwege	-	-	-486'500	-	-477'200	-1.9	-479'200	0.4	-481'500	0.5
34	Sport	-3'553'802	-4'003'500	-4'092'100	2.2	-4'103'600	0.3	-4'116'100	0.3	-4'104'200	-0.3
35	Übrige Freizeitgestaltung	-	-	-444'200	-	-684'600	54.1	-686'100	0.2	-787'500	14.8
39	Kirche	-50'130	-53'200	-49'200	-7.5	-51'200	4.1	-49'500	-3.3	-49'500	0.0

Funktionale Gliederung (Aufwand)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
4	**Gesundheit**	**-470'637'095**	**-477'582'000**	**-488'103'400**	**2.2**	**-580'631'700**	**19.0**	**-587'645'600**	**1.2**	**-596'294'900**	**1.5**
40	Spitäler	-386'126'508	-387'977'800	-391'448'900	0.9	-453'658'700	15.9	-460'123'200	1.4	-467'756'400	1.7
41	Kranken- und Pflegeheime	-77'211	-3'100'000	-300'000	-90.3	-38'388'300	>300	-38'608'800	0.6	-39'188'000	1.5
42	Psychiatrische Kliniken	-50'544'074	-51'998'000	-57'930'300	11.4	-50'280'000	-13.2	-50'130'000	-0.3	-50'130'000	0.0
44	Ambulante Krankenpflege	-263'334	-599'100	-340'000	-43.2	-240'000	-29.4	-320'000	33.3	-320'000	0.0
45	Krankheitsbekämpfung	-10'540'985	-7'957'900	-16'131'400	102.7	-16'269'600	0.9	-16'368'400	0.6	-16'388'800	0.1
46	Schulgesundheitsdienst	-	-10'000	-90'700	>300	-90'800	0.1	-90'800	0.0	-10'000	-89.0
47	Lebensmittelkontrolle	-11'499'907	-11'277'700	-11'464'000	1.7	-11'322'300	-1.2	-11'625'700	2.7	-11'684'600	0.5
49	Übriges Gesundheitswesen	-11'585'076	-14'661'500	-10'398'100	-29.1	-10'382'000	-0.2	-10'378'700	0.0	-10'817'100	4.2
5	**Soziale Wohlfahrt**	**-636'348'166**	**-581'950'030**	**-764'401'280**	**31.4**	**-800'054'120**	**4.7**	**-845'384'180**	**5.7**	**-883'990'980**	**4.6**
50	Altersversicherung	-129'629	-500'000	-500'000	0.0	-500'000	0.0	-500'000	0.0	-500'000	0.0
51	Invalidenversicherung	-	-400'000	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
52	Krankenversicherung	-181'530'245	-211'321'100	-244'025'200	15.5	-270'869'700	11.0	-294'227'400	8.6	-319'289'900	8.5
53	Sonstige Sozialversicherungen	-224'116'042	-243'961'130	-244'431'100	0.2	-250'124'900	2.3	-255'333'600	2.1	-262'119'200	2.7
54	Jugendschutz	-1'180'673	-2'518'700	-1'387'600	-44.9	-4'876'900	251.5	-6'865'500	40.8	-8'856'800	29.0
55	Invalidität	-141'372'260	-20'830'700	-162'507'380	>300	-166'409'320	2.4	-176'688'180	6.2	-179'407'080	1.5
56	Sozialer Wohnungsbau	-1'644'116	-5'030'000	-7'130'000	41.7	-7'830'000	9.8	-13'830'000	76.6	-16'030'000	15.9
57	Altersheime	-823'411	-2'800'000	-400'000	-85.7	-400'000	0.0	-	-100.0	-	-
58	Fürsorge	-85'551'790	-94'588'400	-104'020'000	10.0	-99'043'300	-4.8	-97'939'500	-1.1	-97'788'000	-0.2
6	**Verkehr**	**-366'567'966**	**-364'126'052**	**-398'099'690**	**9.3**	**-431'512'690**	**8.4**	**-440'300'890**	**2.0**	**-479'620'990**	**8.9**
60	Nationalstrassen	-24'587'500	-12'699'935	-6'600'000	-48.0	-3'850'000	-41.7	-	-100.0	-	-
61	Kantonsstrassen	-140'615'430	-168'792'865	-201'567'890	19.4	-239'138'290	18.6	-268'426'090	12.2	-301'399'890	12.3
64	Bundesbahnen	-71'990'194	-67'449'061	-74'046'800	9.8	-76'325'400	3.1	-65'998'400	-13.5	-69'568'000	5.4
65	Regionalverkehr	-121'604'910	-100'295'891	-103'278'200	3.0	-99'847'600	-3.3	-96'131'600	-3.7	-97'452'000	1.4
69	Übriger Verkehr	-7'769'932	-14'888'300	-12'606'800	-15.3	-12'351'400	-2.0	-9'744'800	-21.1	-11'201'100	14.9
7	**Umwelt, Raumordnung**	**-89'689'616**	**-112'279'118**	**-108'806'382**	**-3.1**	**-112'509'482**	**3.4**	**-121'510'682**	**8.0**	**-132'155'982**	**8.8**
70	Wasserversorgung	-622'940	-580'000	-280'000	-51.7	-280'000	0.0	-250'000	-10.7	-250'000	0.0
71	Abwasserbeseitigung	-4'047'013	-5'285'000	-1'926'000	-63.6	-1'815'000	-5.8	-1'740'000	-4.1	-1'710'000	-1.7
72	Abfallbeseitigung	-32'015'004	-40'990'500	-48'275'100	17.8	-45'475'400	-5.8	-45'505'900	0.1	-44'970'000	-1.2
75	Gewässerverbauungen	-19'622'302	-30'064'036	-22'449'400	-25.3	-30'399'400	35.4	-41'302'700	35.9	-51'798'800	25.4
77	Naturschutz	-16'694'950	-17'273'000	-17'150'000	-0.7	-16'299'000	-5.0	-14'547'000	-10.7	-15'181'000	4.4
78	Übriger Umweltschutz	-8'240'741	-8'525'200	-9'527'800	11.8	-9'460'600	-0.7	-9'436'700	-0.3	-9'514'500	0.8
79	Raumordnung	-8'446'667	-9'561'382	-9'198'082	-3.8	-8'780'082	-4.5	-8'728'382	-0.6	-8'731'682	0.0

Funktionale Gliederung (Aufwand)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
8	**Volkswirtschaft**	**-212'665'302**	**-188'968'130**	**-204'457'742**	**8.2**	**-208'599'262**	**2.0**	**-211'061'362**	**1.2**	**-211'848'962**	**0.4**
80	Landwirtschaft	-161'808'888	-155'525'000	-161'564'800	3.9	-160'570'800	-0.6	-160'608'800	0.0	-161'613'600	0.6
81	Forstwirtschaft	-14'432'844	-16'383'192	-15'326'292	-6.5	-15'175'192	-1.0	-15'672'392	3.3	-15'228'692	-2.8
82	Jagd und Fischerei	-1'403'756	-946'000	-1'517'000	60.4	-1'517'000	0.0	-1'517'000	0.0	-1'517'000	0.0
83	Tourismus	-	-410'000	-410'000	0.0	-410'000	0.0	-410'000	0.0	-410'000	0.0
84	Industrie, Gewerbe, Handel	-2'258'730	-4'597'638	-7'116'750	54.8	-8'915'270	25.3	-13'736'870	54.1	-13'898'670	1.2
85	Banken	-	-	-7'417'000	-	-7'654'000	3.2	-7'899'000	3.2	-8'152'000	3.2
86	Energie	-32'741'125	-11'094'300	-11'090'900	0.0	-14'342'000	29.3	-11'202'300	-21.9	-11'014'000	-1.7
87	Sonstige gewerbliche Betriebe	-19'960	-12'000	-15'000	25.0	-15'000	0.0	-15'000	0.0	-15'000	0.0
9	**Finanzen und Steuern**	**-728'436'442**	**-486'202'309**	**-435'048'089**	**-10.5**	**-455'009'676**	**4.6**	**-445'293'600**	**-2.1**	**-478'213'819**	**7.4**
90	Steuern	-9'061'729	-17'200'000	-15'200'000	-11.6	-15'200'000	0.0	-15'200'000	0.0	-15'200'000	0.0
92	Finanzausgleich	-78'029'303	-57'100'000	-61'100'000	7.0	-78'600'000	28.6	-78'800'000	0.3	-107'500'000	36.4
93	Einnahmenanteile	-17'888'356	-14'232'800	-15'382'800	8.1	-15'382'800	0.0	-15'382'800	0.0	-15'382'800	0.0
94	Vermögens- und Schuldenverwaltung	-79'577'304	-79'780'000	-67'604'900	-15.3	-70'130'300	3.7	-70'947'700	1.2	-73'692'800	3.9
99	Nicht aufteilbare Posten	-543'879'750	-317'889'509	-275'760'389	-13.3	-275'696'576	0.0	-264'963'100	-3.9	-266'438'219	0.6

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Funktionale Gliederung (Ertrag)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
Gesamtertrag		**4'671'622'585**	**4'532'582'669**	**4'651'265'934**	**2.6**	**4'855'366'321**	**4.4**	**4'942'599'321**	**1.8**	**5'137'515'531**	**3.9**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**114'645'470**	**107'549'612**	**113'705'400**	**5.7**	**46'088'700**	**-59.5**	**51'695'900**	**12.2**	**58'029'100**	**12.3**
01	Legislative und Exekutive	6'288'497	216'000	1'829'000	>300	1'829'000	0.0	1'829'000	0.0	1'829'000	0.0
02	Allgemeine Verwaltung	108'356'973	107'333'612	111'876'400	4.2	44'259'700	-60.4	49'866'900	12.7	56'200'100	12.7
1	**Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei und Feuerwehr**	**295'534'736**	**296'083'917**	**299'049'100**	**1.0**	**300'165'200**	**0.4**	**302'401'500**	**0.7**	**302'264'500**	**0.0**
10	Rechtsaufsicht	31'501'326	37'564'900	36'363'400	-3.2	36'543'000	0.5	37'806'600	3.5	37'971'600	0.4
11	Polizei	180'077'824	178'306'315	172'790'400	-3.1	179'918'400	4.1	180'491'400	0.3	180'144'400	-0.2
12	Rechtssprechung	43'776'390	42'705'000	43'943'000	2.9	44'043'300	0.2	44'625'000	1.3	44'854'000	0.5
13	Strafvollzug	27'694'786	29'385'402	36'219'800	23.3	30'554'000	-15.6	30'534'000	-0.1	30'600'000	0.2
14	Feuerwehr	622'256	522'000	522'000	0.0	592'000	13.4	592'000	0.0	592'000	0.0
15	Militärische Landesverteidigung	5'820'033	3'555'300	3'816'000	7.3	3'795'500	-0.5	3'783'500	-0.3	3'783'500	0.0
16	Zivile Landesverteidigung	6'042'121	4'045'000	5'394'500	33.4	4'719'000	-12.5	4'569'000	-3.2	4'319'000	-5.5
2	**Bildung**	**346'651'631**	**259'341'200**	**352'335'240**	**35.9**	**363'842'620**	**3.3**	**379'501'860**	**4.3**	**384'212'820**	**1.2**
20	Kindergarten	750'032	16'704'000	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
21	Volksschule	176'093'522	139'259'200	152'347'800	9.4	162'929'600	6.9	166'691'100	2.3	170'645'400	2.4
22	Sonderschulen	83'811'180	23'578'000	91'770'240	289.2	93'949'520	2.4	97'480'860	3.8	98'828'320	1.4
23	Berufsbildung	69'860'819	71'907'500	53'364'400	-25.8	53'453'800	0.2	52'941'600	-1.0	53'281'400	0.6
25	Allgemeinbildende Schulen	8'047'182	7'084'500	14'139'600	99.6	13'134'500	-7.1	20'750'500	58.0	20'748'700	0.0
26	Höhere Berufsbildung	7'212'959	400'000	18'448'200	>300	18'715'200	1.4	19'866'800	6.2	20'044'000	0.9
27	Hochschulen	174'000	-	2'170'000	-	1'570'000	-27.6	1'476'000	-6.0	170'000	-88.5
29	Übriges Bildungswesen	701'936	408'000	20'095'000	>300	20'090'000	0.0	20'295'000	1.0	20'495'000	1.0
3	**Kultur und Freizeit**	**4'501'223**	**2'590'800**	**4'495'800**	**73.5**	**4'598'100**	**2.3**	**4'524'000**	**-1.6**	**4'525'800**	**0.0**
30	Kulturförderung	1'997'462	1'709'500	2'653'100	55.2	2'762'300	4.1	2'686'700	-2.7	2'686'800	0.0
31	Denkmalpflege, Heimatschutz	1'557'740	43'500	517'000	>300	517'000	0.0	517'000	0.0	517'000	0.0
33	Parkanlagen, Wanderwege	-	-	363'900	-	357'000	-1.9	358'500	0.4	360'200	0.5
34	Sport	946'021	837'800	943'600	12.6	943'600	0.0	943'600	0.0	943'600	0.0
39	Kirche	-	-	18'200	-	18'200	0.0	18'200	0.0	18'200	0.0

Funktionale Gliederung (Ertrag)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
4	**Gesundheit**	**85'951'713**	**100'877'700**	**96'329'700**	**-4.5**	**203'293'600**	**111.0**	**205'894'400**	**1.3**	**208'130'000**	**1.1**
40	Spitäler	76'403'803	92'145'000	84'403'800	-8.4	176'127'400	108.7	178'503'200	1.3	180'507'100	1.1
41	Kranken- und Pflegeheime	-	-	-	-	15'215'300	-	15'443'500	1.5	15'675'200	1.5
44	Ambulante Krankenpflege	6'780	-	-	-	-	-	-	-	-	-
45	Krankheitsbekämpfung	3'448'341	2'050'000	9'598'200	>300	9'674'200	0.8	9'710'000	0.4	9'710'000	0.0
47	Lebensmittelkontrolle	3'028'727	1'698'200	1'898'200	11.8	1'847'200	-2.7	1'808'200	-2.1	1'808'200	0.0
49	Übriges Gesundheitswesen	3'064'062	4'984'500	429'500	-91.4	429'500	0.0	429'500	0.0	429'500	0.0
5	**Soziale Wohlfahrt**	**352'186'260**	**449'966'430**	**392'193'990**	**-12.8**	**403'461'530**	**2.9**	**418'066'040**	**3.6**	**431'454'480**	**3.2**
50	Altersversicherung	14'770	10'000	10'000	0.0	10'000	0.0	10'000	0.0	10'000	0.0
51	Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
52	Krankenversicherung	138'176'187	141'558'000	163'000'000	15.1	172'000'000	5.5	181'400'000	5.5	191'400'000	5.5
53	Sonstige Sozialversicherungen	58'995'605	68'287'700	69'303'960	1.5	71'984'970	3.9	74'922'520	4.1	77'265'620	3.1
54	Jugendschutz	4'451	3'502'200	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
55	Invalidität	61'239'116	149'659'600	68'397'460	-54.3	69'858'380	2.1	72'285'140	3.5	73'169'080	1.2
56	Sozialer Wohnungsbau	309'471	1'260'000	3'260'000	158.7	3'260'000	0.0	3'260'000	0.0	3'260'000	0.0
57	Altersheime	5'460	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	Fürsorge	93'441'201	85'688'930	88'222'570	3.0	86'348'180	-2.1	86'188'380	-0.2	86'349'780	0.2
6	**Verkehr**	**220'303'383**	**199'704'153**	**181'778'000**	**-9.0**	**203'654'000**	**12.0**	**199'292'000**	**-2.1**	**215'201'000**	**8.0**
60	Nationalstrassen	24'324'682	11'294'250	6'082'000	-46.1	3'474'000	-42.9	150'000	-95.7	150'000	0.0
61	Kantonsstrassen	94'060'818	101'369'750	106'359'000	4.9	123'811'000	16.4	130'492'000	5.4	145'059'000	11.2
64	Bundesbahnen	34'085'292	40'172'661	28'163'800	-29.9	33'740'400	19.8	28'004'400	-17.0	28'396'800	1.4
65	Regionalverkehr	66'907'678	45'998'492	40'236'200	-12.5	42'179'600	4.8	40'506'600	-4.0	41'095'200	1.5
69	Übriger Verkehr	924'912	869'000	937'000	7.8	449'000	-52.1	139'000	-69.0	500'000	259.7
7	**Umwelt, Raumordnung**	**44'779'363**	**53'031'600**	**77'257'720**	**45.7**	**78'752'850**	**1.9**	**88'446'760**	**12.3**	**92'741'090**	**4.9**
70	Wasserversorgung	13'203'250	12'415'000	13'640'000	9.9	13'640'000	0.0	13'640'000	0.0	13'640'000	0.0
71	Abwasserbeseitigung	1'783'649	3'200'000	1'144'000	-64.3	1'139'000	-0.4	1'135'000	-0.4	1'132'000	-0.3
72	Abfallbeseitigung	9'705'880	15'200'000	47'210'000	210.6	44'410'000	-5.9	44'440'000	0.1	43'980'000	-1.0
75	Gewässerverbauungen	5'197'679	10'412'000	5'329'000	-48.8	9'573'000	79.6	19'770'000	106.5	24'340'000	23.1
77	Naturschutz	9'463'097	8'004'600	5'965'920	-25.5	6'021'000	0.9	5'390'860	-10.5	5'577'140	3.5
78	Übriger Umweltschutz	626'832	474'000	1'254'500	164.7	1'254'500	0.0	1'254'500	0.0	1'254'500	0.0
79	Raumordnung	4'798'977	3'326'000	2'714'300	-18.4	2'715'350	0.0	2'816'400	3.7	2'817'450	0.0

Funktionale Gliederung (Ertrag)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
8	**Volkswirtschaft**	**344'972'564**	**329'220'064**	**440'384'565**	**33.8**	**443'688'383**	**0.8**	**445'164'717**	**0.3**	**446'154'400**	**0.2**
80	Landwirtschaft	149'894'584	143'513'200	146'292'400	1.9	145'983'000	-0.2	146'033'000	0.0	145'943'000	-0.1
81	Forstwirtschaft	6'588'458	7'296'000	6'337'500	-13.1	6'372'500	0.6	6'787'500	6.5	6'337'500	-6.6
82	Jagd und Fischerei	1'635'361	1'441'900	1'858'900	28.9	1'858'900	0.0	1'858'900	0.0	1'858'900	0.0
84	Industrie, Gewerbe, Handel	246'485	356'000	441'500	24.0	281'000	-36.4	281'000	0.0	281'000	0.0
85	Banken	108'072'661	108'888'964	195'539'265	79.6	195'901'983	0.2	196'259'317	0.2	196'614'000	0.2
86	Energie	78'066'576	67'374'000	89'515'000	32.9	92'891'000	3.8	93'545'000	0.7	94'720'000	1.3
87	Sonstige gewerbliche Betriebe	468'440	350'000	400'000	14.3	400'000	0.0	400'000	0.0	400'000	0.0
9	**Finanzen und Steuern**	**2'862'096'242**	**2'734'217'193**	**2'693'736'419**	**-1.5**	**2'807'821'338**	**4.2**	**2'847'612'144**	**1.4**	**2'994'802'341**	**5.2**
90	Steuern	1'975'228'390	1'867'540'000	1'929'940'000	3.3	2'011'240'000	4.2	2'093'840'000	4.1	2'180'040'000	4.1
92	Finanzausgleich	31'364'000	52'100'000	55'000'000	5.6	73'400'000	33.5	60'700'000	-17.3	86'800'000	43.0
93	Einnahmenanteile	342'602'944	355'034'000	407'162'922	14.7	397'342'332	-2.4	414'538'323	4.3	422'538'323	1.9
94	Vermögens- und Schuldenverwaltung	27'478'726	25'036'000	21'299'500	-14.9	24'240'500	13.8	25'469'500	5.1	30'013'500	17.8
99	Nicht aufteilbare Posten	485'422'182	434'507'193	280'333'997	-3.1	301'598'506	7.6	253'064'321	-16.1	275'410'518	8.8

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Funktionale Gliederung (netto)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
Gesamttotal		**11'689'844**	**5'500'000**	**2'851'293**	**-48.2**	**-15'137'132**	**<-300**	**-17'402'148**	**15.0**	**-13'901'809**	**-20.1**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**-114'556'189**	**-107'411'798**	**-92'062'800**	**-14.3**	**-141'964'060**	**54.2**	**-130'670'890**	**-8.0**	**-124'838'090**	**-4.5**
01	Legislative und Exekutive	-11'027'824	-9'970'000	-10'605'000	6.4	-10'688'000	0.8	-11'310'300	5.8	-10'692'700	-5.5
02	Allgemeine Verwaltung	-103'528'365	-97'441'798	-81'457'800	-16.4	-131'276'060	61.2	-119'360'590	-9.1	-114'145'390	-4.4
1	**Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei und Feuerwehr**	**-50'678'205**	**-81'415'211**	**-117'937'738**	**44.9**	**-133'183'683**	**12.9**	**-118'960'645**	**-10.7**	**-137'917'397**	**15.9**
10	Rechtsaufsicht	-17'083'121	-24'050'460	-27'202'390	13.1	-35'558'553	30.7	-31'149'715	-12.4	-34'937'467	12.2
11	Polizei	47'402'671	43'072'147	31'278'052	-27.4	31'989'470	2.3	35'170'570	9.9	38'770'770	10.2
12	Rechtssprechung	-26'871'059	-39'872'900	-70'562'900	77.0	-69'330'800	-1.7	-66'848'700	-3.6	-76'362'800	14.2
13	Strafvollzug	-51'042'129	-53'526'198	-42'672'600	-20.3	-47'905'700	12.3	-48'883'900	2.0	-48'088'500	-1.6
14	Feuerwehr	-209'882	-368'000	-1'468'000	298.9	-278'000	-81.1	-828'000	197.8	-828'000	0.0
15	Militärische Landesverteidigung	-505'851	-2'808'000	-3'077'800	9.6	-8'204'200	166.6	-2'480'700	-69.8	-2'460'900	-0.8
16	Zivile Landesverteidigung	-2'368'833	-3'861'800	-4'232'100	9.6	-3'895'900	-7.9	-3'940'200	1.1	-14'010'500	255.6
2	**Bildung**	**-1'192'674'295**	**-1'418'505'792**	**-1'232'308'480**	**-13.1**	**-1'254'540'660**	**1.8**	**-1'283'851'160**	**2.3**	**-1'318'159'800**	**2.7**
20	Kindergarten	-68'797'274	-65'514'900	-79'429'570	21.2	-80'062'032	0.8	-81'097'878	1.3	-82'147'234	1.3
21	Volksschule	-546'953'016	-563'670'300	-581'982'030	3.2	-594'552'868	2.2	-599'860'922	0.9	-613'786'466	2.3
22	Sonderschulen	-125'567'713	-350'191'800	-125'217'680	-64.2	-126'293'760	0.9	-125'742'060	-0.4	-127'307'000	1.2
23	Berufsbildung	-117'205'744	-113'411'100	-80'710'220	-28.8	-80'257'300	-0.6	-79'532'800	-0.9	-84'275'880	6.0
25	Allgemeinbildende Schulen	-117'797'041	-115'996'300	-136'854'250	18.0	-135'934'300	-0.7	-145'319'250	6.9	-144'338'875	-0.7
26	Höhere Berufsbildung	-115'354'332	-116'872'800	-11'083'530	-90.5	-12'476'600	12.6	-19'503'250	56.3	-23'725'995	21.7
27	Hochschulen	-57'089'690	-55'800'000	-177'502'800	218.1	-183'466'300	3.4	-190'681'800	3.9	-200'426'250	5.1
28	Forschung	-	-	-6'640'000	-	-6'640'000	0.0	-6'640'000	0.0	-6'740'000	1.5
29	Übriges Bildungswesen	-43'909'484	-37'048'592	-32'888'400	-11.2	-34'857'500	6.0	-35'473'200	1.8	-35'412'100	-0.2
3	**Kultur und Freizeit**	**-36'346'405**	**-43'076'700**	**-37'603'500**	**-12.7**	**-37'803'500**	**0.5**	**-37'199'200**	**-1.6**	**-39'344'200**	**5.8**
30	Kulturförderung	-18'954'996	-19'673'300	-23'484'800	19.4	-24'059'900	2.4	-24'352'400	1.2	-24'509'700	0.6
31	Denkmalpflege, Heimatschutz	-14'733'497	-20'184'500	-10'372'400	-48.6	-9'745'800	-6.0	-8'836'200	-9.3	-10'733'800	21.5
33	Parkanlagen, Wanderwege	-	-	-122'600	-	-120'200	-2.0	-120'700	0.4	-121'300	0.5
34	Sport	-2'607'781	-3'165'700	-3'148'500	-0.5	-3'160'000	0.4	-3'172'500	0.4	-3'160'600	-0.4
35	Übrige Freizeitgestaltung	-	-	-444'200	-	-684'600	54.1	-686'100	0.2	-787'500	14.8
39	Kirche	-50'130	-53'200	-31'000	-41.7	-33'000	6.5	-31'300	-5.2	-31'300	0.0

Funktionale Gliederung (netto)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
4	**Gesundheit**	**-384'685'382**	**-376'704'300**	**-391'773'700**	**4.0**	**-377'338'100**	**-3.7**	**-381'751'200**	**1.2**	**-388'164'900**	**1.7**
40	Spitäler	-309'722'705	-295'832'800	-307'045'100	3.8	-277'531'300	-9.6	-281'620'000	1.5	-287'249'300	2.0
41	Kranken- und Pflegeheime	-77'211	-3'100'000	-300'000	-90.3	-23'173'000	>300	-23'165'300	0.0	-23'512'800	1.5
42	Psychiatrische Kliniken	-50'544'074	-51'998'000	-57'930'300	11.4	-50'280'000	-13.2	-50'130'000	-0.3	-50'130'000	0.0
44	Ambulante Krankenpflege	-256'554	-599'100	-340'000	-43.2	-240'000	-29.4	-320'000	33.3	-320'000	0.0
45	Krankheitsbekämpfung	-7'092'644	-5'907'900	-6'533'200	10.6	-6'595'400	1.0	-6'658'400	1.0	-6'678'800	0.3
46	Schulgesundheitsdienst	-	-10'000	-90'700	>300	-90'800	0.1	-90'800	0.0	-10'000	-89.0
47	Lebensmittelkontrolle	-8'471'180	-9'579'500	-9'565'800	-0.1	-9'475'100	-0.9	-9'817'500	3.6	-9'876'400	0.6
49	Übriges Gesundheitswesen	-8'521'014	-9'677'000	-9'968'600	3.0	-9'952'500	-0.2	-9'949'200	0.0	-10'387'600	4.4
5	**Soziale Wohlfahrt**	**-284'161'906**	**-131'983'600**	**-372'207'290**	**182.0**	**-396'592'590**	**6.6**	**-427'318'140**	**7.7**	**-452'536'500**	**5.9**
50	Altersversicherung	-114'859	-490'000	-490'000	0.0	-490'000	0.0	-490'000	0.0	-490'000	0.0
51	Invalidenversicherung	-	-400'000	-	-100.0	-	-	-	-	-	-
52	Krankenversicherung	-43'354'058	-69'763'100	-81'025'200	16.1	-98'869'700	22.0	-112'827'400	14.1	-127'889'900	13.4
53	Sonstige Sozialversicherungen	-165'120'437	-175'673'430	-175'127'140	-0.3	-178'139'930	1.7	-180'411'080	1.3	-184'853'580	2.5
54	Jugendschutz	-1'176'222	983'500	-1'387'600	-241.1	-4'876'900	251.5	-6'865'500	40.8	-8'856'800	29.0
55	Invalidität	-80'133'144	128'828'900	-94'109'920	-173.1	-96'550'940	2.6	-104'403'040	8.1	-106'238'000	1.8
56	Sozialer Wohnungsbau	-1'334'645	-3'770'000	-3'870'000	2.7	-4'570'000	18.1	-10'570'000	131.3	-12'770'000	20.8
57	Altersheime	-817'951	-2'800'000	-400'000	-85.7	-400'000	0.0	-	-100.0	-	-
58	Fürsorge	7'889'410	-8'899'470	-15'797'430	77.5	-12'695'120	-19.6	-11'751'120	-7.4	-11'438'220	-2.7
6	**Verkehr**	**-146'264'584**	**-164'421'899**	**-216'321'690**	**31.6**	**-227'858'690**	**5.3**	**-241'008'890**	**5.8**	**-264'419'990**	**9.7**
60	Nationalstrassen	-262'818	-1'405'685	-518'000	-63.1	-376'000	-27.4	150'000	-139.9	150'000	0.0
61	Kantonsstrassen	-46'554'613	-67'423'115	-95'208'890	41.2	-115'327'290	21.1	-137'934'090	19.6	-156'340'890	13.3
64	Bundesbahnen	-37'904'902	-27'276'400	-45'883'000	68.2	-42'585'000	-7.2	-37'994'000	-10.8	-41'171'200	8.4
65	Regionalverkehr	-54'697'231	-54'297'399	-63'042'000	16.1	-57'668'000	-8.5	-55'625'000	-3.5	-56'356'800	1.3
69	Übriger Verkehr	-6'845'020	-14'019'300	-11'669'800	-16.8	-11'902'400	2.0	-9'605'800	-19.3	-10'701'100	11.4
7	**Umwelt, Raumordnung**	**-44'910'253**	**-59'247'518**	**-31'548'662**	**-46.8**	**-33'756'632**	**7.0**	**-33'063'922**	**-2.1**	**-39'414'892**	**19.2**
70	Wasserversorgung	12'580'310	11'835'000	13'360'000	12.9	13'360'000	0.0	13'390'000	0.2	13'390'000	0.0
71	Abwasserbeseitigung	-2'263'364	-2'085'000	-782'000	-62.5	-676'000	-13.6	-605'000	-10.5	-578'000	-4.5
72	Abfallbeseitigung	-22'309'124	-25'790'500	-1'065'100	-95.9	-1'065'400	0.0	-1'065'900	0.0	-990'000	-7.1
75	Gewässerverbauungen	-14'424'623	-19'652'036	-17'120'400	-12.9	-20'826'400	21.6	-21'532'700	3.4	-27'458'800	27.5
77	Naturschutz	-7'231'853	-9'268'400	-11'184'080	20.7	-10'278'000	-8.1	-9'156'140	-10.9	-9'603'860	4.9
78	Übriger Umweltschutz	-7'613'909	-8'051'200	-8'273'300	2.8	-8'206'100	-0.8	-8'182'200	-0.3	-8'260'000	1.0
79	Raumordnung	-3'647'691	-6'235'382	-6'483'782	4.0	-6'064'732	-6.5	-5'911'982	-2.5	-5'914'232	0.0

Funktionale Gliederung (netto)

		Rechnung 2009	Budget 2010	Budget 2011	Ver. in %	Plan 2012	Ver. in %	Plan 2013	Ver. in %	Plan 2014	Ver. in %
8	**Volkswirtschaft**	**132'307'262**	**140'251'934**	**235'926'823**	**68.2**	**235'089'121**	**-0.4**	**234'103'355**	**-0.4**	**234'305'438**	**0.1**
80	Landwirtschaft	-11'914'304	-12'011'800	-15'272'400	27.1	-14'587'800	-4.5	-14'575'800	-0.1	-15'670'600	7.5
81	Forstwirtschaft	-7'844'386	-9'087'192	-8'988'792	-1.1	-8'802'692	-2.1	-8'884'892	0.9	-8'891'192	0.1
82	Jagd und Fischerei	231'605	495'900	341'900	-31.1	341'900	0.0	341'900	0.0	341'900	0.0
83	Tourismus	0	-410'000	-410'000	0.0	-410'000	0.0	-410'000	0.0	-410'000	0.0
84	Industrie, Gewerbe, Handel	-2'012'245	-4'241'638	-6'675'250	57.4	-8'634'270	29.3	-13'455'870	55.8	-13'617'670	1.2
85	Banken	108'072'661	108'888'964	188'122'265	72.8	188'247'983	0.1	188'360'317	0.1	188'462'000	0.1
86	Energie	45'325'451	56'279'700	78'424'100	39.3	78'549'000	0.2	82'342'700	4.8	83'706'000	1.7
87	Sonstige gewerbliche Betriebe	448'480	338'000	385'000	13.9	385'000	0.0	385'000	0.0	385'000	0.0
9	**Finanzen und Steuern**	**2'133'659'800**	**2'248'014'884**	**2'258'688'330**	**0.5**	**2'352'811'662**	**4.2**	**2'402'318'544**	**2.1**	**2'516'588'522**	**4.8**
90	Steuern	1'966'166'661	1'850'340'000	1'914'740'000	3.5	1'996'040'000	4.2	2'078'640'000	4.1	2'164'840'000	4.1
92	Finanzausgleich	-46'665'303	-5'000'000	-6'100'000	22.0	-5'200'000	-14.8	-18'100'000	248.1	-20'700'000	14.4
93	Einnahmenanteile	324'714'588	340'801'200	391'780'122	15.0	381'959'532	-2.5	399'155'523	4.5	407'155'523	2.0
94	Vermögens- und Schuldenverwaltung	-52'098'578	-54'744'000	-46'305'400	-15.4	-45'889'800	-0.9	-45'478'200	-0.9	-43'679'300	-4.0
99	Nicht aufteilbare Posten	-58'457'568	116'617'684	4'573'608	-96.1	25'901'930	>300	-11'898'779	-145.9	8'972'299	-175.4

Anmerkung: (-) Aufwand bzw. Aufwandüberschuss, (+) Ertrag bzw. Ertragsüberschuss; Rundungsdifferenzen sind möglich

Finanzielle Mehrjahreskennzahlen

Prozent	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 Budget	2011 Budget	2012 Plan	2013 Plan	2014 Plan
Personalanteil	50.29	48.08	46.63	46.24	41.19	39.37	38.45	39.68	37.25	37.17	34.83	36.37	35.55	35.83	34.51	34.30	33.61
Investitionsanteil	9.96	11.43	13.20	12.60	12.08	12.77	12.38	11.66	11.36	11.37	10.68	8.75	8.39	7.95	7.60	8.05	8.96
Sachaufwandanteil	12.17	12.24	11.68	11.55	7.79	7.56	7.62	7.82	7.32	7.28	6.90	7.54	8.01	8.23	7.42	6.91	6.60
Transferanteil	26.51	27.03	27.23	29.00	37.47	40.23	40.35	39.29	41.43	42.93	46.02	46.36	46.64	46.81	49.18	49.33	49.46
Zinsbelastungsanteil	0.42	-0.40	0.52	0.60	0.41	0.70	0.70	-0.06	-1.83	-5.51	-1.65	-3.28	-3.61	-3.50	-2.10	-2.20	-2.30
Überschuss-/Defizitanteil	-2.42	-2.33	-1.02	-0.78	-1.02	0.03	0.79	0.96	1.23	1.19	0.43	0.30	0.14	0.07	-0.34	-0.39	-0.30
Selbstfinanzierungsgrad	60.06	64.97	87.47	89.98	83.40	100.44	111.89	115.20	120.64	121.92	109.36	109.57	104.60	105.63	98.10	97.21	100.09
Überschuss-Defizitquote	-0.27	-0.28	-0.12	-0.09	-0.11	0.00	0.09	0.11	0.15	0.14	0.05	0.04	0.02	0.01	-0.05	-0.05	-0.04
Staatsquote	11.34	11.90	11.49	11.70	10.91	11.44	11.35	11.45	11.81	11.76	12.42	12.81	12.84	13.00	13.28	13.11	13.21
Steuerquote	5.60	5.75	5.52	5.60	5.86	6.15	6.22	6.36	6.57	6.66	6.67	6.48	5.98	6.01	6.07	6.16	6.22
Bruttoinvestitionsquote	1.24	1.45	1.58	1.53	1.38	1.51	1.48	1.47	1.43	1.47	1.45	1.28	1.20	1.15	1.11	1.15	1.27
Nettoinvestitionsquote	0.69	0.79	0.93	0.91	0.67	0.80	0.75	0.73	0.70	0.80	0.95	0.78	0.77	0.77	0.64	0.66	0.75
Bruttoverschuldungsquote	7.69	8.34	7.88	7.42	7.21	7.66	10.09	8.26	8.43	10.26	12.05	11.76	12.17	11.81	11.56	11.22	10.79
Nettoverschuldungsquote	1.57	1.76	2.01	1.99	2.02	2.17	2.16	2.02	1.67	1.40	1.29	1.24	1.18	1.10	1.08	1.06	1.03

Definitionen Finanzkennzahlen

Bereinigter Aufwand (BA):	Gesamtaufwand ./. (Durchlaufende Beiträge, Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen sowie Verrechnungen) (KG 30 bis 36) + (KG 50 bis 56) + KG 58
Bereinigter Ertrag (BE):	Gesamtertrag ./. (Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen sowie Verrechnungen) (KG 40 bis 46) + (KG 60 bis 66)
.... anteil:	**Verhältnis zum bereinigten Aufwand/Ertrag**
Personalanteil:	Personalaufwand in % des bereinigten Aufwands [(KG 30 + KG 58) : BA] x 100
Investitionsanteil:	Investitionen (Eigene Investitionen und eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Aufwands [(KG 50 bis 56+58) : BA] x 100
Sachaufwandanteil:	Sachaufwand in % des bereinigten Aufwands (KG 31 : BA) x 100
Transferanteil:	Eigene laufende Beiträge und Investitionsbeiträge in % des bereinigten Aufwands [(KG 34+35+36+52+56) : BA] x 100
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen ./. Vermögenserträge in % des bereinigten Ertrags {[KG 32 - (KG 42 - SK 429)] : BE} x 100
Überschuss-/Defizitanteil:	Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung in % des bereinigten Aufwands (Saldo Verwaltungsrechnung : BA) x 100
... grad:	**Verhältnis zu den Nettoinvestitionen**
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung (Nettoinvestitionen +/- Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung + Abschreibungen Schuldenbremse) in % der Nettoinvestitionen {[(KG 50 bis 58) ./. (KG 60 bis 67) + (Saldo Verwaltungsrechnung) + SK 333] : [(KG 50 bis 58) ./. (KG 60 bis 67)]} x 100
... quote:	**Verhältnis zum Volkseinkommen des Kantons Aargau (VEA)**
Überschuss-/Defizitquote:	Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung in % des Volkseinkommens Aargau (Saldo Verwaltungsrechnung : VEA) x 100
Staatsquote:	Bereinigter Aufwand in % des Volkseinkommens Aargau (BA : VEA) x 100
Steuerquote:	Steuern auf Einkommen und Vermögen in % des Volkseinkommens Aargau [KG 40 - (SK 406 bis 407) : VEA] x 100
Bruttoinvestitionsquote:	Investitionsausgaben in % des Volkseinkommens Aargau [(KG 50 bis 59) : VEA] x 100
Nettoinvestitionsquote:	Nettoinvestitionen (Investitionsaufwand ./. Investitionsertrag) in % des Volkseinkommens Aargau {[(KG 50 bis 59) ./. (KG 60 bis 69)] : VEA} x 100
Bruttoverschuldungsquote:	Fremdkapital und Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen in % des Volkseinkommens Aargau [(KG 20 bis 28) : VEA] x 100
Nettoverschuldungsquote:	Fremdkapital und Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen abzüglich Finanzvermögen, Darlehen und Beteiligungen, Spezialfinanzierungen in % des Volkseinkommens Aargau {(KG 20 bis 28) ./. [(KG 10 bis 13) ./. KG 15 ./. KG 18] : VEA} x 100

Legende: KG = Kontengruppe; SK = Sammelkonto; **./.** minus; **:** geteilt durch

Verzeichnis der Abkürzungen

Abkürzung	Bezeichnung
Steuerungsbereiche	
AB	Aufgabenbereich
PG	Produktegruppe
P	Produkt
Gesetze	
DRV	Dekret über die Rechnungslegung und Vermögensverwaltung
FHG	Finanzhaushaltsgesetz (wurde durch das GAF abgelöst)
GAF	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen
GFK	Gesetz über die Finanzkontrolle
GVG	Geschäftsverkehrsgesetz
VO Steuerbereiche	Verordnung über die Steuerungsbereiche des Regierungsrats
VRF	Verordnung über das Rechnungswesen und die übrige Führungsunterstützung
VVV	Verordnung über die Verwaltung des Vermögens
VO Liegenschaften	Liegenschaftenverordnung
FHD	Finanzhaushaltsdekret (wurde durch das DRV abgelöst)
Begriffe aus dem GAF	
AFP	Aufgaben- und Finanzplan
ELB	Entwicklungsleitbild
JB	Jahresbericht
ES	Entwicklungsschwerpunkt
Z	Ziel
K	Kennzahl
GB	Globalbudget
GK	Grosskredit
KK	Kleinkredit
LUAE	Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge
Rechnungswesen, Controlling	
KLR	Kostenleistungsrechnung
MIS	Managementinformationssystem
RAPAG	Rechnungswesen - Applikation des Kt. Aargau (SAP)
KG	Kontengruppe
SK	Sammelkonto

Glossar

Begriff	Erläuterung
Artengliederung	Darstellung der Aufwendungen und Erträge nach den einzelnen Aufwand- und Ertragskonten. Die Artengliederung basiert auf dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte (Modell des harmonisierten Rechnungsmodells für Kantone und Gemeinden, HRM I).
Aufgabenbereich	Steuerungsbereich des Grossen Rats; ein Aufgabenbereich umfasst in der Regel mehrere Produktegruppen.
Aufgaben- und Finanzplan	Auf vier Jahre angelegtes, rollendes Planungsinstrument, das auf den Aufgabenbereichen basiert. Der Aufgaben- und Finanzplan umfasst alle Aufgabenbereiche des Kantons; alle staatlichen Leistungen werden dargestellt mit Ausnahme jener der selbständigen Anstalten.
Auftrag	Parlamentarisches Instrument, mit dem der Grosse Rat dem Regierungsrat einen auf den AFP bezogenen Prüfungsauftrag erteilen kann. Der Auftrag kann Geschäfte im Kompetenzbereich des Grossen Rats und / oder Regierungsrats zum Inhalt haben.
Budget	Jahresplanung der Steuerungsinstanzen für ihre Steuerungsbereiche, die sämtliche Aufgabenbereiche des Kantons umfasst und die für die Planungsperiode geltenden finanz- und personalpolitischen Vorgaben enthält. Alle staatlichen Leistungen werden dargestellt mit Ausnahme jener der selbständigen Anstalten. Das Budget ist das erste Jahr des Vierjahresplans.
Entwicklungsleitbild	Langfristiges, auf zehn Jahre angelegtes, politisches Planungsinstrument, mit dem der Regierungsrat Entwicklungsszenarien, Ziele und Strategien des Kantons festlegt. Das ELB wird zu Legislaturbeginn überarbeitet.
Entwicklungsschwerpunkt	Bildet die Innovation des Aufgabenbereichs ab, z.B. Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Er kann sich auf die im Entwicklungsleitbild, in der wirtschaftspolitischen Strategie des Regierungsrates oder in einem Planungsbericht definierten Ausrichtungen und Strategien abstützen. Er ist in der Regel mehrjährig und kann auch über die Zeitperiode des AFP hinausgehen.
Globalbudget	Pauschales Budget, das die Kompetenz der Finanzmittelaufteilung der Steuerungsinstanz überlässt; die Festlegung des Globalbudgets pro Aufgabenbereich durch den Grossen Rat erfolgt auf Basis der Nettoaufwände (Saldo).
Globalkredit	Planungsinstrument für Investitionen, Programme und Projekte, die voraussichtlich eine mehrjährige respektive über das Kalenderjahr hinausgehende Finanzierung erfordern oder deren Nettoaufwand einen bestimmten Betrag übersteigt. Globalkredite werden in Klein- und Grosskredite gegliedert.
Grosskredit	Globalkredit für ein einmaliges Vorhaben, dessen Nettoaufwand 5 Millionen übersteigt oder für wiederkehrende Aufwendungen, die 0,5 Millionen Franken übersteigen. Grosskredite werden durch den Grossen Rat mit einer separaten Vorlage genehmigt.
Indikator	Ein Indikator zeigt auf, was in Betracht gezogen wird, um die geplante Zielerreichung zu überprüfen oder zu messen. Ein Indikator stellt somit eine möglichst genau zu formulierende Messgrösse dar, er gibt also an: Anzahl, Prozentanteil, Messdauer, Bezug der Messung etc.
Jahrestranche	Jährlich vom Grossen Rat freigegebene Mittel eines Globalkredits. Die Verwaltungsrechnung des Budgetjahrs kann bis zum festgelegten Betrag (Nettoaufwand) belastet werden.

Glossar

Begriff	Erläuterung
Jahresbericht	Jährlicher Bericht des Regierungsrats, des Büro des Grossen Rats und des Leitungsorgans der Gerichte an den Grossen Rat. Der Jahresbericht vergleicht das Budget und das effektive Rechnungsergebnis (Soll-Ist-Vergleich) und enthält Abweichungsanalysen und Korrekturmassnahmen.
Kennzahl	Gibt in absoluter und relativer Form Informationen über relevante Daten für einen Steuerbereich wie Umfeldentwicklungen, Leistungen, Finanzen. Eine Kennzahl hat nicht Zielcharakter. Sie beeinflusst die Steuerung, ist aber keine Steuerungsgrösse. Eine Kennzahl des einen Steuerungsbereichs kann in einem anderen Steuerungsbereich einen Indikatorwert oder ein Ziel darstellen.
Kleinkredit	Globalkredit für ein einmaliges Vorhaben mit einem Nettoaufwand zwischen 50’000 Franken und 5 Millionen Franken oder jährlich wiederkehrende Aufwendungen zwischen 20'000 Franken und 500'000 Franken. Übersteigt der zu beantragende Nettoaufwand 1 Million Franken (Aufgabenbereich des Regierungsrates) bzw. 0,1 Millionen (Aufgabenbereich des Büros des Grossen Rats bzw. des Leitungsorgan der Gerichte), wird der Kleinkredit mit einer Sammelvorlage durch den Grossen Rat genehmigt.
Kostenleistungsrechnung	Führungsinstrument, welches das betriebliche Geschehen in Mengen und Werten transparent darstellt. Der Aufbau der Kostenleistungsrechung erfolgt in der Regel in drei Stufen: Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und Kostenträgerrechnung.
Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge	Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge fallen weitgehend unabhängig von den erbrachten Leistungen an. Sie dienen in der Regel der allgemeinen Finanzierung des Staatshaushaltes oder anderer öffentlicher Gemeinwesen (z. B. Gemeinden). Beispiele: Steuereinnahmen, Finanzaufwand- und ertrag, Finanzausgleich.
Management Informationssystem	Informatikgestütztes Analyse- und Berichtssystem, das die Steuerungsprozesse aller Steuerungsinstanzen unterstützt.
Massnahmen	Aus den Entwicklungszielen abgeleitete Massnahmen für einen definierten Zeitraum.
Nettoaufwand bei Globalkrediten	Der für die Kreditgenehmigung bei Gross- und Kleinkrediten massgebliche Nettoaufwand berechnet sich aus Aufwand minus bei Beschlussfassung bekannter Ertrag. Um jedoch festzulegen, ob der Grosse Rat oder der Regierungsrat bzw. das Leitungsorgan der Gerichte oder das Büro des Grossen Rats für die Kreditgenehmigung zuständig sind, wird dem Aufwand lediglich maximal 30 % des Ertrags angerechnet.
Planungsbericht	Planungsinstrument, mit dem der Regierungsrat dem Gossen Rat bei Bedarf neue kantonale Aufgaben oder wesentliche Veränderungen von kantonalen Aufgaben zur Genehmigung unterbreitet.
Politikbereich	Formaler Bezugs- und Orientierungsrahmen im Entwicklungsleitbild.
Produkt	Steuerungsbereich der Organisationseinheiten; ein Produkt umfasst in der Regel eine oder mehrere Leistungen. Produkte sind gleichzeitig Kostenträger, das heisst, die Kosten werden jedem einzelnen Produkt zugerechnet.
Produktegruppe	Steuerungsbereich der Departemente; eine Produktegruppe umfasst in der Regel mehrere Produkte.

Glossar

Begriff	Erläuterung
Steuerungsbereich	Einheit, auf der die Steuerungsinstanzen ihre Planung und Steuerung vornehmen. Die Steuerungsbereiche decken alle staatlichen Leistungen ab; ausgenommen sind die Aufgaben der selbständigen Anstalten. Als Steuerungsbereiche gelten Aufgabenbereich, Produktegruppe und Produkt.
Steuerungsgrösse	Entscheidgrösse, mit denen die Steuerungsinstanzen die Steuerungsbereiche steuern. Als Steuerungsgrössen gelten Ziele, Indikatoren und Finanzen.
Umfeldentwicklung	Prospektive Darstellung und Erläuterung der Chancen und Gefahren aus dem Umfeld, in dem sich die Aufgabenbereiche / die Produktgruppen / die Produkte bewegen. Sie positionieren den Steuerungsbereich im Sinne von Stärken und Schwächen.
Umschreibung des Aufgabenbereichs	Kurze Darstellung des Auftrags des Aufgabenbereichs gemäss Anhänge I und II der Geschäftsordnung.
Verwaltungsrechnung	Laufende Rechnung und Investitionsrechnung (auf Basis der Finanzbuchhaltung); orientiert zahlenmässig über das finanzielle Ergebnis des Kantons.
Ziel	Ziele bilden einen künftigen Zustand ab, der erreicht werden soll oder enthalten eine Absichtserklärung. Ziele können subjektive Interessen umfassen oder Bedürfnisse und Werte der Zielgruppen oder die vom Gesetzgeber beabsichtigte Wirkung des öffentlichen Handelns oder einen Aspekt der Wirkung, der aus politischen oder anderen Gründen als speziell wichtig erachtet wird..